C 21734 D



Wohin geht die PLO-Führung? S. 30

Arbeiterkampf

Jg. 6/90 4.10.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Nach der Wahl: Alles beim Alten!

Hamburg, 3. Oktober, 23 Uhr. Nach dem teuersten und flauesten Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik zeichnet sich ein knapper, aber eindeutiger Vorsprung für die bisherige Regierungskoalition ab. Nach den bei Redaktionsschluß vorliegenden Meldungen kann sie im Bundestag mit einer Mehrheit von acht bis zehn Abgeordneten rechnen. Nach den bisherigen Ergebnissen hat die CDU/CSU um etwa 3,7% gewonnen, während die SPD um 3,2% und die FDP um 0,4% verloren haben. Dies bedeutet im Vergleich zu den Landtagswahlen seit 1972 eine Stabilisierung der SPD. Erwartungen der CDU/CSU auf eine absolute Mehrheit haben sich nicht erfüllt.

Das Wahlergebnis zeigt allen, die daran überhaupt Zweifel hatten, die ungebrochene Stabilität des bürgerlich-parlamentarischen Systems und damit letztendlich des Kapitalismus in der BRD. D i e Parteien und Organisationen, die mit einem erklärt antikapitalistischen Programm auftraten (DKP, „KPD", KBW und GIM) erhielten zusammen nicht einmal ein halbes Prozent der Stimmen. CDU/CSU und SPD als Hauptparteien des Finanzkapitals kamen auf deutlich über 90% der Stimmen. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß die CDU/CSU für die von ihr unter der Devise „Freiheit statt Sozialismus" propagierte politische Rechts-

sich, daß die CDU/CSU für die von ihr unter der Devise „Freiheit statt Sozialismus" propagierte politische Rechts-

wende nach innen und außen nicht die absolute Mehrheit finden konnte, die ihr noch vor einigen Monaten nach den „Meinungsumfragen" zuzufallen schien. Für die Volksmassen blieb die Sache auf der Ebene einer Wahl zwischen zwei Übeln, wobei das „kleinere Übel" knapp gewonnen hat.

Sicher wäre es falsch, die gut 99% Stimmen für die bürgerlichen Parlaments-Parteien als allgemeine Zustimmung zu den herrschenden Zuständen mißzuverstehen. Zweifellos ist Unzufriedenheit relativ weit verbreitet, sie bezieht sich aber auf Teilerscheinungen und noch nicht auf das Ganze. Fast 50% der Bevölkerung hat immer noch der erklärtermaßen reaktionären Variante bürgerlicher Politik die Stimme gegeben. Dies ist Ausdruck davon, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung im Rahmen des kapitalistischen Europa immer noch zu den Schlußlichtern gehört.

Relativ unabhängig vom exakten Wahlergebnis wird die Bourgeoisie ihren Angriff auf die politischen Rechte und die Lebenslage des Volkes verstärkt fortzusetzen versuchen. Dies gilt für die Regierungspolitik ebenso wie für die demagogische „Kritik" der parlamentarischen „Opposition". Das bedeutet verschärfte Anwendung der volksfeindlichen „Sparpolitik" ebenso wie den weiteren Ausbau des Repressionsapparats und Verschärfung des außenpolitischen Klimas gegenüber den Ländern Osteuropas.

Innerparteilich ist nach den Wahlen sowohl in der CDU/CSU wie in der SPD der rechte „Flügel" gestärkt hervorgegangen, ist jetzt schon klar tonangebend und wird zweifellos versuchen, weiterhin seine Positionen auszubauen. Von den kandidierenden „Linken" steht vor allem der KBW blamiert da: Hatte er mit seinem Wahl-„Propagandafeldzug" den Eindruck zu erwecken versucht, als hätten die Volksmassen schon den Bruch mit den bürgerlichen Parteien vollzogen und als würde das Programm des KBW auf massenhafte „Zustimmung" stoßen, so ist er in Wahrheit wahrscheinlich nicht einmal auf 0,1% der Stimmen gekommen, was kaum der Hälfte der angegebenen Auflage der „KVZ" entsprechen dürfte. Auch die DKP hat nur gerade eben ihr Ergebnis von 1972 halten können (0,3%), obwohl 1972 zweifellos der Anteil von Menschen höher war, die unter dem Gesichtspunkt des „Kopf-an-Kopf-Rennens" und des „kleineren Übels" trotz erheblicher Kritik für die SPD gestimmt hatten. Dieses schlechte Abschneiden der Linken ist auch die Quittung für das sektiererische Herangehen dieser Organisationen an die Frage der Wahlbeteiligung wie an die Politik überhaupt.

Unverändert gilt auch nach der Wahl:

- Gegen den Versuch der Bourgeoisie, die Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen!
- Gegen den Angriff auf die politischen Rechte des Volkes!
- Gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft!
- Für die Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte!
- Für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse!

Korruption

"Lockheed", Helaba und so weiter

Pünktlich in den allerletzten Wochen vor der Bundestagswahl wurden von den bürgerlichen Parteien zwei Bestechungs-Affären aufgerührt. Die SPD warf dem CSU-Chef Strauß finstere Machenschaften in Verbindung mit der internationalen ‚Lockheed'-Affäre vor. Dafür spielte die CDU/CSU ihrerseits dunkle Geschichten um alte Bestechungs-Affären der hessischen SPD hoch, in die insbesondere der hessische Ministerpräsident Osswald verwickelt sein soll.

Bei beiden Affären handelt es sich im Grunde um alte Geschichten, die ganz bewußt gerade in der Endphase des Wahlkampfs ausgespielt wurden. Dies gilt insbesondere für den Gebrauch, den die CDU/CSU und die Springer-Presse von der mindestens auf das Jahr 1974 zurückgehenden Bestechungsgeschichte um die Hessische Landesbank (Helaba) machte; Osswald saß damals im Verwaltungsrat der Helaba. Diese Kampagne der CDU zielte direkt auf den Sturz Osswalds, um damit eventuell den Weg für eine CDU-Regierung in Hessen freizumachen. Am 3.Oktober, dem Wahlsonntag, gab Osswald in der Tat seinen Rücktritt bekannt ...

Der Helaba-Skandal war erstmals im Herbst 1974, damals gerade rechtzeitig zum hessischen Landtags-Wahlkampf, hochgespielt worden. Damals wurde bekannt, daß die Helaba aus diversen zwielichtigen bis finsteren Spekulationen mit 800 Mio. bis 1 Mrd. Mark Verlust herausgegangen war. Die Helaba hatte so ziemlich mit

Fortsetzung auf Seite 3



„Zum Schluß noch eine erfreuliche Nachricht: Wir haben 22 Prozent mehr Schmiergelder eingenommen als ausgegeben" (aus: The New Yorker)

Nazi im "ML"-Pelz!



Faschist Borchardt

Im ARBEITERKAMPF berichteten wir mehrfach über die Hamburger Nazi-Bande „Faschistische Front", die eng mit ähnlichen Banden zusammenhängt. Wortführer der „Faschistischen Front" ist Michael Borchardt aus Hamburg-Altona.

Jetzt kam durch Aussagen früherer „KPD/ML"-Mitglieder heraus, daß Borchardt vom Frühjahr 1969 bis Anfang 1972 Mitglied der „KPD/ML" in Hamburg war – ein Umstand, den die Hamburger „KPD/ML"-Führung ängstlich zu verbergen versucht.

Kürzlich sind Borchardt und seine Freunde vor einer Berufsschule in Hamburg-Altona mit Flugblättern aufgetreten, in denen sie dazu aufriefen, am „Roten Antikriegstag" der „KPD/ML" teilzunehmen!

Wir fragen: Wer kann nähere Angaben über den Faschisten Michael Borchardt (Foto: bei einer Demonstration der „KPD/ML" im Herbst 1969) machen?

(Siehe auch weitere Details im Antifa-Teil dieser Ausgabe!)

aus dem Inhalt



Blick in die Welt

350.000 im Streik gegen Sondergerichte

Türkei:
Am 16.9.76 rief die „Könföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften" („Disk.") zu einem Generalstreik auf. Anlaß war der angekündigte Plan der rechtsgerichteten Regierungskoalition der „Nationalen Front" durch einen Gesetzentwurf die Sondergerichte für Staatssicherheit neu zu institutionalisieren.

Das war notwendig geworden, da nach Beschluß des Verfassungsgerichtes die Sondergerichte für verfassungswidrig erklärt wurden, und die einjährige Frist zu ihrer Aufhebung demnächst abläuft.

Die Staatssicherheitgerichte wurden errichtet, um die militärischen Notstandsgerichte aus der Zeit der faschistischen Militärdiktatur zu ersetzen, d.h. sie sind nichts anderes als die Notstandsgerichte in ziviler Form, deren Richter hauptsächlich von der Regierung ernannt werden (siehe auch AK 86).

Der Ausrufung des Generalstreiks durch die „Disk" folgten nach Angaben des Vorsitzenden des „Arbeitskreises ausländischer Arbeiter" in Frankfurt, Yilmiz Karahasan, 350 000 Tausend Arbeiter und Angestellte, die in allen Industriezentren die Arbeit niederlegten.

Busbetrieb und Müllabfuhr er-
gestellte, die in allen Industriezentren die Arbeit niederlegten.

Busbetrieb und Müllabfuhr erlahmten, so daß sich in einigen Städten, wie in Ankara, der Müll sehr schnell in den Straßen staute.

Der Streik der 80 000 öffentlichen Angestellten wurde von vielen Stadträten unterstützt.

Die Regierung zeigt ihre Fratze

Neben politischen Massenentlassungen durch die Kapitalisten beantwortete die Regierung der „Nationalen Front" den Streik mit Massenverhaftungen und der Einleitung von 19 000 Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren (FR, 27.9.76). Über 5 000 Arbeiter und 150 Gewerkschafter wurden verhaftet. Unter ihnen auch der Präsident der „Disk", Kemal Türkler, der bereits am 22.9.76 mit weiteren sechs Mitgliedern des Zentralbüros verhaftet wurde, da sie „ *die Arbeiter und Angestellten zu einem illegalen Generalstreik aufgerufen* " hätten. (Le Monde, 25.9.76). Ebenfalls wurde der Generalsekretär der „Disk", Mehemet Karaca, und sechs Mitglieder des Exekutivausschusses mit derselben Begründung verhaftet („NNZ", 28.9.76).

Angesichts dieser Repressionen haben sich die Streiks und die spontanen Arbeitsniederlegungen noch ausgeweitet. Selbst Eugen Loderer, in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB) protestierte und befürchtete, „ *daß die jüngsten Maßnahmen der Demirel-Regierung zu einer ehrheblichen Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Türkei führen würden.* "

Zu spät Eugen Loderer, die Befürchtung ist längst zur Wahrheit geworden. Oder anders herum: Wie weit müssen eigentlich die demokratischen Rechte der Arbeiter außer Kraft gesetzt werden, bis westdeutsche Gewerkschaftsführer ihre "Befürchtungen" in einen kla-

außer Kraft gesetzt werden, bis westdeutsche Gewerkschaftsführer

ihre "Befürchtungen" in einen klaren Protest verwandeln?

Zudem geht Loderers Appell scheinheilig an die „demokratische" Bundesregierung, die im Auftrag des BRD-Imperialismus selbst aktiver Förderer der Entwicklung in der Türkei ist (siehe AK 88).

Den türkischen Arbeitern und Angestellten gilt unsere Solidarität, deshalb:

„Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei!

Die verfassungswidrigen Staatssicherheitsdienste müssen aufgehoben werden."

Griechenland/ Türkei-Kommission



Polizisten und Militär "räumen" streikende Arbeiter auf

München – Schaltzentrale des westeuropäischen Faschismus

Athen. „*Mit Hilfe der CSU ist München zu einem Zufluchts- und Aktivitätsort der Juntaanhänger und anderer faschistischer Elemente gemacht worden,*" ist in dicken Lettern auf der Titelseite der auflagenstärksten griechischen Zeitung, „To Vima", vom 7.9. zu lesen.

Die „Ta Nea" vom selben Tag berichtete sogar von „offiziellen Angaben", nach denen es „Verschwörungskontakte zwischen Strauß und den Junta-Leuten gibt". Nach den Veröffentlichungen der polizeistaatlichen Zuständen in der BRD im Zusammenhang mit dem Pohle-Prozeß schließen sich die Enthüllungen über Strauß und die griechischen Faschisten nahtlos an. Peinlich, peinlich für das „Modell Deutschland".

Die Vorwürfe scheinen inzwischen solch massiven Charakter angenommen zu haben, daß selbst die konservative Karamanlis-Regierung sich gemüßigt sah, bei Strauß und der Bundesregierung gegen diese Einmischung zu protestieren. Inzwischen ist in Athen ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden, der die Strauß'schen Aktivitäten in Griechenland prüfen soll.

In was für einer Gesellschaft sich Strauß bei seinen Besuchen in Athen aufhält, machte beispielhaft ein „Panorama"-Redakteur bei seinen Nachforschungen deutlich. Als er in den berüchtigten Nachtclub „Carodora" in Piräus, der schon zur Zeit der Obristen deren nächtlicher Haupttreffpunkt war, den Besitzer nach Strauß fragen wollte, holte dieser aus seinen Safe ein Hitler-Bild und küßte es („Panorama", 20.9.76).

Strauß – Drahtzieher der griechischen Faschisten

Bei seinen Besuchen in Athen, traf sich Strauß vornehmlich mit einem gewissen F. Gouras.

Dieser Gouras studierte bis 1966 an der TH Karlsruhe und ging dann als Ingenieur nach München.

Schon bald nach dem Putsch in Griechenland gründete Gouras, in einem CSU-Lokal in München, die faschistische Organisation EKE („Nationale Bewegung der Griechen in der Bundesrepublik Deutschland"). Ihr Emblem war das der Junta-Faschisten. Gouras pries Papadopoulos und Pattakos als die wahren Retter Griechenlands. Die EKE zeichnete sich durch Spitzeldienste und Terrorisierung demokratischer Griechen in der BRD aus.

Am 22. Juni 1968 druckte der „Bayernkurier" – Herausgeber F.J. Strauß, unter dem Titel „Revolution für das Volk" einen Jubelartikel über die faschistische Junta ab. Unterzeichnet ist dieser Artikel mit F. Gouras! 1968 lancierte Strauß persönlich F. Gouras ins Makarezos-Propaganda-Ministerium nach Athen. Dort fungierte Gouras als Verbindungsmann der Obristen zur CSU.

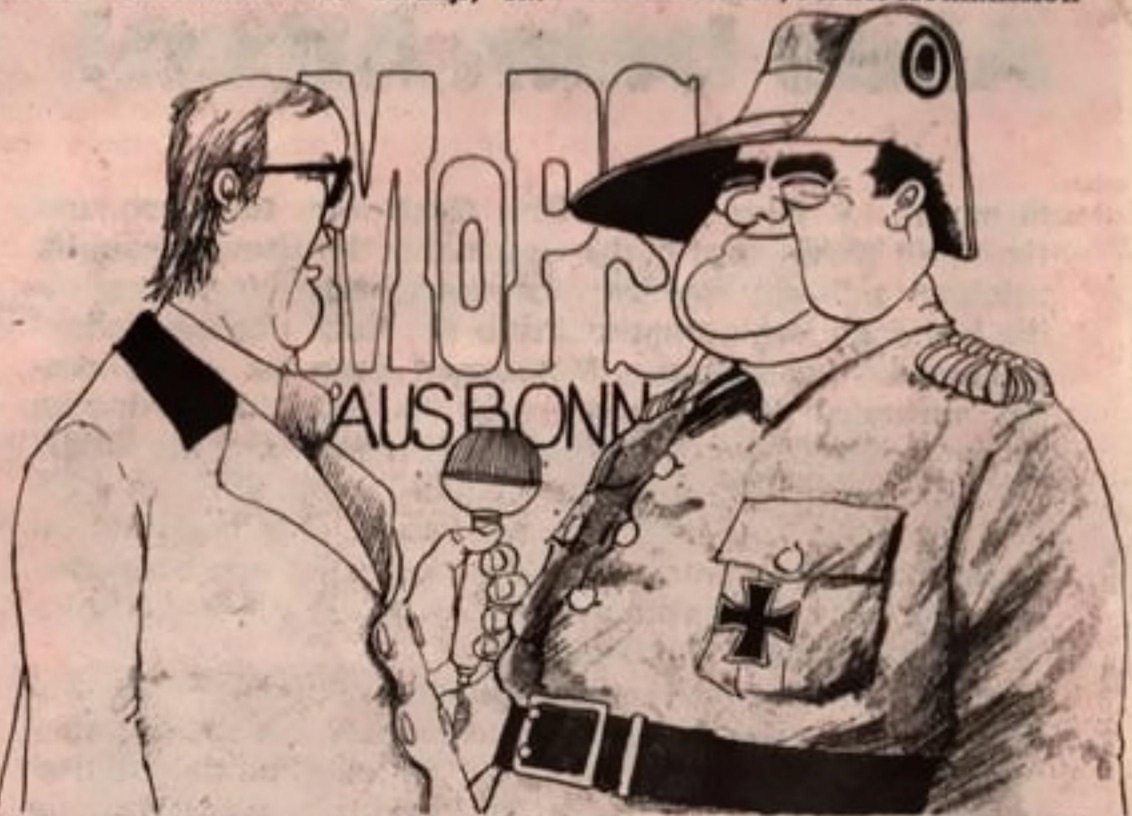
Ministerium nach Athen. Dort fun-

Nach dem Sturz der Faschisten gründete Gouras die „Hellenische Christliche Demokratische Partei" (Chrike). Zur Gründung erschienen hohe CSU-Persönlichkeiten. Der ehemalige Kommentator des griechischen Programms des Bayrischen Rundfunks und heutiger Redakteur der „Ta Nea", Bakoannis antwortete auf die Frage von „Panorama" nach der „Chrike":

„*Es ist eine Sammlung von enttäuschten Nationalisten, Mitarbeiter und Minister des diktatorischen Regimes, Leute die wirtschaftliche Interessen in der BRD haben, frühere Offiziere, die inzwischen entlassen worden sind, unzufriedenen Elementen im allgemeinen, die im Moment kein Parteidach finden können aber in der Lage sind, mit der Zeit und wenn sie Hilfe von solchen Persönlichkeiten bekommen wie Strauß, ein Dach zu bauen. Diese Leute warten auf ihre Chance hier, vielleicht auf die Bedingungen für einen zweiten Staatsstreich in Griechenland*" („Panorama", 20.9.76).

Wie eng die Beziehungen gar schon geflochten sind, zeigte der Europatag der Jungen Union in Nürnberg im Juni 1976. Als Gäste aus Griechenland waren nicht Vertreter der Karamanlis-Partei „Neue Demokratie" geladen, sondern Ex-Juntafaschisten, wie die ehemaligen Minister Mannelopoulos und Matheu. Die Delegation führte F. Gouras an! Inzwischen erstaunt es auch nicht mehr, daß Gouras bereits seit Mitte der sechziger Jahre eingeschriebenes Mitglied der CSU in München ist. Vor einigen Wochen wurde bereits wieder ein Abgesandter aus München in Athen entdeckt – Gerold Tandler, Generalsekretär der CSU!

Griechenland/Türkei-Kommission



„Informierte Kreise munkeln, daß Sie eine engere Zusammenarbeit mit Vertretern des alten Regimes in Griechenland anstreben. Wozu?"

BRD-Lumpenjournalisten von griechischen Faschisten bezahlt

Athen. Die Durchforstungen beim griechischen Rechnungshof haben einige sehr interessante Quittungen ans Licht gefördert. Im Jahre 1972 wurden vom Presseattaché der griechischen Junta in Bonn jeweils 1.000,– DM-Beträge an folgende Journalisten überwiesen, die sich durch juntafreunliche Berichterstattung auszeichneten:

P. Meyer-Ranke („Welt"), Paul Pucher („Münchner Merkur"), K.L. Bayer („Report"), W. Höpker („Deutsche Zeitung"), W.K. Merten („Europress"), W. Martini („Nürnberger Zeitung"), J. Kannicht („Stuttgarter Nachrichten"), N. Matern („Deutsche Tagespost"), C.H. Pierk („Regensburger Bistumsblatt") G.v. Reth („Rheinischer Merkur"), K.L. Bendix („Sudetendeutsche Zeitung") („Spiegel", 20.9.76).

Es geht doch nichts über die „Pressefreiheit" der BRD.

Griechenland/Türkei-Kommission

Bischof Frenz warnt vor „latentem Faschismus" in der BRD

Bischof Frenz, ehemaliger Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche in Chile, der von der Junta wegen seiner „Sympathien mit dem Widerstand" ausgewiesen wurde, hat sich jetzt zur Situation in der BRD geäußert. Frenz versucht dabei vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit dem chilenischen Regime das politische Klima zu beschreiben, wie es sich für ihn in der BRD darstellt:

„*Leider kann man feststellen, daß der Faschismus überall wieder anfängt, Blüten zu treiben. Natürlich macht er eine Wandlung durch. Es ist nicht mehr derselbe Faschismus wie bei Hitler. Im Prinzip ist der Faschismus aber latent, als Gefahr, immer da, und wir müssen sehr wachsam sein. Am deutlichsten sichtbar wird das ganze Klima in der Bundesrepublik an einem irrationalen Antikommunismus. Dieser Antikommunismus scheint wie ein Virus zu sein und überall präsent, um Menschen einzuschüchtern ...*"

Auch stellt Frenz diesen „irrationalen Antikommunismus" im Sprachgebrauch der BRD fest: „*Man wird schon beim Gebrauch bestimmter Worte abgestempelt. Da fängt bei vielen Leuten ein ganzer Film an abzulaufen. Dies verbindet sich zum Beispiel mit dem Wort Sozialismus. Ein anderes Wort, was ich anfangs ahnungslos gebrauchte, war ,Klassenkampf', worunter ich kein propagandistisches Reiz- oder Schlagwort verstand, sondern die Beschreibung einer Situation, die alltäglich ist, zumindest in der dritten Welt*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.9.76).

KB/Gruppe Hannover

BRD fördert rassistische „Kultur"!

Die intensiven wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen, die die BRD zum Vorster-Regime unterhält, sind bekannt.

Konsequenterweise lassen die BRD-Imperialisten denn auch keine Gelegenheit aus, ihren Blutsbrüdern tatkräftig unter die Arme zu greifen. So besteht bereits seit 1962 ein sogenanntes „Kulturabkommen" zwischen der BRD und „Republik Südafrika" (RSA), von dem beide Staaten profitieren.

Der RSA wird durch dieses Abkommen ermöglicht, ihre faschistische Ideologie ungehindert in der BRD zu verbreiten, die wahren Zustände in Südafrika zu verschleiern und um Sympathie mit der Apartheidpolitik zu werben.

Gleichzeitig konnten „deutsche Schulen" in Südafrika ihre Arbeit aufnehmen. Artikel 4 des „Kultur-Abkommens": „*Die Vertragsparteien werden bemüht sein, die Einrichtung von Lehrstühlen, von Stellen für Dozenten und Assistenten sowie von Lehrgängen für die Landessprache, die Kultur, Literatur und Geschichte des anderen Landes an ihren Hochschulen und sonstigen Lehranstalten zu fördern.*"

Dazu ist zu sagen, daß es in Südafrika eine Menge „deutscher Schulen" gibt, allerdings „for whites only" („nur für Weiße). AMNESTY INTERNATIONAL: „*Hier wird der Unterricht im Geiste des südafrikanischen „way of life" durchgeführt. 1973 waren es 10.444.541,– DM, die vom Auswärtigen Amt für Neubauten für diese Schulen angewiesen wurden. Das sind über 40 % der 23.590.000,– DM Steuergelder, die insgesamt für Schulbauten im gesamten Ausland angesetzt wurden.*"

Die „Aktivitäten" der BRD-Imperialisten erstrecken sich auch auf das vom Vorster-Regime besetzte Namibia. Artikel 8 des „Abkommens": „*In diesem Abkommen bedeutet ,Land' auf der deutschen Seite die Bundesrepublik Deutschland, auf Seiten der Republik Südafrika die Republik Südafrika und das Gebiet Südwestafrika.*" Diese Regelung verstößt eindeutig gegen Beschlüsse der UNO und gegen das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 21. Juni 71. Darin wird erklärt, daß die ständige Anwesenheit Südafrikas in Namibia illegal ist.

„*Von den rund 40 Lehrkräften, die an den ,deutschen Schulen' im besetzten Namibia den Kolonialismus glorifizieren und alle Nichtweißen im Prinzip als Untermenschen verteufeln, kommen etwa 25 aus der BRD, während der Rest den Paß Südafrikas besitzt*" („Berliner' Extra-dienst", Nr. 74).

Von der BRD vermittelten Pädagogen wird vor der Abreise eingehämmert, sich nicht in „die inneren Angelegenheiten des Gastlandes einzumischen" und das „deutsche Ansehen" nicht zu schädigen.

Das in Windhoek arbeitende BRD-Konsulat achtet denn auch streng darauf, daß sich alle zeitweise in Namibia tätigen Bundesbürger an die Apartheid halten und nicht etwa mit einer schwarzen Frau auf dem Tanzboden auftauchen. Das käme nämlich einer „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" gleich.

Eine möglichst intensive Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung mit rassistischer Ideologie sieht Artikel 2 des „Kultur-Abkommens" vor:

„*Die Vertragsparteien werden bemüht sein, sich gegenseitig dabei zu unterstützen, ihren Völkern die Kenntnis der Kultur des anderen Landes zu vermitteln und dies insbesondere durch:*

a. Bücher (unter Einschluß von Lehrbüchern), Zeitschriften und Veröffentlichungen,
b. Vorträge,
c. Konzerte,
d. Kunst- und sonstige Ausstellungen,
e. Theateraufführungen,
f. Ton und Fernsehfunk, Filme und andere technische Ausdrucks- und Verbreitungsmittel,
g. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der geschichtlichen Forschung und Benutzung von Archiven."

Wiedereinmal ein deutlicher Beweis für die Verlogenheit und Scheinheiligkeit des BRD-Imperialismus, der nach außen hin vorgibt, den Rassismus zu verurteilen und auf das Vorster-Regime „politischen Druck" auszuüben, aber (gar nicht mal weit) hinter den Kulissen aber eine intensive ideologische Stabilisierung des faschistischen Systems in Südafrika betreibt (nach „Extradienst", Nr. 74/ 21.9.).

Dieses Abkommen wurde zwar von einer CDU-Bundesregierung abgeschlossen, von den späteren Regierungen der SPD/FDP-Koalition aber nie in Frage gestellt!

Afrika-Kommission

Korruption

"Lockheed", Helaba und so weiter

Fortsetzung von Seite 1

allem spekuliert, was schlecht und teuer war, aber den Verwaltungsrat-Mitgliedern und anderen Beteiligten dicke Schmiergelder gebracht hatte. „Bei kaum einer Bauträger-Krise von Format war die Helaba nicht mit von der Partie", berichtete die bürgerliche Presse. So verbaute die Helaba u.a. Millionen-Beträge in den Pleite-Bau-Objekten ‚Sonnenring' in Frankfurt und ‚Schwabylon' in München.

Zu den krummen Dingern der Helaba-Verwaltung gehörte auch eine Beteiligung von 36,4 % an der Genfer Banque de Credit International (BCI), die der zionistischen Rosenbaum-Gruppe gehörte und als „Mafia-Bank" den allerbesten Ruf hatte. Der Ausdruck „Mafia-Bank" bezieht sich dabei nicht bloß auf ihre kriminellen Geschäfts-Praktiken, sondern ist auch w ö r t l i c h so zu verstehen, daß es sich um eine Anlege-Bank der Mafia handelte! Aus der Pleite der BCI 1974 ging die Helaba auch mit einem Millionen-Verlust heraus.

Osswald, so heißt es nun, soll mit einer „Spende" von mindestens 100.000 Mark von der Rosenbaum-Gruppe dafür honoriert worden sein, daß er diese Geschäftsverbindung seinerzeit zuwege gebracht hatte.

Lockheed-Skandal: Strauß läßt die Akten verschwinden

Parallel zum Angriff der CDU/CSU und der Springerpresse auf Osswald spielte die SPD und die sozialdemokratische Presse die Verwicklung von Franz-Josef Strauß in die weltweite Lockheed-Affäre hoch.

In diese Affäre, bei der es um zig Millionen an Schmiergeldern geht, ist in der kapitalistischen Welt so ziemlich alles verwickelt, was Rang und Namen hat: Der frühere japanische Ministerpräsident Tanaka, der niederländische Prinz Bernhard, führende Regierungspolitiker in Italien usw. – Niemand wird ernsthaft annehmen, daß der für seine klebrigen Finger bekannte Franz Josef Strauß, der immer dabei ist, wo geschmiert wird, ausgerechnet in dieser Super-Affäre eine saubere Weste haben sollte – wie Strauß steif und fest behauptet.

Mittlerweile ist eindeutig belegt (durch Zeugenaussagen von Beamten beider beteiligter Ministerien), daß Akten aus dem Verteidigungsministerium in das Finanzministerium geschafft worden sind, als Strauß zu Beginn der „Großen Koalition" dort als Minister einzog. Es war sogar ein Möbelwagen erforderlich, weil der Aktenberg so umfangreich war! Die bei einem solchen Manöver „normalerweise" erforderlichen Registraturen und Vermerke über den Verbleib der Akten sind alle nicht gemacht worden oder sind „verschwunden". „Verschwunden" scheint nach dem Auszug von Strauß aus dem Finanzministerium (Oktober 1969) auch der ganze Aktenberg, der Auskunft über einige Aspekte von Strauß' krummen Touren geben könnte. Strauß hat die Akten zu „Privatakten" deklariert!

Im Übrigen ist es ja nicht das erste Mal, daß Strauß Akten aus den ihm unterstellten Ministerien „verschwinden" ließ. Schon im Zusammenhang mit dem Skandal um die Beschaffung des Schrott-Schützenpanzers HS 30 hat Strauß ihn belastende Akten einfach „verschwinden" lassen!

Bemerkenswert ist allerdings bei dem jetzigen Lockheed-Skandal, daß Strauß seelenruhig und kackfrech die SPD auffordern konnte, sie möge doch schleunigst (am besten noch vor den Wahlen!) einen ‚Untersuchungsausschuß' zur Klärung der Sache einrichten lassen. Strauß konnte sich offensichtlich darauf verlassen, daß die SPD dieser Aufforderung nicht folgen würde, da sie selbst genug Dreck am Stecken hat. So konterte Strauß auch gleich mit der Behauptung, Bundeskanzler Schmidt habe 1972 – als damaliger Verteidigungsminister – die Niederlande mit rund 100 Mio. Mark Schmiergeldern dazu bewegen wollen, sich ein bestimmtes Waffensystem zuzulegen, woran wiederum die westdeutsche Rüstungsindustrie interessiert war.

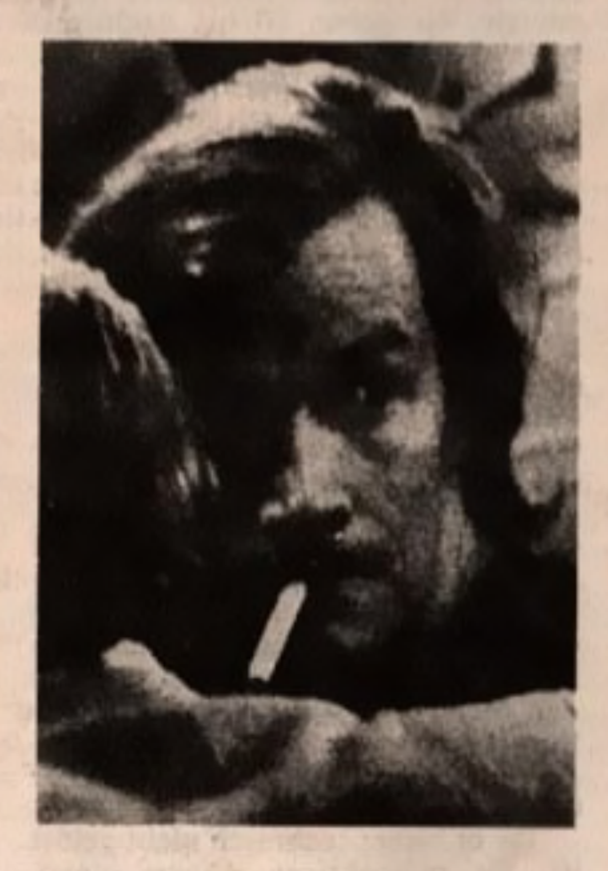
Wahlen sind immer ein Zeitraum, wo die Bourgeoisie und ihre Parteien den Klo-Deckel hochklappen und dem Volk einmal anschaulich machen, welcher Gestank da ausströmt. Wenn dann die bürgerlichen Parteien in der Scheiße herumrühren, so ausschließlich zu dem Zweck, sich selbst gewisse politische Vorteile im Gerangel um die „Wählergunst" zu verschaffen. Ans A u s m i s t e n denkt natürlich keiner von ihnen!

Bestechung, das ist der lebenswichtige Blutkreislauf des Kapitalismus. Ohne Bestechung läuft im Kapitalismus n i c h t s. Das fängt bei den kleinen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären an und endet bei den Partei- und Regierungs-Spitzen, wo das Geschäft erst bei mindestens fünf Nullen vorm Komma interessant wird. Und während auf die Hausfrau Jagd gemacht wird, die im Supermarkt einen Topf Margarine in die Einkaufstasche rutschen läßt, oder auf den Lehrling, der einen Zigaretten-Automaten aufbricht, bleiben die großen Schmiergeld-Kassierer „natürlich" ungeschoren und können sich ihrer Beute freuen.

Welches Interesse haben die Millionen arbeitender Menschen an der Aufrechterhaltung dieses Systems? Gar keins!

wald spielte die SPD und die sozial- unterstellten Ministerien „verschwin- Gar keins!

Pohle ausgeliefert!



Am Freitag, den 1. Oktober, hat der höchste griechische Gerichtshof – der Areopag – dem Auslieferungsantrag der Bundesregierung mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 zugestimmt. Damit wurde das Urteil des Athener Oberlandesgerichts, das Pohle als politischen Häftling anerkannte und somit einer Auslieferung gemäß dem Auslieferungsabkommen von 1907 ablehnte, aufgehoben.

Gegen diese Entscheidung gab es keine Einspruchsmöglichkeit mehr, so daß Pohles Überführung noch am selben Tag eingeleitet wurde. Der BRD-Knast, in dem er jetzt sitzt, **gilt als einer der sichersten in der BRD: Straubing, Bayern.**

Während der Verlesung der Urteilsbegründung gab es Proteste gegen die Richter des Areopag, die schon während der Militärdiktatur im Amt waren.

Der Vorsitzende des Areopag konnte auf Grund der Proteste seine Begründung des Urteils nicht mehr verlesen. Auch vor dem Gerichtssaal Begründung des Urteils nicht mehr verlesen. Auch vor dem Gerichtssaal demonstrierten einige Hundert Griechen gegen das Urteil: *„Pohle nicht an die Nazis übergeben"*! („Frankfurter Rundschau", 2.10.76)

Pohles Hauptverteidiger Giannopolus erklärte, wegen des *„unglaublichen Fehlurteils niemals mehr jemanden vor diesem Areopag zu verteidigen"*!

Die griechische Presse kommentierte die Auslieferung mit den Worten *„Karamanlis' Geschenk an Schmidt"* und in Erinnerung an das in Griechenland entstandene Deutschlandbild *„Pohle am Flughafen an die Schutzpolizei übergeben"*, wobei das Wort „Schutzpolizei" in deutscher Sprache gedruckt wurde.

Allerdings, und das ist auch die Klage der BRD-Imperialisten, hat die in Griechenland gewonnene Erkenntnis über die inneren Verhältnisse der BRD durch diesen Prozeß erhelbiche Nahurng erhalten, und die griechische demokratische Öffentlichkeit ist über den Prozeß der Faschisierung in der BRD stark beunruhigt!

„Eine persönliche Genugtuung dürfte er (Pohle) zumindest mitnehmen, wohin er immer geht: daß nämlich sein Fall dem deutsch-griechischen Verhältnis einigen Schaden zugefügt und schließlich Bonn manche Illusion über die Wirksamkeit internationaler Solidarität in der Bekämpfung des Terrorismus genommen hat", diagnostizierte die „Süddeutsche Zeitung" schon vor Urteils-Verkündung den Pohle-Prozeß (19.9.76).

Mit dem „Schaden" ist gemeint, daß die griechische Öffentlichkeit sich im Zusammenhang mit der Auslieferung Pohles deutlicher als je zuvor zu dem Charakter der BRD geäußert hat.

So bezeichnete der liberale griechische Strafrechtsprofessor Androukalis, einer der Verteidiger Pohles, die Jagd nach Pohle als *„krankhaftes Phänomen"* der BRD-Behörden („Süddeutsche Zeitung" v. 19.9.76).

Das Abreisen der westdeutschen Polizeibeamten während des Verfahrens kommentierte eine eher rechts stehende Zeitung in Athen „Die Skalpjäger haben das Land verlassen" („radikal", 23.9.76). Und das *„Deutschlandbild der Griechen"* – so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26.9.76 – *„sei durch die Diskussion über die Zustände in der Bundesrepublik Deutschland"* die *Dimensionen annimmt, die geeignet sind, die Regierungen zu beunruhigen"* ins rechte Bild gerückt worden.

Neben dem Fall Pohle werden in der griechischen Presse jetzt u.a. die Berufsverbote und andere anti-demokratische Maßnahmen in der BRD, Verbindungen von Strauß zu griechischen Faschisten, sowie Machenschaften korrupter deutscher Journalisten, die sich für Geld in den Dienst der griechischen Faschisten während der Militärdiktatur stellten („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26.9. 76).

... Alles in allem: Die Diskussion und 76).

Alles in allem: Die Diskussion und Veröffentlichung dieser Fälle, so jammert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" *„tragen bei zum Bild des schmutzigen Deutschen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26.9. 76).

(Des schmutzigen deutschen Faschisten – würden wir sagen und diese Entwicklung begrüßen).

Für die BRD-Imperialisten ist der Fall Pohle nicht so zügig wie gewünscht über die Bühne gegangen. Und die nunmehr erfolgte Auslieferung Pohles dürfte den BRD-Staat einiges gekostet haben. Die Richter des Areopag – ausnahmslos alt- gediente und bewährte Staatsbüttel – haben – daran hat niemand Zweifel – auf Anweisung „von oben" (Karamanlis) ihr Urteil gesprochen.

Griechenland / Türkei- Kommission

„Lockheed bei Glöggler"



Krimineller mit „weißem Kragen" – Hans Glöggler

457 Millionen Mark Schulden hinterließ er, der „Textilzar", „einer der erfolgreichsten Unternehmer des Jahres 1975", der „würdigste Nachfolger der Fugger und Welser" (so ein bayerischer Staatssekretär).

457 Millionen Mark Forderungen waren Anlaß genug für Hans Glöggler, seinen Wohnsitz nach Kanada zu verlegen – nicht ohne vorher seine Vermögensverhältnisse geregelt zu haben. Mit zahlreichen Auslandskonten – unter anderem in der Schweiz und Italien – sorgte er dafür, daß er unter dem gern beschworenen Unternehmerrisiko nicht gar so schwer zu tragen hat.

Der gescheiterte Herr des ehemals größten westdeutschen Textilkonzerns sorgte rechtzeitig dafür, daß sein umfangreicher Immobilienbesitz in der Familie bleibt: er überschrieb die Nutzungsrechte auf seine drei früheren Frauen und auf seine Kinder. Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke: ca. 530 Mio. Mark, darunter allein 300 Hektar an Forst-, Wald und Wiesengrund. Nach Auskunft des Konkursverwalters bleiben den Gläubigern ganze 2,5 Mio. Mark.

Doch er hatte noch mehr zu verschenken, der famose Unternehmer: pünktlich zur ersten Gläubigerversammlung Mitte September schickte er dem Konkursverwalter einen ersten Teil seiner Memoiren. Indes, dieses „Geschenk" hat, obschon ihm ein Anflug (schwarzen) Humors nicht abgestritten werden kann, nicht nur Freude ausgelöst. Einigen Beteiligten beginnt es schwer im Magen zu liegen, besonders jenes Kapitel, das der gutsituierte Emigrant mit der Überschrift „Lockheed bei Glöggler" sinnig betitelt hat. Enthüllt er doch selbst aus sicherer Entfernung seine eigenen Schmiergeldpraktiken, wobei Glöggler es sich nicht nehmen läßt, auch Namen zu nennen.

Glöggler, der ehemalige Maurerpolier und spätere Baustoffgroßhändler, hatte sein Textilimperium in kürzester Zeit zusammengekauft. Äußerst hilfreich war ihm dabei Dr. Herwig Dörrbecker, hauptberuflich schaftsministerium. Als es Glöggler darum ging, die Aktienmehrheit der Augsburger Kammgarn-Spinnerei (AKS) unter seine Kontrolle zu bringen, leistete Dörrbecker „ „Verhandlungshilfe". Diese Hilfe ließ sich der Ministerialrat, wie Glögglers Memoiren jetzt enthüllten, mit 350.000 Mark vergelten.

Das CSU-Mitglied Dörrbecker hatte für diese einträgliche „Nebentätigkeit" (so der offizielle Sprachgebrauch im Ministerium) eine Genehmigung des bayerischen Wirtschaftsministeriums! Wie nicht anders zu erwarten, will nach Bekanntwerden dieser Affäre keiner der beamteten Kollegen des Dr. Dörrbekker etwas von den beträchtlichen Provisionszahlungen Glögglers gewußt haben. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte mit Nachdruck, daß *„dienstlich weder der Ministerialrat noch die oberste bayerische Wirtschaftsbehörde selbst mit Glögglers AKS-Transaktionen befaßt gewesen seien"* („FR", 20. 9. 76).

Dienstlich oder nicht – vieles deutet darauf hin, daß Dörrbecker nicht der einzige hohe Beamte war, der an Glögglers kometenhaften Aufstieg mitverdiente. So erkundigte sich die FDP im Landtag mit einer parlamentarischen Anfrage an Wirtschaftsminister Jaumann danach, ob Gerüchte zutreffen, nach denen Jaumanns Staatssekretär Franz Sackmann schon 1973 von Glöggler persönlich darüber informiert worden sei, daß Dörrbecker Provisionsforderungen von 500.000 Mark gestellt habe, da er mit anderen Ministerialbeamten „teilen müsse"...

Auch die SPD hatte schon einige Tage vorher in einer Anfrage zu erfahren versucht, inwieweit noch andere Beamte in die Angelegenheit verwickelt seien. Darüber hinaus sollte die Staatsregierung Auskunft geben, wie die Verordnung gehandhabt wird, nach der den Beamten „kleinere Nebentätigkeiten" nach Genehmigung durchaus gestattet sind.

In der Tat war Dörrbecker nicht das erste Mal während seiner Zugehörigkeit zum Wirtschaftsministerium anderweitig tätig. Für den damaligen CSU-Schatzmeister und persönlich haftenden Gesellschafter des Flick-Konzerns, Dr. Pohle, arbeitete er 1970/71 als Berater. Das Ministerium hatte ihn für diese Zeit beurlaubt. Damals machte er auch erste Bekanntschaft mit Glöggler.

Später, nach dem 350.000 Mark-Intermezzo, stellte ihn das Ministerium wiederum für andere Aufgaben ab. Er wurde Berater des CSU-Franktionsführers im bayerischen Landtag, Gustl Lang. Dörrbecker war offenbar ein begehrter Mann.

Doch Dankbarkeit gehört nicht zu den Tugenden der Polit-Wirtschafts-Filzokratie: Lang feuerte seinen Berater mit sofortiger Wirkung; nicht ohne zu betonen, daß er – wie sollte es anders sein! – von den ganzen Vorgängen nichts gewußt habe.

Inzwischen ist gegen Dörrbecker ein dienstrechtliches Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Auch die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen „eventueller strafrechtlicher Vergehen" aufgenommen. Nach aller Erfahrung ist damit zu rechnen, daß die Ermittlungen weniger das Ziel haben, einem beamteten Schmarotzer das Handwerk zu legen und den Sumpf seiner Komplizen ans Licht zu befördern (wo käme unser Staat denn hin ohne all die regierungsverantwortlichen Mitverdiener?!), sondern die nunmehr ruchbar gewordene Affäre in Grenzen zu halten und zu gegebener Zeit einschlafen zu lassen. Ist sie doch eh nur deshalb ins Rollen gekommen, weil sich Glöggler, aus welchen Gründen auch immer, nicht an die in Kreisen der Hochfinanz übliche Diskretion gehalten hat. Hatte er, der in wahnwitzigen Börsenspekulationen zunächst viel gewann und dann alles verlor (freilich ohne es zu bezahlen), noch eine alte Rechnung zu begleichen? Möglich, daß seine Memoiren darüber Auskunft geben können.

Ein weiterer Punkt aus Glögglers Vergangenheit ist mittlerweile bekannt geworden. In einer bereits im August 1974 hinterlegten eidesstattlichen Erklärung stellt der frühere Prokurist des Glöggler-Betriebs Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG fest, daß die HFI-Bilanz 1971 *„um mehr als fünf Millionen Mark frisiert worden sei"* („FR", 24.9.). Außerdem seien Originalkarten der Inventur gefälscht worden, um einen höheren Warenbestand als tatsächlich vorhanden auszuweisen.

Die gleiche Bilanzfälschung hatte auch der Hauptkommissar der Kripo Franz Angermeyer im Rahmen einer – wie man hört, nichtgenehmigten – Nebentätigkeit in Erfahrung gebracht. Der „Gesetzeshüter" hatte dieses Wissen allerdings nicht benutzt, um Glöggler schon 1974 in den Knast zu bringen, wo er hingehört, sondern hatte es lediglich einem Füssener Anwalt mitgeteilt. Dafür steckte der Kommissar 4200 Mark ein.

„In München wird jetzt der Verdacht geäußert, Glögglerfirmen könnten sich... mit frisierten Bilanzen staatliche Fördergelder erschlichen haben." („FR", 27.9.)

Wie recht hatten doch die Glöggler-Arbeiter, als sie auf ihrer Demonstration gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze im Januar dieses Jahres auf einem Transparent anklagten: „800 Millionen ohne Revolver". Der Galgen, den einige Arbeiter für ihren Firmenchef mitschleppten, blieb allerdings bisher leer.

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Atommüll-Kippe in Niedersachsen geplant

In Niedersachsen sind an drei möglichen Standorten
Unterlüß/Weser, Kreis Celle,
Lichtenmoor, Nienburg/Weser
und Aschendorf/Wippingen, Emsland
eine Wiederaufbereitungsanlage mit einer Atommülldeponie geplant. Hier sollen die abgebrannten Brennelemente aller bis 1985 geplanten 50 Kernkraftwerke in der BRD aufbereitet und endgelagert werden. Gebaut werden soll das sechs Milliarden Projekt von der KEWA (Bayer, Heochst, Gelsenberg und Nukem). Der Bund wird kräftig zuschießen und später das Geld wieder durch Gebühren hereinholen (sprich durch Erhöhung der Strompreise für alle nichtindustriellen Verbraucher, so daß der „billige" Atomstrom bald noch den Sonnenstrom aus Fotozellen überrunden wird) („FAZ", 5.11.75).

Von Zeit zu Zeit müssen in jedem Kernkraftwerk die Brennelemente, die durch eine kontrolierte Kettenreaktion die Wärme produzieren, die die Turbinen zur Stromerzeugung antreit, gewechselt werden. Die Gründe hierfür sind:
1.) die Brennstäbe liefern nicht mehr die nötige Energie, und
2.) die Brennelementhüllen werden spröde und entlassen immer mehr radioaktive Stoffe. Die Brennelemente, die daher stark radioaktiv sind, werden nach kurzer Zwischenlagerung „aufbereitet", um das noch berbliebene spaltbare Uran-235 zur Herstellung neuer Brennelemente und das im Reaktor entstandene Plutonium-239, abzutrennen. Diese eignen sich sowohl zur Brennelementherstellung für bestimmte Reaktoren als auch zur Kernwaffenherstellung.

Die Wiederaufbereitungsanlagen, in denen dies geschieht, verursachen die stärkste Umweltbelastung im ganzen Brennstoffkreislauf der Kernenergie. Sie geben 10 bis 1.000 mal soviel Radioaktivität an die Luft ab, wie alle von ihr versorgten Kernkraftwerke zusammen. Beim Aufbereitungsprozeß werden stark feuergefährliche Substanzen verwandt, die sich leicht entzünden oder explodieren können. Auch können Lösungen, die spaltbares Material enthalten, ineinanderfließen, so daß eine kritische Menge entsteht, die eine unkontrollierte Kettenreaktion in Gang setzt. Unfälle dieser Art haben sich in den USA schon ereignet (Strohm, „Friedlich in die Katastrophe", S. 345).

Die radioaktiven Spaltprodukte, die diese Anlagen an die Luft abgeben, sind im wesentlichen: Krypton-85 (ein radioaktives Edelgas), das sich in Körperflüssigkeiten und im Fettgewebe anreichert; Jod-131, das sich über die Nahrungskette Gras-Kuh-Milch in der Schilddrüse anreichert (Weish-Gruber, „Radioaktivität und Umwelt", S. 105 ff).

Da es bisher technisch nicht gelöst ist, die radioaktiven Abgase einzufangen, sollen 400 m hohe Schornsteine für die nötige „Verdünnung" sorgen.

- **im Umkreis von 3 km darf niemand mehr wohnen;**
- **im Umkreis von 30 km darf die Bevölkerungsdicht 30 Menschen/km nicht überseigen;**
- **Milchwirtschaft ist nur noch eingeschränkt möglich;**
- **Ackerpflanzen werden ebenfalls radioaktiv verseucht („Bürger gegen Atommüllaufbereitung in der Heide").**

D.h., die Bauern in dieser Gegend müssen damit rechnen, daß sie bei Kontrollen ihre Milch, bzw. angebautes Getreide und Futtermittel vernichten müssen, da sie zu stark radioaktiv verseucht sein könnten.

Ein zusätzliches Problem wird für die Landwirtscahft dadurch auftreten, daß die Anlage jährlich 1.400.000 cbm Kühlwasser verdampft, was nicht ohne Folgen für den Grundwasserspiegel in der Heide bleibt.

Hinzu kommt das Ablassen von Tritium (radioaktiver Wasserstoff), dessen Ausbreitung praktisch nicht zu kontrollieren ist. Er entwicht sowohl über den Kamin als auch über das Kühlwasser. Da sich Tritium leicht mit Sauerstoff zu Wasser verbindet, kann dieses ohne weiteres in Geweben und Organen eingebaut werden und dort Strahlenschäden hervorrufen. Eine besondere Stellung nimmt das Plutonium-239 ein, das in der Anlage abgetrennt werden soll. Es ist extrem giftig und verursacht nachgewiesener Maßen Lungenkrebs und Leukämie. Auch hiervon entweichen laufend geringe Mengen über den Kamin. Gebraucht wird es unter anderem als Explosivstoff für Atombomben. So soll auch das anfallende Plutonium von der Bundesregierung aufgekauft und „verwahrt" werden (Novick, „Wie sicher sind Atomkraftwerke", s. 131 ff).

Die geplante Gewinnung von Plutonium soll in Größenordnungen von 10.000 bis 15.000 kg erfolgen. Die geringste Menge, um eine Atombombe zu bauen sind 5-10 kg. Insofern eröffnet sich hierdurch eine neue Möglichkeit für die BRD, sich unter der Hand und unter Umgehung des Atomwaffensperrvertrages, Ausgangsmaterial für Kernwaffen in immensen Größenordnungen zu beschaffen.

Der nach Abtrennung von Uran und Plutonium anfallende Atommüll stellt eins der „ungelöstesten Probleme der Kernenergie" dar. In der geplanten Anlage soll er in einem Salzstock „endgelagert" werden. In welchen Größenordnungen sich dieser Abfall bewegen wird, zeigt eine Schätzung der „FAZ", 14.7.76: Rechnet man den Abfall des KKW's, Wiederaufbereitungsanalgen und den bald notwendigen Abriß alter KKW's zusammen, ergibt sich für 1975-1990 ein Bedarf von 279.000 qm Lagerfläche!

● Bei dem Atommüll handelt es sich besonders um zwei Arten von Abfall:

● hochaktive flüssige Abfälle, die über... mehrere... Generationen fall:

● hochaktive flüssige Abfälle, die über mehrere Generationen hinweg permanent gekühlt und umgelagert werden müssen, da sie sonst verkochen und verglühen würden (Weish/Gruber, s.o. S. 73);

● mittel-niedrigaktive Abfälle, die sehr langlebig und hochgiftig sind (so z.B. Plutonium-239, was ca. 240.000 Jahre lang gelagert werden muß, wobei keine Verbindung zur Luft oder zum Grundwasser entstehend darf – in der geplanten Anlage werden noch 140 kg/Jahr Plutonium im Abfall sein) („Bürger gegen Atommüllaufbereitung in der Heide").

Früher wurde als der entscheidende Vorteil bei der Einlagerung dieser Abfälle in Salzstöcken angesehen, daß diese offenbar Millionen von Jahren überdauert haben, ohne mit dem Grundwasser in Berührung gekommen zu sein. Erfahrungen haben aber gezeigt, daß in Salzbergwerken, wo von Menschen einmal gearbeitet wurde, keine Aussagen mehr über die zukünftige Sicherheit gemacht werden können.

● So soffen in Asse I und III 89 Schachtanlagen ab. In diesem Salzbergwerk bei Wolfenbüttel wurde als erstes diese Art der Lagerung erprobt. In Asse II wird weiter eingelagert (W. Grimm, „Kali- und Salzbergwerke", S. 431).

● In Kansas, USA, versickerten in solch einer Deponie 700.000 l radioaktiver Abwässer unbemekrt (Strohm, s.o., S. 366)!

● Durch die Wärmeentwicklung der Abfälle treten Spannungen in den Gewölben auf, es kann zu Fließerscheinungen kommen, die das Ganze zusammenstürzen lassen können (Mufti, 1967, S. 3).

All dies zeigt, daß das Problem der Endlagerung längst nicht gelöst ist. So kann man sogar in einer Stellungnahme der Bundesregierung lesen: „ ...*Die aktuelle Einlagerung in Salzformationen wird erst nach langjährigen sorgfältigen Erprobungen mit experimentellen Mengen im Versuchsendlager Asse erfolgen.*" (atw, 9.75, S. IV).

Die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) schreiben sogar in einer Broschüre, daß die hochaktiven Abfälle von vornherein in wasserunlösliche Form überführt werden sollten, damit – falls es zu kritisch wird – die Lagerstätte jederzeit wieder geräumt werden kann, woraus sie dann schließt: „*Man erkennt auch hierbei wieder die der Kerntechnik eigene große Sorgfalt (!) bei der Problemlösung schon im Planungsstadium ...*" (HEW/NWK, „Zum besseren Verständnis der Kernenergie", Frage 19).

Kernenergie schafft Arbeitsplätze

Soweit reicht der radioaktive Ausfall bei einer Wiederaufbereitungsanlage

Kundgebung von KKW-Gegnern

Für Sonntag, den 19.9. hatten die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zu einer internationalen Großkundgebung aufgerufen. Anlaß war die für diesen Herbst geplante Inbetriebnahme des KKW Fessenheim im Elsaß, die Kundgebung richtete sich gegen die KKW's Fessenheim, Malville, Biblis und Wyhl. Eine Mailänder Journalistin war gekommen, um über den Giftskandal von Hoffmann-La-Roche in Seveso zu berichten. Die Kundgebung war im Vergleich zu bisherigen (5.000 bis 10.000 Leute) mit ca. 2.000 Teilnehmern nur schlecht besucht, was wohl vor allem auf das Konto der BI-Führer geht: Gerade jetzt, wo Wyhl wieder aktuell wird (im November will die Kernkraftwerk Süd GmbH mit dem Bau beginnen) organisieren sie eine Kundgebung gegen das schon gebaute KKW Fessenheim und dazu noch auf der Natorampe bei Bremgarten, ein Ort, wo sich überhaupt keine Kämpfe abspielen und auch nicht abgespielt haben, und immerhin 50 km weg von Wyhl – wer kein Auto hat, konnte überhaupt nicht hinkommen.

KB-Sympathisanten Karlsruhe



Proteste gegen die Atomanlagen

Obwohl von den Behörden der Bevölkerung gesagt wird, sie sollten die Untersuchungen und das Genehmigungsverfahren für die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und das Atommüllager abwarten, stößt die KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs GmbH) an allen 3 Orten auf wachsenden Widerstand der Bevölkerung:

– Wippingen bei Aschendorf/Emsland:
Hier wurden die Vorbereitungen verhindert, indem Bauern die Zufahrtswege durch tiefe Gräben abschnitten.

– Lutterloh bei Celle:
Nachdem eine erste Probebohrung durchgeführt worden war, bildeten sich Bürgerinitiativen, die bisher über 15.000 Unterschriften gegen die WAA sammelten und eine zweite Probebohrung verhindern wollen. Bisher größter Erfolg war eine Veranstaltung am Standort der geplanten Bohrung mit 54 Initiativen und über 3.000 Menschen.

– Lichtenmoor bei Verden
Am 16. Juli konnte verhindert werden, daß ein Meßtrupp seine Arbeit aufnahm. Seither wird der Platz ständig von ca. 20 Leuten bewacht. Als dann ein Bohrtrupp am Abend des 21. September auftauchte, wurde der Platz am Dienstag morgen von über hundert Menschen aus der Umgebung besetzt. Daraufhin zog der Bohrtrupp am Freitag morgen wieder ab.

Seit Juli machen die Initiativen jeden Sonntag eine „Informationsfrühschoppen", der von bis zu 600 Menschen besucht wird.

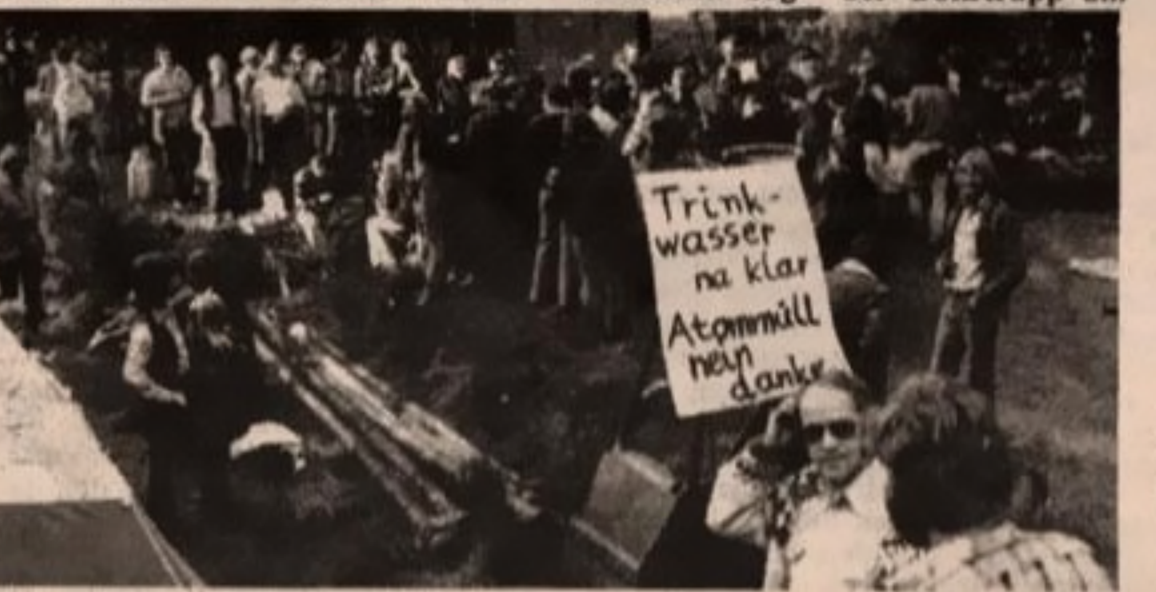
Mit Veranstaltungen und Flugblättern wird für die Information der Bevölkerung über das geplante Projekt WAA gesorgt.

Die Bevölkerung in der Gegend der drei geplanten Standorte hat allen Grund auf der Hut zu sein, erklärte doch die Firma, die die WAA bauen will, daß „*Einflüsse auf die vorwiegend in der Landwirtschaft und in Gewerbebetrieben tätige Bevölkerung in gewissem Umfang unvermeidbar*" seien. „Einflüsse" bei extrem giftigen und extrem radioaktiven Stoffen, da kann sich jeder denken, was er will.

Den Schluß zu ziehen, daß die „lebensbedrohende Radioaktivität grundsätzlich nicht zu beherrschen" sei, wie er von der Initiative Lichtenmeer gezogen wird, ist falsch. Absolut sicher sind derartige Anlagen deshalb nicht, weil es für die Kapitalistenklasse nicht mit ihrer Profitsucht in Einklang zu bringen ist.

Das hindert die bürgerlichen Parteien, die samt und sonders die Atomanlagen vorbehaltlos unterstützen, keineswegs daran, sich scheinheilig an die Spitze der Proteste zu stellen. Heuchelte in Baden-Württemberg die oppositionelle SPD Verständnis für die Proteste in Wyhl, so übernahm in Niedersachsen die CDU-Landesregierung den Part gegenüber der für den Bau verantwortlich zeichnenden

Fortsetzung Seite 5



Die von der „Bürgerinitiative Lichtenhorst gegen ein Atommüllager" durchgeführte Besetzung einer Bohrstelle in der Südheide hat zu einem ersten Erfolg geführt. Der Bohrtrupp, der an der Aufnahme seiner Arbeiten gehindert worden war, ist wieder abgezogen.

Fortsetzung von Seite 4

Bundesregierung. Nur deshalb hatte die niedersächsische Landesregierung, als die Probebohrungen auf Gegenwehr stießen, sie untersagt und ,,...*Matthöfer wissen lassen, das Land Niedersachsen wünsche zunächst Klarheit über Umweltgefahren, die von dem ‚Entsorgungszentrum' ausgehen können.*" (,,Frankfurter Rundschau", vom 1.9.76). Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht bemängelte gar auf einmal, ,,*daß die Bevölkerung bisher nicht genügend aufgeklärt worden sei*"...

Daß dieses Vorgehen der niedersächsischen CDU-Regierung nur die Bevölkerung beruhigen soll und als Wahlkampfschwindel dient, ist klar. Der Bohrtrupp (am 21.9.) wollte dann auch angeblich nur nach Trinkwasser bohren und hatte angeblich keinen behördlichen Auftrag. Laut ,,Bremer Nachrichten" teilte dann der Sozialminister Schleswig-Holsteins am 21.9. mit, man erwäge als Standort jetzt auch Geesthacht, da die geplante Festlegung des Standortes in Niedersachsen möglicherweise nicht planmäßig erfolgen könne.

Soviel ist sicher: die WAA soll gebaut werden, und zwar schnell, weil die Kernkraftwerke wie Pilze auf dem Boden schießen und der Bau der WAA mehrere Jahre dauert. Darum drängt das Bundesforschungsministerium auf eine ,,rasche Klärung der Standortfrage". Hiergegen gilt es den Kampf aufzunehmen, je früher desto besser. Das zeigen die Erfolge der Initiativen beim Verhindern der Bohrungen und damit bei der Verzögerung einer ,,Klärung der Standortfrage". (Alle Angaben und Zitate, wenn nicht anders angegeben, nach Informationsflugblättern der Initiative gegen Atommüllager)

Zeltlager gegen KKW

In Schmehausen bei Hamm wird zur Zeit ein Atomkraftwerk (300 Megawatt) gebaut. Darüberhinaus soll in Kürze der Bau eines weiteren Atomkraftwerkes mit der vierfachen Leistung in Angriff genommen werden. Um sich gegen den Bau der Atomkraftwerke und den damit verbundenen Gefahren zur Wehr zu setzen, gründeten sich im Februar/März dieses Jahres Bürgerinitiativen in Welver, Hamm, Norddinker, Bönen, Kamen, Münster und Arnsberg.

Die Bürgerinitiativen (BI's) machten am Anfang ihrer Arbeit Informationsstände, Flugblätter, Leserbriefe für die Presse usw. ... Dann wurden Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen teilweise bis zu 200 Leute gekommen sind.

Auf dem viertägigen Erörterungstermin wurden die Illusionen vieler Mitglieder der BI's, man könne das Atomkraftwerk durch Anrufung irgendwelcher ,,neutraler" Instanzen verhindern, weitgehend zerstört. Auch der Besuch von Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien brachte nur die Erkenntnis, daß sich diese feinen Herren einen Dreck um das Wohl der Bevölkerung kümmern.

Am 1. Mai demonstrierten die Bürgerinitiativen zusammen mit den Arbeitern der Schachtanlange Monopol bei Kamen für die Erhaltung der Arbeitsplätze und gegen das Atomkraftwerk bei Hamm. Nach der Schliessung der Zeche Sachsen (1.300 Arbeitsplätze!) müssen jetzt die Bergleute der Zeche Monopol um ihre Arbeitsplätze bangen. 1973 hatte die Belegschaft von Monopol die Schliessung verhindern können. Der Stillegungsbeschluß wurde allerdings nur mit der Auflage zurückgenommen, daß ein Kohlekraftwerk bei Kamen errichtet würde. Doch das Kohlekraftwerk kann nur gebaut werden, wenn die VEW als zuständiges Energieversorgungsunternehmen langfristige Abnahmeverträge abschließt. Doch dazu ist die VEW nicht bereit. Offensichtlich bringt ein Atomkraftwerk der VEW mehr Gewinn ein, als ein Kohlekraftwerk.

Am 29.5.76 wurde ein Volksfest mit Kundgebung in der Nähe des Kraftwerksgeländes veranstaltet. Es kamen fast 1.000 Leute. Damit wurde gezeigt, daß sich ein starker Widerstand gegen die geplanten Atomkraftwerke formiert hat.

In der folgenden Zeit wurden Verbindungen zwischen dem Staats- und Parteiapparat und der VEW enthüllt. So wurde der Oberbürgermeister Rinsche (CDU) von Hamm offiziell ,,Verbindungsmann" zwischen Stadtverwaltung und VEW, und bekommt dafür 5.000 DM im Jahr. Als die Bürgerinitiativen dagegen energisch protestierten, versuchte Rinsche, ein Mitglied der BI durch Androhung einer Strafanzeige zur Rücknahme der ,,Beleidigungen" zu zwingen.

Anfang August wurde von Mitgliedern der BI's das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Düsseldorf für sieben Stunden besetzt. Zur gleichen Zeit gab es vier Informationsstände in verschiedenen Städten in der Nähe des Baugeländes. Auf diese Weise wurde gegen die Verweigerung der kostenlosen, sofortigen Herausgabe des 600-Seiten-Protokolls des Erörterungstermins protestiert. Bei dieser Aktion wurde versucht, die einseitige Informationspolitik der Bundesregierung aufzuzeigen. Ab dem 8. August organisierten wir für sechs Wochen ein ,,KKW-NEIN-Zeltlager" in der Nähe der VEW. Es gibt verschiedene Gründe, warum wir das gemacht haben.

Zum einen waren da die Gerüchte, die VEW würde noch im Sommer anfangen, zu bauen. Zum anderen war die einheimische Bevölkerung direkt in der Nähe des Baugeländes bei weitem nicht so informiert und mobilisiert, wie wir es uns gewünscht haben. Wir konnten davon ausgehen, daß der Großteil der Bevölkerung wohl gegen das KKW war, aber von selbst nichts gegen das KKW machte.

Das Zeltlager hat in den Medien ziemliches Aufsehen erregt. Zeitungen, Radio und Fernsehen berichteten über uns. Einige von uns arbeiteten bei den Bauern. Auch wurde bei den Bauern eingekauft. Da bei dem Zeltlager fast nur Jugendliche mitmachten, war die Reaktion zunächst abwartend. Wir haben bald gemerkt, daß wir zur Bevölkerung hingehen mußten; von selbst kamen recht wenige, zumal das Zeltlager nicht an einer Hauptstraße lag. Die Aktionen, die vom Zeltlager ausgingen, waren recht vielfältig: Fackelzug, Hausbesuche, Plakate kleben, auf der Kirmes Anti-KKW-Lieder singen, Fußballspiele mit der Landjugend, Informationsveranstaltungen usw. ... Da fast alle Teilnehmer des Zeltlagers studieren oder arbeiten mußten, haben wir das Zeltlager nach sechs Wochen abgebrochen. Zum Abschluß haben wir noch das Gelände des VEW-,,Informationszentrums" besetzt.

Das ,,Informationszentrum" kostet 2 Mio. DM und wird in wenigen Wochen eröffnet. Da die VEW uns schon immer mit ihrem Partnerschaftsgerede einlullen wollte (z. B.: ,,Kämpfen Sie mit uns für einen guten Reaktor"), haben wir uns ganz partnerschaftlich das Recht genommen, auf VEW-Gelände neben dem fast fertigen ,,Informationszentrum" über die Gefahren der Atomenergie zu informieren. Die VEW verstand allerdings unter Partnerschaft etwas ganz anderes als die Bürgerinitiativen. Das zeigte auch das recht beachtliche Polizeiaufgebot.

Nach dieser Aktion wurde die – sowieso zweifelhafte – ,,Partnerschaft" von Seiten der VEW öffentlich aufgekündigt. Diese Aktion war ein Erfolg, zumal diesmal auch zurückhaltende Mitglieder der BI's voll mitmachten. Bei der offiziellen Einweihung des ,,Informationszentrum" in wenigen Wochen wird die VEW mit uns rechnen müssen. Im Winter wird wahrscheinlich die Genehmigung für das KKW erteilt und mit dem Bau begonnen. Bis dahin gibt es noch genug zu tun. Es gibt keinen gemeinsamen Plan, was als nächstes zu tun sei. Für einige BI-Mitglieder ist es wichtiger, sich für einen eingetragenen Verein, eine Satzung oder die Gemeinnützigkeit des Vereins einzusetzen, als zu überlegen, mit welcher Stoßrichtung weitergekämpft werden soll. Trotz alledem: Das KKW wird nicht gebaut!

Ein Hammer AK-Leser

Wahlen zum Europäischen Parlament

In zwei Jahren werden in allen neun Mitgliedsländern der EG Direktwahlen der Abgeordneten zum Europäischen Parlament stattfinden. Nachdem es zunächst immer wieder Auseinandersetzungen unter den EG-Imperialisten über den Termin der Wahlen sowie über die Zahl der von jedem Land zu wählenden Abgeordneten gab, hat man sich jetzt auf einen Termin (1978 – das genaue Datum wird voraussichtlich im September festgelegt werden) geeinigt und sich über einen Verteilungsschlüssel (s. Grafik) für die nationale Zusammensetzung des Europäischen Parlaments verständigt.

In der bürgerlichen Presse und von den bürgerlichen Parteien ist der Beschluß zu Direktwahlen innerhalb der EG euphorisch begrüßt worden. Allenthalben wurde versprochen, nunmehr endgültig den Durchbruch zur ,,europäischen Integration" geschafft zu haben. ,,*Mit Europa geht es offensichtlich wieder voran*" (Biedenkopf, CDU), ,,*der Direktwahlbeschluß bietet eine gute Voraussetzung dafür, die Demokratisierung der Gemeinschaft zügig voranzutreiben.*" (Bangemann, FDP; zitiert nach ,,EG-Magazin", 8/9).

Die Realitäten sehen denn doch etwas anders aus, als es diese Herren versprechen.

Denn 1978 werden zwar die bisher 198 Abgeordneten des alten EG-Parlaments, die von den nationalen Parlamenten ernannt wurden, dann direkt gewählt werden können, an den Entscheidungsstrukturen innerhalb der EG wird sich allerdings nichts ändern. Das dann direkt gewählte Parlament wird, ebenso wie das jetzt noch amtierende, über kaum nennenswerte Machtbefugnisse verfügen.

Tatsächlich werden die wirklich wichtigen Entscheidungen heute in der Europäischen Kommission (zusammengesetzt aus 13 Staatsangehörigen der EG-Ländern) bzw. dem ,,Rat der Regierungschefs" gefällt. Gerade in jüngster Zeit hat sich erwiesen, daß wesentliche Fragen der europäischen ,,Integration" heute sogar nur auf Treffen der Regierungschefs der großen und starken EG-Staaten gefällt werden. Regelmäßig treffen sich beispielsweise der französische Regierungschef und der BRD-Kanzler, um ihre Politik zu koordinieren, ähnliche Treffen zwischen Schmidt und dem englischen Premierminister wurden jüngst beschlossen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Kreditbedingungen des BRD-Imperialismus für Italien, die diesem Land eine Spar- und Gesetzespolitik diktieren, mit der die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zurückgedrängt und eingeengt werden sollen. Diskutiert wurden diese Bedingungen in keinem EG-Gremium.

Die Rechte des Europäischen Parlaments sind demgegenüber geradezu jämmerlich und nicht einmal mit den Rechten nationaler Parlamente gegenüber ihren Regierungen vergleichbar: Es hat nicht das Recht, den Rat der Regierungschefs und der Minister zu kontrollieren, diese sind lediglich ihren eigenen Regierungen verpflichtet; das Parlament kann auch keine Beschlüsse der Kommission oder des Rates verhindern, sondern hat lediglich das Recht, hierzu Stellungnahmen abzugeben. Dies soll auch bei einem direkt gewählten Parlament nicht anders werden. Wenn dennoch von den bürgerlichen Parteien und der Presse ein derartiger Rummel um die Direktwahlen inszeniert wird, so verbergen sich dahinter eindeutig politisch ideologische Ziele. Hier soll eine Kampagne geführt werden, die den Zusammenschluß der EG-Staaten zu einem einheitlichen imperialistischen Block propagiert. Inzwischen haben alle bürgerlichen Parteien in der BRD angekündigt, den Wahlkampf um die Sitze im Europäischen Parlament mit großem Einsatz und Aufwand zu führen. Wesentlich auf Initiative der westdeutschen Parteien haben sich inzwischen auch auf westeuropäischer Ebene Föderationen und staatlich übergreifende Zusammenschlüsse der drei größeren Strömungen bürgerlicher Politik (Christdemokratie, Sozialdemokratie und Liberalismus) gruppiert, die 1978 auf EG-Ebene ihren Wahlkampf vereinheitlichen wollen.

Bruno Friedrich (SPD) gibt an, worum es, unabhängig von den verschiedensten konkreten Nuancen bürgerlichen Politik aller Parteien in in der schon jetzt langsam anlaufenden Kampagne für ein ,,einiges Europa" geht: Die EG, die ,,*noch immer am äußersten Rande des politischen Interesses der Öffentlichkeit steht*", stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Imperialisten stehen heute vor dem Problem, kaum noch breite Massen der Bevölkerung für die westeuropäische ,,Integration" begeistern zu können. Nicht zuletzt sind dafür die immerfort schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Staaten verantwortlich (beispielsweise um den Agrarmarkt, um den ,,Butterberg", zu dem sich jetzt noch ein Milchpulver,,berg" gesellt hat, um Beitragszahlungen usw. usf.), die teils offen, teils verdeckt unter den Imperialisten ausgetragen werden.

Vor allem aber sind die Imperialisten in einigen Staaten mit einer relativ breiten Bewegung konfrontiert, die sich gegen die Auswirkungen der ,,Integration" auf die Werktätigen (Verschlechterung der Lebenslage, Verteuerung der Waren, finanzieller und wirtschaftlicher Ruin Kleingewerbetreibender, insbesondere der Bauern usw. usf.) wehrt.

Hier soll die Kampagne um ein demokratisches Westeuropa, um ein demokratisch gewähltes Europäisches Parlament ansetzen und nicht nur die tatsächlich stattfindende imperialistische Machtzusammenballung unter einem Deckmantel demokratisch gewählter Körperschaften verdecken helfen, sondern eine Mobilisierung breiterer Massen für diesen Zusammenschluß initiieren.

Diesen Schwindel aufzudecken, wird die Aufgabe aller demokratischen und kommunistischen Menschen sein.

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg



Quelle: EG-Magazin 8/9, 1976

Presseerklärung

Erfolgreiche Aktionen der Fahrpreisgegner werden behindert

Lübeck: Vor der Bundestagswahl werben die Parteien mit Versprechungen wie ,,Von Freiheit verstehen wir mehr" (SPD), ,,Die Freiheit wählen!" (CDU) oder ,,Im Zweifel für die Freiheit" (FDP). Die Realität sieht allerdings ganz anders aus.

– Als am 26.8. der gerade tagenden Bürgerschaft 7.500 gesammelte Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen übergeben werden sollten, wurde die Annahme einfach verweigert. Noch im Juni hatten SPD-Bürgerschaftsabgeordnete getönt, ,,daß das Gespräch mit dem Bürger versäumt worden sei. Es fehle also die Einsicht der Betroffenen" (DGB-Vorsitzende Sommer, ,,LN", 12.6.). Nichts als leere Versprechungen! Deshalb haben im Vertrauen in die eigenen Kräfte am 4.9. noch einmal 300 demonstriert.

– Anfang September leitete der Staatsanwalt Wirsich ein Ermittlungsverfahren gegen einen Demonstrationsteilnehmer vom 7.8. ein. Er hatte sein Auto als Lautsprecherwagen für Kundgebungen zur Verfügung gestellt. Inzwischen ist beim Gericht sogar eine ,,erkennungsdienstliche Behandlung" beantragt worden!

– Am 10.9. führten wir demonstrativ einen Busboykott gegen eine Buslinie durch. Ein ,,Roter-Punkt"-Auto wurde von der Polizei angehalten und durchsucht. Abends durchsuchten Polizisten die Garage (!) eines anderen Autofahrers. Zwar ist es bisher nicht zu Anzeigen gekommen, dennoch sollten Fahrpreisgegner erneut eingeschüchtert werden.

– Auf einem Fest am 19.8. sollten die Erfahrungen der vorhergehenden Aktionen zusammengefaßt werden. Etwa 300 Besucher sahen ein Theaterstück über die Durchsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses. Außerdem traten politische Musikgruppen auf, die u.a. Lieder zum Wahlkampf vortrugen und es waren Infostände und Wandzeitungen z.B. gegen die Berufsverbote und zum dritten Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile vorhanden. Nach einem Solidaritätsbeitrag mit dem chilenischen Widerstand wurden über 200 DM gesammelt.

Schon zu Beginn des Festes drohte die Lysia-Hoteldirektion mit Polizei, wenn nicht sofort alle politischen Infostände und Wandzeitungen entfernt würden. Noch während der Veranstaltung wurde ein ,,Memorandum" der Direktion überreicht, in dem mit Schließung gedroht wurde. Begründung: ,,1. Verbreitung und Verkauf von politischem Material, links orientiert (!). 2. Protestlieder und Protestsongs gegen dritte Staaten und deren politische Gesinnung. 3. Aufstellung von Plakaten, die politisch sehr eindeutig (!) ausgedrückt sind". Innerhalb von einer halben Stunde sollte die politische Information eingestellt werden, andernfalls würde der Strom abgedreht werden! Wir könnten das Hotel auch ruhig regreßpflichtig machen, wurde gedroht. Das Lysia-Hotel gehöre zu einer ,,Kette" – der Lüder-Bauring-AG, einem der größten norddeutschen Bauunternehmen – und habe Geld genug!

Dieser Erpressungsversuch wurde unmittelbar während der Veranstaltung gestartet, nachdem zuvor mündlich andere Vereinbarungen getroffen worden waren. Eine rechtliche Grundlage hatte das Vorgehen der Hoteldirektion nicht!

Die ,,Freiheit", von der die bürgerlichen Parteien so viel reden, entpuppt sich als die Freiheit großer Unternehmen, ,,links orientierte" Politik verhindern zu wollen und die wirtschaftliche Macht auszuspielen. Eine Freiheit für die Polizei, willkürlich Auto- und Hausdurchsuchungen vornehmen zu können. Wer nicht den bürgerlichen Parteien vertraut, sondern eigenständige Aktionen organisiert, dessen Freiheit ist bedroht!

Lübecker Initiativen
gegen die Fahrpreiserhöhungen

Makler-Gangster

Als Angelika S. endlich eine Wohnung gefunden hatte, schloß sie bei einem ,,renommierten Hamburger Makler-Büro", Mitglied im ,,Ring Deutscher Makler" (RDM) und Verwalter dieser Wohnung den Mietvertrag ab und zahlte die erste Monatsmiete und die Kaution. Als sie dann noch knapp 800 Mark Courtage (Vermittlungsgebühr) gezahlt hatte, stellte sie plötzlich fest, daß die Rechnung hierfür auf den Namen eines zweiten Maklerbüros ausgestellt war.

Das ist nur einer der vielfältigen Tricks, mit denen die so ehrenwerten Makler das Wohnraumvermittlungsgesetz von Ende '71 umgehen. Dies Gesetz verbietet, daß Verwalter von Wohnungen auch noch Courtage kassieren. Der Mieterverein und die Verbraucherzentrale in Hamburg deckten jetzt einige Methoden auf, mit denen die meisten Makler ,,arbeiten":

- für die Courtage-Rechnung wird einfach ein Briefkopf einer fingierten Firma benutzt;
- die Besitzer oder Verwandte von Maklerbüros gründen eine zweite Firma, die die Courtage kassieren;
- zwei Maklerbüros arbeiten zusammen und kassieren gegenseitig die Courtage ihrer Mieter (,,Hamburger Abendblatt", 16.9.76).

Die Makler-Gangster riskieren dabei nicht viel, in den meisten Fällen brauchen sie nicht einmal die erpreßten Vermittlungsgebühren zurückzuzahlen: Das Wohnraumvermittlungsgesetz sieht hierfür nur die extrem kurze Verjährungsfrist von einem Jahr vor – dann ist der Anspruch der betrogenen Mieter verfallen. Der Mieterverein schätzt, daß die Makler so Summen kassiert haben, ,,*die in die Hunderttausende*" gehen. Die bisher einzige Reaktion des RDM: ,,*Im Interesse einer gründlichen und objektiven Aufklärung und unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundgesetze (!) ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die betroffenen Mitglieder zunächst gehört werden*" (,,HA", 16.9.76).

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Gegen die Auflösung der GEW-Westberlin

Am 29.9. fand in Westberlin eine ausserordentliche Landesvertreterversammlung der GEW statt, auf der über die „Zukunft der GEW Berlin" diskutiert wurde.
Wie wir in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF bereits berichteten, hatte der Bundesvorstand der GEW am 25.8. dem ganzen Landesverband Westberlin zum 30.9. die Mitgliedschaft in GEW-Bund und DGB „aufgekündigt", weil sich die Westberliner GEW-Kollegen geweigert hatten, die GEW-Bundessatzung anzuerkennen, da dies eine Auflösung des bisherigen Verbandes, die Beseitigung sämtlicher Mitgliedsrechte, die bedingungslose Übernahme der Bundessatzung und die Überführung des Vermögens der Westberliner GEW an den Bundesverband bedeutet hätte.
Der Ausschluß der GEW Berlin und die Neugründung eines Spalterverbandes ist Frister jedoch zunächst durch eine Einstweilige Verfügung verbaut, die zwei Kollegen am 10.9. beim Landgericht Berlin erwirkt haben. Am 8. Oktober soll der Widerspruch des GEW-Bundesvorstandes verhandelt werden.

Kujawa für Auflösung der GEW Berlin

Wie sich Frau Kujawa und die Vorsitzenden die „Zukunft der GEW Berlin" vorstellen, erläuterten sie unumwunden in einer „Stellungnahme" zur Vertreterversammlung: Die Vertreterversammlung solle ihren Willen erklären, *„die Mitglieder der GEW Berlin aufzufordern, in die GEW im DGB einzutreten und die GEW Berlin aufzulösen"*.

Es gebe *„keine Alternative zur Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft"*. *„Unabhängig vom Ausgang der juristischen Auseinandersetzung wird mit grosser Wahrscheinlichkeit Berliner Mitgliedern außerhalb der GEW Berlin eine Organisationsmöglichkeit in der GEW im DGB angeboten werden"*. Das heißt also, daß der Bundesvorstand, wie von uns vorausgesagt, die Spaltung auf jeden Fall durchführen wird – möglicherweise jedoch in einer anderen Form, wenn er die jetzigen juristischen Auseinandersetzungen verliert.

In einem Dringlichkeitsantrag empfahl Frau Kujawa *„gewerkschaftspolitische Entscheidungen"*, die es ermöglichen sollen, *„daß ein größtmöglicher Teil unserer Kollegen sich in der GEW im DGB organisiert . . . , selbst wenn die Zurücknahme des besonderen Aufnahmeverfahrens* (Ausdehnung des Unvereinbarkeitsbeschlusses auf die Kollegen, die sich der Übernahme der Bundessatzung aktiv wiedersetzt haben – Anm. AK) *vor der Neugründung eines Landesverbandes Berlin nicht mehr zu erreichen ist"*.

D.h. in einfacheren Worten: Kujawa fordert (auch wenn sie „natürlich" ganz gern einige Mitgliedschaftsrechte gewahrt gesehen hätte . . .) die bedingunglose Kapitulation vor Frister.

Um freie Bahn für die Auflösung des Westberliner Landesverbandes zu schaffen, sollte die VV erklären, daß *„juristische Schritte . . . politisches Handeln nicht ersetzen können"*. Dadurch sollte massiver moralischer Druck auf die Kläger-Guppe ausgeübt werden, die Einstweilige Verfügung von sich aus zurückzuziehen. Demagogisch heißt es in der „Stellungnahme" der Vorsitzenden:

„Mit Hilfe der ('bürgerlichen') Gerichte wollen sie ca. 7.000.000 Arbeitern, Angestellten, Beamten, kurz: 'Lohnabhängigen', die politische Einschätzung von ca. 2.000 Berliner Lehrerkollegen aufzwingen (!), *die unter DGB-Kollegen zu den Spitzenverdienern gehören: Wenn schon der 'Unvereinbarkeitsbeschluß' im DGB nicht sofort fallen kann, dann muß es zumindest in das Belieben von Unterorganisationen gestellt sein, ihn anzuerkennen oder nicht. Damit wäre der erste entscheidende Schritt zur Aufweichung gewerkschaftlicher Kampfkraft, zur Aushöhlung der einzigen Stärke gewerkschaftlicher Arbeit, der Solidarität getan. Es mag dahingestellt bleiben, ob das nicht den Ambitionen mancher Richter zupaß käme . . ."* Die „Einheit" in Sachen Unvereinbarkeitsbeschluß ist für Kujawa demnach ein Zeichen „gewerkschaftlicher Kampfkraft" und „Solidarität"! Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Der „Hamburger Kompromiß" – eine Alternative?

Eine Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von Kujawa und Co. wurde von der VV abgelehnt. Verabschiedet wurde dagegen ein Alternativ-Antrag der Bezirksleitung Schönberg mit 162 : 158 Stimmen. Im Schöneberger Antrag werden die Mitglieder aufgefordert, *„derzeit in der GEW Berlin zu bleiben und nicht individuell in einen neuen Landesverband einzutreten"*. Der Vorstand der GEW Berling wird aufgefordert, *„mit dem Bundesvorstand der GEW bis zur ordentlichen Vertreterversammlung* (im Dezember – Anm. AK) *Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, die Rücknahme der Kündigung und der Neugründung zu erreichen"*. Die GEW Berlin soll dann die Gelegenheit erhalten, die Bundessatzung mit Zweidrittel-Mehrheit (und nicht mit Dreiviertel-Mehrheit) zu übernehmen.

Sollte der Bundesvorstand diese Bedingungen nicht akzeptieren, werden an den „neuen" Landesverband folgende „Mindestforderungen" gestellt:

– „Aufnahme aller Mitglieder, die die Bundessatzung anzuerkennen bereit sind,
– Sicherung einer demokratischen Satzungsstruktur für den neuen Landesverband (Betriebsgruppen, Mitgliederversammlungen, gleiche Wahlmodi wie in der GEW Berlin, Sicherung der Autonomie in Finanzfragen und bei der Organbestellung) . . ."

Wenn auch die Bedingungen nicht erfüllt werden, soll der Westberliner Landesvorstand selber juristisch gegen den Ausschluß vorgehen. Ein Antrag Kujawas, diese letzte Passage zu streichen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Mit der Annahme dieses Antrags hat sich die Vertreterversammlung zwar g e g e n die Auflösung der GEW Berlin ausgesprochen und dokumentiert, daß sie eine Auflösung des Landesverbandes nicht kampflos hinnehmen will. Wir sehen in diesem Beschluß allerdings die Gefahr, daß der Bundesvorstand mit Hilfe eines faulen Kompromisses seine Spalterpolitik durchsetzen könnte. Zunächst einmal beinhaltet dieser Antrag natürlich keinen ernsthaften Kampf um eine Rücknahme des Ausschlusses, da die VV ja von vorneherein erklärt, gegebenenfalls auch mit entschärften Aufnahmebedinungen in den Spalterverband „zufrieden" zu sein. Was das letztere angeht, so klingt die „Anerkennung der Bundessatzung" als einziges Kriterium auf den ersten Blick relativ harmlos. Diese Formulierung läßt dem Bundesvorstand jedoch die Möglichkeit offen, eine formale Anerkennung der Bundessatzung beispielsweise bei denjenigen Delegierten „anzuzweifeln", die auf der Vertreterversammlung vom August dagegen gestimmt hatten. Ebenso unkonkret und vage ist die Forderung nach einer „demokratischen Satzungsstruktur", die natürlich außerordentlich verschieden ausgelegt werden kann. Ein Protest dagegen, daß diese (Landes-) Satzung vom (Bundes-) Hauptausschuß festgelegt werden soll, wird nicht erhoben.

Auch den letzten – scheinbar „radikalen" – Punkt (Drohung mit gerichtlichen Schritten des Westberliner Vorstands) halten wir nicht für eine gute Idee. Denn hier würde das gerichtliche Vorgehen Leuten überlassen, die in ihrer Mehrheit das spalterische Vorgehen des Bundesvorstandes decken.

Zweifellos liegt der springende Punkt jedoch darin, die Übernahme der Bundessatzung durch den Westberliner Landesverband der GEW als *„unumgänglich"* anzusehen, anstatt die Entscheidung der letzten Vertreterversammlung zu akzeptieren und im Sinne des Kampfes gegen die Bundessatzung, die verbal von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt wird, zu nutzen.

IG-Metall fordert Berufsverbote

IG-Metall fordert Berufsverbote

Worum es den DGB-Führern geht, dokumentierten in dankenswerter Offenheit die Westberliner IGM-Führer in einem Aktikel in „Metall" 18/76 über die LVV vom 25.8.. Geradezu exotisch erscheinen der „Metall" die primitivsten demokratischen Mitgliederrechte: *„Die Versammlung verlief teilweise chaotisch. Jeden Delegierten stand persönlich das Antragsrecht zu. Die Folge (!) war eine verwirrende Zahl Abänderungsanträge und nie abreißende Geschäftsordnungsdebatten. Das Durcheinander kam der Strategie der Bundessatzungsgegner sichtlich entgegen. Sie faselten von Demokratie (!) und Basis, von Solidarität und Klassenkampf, und meinten doch nur die Zerschlagung der Einheit mit dem DGB"*. Ein großer Teil der GEW-Mitglieder muß nach Meinung der DGB-Führer nicht nur aus der Gewerkschaft, sondern im gleichen Abwasch auch aus dem Beruf gedrängt werden: *„Erschreckend ist der Gedanke, daß die 27,8 Prozent Neinsager einen ähnlich großen Lehreranteil in den Berliner Schulen repräsentieren könnten. Was da auf die Kinder und Jugendlichen losgelassen (!) wird, muß um unsere Demokratie fürchten lassen."* Diese offenen Worte der DGB-Führer zeigen sicherlich realistischer als Kujawas schönfärberische Visionen einer durch den DGB gestärkten GEW, wohin der Hase in der GEW Berlin laufen soll.

Kujawa – Fristers trojanisches Pferd

Wie die Vorsitzenden in ihrer „Stellungnahme" offen betonen, nehmen sie ihre Funktionen weiterhin wahr, um die Auflösung der GEW Berlin zu erreichen. In der Wahl ihrer Mittel sind sie nicht gerade zimperlich. So stellte der Hauptvorstand den Antrag, (bevor überhaupt über die „Zukunft der GEW Berlin" entschieden wurde), einen Sozialplan für die 14 bei der GEW beschäftigten Kollegen vorzubereiten. Damit sollten weitere T a t s a c h e n geschaffen werden, um die Spaltung der GEW Berlin voranzutreiben.

Allerdings konnte dieser Antrag weitgehend abgelehnt werden; stattdessen soll die o. VV im Dezember über Höhe und Notwendigkeit eines Sozialplanes beschließen.

Daß es Kujawa und Co. kaum um eine „starke GEW Berlin" geht, zeigte sich auch an einem anderen „Zwischenfall". Dem KBW und der „KPD" nahestehende GEW-Mitglieder hatten drei Transparente gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, gegen die Übernahme der Bundessatzung und gegen den Auschluß der GEW Berlin aus GEW-Bund und DGB im Saal aufgehängt. Mit dem Hinweis auf den Mietvertrag, in dem sich die GEW angeblich verpflichtet hatte, keine Transparente im Saal auszuhängen, verlangten die Vorsitzenden, daß die Transparente abgenommen würden. Als sich KBW/„KPD" zunächst weigerten, ließ der Vorstand die VV für 15 Minuten unterbrechen! Nur unter diesem massiven Druck des Vorstandes, der offensichtlich einen passenden Vorwand gefunden hatte, die VV zu chaotisieren, (damit keine Entscheidungen über die Zukunft der GEW Berlin gefällt werden, um den Landesverband so lahmzulegen) sprach sich die überwältigende Mehrheit der Delegierten dafür aus, die Transparente zu entfernen. Als die „KPD" trotzdem auf ihren Transparenten beharrte – was angesichts des klaren Votums der Delegierten sicherlich eine Provokation war –, erklärte der Vorstand die

Fortsetzung auf Seite 7

Gegen Ausschluß, Spaltung und Auflösung der Westberliner GEW

Hamburg:

Am 27.9. fand auf Antrag von über 600 Mitgliedern eine außerordentliche Landesvertreterversammlung (a.o. LVV) der GEW Hamburg statt.

Auf der Tagesordnung stand der Ausschluß des Westberliner Landes verbandes aus der GEW wegen Nichtübernahme der Bundessatzung. Angenommen wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Hamburger Landesvorstands, der die Westberliner Mitglieder auffordert, *„die Geschlossenheit ihres Verbandes zu erhalten und nicht auszutreten."*

Außerdem soll der Bundesvorstand mit dem Westberliner Landesvorstand in Verhandlungen treten, um eine Regelung zu ermöglichen, *„ohne daß damit die Auflösung des Landesverbandes verbunden ist"*. In diesem Beschluß ist zwar immerhin keine Passage enthalten, die eine Verurteilung der Westberliner GEW-Linken vornehmen würde. Andererseits wurde in der ursprünglichen Vorlage auch keine eindeutige Verurteilung des Bundesvorstands als Urheber und Regisseur der Spaltung formuliert. Dies konnte jedoch durch einen auf der Versammlung selbst gestellten Zusatzantrag erreicht werden, der ebenfalls mit deutlicher Mehrheit verabschiedet wurde. Darin wird vom Bundesvorstand gefordert, *„unverzüglich die rechtswidrige Kündigung der Mitgliedschaft des Berliner Landesverbandes in der GEW durch einen neuen Beschluß aufzuheben."*

Der Hamburger Landesvorsitzende Lemke wollte auf der LVV zwar nicht der *„Bundessatzung das Wort reden"* und sprach sich auch gegen die darin verankerten Unvereinbarkeits-Beschlüsse aus, wischte dann aber eine Diskussion darum mit dem Argument beiseite, die vorhandenen Schwierigkeiten in der gewerkschaftlichen Arbeit hätten mit der Bundessatzung nichts zu tun. Die Angriffe des Bundesvorstands und speziell des 1. Vorsitzenden auf die gewerkschaftliche Arbeit des Hamburger Landesverbandes (z.B. die Unterstützung der rechten Spalterfraktion „Alternative") verharmloste Lemke als normale *„innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen"*.

Tatsächlich wäre der von Frister vorgetragene Antikommunismus mehr oder weniger lächerlich, wäre damit nicht stets und eindeutig die erpresserische Drohung mit Sanktionen des Bundesvorstands verbunden, zu der die Bundessatzung die Gewerkschaftsführer ermächtigt. Letzlich ist es ja gerade diese Satzung, die ein Vorgehen wie in Westberlin, das auch von den „linken" Sozialdemokraten abgelehnt wird, legitimieren soll, und es ist unbestritten, daß dieses Vorgehen den Intentionen der Bundessatzung entspricht.

Lemke und die anderen linken Sozialdemokraten schlugen einen Kompromiß zur Lösung des Konflikts vor: *„In Berlin muß nun nach anderen satzungsrechtlichen und politischen Möglichkeiten gesucht werden, wie der Auftrag der Bundesvertreterversammlung vom 8.3.75* (Kölner Beschlüsse, Anm. AK-Red.) *erfüllt werden kann."* Das heißt de facto: Übernahme der Bundessatzung, allerdings in „abgemilderter" Form nach dem „Hamburger Modell".

Kujawa: Peinliche Nähe zur „Alternative"

Die Westberliner GEW-Vorsitzende Kujawa, die auf Einladung des Vorstands anwesend war, eröffnete in Hamburg ein weiteres Mal, daß sie mit fliegenden Fahnen ins Lager von Frister übergewechselt ist. Zwar findet auch sie die Bundessatzung *„nicht in allen Punkten gut"*, aber Beschlüsse müßten eben eingehalten werden – auch wenn sie sich nachweislich gegen die satzungsmäßigen Mitgliederrechte richten (das ist der rechte deutsche Beamtengeist!).

Recht peinlich wurde es für sie in dem Augenblick, als sie beantragte, den Passus im Vorstandsantrag, der gegen die Auflösung der GEW Berlin Stellung nimmt, zu streichen. Denn dabei wurde sie allein von den Reaktionären der „Alternative" unterstützt. Welches Spiel Kujawa spielt wird daran deutlich, daß sie noch auf der Vertreterversammlung in Westberlin am 25.8. eine Willenserklärung vorlegte, nach der mit der Übernahme der Bundessatzung k e i n e Auflösung verbunden sein sollte! Und noch einmal hatte Frau Kujawa Mühe, sich glaubhaft von der „Alternative" zu distanzieren. Diese hatte nämlich einen Antrag eingebracht, wo der Aufbau einer Westberliner Landesorganisation der GEW gefordert wird, *„die sich ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesamtorganisation in keiner Weise entzieht"*.

Dabei beriefen sich die Reaktionäre nicht ungeschickt auf Kujawa – denn diese hatte sich für die schnellstmögliche Auflösung der GEW Berlin und den Aufbau eines Spalterverbands eingesetzt, dessen Satzung vom Bundeshauptausschuß diktiert werden soll.

Glatt gelogen war auch die Behauptung Kujawas, sie setze sich dafür ein, daß lediglich die Anerkennung der Bundessatzung Bedingung für die Aufnahme in den „neuen" Verband sein solle. Sie selbst hatte im Bundesvorstand am 11.9. einem Beschluß zugestimmt, der wesentlich schärfere Aufnahmekriterien festlegt.

DKP deckt Spaltung

Der Position der Westberliner Vorsitzenden kam in Hamburg die DKP am nächsten. Ihr war der Vorstandsantrag noch zu links, weshalb sie mit Unterstützung Kujawas einen zusätzlichen Antrag des AjLE durchbringen wollte, in dem „bedauert" wird, *„daß es der klaren Minderheit der Westberliner Mitglieder gelingen konnte, den Verbleib des Landesverband Westberlin in der GEW ernsthaft zu gefährden"*. Damit waren sie neben der „Alternative" die einzigen, die eine Verurteilung der Gegner der Bundessatzung verlangten. Außerdem wollte der AjLE die Kläger auffordern lassen, ihre vor Gericht erwirkte Einstweilige Verfügung gegen die Neugründung einer Westberliner GEW-Organisation zurückzuziehen. Ein solcher Verzicht – auch von Kujawa vehement gefordert – würde grünes Licht für die Spaltung bedeuten. Diese Haltung ist bezeichnend für die Leute, die ansonsten am lautesten nach der „Einheitsgewerkschaft" rufen.

Mit der Begründung, der Westberliner Klägergruppe nicht in den Rükken fallen zu wollen, lehnte die Mehrheit der LVV (183 : 153) eine Befassung mit diesem Antrag ab. Während alle anderen Beschlüsse mit klaren Mehrheiten gefaßt wurden, war dies die einzige wirkliche Kampfabstimmung auf der LVV. In dieser entscheidenden Abstimmung stimmten linke Sozialdemokraten, KB und SB gegen DKP, „Alternative" u n d KBW! Dies bedeutet, daß sich der KBW – der zu diesem Verhalten keine weitere Erklärung abgegeben hat – mit seiner Ablehnung gerichtlicher Schritte klar auf die Seite der Rechten begeben hat.

Nebenbei: Für seine *„unüberhörbare Forderung nach einer Bundesvertreterversammlung"* („KVZ", 30.9.) erhielt der KBW ca. 10% der Stimmen auf der LVV (der KBW hatte in der „KVZ" und in Westberliner Flugblättern verbreitet, die Hamburger LVV finde eigens zu dem Zweck der Einberufung einer o.a. BVV statt, und die Verabschiedung dieser Forderung sei sozusagen eine „klare Sache"). Prompt wurde die LVV vom KBW als *„Sieg der Staatsratsfraktion" abgetan, wozu der „KB Nord beigetragen"* habe („KVZ"-Ortsbeilage, 30.9.).

Des weiteren lag der LVV ein Antrag vor, daß die GEW Hamburg *„einzig und allein die (jetzt bestehende, Anm. AK) GEW Berlin als Landesverband unserer Gewerkschaft und Vertretung der Westberliner Kollegen anerkennt und keinen noch so gearteten Spalterverband"*.

Dieser Antrag ging insofern über die anderen hinaus, als er auch für den Fall, daß der Bundesvorstand die Spaltung durchzieht – womit früher oder später auf jeden Fall zu rechnen ist – die Haltung der GEW Hamburg eindeutig festgelegt hätte. Obwohl dieser Antrag eine relativ breite Verankerung in der Mitgliedschaft erhalten hatte (verabschiedet in den Fachgruppen Gesamtschulen und VR sowie auf drei Kreisvertrauensleute-Konferenzen und zahlreichen Betriebsgruppen), bekam er auf der LVV nur etwa 20 % der Stimmen.

Ein ebenfalls weitergehender Antrag der Betriebsgruppe der Gesamtschule Steilshoop wurde nicht befaßt.

Zum Ergebnis der LVV

Festzuhalten bleibt ein klares Votum der Hamburger LVV gegen die Spaltertätigkeit des Bundesvorstands. Dennoch nahm die Mehrheit der Delegierten dies nicht zum Anlaß neuer Anstrengungen des Kampfes gegen die Bundessatzung, sondern zu einer Empfehlung an die Westberliner Kollegen, die Bundessatzung trotz allem zu übernehmen. Der Konflikt soll nicht vor Gericht ausgetragen, sondern eine „annehmbare" politische Lösung in Verhandlungen mit dem Bundesvorstand gesucht werden. Für diesen Fall wird ein Zurückziehen des gerichtlichen Vorgehens angeboten.

Einmal abgesehen davon, wie r e a l i s t i s c h eine solche Taktik gegenüber dem Bundesvorstand ist, ist zu kritisieren, daß sie sich zumindest indirekt den Standpunkt der Gewerkschaftsführung zu eigen macht, daß man bei einer Ablehnung der Bundessatzung auf jeden Fall aus dem DGB und der GEW Bund herausfliegt, anstatt genau dies zu bekämpfen. Dies müßte schließlich im eigenen Interesse der „linken" Sozialdemokraten liegen, wenn die Beteuerungen, gegen die Bundessatzung zu sein, ernst genommen werden sollen.

Damit wird letztlich das Recht der Landesverbände bestritten, über Annahme u n d Ablehnung der Bundessatzung zu entscheiden – denn andernfalls wird diese demokratische Entscheidung zu einem rein formalen Zustimmungsakt degradiert. Gerade in Hamburg war dieses Recht (ebenfalls durch gerichtliches Vorgehen) seinerzeit durchgesetzt worden.

Deshalb gibt es auch keinen „Auftrag der Bundesvertreterversammlung", zu dessen Erfüllung die Landesverbände in irgend einer Weise „verpflichtet" wären. Es gibt nur einen Satzungs v o r s c h l a g dieses Gremiums, das überhaupt nicht legitimiert war, „Aufträge" zu erteilen. In diesem Zusammenhang können wir es nicht als besonders „demokratisch" ansehen, den Westberliner Landesverband, der die Bundessatzung nun schon zum zweiten Mal in einer einwandfreien Abstimmung abgelehnt hat, erneut zur Übernahme aufzufordern, anstatt diese Entscheidung zu a k z e p t i e r e n !

Lehrerkomitee und
Bündniskommission,
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 6

kurzerhand für beendet!! Nur dank beherzten Einsatzes einiger linker W-Delegierter und Mitglieder, die der PD" die Transparente entrissen, konnte erreicht werden, daß die VV weitergehrt wurde. Ganz im Gegensatz zu diesem egenüber den Linken „peniblen" Pochen uf einen „ordentlichen" Versammlungsblauf duldete es der Vorstand wie selbstverständlich, daß GEW-Mitglieder, die bereits öffentlich ihren Austritt und Übertritt in den Spalterverband erklärt hatten, wie etwa Herr Seiring von der Schulaufsicht, als Delegierte (!!!) an der VV teilnahmen.

Diese Beispiele belegen sicherlich hinreichend, daß es Kujawa als ihre wesentliche Aufgabe ansieht, als Fristers trojanisches Pferd die Zerschlagung des Westberliner Landesverbandes voranzutreiben. Ganz in diesem Sinne hat Kujawa mit Hinweis auf den „Transparent-Zwischenfall" (nach dem die VV formal für beendet erklärt worden war) bereits angekündigt, daß sie sich *„voraussichtlich nicht an den Beschluß halten (wird), der gegen ihren Willen von der Mehrheit der Vertreter gefaßt worden war"*. („Tagesspiegel", 1.1o.).

Das Kräfteverhältnis auf der Westberliner VV entspricht in etwa dem der zwei Tage zuvor stattgefundenen Hamburger Landesvertreterversammlung. Eine Mehrheit wurde von Kollegen gestellt, die die Politik des Bundesvorstands zwar ablehnen, aber einen „annehmbaren Kompromiß" suchen. Dabei werden jedoch gefährliche Zugeständnisse gemacht (in Westberlin noch mehr als in Hamburg). Ein solches Zugeständnis besteht in dem Schöneberger Antrag vor allem darin, daß die Möglichkeit eines Übertritts in den Spalterverband in Aussicht gestellt wird.

Den GEW-Linken, die bisher für eine konsequente Ablehnung der Auflösung und Spaltung des Landesverbandes und gegen die Übernahme der Bundessatzung in der jetzigen Form eingetreten sind, ist es bisher nicht gelungen, auf der VV ihren Einfluß zu verbreitern. Ein Antrag von vier linken Delegierten (auf Grundlage eines Antrages der Fachgruppe Sonderschulen) gegen die Auflösung und Spaltung des Westberliner Landesverbandes, gegen die Übernahme der Bundessatzung in der jetzigen Form, einschließlich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wurde mit 227 : 99 Stimmen n i c h t b e f a ß t. (Dieses Kräfteverhältnis entspricht in etwa dem der VV vom 25.8.; damals beteiligten sich mehr Delegierte an der LVV).

Die Forderung nach einer a.o. Bundesvertreterversammlung, die in einem Antrag einiger Weddinger Delegierter vorgeschlagen worden war, fand die geringste Zustimmung.

Auf der Ebene der Mitgliederversammlungen stellte sich das Bild für die Linken günstiger dar: Eindeutige Beschlüsse gegen die Übernahme der Bundessatzung (!) wurden gefaßt von den Mitgliederversammlungen der Bezirke Kreuzberg, Reinickendorf, Wilmersdorf, Tempelhof, Steglitz sowie von der Mitgliederversammlung der GEW-Studenten an der PH; weitere Mitgliederversammlungen sprachen sich gegen die Auflösung und Spaltung des Westberliner Landesverbandes aus. Dennoch läßt sich nicht übersehen, daß es den Linken im Westberliner Landesverband noch nicht gelungen ist, die sich in der Mehrheit immer noch a b w a r t e n d verhaltenden GEW-Mitglieder für einen a k t i v e n Kampf gegen die Auflösung und Spaltung der GEW Berlin, gegen die Übernahme der Bundessatzung zu gewinnen (vgl. AK 89). Ein Grund dafür sind zweifellos die massiven Drohungen und Einschüchterungen von Frister und Kujawa, die sich in ihrer „Stellungnahme" sogar des Verfassungsschutzberichtes bedient: *„Die politische und öffentliche Isolierung einer Organisation, die nur aufgrund juristischer Maßnahmen formal der GEW und dem DGB vorläufig angehört, ist sicher. Darüber hinaus wird es zu einer wachsenden Diffamierung und damit einer Gefährdung einzelner Kollegen kommen. Auf Seite 64 des Berichtes ‚Verfassungsschutz '75 ' . . . wird z.B. über ‚stärkere kommunistische Einflüsse' bei Landesverbänden und Regionalgruppen der GEW berichtet."*

Von den vaterländischen Sektierern absetzen!

Ein Grund ist aber auch die fehlende Entschlossenheit der Linken, sich klar von Gruppen wie der vaterländischen „KPD"/BSLE abzusetzen, die durch ihre sektierische und provokatorische Politik eindeutig hinderlich sind, zu einem Zusammenschluß zu kommen, der die fortschrittlichen Kollegen wirklich repräsentiert. Während sich die „KPD" bislang darauf beschränkt hatte, ihre vaterländischen Tiraden in der „Roten Fahne" breitzuwalzen, und ihr Lehrerverband BSLE sich in der GEW aus taktischen Gründen diesbezüglich weitgehend zurückgehalten hatte, zieht der BSLE nun nach:

„Unsere Initiative (BSLE) begreift den Kampf gegen die erstmals wieder erfolgte Ausschlußtaktik ganzer Landesdesverbände durch die Gewerkschaftsführung als Teil der insgesamt gegen die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten zu führenden Kampfes, eines Kampfes, der sich gegen die drohende faschistische Gefahr durch die Bundesregierung wie gegen die sozialfaschistische Gefahr von seiten des sowjetischen Sozialimperialismus richtet." (BSLE-Info 9/76). Hand in Hand mit der offeneren Propagierung einer vaterländischen Politik geht der Marsch des BSLE ins Sektierertum. So wollten sie allen Ernstes den Koordinationsausschuß (ein Zusammenschluß linker GEW-Mitglieder) vor ihren Plan spannen, Ende September (!) eine Demonstration durchzuführen; sie „stützten" sich dabei auf das Votum der vom Koordinationsausschuß organisierten Versammlung vom 10.9., auf die Voten der Mitgliederversammlungen Steglitz, Tempelhof und Schöneberg, die den Vorstand aufforderten, eine Demonstration zu organisieren, sowie auf den Beschluß von zwei (!) Betriebsgruppen, die allein den Koordinationsausschuß mit der Organisierung einer Demonstration beauftragt hatten. Diese geringe Zustimmung bei den Mitgliedern bestätigt unsere Einschätzung, daß für eine solche Demonstration derzeit keine Basis vorhanden und diese Aktionsform nicht geeignet ist, den Einfluß der Linken zu verbreitern. Der Koordinationsausschuß lehnte dann auch gegen die Stimmen des BSLE die Durchführung einer Demonstration einmütig ab.

Allerdings ist es dem BSLE auch gar nicht vorrangig daran gelegen, den Einfluß der Linken gegen die Spaltung zu verbreitern. So heißt es im BSLE-„Info":

„In der folgenden Zeit wird es vor allem darauf ankommen, den Zusammenschluß oppositioneller Kollegen auf einer festen regelmäßigen organisatorischen Grundlage und einer weitergehenden, gegen die Gewerkschaftsführung und die SPD-Regierung gerichteten politischen Linie voranzutreiben. Erfolg oder Mißerfolg entscheidet sich nicht, ob es gelingt, den Landesverband um jeden Preis zu erhalten (!), sondern, ob die Oppositionsfront gestärkt, das politische Niveau der Kollegen gehoben und die oppositionelle Arbeit im neuen Landesverband (!?) der GEW intensiviert werden kann."

Der Koordinationsausschuß sollte nur ein Vehikel abgeben, um die Sekteninteressen des BSLE besser an den Mann bringen zu können. Nachdem sich der Koordinationsausschuß geweigert hatte, die Demonstration durchzuführen, rief die „KPD" kurzerhand selbst zu der von ihr längst beschlossenen Demonstration auf, um den *„Wunsch vieler GEW-Mitglieder nach einer Protestdemonstration in die Tat umzusetzen."* Dem „Wunsch vieler GEW-Mitglieder" entsprechen wahrscheinlich auch die vaterländischen Tiraden, die in einem Demonstrationsaufruf zu lesen war: *„Die SPD-Regierung, die eine Politik der Öffnung gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus betreibt, ist es, die auch offen seine Agenturen in unserem Land duldet (!), so wurden SEW und DKP explizit aus den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausgenommen, so wächst gerade in den Gewerkschaften die sozialfaschistische Gefahr".*

Auf der Demonstration selbst waren die „vielen GEW-Mitglieder" allerdings nicht zu finden: nach eigenen Angaben der „KPD" interessierten sich dafür nur 350 Leute, sicherlich zum geringsten Teil GEW-Mitglieder. Zweifellos die richtige Quittung für ein derartiges Sektierertum mit vaterländischem Drall !

KBW: Viel Geschrei und wenig Wolle

Absolut keine Stütze im Kampf gegen die von Frister angestrebte Zerschlagung des Westberliner Landesverbandes ist auch der KBW, der immer noch eifrig bemüht ist, die a.o. Bundesvertreterversammlung als alleinseligmachenden „Ausweg" anzupreisen.

Auf der Landesvertreterversammlung waren die Anhänger dieses Vorschlages bei der Abstimmung kaum auszumachen. Auf Mitgliederversammlungen hat sich der KBW auch nicht durchsetzen können, abgesehen von der kleinen GEW-Studentengruppe an der Hochschule der Künste und der Mitgliederversammlung des Bezirks Wedding, wo der KBW zusammen mit — Frau Kujawa stimmte. Allerdings, — im Hauptvorstand wurde der Antrag auf eine a.o. Bundesvertreterversammlung nur knapp mit 12:13 Stimmen abgelehnt. Und wer stimmte für die a.o. BVV? Frau Kujawa — wahrscheinlich unter dem „Druck der Massen" (!?) Von seinem Konzept BVV konnte der KBW zum großen Teil nur rechte GEW-Mitglieder „überzeugen", die feste daran arbeiten, dem Landesverband Westberlin das Grab zu schaufeln, — ganz im Gegensatz zu dem pseudo-„radikalen" Geschrei in den Veröffentlichungen des KBW, wo alle, die die a.o. BVV für einen nicht gangbaren Weg halten, als „Verbündete Fristers" angepöbelt werden.

Der Verlauf der a.o. Vertreterversammlung zeigt, wo die Aufgaben der revolutionären Linken liegen. Ganz sicher nicht in Projekten wie einer Demonstration gegen den Ausschluß und der Orientierung auf eine a.o. Bundesvertreterversammlung.

Stattdessen ist eine überzeugende Argumentation zu entwickeln, um mehr Kollegen als bisher für einen konsequenten Kampf gegen die Bundessatzung zu gewinnen und das Bewußtsein über Kompromisse zu schärfen, die die Gefahr in sich bergen, daß sich der Bundesvorstand langfristig doch durchsetzen kann.

RÜCKNAHME DER AUSSCHLÜSSE DER GEW-BERLIN AUS DER GEW-BUND UND DEM DGB!

KEIN ÜBERTRITT IN FRISTERS SPALTERVERBAND!

FÜR DEN ERHALT DER GEW-BERLIN ALS EINHEITLICHE GEWERKSCHAFT DER WESTBERLINER LEHRER UND ERZIEHER!

WEG MIT DEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSEN!

KB/Gruppe Westberlin

Blindheit des KBW bestätigt

Auf der Landesvertreterversammlung der Bremer GEW am 16.9. wurde, vom KBW initiiert, ebenfalls ein Antrag auf eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung zum Ausschluß des Landesverbandes Westberlin eingereicht. Der Behandlung dieses Antrags wurde in einer Abstimmung mit 48 gegen 45 Stimmen knapp die „Dringlichkeit" abgesprochen. Für den KBW liegt *„in der knappen Niederlage des Dringlichkeitsantrags ... gleichzeitig ein großer Erfolg"* („KVZ", 23.9.).

Das, obwohl nur über die Behandlung des Antrags abgestimmt, nicht aber inhaltlich darüber diskutiert wurde. Demnach müßte der KBW in Hamburg einen „glänzenden Sieg" errungen haben. Dort entschloß die LVV (Landesvertreterversammlung), daß der Antrag auf Durchführung einer außerordentlichen BVV (Bundesvertreterversammlung) nicht nur „dringlich", sondern sogar der „weitestgehende Antrag", der vorlag, sei. Für den Antrag selbst stimmten jedoch nur 10 % der Delegierten...

In völliger Verkennung der realen Entwicklung in Bremen, wo die GEW-Linke dank der glorreichen Politik des KBW nahezu kampflos ihre einstmals starken Positionen verloren hat, wird in der KVZ munter der Spieß umgedreht: *„Besonders ging es den Vertretern der Staatsfraktion darum, ihren sozialdemokratischen Auftraggebern in der Regierung gerecht zu werden und die weitere (!) Umwandlung der GEW von einem Bildungsverein zu einer klassenbewußten und kampfstarken Einheitsgewerkschaft aufzuhalten. Dies ist ihnen nur sehr knapp gelungen".* Logisch, wo doch fast *„50 Prozent der Delegierten für die Behandlung des Antrags gestimmt"* haben.

Dies Beispiel macht deutlich, wie der „KVZ"-Leser verarscht wird. Da wird munter behauptet, die Linken seien in der Offensive und nur knapp gescheitert. Was die KVZ ihren Lesern verschweigt: Unter den Befürwortern des Antrags waren auch etwa 20 Stimmen von Vertretern, die eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung unterstützen, um eine klare Bestätigung der reaktionären Vorstandspolitik und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu erreichen.

Spätestens als diese Leute dem GEW-Führer Stelljes zustimmend Beifall klatschten, als dieser erklärte: *„Wenn es die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht gäbe, müßten sie heute verabschiedet und morgen angewendet werden"*, spätestens an dieser Stelle hätte dies auch den anwesenden KBW-Vertretern dämmern müssen.

Letzte Zweifel über die wirklichen Mehrheitsverhältnisse beseitigte dann die Abstimmung über eine Neugliederung der Bezirke. Die fortschrittliche Gewerkschaftsgruppe der Universität sollte aus ihrem Bezirk ausgegliedert und mit den anderen Hochschulgruppen zusammengelegt werden. Ziel dabei war die „Reinigung" des bisherigen Bezirks von Linken und eine erneute Reduzierung linker Vertreter.

In der Abstimmung stimmten nur 24 Vertreter dagegen.

Davon in der KVZ kein Wort! Die abgelaufene Landesvertreterversammlung und ihre Einschätzung durch den KBW hat drastisch die Funktion der KBW-Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung offengelegt: es geht nicht um einen konkreten Abwehrkampf gegen die reaktionäre Vorstandspolitik, es geht dem KBW um seinen üblichen Budenzauber vom „Neuaufschwung der Massenbewegung" auch in der GEW. Um das zu „beweisen", sind auch Stimmen der Reaktionäre gern gesehen.

Während sich der KBW in dieser Gesellschaft pudelwohl fühlt, diffamiert er die GEW-Linke, die mit Ausnahme des KBW praktisch geschlossen eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung ablehnt, permanent als „Verbündete Fristers".

Und je deutlicher zutage tritt, daß die Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung gegen die Linke gewendet wird, desto lauter pöbelt der KBW alle Gegner dieser Forderung an — gerade um diese Tatsache zu vertuschen.

KB/Gruppe Bremen

Frauen

Zum Artikel „Frauenhäuser — ein Kampfziel für die Frauen"

Wir halten den Artikel in wesentlichen Punkten für falsch. Diese Punkte wollen wir hier aufführen. Darüberhinaus halten wir den Artikel — auch dann, wenn seine zentralen Aussagen richtig wären — für reichlich platt, da er auf konkrete Aktivitäten nur mit allgemeinen Sprüchen (Kampf gegen Kapitalismus, für repressionsfreie Gesellschaft usw.) eingeht. Außerdem widerspricht der Artikel — ohne daß das diskutiert oder erwähnt wird — dem Artikel über Frauenhäuser in AK 80 und dem Kommentar zum Interview mit Erin Pizzey in der Frauen-Internationale.

Und nun das, was wir für falsch halten: Der Ausspruch des Polizisten macht die Haltung des bürgerlichen Staates nur sehr ungenau deutlich: der Staat ist nicht ungeteilt froh, wenn Frauen in Erkennung ihrer gemeinsamen Situation anfangen, sich Frauenhäuser zu schaffen, denn die wissen ganz genau, daß in solchen Aktivitäten immer die „Gefahr" einer weitergehenden Auseinandersetzung mit den herrschenden Zuständen, und damit einer weiteren „Radikalisierung" liegt. Tritt also eine Frauengruppe auf, die sich um mißhandelte Frauen, deren Probleme und deren Ursachen (was sich nicht vermeiden läßt) kümmert, so ist der bürgerliche Staat nicht einfach froh, daß es Leute gibt, die sich dieses Problems kostenlos annehmen. Er ist ebenfalls — und in der Regel hauptsächlich — besorgt darüber, was aus dieser Sache noch rausbraten könnte. Die Strategie des Staates spiegelt dann auch dieses Verhältnis wider: Zunächst versucht der Staat, jeden Ansatz von Öffentlichkeit z.B. über Frauenmißhandlungen zu unterdrükken, und setzt die Frauen, die sich um diese Sachen kümmern, durch Repressionen unter Druck. Gelingt es ihm nicht, die Bewegung auf diese Weise aufzuheben, so versucht er, sie zu funktionalisieren, zu spalten usw., und der Bewegung so jede politische Kraft zu nehmen. Das gilt für alle vergleichbaren Selbsthilfeaktionen (z.B. Jugendclubs). Immer hat der Staat mit unterschiedlichem Erfolg versucht, derartige Bewegungen durch Spaltung, Repression und Geldversprechung im Falle der Kompromißbereitschaft (z.B. staatliche Leitung, politische Kontrolle) aus einem politischen Kampf herauszuhalten. Daß dem Staat dies nicht gelingt, ist eine unserer Aufgaben. Wir unterstützen doch deshalb die verschiedensten Selbsthilfeprojekte, weil in jeder Selbsthilfeaktion eine politische Kraft steckt: Die Interessen, die durch die Selbsthilfe verwirklicht werden sollen, können in fast allen Fällen nur gegen den Staat durchgesetzt werden. Hier muß unsere Arbeit ansetzen: Wir müssen in die Bewegung Aktionsvorschläge, Diskussionsbeiträge usw. einbringen, die deutlich machen, daß ein Kampf für die eigenen Interessen nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als ein Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, gegen den Staat und gegen den Kapitalismus geführt wird. Diese Arbeit wird aber unmöglich, wenn wir von vornherein die Widersprüche, die zwischen Initiativen für Frauenhäuser und dem bürgerlichen Staat bestehen, darauf beschränken, daß der Staat möglichst wenig dafür berappen will, aber ansonsten froh ist über diese Aktivitäten. Wir sollten vielmehr diese Widersprüche umfassend darstellen und versuchen zuzuspitzen. Die Frauen, die für Frauenhäuser kämpfen, und die Frauen, die sie benutzen, haben nicht nur ein Interesse an der finanziellen Absicherung des Frauenhauses durch den Staat, sie haben auch ein ganz fundamentales Interesse an der Beseitigung der Ursachen ihrer Situation. Und hier stehen sie in einer ganzen Reihe von Widersprüchen zum bürgerlichen Staat: Ehegesetze, Familienrecht, Leichtlohngruppen, Arbeitshetze, § 218 usw. usf. Auf den Kampf gegen diese Ursachen müssen wir orientieren. Aber das ist nicht a l t e r n a t i v zu dem Kampf um Frauenhäuser, denn diese können eine Basis sein für den politischen Kampf. Wenn im Artikel steht: „Unter diesen Bedingungen wird eine Politisierung sehr schwierig sein, und die sollen wir doch erreichen", so kann das doch nur eine Verarschung sein! Oder solltet ihr tatsächlich der Meinung sein, daß eine Frau, die zu Hause verprügelt wird, besser zu politisieren ist, wenn sie nicht im Frauenhaus ist? (Diese Frage geht an der Sache total vorbei und beruht wohl auf einem Mißverständnis — Anm. AK).

Die zentrale Aussage des Artikels ist: „Der Kampf gegen die Mißhandlung von Frauen wird doch nicht über das Einrichten von Frauenhäusern geführt" und: „Aber das Problem, daß Frauen mißhandelt werden, löst man doch nicht über Frauenhäuser, sondern nur über einen politischen Kampf gegen die Zustände in einer Gesellschaft ...".

Hier schlägt die falsche Einschätzung von Selbsthilfeaktionen durch: Um das Problem der Frauenmißhandlungen zu lösen, muß man einen politischen Kampf führen — die Einrichtung von Frauenhäusern ist, da Selbsthilfe, kein politischer Kampf — also richtet man keine ein. Aus der G e f a h r , daß die Bewegung für Frauenhäuser sich auf Sozialarbeit beschränkt, wird so flugs eine Z w a n g s l ä u f i g k e i t gemacht. In der Frauen-INTERNATIONALE ist das Verhältnis von Selbsthilfe und politischen Kampf noch anders bestimmt: „Es ist unbedingt nötig, Tore zu öffnen für diese Befreiungsbewegung, Frauenhäuser zu schaffen, Frauengruppen zu gründen usw. Aber es ist entscheidend, die politische Schlagkraft der Frauenbewegung nicht zu bremsen, sondern in jeder möglichen Weise zu fördern" (S. 38). Im AK 88 wird dagegen Frauenhausinitiativen jede politische Schlagkraft abgesprochen und es gibt demzufolge auch nichts zu fördern. Die Argumente für diese Einschätzung sind mehr als dürftig: „.... denn .. (es) .. können gar nicht so viele Frauenhäuser eingerichtet werden, wie Frauen aufgenommen werden wollen" und die schon zitierte Sache mit der Politisierungsmöglichkeit. Ansonsten wird eigentlich mehr beschworen als argumentiert ... Eine Frau, die tatsächlich geprügelt wird, wird nur dann für eine repressionsfreie Gesellschaft kämpfen können, wenn dieser Kampf eine möglichst schnelle Veränderung ihrer permanenten Prügelsituation beinhaltet. Insofern gehören Frauenhäuser und Politisierung der betroffenen Frauen zusammen. Es ist deshalb nicht schädlich, daß Frauen sich für Frauenhäuser einsetzen und Frauenhäuser aufbauen. Es kommt vielmehr darauf an, was in den Frauenhäusern und den Initiativen gemacht wird. Darauf müssen wir Einfluß nehmen. Allerdings wird uns das nicht gelingen, wenn wir dem Kampf für Frauenhäuser den Kampf gegen den Kapitalismus e n t g e g e n s e t z e n — und das noch auf einer allgemeinen Ebene, wo kein Mensch was konkret mit anfangen kann — sondern nur, wenn wir sie verbinden.

Im Artikel steht, daß Frauenhäuser Aufgabe des Staates sind. Richtig. Aber Frauenhäuser müssen vom Staat eingefordert werden. Der Staat wird sie nur unter Druck einrichten und politische Bedingungen nur unter Druck fallenlassen. Wer, bitteschön, soll denn diesen Druck ausüben, wenn nicht die Frauenhausinitiativen? Wie sollen diese Forderungen durchgesetzt werden, wenn nicht auch durch Einrichten von Frauenhäusern, deren Finanzierung dann vom Staat gefordert wird?

Für den Staat ist diese Lösung nicht unbedingt die beste, denn es ist nicht zwangsläufig, daß die Frauen in die Verwaltung des Hauses völlig eingespannt sind (siehe selbstverwaltete, staatlich teilfinanzierte Wohnkollektive). Was sollte denn auch sonst die Forderung nach Selbstverwaltung? Ganz schön übel ist es, wenn ihr schreibt, daß der Staat es sich nicht nehmen lassen wird, im Falle politisch mißliebiger Tendenzen das Frauenhaus zu schließen. Als ob es keine Möglichkeiten des Widerstandes gäbe. Als ob sich nicht z.B. gerade an dieser Stelle ein politischer Kampf entwickeln könnte!...

Eine Genossin
und ein Genosse
aus Westberlin

Kritik am Frauenhausartikel in AK 88

Frauenhäuser — ein Kampfziel für die Frauenbewegung? — Ich meine, ja. Die Tatsache, daß nicht Sozialarbeit unsere Situation verändert, sondern nur der Kampf gegen diese Gesellschaft, ist ja recht gut und richtig, nur ist die Frage, wie kämpft man gegen diese Gesellschaft? Doch wohl nur, indem man an den konkreten Bedürfnissen der Menschen anknüpft. Letztendlich kann man einen sehr großen Teil der Kleinarbeit im Betrieb und vor allem im Bezirk als „Sozialarbeit" diffamieren. Gerade diese „Sozialarbeit" ist aber oft der Ansatzpunkt für die Politisierung von Kollegen (-innen). Sicherlich meine ich damit nicht, daß man seine „Hauptkraft in die Suche nach einem passenden Haus, in Bittschriften an den Senat usw." stecken sollte. Aber welche Argumente setzt der Artikel dagegen: Ein Bulle hat sich positiv dazu geäußert — das würde er wohl auch erst einmal grundsätzlich zu einem Jugendzentrum machen (nämlich abgesehen von den Inhalten, die dort vertreten werden) ...

Wir als kommunistische Organisation sind zur Zeit sicherlich zu schwach, um eigenständig für den Aufbau eines Frauen-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 8

hauses zu kämpfen. Unsere Aufgabe ist es dann aber meines Erachtens, die Frauengruppen in die Richtung zu unterstützen, daß sie diesen Kampf als politischen Kampf sehen, und eben anders daran gehen als Erin Pizzey. Im Gegensatz zu euch glaube ich nämlich sehr wohl, daß ein Frauenhaus ein hochpolitisches Projekt sein kann:

1. der Kampf um ein Frauenhaus (Unterschriftensammlungen und Schreiben an den Senat leugnen ja übrigens auch nicht die Tatsache, daß Frauenhäuser eigentlich Sache des Staates sind). Daß hierbei Bittschriften nutzlos sind, gilt doch genauso für jeden anderen Kampf (z.B. § 218).
2. Auch die Arbeit des Hauses kann und muß politisch sein! Ihr haltet geschlagene Frauen für schwer politisierbar, ein anderer Genosse hat sie mit den sogenannten „Asozialen" gleichgesetzt. Einmal abgesehen von der sehr großen Arroganz, die da gegenüber einer nicht unbedeutenden Zahl von Frauen an den Tag gelegt wird, glaube ich auch, daß diese Haltung falsch ist: Eine Frau, die den Schritt macht, von zuhause fort in ein Frauenhaus zu gehen, wird eben gerade, weil sie sich in eine völlig neue Situation begibt, auch bereit sein, sich einmal grundsätzlich über ihre Situation Gedanken zu machen. Wie soll sie denn auch Mut fassen, erneut in den Clinch zu treten, wenn ihr nicht klar(gemacht) wird, daß es nicht ihr persönliches Schicksal, sondern eine Frage dieser Gesellschaft ist, wenn sie unterdrückt wird!

Eine (übrigens vom Schwarzer-Artikel begeisterte) ÖTV-Genossin aus Hamburg

Pro oder Contra? Zum Artikel: Frauenhäuser – ein Kampfziel für die Frauenbewegung?

Offensichtlich ist sich die Arbeitsgruppe Frauen noch nicht schlüssig, ob sie nun ja oder nein sagen soll zu Frauenhäusern als Zufluchtsstätte für mißhandelte Frauen.

Nach einer Aufzählung von Schwierigkeiten, die mit der Organisierung von Frauenhäusern verbunden sind und gegen die Einrichtung von Frauenhäusern sprechen:

– „nur ein Tropfen auf den heißen Stein";
– Einflußnahme durch den Staat;
– Funktionalisierung der Frauenbewegung zur freiwilligen Sozialarbeit –

schreibt die Arbeitsgruppe Frauen in AK 88: „Frauenhäuser sind notwendig und wichtig für mißhandelte Frauen ...".

Diese Schlußfolgerung allerdings widerspricht der vorangegangenen Argumentationskette. Der Argumentation, die die Schwierigkeiten bei der Einrichtung von Frauenhäusern darstellt, entspricht das Fazit am Ende des Artikels: „Nicht Sozialarbeit, sondern nur der Kampf gegen diese Gesellschaft wird unsere Situation verändern".

Die Arbeitsgruppe Frauen stellt hier alternativ gegenüber: Sozialarbeit oder Kampf gegen diese Gesellschaft. Meiner Ansicht nach kann man eine solche Alternative überhaupt nicht stellen.

Das richtige Verhältnis von sozialen Verbesserungen und Umwälzung des Gesellschaftssystems liegt doch darin, daß wir in diesem Fall den mißhandelten Frauen über die Aufnahme in einem Frauenhaus zeigen, daß es Möglichkeiten gibt, die eigene Lage zu verbessern. Und daß wir unter Hinweis auf die Behinderungen durch den brügerlichen Staat deutlich machen müssen, daß das Problem der Unterdrückung der Frau endgültig nur durch Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gelöst werden kann.

Bis zur endgültigen Lösung dieses Problems können wir allerdings die Frauen nicht mit allgemeinen Formeln vertrösten, z.B. „daß Frauen mißhandelt werden, löst man doch nicht über Frauenhäuser, sondern nur über einen politischen Kampf gegen die Zustände ...".

Wir gewinnen die Frauen nur über den Kampf um konkrete Verbesserungen, und das kann durchaus auch eine Unterkunft in einem Frauenhaus sein.

Ob wir uns aktuell für die Einrichtung von Frauenhäusern einsetzen sollten, hängt davon ab, wie der Diskussionsstand in der westdeutschen Frauenbewegung darüber ist, wie stark unsere politischen Kräfte sind, welche Möglichkeiten es gibt, solche Projekte zu finanzieren usw.

Ein Chemiegenosse

Frauenhäuser – doch ein Kampfziel ?. . .

Zu dem Artikel „Frauenhäuser – ein Kampfziel für die Frauenbewegung?" (AK 88, S. 11) ist Kritik aus der Organisation und von anderen Lesern gekommen. Drei der Kritiken drucken wir in diesem AK ab.

Der Artikel in AK 88 war in der Frauengruppe vor Veröffentlichung nicht von allen Genossinnen und nicht gründlich genug diskutiert worden. Die Redaktion hat den Artikel in den AK übernommen, ohne sogleich dessen „schwache Stellen" zu erkennen. Eine nachträgliche Diskussion in der Frauengruppe anhand der vorliegenden Kritiken hat Veränderungen und Ergänzungen in verschiedenen Punkten ergeben.

„Frauenhäuser sind Aufgabe des Staates" – diese Aussage aus AK 88 ist sicher richtig. Klar ist aber auch, daß sich der bürgerliche Staat *freiwillig* dieser Aufgabe nicht annehmen wird. Er muß also *gezwungen* werden, etwas in diese Richtung zu tun. Das bedeutet, daß zumindest politische Schritte, Veröffentlichungen, eventuell eine Kampagne, auch Briefe etc. nötig sind, um einer solchen Forderung Nachdruck zu verleihen. Und es kann – wenn man nicht Jahre warten will, bis der Staat einmal endlich soweit sein könnte – auch bedeuten, daß sich beispielsweise Frauengruppen, sozial engagierte Persönlichkeiten etc. praktisch dieser Aufgabe annehmen, sich z. B. um Räume und Einrichtungen kümmern, konkreten Briefverkehr mit den Behörden führen usw. Solche Aktivitäten dürfen von uns nicht abgelehnt werden, sondern müßten im Gegenteil im Rahmen unserer Möglichkeiten von uns unterstützt werden.

Das Vorgehen in AK 88 – die Privatmeinung eines Polizisten, wie sie in einer bürgerlichen Zeitung berichtet wurde, als Ausdruck für die Haltung des bürgerlichen *Staates* zu dem Problem zu nehmen – ist methodisch falsch. Außerdem ist auch die Haltung des Staates zu dem Problem unserer Meinung nach sachlich nicht richtig benannt, wenn gesagt wird, der Staat sei „froh, daß

während eben Frauenhäuser ihnen ganz konkrete Hilfe bringen würden.

Wir sehen in der Frauenbewegung eine Gefahr, das Kampfziel „Frauenhaus" zu verabsolutieren, es in der Öffentlichkeit als *die* Antwort auf das gesellschaftliche Problem der geprügelten und gequälten Frauen darzustellen, und darüber den Kampf gegen die gesellschaftlichen *Ursachen* des Problems entweder völlig zu vernachlässigen oder ihn direkt als unnütz zu diffamieren.

Gesehen werden muß auch, daß die Konzentration mancher Frauengruppen auf das Kampfziel Frauenhaus direkt im Zusammenhang steht mit dem tatsächlichen Abschlaffen der Frauenbewegung, mit dem Rückzug auf allerlei „Selbsthilfe", „Selbsterfahrung" usw., das heißt mit dem Rückzug vom politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat (insbesondere nach der vorläufigen Niederlage der Bewegung gegen den § 218).

Das bedeutet, um Mißverständnissen entgegenzutreten, *nicht*, daß es gerechtfertigt wäre, Frauenhaus-Projekte pauschal als Ausdruck eines kleinbürgerlichen Rückzuges einzuordnen. Es ist auch nicht so, daß – wie in AK 88 geschrieben stand – die praktische Befassung mit einem Frauenhaus als Kampfziel dazu *führt*, die Frauenbewegung zu lähmen und unter die Kontrolle des bürgerlichen Staates zu bringen. Das braucht durchaus nicht unvermeidlich der Fall zu sein und stellt jedenfalls keinen ursächlichen Zusammenhang dar. Wir meinen, daß es *umgekehrt* die tatsächlich vorhandene Resignation in größeren Teilen der Frauenbewegung ist, die sich teilweise in der Konzentration auf Frauenhaus-Projekte, Abtreibungsfahrten usw. – also dem Rückzug auf „Sozialarbeit" – niederschlägt. In AK 88 waren also, kurz gesagt, Ursache und Wirkung vertauscht.

Zum Thema der „Sozialarbeit": Sie hat im Kapitalismus immer einen zwiespätligen Charakter, insofern

meinen wir, ist Skepsis (nicht zu verwechseln mit pauschaler Ablehnung!) geboten gegenüber einer „Sozialarbeit", die ihre Ziele ziemlich willkürlich aussucht (zur Zeit hat man die geprügelten Frauen „entdeckt", früher waren es Jugendliche in „Heimen" usw.) und wo man tatsächlich feststellen muß, daß die verstärkte Konzentration auf „Sozialarbeit" mit einem Rückgang der Bewegung zusammenfällt und zusammenhängt. So war es in der Phase des Niedergangs der Studenten-Revolte beispielsweise die „Sozialarbeit" mit Jugendlichen, die aus den „Heimen" geholt und in Wohngemeinschaften aufgenommen wurden, oder die „Rockerarbeit" – stets verbunden mit der Illusion, *gerade* in diesen Schichten auf Grund deren besonders beschissener Lage relativ leicht und rasch eine „Politisierung" erreichen zu können. Diese Überlegungen haben sich als falsch erwiesen, und nichts spricht dafür, daß gerade geprügelte Frauen besonders gut zu „politisieren" sein sollten. Das hat nichts – wie manche Kritiker behaupten – mit Arroganz gegenüber diesen Frauen zu tun.

In einer Situation, wo offensichtlich die Kräfte der Kommunisten sehr begrenzt sind, und wo wir noch lange nicht davon reden können, daß wir auch nur annähernd jede Arbeiterin und Hausfrau mit unserer Agitation und Propaganda erreichen, und wo uns die meisten noch nicht einmal kennen oder uns womöglich mit dem KBW verwechseln, halten wir es für irrational, überdurchschnittlichen (!) Einsatz gerade in eine „Politisierung" der am schlimmsten betroffenen Frauen über „Frauenhäuser" investieren zu wollen. – Dies spricht noch gar nicht dagegen, unter Umständen sogar konkret an einem solchen Projekt mitzuarbeiten – nur sollte dabei niemand „Flausen" über die Perspektiven einer solchen Arbeit im Kopf haben. Das gilt sicher sinngemäß auch für Frauengruppen, die sich an diese Arbeit machen.

Also: Der Kampf für die ...

Ärzte entscheiden über „sozialen Notstand"

(ebenda).

minister Apel in Hamburg-Langenhorn auf dem Langenhorner Markt

zu dem Problem zu nehmen – ist methodisch falsch. Außerdem ist auch die Haltung des Staates zu dem Problem unserer Meinung nach sachlich nicht richtig benannt, wenn gesagt wird, der Staat sei „froh, daß

– niederschlägt. In AK 88 waren also, kurz gesagt, Ursache und Wirkung vertauscht.

Zum Thema der „Sozialarbeit": Sie hat im Kapitalismus immer einen zwiespätligen Charakter, insofern

„Flausen" über die Perspektiven einer solchen Arbeit im Kopf haben. Das gilt sicher sinngemäß auch für Frauengruppen, die sich an diese Arbeit machen.

Also: Der Kampf für die ...

Ärzte entscheiden über „sozialen Notstand"

(ebenda).

BILD wirbt für KB-Broschüre



Strauß-Porträt im Spiegel: So sieht der französische Zeichner Jean Mulatier den CSU-Vorsitzenden



Strauß-Porträt im kommunistischen Kampfblatt Niemand weiß woher das fast gleiche Porträt stammt

Unfreiwillige Werbung für unsere Anti-CDU-Broschüre machte die „Bild am Sonntag" mit nebenstehend abgedrucktem Artikelchen (26.9.76). Das untere Bild zeigt die Titelseite der Broschüre. Man sollte es nicht glauben: Diese Spinner haben wirklich bei uns im Verlag angerufen, um herauszubekommen, wie der Name des Künstlers lautet, der dieses Strauß-Portrait gestaltet hat!...

Dabei ist die Antwort doch ganz einfach, und hier sei sie nun den „Kollegen" von der „BamS" verraten: Es handelt sich um ein Selbstbildnis, das von F.J. Strauß während seiner China-Visite vor einigen Monaten angefertigt wurde.

Sonst noch Fragen?...

Ist das sein Spiegel-Bild!

n.s. **Hamburg**, 26. September

Wie sich die Bildnisse gleichen: Als das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" am vergangenen Montag seine Titelseite mit einem Strauss-Porträt des französischen Zeichners Jean Mulatier ver(un)zierte, tauchte auch ein kommunistisches Wahlkampfblatt mit fast dem gleichen Konterfei des CSU-Vorsitzenden auf den Straßen auf.

Doch der Name des im kommunistischen Dienste stehenden „Künstlers" bleibt unbekannt. „Wir können nicht sagen, woher wir das Strauss-Porträt haben", erklärt der Hamburger „Verlag Arbeiterkampf". Und „Der Spiegel" versichert klipp und klar: „Mit unserer Zeichnung hat das nichts zu tun!"

Dem ob des doppelten „Sträusschen" verblüfften Leser kann dies nur bestätigt werden: denn ein Spiegel-Bild des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauss ist dieses düstere Konterfei sicherlich nicht ...

minister Apel in Hamburg-Langenhorn auf dem Langenhorner Markt rote Rosen. Als er sich durch einen KBWler dabei gestört fühlte, wurde dieser von der Polizei entfernt. Doch das war noch nicht genug: Kurze Zeit später stürmten 18 Polizisten an den Wahlstand des KBW auf dem Markt. Sie griffen sich gezielt vier KBWler, prügelten sie brutal zusammen und nahmen sie fest. Andere Menschen, die helfend eingreifen wollten, wurden mit Knüppeln davon abgehalten. Als nach dieser Aktion 25 Linke vor die nächste Wache demonstrierten, um die Freilassung der vier Festgenommenen zu fordern, schlug die Polizei zwei weitere Genossen zusammen, weil sie sich durch einen Fotoapparat „bedroht" fühlte. Die beiden Genossen erhielten Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" (!) und „Landfriedensbruch"!

Ein Genosse der BO Barmbek KB/Gruppe Hamburg

Bullen räumen KBW-Stand ab

Feuerwehr – Brandschutz für das kapitalistische Ausbeutersystem?

Daß den Feuerwehren in der BRD neben dem Brandschutz von der Bourgeoisie auch politische Aufgaben zugedacht sind, machte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger (aus Zemmern bei Rottweil in Baden-Württemberg) jüngst bei einer öffentlichen Ansprache zum hundertjährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr im schleswigholsteinischen Elmshorn deutlich: **„Die Feuerwehr ist ... nicht nur eine Organisation des Feuerschutzes und der technischen Hilfeleistung, sondern ein ganz entscheidendes Element unserer inneren Sicherheit. Und auf dieses Element können wir nicht verzichten, wenn wir die rote Flut am Eisernen Vorhang aufhalten wollen"** („Frankfurter Rundschau", 28.9.). Zum Schutz der „inneren Sicherheit" kann nämlich die Feuerwehr als Hilfspolizei eingesetzt werden, kann bei Fahndungen, Absperrungen etc. Polizei und BGS unterstützen, wobei die Ausrüstung fast aller Wehren mit Funkgeräten von großem Nutzen sein dürfte.

Ein Kieler Genosse

Westdeutsche Bullen – Immer auf Seite der Faschisten

Wanne-Eickel. Ihre mittlerweile sechste Wahlkundgebung führte die NPD am 18.9. in Wanne-Eickel (Stadt Herne) durch. Erschienen war diesmal der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug. Ebenfalls erschienen waren – wie schon zu vorherigen Gelegenheiten (siehe AK 89) – ca. 100 Antifaschisten, die gegen den Auftritt der Faschisten mit Sprechparolen und Transparenten protestierten. Dazu aufgerufen hatten in einem gemeinsamen Flugblatt unorganisierte Genossen (ehem. Mitglieder und Sympathisanten des Spartacusbundes, heute z.T. mit der ebenfalls trotzkistischen GIM sympathisierend) sowie Mitglieder des Kommunistischen Bundes aus Wanne-Eickel. Wie bereits beim letzten Mal (am 4.9.) waren auch Falken und SDAJ'ler wieder in größerer Anzahl dabei.

Als im Verlauf der Nazi-Kundgebung die Rempeleien zwischen NPD'lern und Antifaschisten zunahmen, wurden zunächst zwei Bullen dazwischen geschickt. Dadurch offensichtlich ermutigt, stürzte sich ein NPD-„Ordner" auf ein antifaschistisches Transparent und verletzte den Transparentträger am Kopf. Um die empörten Antifaschisten zurückzuhalten, baute die Polizei schnell eine Schutzreihe auf. „Deutsche Polizisten, schützen die Faschisten", scholl es ihnen entgegen.

Der NPD-Schläger wurde zwar kurz im Mannschaftswagen verhört, danach aber wieder freigelassen. Ein Bulle später zu den Antifaschisten: „Wenn ihr noch lauter gebrüllt hättet, dann hätten wir Euch auseinandergehauen!". Derart vorgegangen waren die Bullen am gleichen Tag im benachbarten Bochum, wo Mußgnug zuvor aufgetreten war. Ca. 30 protestierende KBW'ler wurden überfallartig und ohne vorherige Warnung von den Bullen auseinandergeprügelt; drei KBW-Genossen vorübergehend festgenommen.

Wie im letzten AK berichtet, sollte die in Wanne-Eickel anläßlich der Anti-NPD-Aktionen erreichte Zusammenarbeit (zwischen den unorganisierten Genossen und dem KB) durch eine gemeinsame Antifa-Veranstaltung vertieft werden. Dieser hoffnungsvolle Ansatz für eine linke Aktionseinheitspolitik am Ort, ist von den (unorganisierten) Trotzkisten überraschend gespalten worden. Ihre Begründung: Der KB sei eine Organisation mit einer festen politischen Linie, er habe zu vielen Fragen Untersuchungsarbeit geleistet, Material anzubieten usw. Sie fühlten sich dadurch als Unorganisierte „an die Wand gedrückt", „zu Hilfstruppen des KB degradiert". Daher sei die Veranstaltung und auch die Aktionseinheit für sie gestorben. Mit Sektierertum helfen diese Genossen objektiv mit, die politische Situation in Wanne-Eickel festzuschreiben, wo die Linke bisher im Dornröschenschlaf verharrt hat. Die geplante Veranstaltung werden wir unter diesen Umständen nun allein durchführen.

KB-Genossen aus Wanne-Eickel

Fortsetzung von Seite 8

und heizen die Versammlungen mit Parolen an". „Wenn ein Bürgerprotest überregionale Bedeutung erhält, rufen die Kommunisten die höchste Kampfstufe aus ...". – „Das Ziel der Unterwanderer: Die Interessen der unzufriedenen Bürger werden umfunktioniert (!) zu kommunistischen Kampfparolen". „So sollen 10.000 Linksradikale die Bürgerinitiativen zu kommunistischen Kampfgruppen machen!"

Fazit: die „Bürgerinitiativen" sollen „die Kommunisten" (das kann dann im Grunde j e d e r sein, der allzu „radikale"Forderungen stellt!) rauswerfen oder rausprügeln. Die „Bürgerinitiativen" sollen sich außerdem aller Parolen enthalten, „die mit dem eigentlichen Anliegen der Bürgerinitiative nichts mehr zu tun haben" (was das heißt, entscheidet im Zweifelsfall der Staat und die bürgerliche Lumpen-Presse!), weil ihnen sonst selbst sehr schnell das Etikett „kommunistisch unterwandert" aufgeklebt werden würde. Und schließlich hält die „BamS„ noch einen konkreten Tip bereit: Die Initiative „Zum Schutze der Garlstedter Heide", die gegen die Einrichtung eines US-Stützpunktes in diesem Naturschutzgebiet eintritt, hat sich gleich ein Statut gegeben, in dem man sich zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" der Bourgeoisie und zur Mitgliedschaft in der NATO bekennt. Das ist, im Sinne der Bourgeoisie, natürlich vorbildlich!

Die Entwicklung der Massenbewegung, auch über den Schritt von „Bürgerinitiativen", wird die Bourgeoisie und ihre Hetz-Presse damit letzten Endes natürlich nicht aufhalten können. Sie vermag aber sehr wohl im aktuellen Stadium, durch verstärkten Antikommunismus „Bürgerinitiativen" und andere aktivierte Menschen zeitweilig zurückzuzerren.

Zu sehen ist diese Kampagne auch im Zusammenhang der Vorbereitung auf die Neuanwendung des Kommunisten-Verbots: Nachdem man die Kommunisten schon in großer Zahl aus den Gewerkschaften „hinausgeworfen" hat, sind jetzt die „Bürgerinitiativen" dran. Da man für diese jedoch weder „Radikalen-Erlaß" noch „Unvereinbarkeits-Beschlüsse" zwingend durchsetzen kann, soll verstärkte Hetze und direkte politische Erpressung dieselben Ergebnisse bringen. Ziel: Isolierung der Kommunisten von allen Möglichkeiten der Massenarbeit, um sie dann mit dem geringstmöglichen Risiko „liquidieren" zu können.

Zugleich gilt dieser Angriff aber auch klar den „Bürgerinitiativen", denen durch Diffamierung der aktivsten und vorantreibenden Teile und durch Verketzerung jeder weitertreibenden Forderung die Spitze abgebrochen werden soll und die so vollständig an die Kette der Bourgeoisie gelegt werden sollen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung

Zu dem Artikel über Alice Schwarzers Buch „Der kleine Unterschied. . ." (AK 87) sind bisher schon rundgerechnet 15 schriftliche Kritiken von Genossinnen und Genossen eingetroffen. Es läßt sich jetzt schon sagen, daß kein Artikel der letzten Jahre einen derart breiten Widerspruch in der Organisation hervorgerufen und gleichzeitig ein derart großes Interesse gefunden hat. Während in einigen der Kritiken nur Details des Artikels kritisiert werden, ist der M e h r h e i t der Kritiken jedoch deutlich anzumerken, daß sich Genossinnen (und auch Genossen), denen anhand des Schwarzer-Buchs wohl erstmals „die Augen aufgegangen" waren, durch die Kritik an A.S. p e r s ö n l i c h verletzt fühlen und entsprechend empfindlich (und teilweise auch direkt unsolidarisch) reagieren. „Übel" angegriffen fühlten sich insbesondere manche lesbische Genossinnen, obwohl klar sein müßte, daß wir an A.S. überhaupt nicht deren Propaganda für die lesbische Liebe kritisieren (das soll sie halten, wie sie mag!!), sondern daß wir lediglich die Darstellung der lesbischen Liebe als „Patentrezept" für die Probleme der Frauen, mit eindeutig antikommunistischer Stoßrichtung (!), kritisieren.
Ursprünglich hatten wir schon in diesem AK zu den Kritiken Stellung nehmen wollen. Da wir gleichzeitig relativ umfangreich aus Kritiken nicht bloß zitieren, sondern auch mehrere im Wortlaut abdrucken wollen, mußten wir uns aus Platzgründen entscheiden, die Auseinandersetzung auf die nächste Nummer des AK zu verschieben.

Da schmunzelt die Kommunistin

Wie berichtet (siehe AK 88,S.14) hat kürzlich der Fürst von Liechtenstein anläßlich seines 70. Geburtstag „seinen Landestöchtern" ein ganz tolles Geschenk gemacht: Ein Gesetz ermöglicht es nun den elf Gemeinden des Fürstentums, durch „Volks"abstimmung das Frauenstimmrecht in den Gemeinden einzuführen. Offenbar nach der Devise: „Frauenstimmrecht ja oder nein, das muß Sache der M ä n n e r sein"! – Im übrigen gilt das Gesetz eh nur für die Gemeindewahlen, während das Stimmrecht zur Landtagswahl auf j e d e n Fall den Männern vorbehalten bleiben soll. Bei Hofe wird gemunkelt, daß der Fürst sich dieses Geschenk für „seine" Frauen zum 100. Geburtstag aufheben will.
Aber immerhin: Kürzlich fand in der Gemeinde Vaduz (der Hauptstadt von Liechtenstein) die erste „Volks"abstimmung nach dem neuen Gesetz statt (das abstimmende „Volk" bestand selbstverständlich nur aus den Männern), und mit 315 zu 265 Stimmen beschloß das „Volk" der Gemeinde Vaduz, daß zukünftig auch die Frauen Stimmrecht zu den Gemeindewahlen haben. („FAZ",21.9.76).–

Man sieht: Auch in Liechtenstein ist die Haupttendenz Emanzipation. Zumindest in der Gemeinde Vaduz!

Zur Kritik an dem Artikel „zurück zur Natur – zurück ins Mittelalter"

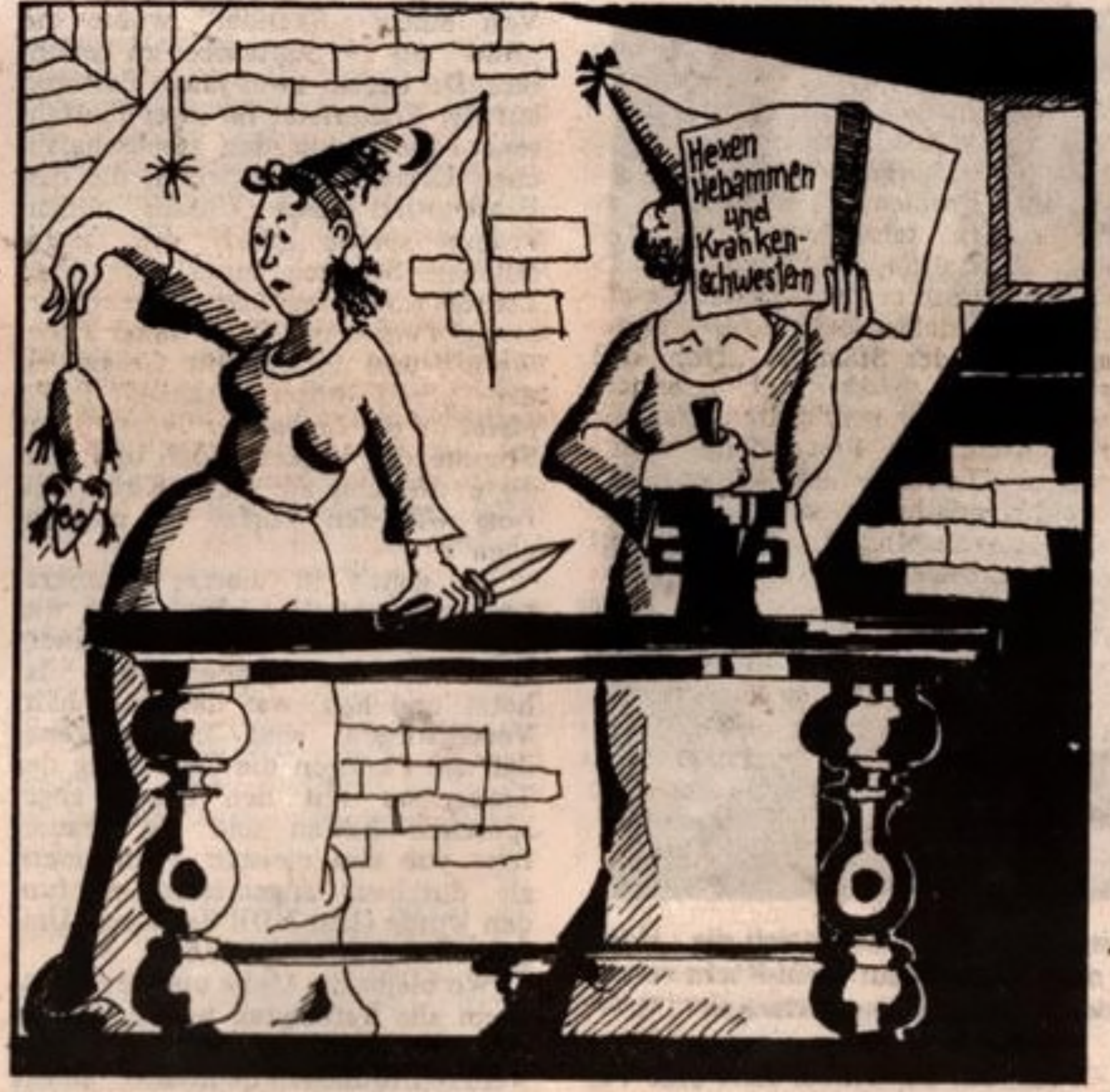
Zu diesem Artikel (AK 87) sind drei kritische Leserbriefe eingegangen – aus Hamburg, Frankfurt und Oldenburg. In dem Artikel hatten wir u.a. geschrieben: *„Die Feministinnen aber kritisieren nicht die spezifische Rolle der Medizin im Kapitalismus, sondern die Wissenschaft an sich... Statt den Kampf gegen die kapitalistische Gesundheitspolitik zu führen, wird Selbsthilfe mit Kräutern empfohlen".*

Daran setzt die Kritik in den Leserbriefen an. In einem heißt es: *„Entgegen der Darstellung der Flensburger Frauenkommission propagiert dieses Buch nicht etwa Selbsthilfe a n s t a t t Kampf für ein besseres Gesundheitswesen, zurück zur Natur des Mittelalters und ‚Das Schönste ist das Mutterglück' ".*

Auch würden die Verfasserinnen von „Hexen..." nicht generell die Medizin, Medikamente und Ärzte ablehnen. Uns wird demgegenüber „Wissenschaftsgläubigkeit" vorgeworfen. – in den Schlußfolgerungen in dem Buch „Hexen..." wird jedoch gesagt: *„Der Professionalismus in der Medizin ist nichts anderes als die Institutionalisierung der Monopolherrschaft einer männlichen Oberschicht. Wir dürfen Professionalismus niemals mit Sachverstand verwechseln. Sachkenntnis ist etwas, das man anstreben und vergesellschaften sollte. Professionalismus ist – im genauen Sinn des Wortes – elitär und exclusiv, rassistisch und klassistisch. Unser jetziges Ziel sollte niemals die Öffnung des exklusiven Medizinberufs für Frauen sein, sondern die Öffnung der medizinischen Wissenschaft für alle Frauen. Das heißt, wir müssen beginnen, die Unterschiede und Barrieren zwischen der Gesundheitsfürsorgerin und der Patientin zu beseitigen. Wir sollten einen gemeinsamen Bezug herstellen. Patientinnen, die die Bedürfnisse der Frau als Fürsorgerin kennen, Gesundheitsfürsorgerinnen, die sich über die Bedürfnisse der Frau als Patientin unterrichten. Gesundheitsfürsorgerinnen können eine Führungsfunktion bei kollektiven Selbsthilfe- und Selbstlernprojekten und bei den Angriffen auf die öffentlichen Institutionen des Gesundheitsdienstes haben. Doch sie brauchen die Unterstützung und die Solidarität einer starken Patientinnenbewegung".*

Selbsthilfe als Alternative

Dieses Zitat steht beispielhaft für ähnliche andere Stellen in dem Buch. Zum einen wird hier erklärtermaßen die medizinische Wissenschaft abgelehnt (da von Männern monopolisiert), ebenso wie die Ärzte an sich. Die „Selbsthilfe" wird als die Alternative zum gegenwärtigen Gesundheitssystem propagiert. Vom Kampf gegen dieses Gesundheitssystem ist nur insofern die Rede, als die Verfasserinnen glauben mit Selbsthilfeprojekten die öffentlichen Institutionen



gewissermaßen untergraben zu können.

In einem Leserbrief heißt es: *„Ich glaube, heutzutage wird uns eine ganze Menge als medizinische Wissenschaft verkauft, nur um der pharmazeutischen Industrie ihren Profit zu sichern. Deshalb finde ich es unheimlich gut, wenn Frauen anfangen, diesen Bluff aufzudecken und andere Alternativen zu entwickeln".*

Wenn wir den Kampft für eine bessere medizinische Versorgung führen, muß das sicher auch beinhalten, Medikamente, medizinische Geräte usw. in Frage zu stellen. Ein Großteil davon ist schädlich, vieles ist sicher auch überflüssig. Es wird im Kapitalismus nicht danach gefragt, was dem Menschen dient. An der Kritik dieser Zustände setzen die Verfasserinnen von „Hexen..." an, doch sie kommen zu Schlußfolgerungen, die die Aufgabe des Kampfes bedeuten. Denn sie stellen nicht mehr die Forderungen nach besserer Gesundheitsfürsorge usw. an den Staat.

Selbsthilfeprojekte – eine sozialistische Tendenz?

Sie propagieren Selbsthilfe als Gegenmodell zu der Misere auf dem Gesundheitssektor. Die Schreiberinnen der Leserbriefe finden das in Ordnung, z.T. wird sogar in der Politik der „Frauenoffensive" eine „sozialistische Tendenz" gesehen. So heißt es in dem Frankfurter Leserbrief: *„Neben einer Unterschätzung der Bedeutung, die eine kollektive Selbsthilfe für die Befreiung der Frauen aus ihrer bisherigen Vereinzelung z.B. in der Ehe haben kann, ist eine Mißachtung der Bedeutung der Selbsthilfe als Modell alternativer Praxis festzustellen. Solche Gegenmodelle brauchen wir unbedingt, selbst wenn sie scheitern oder von teilweise illusionären Vorstellungen ausgehen, solange wir uns etwas konkreter vorstellen wollen, wie ein Leben im Sozialismus aussehen soll, mal abgesehen davon, daß doch der Kapitalismus weg muß."*

Die Selbsthilfe als sozialistische Tendenz anzubieten, geht doch sehr an den Tatsachen vorbei. Zum einen haben wir schon in unserem Artikel dargestellt, daß es für die Masse der Frauen unter kapitalistischen Bedingungen keine Möglichkeit gibt, sich umfassend medizinisches Wissen anzueignen. Selbsthilfegruppen mit oben genannten Vorstellungen begeben sich in Gefahr, wichtige Energien zu verschleißen, indem sie sich nur noch mit ihrem Körper befassen. Wir kritisieren auch solche „Modelle" nicht einfach nur, weil sie illusionär wären. Wir meinen, daß solche Theorien, wenn sie sich durchsetzen, zum Schaden der Frauenbewegung sind.

Indem die Verfasserinnen die „Selbsthilfe" als d i e Alternative propagieren, ist die Verantwortung des bürgerlichen Staates für die Misere im Gesundheitswesen aus der Diskussion raus. Auf die Organisierung von Frauen (und Männern) zum Kampf für Sozialleistungen des Staates kann nach der Theorie der „Frauenoffensive" verzichtet werden.

Die Propagierung von „Selbsthilfe" in dieser Weise hat mit Sozialismus nichts zu tun, wie zwei Leser meinen. In einem Leserbrief wird auf die „Barfüßigen Ärzte" in China verwiesen. Dies sind „Volksärzte" auf dem Land, die mit einfachen Rezepten helfen und gewissermaßen zur Ersten Hilfe in leichten Fällen da sind. Die „Barfüßigen Ärzte" sind ein Beispiel dafür, wie sich im Sozialismus tatsächlich breitere Volksmassen medizinische Kenntnisse aneignen können. Diese „Volksärzte" ersetzen aber keinesfalls Ärzte, Krankenhäuser usw. Im Gegenteil – werden diese doch erheblich zunehmen. Das wesentliche bei den Barfußärzten und der heutigen Medizin in China ist aber gerade, daß eine Synthese von moderner und traditioneller Medizin zustandegebracht worden ist, d.h. gute Erkenntnisse und Methoden der traditionellen Ärzte, die sich im wesentlichen auf die Naturheilkunde stützen, wurden verbunden mit den Erkenntnissen der modernen Medizin. Von beidem das beste im Interesse der Menschen – danach wurde in China gehandelt, und daran sollten auch wir uns orientieren!

Zurück zur Natur?

Die medizinische Wissenschaft, Ärzte usw. generell abzulehnen, bedeutet tatsächlich nichts anderes, als eine Stufe zurückzugehen: ins Mittelalter.

In den Leserbriefen wird das bestritten. In unserem Artikel hatten wir kritisiert, daß die Verfasserinnen von „Hexen..." Hausgeburten propagieren und letztlich die Ideologie vom „Mutterglück" vertreten. Dazu heißt es in einem Leserbrief: *„Natürlich wäre es ideal, wenn die Geburt im Krankenhaus menschlicher ablaufen würde, ein vertrauter Arzt der Frau bei der Geburt helfen würde und dieser dann auch noch kein frauen- und patientenfeindlicher Halbgott in Weiß wäre. Und dafür müssen wir auch kämpfen. Aber im Kapitalismus werden wir dieses Ziel nicht erreichen und deshalb sollte man es jeder Frau selbst überlassen, ob sie bei einer komplikationslosen Schwangerschaft lieber zu Hause gebären möchte ... In anderen Staaten sind Hausgeburten die Regel, und diese haben teilweise geringere Säuglings- und Müttersterblichkeit als in der BRD. Anstatt das zu akzeptieren, wird im AK den Frauen die Haltung ‚Das Schönste ist das Mutterglück, Gott segne Euch mit frommen Blick' unterstellt."*

U.E. wird von den Verfasserinnen von „Hexen..." von einer richtigen Beschreibung der miserablen Versorgung schwangerer Frauen ausgegangen: dem Massenbetrieb in den Krankenhäusern, den Schlampereien von Ärzten bei Geburten, der unmenschlichen Behandlung der Frauen. Hinzu kommt, daß den Frauen wirklich die Schwangerschaft als Krankheit eingeredet und eine panische Angst vor der Geburt erzeugt wird. Die meisten Kliniken sind sehr schlecht ausgerüstet und oft auf Notfälle gar nicht eingestellt.

Darauf und auf Verstöße gegen den Mutterschutz usw. ist auch die hohe Säuglingssterblichkeit in der BRD zurückzuführen. Es gibt andere kapitalistische Länder, z.B. Holland, mit niedrigerer Säuglingssterblichkeit, in denen bei unkomplizierten Fällen in der Regel Hausgeburten, verbunden mit wesentlich besserer medizinischer Betreuung vor der Geburt, durchgeführt werden.

Es geht uns bei der Auseinandersetzung mit der „Frauenoffensive" nicht um die Frage „Hausgeburten contra Geburten im Krankenhaus". Die „Frauenoffensive" nimmt jedoch die Kritik an den Zuständen im Krankenhaus zum Anlaß, um medizinische Erkenntnisse über Bord zu schmeißen und die „Naturverbundenheit" der Frau zu propagieren. In diesem Zusammenhang sprechen sie sich für Hausgeburten aus. Dazu einige Belege aus dem Gespräch zwischen Hebammen in dem Buch: *„Die Menschen werden in Frieden sterben und das Sterben als eine Erfahrung erleben, so wie sie auch die Geburt erleben, und sie werden keine Angst davor haben. Ich finde, damit wäre ein wichtiger Anfang gemacht, das wirklich anzukratzen, was für mich ein unterdrückerisches Medizinsystem ist ... Da wir von Technologie reden – die Technologie hat uns aus dem Reich der Natur herausgerissen ... Wenn ich eine Frau in die Klinik bringe und sie schnallen ihr einen Kardiotographen um den Bauch, stecken ihr eine Sonde in die Möse und legen ihr eine Infusion in die Armvene, die klick-klick-klick macht und die Tropfen Patocin zählt ... der Arzt hat in drei Stunden nicht ein einziges Mal seine Hand auf die Frau gelegt – eine Maschine registriert die Wehen – das ist wie eine computerprogrammierte Medizin."*
Die Verfasserinnen nehmen also die Kritik an der unmenschlichen Behandlung zum Anlaß, um den Einsatz von Technologie zu verwerfen und wirklich Geburten wie im Mittelalter zu propagieren. Wenn man wie die „Frauenoffensive" der Meinung ist, alles müßte „natürlich" zugehen, ist in der Tat die Mutterschaftsideologie nicht fern, denn das Kinderkriegen ist in diesem Sinne eben auch „natürlich" für die Frau.

In zwei Leserbriefen wird gesagt, wir sollten doch die Beschränkung von Feministinnen auf Selbsterfahrung und Selbsthilfe nicht kritisieren. Man sollte vielmehr feststellen, *„daß das immer noch besser ist, als würden diese Frauen sich passiv in ihre weibliche Rolle fügen, und vor allem, daß dies der erste Schritt aus der Isolation sein kann".* U.E. bringt dieser Standpunkt „Besser als gar nichts" wirklich nicht weiter. Uns kann es nicht egal sein, wenn sich in der Frauenbewegung reaktionäre Tendenzen einschleichen.

Frauenkommission
KB / Gruppe Flensburg

Frauenveranstaltungen zur Wahl

Im September fanden zahlreiche Frauenveranstaltungen statt, die vom KB durchgeführt wurden oder von KB-Genossinnen und -Sympathisantinnen mitorganisiert worden waren. Im Vordergrund stand meist die Frage: „Was haben die Parteien für die Frauen getan?" und „Frauen – was steht zur Wahl?". Daneben wurde diskutiert über den Kampf gegen den §218, über die Situation der berufstätigen Frau und natürlich meldeten sich auch einzelne politische Organisationen mit ihren Spezialitäten zu Wort: KBW'ler wollten den Volksentscheid unters Volk bringen, Jusos die SPD als kleiners Übel empfehlen, und Mitglieder des KAB„D" wußten zu erzählen, daß Gleichberechtigung ja ganz gut und schön sei, aber das Wichtigste sei doch der Parteiaufbau...

Meist wurden die Veranstaltungen „aufgelockert" durch Lieder, gespielte Szenen, Filmvorfühurngen usw. Für eine ganz andere, höchst unerwünschte „Auflockerung" sorgte der KBW in Bremerhaven, Bremen und Hannover, wo er die Veranstaltungen zu verhindern versuchte, indem KBW'ler Sprechchöre gröhlten und die Redner zu überschreien versuchten, so daß sie schließlich ins Freie befördert werden mußten. In Bremen gelang es ihnen praktisch, die Veranstaltung kaputt zu machen, in Hannover verfehlten die Provokateure dieses Ziel nur knapp.

Bislang liegen uns Angaben über

folgende Veranstaltungen vor:
- 11.9. Frauenfest in Bremerhaven, veranstaltet von der Frauen- und

folgende Veranstaltungen vor:

- 11.9. Frauenfest in Bremerhaven, veranstaltet von der Frauen- und Mädchengruppe Bremerhaven und der AG Frauen des KB Bremerhaven. Über 250 Menschen verfolgten das sechsstündige (!) Programm. Das Fest wird von den Genossinnen als „voller Erfolg" eingeschätzt. Es kamen durch Sammlung, Tombola etc. über 500 Mark zusammen, die je zur Hälfte für den MIR und für die Frauenarbeit in Bremerhaven bestimmt sind.
- 24.9. Frauenveranstaltung der Frauengruppe des KB Hannover mit 120-130 Teilnehmern.
- 25.9. Frauenveranstaltung des KB in Fürth – die erste Veranstaltung des KB überhaupt in dieser Stadt. Mit 20 Teilnehmern ein Anfangserfolg.
- 25.9. Frauenveranstaltung verschiedener Frauengruppen und des KB in Hamburg- Barmbek zur Wahl. Etwa 90 Teilnehmer.
- 25.9. Frauenfest verschiedener Frauengruppen aus dem Öffentlichen Dienst in Hamburg. Sie hatten bis zu diesem Zeitpunkt jede für sich gearbeitet. Mit 300 Teilnehmern war das Fest außerordentlich gut besucht und wird auch von der Gestaltung her als „sehr dufte" gewertet. 1100 Mark für die palästinensischen Frauen wurden gesammelt.
- 28.9. Frauenveranstaltung in Braunschweig. 27 Teilnehmer.
- 28.9. Frauenveranstaltung in Göttingen mit 150 Teilnehmern, was für die örtlichen Bedingungen wohl als mäßig eingeschätzt werden muß.
- 28.9. Frauenveranstaltung des KB in Bamberg. Es kamen 25 Besucher.
- 29.9. Frauenveranstaltung des KB in Oldenburg. Mit 23 Teilnehmern wohl nur mäßig.
- 29.9. Frauenveranstaltung in Karlsruhe, durchgeführt von verschiedenen Frauengruppen. Etwa 40 Teilnehmer.
- 29.9. Frauenveranstaltung in West-Berlin mit rund 500 Teilnehmern.
- 30.9. Veranstaltung der AG Frauen des KB/Bremen. Über 200 Teilnehmer. Es wurden 370 Mark für die Frauen Palästinas gesammelt.
- 1.10. Frauenveranstaltung des KB und einer Jugendzentrums-Frauengruppe in Nürnberg mit 95 Teilnehmern. Es wurden 72 Mark für die Frauen Palästinas gesammelt.
- 1.10. Frauenveranstaltung mit 14 Teilnehmern in Mönchen-Gladbach.

Weitere Veranstaltungen, über die noch keine Angaben vorliegen, fanden am 1.10. in Duisburg und am 3.10. in Landshut statt.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 18.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

Kinder

Kinderfeindlicher Senat streicht 206 Erzieherstellen

Westberlin:
Mitten während der Sommerferien, nämlich am 31.5. dieses Jahres, legte der Westberliner Senator für (gegen!) Familie, Jugend und Sport einen äußerst kinder- und elternfeindlichen Entwurf zur „Neubemessung der Personalausstattung im Kindertagesstättenbereich" vor.

Demagogisch brüstet er sich, daß nach dem neuen „Personalschlüssel" in den Kitas pädagogisch intensiver gearbeitet werden könne.

Die Realität sieht jedoch völlig anders aus:

Wenn dieser Plan durchkommt, werden 206 Erzieherstellen gesperrt!

Dabei werden die Westberliner Arbeiterbezirke extrem betroffen. Sie müssen dann mit 170 Erziehern weniger auskommen. Die großbürgerlichen Stadtbezirke wie z.B. Zehlendorf wurden dagegen mit zusätzlichen Erzieherstellen bedacht!

Ein Großteil der Mittel für Vertretungskräfte werden gestrichen. Da vermehrt Halbtagskräfte eingesetzt werden sollen, ist es diesen Erziehern nicht mehr möglich, während ihrer Arbeitszeit Kontakte mit Schule, Eltern oder mit anderen Horten herzustellen. Die Zeit von morgens 6 - 11.00 Uhr soll nicht mehr als Betreuungszeit anerkannt werden. D.h. die Erzieherstellen in den Kinderhorten (6 - 8 jährige) werden für diesen Zeitraum gestrichen und die Kinder werden in andere Kindergärten oder -Krippen gezwängt; was für diese Bereiche natürlich eine enorme Mehrbelastung bedeutet. Die Behauptung des Senats, während der Vormittagsstunden gäbe es im Hort nichts zu tun, zeugt von völliger Ignoranz gegenüber der Arbeit der Erzieher in den Horten, sowie gegenüber der Situation der Kinder.

In dieser Zeit müssen die Hort-Erzieher nämlich:

1. Unterrichtsausfälle auffangen;
2. in den Ferien 20 Kinder ganztags betreuen;
3. den Kindern bei den Schularbeiten helfen;
4. Kontakte zu den Lehrern herstellen;
5. Kontakte zu Ämtern und anderen sozialpädogogischen Einrichtungen aufnehmen;
6. Mit den Kindern in Einzelgesprächen Schul- oder Familienprobleme besprechen.

Ebenso soll die durchschnittliche Öffnungszeit der Kitas um eine halbe Stunde verkürzt werden, was für viele Arbeitereltern erhebliche Einschränkungen bedeuten wird.

Die ohnehin schon schlimmen Verhältnisse im Kindertagesstättenbereich (zu wenig Erzieher, zu wenig Spielzeug, zu wenig Räume und zu schlechte Spielplätze) werden durch diese Maßnahmen auf die Spitze getrieben. Eine Folge davon ist, daß immer mehr Eltern gezwungen sind, ihre Kinder aus diesen kinderfeindlichen Einrichtungen herauszunehmen, deren Auswirkungen nervöse Erzieher und unglückliche und aggressive Kinder sind.

Scheinheilig klagt der Senat über eine zunehmende „Unterbelegung" der Kindertagesstätten, aber anstatt die von ihm herbeigeführten Verhältnisse zu verbessern, z.B. durch Verkleinerung der Kindergruppen und Verbesserung der Pädagogischen Arbeit und Ausbildung der Erzieher, chaotisiert er die Lage der Arbeiterfamilien.

Dies trifft in ganz besonderem Maß die Frauen, die dadurch gezwungen werden, ihre Arbeit aufzugeben (die sowieso durch die steigende Frauenarbeitslosigkeit bedroht ist), und sich in die Fesseln von Heim und Herd zurückzubegeben.

Auch in Westberlin geht die Tendenz dahin, daß mit dem Scheinargument des „Überschusses" an Kitaplätzen fortschrittliche Privatobjekte, wie z.B. Kinderhäuser oder -Läden finanziell auszutrocknen und somit die Erziehung der Kinder unter staatliches Monopol zu stellen.

Der Senat hat es allerdings nicht geschafft, seine Nacht- und Nebelaktion während der Ferien so glatt durchzuziehen, wie er es sich erhoffte. Fortschrittliche Fachgruppen aus ÖTV und GEW versuchen durch Unterschriftensammlungen, durch Mobilisierung der Eltern und durch sonstige Öffentlichkeitsarbeit der Sparpolitik des Senats entgegenzutreten.

Die GEW plant dazu am 5. Okt. um 19,30 Uhr bei Schultheiss an der Gedächniskirche eine Veranstaltung. Wir unterstützen die Forderungen:

Zurücknahme der Pläne zum Personalabbau im Kitabereich!
Vorbereitungszeit für Erzieher!
Erfüllung der jahrelang von den Gewerkschaften GEW und ÖTV erhobenen Forderungen zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit!

Bezirkskollektiv Kreuzberg-Neukölln
KB/Gruppe Westberlin

Kinderfeindlich zum Kotzen!

Kein „Herz für Kinder"!



Die Kinder aus dem „Kinderhaus" Heinrichstr. 14 a sehen sich die „Höhle des Löwen" an, die Jugendbehörde, die dem „Kinderhaus" sein Recht verweigert. Senator Apel zum „go-in" der Kinder: „pädagogische Bedenken ..."!

Das „Kinderhaus" in der Heinrichstr. 14 a in Hamburg-Altona (siehe AK 88 und 89) soll kein Geld erhalten! Einen entsprechenden Bescheid hat jetzt die Jugendbehörde geschickt. Es geht dabei zum einen um einen Baukostenzuschuß, der gemessen an entsprechenden staatlichen Einrichtungen relativ gering ist (48.000 Mark bei rund 60 Kindern!). Und zweitens um die Anerkennung des Pflegesatzes, der die Grundlage für eine staatliche Unterstützung der Eltern und damit für die Existenzfähigkeit einer solchen Einrichtung ist.

Die Behörde l ü g t zum einen ganz dreist, indem sie – u.a. durch den Mund des Senator Apel höchstpersönlich – behaupten läßt, es gebe für das „Kinderhaus" in dem entsprechenden Bezirk keinen Bedarf. Von den zuständigen Fürsorgerinnen ist der Bedarf ausdrücklich bestätigt worden, was der „Verein Kinderhaus" den Behörden schon vor mehreren Monaten – unwidersprochen ! – brieflich mitgeteilt hat. Außerdem verletzt die Argumentation der Behörde das gesetzlich garantierte W a h l r e c h t der Eltern, ihre Kinder in einen Kindergarten ihrer Wahl zu schicken, beispielsweise in einen konfessionellen oder in einen eines sonstigen freien Trägers.

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit konnte das „Kinderhaus" am 27. September einen Abend mit Schauspielern des „Deutschen Schauspielhauses" durchführen, dessen Erlös für das „Kinderhaus" bestimmt war. Etwa 600 Besucher waren dazu gekommen.

Am 30. September fand eine Veranstaltung mit Musikern der Hamburger „Szene" statt, deren Erlös gleichfalls dem „Kinderhaus" zugute kommen soll. Etwa 2.000 Menschen besuchten diese Veranstaltung.

Am 28. September hatten 35 Kinder mit ihren Erziehern ein „go-in" in die Jugendbehörde gemacht, wo sie aber abgewiesen wurden. Senator Apel schrieb daraufhin an das „Kinderhaus" einen frechen Drohbrief, in dem er **„Zweifel an der pädagogischen Konzeption"** des „Kinderhauses" äußerte, was praktisch einer nackten Drohung dieses „Kinder-Freundes" gleich kommt, nicht nur das „Kinderhaus" weiterhin finanziell auszutrocknen, sondern es womöglich „wegen pädagogischer Bedenken" schließen zu lassen.

Am 2. Oktober fand eine Demonstration in der Innenstadt statt, zu der der „Verein Kinderhaus" aufgerufen hatte. Der Zug von anfänglich etwa 500 Menschen wuchs in der Innenstadt durch sich einreihende Passanten auf etwa 800 an.

Das „Kinderhaus" will nun, wie in einer Presse-Erklärung bekanntgegeben wurde, auch mit juristischen Schritten gegen den „Kinderfreund" Apel und seine Behörde vorgehen.

Der „Verein Kinderhaus" hat zwei Dokumentationen herausgebracht, in denen die Einrichtung des Hauses und die Auseinandersetzungen mit den Behörden beschrieben und dokumentiert sind. Die Dokumentationen sind über das „Kinderhaus", 2 Hamburg 50, Heinrichstr. 14 a, erhältlich.

Kinderfeindlich zum Kotzen!

Von einem „Skandal" wußte die „Bild" am 29. September zu berichten: Da hatten zwei junge Pastoren auf der Trauerfeier für zwei überfahrene Kinder von den gesellschaftlichen Ursachen gesprochen, die den Hintergrund dieses „Unfalls" bilden. Prompt spielte „Bild" den faschistischen Schnack eines verkalkten Lehrers (*„Das war keine Trauerfeier, sondern eine Polit-Show linker Theologen"*) und das törichte Gefasel einer „Frau unter Tränen" (*„Wo bleibt da die Liebe, der Trost?"*) zur Stimme des Volkes hoch und kündigte drohend an: **„Die Kirchenleitung will den Vorfall (!) untersuchen"**.

So geht's in diesem demokratischen Rechtsstaat: Sagt einer was gegen gesellschaftliche Mißstände, schon ist die Springer-Presse da, hetzt und lügt, was das Zeug hält. Verschwiegen wird beispielsweise, daß die Pastoren die Gestaltung der Trauerfeier mit den Eltern abgesprochen hatten und die Trauerfeier von den meisten Teilnehmern als durchaus angemessen empfunden wurde (laut NDR-Sendung „Umschau" vom 29. September).

Wo bleibt die Liebe und der Trost, wenn alle Beteiligten wissen, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis zu weiteren tödlichen „Unfällen" an der betreffenden Stelle, zu weiteren zerstörten kindlichen Leben kommen wird?!...

Diese Stelle ist die Autobahn Hamburg-Stillhorn, die in etwa 100 Meter Entfernung an der Neubau-Siedlung Kirchdorf-Süd vorbeiführt!

Und so sehen in diesem Fall die Liebe und der Trost der bürgerlichen Presse aus: *„Zwei Schüler tot – für 20 Pf. Flaschenpfand"* („Bild", 21.9.). *„Verspielt und verträumt – sie liefen einfach los"* („Hamb. Morgenpost", 21.9.). Damit scheint klar: Schuld haben allein die Kinder! Da wird zwar selbst in der bürgerlichen Presse vorsichtig angedeutet, daß die bestehenden Schutzmaßnahmen vielleicht nicht ausreichend seien. Aber, so dann das „Hamburger Abendblatt" vom 21.9.: *„Auch um zu verhindern, daß die Kinder in die Nähe der gefährlichen Fernstraße kommen, haben die SAGA wie die anderen Baugesellschaften 2 Spielplätze für größere und 10 Plätze für kleine Kinder gebaut."*

Insgesamt also 12 Spielplätze, das hört sich toll an! In dem gleichen Artikel werden aber auch andere Fakten genannt: *„2.300 Wohnungen mit mehr als 7.000 Menschen, darunter etwa 2.500 Kinder"*. Und das alles direkt an der Autobahn! Das „großzügige" Spielplatzangebot ist also für 2.500 Kinder; d.h. pro Platz ca. 200 Kindern. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß ein Großteil der Plätze die „Größe" eines Hundezwingers haben und keiner für 200 Kinder angelegt ist. Darüberhinaus gibt es in Kirchdorf-Süd kein offizielles Spiel- und Freizeitangebot. Das nächste Haus der Jugend ist ca. zwei Kilometer entfernt. Für die Realisierung eines in Mieterinitiative entstandenen Projektes „Spielwohnung" hat die SAGA nach einem halben Jahr eine Wohnung zur Verfügung gestellt, die für maximal 20 Kinder ausreicht.

Dazu die kinderfeindliche Lage der Siedlung direkt an der Autobahn! Wen wundert es, wenn Kinder, die ca. 100 m (!) von der Autobahn entfernt wohnen und aufwachsen, und die einen regen Fußgängerverkehr zu dieser Autobahn als normal erleben, selbst diese Autobahn „mal eben schnell" überqueren wollen? Ist es Schuld der Kinder, wenn eine Mammutsiedlung direkt an der Autobahn gebaut wird, wenn sich das Spiel- und Freizeitangebot in der Umgebung auf mehr oder weniger langweilige und kleine Plätze beschränkt?

Schuld daran ist die Kinderfeindlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, in der die Wohn- und Straßenplanung weder die Interessen der Betroffenen, geschweige denn die der Kinder berücksichtigt.

2 Genossen
des ÖTV-Bereiches Hamburg
und AK-Redaktion

Sauber! Schulstreik gegen den „Teufelsaustreiber"

Arnold Renz heißt der katholische Pfaffe, der vor einigen Monaten mit ausdrücklicher Billigung seines vorgesetzten Bischofs an einer jungen Frau eine „Teufelsaustreibung" vornahm, die sich über mehrere Monate hinzog und bei der die Frau schließlich buchstäblich verhungerte. Gegen Renz und seinen Bischof sind mehrere Strafanzeigen gestellt worden.

Kürzlich besaß das „Bischöfliche Ordinariat" die ungeheuerliche Geschmacklosigkeit, ausgerechnet diesen Renz als „Religionslehrer" auf eine Volksschul-Klasse loslassen zu wollen. Welche Verwirrung dieser Unhold womöglich in den Köpfen der Kinder hätte anrichten können, läßt sich denken. Die Eltern schoben diesem makabren Spiel allerdings einen Riegel vor: Schulstreik und Forderung nach Abberufung des „Teufelsaustreibers". „Das ist eine Hetze gegen die Kirche", schimpfte das „Bischöfliche Ordinariat" – mußte jedoch schließlich nachgeben. Gut so! Solche Vögel gehören hinter Gitter und nicht in die Schule!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

aus Betrieb und Gewerkschaft



METALL

Metallrunde '77 vorbereiten!

Angesichts der einseitig zugunsten der Kapitalisten verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung hat der IG Metall-Vorsitzende Loderer eine Stellungnahme abgegeben. Danach beabsichtigt die IG Metall-Führung für das kommende Jahr nennenswert höhere Lohnzuschläge durchzusetzen, als es für 1976 der Fall war.

Loderer gelangte zu der Feststellung, daß vom wirtschaftlichen Aufschwung bisher einseitig die Unternehmer profitieren. *„Die starke Wachstumsrate der Firmen seien bei einer nur sehr begrenzten Zunahme der Beschäftigten zustande gekommen und sie hätten zu derart hohen Produktionsvorteilen geführt, daß sich in diesem Jahr die Einkommensverteilung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern eindeutig zugunsten der Gewinne verschieben würde"* („Frankfurter Neue Presse", 15.9.).

Daß sich Loderer von dieser Entwicklung jetzt überrascht zeigt, ist plumpe Demagogie. Denn neben Kapitalisten und Regierung haben die Gewerkschaftsführer schließlich mehrfach an der „Konzertierten Aktion" teilgenommen und haben an der Durchsetzung der dort festgelegten „maßvollen Tarifabschlüsse" entscheidenden Anteil. Sie haben verantwortlich dafür gesorgt, daß die Löhne und Gehälter in diesem Jahr nur um etwa fünf Prozent erhöht wurden. Was nach Abzug der erhöhten Abzüge sogar nur ein Plus von zwei allenfalls drei Prozent ausmachte. Berücksichtigt man allerdings die Preissteigerungen, dann brachte der Abschluß sogar eine Senkung des Reallohnes.

Dagegen stiegen die Kapitalistengewinne nicht nur überdurchschnittlich, sondern die Voraussagen wurden weit übertroffen. Waren im Jahresgutachten zwölf bis 14 Prozent Gewinnsteigerung „einkalkuliert", so weist das Statistische Bundesamt für die ersten sechs Monate 1976 nun

gewinne nicht nur überdurchschnittlich, sondern die Voraussagen wurden weit übertroffen. Waren im Jahresgutachten zwölf bis 14 Prozent Gewinnsteigerung „einkalkuliert", so weist das Statistische Bundesamt für die ersten sechs Monate 1976 nun

volle 20 Prozent nach.

Der Zeipunkt um Nachschläge bei Löhnen und Gehältern zu fordern, dürfte wohl spätestens jetzt erreicht sein. Immerhin hatten die Gewerkschaftsführer selber nach den mäßigen Tarifabschlüssen im Frühjahr Nachschlagforderungen in Aussicht gestellt.

Damals verkündete Loderer wortradikal, er denke an einen Nachschlag noch in diesem Jahr, wenn ein *„außerordentlicher Konjunkturaufschwung und rücksichtslose Preissteigerungen"* zu beobachten seien. Davon wollen die IGM-Führer heute natürlich nichts mehr wissen.

Loderer gegenüber dpa: *„Der Nachschlag-Begriff stammt nicht von den Gewerkschaften; das haben Journalisten in die Welt gesetzt. Ich rede deshalb nicht vom Nachschlag, weil wir immer auf dem Standpunkt gestanden haben: abgeschlossene Verträge müssen ihre Gültigkeit behalten. Wir verlangen das ja auch von der anderen Seite"* („Sozialpolitische Nachrichten", 20.9.).

Der Nachschlag ist für die Gewerkschaftsführer nun also auch in Worten erledigt. Dafür gibt Loderer jetzt das Versprechen, als Ausgleich für seine Anpassungspolitik in diesem Jahr 1977 höhere Lohnzuschläge durchsetzen zu wollen. Zu diesem Zweck hat der IG Metall-Vorstand auf einer Klausurtagung in St. Blasien die Absicht bekanntgegeben, die Lohn- und Gehaltstarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie zum 31.10. und die in der metallverarbeitenden Industrie zum 31.12.76 zu kündigen. Dieser völlig normale Vorgang wird aufgebauscht, um die Metallarbeiter von den fälligen Lohnnachschlägen abzubringen. Die Kapitalisten haben bereits für ihre Seite unmißverständlich klargestellt, daß *„sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Jahres ... keine Forderungen nach zusätzlichen Leistungen für die Arbeitnehmer begründen lassen. ... Die Lebenshaltungskosten hätten sich günstiger entwickelt, als bei den Tarifabschlüssen für 1976 unterstellt worden sei"* („FR", 27.9.).

Verzögerungstaktik von ‚Gesamtmetall' bei den laufenden Verhandlungen – IGM-Führer spielen mit

worden sei" („FR", 27.9.).

Verzögerungstaktik von ‚Gesamtmetall' bei den laufenden Verhandlungen – IGM-Führer spielen mit

Am Montag, den 27.9. wurden in Frankfurt die Verhandlungen über die vermögenswirksamen Sparleistungen und die Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) im Metallbereich wieder aufgenommen. In zentralen Verhandlungen will der IG Metall-Vorstand bei den vermögenswirksamen Leistungen die volle Ausschöpfung des gesetzlichen Rahmens von DM 624,– statt bisher DM 312,– durchsetzen. Bei der Sonderzahlung strebt der IGM-Vorstand eine stufenweise Anhebung von bisher 40 auf 100 Prozent an. Die Verhandlungen wurden jedoch – ohne daß ‚Gesamtmetall' einen Gegenvorschlag vorgelegt hat – auf den 20. Oktober vertagt.

Diese erneute Verzögerung ist ganz im Sinne der Kapitalisten. Denn von ‚Gesamtmetall' wird angestrebt, alle anstehenden Tariffragen (einschließlich der Anfang 1977 anstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen) in „einem Abwasch" zu regeln. Auch wenn sich Loderer hiergegen noch „sträubt", macht die schleppende Verhandlungsführung bereits deutlich, daß die Durchsetzung der Nebenforderungen und die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in engem Zusammenhang stehen. Am Ende werden es wieder besonders die Gewerkschaftsführer sein, die die voneinander unabhängigen Abschlüsse gegeneinander aufrechnen, und einen miesen Lohn- und Gehaltsabschluß damit aufzuwerten versuchen. Fest steht, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer auch 1977 den Trend zugunsten der Kapitalistengewinne nicht aufhalten kann und will.

Die fortschrittlichen Arbeiterinnen, Arbeiter, Lehrlinge und Angestellten müssen deshalb selbst daran gehen, die i h r e n Interessen entsprechenden Forderungen zu entwickeln und diese in den Gliederungen und Gremien ihrer Gewerkschaft r e c h t z e i t i g zur Diskussion stellen.

Die Forderung *Gewerkschaften raus aus der Konzertierten Aktion!* ist aktueller denn je. Nur kräftige *Lohn- und Gehaltserhöhungen* (in gleichen Mark-Beträgen für alle) können die materielle Lage der Arbeiter, Angestellen und Lehrlinge in gleicher Weise sichern. Für die Lehrlinge gilt es darüberhinaus für den *Existenzlohn* zu kämpfen.

gleichen Mark-Beträgen für alle) können die materielle Lage der Arbeiter, Angestellen und Lehrlinge in gleicher Weise sichern. Für die Lehrlinge gilt es darüberhinaus für den *Existenzlohn* zu kämpfen.

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – Die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!

Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Stillegungen, Kurzarbeit und Entlassungen



6.000 Menschen beteiligten sich an einer Protestdemonstration gegen die Entlassungen bei Siemens in Bruchsal

Bruchsal:

Rund 6.000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am Samstag, 25.9., in Bruchsal gegen Rationalisierung und Entlassungen bei Siemens. Auf einer Großkundgebung sprach u.a. IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler.

In den letzten 5 Jahren haben die Siemens-Kapitalisten in Bruchsal über 2000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, weitere Entlassungen sollen folgen. Durch die Umstellung der Produktion von elektromechanischen Systemen auf elektronische Systeme werden Arbeitsplätze eingespart; die Schließung des Werkzeugbaus und des Spritzwerks sind geplant. Die 4.100 heute noch beschäftigten Kollegen sind täglich von weiteren Entlassungen bedroht, während die Siemens-Kapitalisten bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen von der Bundesregierung mit mehreren Millionen DM „Forschungsmitteln" unterstützt werden.

Nach mehreren Warnstreiks und einer Werksdemonstration Mitte Juni ist die Demonstration vom 25.9. der bisherige Höhepunkt der Kampfmaßnahmen der Kollegen. Vorausgegangen waren Versammlungen in mehreren Ortschaften um Bruchsal und in Bruchsal selbst, um die Bevölkerung zu informieren und zur Unterstützung aufzurufen.

Die Siemens-Arbeiter verlangten langfristige Beschäftigungsgarantien und riefen in Sprechchören: „Bei Siemens füllen sich die Kassen, darum werden wir entlassen."

Dieser kämpferischen Stimmung paßte sich auch IG-Metallbezirksleiter Steinkühler an, indem er wortradikal erklärte: „Wenn es nicht gelingt, auf privatwirtschaftlich überzeugende Weise mit der Arbeitslosigkeit fertig zu wer-

Die Siemens-Arbeiter verlangten langfristige Beschäftigungsgarantien und riefen in Sprechchören: „Bei Siemens füllen sich die Kassen, darum werden wir entlassen."

Dieser kämpferischen Stimmung paßte sich auch IG-Metallbezirksleiter Steinkühler an, indem er wortradikal erklärte: „Wenn es nicht gelingt, auf privatwirtschaftlich überzeugende Weise mit der Arbeitslosigkeit fertig zu wer-

den, dann wird es Zeit, die Bedigungen des Systems in Frage zu stellen!"

KB-Sympathisanten Karlsruhe

Kurzarbeit bei Dräger

Die rund 4.000 köpfige Belegschaft der Dräger Werk AG soll von November 76 – Februar 77 kurzarbeiten. Insgesamt sollen 3 Wochen an Arbeitszeit für die Belegschaft ausfallen.

Nach Vorstellung der Geschäftsleitung soll der Betrieb eine ganze Woche dichtmachen, dies jeweils im November 76, dann zwischen Weihnachten und Neujahr, sowie eine Woche im Februar 77. Offizielle Begründung ist die zurückgegangene Auftragslage, besonders der Comecon-Länder, aber auch auf dem Inlandsmarkt sei durch die „Sparpolitik, besonders auf dem Arbeitsgebiet Medizin", die Auftragseingänge zu niedrig.

Der Betriebsrat, der der Kurzarbeit zugestimmt hat, ist allerdings der Meinung, daß die Büros wie auch beispielsweise die Konstruktion nicht kurzarbeiten brauchen.

Bemerkenswert ist, daß Dräger's Umsatz ständig gestiegen ist und gerade im Jahr 75 (im Jahr der Rezession) den Spitzenumsatz von 275 Millionen verzeichnen konnte. Der Umsatz ist im Jahr 74 um 28 % und im Jahr 75 um 27 % gestiegen. Die Belegschaftszahl wurde in diesem Zeitraum nicht wesentliche erhöht, sondern besonders durch Kürzung der Akkorde, der Verteilzeiten, sowie der Mindermengenzeitzuschläge, Einführung von Prämienentlohung (Werkzeugmacherei) und Schichtarbeit, wurde aus jedem einzelnen Kollegen mehr herausgeholt.

Die Stimmung der Belegschaft sieht zur Zeit so aus, daß die Kurzarbeit eine einmalige Sache ist, und außerdem richten sich die Kollegen auf eine Art „Urlaub" ein, bei dem sie lediglich im Schnitt 50,– DM einbüssen (je Woche). Gerade das es sich hier nicht um eine einmalige Sache handelt, sondern daß durch den ständigen Konkurrenzkampf, Dräger weitaus schärfere Mittel (wie Entlassung, weitere Verschärfung der Akkord- und Prämienarbeit) anwenden wird, gilt es aufzuzeigen und den Kampf dagegen zu organisieren.

Betriebszelle Dräger
KB/Gruppe Lübeck

IBFG für Solidaritätsaktionen mit den schwarzen Völkern Afrikas

„Sehr millitant" - so umschrieb der Vorsitzende des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Otto Kersten die Grundstimmung, die auf der Tagung der angeschlossenen Mitgliedsverbände am 22.9. im Brüsseler Hauptbüro des IBFG herrschte. Thema der Konferenz war die gemeinsame Unterstützung für die unterdrückten schwarzen Arbeiter in Südafrika. Der Zeitpunkt für *„konkrete und konzertierte Maßnahmen"* der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Industriestaaten sei nun gekommen.

Zur Beschämung aller westdeutschen Metaller stellte sich auf dieser Tagung allerdings erneut heraus, daß die IG Metall-Führung mal wieder auf dem äußersten rechten Flügel der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu finden ist. Sie unterhält seit Jahren nur Beziehungen zu der weißen Rassistengewerkschaft TUCSA. Dieser Verband hatte es bisher als seine vorrangige Aufgabe betrachtet, über *„die Privilegien der weißen ‚Arbeiteraristrokatie' "* zu wachen. Zynisch hatten die IGM- und auch die DGB-Führer bisher danach getrachtet, die TUCSA zu einer allmählichen „Integration" der afrikanischen Arbeiter zu bewegen.

Offenbar schätzen die westdeutschen Kapitalisten und mit ihnen die Bundesregierung nunmehr die Überlebendschancen des weißen Rassistenregimes nicht allzu positiv ein. Da können die westdeutschen Gewerkschaftsführer natürlich nicht außen vor bleiben. Jedenfalls teilte der DGB-Delegierte Kristoffersen in Brüssel, nachdem die westdeutschen ‚Gewerkschaftler' sich mit ihrer Rassistenfreundschaft fast völlig isoliert hatten, den überraschten Journalisten mit, daß er sich mit Außenminister Genscher darin einig wisse, daß die Bundesregierung künftig bei den Vereinten Nationen für die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika eintreten müsse.

„Auch denke er daran, seitens des DGB einen selektiven Boykott südafrikanischer Importe in der Bundesrepublik zu organisieren."

Die in Brüssel versammelten Gewerkschafter beschlossen einen Katalog von Solidaritätsmaßnahmen, der u.a. den totalen Abbruch der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zusammenarbeit des Westens mit den weißen Minderheitsregimen im südlichen Afrika vorsieht und stattdessen umfassende Hilfsmaßnahmen für die afrikanischen Befreiungsbewegungen, Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen erbringen soll. Die westdeutschen Metaller und alle im DGB zusammengeschlossenen Kolleginnen und Kollegen werden um die Erfüllung dieser Festlegungen kämpfen müssen.

(Informationen und Zitate nach FR,24.9.76)

Hoesch Werk –Siegerland– in Wuppertal soll stillgelegt werden

Seit der konzerninternen Fusion im Jahre 1973 wurde die Belegschaft im früheren Trierer Walzwerk ständig abgebaut. Ganze Abteilungen wurden in andere Hoesch-Werke nach Dortmund oder Siegen verlagert. Dadurch verloren in den letzten beiden Jahren 200 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz. Jetzt plant die Hoesch-Konzernleitung, das Werk völlig still zu legen, was noch einmal 230 Entlassungen zur Folge hätte. In dem Werk wurde seit der Fusion kaum noch investiert, stattdessen wurde es systematisch ruiniert.

Stillegungen, Kurzarbeit und Entlassungen

Kugelfischer plant 553 Entlassungen

Bei Kugelfischer Wuppertal wurden laut Geschäftsbericht in den ersten acht Monaten dieses Jahres 278 Arbeiter und Angestellte entlassen. Darüberhinaus ist geplant, bis Mitte 1977 weitere 275 Entlassungen vorzunehmen.

Durch diese Entlassungen wird die Arbeitslosigkeit in Wuppertal weiter zunehmen. Am 31.8. waren im Bezirk Wuppertal bereits 11.359 Arbeitslose registriert.

Außerdem kündigte Kugelfischer an, daß bereits ab Oktober wieder Kurzarbeit eingeführt wird. Geplant sind drei bis vier Tage im Monat. Betroffen von der Kurzarbeit werden im Gesamtwerk 3.500 - 4.000 Beschäftigte sein.

Bauknecht: Belegschaft um 1.000 reduziert

Die Bauknecht Gruppe hat auch 1975 ihr Programm der Rationalisierung im Inland und der Expansion im Ausland fortgesetzt.

Das hatte zur Folge, daß die Belegschaft von 9.000 Ende 1974 auf knapp 8.000 am Jahresende 1975 reduziert war.

Kurzarbeit an der Saar

Über 5.000 Hüttenarbeiter im Saarland sollen ab Oktober kurzarbeiten. Bei den Stahlwerken Röchling sollen im Hütten- und Walzwerk insgesamt 2.700 Arbeiter kurzarbeiten.

Die Neunkircher Eisenwerke beabsichtigen für 2.000 Arbeiter Kurzarbeit einzuführen. Die Dillinger Hüttenwerke wollen in der kommenden Woche ihre Kurzarbeitsbeschlüsse bekannt geben.

Werftindustrie: „...Ladung über Bord"

Bremerhaven:
Bei der Schiffbau-Unterweser AG drohen Massenentlassungen. Bis zu 1.700 Kollegen sind hiervon bedroht.

Bereits am 5.8. wurde für 120 Kollegen Kurzarbeit beantragt. Anfang September wurden dann die ersten 40 Kollegen entlassen. Weitere Entlassungstermine gab Werftboß Noe auf der Betriebsversammlung am 16.9. bekannt, ohne daß Entlassungszahlen genannt wurden.

Die Sozialdemokraten in der IG Metall-Führung und im Betriebsrat
Die Sozialdemokraten in der IG Metall-Führung und im Betriebsrat
sind ihrerseits krampfhaft bemüht, die Kollegen im Unklaren zu halten und zu vertrösten, um ihren Wahlkampf nicht zu stören. So wurde beispielsweise die Betriebsversammlung zweimal mit Zustimmung des Betriebsrats verschoben. Trotz der mehrheitlichen Forderung des Vertrauenskörpers und eines Gewerks nach einer gemeinsamen Betriebsversammlung, gab es wieder getrennte. Der Betriebsrat beugte sich dem Einspruch der Geschäftsleitung.

Die IG-Metall-Ortsverwaltung hat sich bis heute nicht zu den anstehenden Massenentlassungen geäußert. Höhepunkt dieser arbeiterfeindlichen Haltung war eine IGM-Funktionärsversammlung, auf der Vorstandsmitglied Dieckerhoff platteste SPD-Wahlpropaganda betrieb. Als empörte Kollegen die drohenden Entlassungen auf den Bremerhavener Werften ansprachen, antwortete dieser „Arbeitnehmervertreter" scheinheilig: daß diese Probleme den Kollegen so unter den Nägeln brennen würden, habe er nicht gewußt, sonst hätte er sich darauf vorbereitet!

Auf der Betriebsversammlung am 16.9. schließlich lobhudelte SPD-Bundestagskandidat Grunenbey das Werft- und Reedereihilfsprogramm der Bundesregierung.

Während die sozialdemokratischen Führer Verwirrung betreiben, kennzeichnete Werftboß Noe zynisch seine Entlassungspläne: Er als „Kapitän" sei bemüht das „Schiff (die Werft) zu retten". Dazu sei es nötig, *„einen Teil der wertvollen Ladung über Bord zu schmeißen"!*

Noch hoffen die meisten Kollegen, daß möglicherweise durch neue Aufträge doch nicht so viele Entlassungen anstehen. Auf der Betriebsversammlung wurde erst zaghafter Protest laut. Notwendig aber ist es, die Entlassungspläne der Kapitalisten offenzulegen und den Kampf dagegen aufzunehmen.

KB/Gruppe Bremerhaven

DRUCK

Stillegung im Anmarsch?

Heinrich-Bauer-Verlag, Hamburg:
Angeblich sollte die geplante Stillegung in der Technik des Heinrich-Bauer Verlags in Hamburg „garantiert" nicht vor Mitte 77 passieren. Inzwischen heißt es nur noch „in jedem Fall" bis März 77. – allerdings sieht es eher danach aus, als sollte sie „in jedem Fall" noch vor Ende des Jahres schließen.

In der Rotation haben in den letzten sechs Wochen ein gutes Dutzend Kollegen „selbst" gekündigt, in der Weiterverarbeitung einige Maschinenführer. Diese „freiwilligen" Kündigungen nahm die Personalabteilung ebenso „freizügig" an. In der Zylinderherstellung liegen neun Entlassungen der Geschäftsleitung im Rahmen des Sozialplans vor, die Abteilung soll in den nächsten Tagen dichtgemacht werden.

Noch Wochen vor ihrem möglichen Rausschmiss tappen die Kollegen im Dunkeln, obwohl der ganze Coup natürlich langfristig durchgeplant wurde.

Zusätzlich werden die Kollegen jetzt gegebenfalls noch um Teile des eh beschissenen Sozialplans gebracht werden. Dauert die Beschäftigung nicht bis ins nächste Jahr hinein, so kostet das jeden Kollegen 550,- bis 1 500,- DM (die ihm vom Sozialplan her flöten gingen).

Auch der Betriebsrat scheint zumindest völlig im Leeren zu tappen. Nur einzelnen Kollegen gegenüber gibt es mal vage Prognosen, daß bei dem Kündigungstempo sicher bald Schluß sei.

Die Hinhaltepolitik der Kapitalisten, der die Kollegen Stück um Stück überrumpeln will, muß jetzt Einhalt geboten werden.

Bauer-Zelle
KB/ Gruppe Hamburg

Bertelsmann-Konzern kauft ein

Die Konzentration der BRD-Presse- und Druckbetriebe geht in Riesenschritten weiter. Nach Springers Einstieg in den „Münchner Zeitungs Verlag" meldete die bürgerliche Presse Mitte September eine der „umfangreichsten Transaktionen der deutschen Druckbranche". Der Bertelsmann Konzern verleibt sich zwei Tiefdruckereien der Weitpert-Gruppe ein, die Belser GmbH und Co KG in Stuttgart mit 650 Beschäftigten zu 100 %, sowie Maul und Co. in Nürnberg mit 1.000 Beschäftigten zu 75 %, die restlichen 25 % gehören dem gleichzeitig größten Kunden, dem Schickedanz-Konzern (Versandhaus Quelle).

Der dritte Weitpert-Großbetrieb, das Druckhaus Tempelhof in Westberlin ist vom Verkauf ausgenommen, hier kursieren weiter die Gerüchte einer endgültigen Stillegung, die bislang durch die Kampfkraft der Belegschaft verhindert werden konnte. Doch vor Stillegungen sind auch die anderen beiden Betriebe nicht sicher, gab es doch bislang keine bekannte Konzentration in diesem Industriezweig, der nicht erhebliche Rationalisierungen bis hin zu Totalstillegungen gefolgt wären. Darauf weist auch die Nichtinformation der Belegschaften und der Betriebsräte hin, die den Verkauf erst aus der Presse erfuhren.

Eine Einschaltung des Kartellamtes ist ebenfalls noch im Gespräch, doch dem halten die Bertelsmann-Kapitalisten ihre in solchen Fällen übliche Geschwätz von der Sicherung der 1.650 Arbeitsplätze durch den Verkauf vor. Von dieser Seite wird mit Schwierigkeiten also nicht zu rechnen sein. Somit ist ein weiterer Schritt zur totalen Monopolisierung des Presse- und Druckbereiches getan.

Branchenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

Umschulung zum Arbeitslosen?

Hamburg: Kommt man als Umschüler, ob nun von der Landes- oder Bundesversicherungsanstalt (d.h. Umschulung aus gesundheitlichen Gründen) oder vom Arbeitsamt zur „Technischen Fachschule Heinze" in Hamburg, um einen neuen Beruf erlernen zu „dürfen", so hat man die berüchtigten Idiotentests und „Beratungen" schon hinter sich. Und so werden dann aus Tischlern, Maurern usw. jeglichen Alters Zeichner (Bau-Techniker, Technische Zeichner) gemacht, nur ausgesucht hat sich diesen Beruf so gut wie keiner. Wer von außerhalb kommt, wird für die eineinhalb Jahre (eine „normale" Lehre dauert dreieinhalb Jahre) in von der Schule vermittelte Räumlichkeiten eingewiesen, ohne irgendeinen Einfluß darauf zu haben. Viele der Kolleginnen und Kollegen haben Familie und Kinder, doch es gibt nur einen freien Heimfahrtswochentag pro Monat. In der Schule
gibt nur einen freien Heimfahrtswochentag pro Monat. In der Schule
selbst fühlt man sich in eine vierte Klasse des vorigen Jahrhunderts versetzt, jedenfalls was „Zucht und Ordnung" angeht: Eintragen ins Klassenbuch bei Zuspätkommen von ein oder zwei Minuten, Abzug von nicht ärztlich attestierten Fehltagen von der finanziellen Unterstützung, Austreten während des Unterrichts ist „unerwünscht", Sechsen gibt es für nicht gemachte Hausaufgaben, Nachklausuren wegen Krankheit etc. werden in der schulfreien Zeit geschrieben usw. usf. Das übelste aber ist der ungeheure Streß, bedingt durch extreme Verkürzung der Ausbildungszeit, durch Hausaufgaben, große Anzahl von Lehrfächern, z.T. blödsinniges Führen von Kollegheften, ca. 20 Klausuren pro Semester, so daß sich eine Arbeitsbelastung von mindestens zehn Stunden pro Tag ergibt, in Klausurzeiten entsprechend mehr.

Dazu ist jedem bekannt, daß nur
Klausurzeiten entsprechend mehr.
Dazu ist jedem bekannt, daß nur
ein kleiner Teil Aussicht auf einen späteren Job im neuen Beruf hat. Doch „selbstverschuldetes" Nichterreichen des Lernzieles oder ein Abbruch ist mit der zwangsweisen Rückerstattung des Schul- und Unterhaltsgeldes verbunden, was nach einem Jahr ca. 15.000 DM ausmacht. Dies alles trägt dazu bei, daß zumindest heute der Protest gegen die vorhandenen Mißstände äußerst gering ist, daß viele Kolleginnen und Kollegen trotz geringster Aussichten lieber büffeln und den Mund halten. So werden den Kapitalisten für die wenigen Arbeitsplätze nur die besten und dazu noch willigsten Kollegen präsentiert. Der Rest tritt dann wieder den Gang zum Arbeitsamt an, bekommt vielleicht nochmal 'nen Job im alten Beruf oder wird Hilfsarbeiter.

Ein Umschülergenosse
KB/Gruppe Hamburg

Ein Umschülergenosse
KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Führung will die geplanten Ausschlüsse totschweigen

Hamburg:
Noch immer hat sich der DruPa-Hauptvorstand nicht offiziell zu den mittlerweile über drei Monate alten Ausschlußanträgen gegen insgesamt 11 fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg geäußert. Auf Briefe der Betroffenen, in denen endlich Klarheit gefordert wird, gab es bislang keine Antworten. Hier könnte der Hauptvorstand ja auch schlecht den Unwissenden spielen, der von nichts weiß, wie er es gegenüber Protesten aus anderen Städten und Betrieben machte. Diese angebliche Unwissenheit und die Rauszögerung sind offensichtlich auf die von der DruPa-Führung nicht erwartete Breite der Proteste gegen die Ausschlußanträge zurückzuführen. In der Erwartung, daß die Proteste abebben und die Sache in Vergessenheit gerät, spielt die DruPa-Führung erst einmal den Unwissenden bzw. schweigt sich aus, um sich die Dinge offen zu halten. Doch die örtlichen DruPa-Fürsten versuchen teilweise schon jetzt Tatsachen zu schaffen. In Westberlin wurde die zentrale DruPa-Jugendgruppe aufgelöst, wegen Teilnahme des vom Ausschluß bedrohten Kollegen J. Meyer. Dies verstößt selbst gegen die DruPa-Satzung, nach der die Mitgliedsrechte erst nach der Entscheidung der ersten Instanz ruhen, und das wäre die Entscheidung des Hauptvorstandes, der sich noch ausschweigt.

In Hamburg wurde den bedrohten Kolleginnen und Kollegen satzungsgemäß die Teilnahme an der letzten Deligiertenversammlung zugestanden.

Mitglieder der Westberliner DruPa Jugendgruppe beabsichtigen gegen die widerrechtliche Auflösung gerichtliche Schritte einzuleiten.

Doch auch in Hamburg wird getrickst. So erfuhr einer der betroffenen Kollegen durch seinen betrieblichen DruPa-Kassierer, daß er auf der neuen Abrechnungsliste ab 8/76 als „Abgang", d.h. als Nichtmitglied geführt wird. Auf entsprechende Rückfrage beim Ortsverein war lediglich zu erfahren, daß jemand der EDV-Anlage die entsprechenden Order gegeben haben muß. Wer und warum war nicht zu erfahren. Anderen Betroffenen wird der nicht gerade geringe DruPa-Mitgliedsbeitrag nach wie vor vom Konto abgebucht. Es gilt der oben umrissenen Taktik der DruPa-Führung einen Strich durch die Rechnung zu machen. Gerade die DruPa-Linke der gesamten BRD darf sich nicht einlullen lassen, sondern muß im Gegenteil den Protest weiterführen und verstärken, was in erster Linie heißt, die Zusammenarbeit und die Auseinandersetzung innerhalb der DruPa-Linken verstärkt aufzunehmen und auszubauen.

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

DruPa-Führer ziehen gegen „KPD"-Mitglied vor Gericht

Stuttgart:
Während des Druckerstreiks fanden in fast allen großen Druckzentren häufig Streikversammlungen statt. Auf einer solchen Versammlung in Stuttgart meldete sich eine Rednerin zu Wort, die es sich in ihrer Rede nicht nehmen ließ, neben ihrer IG-MetallMitgliedschaft auch ihre „KPD"-Mitgliedschaft herauszuposaunen, und den Kolleginnen und Kollegen großspurig die uneingeschränkte Unterstützung der „KPD" anzubieten. Ähnliche Reden dieser „Führer der Arbeiterklasse" wird es auch in anderen Versammlungen gegeben haben, doch in diesem Fall ließ die örtliche DruPa-Führung die Kollegin unter Hinweis auf den „Radikalenerlaß" und der schweinischen Erklärung „Solidarität von Nichtmitgliedern sei nicht erwünscht", aus dem Saal schleifen und die Treppe runterwerfen. Dort wurde sie von herbei gerufenen Polizisten festgenommen und bekam außerdem ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch (!).

Dieser saudummen Anklage konnte jedoch nicht einmal die Staatsanwaltschaft folgen, und stellte das Verfahren ein. Allerdings steht zu befürchten, daß die DruPa-Führung über ihre politischen Freunde in der IG Metall ein Ausschlußverfahren anstrengen werden, um so doch ihr „Recht" zu bekommen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Das hört man gern:

Westberlin:
Ärger bekam kürzlich der Vorsitzende der (inzwischen aufgelösten) Westberliner zentralen DruPa-Jugendgruppe H. Schmider (SEW). Grund der Auflösung war die Solidarität der Jugendgruppe mit dem vom Ausschluß bedrohten J. Meyer, sowie dessen weitere Teilnahme an den Sitzungen. Die verabschiedete Solidaritätadresse wurde ohne Schmiders Wissen auch an den DruPa-Hauptvorstand geschickt. Nichtsahnend fuhr Schmider, der für die Auflösung der Jugendgruppe sowie dem Ausschlußantrag gegen Meyer mitverantwortlich war, zu einer DruPa-Jugendausschußsitzung. Dort kam dann wutschnaubend der DruPa-Vorsitzende Mahlein auf ihn zu, knallte die Resolution auf den Tisch und schrie ihn an, ob sie in Westberlin verrückt geworden seien. Und dabei trifft unseren armen „Revi" doch gar keine Schuld, hat er doch alles getan, die Solidarität zu verhindern bis hin zur Auflösung der Jugendgruppe. Tja, er hat es schon schwer mit den „Chaoten" und dann auch noch den Rüffel von Loni. Die aktiven Kollegen sollten den leidgeplagten „Kollegen" seiner Lasten entledigen und ihre Arbeit ohne diesen Ballast konsequent weiterführen.

Ein Lehrlingsgenosse

Gleich zu gleich gesellt sich gern

Das faschistische Schah-Regime und der Springer-Konzern waren die ersten Angriffspunkte der Studentenrevolte. Vor Gericht kam jetzt heraus, daß beides vielleicht schon bald dasselbe sind. Springer beauftragte einen Mittelsmann, mit dem Schah über einen finanziellen Einstieg in den Verlagskonzern zu verhandeln. Das ganze sollte natürlich unter dem Mantel der Verschwiegenheit stattfinden. Doch offensichtlich wollte Springer das Geld für den Mittelsmann sparen, was diesen wiederum veranlaßte, vor Gericht zu ziehen und damit die ganze Geschichte ans Tageslicht zu bringen. Vor dem zweiten Zivilsenat des Westberliner Kammergerichts klagt der Kaufmann A. Specht gegen den Springer-Verlag um eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 700.000 DM. Springer hingegen bestreitet alles, zahlte Specht jedoch kurz vor Prozeßtermin 23.000 DM – aus Großmut? Laut Specht ist klar, daß Springer die Sache abstreiten würde, da auch die Beteiligung des Schahs nicht offen, sondern über ein Schweizer Bankenpool geplant war. Im August sei Springer deshalb auch
würde, da auch die Beteiligung des Schahs nicht offen, sondern über ein Schweizer Bankenpool geplant war. Im August sei Springer deshalb auch
persönlich in die Schweiz gereist, der Schah konnte jedoch wegen innenpolitischer Schwierigkeiten nicht kommen. Der nächste Prozeßtermin, der wiederum interessant zu werden verspricht, ist am 25. Oktober. (Information nach „ID" 140/41)

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Die Frau als „variable Größe"

Giradet/Essen. Schon seit einiger Zeit stellt Giradet Frauen mit befristeten Arbeitsverträgen für drei und sechs Monate in der Fertigmacherei ein. Und dies mit Unterstützung des Arbeitsamtes, das Fachkräfte wie z.B. Fotolaborantinnen oder Kosmetikerinnen unter der Drohung, das Arbeitslosengeld zu sperren, zur Annahme der stumpfsinnigen und schlechtbezahlten (Lohngruppe 2) Schichtarbeit zwang.

Wie planmäßig die Kapitalisten die Frauen hier mißbrauchen, zeigen die jüngsten Ereignisse: Zehn Frauen aus der Fertigmacherei wurden entlassen, weitere sollen folgen. Diesen Entlassungen ging eine Kurzarbeitszeit voraus. Die Frauen wurden nach Hause geschickt und bekamen nur die Hälfte des ihnen zustehenden Lohnes. Gefährden die Giradet-Kapitalisten hiermit die Existenz der Frauen und ihrer Familien, so lassen sie sich bei der Verhinderung der Solidarität mit den Entlassenen nicht lumpen. Die zehn Frauen bekamen während der Kündigungsfrist voll bezahlt, brauchten aber nicht zur Schicht zu erscheinen. So wurde dieses Gaunerstück ziemlich lautlos über die Bühne gezogen, wie auch das nächste schon in Vorbereitung ist.

Broschek Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief:

Frauen in der Druckindustrie

Vereinigte CeWe Color, Hamburg

Die Firma Vereinigte CeWe Color ist ein Zusammenschluß der Firmen Kodak und Agfa. Dort werden Filme entwickelt etc.

Von den 220 Belegschaftsmitgliedern sind ca. 200 Frauen. Die Männer sind meist in leitenden Positionen, wenn nicht, dann verdienen sie zumindest mehr als die Frauen. Die Frauen sind in Lohngruppe III (Druckindustrie) und bringen DM 1.111,– brutto mit nach Hause.

Ich möchte einmal berichten, welchen Schikanen wir ausgesetzt sind und wie man immer wieder versucht, uns unten zu halten.

Frindte heißt unser Hauptabteilungsleiter. Er ist ca. 30 Jahre alt und war im Offiziersrang bei der Bundeswehr. Er zeichnet sich auch heute noch durch seinen Kommißton aus - gegenüber den Frauen ist er ein Schwein. Sprüche wie: „Ihr seid keine Frauen - sondern alle Miezen" sind bei ihm an der Tagesordnung. Zu Frauen ist er nur dann nett, wenn er mit ihnen ins Bett gehen will, was er auch reichlich nutzt.

Wir Frauen sollen durch ständige Schikanen eingeschüchtert werden: So sollten vor einiger Zeit ca. 100 Frauen, die Kinder haben, folgende Erklärung unterschreiben: Hiermit bestätige ich, daß mein Kind nicht wieder krank wird und ich deswegen nicht von der Arbeit fernzubleiben brauche. Andererseits muß ich damit rechnen, daß ich gekündigt werde. !

Aus diesem Grunde sind auch schon Kündigungen ausgesprochen worden!!

Diesen Wisch, der sogar gegen alle jetzt bestehenden Rechte verstößt, haben fast alle Frauen bis auf wenige Ausnahmen aus Angst um ihren Arbeitsplatz unterschrieben. Da die Geschäftsleitung von der absoluten Unzulässigkeit weiß, hat sie auch niemandem erlaubt, die Zettel mit aus dem Raum des Abteilungsleiters herauszunehmen.

In der Tarifrunde, als die Drucker-Kollegen gestreikt haben, kam Frindte in die Abteilungen und hat die Frauen gefragt, ob sie nicht damit zufrieden seien, wenn sie 1 % Lohnerhöhung bekommen würden.

Es gibt zwar einen Betriebsrat bei uns, den wir aber wenig hören und sehen. Betriebsversammlungen finden praktisch nicht statt. Dazu hat die BR-Vorsitzende zu wenig Zeit. Aber nach Weihnachten soll 's losgehen. Das ist uns bislang jedes Jahr versprochen worden.

Dabei gäbe es viel zu sagen zu den Problemend der Frauen auf einer solchen Betriebsversammlung, abgesehen davon, daß diese im Betriebsverfassungsgesetz zwingend alle Vierteljahr vorgeschrieben sind.

Zuerst zu unseren Arbeitsbedingungen; Die meisten Frauen arbeiten in Labors. Dort ist es den ganzen Tag dunkel. Jetzt können wir die Fenster auch nicht mehr richtig zum Lüften öffnen, weil dort Ketten angebracht worden sind (damit sie nicht kaputt gehen können!)

Zusätzlich zu 20 Minuten Frühstück und 35 Minuten Mittag wurde den Frauen jetzt 5 Minuten Rauchpause am Tag zugestanden. (Die sollen wir uns gut einteilen.)

Rauchen müssen wir auf dem Klo, da die Cafeteria, wo wir sonst rauchen konnten, nach 2 Monaten bereits wieder dichtgemacht wurde. Angeblich hielten wir uns dort zu lange auf!

Wir arbeiten im Sommer 43 Stunden in der Woche - im Winter 38, damit die Urlaubsfilme auch ja entwickelt werden. Zusätzlich ist natürlich Urlaubsstopp vom 1.6. – 30.9. Vor Weihnachten werden regelmäßig Frauen entlassen und später wieder eingestellt.

Die Arbeitsleistung der Frauen wird total überwacht. Nehmen wir z.B. die Arbeit an einer Entwicklungsmaschine für Bilder (Printer): Morgens bekommt die Arbeiterin eine bestimmte Anzahl von Filmen vom Abteilungsleiter zugeteilt. Es gibt einen Mindestsatz in der Stunde, den man schaffen muß.

Automatisch beim Belichten fängt eine Stoppuhr an zu laufen und stoppt, bis man das Negativ rauszieht. Das geht immer so weiter. Abends wird das Tagespensum noch einmal durchgezählt. Darüberhinaus müssen die Frauen noch 3 Arbeitsnachweise pro Tag ausschreiben. Wenn man die vorgegebene Stückzahl nicht schafft, wird man sehr schnell verwarnt (...,„müssen wir uns leider von Ihnen trennen").

Die Frauen können bis zu 20% mehr Lohn erschuften, darüberhinaus wird nicht bezahlt.

Viele Frauen sind eingeschüchtert und wagen zu diesen Arbeitsbedingungen und Schikanen nichts zu sagen. Viele haben Kinder und sind finanziell auf den Arbeitsplatz angewiesen.

Und der BR? Die Vorsitzende ist im Außendienst tätig und hat nur einmal in der Woche eine Stunde Sprechstunde, davon gehen noch 20 Minuten Frühstück ab.

Über Aktivitäten gegen die z.T. kriminellen Methoden der Geschäftsleitung ist uns nichts weiter bekannt.

Die Frauen sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Von den hauptberuflichen „Gewerkschaftern" hat sich auch noch keiner bei uns sehen lassen.

Veränderungen werden wir auch dann erst erreichen, wenn die Frauen sich zusammentun, um gemeinsam ihre Interessen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten. So wie bisher darf es jedenfalls nicht weitergehen.

Nach dem Bericht einer Kollegin von CeWe Color

CHEMIE

IG Chemie Gewerkschaftstag

Außer Spesen nichts gewesen

Am 24. September ist der IG Chemie-Gewerkschaftstag in Hamburg zu Ende gegangen. Der Kongress wurde einen Tag eher beendet als ursprünglich vorgesehen.

Auf der Tagesordnung standen die Geschäftsberichte des Hauptvorstandes, Neuwahlen des Vorstands sowie 330 Anträge satzungsändernder und allgemein gewerkschaftspolitischer Art. Vor allem aber stand der Gewerkschaftstag ganz im Zeichen des Bundestags-Wahlkampfes. Allein am 19. September sprachen auf der Eröffnungsveranstaltung fünf Parteipolitiker: u.a. Schmidt und Koschnik von der SPD, Müller vom CDU-Vorstand sowie Kirst von der FDP. Im weiteren Verlauf des Gewerkschaftstages sprachen dann noch die Bundesminister Friderichs und Apel, sowie der Hamburger Innensenator Staak.

Mit diesen ganzen Wahlreden ist eine ungeheure Zeit vertrödelt worden, die bei der Beratung der Anträge nachher fehlte. Das störte allerdings die Gewerkschaftsführer nicht, den Kongress auch noch einen Tag eher abzubrechen als vorgesehen war. **(Tatsächlich wurden von den sechs Tagen ganze 13 Stunden (!) über die Anträge „diskutiert"**. So ist es auch kein Wunder, daß alle Anträge, bis auf einen, in der Form angenommen wurden, wie sie die Antragskommission vorgeschlagen hat!



Die Abstimmungs-Maschinerie rollt. Für die „Behandlung" der 330 Anträge waren genau 13 Stunden von insgesamt sechs Tagen notwendig.

Bekanntlich geht die Antragskommission alle Anträge durch und gibt den Delegierten ihre Empfehlung (d.h. die Meinung des Hauptvorstandes) wie diese abzustimmen haben. In dieser Antragskommission sitzen bezeichnenderweise so bekannte Kommunisten-Jäger, wie der Gewerkschaftsführer Walter Holst, Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hamburg.

Bezeichnend ist auch die Zusammensetzung des Gewerkschaftstages (und insofern können einen die Beschlüsse dieser Leute auch nicht wundern): 95 Delegierte (22.1 %) waren hauptamtliche Sekretäre der Gewerkschaft. Von den übrigen sogenannten „betriebstätigen" Delegierten sind 230 (!) freigestellte Betriebsratsvorsitzende bzw. freigestellte Betriebsratsmitglieder. Lediglich 25 sind „einfache" Betriebsratsmitglieder und ebenfalls 25 Kollegen sind Vertrauensleute (das sind ganze 5,8 % des Gewerkschaftstages!).

Man sieht also: eine hübsche Gesellschaft, die sich da versammelt hat, um über die Köpfe der Mitglieder hinweg Politik zu machen. Übrigens waren von den 430 Delegierten 376 (87,4 %) Männer und nur 54 (12,6 %) Frauen.

Wir wollen hier nur auf die wichtigsten Aspekte des Gewerkschaftstages eingehen. In den nächsten Ausgaben unserer Zeitung werden wir eine Analyse der Entwicklung der IG Chemie in den letzten Jahren vornehmen, um die Entwicklungsrichtung dieser Gewerkschaft bestimmen zu können.

Mitglieder interessieren nur als zahlende Mitglieder

Die zweifellos für alle Mitglieder einschneidenste Maßnahme des Gewerkschaftstages ist die Neuregelung der Beiträge. Der Gewerkschaftstag hat beschlossen, daß jedes Mitglied 1 % seines effektiven Bruttolohnes an die Gewerkschaft abführen muß. Das bedeutet für die meisten Kollegen eine Beitragserhöhung von 50-100 %! Bereits in den letzten Jahren ist von der Gewerkschaftsführung eine Beitragserhöhungskampagne gelaufen, wobei mit der Drohung des Gewerkschaftsausschlusses den Kollegen höhere Beiträge abgepreßt wurden. Viele Mitglieder haben daraus die Konsequenz gezogen und sind aus der Gewerkschaft ausgetreten, allein bei Beiersdorf in Hamburg 300 Kollegen (etwa 10 % der Kollegenschaft). Die Gewerkschaftsführer kalkulieren solche Austrittsbewegungen durchaus mit ein, denn nach den Beitragserhöhungen fließt auch dann noch mehr Geld in ihre Kassen, auch wenn eine ganze Reihe von Mitgliedern das Handtuch schmeißt. Außerdem lassen die Gewerkschaftsführer gleichzeitig mit der Beitragskampagne eine Mitgliederwerbeaktion anlaufen, die „Aktion 77", die den „Schwund" an Mitgliedern wieder ausgleichen soll. Die Gewerkschaftsführer haben es relativ leicht, die höhren Beiträge abzukassieren, da von den ca. 640.000 Mitgliedern bereits heute 400.000 Mitglieder ihren Beitrag vom Gehaltskonto abbuchen lassen. Spätestens nach der nächsten Tariferhöhung werden sie ohne die Mitglieder zu befragen, einfach einen entsprechend höheren Beitrag abbuchen. **Auch ohne die jetzt breit anlaufende Kampage sind die Einnahmen der Gewerkschaftsführer von 1972 (= 54,012 Mio. DM) bis 1975 (= (= 77,149 Mio. DM) um 51,5 % (!) gestiegen.** Von den insgesamt in den Jahren 1972-1975 eingenommenen 234,9 Mio. DM sind nur 6,3 % für Tarifarbeit und Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit ausgegeben worden. Weitere 15,6 % sind für Konferenzen, Bildungsarbeit, Werbung und Publikationen draufgegangen; für Unterstützung (worunter auch Streikgelder fallen) waren 7,6 % über, dafür wurden 14,9 % an andere Organisationen (DGB) überwiesen. Den größten Posten in der Abrechnung machen die Personalkosten aus, mit 36,8 %. Die letzten 16 % wurden aufgewendet, um den Gewerkschaftsführern Reisekosten, Spesen etc. zu bezahlen. **D.h. für die hauptamtliche Tätigkeit der Gewerkschaftsführung wurden 52,8 % der Beiträge der Mitglieder aufgewendet.** Und diese Beiträge reichen diesen Herren noch nicht. Darum gilt es, daß zu der anstehenden Beitragskampagne der Kampf dagegen organisiert werden muß. Die auf dem Gewerkschaftstag vertretene Linke hat zu dem Thema Beitragsfragen vollständig geschwiegen.

Ausschlüsse – kein Thema für den Gewerkschaftstag

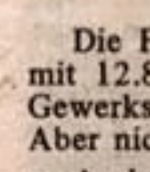
Laut Geschäftsbericht des Hauptvorstandes **sind von 1972-1975 insgesamt 569 (!) Mitglieder ausgeschlossen worden.** Damit steht die IG Chemie (abgesehen von der GEW) mal wieder an der Spitze aller DGB-Gewerkschaften (zum Vergleich: die ÖTV mit wesentlich mehr Mitgliedern hatte 400 Ausschlüsse). 275 Mitglieder wurden ausgeschlossen wegen Kandidatur auf einer „gegnerischen Liste" anlaßlich der Betriebsratswahlen, 41 Mitglieder wegen „Zusammenarbeit mit gegnerischen Organisationen", und 28 wegen Verteilung von Flugblättern mit „gewerkschaftsschädigendem Inhalt". Weitere 54 Mitglieder wegen Verweigerung von „Beitragsangleichungen". 166 schließlich sollen wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden sein. **Bei diesen Zahlen fehlen die zahlreichen Ausschlüsse wegen mangelnder Beitragszahlung, die die Gewerkschaftsführung als „Kündigung der Mitgliedschaft" seitens des Mitgliedes einstuft.**

Zu dieser erschreckenden Entwicklung in der IG Chemie ist nicht ein Wort der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag gefallen. Kein Delegierter ist darauf eingegangen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften parallel zu den Berufsverboten im Öffentlichen Dienst zu sehen sind und daß mit den Ausschlüssen linker Kollegen in aller Regel die indirekte Aufforderung an die Kapitalisten verbunden ist, die Betroffenen nach allen Regeln der Kunst ferig zu machen.

Mittlerweile laufen auch bereits die ersten Ausschlußverfahren gegen SPD-Mitglieder. Wie wir im letzten AK berichteten, ist gegen sechs Kollegen des Frankfurter Hauptwerks der Hoechst AG Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil diese Kollegen es wagten, zusammen mit anderen Gewerkschaftern in einem Flugblatt die Politik des Betriebsratsvorsitzenden R. Brand (der auch Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie ist) zu kritisieren. Unter diesen sechs Kollgen befinden sich drei SPD-Mitglieder! Obwohl diese Kollegen auf dem Gewerkschaftstag eine Dokumentation ihres Falles verteilten, erhob sich keine Stimme, um zu den Ausschlüssen Stellung zu nehmen. Lediglich bei den Wahlen zum Hauptvorstand erhielt der besagte BR-Vorsitzende Rolf Brand einen Denkzettel: im ersten Wahlgang erhielt er nicht die erforderlichen Stimmen, um gewählt zu werden. Stellenweise wurde Brand auch ausgebuht (!). Brand kandidierte dann einzweites Mal, diesmal aber mit einem direkten Gegenkandidaten. Dieser zweite Wahlgang brachte dann das gewünschte Ergebnis: Brand erhielt 212 Stimmen, der Gegenkandidat Hammes 184. Dieser Vorfall war im Grunde der einzige, der das wohlgeformte Gebäude des Hauptvorstandes leicht anzukratzen wagte.

Kritik an der Tarifpolitik wird abgewürgt

In zwei Anträgen wurde die Tarifpolitik des Hauptvorstandes in der Tarifrunde 1975 kritisiert. Es ging dabei darum, daß der Hauptvorstand während der letzten Tarifrunde zentrale Verhandlungen mit den Chemie-Kapitalisten geführt und auch zentral abgeschlossen hat, ohne vorher weder die Vertrauensleute noch die Tairfkommissionen zu befragen. Der Hauptvorstand hat sich dann nachträglich die Zustimmung von den Tairfkommissionen geholt. Nun wurde von der Antragskommission die Ablehnung der Kritik empfohlen, mit der „Begründung", in der Tarifrunde wäre alles satzungsmäßig verlaufen. Nachdem noch ein Darmstädter Delegierter für den Antrag gesprochen hat, mit der Begründung, daß zentrale Verhandlungen ohne vorheriges Befragen der Tarifkommissionen nicht statthaft seien, sprach dann Kretschmer aus Mainz. Er stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung und behauptete, die Anträge dürften nicht mehr behandelt werden, weil *„Kritik an den Verhaltensweisen des Hauptvorstands nach der Geschäftsordnung bei der Debatte über den Geschäftsbericht unterzubringen ist"*, da dem Hauptvorstand bereits Entlastung erteilt wurde, dürfe man jetzt nicht mehr diskutieren. Darüber wurde abgestimmt und der Gewerkschaftstag nahm diesen Antrag gegen einige Gegenstimmen an. Hier wurden mit eiskalten Geschäftsordnungstricks zwei der wenigen kritischen Anträge einfach hinweggefegt.



Frauen

Die Frauen waren von Anfang an mit 12.8 % der Delegierten auf dem Gewerkschaftstag unterrepräsentiert. Aber nicht nur das zeigt, daß die Gewerkschaftsführung an Frauenthemen nicht interessiert ist. **So verließen etwa die Hälfte der Delegierten den Sitzungssaal, als die Aussprache über den Geschäftsbericht der „Abteilung Frauen beim Hauptvorstand" begann!**

Besonders die Anträge zu Frauenfragen wurden von der Antragskommission frech und selbstherrlich in ihr Gegenteil verkehrt. Zum § 218 lagen drei Anträge vor, die allesamt die ersatzlose Streichung des Paragraphen fordern. Die Antragskommission ersetzte die geforderte „ersatzlose Streichung" durch die Forderung nach Fristenlösung. Begründung: *„Wir haben uns schon immer für die Fristenlösung ausgesprochen"*.

Ein Delegierter kritisierte das Vorgehen der Antragskommission, sich mit ihrer „Empfehlung" einfach über die Absichten der Antragsteller hinwegzusetzen. Die Debatte zum § 218 war insgesamt die lebhafteste des Gewerkschaftstages, wobei sich die Mehrheit der Diskussionsredner für die „ersatzlose Streichung" einsetzte. Diese Debatte wurde dann allerdings wieder durch einen Geschäftsordnungsantrag abgeblockt.

In der anschließenden Abstimmung sprachen sich 209 Delegierte für die Fristenlösung aus, 171 dagegen.

In zwei weiteren Anträgen wurde die Weigerung von vielen Krankenhäusern, Abtreibungen überhaupt durchzuführen, kritisiert.

(Auf die Anträge die sich mit der Lage der Arbeiterinnen am Arbeitsplatz befassen, werden wir im nächsten AK eingehen, im Rahmen eines Artikels über die Lage der Frauen in der chemischen Industrie.

Ebenfalls werden wir die Frage **der Jugend noch in gesonderten Artikeln behandeln).**

Dieser Gewerkschaftstag hat einmal mehr bewiesen, wie versumpft die IG Chemie ist. Forderungen der letzten Gewerkschaftstage nach Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien standen überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Stattdessen wurde laufend die enge Verbundenheit mit dem hiesigen Staatsapparat und insbesondere mit der SPD betont. Vögeln wie Friderichs, Apel und Schmidt, die die Sparpolitik, Lohnleitlinien etc. zu verantworten haben, wurde jede Menge Redezeit eingeräumt, die Problme der Kollegen fielen dabei unter den Tisch. Und es zeichnet sich ab, daß sich durch den Ausschluß-Terror der Vorstände auch noch die letzten oppositionellen Kollegen noch zum Schweigen bringen lassen.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Mineralölkonzerne: Gewinn mit Verlust

Die sieben größten internationalen Ölkonzerne gaben im September ihre Profite für das erste Halbjahr 1976 in mehreren bürgerlichen Zeitungen bekannt. Der nachstehenden Tabelle sind die Halbjahresprofite 1976 im Vergleich zu 1975 und die Veränderung in Prozent zu entnehmen (Zahlen sind in Millionen DM angegeben.).

Konzern:	1. Hälfte 1975	1. Hälfte 1976	Veränderung
Exxon	3.042	3.339	+ 9,8
Shell	2.056	2.638	+28,3
Texaco	902	1.071	+18,7
Gulf	895	1.023	+14,3
Mobil Oil	963	1.076	+11,7
Socal (Chevron)	902	978	+ 8,4
BP	358	323	– 9,8
	9.118	10.448	+14,6

Zusammengenommen sackten allein diese sieben Konzerne im ersten Halbjahr 1976 über 10 Milliarden DM ausgewiesenen (!) Profit ein. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 15 %. Unstreitig ist, daß diese Zahlen nicht den tatsächlichen Profit wiedergeben, weil neben Bilanzmanipulationen über Bewertungsfreiheiten, Rücklagenbildung usw., die den Kapitalisten vorbehalten sind, gerade den Ölmonopolisten der USA gravierende Manipulationen gesetzlich garantiert wurden. So zahlen sie an die arabischen Förderstaaten einen ausgehandelten und der Öffentlichkeit präsentierten Rohölpreis, von dem sie nach Bezahlung des Rohöls annähernd 50 % von den arabischen Staaten wieder zurückerhalten. Dieses Verfahren wurde mit den arabischen Staaten vertraglich vereinbart. Die Ausschüttung, so das Steuerabkommen mit dem US-Staat, wird nicht als Profit in den Bilanzen ausgewiesen. Der ursprüngliche „unechte" Rohölpreis erscheint in den veröffentlichten Jahresabschlüssen als Kosten der Rohölbeschaffung. Der zurückerstattete Betrag geht als nicht zu versteuernder Bargeldzufluß in der Bilanz unter. Die 15prozentige Profitsteigerung zeigt demnach die Spitze des Eisberges, mehr nicht.

Da die US-Ölkonzerne den europäischen Energiemarkt beherrschen, ist ein großer Teil dieses Profitzuwachses aus der europäischen Arbeiterklasse herausgepreßt worden. Nach dem Ausbeutungsschub in der sogenannten Ölkrise 1973 setzten ständige Preissteigerungen auf dem Energiesektor den eingeschlagenen Weg fort. In der Rechtfertigungspropaganda der Konzerne stehen angebliche Verluste bei den Mineralölprodukten obenan. Dazu schreibt das „Handelsblatt" in einem Bericht vom 6.9.76: *„daß (es) darüber hinaus in einigen Wochen möglich sein wird, erneut Preiserhöhungen zu initiieren. Der Grund für diese Aktivitäten liegt nicht zuletzt darin, daß bei einem Einfuhrpreis des Rohöls frei Grenze*

Grund für diese Aktivitäten liegt nicht zuletzt darin, daß bei einem Einfuhrpreis des Rohöls frei Grenze

von rd. 240 DM bei den Mineralölprodukten immer noch Verluste gemacht werden. Allerdings hat sich die Verlustsituation gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres erheblich gebessert. 1975 lag der Verlust – je nach Gesellschaft unterschiedlich – zwischen 20 und 28 DM, zur Zeit etwa zwischen 8 und 12 DM je t."

Der Einfuhrpreis frei Grenze von 240 DM pro Tonne ist bezeichnenderweise der Preis, den die europäischen Tochtergesellschaften ihren eigenen Muttergesellschaften aus den USA zu zahlen haben, denn nur sie haben den Zugriff auf die arabischen Ölfelder und bieten das Rohöl ihren Tochtergesellschaften an. Wenn sie – wie zur Zeit – ihre Profite in den USA ansteigen lassen wollen, nehmen sie hohe Preise. So ist es wenig verwunderlich, daß in den USA steigende Profite ausgewiesen werden, während in Europa fortwährend 20 DM Verlust auf eine Tonne Mineralölprodukte kommen. Über diese Preismanipulation „beweisen" sie ständige Verluste in Europa und begründen damit Rationalisierungen und Preissteigerungen. Sie können des weiteren über diese Manipulationen Profite dort ausweisen, wo sie steuerlich am besten wegkommen und Investitionen planen. Nebenbei wird die internationale Verflechtung ihrer Außenkonzerne reichlich genutzt, um an Devisengeschäften zu verdienen.

Die Monopolprofite aus den Ländern, in denen die US-Ölkonzerne den Markt beherrschen, führt zu einer erhöhten Finanzkraft, die wegen des teils rückläufigen, teils stagnierenden Mineralölkonsums, (Ursache sind u.a., Sparapelle nach der „Ölkrise" und Umstrukturierung auf andere weniger krisenanfällige Energieträger), in diesen Bereich kaum noch für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt werden, allenfalls für Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Die derzeitige Kapazitätsauslastung der Raffinerien in der BRD liegt zwischen 65 und 68 % („Handelsblatt"). Da einerseits wenig in der angestammten Mineralölproduktion investiert wird, andererseits die Profite weiter gestiegen sind, entsteht ein hoher Finanzüberschuß, der jetzt woanders profitträchtig eingesetzt werden muß. Seit einigen Monaten kaufen die Ölmonopolisten deshalb ganze Betriebe und Kapitalanteile in energiefremden Bereichen auf. Dazu zählen Kaufhausketten, Kupfer- und Aluminiumwerke, Dienstleistungsunternehmen bis hin zu Banken. Hierüber haben wir bereits im AK 87 unter „Ölmonopolisten auf neuen Wegen" berichtet. Sie treiben damit die Kapitalakkumulation unter ihrer Herrschaft voran und verschärfen gleichzeitig den Konkurrenzkampf in anderen Industriebereichen. Die Auswirkung muß erneut eine stärkere Ausbeutung der Arbeiterklasse sein.

Europäische Konzerne wehren sich

Der westdeutsche Energiekonzern Veba, an dem der Bund mit 40 % Hauptaktionär ist, profitierte ebenfalls von Rationalisierungen und steigenden Preisen der Energieträger. Der Veba-Profit stieg im ersten Halbjahr 1976 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr um 28 % auf 435 Millionen DM. Daran wird sich auch am ehesten messen lassen, welche Steigerungsraten die US-Konzerne in der BRD hatten.

Allein jedoch zu schwach, um sich gegen die Vorherrschaft der US-Konzerne stemmen zu können, hat die Veba in einem Kartell mehrerer europäischer, zum Teil staatlicher, Ölkonzerne einen Vorstoß bei der Brüsseler Kommission unternommen, um günstigere Bedingungen für europäische Konzerne zu schaffen. *„An dieser Aktion sind neben der deutschen Veba, die belgische Petrofina, die bei-*

Konzerne zu schaffen. *„An dieser Aktion sind neben der deutschen Veba, die belgische Petrofina, die bei-*

den französischen Gesellschaften ELF-Aquitaine und Compagnie Francaise des Petroles (CPF) sowie die italienische Eni beteiligt" („Frankfurter Rundschau", 15.9.).

In einem der Kommission überreichten Memorandum sind Vorschläge für eine Zusammenarbeit untereinander formuliert. Die Details des Memorandums gelten als vertraulich. Allgemein wurde veröffentlicht, die fünf Unternehmen wollten insbesondere eine bessere Abstimmung ihrer Pläne zum Kapazitätsausbau erreichen, eine gemeinsame Einfuhrpolitik verfolgen und ein gemeinsames Erdöl-Explorationsprogramm aufstellen, d.h. die Abhängigkeit von den US-Konzernen, die den europäischen Markt im wesentlichen zu ihren Bedingungen mit Rohöl versorgen, abschütteln. Als Gegenleistung biete man eine bessere Transparenz des Erdölmarktes zur Veröffentlichung ihrer Rohölbezugspreise an. Ein weiterer Punkt, der den US-Konzernen peinlich werden könnte, auch wenn nur ein Viertel davon wahrgemacht werden sollte. Dieser Vorstoß, die Macht der europäischen Imperialisten auf Kosten der US-Konzerne auszudehnen, erzeugt sofort heftige Angriffe der US-Konzernspitzen.

„Die Töchter der internationalen Multis, wie beispielsweise Esso (Exxon) oder Shell, sehen in dem Vorstoß der fünf ‚nationalen' Gesellschaften den Versuch, gleichsam mit dem Segen der Brüsseler Kommission ein Regulierungssystem auf dem europäischen Mineralölmarkt aufzuziehen. Eine irgendwie geartete Regulierung, so die Befürchtung, könnte letztendlich Esso, Shell und anderen weltweit operierenden Gesellschaften einige Trümpfe aus der Hand nehmen" („Frankfurter Rundschau", 15.9.).

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Proteste gegen Sparpolitik in Krankenhäusern

BONN: In der Bonner Universitätsklinik traten Mitte September ca. 200 Ärzte in den Bummelstreik, um den SPD-Wirtschaftsminister Rau zu zwingen, seinen „Überstundenerlaß" wieder zurückzunehmen. Inhalt des Erlasses ist, daß jeder Arzt im Monat nur noch 80 Überstunden bezahlt bekommt. Wer länger arbeitet, soll mit Freizeit entschädigt werden. Mit ihrem „Dienst nach Vorschrift" wollten die Ärzte beweisen, daß es bei der momentanen Stellenplanung gar nicht ohne die bislang geleisteten Überstunden (pro Arzt rund 120 bis 160 Stunden im Monat!) geht. Freizeit für Mehrarbeit läßt sich zur Zeit praktisch an kaum einer Klinik durchführen.

Der Streik wurde am 17.9. mit einem Teilerfolg beendet, nachdem Rau erklärt hatte, daß Ausnahmen von der von ihm verfügten 80-Stunden-Regelung möglich sind. („FR", 18.9.76).

MARBURG: Gegen die weitere Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung wandten sich Mitarbeiter des Klinikums in Marburg auf einer von der ÖTV durchgeführten Informationsveranstaltung. Die in den letzten Monaten praktizierten „Strukturverbesserungen im Gesundheitswesen" beinhalten Sparmaßnahmen wie Personal- und Bettenabbau sowie verschärfte Arbeitsbedingungen für das klinische Personal („FR", 18.9.76). Urlaubs- und Krankheitsvertretungen, aber auch Nachtwachen werden nicht mehr genehmigt. Die Veranstaltungsteilnehmer forderten das Sozialministerium auf, die Patientenversorgung durch zusätzliche Planstellen statt durch Überstunden sicherzustellen!

HAMBURG: In Hamburg läuft zur Zeit eine Kampagne des Senats gegen

HAMBURG: In Hamburg läuft zur Zeit eine Kampagne des Senats gegen die Bereitschaftsdienste und Überstunden in den Krankenhäusern. In einem Behördenrundschreiben von Anfang August heißt es, daß es *„wegen der schlechten Haushaltslage im Jahr 1976" "nur noch möglich sein wird, 90 % der im Jahr 1975 geleisteten Überstunden durchzuführen und zu vergüten."* Überstunden sind „grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen". Für jede Überstunde ist jetzt eine besonders tüfftelige Begründung nötig, sonst wird nichts gezahlt. Außerdem: *„Allgemeine Begründungen wie Arbeitszeitverkürzung, Mehrarbeit (!) und Ähnliches können nicht anerkannt werden."* – Ja, was denn sonst noch?!

Nachdem sich dieser Plan in der Praxis als nicht durchführbar erwiesen hat und die Hamburger SPD wohl auch vor der Wahl einen größeren Protest vermeiden möchte, geht sie jetzt dazu über – bisher geschickterweise erst in einigen Krankenhäusern – mit windigen Begründungen die Bereitschaftsdienstverträge der Ärzte zu kündigen und sie kaltblütig in eine niedrigere Vergütungsgruppe einzustufen (z.B. von D nach B) bei unvermindert hoher Zahl von Einsätzen in den Bereitschaftsdiensten. Hiergegen ist von den Hamburger Krankenhausärzten entschiedener Protest zu erwarten.

BREMERHAVEN:
„Bis ins kleinste Detail" sollte das Krankenhaus Reinkenheide *„dem modernsten Stand im Krankenhauswesen"* entsprechen, kündigte die „Nordseezeitung" (NZ) bereits im Juli 1972 an. Rechtzeitig zur Bundestagswahl wurde dieses „technische Wunderwerk" fertig. Breit wurde von der SPD herausgestellt, wie die technischen Errungenschaften angeblich einen reibungslosen Arbeitsablauf garantieren und dem Pflegepersonal die Arbeit erleichtern, damit sie mehr Zeit für die Patienten haben.

Dazu sollte das Krankenhaus von Anfang an auch noch als großes „sozialdemokratisches Reformwerk" verkauft werden: *„Für Bremerhaven gilt das neue Krankenhaus als Modellfall, nachdem die Politiker beschlossen haben, in diesem neuen Haus ... die Aufteilung nach Pflegeklassen zu beseitigen."* (NZ, 19.10. 73).

SPD-Stadtverordneter Krams verstieg sich sogar dahin zu behaupten: *„Die ärztliche und pflegerische Versorgung muß für alle Bürger gleich optimal sein"* und haute fürchterlich auf die sozialdemokratische Pauke: *„Es kann nicht unsere Aufgabe sein,*

sorgung muß für alle Bürger gleich optimal sein" und haute fürchterlich auf die sozialdemokratische Pauke:

„Es kann nicht unsere Aufgabe sein, mit neunstelligen Beträgen aus Steuermitteln ein System zu stützen, in dem man sich auf der Basis wohlgefüllter privater Bankkonten eine vermeintlich größere Lebenschance erkaufen kann."

Seit Juni 76 ist das Krankenhaus jetzt in Betrieb und man „kann" plötzlich doch. Die Privatpatienten wurden kurzerhand in „Zuzahler" umgetauft. Sie haben das Recht auf ein Einzelzimmer und Essen nach Wahl. Aus einem Einzelzimmer darf der „Zuzahler" auch dann nicht verlegt werden, wenn der Platz für einen akut erkrankten oder sterbenden Patienten benötigt wird. Denen steht auch weiterhin nur das Badezimmer zu!

Rotstift angesetzt:

Geplant mit ursprünglich 1.200 Betten, wurde Rankenheide stillschweigend auf ein 824 Betten Krankenhaus reduziert.

Modernisierung und Technisierung werden wie in anderen Betrieben auch im Gesundheitsbereich als Vorwand für Personaleinsparungen grösseren Stils genommen. Fast alle Stationen sind in Reinkenheide total unterbesetzt, das Personal ist unbeschreiblichen Belastungen und Arbeitshetze ausgesetzt. Ständige Überstunden sind an der Tagesordnung, ein OP-Pfleger machte von Juni bis Anfang September 300 Überstunden! Die Auszubildenden sind voll in den Stationsdienst integriert, es ist keine Zeit vorhanden, sie auch nur im geringsten anzuleiten. Trotz aller Rennerei des Personals ist es nicht immer möglich, den Zeitplan einzuhalten. So kommt es vor, daß Medikamente, die vor dem Essen einzunehmen sind, aus Zeitmangel erst während oder nach dem Essen ausgegeben werden. Ein Patient schreibt in einem Leserbrief an die „NZ": *"... in den 15 Tagen meines Aufenthalts habe ich nicht erlebt, daß eine Schwester auch nur einmal fünf Minuten Zeit für einen Patienten hatte."*

Angesichts dieser Situation wirken sich die technischen „Errungenschaften" wie z.B. die „automatische Warenanlage", eher noch erschwerend und nervend dazu auf das Personal aus. Ist eine Essenkarte nicht richtig gelocht, gibt es kein Essen, ist das Stationspersonal nicht rechtzeitig am Band, ist das Band mit dem Essen weg.

Technische Fehlplanungen erschweren zusätzlich die Arbeit des

weg.
Technische Fehlplanungen erschweren zusätzlich die Arbeit des

Personals. So gibt es z.B. keinen extra Fahrstuhl für Krankentransporte, es entstehen unmögliche Wartezeiten. Der Tagesrekord vom 1. bis 8. Stockwerk betrug einmal 35 Minuten.

Über die Mängel ließe sich eine lange Liste aufstellen. Die Krankenhausverwaltung unternimmt selbstverständlich kaum etwas, um diesem unerträglichen Zustand auch nur geringfügig abzuhelfen.

Dagegen entwickelt sich der Widerstand der Kollegen, die als nächstes auf einer Personalversammlung die Situation diskutieren wollen.

DOKUMENTATION
ÜBER DEN POLIZEIEINSATZ BEIM REUTLINGER DRUCKERSTREIK
2. erweiterte Auflage 1000 – 3000 September 1976

Titelblatt der Dokumentation über den Polizeieinsatz beim Reutlinger Druckerstreik

Inzwischen hat das „Komitee der 41 festgenommenen Reutlinger Streikposten" die zweite erweiterte Auflage ihrer Dokumentation herausgegeben. – Neu enthalten: Die Antwort des Landespolizeipräsidenten auf die Dienstaufsichtsbeschwerde, die die betroffenen Kollegen gegen Polizeidirektor Grentrup gestellt hatten. Sämtliche Aktionen der Polizei seien „rechtmäßig" gewesen: Sowohl das Eingreifen der Polizei in einen Streik als auch die Verhaftung und erkennungsdienstliche Behandlung der Streikposten. Zu Recht schreiben die Kollegen dazu: „Wer das Streikrecht so auslegt, beweist, daß er in Zukunft mit allen Mitteln gegen Streiks vorgehen will."

Bestellungen der Dokumentation an: Helmut Haasis, Kammweg 73, 741 Reutlingen

Krankenhaus Süd Lübeck

Störung des Betriebsfriedens durch Kritik an der Sparpolitik?

Diese Frage wird am 19. Oktober vor einem Lübecker Arbeitsgericht entschieden. Ein Krankenpflegeschüler hatte als Presseverantwortlicher einen Leserbrief einer Kollegengruppe unterzeichnet, in dem die Auswirkungen des Personalmangels auf die Patientenversorgung dargestellt wurden. Unter anderem enthüllten sie, daß durch mangelhaftes Waschen sogar schon Hautkrankheiten bei Patienten aufgetreten seien!

Der Leserbrief in den „Lübecker Nachrichten" schlug ein wie eine Bombe: der stellvertretende Klinikleiter telefonierte sofort auf den Stationen an und fragte die Schwestern, ob es bei ihnen üblich sei, daß die Patienten nicht gepflegt würden ... Welche Schwester wird da wohl „Ja" antworten?

Daraufhin wurde der presseverantwortliche Schüler zu einem „Personalgespräch" mit Vertretern der Stadt zitiert und ihm wurde mit Beendigung des Ausbildungsverhältnisses gedroht!

In den „Lübecker Nachrichten" sind Leserbriefe zu den miesen Verhältnissen in den Kliniken schon häufiger erschienen ohne derartigen Wirbel. Der Schüler wurde zur selben Zeit vom Verfassungsschutz belästigt, die ihn für Geld anwerben wollten! Wie in AK 77 berichtet, wurde der VS durch eine saubere Aktion der Kollegen vertrieben!

Kein Wunder, daß die Stadt jetzt Vorwände sucht, sich dieses aktiven Kollegen zu entledigen. Dieser Zusammenhang wurde von den Krankenhauskollegen in einem Flugblatt aufgezeigt. Daraus „drehte" das Personalamt die zweite Verwarnung: *„Das Flugblatt ist in einem aggressiven Tonfall verfaßt und versucht die Mitarbeiter gegen die Krankenhausleitung durch Aufbau eines Feindbildes zu solidarisieren. Außerdem ist dem Flugblatt als Anlage der von uns beanstandete Leserbrief ... beigefügt"*, so schreibt ein Herr Bauer dem Pflegeschüler.

Im selben Brief heißt es zur Frage der freien Meinungsäußerung: *„dieses Grundrecht findet jedoch seine Schranken in den allgemeinen Gesetzen, insbesondere den Strafgesetzen (!)"*. Unter Androhung, den Kollegen wegen Verstoßes gegen die §§ 185/186 StGB (Beleidigung und üble Nachrede) anzuzeigen, versucht die Stadt, ihn einzuschüchtern. Die Kollegen haben in einem weiteren Flugblatt diese Einschüchterungsversuche angeprangert und rufen zur Solidarität mit dem Krankenpflegeschüler auf. Er klagt gegen die Eintragungen (Verwarnungen) zu diesem Fall in seiner Personalakte.

Krankenhausgenossen
KB/Gruppe Lübeck

HBV

HBV-Gewerkschaftstag 1976

Hamburger Praxis zur Frauenarbeit ist satzungswidrig!

Seit Jahren besteht in der Hamburger Ortsverwaltung der HBV kein Frauenausschuß mehr. Wir berichteten bereits im letzten ARBEITERKAMPF, daß die Gewerkschaftsführer versuchen, jeden Ansatz von Frauenarbeit zu zerschlagen. Deutlichster Ausdruck ist der immer noch laufende Ausschlußantrag gegen den Vorsitzenden der Fachgruppe Großhandel, der ein Flugblatt zu einer Frauenveranstaltung der HBV-Frauengruppe verteilte.

Ganz in diesem Sinne der Liquidierung der Frauenarbeit brachte die sog. Satzungsreformkommission (auf Betreiben des Hauptvorstandes) einen Antrag auf dem soeben in Saarbrücken zuende gegangenen Gewerkschaftstag ein, die Bestimmung, über all Frauenausschüsse zu bilden, in eine „Kann-Bestimmung" umzuändern. Dagegen protestierten neben vor allem Kolleginnen der Gewerkschaftsbasis auch der Hauptfrauenausschuß der HBV („Frankfurter Rundschau" vom 28.9.76).

Die Antragskommission, die alle Anträge „vorberät" und „Empfehlungen" abgibt, schloß sich den Frauen an und meinte, daß „die vom Vorstand angestrebte Integration der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in die allgemeine Fachgruppenarbeit nicht vorliegt". Der Gewerkschaftstag, auf dem ohnehin nur 62 Delegierten Frauen sind (von ca. 250), lehnte dann auch die Änderung der Satzung ab.

Damit erweist sich die Hamburger Praxis eindeutig als satzungswidrig!

Gesinnungsschnüffelei soll weiter zunehmen

Zum „Extremistenerlaß" legte die Landesbezirkskonferenz der HBV in Westberlin den Antrag vor, den Unvereinbarkeitsbeschluß vom 3.10. 1973 aufzuheben. Dagegen wandte sich scharf der alte und neue Vorsitzende der HBV, Heinz Viether, in seinem Geschäftsbericht. Er schreibt wörtlich: *„Wer die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bekämpft, setzt sich dem Verdacht aus, Freiheit und Demokratie nicht verteidigen zu wollen".*

Deutlicher geht's nimmer. In den Gewerkschaften soll (und wird) vorgegangen werden wie im Bereich des öffentlichen Dienstes. Entweder bejaht man in vollem Umfang die sog. „freiheitliche demokratische Grundordnung" oder man wird gefeuert.

Vielleicht ist es auf diese krass anti-gewerkschaftliche Haltung zurückzuführen, daß Vietheer bei den Vorstandswahlen neun Prozent weniger Stimmen erhielt als beim letzten Gewerkschaftstag 1972.

Von einer Wende der Politik der Gewerkschaftsführer kann jedoch nicht die Rede sein, wenn man bedenkt, daß ein Mann wie Volkmar (bisher Tarifexperte beim Hauptvorstand) als zweiter Vorsitzender gewählt wurde. Volkmar, der noch vor dem Gewerkschaftstag davon schrieb (siehe AK 89), daß die Tarifpolitik der HBV dafür gesorgt habe, daß „nicht nur die Preisbelastung ausgeglichen, sondern auch die Realeinkommen erhöht" wurden. Wahrscheinlich hat er dabei sein Gehalt im Auge gehabt.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Für eine Frauenarbeit in der Gewerkschaft HBV

Hamburg: Am 23.9.76 fand in Hamburg eine Frauenveranstaltung statt, die von über 100 Menschen besucht war. Aufgerufen dazu hatten Kolleginnen aus der HBV. Im Sommer waren zu einer Veranstaltung schon einmal 70 Kolleginnen und Kollegen gekommen.

Diese Frauen kämpfen schon seit längerer Zeit darum, daß die Frauenarbeit Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit wird. In einem Theaterstück wurde der bisherige „Leidensweg" der Frauengruppe von der Gründung über Ausschlußverfahren gegen einen Kollegen aus dem Ortsverwaltungsvorstand, der die Forderung nach einer Veranstaltung unterstützt hatte, bis hin zu gemeinsameren Aktionen der Frauen in den Betrieben aufgezeigt. Auch wurde in dem Theaterstück nicht vergessen, daß es auch Widerstände unter den fortschrittlichen Männern gab und gibt, die nicht immer die Wichtigkeit dieser Arbeit sahen. Ziel der Veranstaltung war, die HBV aufzufordern, die Frauenarbeit satzungsgemäß weiter zu verankern, da es auf dem jetzigen Gewerkschaftstag Bestrebungen gibt, die bisher bestehende Verpflichtung, Frauenausschüsse auf Ortsverwaltungsebene zu bilden, in eine Kann-Bestimmung umzuwandeln.

Eine Spendensammlung zu Gunsten des Kinderhauses in Hamburg erbrachte 130 DM.

Die Frauenveranstaltung zeigte, wie richtig der beschrittene Weg ist. Das Theaterstück sollte noch weiteren Kollegen gezeigt werden. Es lohnt sich, wie man sah.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

KBW-Schwachsinn treibt Blüten

Buchhandel/HBV Hamburg: Anläßlich der Tarifrunde hatte die Betriebsgruppe Frensche zu einem Treffen eingeladen, an dem sich wie üblich auch fortschrittliche Kollegen anderer Buchhandelsbetriebe beteiligen wollten. Als ein Kollege des „Arbeiterbuch" Hamburg erschien, gingen die anwesenden KBW-ler auf die Barrikaden: der Kollege sei unerwünscht! Im ARBEITERKAMPF und in ZUR SACHE, der Branchenzeitung des KB für die HBV-Kollegen, seien die Aktionen der Frensche-Kollegen nur „begrenzt" dargestellt worden. Zudem seien falsche Informationen gebracht worden. Entsprechende Belege dazu gab es natürlich nicht. Unter den Frensche-Kollegen, die allein auf „ihrer" Sitzung abstimmen wollten, fand der KBW eine Mehrheit für Rausschmiß des „Arbeiterbuch"-Kollegen.

Das zeigt, daß der KBW, wenn er mal einen Zipfel Einfluß besitzt, diesen schonungslos zu machtpolitischen Manövern, bzw. zur Durchsetzung seiner unsinnigen Vorgehensweisen ausnutzt. Ein Vorgehen, das schnell zum Scheitern verurteilt ist.

Zelle Buchhandel und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Über 200 Kolleginnen auf der Straße

Bremerhaven

Ende des Jahres werden die beiden „Merkur-Warenhäuser" (zur Horten-Gruppe gehörig) in den Bremerhavener Stadtteilen Lehe und Geestemünde geschlossen. Damit sitzen 230 Beschäftigte, überwiegend Frauen, auf der Straße. Begründet wird die Schließung damit, daß angeblich „seit Jahren erhebliche Verluste" zu verzeichnen sind und „keine Zukunftschancen" gesehen werden („Nordsee Zeitung", 16.7.76). Die Belegschaft wurde solange wie möglich über die Schließung im Unklaren gelassen. Angeblich wußte selbst der Betriebsrat nichts davon, obwohl Gerüchte schon seit Wochen im Umlauf waren.

Die meisten Frauen — bei Merkur sind viele ältere Kolleginnen beschäftigt — werden keinen neuen gleichwertigen Arbeitsplatz wiederfinden. Nur ein Teil soll in das Kaufhaus Horten in Mitte übernommen werden. Wieder einmal wird deutlich, auf wessen Kosten hier der Konkurrenzkampf der großen Warenhauskonzerne geht.

KB/Gruppe Bremerhaven

Wortgeklirr der HBV-Führung

Hamburg: „Kampfmaßnahmen" hat die HBV-Ortsverwaltung Hamburg für den 9.10. im Hamburger Einzelhandel angekündigt, um auf ihre Forderungen „aufmerksam" zu machen.

Einzelheiten der geplanten Aktionen, die die Kaufhäuser der Hamburger City betreffen sollen, werden geheimgehalten („Hamburger Abendblatt", 28.9.76).

Als Begründung ist im „Hamburger Abendblatt" ein Streit über den Anfang des Jahres vereinbarten Tarifvertrag angegeben. Danach geht es lediglich um die Eingruppierung von Verkäuferinnen im achten Berufsjahr, wo die Angleichung an Tarifverträge aus anderen Bundesländern gefordert wird. Der Differenzbetrag ist DM 25.

Mit dieser Schönheitskorrektur möchte sich die HBV-Gewerkschaft gegenüber der DAG profilieren, die diese 25 DM für eine Altersgruppe von Verkäuferinnen nicht fordert.

Mit dieser „kämpferischen Tarifpolitik" hat die HBV „immerhin" Hungerlöhne „erkämpft", die für drei Viertel aller Verkäufer(innen) unter 1.000 DM brutto (!!) liegen (Lohngruppe 1 = 942 DM brutto). Wen wundert es da noch, wenn auf dem gerade abgeschlossenen Gewerkschaftstag der HBV stolz verkündet wurde, der „Nachholbedarf" — der bei den Löhnen im Einzelhandel lange Zeit gesehen wurde — sei nunmehr gedeckt.

Der Zynismus wird überdeutlich, wenn man bedenkt, daß z.Zt. 80.000 Kolleginnen und Kollegen auf einen Arbeitsplatz warten (zehn Prozent mehr als im letzten Jahr!), die aufgrund ihrer Lage auch die beschissensten Arbeitsbedingungen akzeptieren müssen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Wenn der Senator erzählt ...

Der KB — „die einzig erfolgreiche gewerkschaftsoppositionelle Kraft"

Hamburg. Die Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg veröffentlichte kürzlich eine Broschüre zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit der DKP und der „maoistischen Linken", vornehmlich in Hamburg (*„Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und DKP in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit", Nachdrucke 3/1976*). Der Artikel stammt von Werner Staak, seit 1974 Hamburger Innensenator, ebenfalls Vorsitzender der SPD-Betriebsorganisation AfA (SPD-„Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen"), bis 1974 Vorsitzender der Hamburger Ortsverwaltung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und davor Betriebsrats-Vorsitzender der DGB-eigenen „Neuen Heimat" — also ein „Mann vom Fach". Die Broschüren der Landeszentrale für politische Bildung werden zur politischen Information und ideologischen Aufrüstung an Journalisten, Lehrer etc. verteilt und zur Lektüre empfohlen.

Nach einer allgemeinen Einführung in die *„theoretischen Ansätze"*, die *„Ziele und Konzepte"* von DKP und RGO (hauptsächlich „KPD" und „KPD/ML") — die W. Staak im übrigen weitgehend objektiv und nicht polemisch darstellt — kommt der Text dann zur praktischen Bedeutung der einzelnen linken Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft. Hierbei ist dann nur noch von der DKP und dem KB die Rede.

Nachdem W. Staak die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des KB als *„weit erfolgreicher"* als die anderer Organisationen gekennzeichnet hat, kommt er zu folgender Charakterisierung unserer Betriebspolitik:

„Die Mitglieder des Kommunistischen Bundes in den Betrieben bezeichnen sich als oppositionelle Gewerkschafter, die gegen die Gewerkschaftsvorstände kämpfen, um die Gewerkschaften wieder zu einer „Organisation der Arbeiterklasse" zu machen. Bei Betriebsratswahlen haben sie sowohl auf Listen der Gewerkschaften als auch auf Alternativ- oder Oppositionellen-Listen kandidiert. Sie sind die einzigen gewerkschaftsoppositionellen Kräfte, die bei den Betriebsratswahlen 1975 Erfolge erringen konnten." W. Staak weist dann auf unsere Auswertung der Betriebsrätewahlen '75 hin, *„daß allein in Hamburg etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten des KB Sitze in Betriebsräten erreicht hätten"*, und fährt fort: *„Der KB führt seit mehreren Jahren eine konspirative Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Seine Anhänger treten nicht offen als KB-Mitglieder auf."*

Unsere Praxis in der Betriebsarbeit erklärt W. Staak mit einem Drei-Stufen-Plan:

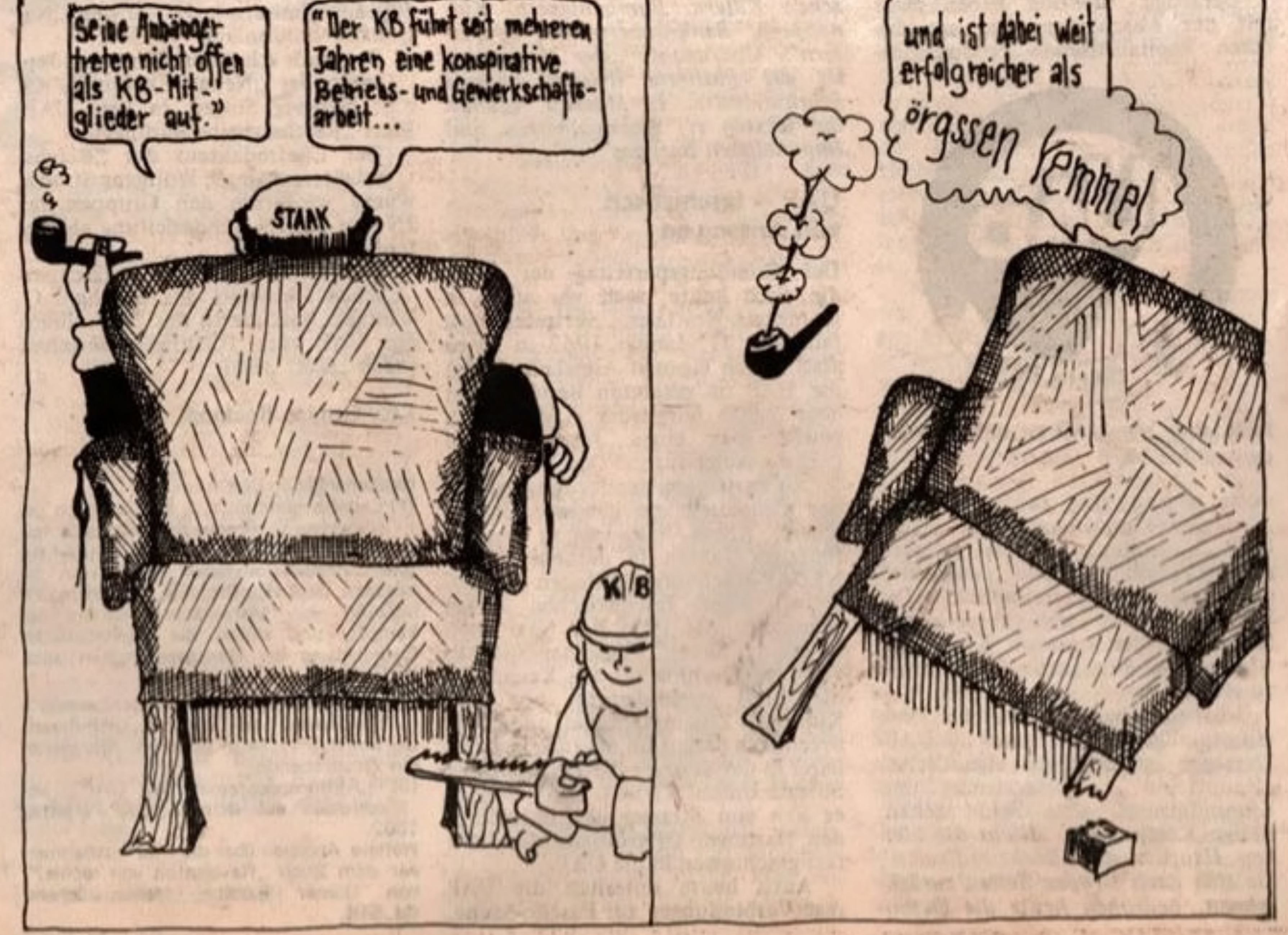
1) *„Die Initiativen in einzelnen Betrieben gehen zumeist von ideologisch qualifizierten Parteianhängern aus, die gezielt (...) Konfliktstoffe in den Betrieben sammeln und sie in Betriebszeitungen und Flugblättern und auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen propagandistisch-agitatorisch ausschlachten".*
2) Es folgt *„die Gewinnung unterschiedlich starker Anhängerkreise"* und dann
3) *„Kandidaturen zu den Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten. Zunehmend wird dabei auch von der Aufstellung eigener oppositioneller Kandidatenlisten Gebrauch gemacht."*

Umgekehrt fällt die Charakterisierung der DKP-Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft durch W. Staak aus. Der Innensenator und (ex-) Gewerkschafts-Führer Staak betont mehrmals (und durchaus zurecht), *„daß DKP-Mitglieder auf legalen (?) Positionen in Betrieben und Gewerkschaften Funktionen ausüben und bei Entlassungen (!!) und Ausschlüssen (!!) in der Regel zum Nachteil der GOG-Aktivisten* (gemeint: der oppositionellen Kräfte — AK) *mitwirken..."* Und: *„Die DKP sieht in den Gewerkschaften (...) unabhängige (?!) Klassenorganisationen ... In dem Sinne verstehen sich die Anhänger der DKP nicht als Opposition in den Gewerkschaften, sie sehen sich als zum Kern dieser Massenorganisation gehörig."* *„Die Anhänger der DKP zeigen sich in den Gewerkschaften als scharfe Kritiker der maoistischen* (sprich: oppositionellen — AK) *Gewerkschaftsarbeit. Sie tragen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften."* *„Mit einer Änderung der Taktik würde sie (die DKP) sich aber in einen Konflikt mit den Gewerkschaften bringen, den sie unter allen Umständen vermeiden will."*

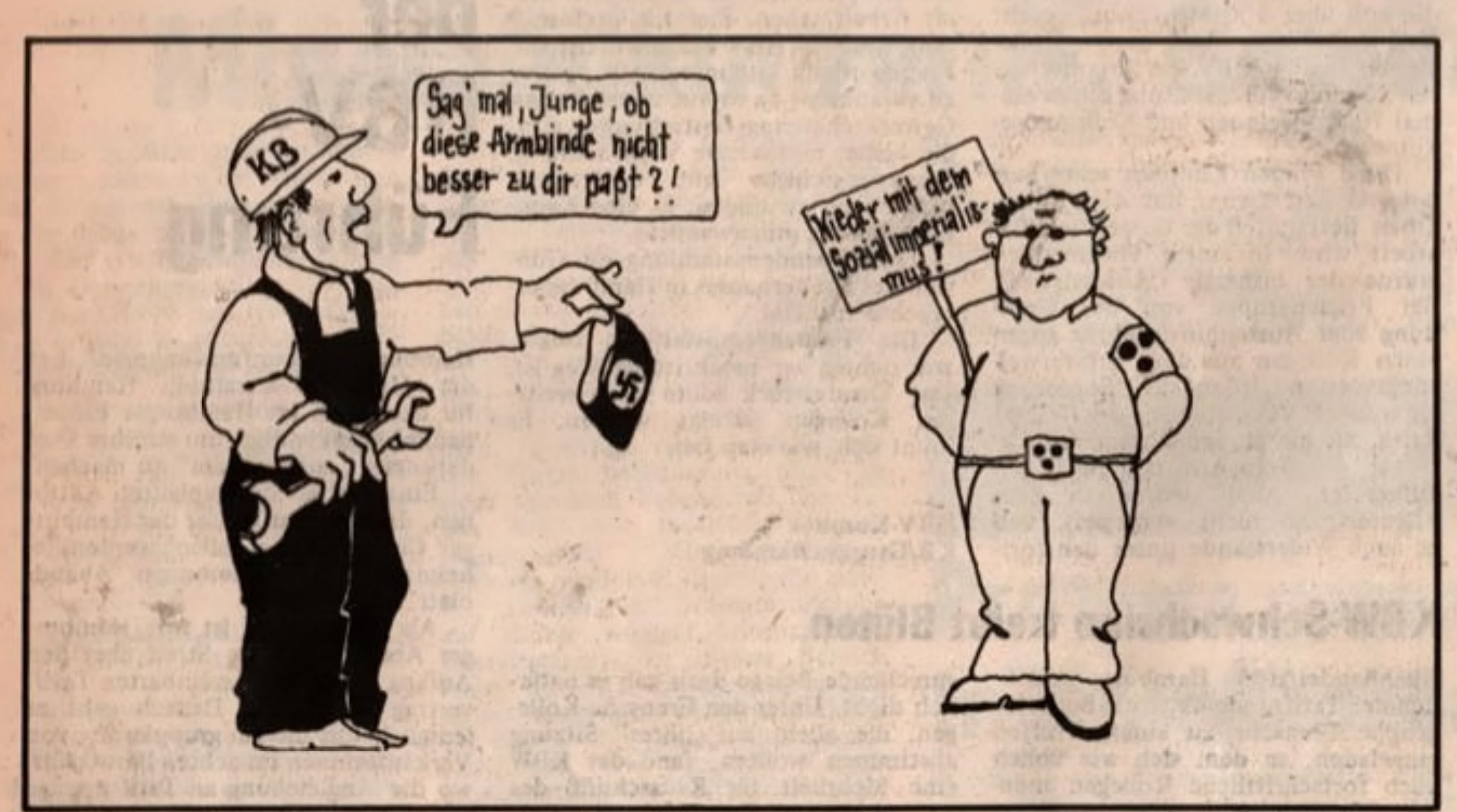
Zur praktischen Bedeutung der DKP-Politik in den Hamburger Betrieben und Gewerkschaften, weiß W. Staak bloß anzuführen: *„Gewisse Erfolge kann die DKP in der GEW* (Lehrer — AK) *vorweisen."* Na, immerhin.

Obgleich die DKP-Betriebspolitik aus der Sicht des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführers in vielerlei Hinsicht — und insbesondere bei der Radikalen-Jagd — recht nützlich ist und auch so gesehen wird, resümiert W. Staak dennoch: *„Beide Gruppierungen — DKP wie RGO* (gemeint sind oppositionelle Strömungen) *— stellen für die Gewerkschaften eine Gefährdung des betriebs- und gewerkschaftsinternen Klimas dar."*

Uns jedenfalls freut es, wenn unsere Anstrengungen im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit das sozialdemokratische „Klima" der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung und Betriebsvorständen bei der Ausbeutung, Unterdrückung und Einschüchterung der Arbeiter und Angestellten „gefährdet". Das hatten wir bezweckt und werden es auch künftig tun. Insofern nehmen wir auch gern die „anerkennenden" Worte aus berufenem Mund zur Kenntnis.



Faschistische Front: Nazi im „ML"-Pelz!



Hamburg, Ende August 1976. Vor der Berufsschule G 10/G 16 in Altona wird ein Flugblatt verteilt, in dem dazu aufgerufen wird, an der gemeinsamen Demonstration von „KPD/ML" und „KPD" zum „Roten Antikriegstag" (1. September) teilzunehmen. „Nieder mit den beiden Supermächten, den Hauptkriegstreibern in der Welt!" steht da zu lesen.

Unterschrieben ist das Flugblatt von einer „Initiativgruppe Vorwärts beim Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition – RGO". Die Gruppe kennt kein Mensch! Unterschrieben ist das Flugblatt von **Michael Borchardt, Hamburg Altona, Nöltingstraße 47.** Und dieser Borchardt ist allerdings unter Hamburger Antifaschisten schon ein Begriff!

Denn Michael Borchardt, jetzt ungefähr Mitte zwanzig, ist Herausgeber des Nazi-Schmierblatts „Der Aufmarsch" und firmiert als „Faschistische Front". Borchardt arbeitet zusammen mit der „NSDAP" von Wolf-Dieter Eckart und der „Demokratisch-Nationalsozialistischen Gemeinschaft" von Georg Banszerus (beide in Hamburg). Von Zeit zu Zeit kann man an Hauswänden, vor allem in Altona, Schmierblätter von Borchardt sehen, in denen er zur Ermordung von Kommunisten aufruft, die Hinrichtung spanischer Antifaschisten zynisch begrüßt, und ähnliche Perversitäten.

Will sich Borchardt jetzt also als „ML"er versuchen? Nun, einige Tage später verteilte die „KPD/ML" vor derselben Berufsschule ein Flugblatt, in dem sie sich von Borchardts Flugblatt distanzierte, *„weil sie keine Unterstützung für unsere Partei sind, sondern im Gegenteil eine Provokation sind"*. Das Flugblatt stamme von einem *„bekannten (!) Personenkreis"*. Borchardt wurde ausdrücklich als „faschistisch" bezeichnet.

Einige dunkle Seiten dieser rätselhaften Affäre wollte die „KPD/ML" allerdings ganz offensichtlich nicht ans Licht kommen lassen: So konnte man schließlich im „KPD/ML"-Büro in Hamburg-Altona nach näherem Nachbohren erfahren, daß dieser „Personenkreis" um Borchardt häufiger ins Büro kommt, um den „Roten Morgen" und anderen „ML"-Kram zu kaufen, und daß auch Borchardt selbst früher manchmal in den Laden kam.

Das ist aber immer noch nicht alles! Denn, wie von ehemaligen „KPD/ML"-Mitgliedern zu erfahren war: **Borchardt selbst war seit 1969 Mitglied der „KPD/ML", hat eine Zeitlang im lay-out des „Roten Morgen" gearbeitet und hat erst Anfang 1972 die „KPD/ML" verlassen!**

Im ARBEITERKAMPF 86 schrieben wir über die „KPD/ML": *„... Ob sich vor dem Hintergrund des totalen Mangels an politischem Differenzierungsvermögen, der sektiererischen Selbstisolierung (‚Allein gegen alle') und der teilweise offen antikommunistischen Indoktrinierung diese ‚Militanz' nicht irgendwann unmittelbar von der Bourgeoisie mißbrauchen lassen wird, bleibt abzuwarten. Der Weg so manches antikapitalistischen Jugendlichen zur NSDAP und SA in den zwanziger und dreißiger Jahren ist ein Warnzeichen..."*. – Michael Borchardt veranschaulicht dies sehr deutlich, vom „KPD/ML"er zum militanten Faschisten. Manches spricht dafür, (womit wir die Gefährlichkeit solcher Leute keineswegs abschwächen wollen!), daß es sich bei Borchardt ursächlich nicht so sehr um einen faschistischen Provokateur handelt, als vielmehr um einen psychisch kaputten, politisch völlig verwirrten jungen Menschen, der zudem unter persönlichen Problemen leidet, und der jetzt anscheinend wieder den Anschluß an seine alten Freunde von der „KPD/ML" sucht.

Nicht zufällig ist es allerdings, daß die „KPD/ML" gerade auf solche Menschen eine starke Anziehungskraft ausübt, mit ihren nationalistischen Parolen und ihrer wilden Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Die „KPD/ML" verherrlicht überdies den fanatischen, tief sitzenden Antikommunismus solcher Menschen als „Anti-Revisionismus", und betreibt offen die Anbiederung an den Antikommunismus, soweit er sich gegen die DDR und die Sowjetunion richtet. Und **schließlich hat „KPD/ML"-Chef Ernst Aust im vorigen Jahr in seiner berüchtigten „Kieler Rede" sogar ganz offen zur „Einheitsfront mit nationalistisch beeinflußen Kräften" aufgerufen.**

Dieser Sumpf, in dem sich die „KPD/ML" suhlt, ist der ideale Nährboden für Provokationen aller Art, bis hin zum direkten Mordterror.

Die Hamburger „KPD/ML"-Führung hat bisher versucht, die für sie äußerst peinliche Affäre um den politischen Verwandlungskünstler Borchardt zu verschweigen, statt zumindest j e t z t die Karten offen auf den Tisch zu legen und damit vielleicht doch noch einen, wenn auch kleinen, Beitrag zur Trockenlegung des faschistischen Sumpfes zu leisten. Wir fordern von der „KPD/ML": Volle Aufklärung über alle Umstände dieser Affäre! Wir rufen außerdem alle Menschen auf, die über Borchardt und seine Verbindungen weitere Angaben machen können, sich an uns zu wenden und uns mit zusätzlichen Informationen zu unterstützen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Das ist er: Michael Borchardt (rechtsaußen, dunkle Jacke), heute Wortführer der „Faschistischen Front", im Herbst 1969 bei einer Dmonstration der „KPD/ML" in Hamburg-Eppendorf. Neben ihm ein weiterer „Bester der deutschen Arbeiterklasse" („KPD/ML"-Jargon). Es handelt sich um:
– Erhard Dressel (linksaußen), im Frühjahr 1969 von Ernst Aust persönlich für die „KPD/ML" angeworben und sogleich zum Chef der „Roten Garde" Hamburg gemacht, obwohl bekannt war, daß er für den „Staatssicherheitsdienst" der DDR gearbeitet hatte. Dressel hat die „KPD/ML" im Frühjahr 1970 verlassen und ist heute Mitglied der DKP. Über ihn behauptete später der „Rote Morgen" u.a.: *„Dressel begann mit seiner Zersetzungtätigkeit, indem er beispielsweise Rotgardisten systematisch zum Hasch-Rauchen verführte"*, und man äußerte den *„Verdacht, daß es sich bei Dressel um einen Doppelagenten handelt, der sowohl im Auftrag des Stasi wie auch im Auftrag des Amtes für Verfassungsschutz handelt"* („RM", Juni 1971).

UAP – Faschisten unter „linker" Maske

Zu den diesjährigen Bundestagswahlen kandidierte auch eine „Unabhängige Arbeiterpartei" (UAP - Deutsche Sozialisten), die für sich in Anspruch nimmt, einen „antimarxistischen und antikapitalistischen" Weg zum „deutschen Sozialismus" anbieten zu können.

In der Öffentlichkeit möchte die UAP gern den Eindruck erwecken, daß sie als „Arbeiterpartei" in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung steht. So berufen sich die UAP-Ideologen z.B. auf Ferdinand Lassalle (1825-64), dessen „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" 1875 zusammen mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (später SPD) verschmolz (1). Außerdem legt die UAP Wert auf die Feststellung, daß *„viele enttäuschte ehemalige Sozialdemokraten, die der SPD zornig den Rücken gekehrt haben"* (2), in ihren Reihen organisiert seien. Überhaupt sei die UAP *„die wahre und einzige Partei aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik"*.

Dementsprechend bemüht sich dieser Haufen, mit ausgeprägt sozialdemagogischen Phrasen die Auswirkungen kapitalistischer Krisenpolitik für sich auszuschlachten: *„Die Sozialdemokratie kapituliert vor der größten Sozialkrise nach 1945 ... Die UAP sagt klipp und klar, daß Inflation Bürgerkrieg gegen das eigene Volk bedeutet ... Dieses System ist auf Sand gebaut, nicht aber auf dem Vertrauen des kleinen Mannes ... Die UAP sagt es im Namen des kleinen Mannes: das ganze System ist ein einziger Bankrott und Sumpf"*.

Deshalb müsse gegen die SPD und gegen den *„Staatskapitalismus der Clique Honnecker"* der „Deutsche Sozialismus" verwirklicht werden: *„Überführung der Produktionsmittel der Großindustrie in Belegschaftshand... Förderung bei der Gründung von Arbeitergenossenschaften und Betriebsgenossenschaften... Übergabe von Großunternehmen des DGB in die Hände der Belegschaften; Mitbestimmung am Arbeitsplatz für jeden Schaffenden...", „Rettung des Bauerntums und des Mittelstandes"* (3).

Klassenkampf und Klassengegensätze ließen sich so „überwinden", da *„der Arbeitnehmer zu seinem eigenen Arbeitgeber und damit zum Kapitaleigentümer gemacht wird". „Sie müssen an der Entwicklung des Kapitals direkt interessiert und am Reingewinn direkt beteiligt werden."*

Derartige Theorien haben zwar mit der Abschaffung der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise ebensowenig zu tun wie die „Produktiv-Genossenschaften" des UAP-„Vorbildes" Lassalle, klingen aber trotzdem irgendwie „progressiv" und „arbeitnehmerfreundlich". Die Rechten geben sich eben einige Mühe, um den braunen Kern ihres Anliegens in eine ansprechende Hülle zu verpacken.



Aufkleber der UAP zu den Bundestagswahlen 1976

Unverkennbar faschistische Töne klingen allerdings an, wenn die UAP-Strategen gegen ihren eigentlichen „Hauptfeind" – Marxismus und Kommunismus – zu Felde ziehen. Einige Kostproben: *„Nicht die kleinen Häuflein der 'Rechtsradikalen', die sich nach Uropas Zeiten zurücksehnen, bedrohen heute die Demokratie – ihr Todfeind ist Herbert Wehner... Er, der Hauptfunktionär der stalinistischen KPD vor 1933, Stalins Komintern-Agent bis 1943 – der Zerstörer und Liquidator der Sozialdemokratie heißt Wehner... Ein westdeutscher Stalin regiert die SPD und alle kleinen Genossen gehorchen."* Gewettert wird gegen den *„terroristischen Anarchokommunismus in unseren Städten und an Universitäten"*, gefordert die *„unbarmherzige Verfolgung von Rocker- und Gangsterbanden, von anarchistischen Killern, Bombenlegern, Kidnappern, Bankräubern und Erpressern"*. Überhaupt: *„Der Marxismus ist die blutigste Irrlehre unseres Jahrhunderts... In Moskau regieren die letzten (!) Kolonialherren und Imperialisten Europas"*.

UAP – faschistisch von Anfang an

Der Gründungsparteitag der UAP, die auch heute noch vor allem in Nordrhein-Westfalen vertreten ist, fand am 21. Januar 1962 in Essen statt. Nach eigenen Angaben verfügt die UAP im gesamten Bundesgebiet über 2.000 Mitglieder („Mut" 88), sowie über einen Jugendverband („Blaue-Adler-Jugend").

Als Parteivorsitzender fungiert seit der Gründung ein gewisser Erhard Kliese. Kliese hatte schon in den fünfziger Jahren in der ehemaligen NSDAP-Hochburg Hattingen (bei Bochum) einen faschistischen Zirkel gegründet. Als 1955 der Nazi Otto Strasser („linker" Flügel der NSDAP, 1930 ausgeschlossen) aus Kanada in die BRD zurückkehrte, bot ihm Kliese die Zusammenarbeit an. Kliese brachte es daraufhin bis zum Bezirksleiter in der Strasser-Partei „Deutsche Soziale Union" (DSU). 1961 trennte er sich von Strasser und überführte den Hattinger Ortsverband der DSU fast geschlossen in die UAP.

Auch heute unterhält die UAP rege Verbindungen zur Fascho-Szene, vornehmlich zu den „Nationalrevolutionären":

– So wurde beispielsweise auf einer zentralen Konferenz der „Nationalrevolutionären Aufbauorganisation" (NRAO – Sache des Volkes) am 31.8.74 in Frankenberg/Eder ein neunköpfiger Zentralrat gewählt, in dem auch die UAP vertreten ist. Ein großer Teil der NRAO rekrutiert sich aus Leuten, die direkt – oder über den Umweg der mittlerweile zerfallenen „Aktion Neue Rechte" – von der NPD bzw. deren Jugendorganisation JN zu den „Nationalrevolutionären" stießen.
– Ebenfalls schrieben führende Ideologen der „Neuen Rechten", wie z.B. Hartwig Singer, in dem UAP-Blatt „Reichsarbeiterzeitung".
– Der Chefredakteur der „Reichsarbeiterzeitung", Wolfgang Strauß, wurde wiederum den Gruppen der JN von der JN-Bundesleitung als Referent empfohlen.
– Und selbst „Mut", dem faschistischen Hetzblatt des Bernhard C. Wintzek, gratulierte das Zentralbüro der UAP zum 10jährigen Bestehen (nach „Mut" 100).

KB / Gruppe Bochum

Quellenangaben und Anm.:
(1) Lassalle glaubte, u.a. mit staatlich geförderten „Produktiv-Genossenschaften" die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise überwinden zu können. Derartige Projekte, von Bismarck begrüßt, von Marx aufs schärfste bekämpft, sind durch die kapitalistische Entwicklung der Genossenschaften auch in der Praxis widerlegt worden.
(2) „SPD oder UAP – Marx oder Lassalle"; Beschlossen auf dem 7. UAP-Parteitag am 2./3.11.74 in Bochum. Alle weiteren Zitate ebenda.
(3) „Aktionsprogramm der UAP", beschlossen auf dem 2. UAP-Parteitag 1962.
Weitere Angaben über die UAP entnahmen wir dem Buch „Revolution von rechts?" von Günter Bartsch, Herder-Bücherei Bd. 518.

Leserzuschrift

Handschuhe anziehn im antifaschistischen Kampf?

„Liebe Genossen!
Die NPD-Faschisten kleben überall ihre Hetzparolen per Aufkleber an alle Ecken, wo man hinsieht. Und ich gehöre zu den Leuten, die sie wieder runterziehen.

Kürzlich war es mir abends besonders übel zumute: Brechreiz, Kopfweh, Schwindelgefühl usw. Ich dachte darüber nach, woher das nur seine Ursachen hat und ich fand eine.

An dem Tag (Nachmittag) riß ich mit dem rechten Daumennagel 3 - 4 DIN A 6 - NPD-Zettel ab. Diese Zettel müssen mit einer Flüssigkeit klebbar gemacht worden sein, die Rattengift o.ä. enthält. Auf jeden Fall habe ich mir dann noch so einen Aufkleber vorgenommen (mit Metallspachtel) und hab sie von einem analysieren lassen, der einen Hobbychemiekasten hat, und der sagte mir, das Abgerissene enthält eine toxische Lösung, vielleicht lösbares Rattengift o.ä.

Alle diese Zettel waren in West-Frankfurt angeklebt und stammen sicherlich von einer Faschistenhorde, die damit ihre Zettel sichern wollen und gleichzeitig den Antifaschisten auf diese Weise ‚eins auswischen' wollen. Dem weiß ich entgegenzutreten: mit scharfem Metallspachtel (den ich immer bei mir trage) und Taschentuch vor dem Mund und Nase. Ist auch einfacher so!

Ein „Arbeiterkampf"-Leser aus Frankfurt

Antwort der Antifa-Kommission

Es gibt ein einfacheres Mittel, das NPD-Gift zu beseitigen. Statt mühsam hinter einem Mundtuch verborgen mit dem Spachtel zu kratzen: Mit eigenem antifaschistischem Aufkleber den Dreck überkleben. Das geht schneller und ist wirksamer!

Faschistische Drohbriefe an den KB

Wiederholt sind dem KOMMUNISTISCHEN BUND Droh- und Schmähbriefe zugegangen. Schon vor etlicher Zeit ging der Brief einer „Organisation Consul, Sturmabteilung Hitler" ein, in der es hieß: *„Ab sofort kennen wir keine Schonung mehr und keine Gnade, denn solches Ungeziefer wie Ihr Roten verdient sie nicht. Ihr seid Ungeziefer, und Ungeziefer muß zertreten werden!"*

In letzter Zeit sind mehrere neue Schreiben von Faschisten eingegangen – offenbar können sie den KB nicht ab. Hier Auszüge aus dem Geschmier:

– Brief vom 8.6.1976 aus Hamburg: *„Merken Sie sich endlich, daß Deutschland erst dann frei sein wird, wenn Triebtäter, Schwule, Kommunisten, Juden, Pazifisten, Sozis, Liberale, Penner, Gammler, Hippies, Süchtige, Mischlinge, Geisteskranke, Marxisten, Gewerkschaftler, Verbrecher, Zigeuner, Arbeitsunwillige und Anarchisten mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind. (...) Sehr erfreulich ist es auch, immer wieder, wenn man lesen darf, wie sich die roten Ratten schon untereinander schlagen. Nur weiter so, wir übernehmen dann den Rest für unsere KZ's und Arbeitslager. (...) Handgranate raus, Knüppel in's Genick – das ist die einzig richtige Politik!"* Unterzeichnet: *„Heil Hitler! NSDAP-Gau Hamburg".* Beigefügt war ein NSDAP-AO-Aufkleber.

– Postkarte vom 7.7.76 aus Göttingen (Auszüge in originalgetreuer Schreibweise): *„Ihr Sauköppe könnt doch nur theoretisch alles besser wissen. (...) Haut doch ab in den Busch und laßt Euch die reufen Bananen in Euer dreckiges Maul fallen. (...) Hoffentlich weht hier bald Hammer und Sichel! Dann ist es vorbei mit Eurer Aufhetzerei, dann müßt Ihr Saukerle endlich mal richtig arbeiten!!!"*

– Brief vom 8.6.76 aus Hamburg: *„Du rotes Mistferkel! Soeben erhalte ich ein Flugblatt, das zum Kampf gegen unsere Faschistische Front aufruft. (...) Neben euch roten Schweinen werden auch alle Pfaffen, Juden und Ausländer umgelegt. Wir werden diesmal das durchführen, was ihr uns seit30 Jahren vorwerft. Unser Schlachtruf heißt: ‚Macht die Gasöfen an'! (...) Rotfront und Juda verrecke! Deutschland erwache! Heil Hitler!"*

– Brief vom 9.7.76 (wieder originalgetreu): *„Betr.: Ihr Flugblatt vom 2.7.1976* (zu Karl-Heinz Roth – Anm. AK). *Ich wünsche, daß Ihre Aktion keinen Erfolg hat. Denn es wäre ein Hohn, wenn R. entlassen würde, und ein Mann wie Rudolf Hess sitzt (...). Ihre widerliche Bemerkung bezüglich angeblicher ‚Nazischlächter' hätten Sie sich sparen können. (...) Die gesamten Verluste der Juden beträgt nicht mehr als ca. 250.000 bis 300.000 Juden. Da aber bereits 53 Tage, nachdem Adolf Hitler Reichskanzler wurde, das Weltjudentum Deutschland den Krieg erklärte, waren also die Juden Angehörige einer feindlichen Macht. (...) Gott schütze Deutschland vor dem Bolschewismus sprich Kommunismus. (...) P.S. Falls Sie beabsichtigen, mich wegen dieses Briefes zu belästigen, möchte ich davon abraten, da ich immer eine Schußwaffe bei mir trage!!! Außerdem besitze ich einen auf Kommunisten und sonstiges Gesindel abgerichteten Schäferhund".*

Seien es die Faschisten um Eckardt und Borchardt (NSDAP, Faschistische Front) oder seien es eher die aus der NPD-Ecke: KZs und Gasöfen, Terror und Mord ist es allemal, wenn sie so richtig vom Leder ziehen. Mal sehen, was die Staatsanwaltschaft dazu sagen wird (gegen den NSDAP-Briefschreiber ist Anzeige erstattet worden).

Die faschistischen Sprüche zeigen deutlich genug, daß ihren Verfassern der braune Ärger hochgekommen ist. Ihre provokatorische Protzerei soll dabei über ihre politische Schwäche hinwegtäuschen. Allerdings sind diese heutigen Wort-Provokateure jederzeit bereit, ihre Terrordrohungen auch in die Tat umzusetzen, wenn die Umstände es erlauben. Eine lange Reihe von Anschlägen und Terrorakten belegt das.

Nazi-Provokationen und Terroranschläge seit 1974

April 1974:
Auf einem jüdischen Friedhof in Mainz werden 98 Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert, ebenso ein DKP-Schaukasten und das DGB-Haus. Verantwortlich: „NS-Kampfgruppe" Mainz („FAZ", 2.4. 1976).

Oktober 1974:
Scheiben im SPD-Haus in Frankfurt werden eingeschlagen, Einrichtungsgegenstände beschädigt („FR", 21.10.1974).

Dezember 1974:
Faschistischer Überfall auf das DGB-Schulungsheim in Ehlershausen. Parolen an der Hauswand: „Rot gleich tot" („FR", 7.12.1974).

Dezember 1974:
Mehrere Schüsse auf das Lübecker DKP-Büro („Hamburger Morgenpost", 18.12.74).

Januar 1975:
Faschisten sprengen eine Podiumsdiskussion in Pinneberg zum 30. Jahrestag der Niederschlagung des Faschismus. Der ehemalige KZ-Häftling Bringmann wird als „Verbrecher" beschimpft, Bilder zerstört, antisemitische Parolen an die Wand geschmiert („tat", 8.2.75).

Januar 1975:
Pistolenschüsse auf das KBW-Büro in Gröplingen („Kämpfende Jugend", BDJ, 2/76).

Januar 1975:
Der linke Betriebsrat Scholz wird auf der Bremer Vulkan-Werft niedergestochen (Flugblatt der „KPD", Januar 1975).

Februar 1975:
In der Nacht vom 14. zum 15. Februar brennt das Zentrum des „Bund Demokratischer Jugend" in Darmstadt teilweise aus; zuvor hatte die NPD die Fenster des Zentrums beklebt („Kämpfende Jugend", 2/76).

März 1975:
Bombenanschlag auf die KBW-Literatur-Vertriebsstelle in Bremen am 19.3. („KVZ", 20.3.75).

April 1975:
Über 300 Grabsteine auf zwei jüdischen Friedhöfen in Frankfurt werden mit Hakenkreuzen und Parolen („Jude verrecke") beschmiert („tat", 5.4.75).

April 1975:
Die Fenster des BDJ-Zentrums in Hamburg-Eimsbüttel werden durch Steinwürfe zerstört (7.4.) („KJ", 2/76).

April 1975:
Im Münchner „Hofbräukeller" wird ein junger Mann, der gegen das Absingen von Nazi-Liedern und Heil-Rufe protestiert hatte, von einer Gruppe von ca. 30 Männern, darunter der NPD-Funktionär Nusser, zusammengeschlagen („tat", 26.4.75).

Mai 1975:
Zwei Dutzend Faschisten stürmen eine SPD-Veranstaltung in Buchholz (bei Hamburg), verprügeln SPD'ler und rufen der Jusovorsitzenden zu: „Wir haben noch eine Kugel für dich" („FR", 28.5. 1975).

Juni 1975:
Drei jüdische Friedhöfe bei Karlsruhe werden verwüstet („tat", 21.6. 1975).

Juni 1975:
Anschläge auf das „arbeiterbuch" in Hamburg und das DKP-Büro in Bremerhaven am 24.6.1975 („KJ", 2/76).

September 1975:
Etwa 15 Schläger überfallen eine Musikveranstaltung in Hamburg-Altona (im Freizeit-Zentrum „Fabrik") am 18.9. Rufe: „Sieg Heil", u.a. („Hamburger Morgenpost", 19.9.1975).
Messerüberfall auf ein Mitglied der „Roten Garde" der „KPD/ML" („Roter Morgen", 20.9.1975).

Januar 1976:
Brandanschlag auf die Gedenkstätte des KZ-Dachau („tat", 20.1. 1976).

Februar 1976:
Zum dritten Mal wird auf die „collectiv"-Buchhandlung an der TU-Westberlin ein Brandanschlag verübt. Täter u.a.: Hans-Peter Henke, Mitglied der Terror-Gruppe „Nationaldemokratische Befreiungsbewegung", vorher Mitglied der NPD („ID", 7.2.76).

März 1976:
Die Fensterscheiben des DKP-Büros in Hamburg-Altona und Bergedorf sowie SPD-Büros in Altona und St. Pauli werden durch Steinwürfe zertrümmert („UZ", 15.3.76).

April 1976:
Nazischmierereien am Mahnmal für die Opfer der SS im Romberg-park bei Dortmund („tat", 9.4.76).

April 1976:
Die Schaufenster des DKP-Zentrums in Göttingen werden eingeschlagen, im Stadtzentrum zieht eine Bande mit „Heil Hitler"-Rufen herum. Dabei u.a.: H.M. Fiedler, NPD-Mitglied („tat", 21.5.76).

Mai 1976:
Das Museum des ehemaligen KZs Struthof (im Elsaß) fällt einem Brandanschlag zum Opfer („tat", 28.5.1976).

Mai 1976:
Die Gedenkstätte des KZ Bergen-Belsen wird verwüstet, die Täter sind NPD-Mitglieder („tat", 11.6. 1976).

Juli 1976:
Zum vierten Mal innerhalb weniger Wochen wird in Nordrhein-Westfalen ein jüdischer Friedhof geschändet (zuletzt in Gelsenkirchen) („UZ", 10.7.76).

Juli 1976:
Innerhalb weniger Tage in Hannover zwei Anschläge auf das „arbeiterbuch" und das Büro des KBW in Hannover („Arbeiterkampf" 85/Juli 76).

1.000 Mark Kopfgeld auf Antifaschisten

Eutin.
„Wir wollen Brücken bauen zu allen deutschen Gauen" war das Leitwort, und die Forderung nach einem „Deutschland in den Grenzen von 1937" kam vom obersten Revanchistenführer Schleswig-Holsteins, Dr. Josef Domabyl (ehemaliges Leitungsmitglied der NSDAP im besetzten Prag und in führender Funktion der Besatzungsverwaltung; nach 1945 Leiter des schleswig-holsteinischen Landesbesoldungsamtes und Mitglied der CDU).

Eingeweiht werden sollte am 12.9. („Tag der Heimat") in Eutin ein Gedenkstein mit „ostdeutschen Wappen" und der Aufschrift „Unvergessen".

Anwesend war die gesamte örtliche CDU-„Prominenz", Vertreter der Landesregierung, der Bundeswehr und der Polizei. Allerdings bot der Stein dann während der Einweihungsfeier einen „unvergessenen" Anblick. Denn Antifaschisten hatten den Stein in der Nacht zuvor schön rot angemalt. Hastige Versuche der Revanchisten, die rote Farbe noch schnell vor der Enthüllung des „Denkmals" mit stark ätzenden Mitteln zu entfernen, endeten erfolglos: Die Farbe ging nicht ab, und die „ostdeutschen Wappen" waren nun völlig verätzt! ....

So kamen während der Einweihung auch gleich Forderungen auf wie: Hier seien „organisierte Täter, vom Osten gesteuert" am Werk gewesen, die man am besten „gleich aufhängen" sollte.

Nun setzte eine wahnsinnige Jagd nach den „Tätern" ein: Der „Ostholsteiner Anzeiger" („OHA") berichtete in einem ganzseitigen Artikel: *„Ruchlose Hände hatten in der Nacht zum Sonntag das Mahnmal mit roter Farbe beschmiert ... die frevelhafte Tat an dem Mahnmal löste bei den Teilnehmern an dieser Feierstunde tiefe Empörung aus".* Der Gipfel war die Aussetzung eines Kopfgeldes: **„Für Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, hat der Bund der Vertriebenen eine Belohnung von 1.000 DM ausgesetzt".**

„Unvergeßlich bleibt auch dem CDU-Ortsverband die ‚Nacht der roten Farbe'. Wir büßten annähernd die Hälfte aller Plakate und Plakatträger ein" – schrieb am selben Tag der CDU-Ortsvorsitzende Jarmatz im „OHA".

Am nächsten Tag bekräftigte die Kripo die Belohnung in einer Anzeige im „OHA" mit dem Hinweis, daß es sich um „Schmierfinken" handele, die den Stein „besudelt" hätten. „Verschwiegenheit wird ausdrücklich zugesichert".

Wiederum einen Tag später erschien eine Anzeige der „Landsmannschaften". Es wurde auf das von ihnen eigens eingerichtete „Sonderkonto ‚unvergessen' " hingewiesen, auf das nun alle Reaktionäre zur Wiedererrichtung des Steins spenden sollen.

Noch einen Tag später berichteten die „Kieler Nachrichten", daß die Eutiner Stadtvertretung auf Initiative der CDU die Restaurierung des Steins aus der Stadtkasse bezahlen will!...

Dafür ist sofort Geld da. Die Jugendlichen im Jugendzentrum jedoch warten schon seit Ewigkeiten auf Zuschüsse.

KB/Gruppe Eutin

Linke Druckerei von Polizei überfallen!

In Hardebeck (Schleswig-Holstein) wurde am Abend des 27.9. „Die Druckerei" von einer Hundertschaft schwerbewaffneter Bullen in einer Nacht- und Nebel-Aktion überfallen. Als Begründung wurde „illegaler Waffenbesitz, Verstecken von MPs" angegeben. Die gesamte Druckerei und das angrenzende Wohnhaus der Wohngemeinschaft wurden von oben bis unten umgestülpt. Insbesondere alle Druckplatten, Montagefolien, Repromaterial, Makulatur und sämtliche anderen Gegenstände, aus denen ersichtlich wird, was und für wen dort gedruckt wurde, wurden gefilzt, außerdem sämtliche Geschäftspapiere sowie private Korrespondenz, Bücher usw. Auf die Frage eines der Drucker, was diese Schnüffelei mit der angeblichen Suche nach Maschinenpistolen zu tun habe, antwortete ein Bulle unter Hinweis auf die Druckmaschine: *„Die Maschinen sind doch viel gefährlicher als MGs"!*

In Hardebeck wurde u.a. kürzlich eine Aufklärungsschrift über die Haftbedingungen von K.H. Roth, die auf der Frankfurter Buchmesse verteilt wurde, hergestellt. Außerdem wird dort die Landeszeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES/ Schleswig-Holstein, „Blinkfuer", hergestellt. Es ist offensichtlich, daß hier der Grund für die Polizei-Aktion liegt. Nach wiederholten Angriffen auf den linken Buchhandel, Beschlagnahmungen, Durchsuchungen, Festnahmen, soll jetzt offenbar auch die technische Basis linker und kommunistischer Propaganda „trockengelegt" werden. Erster Schritt dazu: massive Einschüchterungsversuche gegenüber einer relativ kleinen Druckerei wie der in Hardebeck.

Das Kollektiv der „Druckerei" hat das einzig richtige in dieser Situation getan: Sie haben sich sofort mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, um nicht alleine fertig gemacht zu werden. Sie rufen auf: *„Wir bitten jeden, der von ähnlichen Repressalien betroffen ist oder davon weiß, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit man gemeinsam überlegen kann, wie gegen so eine Willkür vorgegangen werden kann".* Über die allgemeine Solidarität hinaus erweist es sich insbesondere als notwendig, daß sich die linken Druckereien gegenseitig unterstützen.

Druckerei Hein & Co.
Hamburg-Altona

„Die Mörder sind unter uns!"...

Seit Anfang August prangt unter dieser Überschrift ein rechtsradikales Pamphlet an Bochumer Straßenbahnhaltestellen, Laternenpfählen und Telefonkästen. Ein „Europa-Aktiv der Ruhruniversität", das für dieses Machwerk verantwortlich zeichnet, nimmt darin die Erschießung des Italieners Benito Corghi durch DDR-Grenzpolizei zum Anlaß, um sein antikommunistisches Süppchen zu kochen: *„17. Juni und Budapest, 13. August und Prag, ermordete Farmerkinder in Angola und Südwestafrika. Rote Agenten in Nordirland und Portugal. Wo Arbeiter gequält werden, Menschen sterben, ist das letzte Argument der Gulag".*

Desweiteren regen sich die Faschisten darüber auf, daß in Bochum *„elf – jawohl elf – öffentliche Büros und Geschäftsstellen von kommunistischen Organisationen"* vertreten seien und daß die DKP *„für ihre Tagungen, Feiern und Versammlungen ... die Gastfreundschaft von Stadt und Universität in Anspruch"* nehmen könne. Markig heißt es am Schluß: *„Bürger und Studenten von Bochum! Antwortet den Helfern der roten Mörder. Tretet dem historisch längst überholten Geschwätz vom Klassenkampf entgegen. Protestiert gegen den Mißbrauch der Universität".*

Derartige Umtriebe, ausgehend von faschistischen Studenten an der Ruhr-Universität, haben in Bochum durchaus Tradition. So gab es z.B. bereits 1968 an der Ruhr-Universität sogenannte „Nationalrevolutionäre", die sich zunächst um den „Ruhr-Studenten-Anzeiger" sammelten und maßgeblich an der Gründung des „Republikanischen Studentenbundes (RSB) – Aktionszentrum Ruhr" beteiligt waren. Der RSB, der nach kurzer Zeit ebenso wie der „Ruhr-Studenten-Anzeiger" wieder einging, trat im Mai 1968 an der Universität als organisierter Streikbrecher in Erscheinung.

Weil sich der RSB nicht halten konnte, engagierten sich die „Nationalrevolutionäre" daraufhin zunächst für die burschenschaftliche Zeitung „student", lösten sich davon aber, als dieses Blatt *„einen ihres Erachtens zunehmend sterilen CDU/CSU-Konservativismus vertrat"* und förderten die Gründung der „Bochumer Studenten Union" (die BSU benannte sich später in „Sozialliberaler Hochschulbund" um).

Nach einem kurzen Gastspiel beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund" der NPD wurde dann Anfang 1970 die „nationalrevolutionäre" Basisgruppe Neuer Nationalismus" gegründet. Diese Gruppe nahm u.a. an revanchistischen Provokationen teil, wie anläßlich des Stoph-Besuches in Kassel, wo sie ein Flugblatt unter der Losung „Die Spaltung Deutschlands ist die Spaltung des deutschen Proletariats" verteilte.

Es sollte Aufgabe insbesondere der fortschrittlichen Studenten an der Ruhr-Universität sein, im nächsten Semester etwas mehr Licht in dieses braune Dunkel zu bringen.

KB/Gruppe Bochum

Die alten Faschisten werden immer frecher

Die (un)heimlichen und offenen Treffen alter Faschisten häufen sich zusehends. Nach einer Meldung der französischen Zeitung „Le Monde" vom 21.9.1976 trafen sich vom 17. - 19.9. unter dem HIAG-Zeichen 300 Altfaschisten in Würzburg zu einem „Familienfest".

Rund 40 davon waren Franzosen. Alle gehörten den SS-Divisionen „Horst Wessel" und „Charlemagne" an.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Würzburg stimmt mit der dreisten Behauptung der HIAG, man sei ein „unpolitischer" Verein, völlig überein. Er sah angeblich keine Möglichkeit, eine Versammlung, die von einem im Vereinsregister eingetragenen Verein (!) einberufen wird, zu verbieten („Le Monde"). Zweihundert Polizisten wurden zur Verstärkung aus München beordert, um das Nazi-Treffen zu schützen vor den rund 150 Antifaschisten, die unter den Fenstern demonstrierten. SPD-Fürst Willy Brandt hielt zu selben Zeit und Stunde eine Wahlrede auf dem Marktplatz von Würzburg...

Eine weitere Nazi-Provokation soll in Niedersachsen stattfinden. Die SS-„Leibstandarte Adolf Hitler" plant, sich vom 1. bis 3. Oktober in Ebstorf zu einem „Kameradschaftstreffen" zu versammeln. Nur wenige Kilometer entfernt liegt das KZ Bergen-Belsen, in dem Zehntausende von Menschen Opfer der SS-Banditen wurden.

Einheiten der „Ersten Panzerdivision Leibstandarte Adolf Hitler" waren an Verbrechen in Oberitalien, Jugoslawien, Belgien und den Ardennen beteiligt („Extra-Dienst", 28.9.).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Antiterror"-Gesetze verabschiedet

Am 20. September traten die am 24. Juni im Bundestag mit den Stimmen der SPD und FDP beschlossenen „Gesetze zur Terrorismusbekämpfung" (siehe AK 83) in Kraft.

Die CDU/CSU hatte zunächst diesen Gesetzen nicht zugestimmt, weil sie sie für nicht scharf genug hielt, inzwischen hat auch sie – mit Ausnahme Bayerns – zugestimmt.

Zur Erinnerung noch einmal die wesentlichsten neuen „Straftatbestände":

– Wer eine „terroristische Vereinigung" gründet, sich an ihr als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit sechs Monaten bis fünf Jahren, bei „Rädelsführern" und „Hintermännern" mindestens ein Jahr bis zehn Jahre bestraft (§ 129 a).

– „Verdächtige" können in U-Haft genommen werden, auch wenn weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr besteht.

– Der gesamte Schriftverkehr zwischen Angeklagten und Verteidigern kann durch einen Richter überwacht werden.

– Erhebliche Erleichterungen bei Verteidigerausschlüssen.

– Erweiterung der Anzeigepflicht: Wer von bevorstehenden Straftaten einer „terroristischen Vereinigung" glaubhaft erfährt und es unterläßt, unverzüglich Anzeige zu erstatten, wird bestraft.

Hiermit ist kurz vor den Wahlen noch einmal deutlich geworden, daß die drei Parteien in dieser Frage an einem Strang ziehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Freispruch für Prügelbullen

Der im Februar 1976 vom Amtsgericht **Wanne-Eickel** wegen Körperverletzung im Amt zu DM 3.000,– Geldstrafe verurteilte Polizeimeister Wolfgang S. aus Herne wurde in zweiter Instanz von der 8. Strafkammer des Bochumer Landgerichtes f r e i g e s p r o c h e n ! S. hatte am 16. Oktober vorigen Jahres einen 19jährigen Malergesellen, der sich einer Festnahme durch Flucht zu entziehen versuchte, mit dem Knauf seiner Pistole auf den Kopf geschlagen und dabei schwer verletzt (Schädelfraktur). Der Bulle hatte in der ersten Instanz vor Gericht behauptet, er habe den zuvor gestolperten Malergesellen in einer Art „Schmerzreaktion" geschlagen, nachdem ihn der am Boden liegende Mann in den Unterleib getreten habe. Pech für S., daß er bei seinem Prügeleinsatz von einem Ehepaar beobachtet worden war, das den Fall vor Gericht ganz anders schilderte: Demnach sei der Flüchtende zwischen zwei parkenden Wagen ausgerutscht. *„Der Polizist habe den 19jährigen am Arm gefaßt und mit der Pistole zugeschlagen. Zweimal habe der Beamte zugeschlagen, zweimal habe es auch schrecklich gekracht"* („WAZ", Ausgabe Wanne-Eickel, v. 22.10.1975).

Und: *„Vornübergebeut, wie der Verfolgte am Boden gekauert habe, hätte er kaum treten können..."* (ebenda).

So wurde Bulle S. zunächst zu DM 3.000,– Geldstrafe verurteilt, durfte seinen Dienst aber weiter verrichten.

In der Berufungsverhandlung, fast ein Jahr nach dem Vorfall, trat nun erstmalig ein „Zeuge" in Erscheinung, der behauptete, das Ehepaar habe nicht, wie in der ersten Verhandlung ausgesagt, drei Meter vom Tatort entfernt gestanden. *„Daher hätten sie auch nicht sehen können, daß der Herner zweimal zugeschlagen habe"* („WAZ", 9.9.76).

Außerdem meinte der Arzt, der die Schädelverletzung des 19jährigen operiert hatte: *„Zwei Einschläge sind unwahrscheinlich. Es müßten Schläge in ein und dieselbe Kerbe gewesen sein"* (ebenda).

Aufgrund dieser „Aussagen" wurde der Bulle tatsächlich freigesprochen! Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision ein. Vielleicht wird es in der dritten Verhandlung (sofern es überhaupt dazu kommt) dann einen „Zeugen" geben, der bestätigt, daß der Malergeselle ohnehin schon wochenlang mit der Schädelfraktur herumgelaufen sei!

Ein KB-Genosse aus Wanne-Eickel

Münster: Polizeiüberfälle gegen Linke immer brutaler

In den letzten Monaten und Wochen des Wahlkampfes ist es zu verstärkten Polizeiübergriffen in den verschiedensten Städten der BRD auf linke Zeitungsverkäufer, Büchertische und Stände gekommen.

Ein Beispiel dafür ist Münster. Nachdem die dortige KBW-Ortsgruppe am 18.9. durch die Ludgeristrasse – größte Einkaufsstraße am Ort – einen sogenannten Agitationszug veranstaltete und vor den Wahlkampfständen der bürgerlichen Parteien mehrere Reden hielt und Parolen rief, wurde auf Initiative der SPD ein Trupp von ca. 60 Bullen mit mehreren Mannschaftswagen durch Zivilstreifen per Funksprechgeräte angefordert. Innerhalb kürzester Zeit waren diese am Ort des Geschehens und entfachten eine wilde Straßenschlacht. Genossen wurden festgehalten, verfolgt, durch die halbe Stadt mit mehreren Bullen gehetzt und dann verprügelt, ein mittlerweile aufgebauter Stand des KBW zerschlagen, Zeitungen zerrissen und anschließend 25 (!) Menschen verhaftet und bis zum frühen Abend in Zellen eingesperrt.

Am Sonnabend, dem 25.9., zeigte sich folgendes Bild: In der gleichen Einkaufsstraße standen wie immer die Stände der CDU, SPD und FDP in trauter Eintracht nebeneinander. Circa 40 KBWler waren gegen 10 Uhr vor diesen Ständen und hielten Reden.

Nach bereits 10 Minuten beobachteten einige Umstehende, wie aus mehreren Fenstern fotografiert wurde. Plötzlich lösen sich ca. 25 bis 30 Zivilbullen, durchweg jüngeren Alters, aus der Masse der Passanten und greifen sich mehrere KBW-Mitglieder.

Einige können entkommen, werden aber sofort von jetzt aus einer Seitenstraße strömenden Bullen in Kampfausrüstung verfolgt und zum Sammelplatz geschleppt, wo bereits vier Mannschaftswagen bereit standen, in die die verhafteten Genossen geschmissen werden.

Die Zivilen schnappen sich jetzt die gegen diesen brutalen Polizeiüberfall protestierenden Genossen; Zeitungen und Pappschilder fliegen durch die Luft, mehrere Brillen bleiben auf dem Straßenpflaster liegen, gehen zu Bruch.

Menschentrauben bilden sich; es wird lebhaft diskutiert. Einer distanziert sich von dem Vorgehen des KBW, meint aber, daß vor allem die Polizeiübergriffe verurteilt werden müssen. Einen Augenblick später sieht man ihn, wie er mit umgedrehten Armen von vier „seriös gekleideten" Männern zu einem Mannschaftswagen geschleppt wird.

Als in ihnen kein Platz mehr ist, wird im Konvoi abgefahren; ca. 30 Menschen sind mitgenommen worden.

Knapp zwei Stunden später: Etwa zehn „davongekommene" KBW-Genossen halten wieder vor dem Stand der bürgerlichen Parteien eine Rede. Diesmal dauert es kaum fünf Minuten: Zwei Mannschaftswagen kommen mit Blaulicht die Fußgängerstraße entlanggefahren, stoppen, aus ihnen springen Bullen mit Helm, Knüppel etc. und greifen sich erneut mehrere KBWler, schleifen sie in die Wagen, die Türen werden zugeknallt, und man sieht durch die Fenster des Wagens, wie die Knüppel auf- und niedergehen, während gleichzeitig Schreie aus den Autos zu hören sind. Als die Empörung der Umstehenden zu groß wird, gegen die Fenster geschlagen und „aufhören" gerufen wird, fahren die Mannschaftswagen eilig weg.

Aus der Erkenntnis heraus, daß ein erfolgreiches Abwehren dieses zunehmenden Abbaues demokratischer Rechte nur im gemeinsamen Handeln aller Betroffener liegt, hatte sich bereits im Juli ein Anti-Repressionsbündnis aus verschiedenen Organisationen und Initiativen gebildet. So konnten wir z.B. durch eine gemeinsame Aktion das Recht auf das Aufstellen von Büchertischen an der Uni erkämpfen.

Leider scheint dieses Bündnis während der jetzt zu Ende gehenden Semesterferien etwas eingeschlafen zu sein. Wir meinen, daß der zunehmende Bullenterror ein Anknüpfungspunkt sein muß, auf dem eingeschlagenen Weg mit mehr Entschlossenheit als bisher fortzufahren und eine breite Abwehrfront auch auf diesem Gebiet der Repression aufzubauen.

Leider hat der KBW sich bislang strikt geweigert, dem Anti-Repressionsbündnis beizutreten und hat stattdessen die dort vertretenen Organisationen schlicht als „bürgerliche Linke" diffamiert.

Um die Diskussion über Formen und Inhalte möglicher Anti-Repressionsarbeit in Münster zu intensivieren und zu konkreten Schritten der weiteren Arbeit gerade auf diesem Gebiet zu kommen, laden wir alle Interessierten ein zu einer **Diskussionsrunde am Sonnabend, dem 16. Oktober, 19 Uhr in der „Kronenburg", Hammer Straße 39.**

KB/Sympathisanten Münster

Hamburg: Am 25.9. verteilte Finanzminister Apel in Hamburg-Langen-

gen, zweimal habe es auch schrecklich gekracht" („WAZ", Ausgabe Wanne-Eickel, v. 22.10.1975).
Und: „Vornübergebeut, wie der Verfolgte am Boden gekauert habe, hätte er kaum treten können..." (ebenda).
ben, der bestätigt, daß der Malergeselle ohnehin schon wochenlang mit der Schädelfraktur herumgelaufen sei!
Ein KB-Genosse aus Wanne-Eickel

Polizeiüberfall auf KBW-Stand

Polizeiüberfall auf KBW-Stand

Hamburg: Am 25.9. verteilte Finanzminister Apel in Hamburg-Langenhorn auf dem Langenhorner Markt rote Rosen. Als er sich durch einen KBWler dabei gestört fühlte, wurde dieser von der Polizei entfernt. Doch das war noch nicht genug: Kurze Zeit später stürmten 18 Polizisten an den Wahlstand des KBW auf dem Markt. Sie griffen sich gezielt vier KBWler, prügelten sie brutal zusammen und nahmen sie fest. Andere Menschen, die helfend eingreifen wollten, wurden mit Knüppeln davon abgehalten. Als nach dieser Aktion 25 Linke vor die nächste Wache demonstrierten, um die Freilassung der vier Festgenommenen zu fordern, schlug die Polizei zwei weitere Genossen zusammen, weil sie sich durch einen Fotoapparat „bedroht" fühlte. Die beiden Genossen erhielten Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" (!) und „Landfriedensbruch"!

Ein Genosse der BO Barmbek
KB/Gruppe Hamburg



Bullen räumen KBW-Stand ab

BILD wirbt für KB-Broschüre



Strauß-Porträt im Spiegel: So sieht der französische Zeichner Jean Mulatier den CSU-Vorsitzenden



Strauß-Porträt im kommunistischen Kampfblatt Niemand weiß woher das fast gleiche Porträt stammt

Ist das sein Spiegel-Bild?

n.s. **Hamburg**, 26. September

Wie sich die Bildnisse gleichen: Als das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" am vergangenen Montag seine Titelseite mit einem Strauss-Porträt des französischen Zeichners Jean Mulatier ver(un)zierte, tauchte auch ein kommunistisches Wahlkampfblatt mit fast dem gleichen Konterfei des CSU-Vorsitzenden auf den Straßen auf.

Doch der Name des im kommunistischen Dienste stehenden „Künstlers" bleibt unbekannt. „Wir können nicht sagen, woher wir das Strauss-Porträt haben", erklärt der Hamburger „Verlag Arbeiterkampf". Und „Der Spiegel" versichert klipp und klar: „Mit unserer Zeichnung hat das nichts zu tun!"

Dem ob des doppelten „Sträusschen" verblüfften Leser kann dies nur bestätigt werden: denn ein Spiegel-Bild des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauss ist dieses Konterfei sicherlich nicht...

Unfreiwillige Werbung für unsere Anti-CDU-Broschüre machte die „Bild am Sonntag" mit nebenstehend abgedrucktem Artikelchen (26.9.76). Das untere Bild zeigt die Titelseite der Broschüre. Man sollte es nicht glauben: Diese Spinner haben wirklich bei uns im Verlag angerufen, um herauszubekommen, wie der Name des Künstlers lautet, der dieses Strauß-Portrait gestaltet hat!...

Dabei ist die Antwort doch ganz einfach, und hier sei sie nun den „Kollegen" von der „BamS" verraten: Es handelt sich um ein Selbstbildnis, das von F.J. Strauß während seiner China-Visite vor einigen Monaten angefertigt wurde.

Sonst noch Fragen?...

Feuerwehr – Brandschutz für das kapitalistische Ausbeutersystem?

Daß den Feuerwehren in der BRD neben dem Brandschutz von der Bourgeoisie auch politische Aufgaben zugedacht sind, machte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger (aus Zemmern bei Rottweil in Baden-Württemberg) jüngst bei einer öffentlichen Ansprache zum hundertjährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr im schleswigholsteinischen Elmshorn deutlich: **„Die Feuerwehr ist ... nicht nur eine Organisation des Feuerschutzes und der technischen Hilfeleistung, sondern ein ganz entscheidendes Element unserer inneren Sicherheit. Und auf dieses Element können wir nicht verzichten, wenn wir die rote Flut am Eisernen Vorhang aufhalten wollen"** („Frankfurter Rundschau", 28.9.). Zum Schutz der „inneren Sicherheit" kann nämlich die Feuerwehr als Hilfspolizei eingesetzt werden, kann bei Fahndungen, Absperrungen etc. Polizei und BGS unterstützen, wobei die Ausrüstung fast aller Wehren mit Funkgeräten von großem Nutzen sein dürfte.

Ein Kieler Genosse

Westdeutsche Bullen – Immer auf Seite der Faschisten

Wanne-Eickel. Ihre mittlerweile sechste Wahlkundgebung führte die NPD am 18.9. in Wanne-Eickel (Stadt Herne) durch. Erschienen war diesmal der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug. Ebenfalls erschienen waren – wie schon zu vorherigen Gelegenheiten (siehe AK 89) – ca. 100 Antifaschisten, die gegen den Auftritt der Faschisten mit Sprechparolen und Transparenten protestierten. Dazu aufgerufen hatten in einem gemeinsamen Flugblatt unorganisierte Genossen (ehem. Mitglieder und Sympathisanten des Spartacusbundes, heute z.T. mit der ebenfalls trotzkistischen GIM sympathisierend) sowie Mitglieder des Kommunistischen Bundes aus Wanne-Eickel. Wie bereits beim letzten Mal (am 4.9.) waren auch Falken und SDAJ'ler wieder in größerer Anzahl dabei.

Als im Verlauf der Nazi-Kundgebung die Rempeleien zwischen NPD'lern und Antifaschisten zunahmen, **wurden zunächst zwei Bullen dazwischen geschickt. Dadurch offensichtlich ermutigt,** stürzte sich ein NPD-„Ordner" auf ein antifaschistisches Transparent und verletzte den Transparentträger am Kopf. Um die empörten Antifaschisten zurückzuhalten, baute die Polizei schnell eine Schutzreihe auf. „Deutsche Polizisten, schützen die Faschisten", scholl es ihnen entgegen.

Der NPD-Schläger wurde zwar kurz im Mannschaftswagen verhört, danach aber wieder freigelassen. Ein Bulle später zu den Antifaschisten: „Wenn ihr noch lauter gebrüllt hättet, dann hätten wir Euch auseinandergehauen!". Derart vorgegangen waren die Bullen am gleichen Tag im benachbarten Bochum, wo Mußgnug zuvor aufgetreten war. Ca. 30 protestierende KBW'ler wurden überfallartig und ohne vorherige Warnung von den Bullen auseinandergeprügelt; drei KBW-Genossen vorübergehend festgenommen.

Wie im letzten AK berichtet, sollte die in Wanne-Eickel **anläßlich der Anti-NPD-Aktionen erreichte Zusammenarbeit** (zwischen den unorganisierten Genossen und dem KB) durch eine gemeinsame Antifa-Veranstaltung vertieft werden. Dieser hoffnungsvolle Ansatz für eine linke Aktionseinheitspolitik am Ort, ist von den (unorganisierten) Trotzkisten überraschend gespalten worden. Ihre Begründung: Der KB sei eine Organisation mit einer festen politischen Linie, er habe zu vielen Fragen Untersuchungsarbeit geleistet, Material anzubieten usw. Sie fühlten sich dadurch als Unorganisierte „an die Wand gedrückt", „zu Hilfstruppen des KB degradiert". Daher sei die Veranstaltung und auch die Aktionseinheit für sie gestorben. Mit Sektierertum helfen diese Genossen objektiv mit, die politische Situation in Wanne-Eickel festzuschreiben, wo die Linke bisher im Dornröschenschlaf verharrt hat. Die geplante Veranstaltung werden wir unter diesen Umständen nun allein durchführen.

KB-Genossen aus Wanne-Eickel

Großveranstaltung: „Politische Prozesse ohne Verteidigung?"

Hamburg:
Mit rund 1.200 Teilnehmern fand am 28.9. im Hamburger Audimax eine Großveranstaltung mit bekannten fortschrittlichen Anwälten zum Thema „Politische Prozesse ohne Verteidigung" statt. Aufgerufen hatten u.a. die „Initiative deutscher Strafverteidiger" und das Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Veranstalter war der SSB.

Verbeamtung des Anwaltberufs

Rechtsanwalt Wächtler aus München, der Verteidiger von Rolf Pohle, verglich in seinem Referat die Entwicklung, die zur brutalen Säuberung der Anwaltschaft durch die Nazis führte, mit den heutigen Tendenzen, die Anwaltstätigkeit zu verbeamten und eine wirksame Verteidigung politisch Verfolgter zu verhindern. Während in den Jahren kurz nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus die Unabhängigkeit des Verteidigers gegenüber dem Staatsapparat betont und Nazi-Anwälte an ihrer Tätigkeit gehindert wurden, sollen heute alle Anwälte genau wie Beamte auf die Treue zur „fdGO" eingeschworen werden. Gleichzeitig wird eine Distanzierung von den Mandanten verlangt. Unter dem Faschismus konnte es schon zu einem „Dienststrafverfahren" (wie bei Beamten) führen, wenn ein Verteidiger seinen Mandanten als „wertvollen Menschen" darstellte.

Heute werden Anwälte diffamiert, die gemäß ihrer anwaltlichen Pflicht die politische Überzeugung des Angeklagten betonen, statt ihn als „gewöhnlichen Kriminellen" zu behandeln.

Die Angriffe auf die Anwälte, die damals wie heute synchron mit den Berufsverboten erfolgen, finden auf zwei Ebenen statt. Den meisten Anwälten werden „Verfehlungen" aus ihrer anwaltlichen Tätigkeit – wie z.B. Identifizierung mit den Angeklagten vorgeworfen.

Eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis gegenüber Anwälten wird in dem Fall des Augsburger Anwalts Gildemeier deutlich, dem keinerlei direkte berufliche Verfehlung vorgeworfen wird, sondern ausschließlich seine Sympathie für die „KPD", die er in seiner Freizeit unterstützt hat.

Frageverbot für Verteidiger

RA Heinisch aus Westberlin, der für den erkrankten RA v. Plottnitz sprach, berichtete sehr plastisch über die zahlreichen Schikanen in dem Prozeß wegen der Tötung von Ulrich Schmücker, in dem seine Mandantin Ilse Jandt zu lebenslänglicher Haft – (das erste lebenslänglich in einem politischen Prozeß!) – verurteilt wurde. So erhielten Verfassungsschutzbeamte keine Aussagegenehmigung, die von der Verteidigung als Zeugen beantragt wurden, um Absprachen zwischen dem Verfassungsschutz und dem berüchtigten Kronzeugen Bodeux zu beweisen. Als die Verteidigung auf Erteilung einer Aussagegenehmigung klagte, schickte man schließlich den Leiter des Amtes als Zeugen, der aber genau zu dem springenden Punkt wiederum die Aussage verweigerte. Begründung: „Gleichgültig", ob solch eine Absprache stattgefunden habe oder nicht, würden durch die Aussage Arbeitsweisen des Verfassungsschutzes und seiner Agenten bekannt werden, die seiner Tätigkeit Schaden zufügen würde. Daraufhin mußten die Anwälte erneut wegen der Aussagegenehmigung vor das Verwaltungsgericht.

Das schärfste leistete sich das Gericht mit einem Frageverbot: Als Bodeux sich weigerte, auf Fragen der Verteidigung zu antworten, obwohl er zuvor Richter und Staatsanwalt geantwortet hatte, ordnete der Vorsitzende ein generelles Frageverbot für die Verteidigung an, wofür es in der Strafprozeßordnung keinerlei Grundlage gibt. Wegen ihrer Proteste dagegen und anderer Äußerungen im Verfahren wurden insgesamt sechs (!) Ehrengerichtsverfahren gegen die Verteidiger in Gang gesetzt.

Berufsverbot für Reinhard im öffentlichen Interesse?

RA Reinhard berichtete von seinem Ehrengerichtsverfahren.

Alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe sind älter als zwei Jahre. Dennoch hat man jetzt ein beschleunigtes Verfahren mit dem Ziel eines vorläufigen Berufsverbotes eingeleitet, weil der weitere Verbleib von Reinhard in der Anwaltschaft „untragbar" und sein Ausschluß „im öffentlichen Interesse" sei. Der einzige neuere Vorwurf, Reinhard habe die Schußwunden seines Mandanten Karl-Heinz Roth fotografiert und damit gegen das Verbot der Mitnahme von Fotoapparaten in Strafvollzugsanstalten verstoßen, ist inzwischen selbst von einem Ehrengericht zurückgewiesen worden.

Reinhard wird praktisch vorgeworfen, seinen Mandanten alle Verteidigungsmittel konsequent erläutert zu haben. So soll er den Angeklagten im Schmücker-Prozeß, die zu diesem Zeitpunkt lediglich als Zeugen verhört wurden, empfohlen haben, jede Aussage zu verweigern, auch auf die Gefahr einer Beugehaft. Besonders infam an dem Verfahren ist die Situation, daß Reinhard zu seiner Verteidigung Ausführungen machen müßte über Gespräche, die er als Anwalt vertraulich mit seinen damaligen Mandanten geführt hat und die seine Mandanten, deren Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sind, belasten könnten.

Arbeitsgruppe „Gegen die politische Unterdrückung in der BRD"

RA Groenewold berichtete von dem Auslieferungsverfahren gegen Rolf Pohle, insbesondere von dem „Gutachten" des Prof. Triffterer für die Bundesregierung, in dem u.a. behauptet wird, es gäbe in der BRD keine Staatsschutzkammern an den Landgerichten (genauso, wie es in der BRD bekanntlich auch keine Berufsverbote gibt!).

Ferner erläuterte er die gegenwärtige Entwicklung des BRD-Staatsschutzes anhand zahlreicher Äußerungen von Verfassungsschützern, in denen die „gesellschaftssanitäre Funktion der Polizei" betont und die „vorbeugende Umfassung des ganzen menschlichen Bereichs" gefordert wird.

Eine Resolution gegen die Verteidigerbehinderungen und die Berufsverbote für Groenewold und Reinhard wurde von den Anwesenden per Akklamation verabschiedet.

SSB und Arbeiterhilfe riefen zur Gründung einer „Arbeitsgruppe gegen die politische Unterdrückung in der BRD" auf, mit der eine Anregung der französischen Partei PSU zur Gründung von „Russel-Komitees" gegen die Repression in der BRD aufgegriffen wird.

Die Gründungssitzung der Arbeitsgruppe findet am Di., den 5.10. um 18.30 Uhr in der Hamburger Uni (Fachschaftsraum PI, Von-Melle-Park 8) statt.

IKAH, Hamburg

„KPD/ML": Je oller, je doller

Vor der Hamburger Solidaritätsveranstaltung für die Rechtsanwälte Groenewold und Reinhard, die vom Berufsverbot bedroht bzw. betroffen sind (siehe Bericht in diesem AK), wurde u.a. die „Rote Hilfe Deutschlands" angesprochen, ob sie diese Veranstaltung unterstützen wolle. Dies wurde mit der Begründung verweigert, der SSB trete als Veranstalter auf!!!!

Die „Rote Hilfe" war in einem Schreiben der „Initiative Hamburger Juristen" aufgefordert worden, die Solidaritätsveranstaltung zu unterstützen.

. Irgendwelche inhaltlichen Bedingungen sind dabei nicht gestellt worden. Einziger Fakt, der vorher feststand – und dementsprechend der „Roten Hilfe" auch vorher mitgeteilt wurde – war, daß der SSB Veranstalter sein würde.

In der Pose einer beleidigten und äußerst schmierigen Leberwurst jammerte die „Rote Hilfe" – und etwas später auch die „KPD/ML" –, dies Vorgehen sei „gegen die Einheit gerichtet".

Als ob von seiten der ML'er jemals eine Einheit angestrebt oder ermöglicht worden wäre!!!

Dementsprechend schrieb die „Rote Hilfe" in einem äußerst provokatorisch gehaltenen Brief vom 15.9.76: *„Der KB ist als Organisation (nicht jedes einzelnes Mitglied) weder demokratisch, noch fortschrittlich, noch gar kommunistisch, sondern im Gegenteil eine konterrevolutionäre trotzkistische Organisation, die der DKP durchaus das Wasser reichen kann. Es ist anzunehmen, daß Ihr diese Auffassung nicht teilt* (allerdings!), *daß Ihr Illusionen über die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem KB habt... Auf keinen Fall werden wir innerhalb einer gemeinsamen Veranstaltung mit Vertretern konterrevolutionärer Agenturen, sei es DKP, sei es KB, sei es GIM oder EAP, auftreten ..."*

Dieses Vorgehen ist auf allgemeine Ablehnung bei den Hamburger Anwälten gestoßen. Wir können nunmehr nur hoffen, daß die ML-Provokateure so weiter machen, und wir ermutigen sie sogar ausdrücklich hierzu, denn so wird sich dieser Verein um so schneller ins totale politische Abseits manövrieren.

IKAH, Hamburg

Klassenjustiz-Meldungen

Koblenz/Mainz: Die Wahl-Werbe-Spots von „KPD" und KBW müssen nach rechtskräftigen Urteilen der Oberverwaltungsgerichte Koblenz und Mainz im ZDF gesendet werden. Nach Ansicht des ZDF verstößt der Inhalt der Sendungen gegen Strafgesetze. Die Gerichte meinten aber, die Parteien müßten sich selbst darstellen können, wie sie wirklich sind („Welt", 22./23.9.76).

Das allerdings hält das Verwaltungsgericht Hamburg – also ein Gericht einer niedrigeren Instanz – nicht davon ab, zu entscheiden, daß die „KPD" im NDR (Fernsehen und Hörfunk) **nicht** senden darf, weil – und nun kommt was ganz Neues: die „KPD" 1956 verboten und seitdem vom politischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen sei (lt. „Welt", „Hamburg"-Beilage, 30.9.76).

Freiburg: Wie die Zeitschrift „Rote Robe" in ihrer letzten Ausgabe berichtet, soll jetzt gegen einen weiteren Rechtsanwalt ein Ehrengerichtsverfahren mit dem Ziel des Berufsverbots durchgeführt werden. Es handelt sich um den Freiburger Anwalt Moos.

Welche Vorwürfe gegen den Anwalt im einzelnen erhoben werden, geht aus dem Artikel der „Roten Robe" nicht hervor; es wird lediglich angedeutet, daß die Vorwürfe auf die „Teilnahme an den Kämpfen der Massenbewegungen gegen den bürgerlichen Staat und seine Politiker" beziehen. Außerdem soll Moos zum Vorwurf gemacht werden, politische Angeklagte verteidigt zu haben.

IKAH, Hamburg

Nachrichten aus dem Knast

Kinder-KZ's

Frankfurt/Preungesheim: Im „Mutter-und-Kind"-Knast in Preungesheim, in dem Mütter mit ihren kleinen Kindern gemeinsam inhaftiert sind, gibt es seit April '75 ein Haus, in dem – ausnahmsweise – die Mütter mit ihren Kindern gemeinsam in einer Zelle leben (?) dürfen (!) – anstatt eines kurzen Besuchs täglich. Während die Mütter zwischen 7.30 und 16 Uhr arbeiten, werden – oder besser gesagt wurden, die Kinder von fünf Frauen des „Kinderheimverein" e.V. betreut.

Mittlerweile wurden Verschärfungen der Haftbedingungen eingeführt, die sich auch direkt gegen die Kinder richten!!

- Das Team wurde aufgefordert auch normale Aufgaben des Aufsichtspersonals (!) zu übernehmen.
- Die Kinder sind den gleichen entwürdigenden Bedingungen unterworfen, wie ihre Mütter: Jedem Kind stehen nur soviel Süßigkeiten zu, wie einer normalen Strafgefangenen. Sie dürfen ebenfalls nur zu Weihnachten und zum Geburtstag ein Packet empfangen.
- Die Besucher der Kinder – z.B. Väter – werden im Beisein der Kinder durchsucht, – der neueste Einfall der Anstaltsleitung: Die Kinder werden vom Wachpersonal „unauffällig" umgezogen und dabei gefilzt!!
- Dann wurden den fünf Betreuerinnen „unauffällig" zwei Aufsichtsbeamtinnen untergeschoben – zur „Unterstützung". Sie sollen für „Sauberkeit und Ordnung" sorgen, d.h. „auf die Finger schauen, was die so machen".

Daraufhin sind am 26.8. fünf Frauen in Hungerstreik getreten. Sie ließen sich aber noch am gleichen Tag von der Anstaltsleitung beschwatzen. Am nächsten Tag trat das Betreuerteam in Streik und forderte – vergeblich – den Abzug der beiden Aufseherinnen. Angedroht wurden ihnen vielmehr entweder

- bei Arbeitsaufnahme Strafmaßnahmen unbekannten Inhalts oder
- bei Streikfortsetzung fristlose Kündigung.

Das Team zog die Konsequenz der fristlosen Kündigung. Es sah sich zu einer weiteren Arbeit nicht mehr in der Lage.

Kampf den Kinder-KZ's!!

IKAH, Hamburg

Bildung für Strafgefangene?

Wie die „Welt" am 21.9. meldete, gibt es in der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim eine Schule, in der man seinen Hauptschulabschluß nachholen kann.

Und in der Strafvollzugsanstalt Freiburg beginnen dieser Tage 20 Gefangene einen Kurs, der sie zur Mittleren Reife führen soll. Der badenwürttembergische Justizminister Bender prahlte bei der Gelegenheit, der Resozialisierung solle eine Chance gegeben werden. 3/4 aller Strafgefangenen haben keinen Schulabschluß. Das Versäumte müsse – so Bender – unbedingt nachgeholt werden.

Einen Tag später wurde bekannt, daß es in Hamburg einen ehemaligen Gefangenen gibt, der eine solche Chance genutzt hat und während seiner 12jährigen Haft das Abitur nachgeholt hat, Volkswirtschaftslehre studierte und inzwischen sein Diplom hat. Er ist wirklich beneidenswert: Welcher Arbeitslose hat schon ein Diplom in der Tasche!

Daß ehemalige Gefangene von kaum einer Firma genommen werden, ist hinlänglich bekannt, deshalb kommen ja auch so viele zurück! Das interessiert aber bürgerliche Politiker wenig – besonders im Wahlkampf.

Da gilt, daß ein Kurs eingerichtet wurde, wieviele aber den Abschluß schaffen unter den Knastbedingungen, ist eine ganz andere Sache.

Und wieviele schließlich damit „in der Freiheit" auch was anfangen können, ist sehr die Frage. Zum renommieren genügt offenbar, daß man ab und an ein paar Gefangene und ein paar Kurse vorzeigen kann.

Uns ist z.B. der Fall eines Hamburger Gefangenen bekannt, der einst an den guten Willen der Behörden glaubte und sich irrsinnig angestrengt hat. Mit seinen Leistungen wurde Reklame gemacht für den sogenannten Resozialisierungsvollzug. Als er aber die Versprechen einlösen wollte, die ihm gemacht waren, (weitere Berufsausbildung als „Freigänger") machte man ihm einen Strich durch die Rechnung. Er sollte drinnen bleiben, damit die Statistiken über erfolgreiche Schüler etwas besser aussahen. Das Ergebnis war, daß der Gefangene beim nächsten Urlaub türmte.

Nachdem er wieder eingefangen war, fiel er wieder auf Versprechungen herein, strengte sich an, erbrachte hervorragende Leistungen, wurde vorgezeigt, seine Arbeiten wurden ausgestellt. Aber als es Ernst wurde, brach die Behörde ihre Zusagen (weitere Schulbildung), obwohl bereits alles arrangiert war. Ergebnis: Nach dem nächsten Urlaub kam er nicht zurück.

Als er erneut eingefangen war, war es mit seinem guten Willen endgültig aus. Mittlerweile war aus einer kleineren Jugendstrafe eine sechsjährige Haft geworden (wegen des verlängerten Urlaubs). Immerhin hat er in diesen Jahren gelernt, auf welcher Seite die Klassenjustiz steht. So hat der Strafvollzug indirekt einem Gefangenen geholfen, klassenbewußt zu werden.

Mögen auch die 20 Freiburger Gefangenen, die sich gerade auf die Mittlere Reife vorbereiten, lernen, warum ihnen die Justiz diese „Chance" gibt!

IKAH, Hamburg

Nachrichten

Hamburg: Wir berichteten im Juni (AK 82) von dem Hamburger Gefangenen Enno Schmidt, der an der teils erfolgreichen Revolte 1972 in Santa Fu entscheidenden Anteil hatte. Er war dabei vom Knastdach gestürzt und war nur knapp dem Tod entkommen. Seit Monaten ist er gesundheitlich am Ende, und seit Monaten steht die Forderung, seinen Tumor im Gehörgang unter zumutbaren Bedingungen zu operieren. Anfang September gab die Justiz nun endlich ihren Segen. Enno kam nach Eppendorf in die Uni-Klinik. Allerdings floh er von dort, weil er mitbekommen hatte, daß der Narkosearzt die Befürchtung geäußert hatte, daß Ennos Kreislauf eventuell schon zu schwach für eine Narkose sei. Er war monatelang mit täglich ca. 10 Schmerztabletten „behandelt" worden!!

Nach seiner „Flucht" erkundigte er sich, ob die Justiz ihm Straffreiheit (wegen der Flucht) und eine angemessene ärztliche Behandlung garantiert. Auf ein vages Versprechen hin kam er zurück. Nun will man ihn nur noch in Handschellen aus dem Haus lassen, was Enno wiederum nicht akzeptiert. Sein gesundheitlicher Zustand ist inzwischen so schlecht, daß er sich in Lebensgefahr befindet.

* * *

Westberlin: Gegen mehrere Beamte des Untersuchungsgefängnisses Moabit wird aufgrund der Anzeige eines Justizbeamten wegen Verdachts auf Körperverletzung ermittelt.

Ein 29-jähriger Häftling, der aus Tegel nach Moabit verlegt worden war, soll am 22.8. vom Aufsichtspersonal geschlagen und getreten worden sein, so daß er sich in ärztliche

Fortsetzung auf Seite 20

Knast –

Fortsetzung von Seite 19

liche Behandlung begeben mußte.
Ein 22jähriger Franzose, der inzwischen aus der Haft entlassen ist, wird noch als Zeuge gesucht. Er war auf dem Weg zur „Beruhigungszelle" geschlagen worden (Angaben lt. „Welt", 15.9.76).

• • •

Düsseldorf: Dem Journalisten und Schriftsteller Armin Kerker, wurde nicht erlaubt, ein Interview mit Peter Paul Zahl zu machen, der in der Justizvollzugsanstalt Köln sitzt. Das Interview sollte in der WDR-Sendung Radiothek gesendet werden.

Der Richter am Landgericht Düsseldorf, Monschau, begründet das origineller weise damit, daß P.P. Zahl in einem solchen Interview seine eigene Meinung sagen würde.

Das hatte er nämlich schon mal getan! In der „Frankfurter Rundschau" vom 24.7.76 war zu lesen, was er dem Journalisten W.F. Schoeller erzählt hatte. Diese Meinung hält der Richter für „unrichtig und tendenziös", sie vermittle der Öffentlichkeit „ein falsches Bild vom Vollzug der Untersuchungshaft". Außerdem würde das, was die Klassenjustiz P.P. Zahl zur Last legt, „in einseitiger Tendenz verniedlicht".

Armin Kerker bezeichnete die Entscheidung des Landgerichts als Vor- und Nachzensur zugleich: Einem Untersuchungshäftling – so die „FR" vom 1.9. – würde vorgeworfen, seinen Fall der Öffentlichkeit aus seiner Sicht dargestellt zu haben; deshalb würde ihm nun von vornherein die Gelegenheit, seine Meinung zu sagen, verwehrt.

• • •

Köln: Für Montag den 27.9. hat der inhaftierte Schriftsteller Peter Paul Zahl einen Hungerstreik angekündigt. Der Leiter der Anstalt Köln – Ruchusstr., Georg Bücker, hat ihm am 23.9. sämtliche Bücher und Manuskripte abgenommen und damit er keine neuen Manuskripte schreibt auch gleich noch seine Schreibmaschine!!! Diese unglaubliche Schweinerei erlaubte er sich mit einem Schriftsteller, der – zu 15 Jahren Knast verurteilt – seit langem ohnehin nur 20 Bücher haben durfte, die zudem noch regelmäßig kontrolliert wurden! 15 Jahre unter solchen Bedingungen sind einfach mörderisch!

Solidaritätsbriefe für Peter Paul Zahn können geschickt werden an:

Rochusstr. 350, 5 Köln 30, P.P. Zahl.

IKAH, Hamburg

Leserbrief aus dem Knast

Ein Hamburger Strafgefangener schrieb uns: „*Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erleben – besonders wenn er eine Reise als Gefangener tut, bzw. tun muß.*

Meist erfährt er von einem bevorstehenden Transport erst kurz davor.

Reisevorbereitungen

Er hat keine Gelegenheit, sich das nötigste an Rauchwaren etc. zu besorgen, geht also total unvorbereitet auf die Reise. Eine Untersuchung, ob der Gefangene überhaupt transportfähig ist, habe ich noch in keinem Fall erlebt. Sofern man ein UKW-Radio besitzt, wird es für die Dauer des Transportes abgenommen. Zeitungen gibt es ebenfalls nicht.

Reiseproviant

Brutal wird es bei der Verpflegung. Geht der Transport über mehrere Städte, – sagen wir mal von Hamburg nach Bayern – so liegen dazwischen mehrere Tage, an denen es nicht mal was Warmes zu essen gibt. Morgens bei der Abfahrt bekommt man einige Scheiben Brot – mit irgendetwas Undefinierbarem belegt –, die den Tag über reichen müssen. Mittags ist zwar immer in einem Knast zwei Stunden Aufenthalt, aber nur die sogenannten Transportbegleiter – Polizisten, die für einen anderen Bereich unfähig sind und deshalb ihre Unzulänglichkeit an den Gefangenen abreagieren – bekommen in der Kantine was zu Mittag. Wenn die Gefangenen abends ankommen, ist die Küche dann schon zu.

„Ihr seid ja am Morgen ausreichend verpflegt worden!" Beschwert man sich, ist Keiner zuständig. (...) Ein Transport von Hamburg nach München dauert mehrere Wochen. Wie man dort ankommt, läßt sich bei solcher Praxis denken.

Die „Reisekabinen"

Im Bus sind die Zellen so klein, daß die vier Insassen sich nicht bewegen können. Mit den Knien berühren sie sich gegenseitig und seitwärts gibt es auch kein Ausweichen. Das Viereck, in dem man sitzt, ist höchstens ein Meter auf 1,20 Meter und jeder Tierschutzverein würde auf die Barrikaden gehen, wenn man einen Hund in einen so kleinen Raum sperren würde ... Zur Toilette kann man nur, wenn in einem Knast dazu Gelegenheit ist, aber dazu ist nur in wenigen Knästen Gelegenheit...

Die Übernachtung

Die Zellen zur Übernachtung sind der Horror. Meist keine Fensterscheiben, es ist kalt und schmutzig, man bekommt Bettwäsche, die meist noch vom Waschen feucht ist. Oft sind die Zellen überbelegt und man hat auch sonst alle Schikanen auszustehen. Dauert der Transport mehrere Wochen, so hat man in den Übernachtungskästen nicht mal Gelegenheit zum Duschen...

Reisen als Strafe

Immer öfter kommt es vor, daß unliebsame Gefangene grundlos in andere Knäste verlegt werden, von wo man sie dann wieder zurückschickt. Oft werden sie mit der Begründung, der Transport habe zu viele Teilnehmer, in Übernachtungsanstalten über Wochen belassen, bis in einem der nächsten Transporte ein Platz frei wird. In diesen Transportabteilungen bekommen die Gefangenen ihr Gepäck nicht ausgehändigt. Es gibt keine Freizeitveranstaltungen, außer Freistunden und so sind die Gefangenen täglich 23 1/2 Stunden in der schmutzigen Transportzelle. Es gibt keine Bücher, kein heißes Wasser, nur zerbeultes altes Blechgeschirr, das anderswo längst abgeschaft ist...

Mir ist es passiert, daß in der engen Kabine meine Glieder einschliefen und ich nicht schnell genug aussteigen konnte. Brutal wurde ich angetrieben und als ich dagegen eine verbale Einwendung machte, hatte ich (wörtlich) das Maul zu halten, wurde von hinten vorwärts gestoßen und verbrachte die Nacht in einer sogenannten Sicherheitszelle, in der ein extra Gitterkäfig war, in dem nur noch das Bett Platz hatte. Meine Frage nach der zuständigen Beschwerdestelle wurde gar nicht erst beachtet."

Behördenwillkür greift um sich

Schleswig-Holstein

Wer in seinen Briefen alles klein schreibt, um sich so für eine Rechtschreibreform einzusetzen, hat in Schleswig-Holstein keine Chancen, Lehrer zu werden.

So erging es einem Braunschweiger Studenten, der sich beim Landesschulamt in Kiel für den höheren Schuldienst bewarb. Die CDU-Kultusbehörde antwortete ihm frech, seine Bewerbung werde gar nicht erst bearbeitet, „*da in meinem Bereich nur Bewerber eingestellt werden, die die Orthographie der deutschen Sprache nach den derzeit gültigen Regeln anwenden*".

Darauf antwortete der Student, daß er sich privat für die Kleinschreibung einsetze, sich im Schuldienst jedoch an die verbindlichen Regeln halten werde.

Diesmal fiel die Antwort noch frecher aus: „*Ich bestätige den Eingang Ihres o.a. Schreibens, muß Ihnen jedoch mitteilen, daß ich auf eine weitere Bearbeitung ihrer Bewerbung verzichte. Die erbetenen Bewerbungsunterlagen werden Ihnen nicht übersandt.*"

Offensichtlich ist hier wieder mal ein „Radikaler" aufgespürt worden... Selbst in solchen Fragen sollen sich die Lehrer vollständig unterwerfen. Das zeigt die Willkür, mit der bei der Einstellung vorgegangen wird.

(Information aus „Kieler Nachrichten" vom 2.9.76).

KB/Gruppe Eutin

Verfassungsschützer in Bedrängnis

Kassel

Der hessische Lehrer Hans Roth führt vor dem Verwaltungsgericht Kassel einen Musterprozeß, in dem er die Vernichtung der über ihn angelegten Verfassungsschutz-Akten durchsetzen will.

Auszüge aus diesen Akten wurden Roth vorgehalten, als er sich nach dem Examen um eine Referendarstelle bewarb. Ein Einstellungsgespräch mit Vertretern des Kasseler Regierungspräsidenten verlief positiv. Daraufhin verlangte Roth die Vernichtung der „Ausforschungsakte" (Roth) und klagte. Das Gericht verlangte zur Beurteilung der Wichtigkeit der Akte die Vorlage des Materials – auch zur Einsicht für den Betroffenen. Die Verfassungsschützer legten lediglich zwei Flugblätter und einen Artikel vor, aber – „*Die hatten wohl vergessen, die Seitenzahlen zu retuschieren*" – was auf eine umfangreiche Akte hindeutete. Damit waren die Richter nicht zufrieden und verlangten die Herausgabe der ganzen Akte. Der Verfassungsschutz fürchtet nun um die Preisgabe seiner Technik zur Überwachung „verdächtiger" Bürger: „*Das wäre schädlich für unsere ganze Arbeit*" – so ein Abteilungsleiter im hessischen Innenministerium.

(Informationen nach „Spiegel" vom 27.9.76.)

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Kiel

Berufsverbot erneut gescheitert

Bremen

Bei seinem Vorhaben, gegen den Universitätsangestellten Dieter Mützelburg das Berufsverbot zu verhängen, hat der Bremer Hochschulsenator Franke erneut eine Runde verloren.

Das Bremer Verwaltungsgericht lehnte seinen Antrag auf Zustimmung zur Kündigung aus formalen Gründen ab: der Antrag sei einen Tag zu spät beim Gericht eingegangen.

Dieter Mützelburg ist Leiter der Zentralen Lehrerbildungsstelle der Universität und Mitglied des Personalrats. Im März dieses Jahres hatte Franke versucht, ihn wegen „Unterstützung der Ziele des KBW" fristlos zu entlassen. Der Personalrat hatte sich damals einstimmig gegen die Entlassung Mützelburgs ausgesprochen. Daraufhin war Franke vor das Verwaltungsgericht gezogen, um die Zustimmung des Personalrats zur Kündigung durch Gerichtsbeschluß ersetzen zu lassen.

Franke hat angekündigt, „*dieses Urteil sorgfältig* (zu) *analysieren.*" Seinen Plan, diese politische Entlassung durchzusetzen, wird er darüber sicherlich nicht vergessen. Aber einige linke SPD-Anhänger könnten in letzter Minute vor der Wahl doch wieder verprellt werden, wenn er jetzt schon die Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht ankündigt.

Weg mit den Berufsverboten!
Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

Berufsverbotsdrohung wegen Protest gegen ein Berufsverbot!

Zum 1.8. 76 sollte K.H. als Assessor an einer Gesamtschule in Wolfsburg eingestellt werden. Bis heute wird seine Einstellung aber verzögert. Im Juni hatte er den ersten Anhörungstermin. Als Grund für die Nichteinstellung wird die Kandidatur auf einer „Basisgruppenliste" und die Mitorganisation einer Demonstration gegen das KPD-Verbot genannt. Und weiter: „*Nach Angabe der ‚Kommunistischen Volkszeitung' Nr. 5 vom 6.3. 1974 nahmen Sie in einem Leserbrief gegen die ‚Unterdrückungsmaßnahmen' gegenüber dem Lehrer Fritz Güde Stellung*".

Mit den „Unterdrückungsmaßnahmen" ist ein Berufsverbot gegen Fritz Güde gemeint.

Dem Assessor droht das Berufsverbot also, weil er gegen die undemokratischen Berufsverbotepraktiken protestierte.

Genossen in Wolfsburg

Neue Fälle

Frankfurt

„Wegen Zweifel an seiner Zuverlässigkeit" hat der Vorstand des „Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt" den früheren Referenten des Ex-Bundespräsidenten Heinemann, den Pfarrer Martin Lotz, für eine Pfarr-Stelle in Frankfurt abgelehnt. Im „Begründungs"brief steht dazu: Lotz hätte nicht auf die Frage antworten wollen, welcher Partei er angehört (als Ex-Referent von Heinemann!), ebenso hätte er auf die Frage, wieso er seine Kinder auf die Waldorfschule schickt (sogenannte „freie" Schule) die Aussage verweigert. Schließlich hätte er auch nicht darauf geantwortet, ob er den „innerkirchlichen Radikalen-Erlaß" befürwortet, sondern nur davor gewarnt, ein undifferenziertes Schreckgespenst einer „atheistisch-kommunistischen Gesellschaft aufzubauen.

Auch die Kirchen stehen nicht abseits bei der allgemeinen Faschisierung!

Düsseldorf

Der Berufsschullehrer Ch. Wellermann wurde nicht ins Beamtenverhältnis auf Probe übernommen, weil er eine Veranstaltung der DKP besucht hat, und zwar wissen es die Spitzel ganz genau: das war am 22.1.76. Als Maihofer in Bielefeld verkündete, daß auch Abonnenten der „UZ" bereits als „Verfassungsfeinde" verdächtig wären, hat er einen Punkt vergessen: auch der Besuch öffentlicher Veranstaltungen „verfassungsfeindlicher Organisationen" reicht unter anderem für ein Berufsverbot!



Frankfurt

Oberschulrat Herrmann teilte vor kurzem der Lehrerin Ursula Dreysse mit, sie sei „zum Beamten ungeeignet" und müsse daher aus dem Schuldienst entlassen werden. Begründet wird es damit, daß U. Dreysse auf einer Lehrer-Veranstaltung das Beamtengesetz kritisierte, weil es dazu dient, den Beamten zum „Untertanengehorsam" zu verpflichten.

Auf einer Mitgliederversammlung der kaufmännischen Schulen im Bezirksverband Frankfurt der GEW wurde dazu eine Protestresolution verabschiedet.

Unigruppe
KB/Gruppe Frankfurt



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Bürgerkriegsmanöver von US-Soldaten in Westberlin

„Der Feind stand nicht links, (?) sondern er kam von vorne, US-Armee und Polizei probten gemeinsam den Aufruhr...“. Mit diesem bezeichnenden Untertitel beginnt die Berichterstattung im Westberliner „Abend“ über eines der drastischten Bürgerkriegsmanöver der letzten Jahre *„In 30 Minuten, so die Manöveraufgabe, sollte ein Aufruhr verhindert, Demonstranten vertrieben werden.“*

Zufriedene Beobachter dieses Schauspiels waren eine Gruppe von Mitgliedern der amerikanischen Handelskammer, Westberliner Wirtschaftsmanager und Bankdirektoren!

Der Ort: „Moba City“, auf einem Militärübungsgelände außerhalb der Stadt errichtet, um den Krieg auch in den Häusern zu üben:

„Für zwei Millionen Mark haben die Amerikaner hier eine Geisterstadt aus soliden Beton-Fertigteilen – oft drei- und viergeschossig – in die von Panzerketten umgepflügte Landschaft gestellt“ („Abend“).

Mit seltener Offenheit erläuterte ein US-Leutnant den versammelten Kapitalisten und Journalisten den Zweck der Übung: *„Training der US-Soldaten in diszipliniertem Vorgehen gegen ‚Aufrührer' und Demonstranten sowie in der Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei. Die Amerikaner rechnen zwar nicht mit einem schnellen Einsatz, aber sie wollen eben auf alles vorbereitet sein.“*

Wie sich US-„Schutzmacht“ und Westberliner Senat den Einsatz gegen eine erstarkende Arbeiterbewegung im „Ernstfall“ vorstellen, das führten sie dann einträchtig ihren Auftraggebern vor:

„45 stahlbehelmte Soldaten, feldmarschmäßig ausgerüstet mit Bajonetten an automatischen Karabinern (!) und zusätzlich durch Gasmasken geschützt, rückten demonstrativ Schritt für Schritt gegen die ‚Aufrührer' vor. Dahinter der Wasserwerfer und urplötzlich auch noch gepanzerte Mannschaftswagen der Armee, mit schweren Maschinengewehren bestückt. Nach der vergeblichen Aufforderung des Leutnants an die Demonstranten, friedlich nach Hause zu gehen, rückt die Mannschaft vor.

... Im Schutz der Soldaten tritt der Wasserwerfer in Aktion. Die Front der Demonstranten wankt. Flankenschutz haben die Kettenfahrzeuge übernommen. Ihre Aufgabe ist vor allem eine psychologische. Die Ungetüme sollen Demonstranten schrecken. Falls aber Heckenschützen, wie z.B. in Nordirland lauern sollten, wird es ganz ernst: Dann kann von den gepanzerten Transportern aus automatischen Waffen scharf geschossen werden. Bei einer derartigen Eskalation zeigen sich dann auch Hubschrauber am Himmel. In der ‚Moba City' schwebte gestern eine ‚Bell' ein, schwerbewaffnete Soldaten sprangen auf ein Dach, seilten sich ab und stürmten das Haus“.

Wurden solche Vorgänge bisher möglichst im Dunkeln und fernab der Öffentlichkeit abgewickelt, so wird mit dieser „hautnahen“ Kriegsberichterstattung versucht, der Bevölkerung einen gehörigen Schock zu versetzen. Dabei nutzt die Bourgeoisie eine Situation aus, in der liberale Proteste einer „demokratischen Öffentlichkeit“ gegen die brutalen Bürgerkriegsmanöver weitgehend mit der „Terroristenjagd“ zum Schweigen gebracht worden sind, andererseits die Ansätze für eine antifaschistische Abwehrfront der Linken noch sehr schwach sind.

Dieselbe beabsichtigte Schockwirkung hatte denn auch eine Übung der US-Armee zwei Tage zuvor in der Westberliner U-Bahn, wo die ahnungslosen Fahrgäste sich plötzlich von bis an die Zähne bewaffneten und wild um sich schießenden „Terroristen“ der US-Armee bedroht sahen: *„In vollen Kampfanzügen stürmten amerikanische Soldaten die Bahnhofsvorhallen. Ein Kampfzug drang an der Station Schloßstraße in einen im Bau befindlichen U-Bahnschacht und jagte ein Gruppe angenommer Terroristen in Richtung Rathaus Steglitz.*

Unter dem Steglitzer Kreisel wurden die Terroristen von kampfbereiten Soldaten empfangen und in die Zange genommen. Die ebenfalls schwerbewaffneten Terroristen erwiderten das Platzpatronenfeuer, so daß minutenlang Detonationen, vermischt mit amerikanischen Kommandos, durch die Gewölbe hallten.

Schließlich hatten die Guten gesiegt. Die Terroristen waren gefangengenommen, allerdings hätte man im Ernstfall einige Opfer zu beklagen gehabt“ („Berliner Morgenpost“, 22.9.).

Opfer waren ebenfalls die ahnungslosen U-Bahnfahrgäste, denen vor Schreck wahrscheinlich fast das Herz stehengeblieben ist und die sich daran gewöhnen sollen, mit der Angst im Nacken zu leben.

In der Presse wurde noch bedauert, daß die Übungen noch nicht erfolgreich genug verliefen und darum weitere erfolgen müßten.

Antimilitarismus-Kommission





Lettow-Vorbeck-Kaserne:

Übung: Bundeswehr gegen Bürgerinitiativen

Im 11. Luftwaffenausbildungsregiment in der Lettow-Vorbeck-Kaserne wurde nach nur zwei Wochen Grundausbildung eine Übung angesetzt, die von folgender Lage ausging:

Wiederholt seien in letzter Zeit Sabotageakte gegen Atommülltransporte vom Atomkraftwerk Geesthacht zur Atommülldeponie Großweede erfolgt. Es wurde davon erzählt, daß Handgranaten in den Atommüll geworfen wurden. Daher sei der Transport besonders zu schützen. Sabotageakte seien zu unterbinden. Diese Übung fand bereits Anfang September statt.

Bisher hat es solche Sabotageakte noch nie gegeben und es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß Atomkraftgegner zu solchen Mitteln greifen. Was allerdings denkbar ist, daß bezahlte Provokateure der Bourgeoisie solche Sabotageakte durchführen, um Stimmung gegen Atomkraftgegner zu machen. Die Übung hatte also nur ein Ziel: den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen Bürgerinitiativen zu proben und diese zu diffamieren. Die Tatsache, daß diese Übung bereits nach zwei Wochen Grundausbildung angesetzt wurde, hatte weiter die Funktion, gleich am Anfang klarzustellen, wo die Rekruten sich hier befinden und den Widerstand ausfindig zu machen, der sich gegen eine solche Provokation regen würde.

In der Kompanie, vor allem im zweiten Zug, begann daraufhin eine rege Diskussion über den Sinn des Einsatzes. Dies wurde von den Vorgesetzten mit der Drohung nach Festnahme beantwortet.

Gleich nach der Übung wurde in einem Plakat erklärt, daß 22 Soldaten das anstehende Gelöbnis auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verweigern, ohne jedoch sich namentlich dazu zu bekennen, da sie ja auf den mit einer Beförderung verbundenen erhöhten Sold nicht verzichten können. Dies war nun den Offizieren allerdings zuviel. Sie begannen, jeden einzelnen zu verhören. Einigen Soldaten ist dabei gar nicht klar geworden, daß sie verhört wurden, weil die Gespräche nicht als solche gekennzeichnet wurden. Gefragt wurde dabei nach den Autoren der Flugblätter, den Unterzeichnern der Resolution gegen das Gelöbnis. Nach den Verhören wurde gegen drei Soldaten – unter anderem gegen den Vertrauensmann – ein gerichtliches Verfahren in Gang gesetzt.

Sie sollen angeklagt werden wegen Wehrkraftzersetzung, Anstiftung zur Meuterei, Verletzung des Verbots der politischen Betätigung, Verletzung von Treue und Schweigepflicht, Schädigung des öffentlichen Ansehens der Bundeswehr, Ungehorsam u.a. mehr, also eine ganze Latte.

Die drei Beschuldigten – nach der beabsichtigten Anklage können sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden! – verweigerten jede Aussage und forderten den Kompaniechef zu einer öffentlichen Diskussion vor versammelter Mannschaft auf.

Das (von KBWlern bestimmte) Soldaten- und Reservistenkomitee lud am nächsten Tag zu einer öffentlichen Veranstaltung ein, zu der auch der Kompaniechef eingeladen wurde, der aber nicht erschien (sicher aber seine Vertreter vom MAD). Thema: *„Bundeswehr unterdrückt die Volksmassen".* Zu der Veranstaltung waren auch Vertreter der Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf gekommen.

Die Kämpfe in dieser Kaserne zeigen in der Tat, daß es möglich ist, Widerstand gegen solche Bürgerkriegsübungen zu organisieren. Sie sind jedoch bisher beispielhafte Einzelfälle.

Es ist schlicht wirklichkeitsfremd, wenn der KBW von diesen Einzelaktionen behauptet, sie seien die Regel und Ausdruck der „Volkskämpfe".

Antimilitarismuskommission

Studienverbot für Antimilitaristen

Schweiz: Weil ein schweizerischer Student während seiner Militärdienstzeit wegen „Aufforderung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten, Untergrabung der militärischen Disziplin" usw. zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde und sich außerdem an der Herausgabe einer antimilitaristischen Zeitung beteiligt haben soll („Der Feuermelder"), wurde ihm nach seiner Entlassung auch noch dazu ein einjähriges Immatrikulationsverbot an der Berner Universität verpaßt. Der Student erhob Klage gegen diese Verletzung der Meinungsfreiheit, die aber zurückgewiesen wurde.

Wie man sieht: das „Modell Deutschland" macht Schule.

Unigruppe
KB/Gruppe Frankfurt

„Ledernacken" foltern weiter

„Ledernacken" werden die Marineinfanteristen des US-Marine-Corps, nicht zuletzt wegen ihrer brutalen Ausbildungsmethoden, genannt.

Die „antimilitarismusinformation" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 8.9.76 folgende Fälle:

– In Parris Island wurde ein Rekrut bei einer „Scheinkreuzigung" an den Armen aufgehängt, bis seine Fingerkuppen taub wurden.

– Am gleichen Ort schlug ein „drill instruktor" (Ausbilder) einen Rekruten mit solcher Wucht, daß der Schlag den Magen „durchschlug" („perforated").

– In San Diego drohte ein verzweifelter Rekrut mit Selbstmord, woraufhin ein Offizier ihn „zuvorkommend darin unterwies, wie man sich die Pulsader aufschneidet". Er erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen.

– Als der geistig behinderte Rekrut Lynn McClure sich weigerte, bei einem mit fünf kg schweren Eisenstangen simulierten Bajonettkampf mitzumachen, ließ der Ausbilder andere Rekruten auf ihn los. Sie „schlugen McClure zu Gemüse" (beat McClure into a vegetable"!) Der Ausbilder wurde freigesprochen. Wehe, wenn sie losgelassen!

'militarismuskommission

Eine MIG-25 landet in Japan

Die CIA wieder in Aktion

Am 6. September landete in Japan eine sowjetische MIG-25. Sofort ging die Meldung durch die westliche Welt, dem politisch verfolgten sowjetischen Piloten Belenko sei die Flucht aus der Sowjetunion mit eben dieser MIG-25 geglückt.

Auch in den folgenden Tagen füllte diese Meldung die Medien, garniert mit alten antikommunistischen 'Schnacks', wie: *„In der Sowjetunion ist das Leben wie in Rußland unter den Zaren"* („Welt", 8.9.). Andererseits beschwor man die militärische Stärke des „Ostens". *„Schnellste Militärmaschine der Welt", „Rekord-Maschine", „Wunder-Jet"*, usw. usf. („Welt", 7. u. 8.9.76).

Im gleichen Atemzug wurde über die angebliche „Schwäche des Westens" lamentiert. Angeblich war die anfliegende MIG-25 anfangs *„geortet worden, dann aber von den Radarschirmen verschwunden"*, („Welt", 8.9.76) – was ... *„Fragen nach einer wirksamen Flugabwehr"* aufwarf, (ebenda).

Die Flucht entpuppt sich als CIA-Aktion

Der „Stern" berichtete am 16.9.76 über die tatsächlichen Hintergründe dieser Flucht, die er aus *„...zuverlässiger westlicher Quelle erfuhr"*.

Vor etwa zwei Jahren fand demnach ein Symposion über 'Raumfahrt und Höhenflug' in der Sowjetunion statt, an dem 1.200 Wissenschaftler, Ingenieure, Testpiloten und Techniker aus 'Ost und West' teilnahmen. Zu ihnen gehörte neben dem Mitglied des Planungsstabes der MIG-25-Produktion, Belenko, auch ein österreichischer CIA-Agent, der als Ingenieur teilnahm. Dieser sollte Belenko, der vorher vom CIA als „aufgeschlossen" ausgemacht worden war, anwerben, was ihm offenbar gelang. Belenko wurde lange Zeit später wegen *„luxuriöser Ausschweifungen"* nach Sibirien *„strafversetzt"*.

Das war laut „Stern" die vorletzte Etappe, bis zu seinem von langer Hand vorbereitetem „Absprung".

Ab dem 27. August wartete der von den US-Militärs eingeweihte, japanische Verteidigungsminister Sakata täglich auf die Maschine, mit ihm „Spezialisten des US-Geheimdienstes", die auf sämtlichen japanischen Flughäfen postiert waren.

Präzise wird dann am neunten Tag der Überwachung die anfliegende MIG-25 geortet, und von zwei „Phantom"-Jägern empfangen.

Hier setzt nun die bereits geschilderte Kampagne über die 'Flucht aus dem Osten' und die 'Schwäche des Westens' ein.

Die MIG-25 – ein „Wunder-Jet"?

Die *„MIG-25 entspricht der Sowjettechnologie der frühen sechziger Jahre"* („Welt", 8.9.). Deshalb geht es der Nato nur noch um wenige, *„mit Fragezeichen versehene Lücken ihrer 'Foxbat' (MIG-25)-Unterlagen"* (ebenda). Wohl weniger aus Unwissen dichtete die „Welt", 7.9.76, der MIG-25 dann furchterregende Eigenschaften an (wie einen Höhenflugrekord von 35.000 Metern).

Selbst Steinhoff, ehemaliger Vorsitzender des Nato-Militärausschusses (gewiß nicht zimperlich, wenn es um den „Osten" geht), blieb gelassen. In einem Interview mit dem „Stern" antwortete er auf die Frage, ob ... *„die 'Nike Hercules' (eine Flugabwehr-Rakete, die konventionell oder atomar bestückt werden kann) mit atomaren Gefechtskopf ausgerüstet sein (muß), um eine hoch und schnell einfliegende MIG-25 abfangen zu können?"* mit der Bemerkung: Das käme ... *„dem Bekämpfen einer Mücke mit einem Vorschlaghammer gleich"* („Stern", 16.9.76).

Wichtiger als die MIG-25 selbst waren wohl strategische Geheimpapiere, die die sowjetischen Revisionisten über Militärstützpunkte in der VR China angelegt hatten, die Belenko mit in den Westen brachte...

Antimilitarismuskommission



Auch Zivilisten fallen der Notstandsübung „Deutsches Eck" zum Opfer. Hier wurden nördlich von Diez zwei harmlose Spaziergänger abgeführt, die versehentlich in die Übung gerieten, bei der die „Terrorgruppe Holger Meins" von Bundeswehrsoldaten festgenommen wurde.

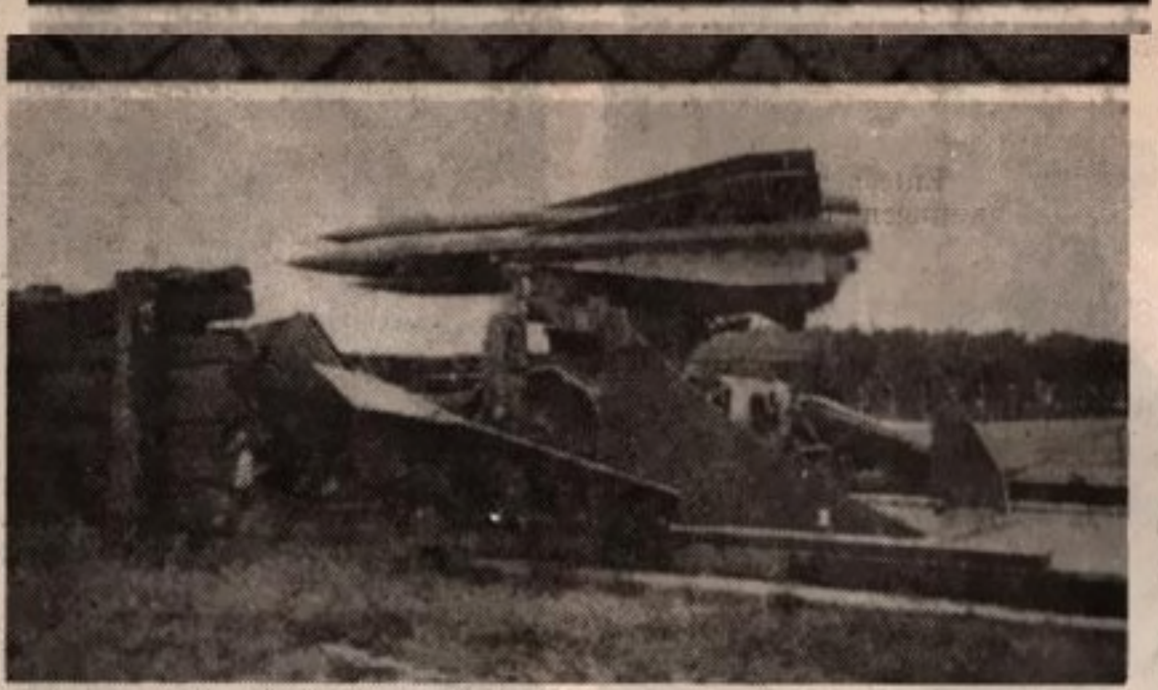
Im Rahmen der großangelegten Herbstmanöver der Nato fand vom 13. bis 23. September im Raum Hessen die Bürgerkriegsübung „Deutsches Eck" statt. An diesem Manöver nahmen Teile der „Heimatschutztruppen", der Bundeswehr, Truppen des „Technischen Hilfswerks", der Feuerwehr, Stäbe der örtlichen Wehrbereichskommandos, der Bereitschaftspolizei (!) und 260 Soldaten der US-Armee (!) teil. Dieses Manöver fand auf der Grundlage der Notstandsgesetze statt, wobei die Abwehr „subversiver" Kräfte durchgespielt wurde. Dieses Bürgerkriegsmanöver sollte zum einen die Zusammenarbeit zwischen militärischen und paramilitärischen Verbänden erproben, wobei ganze Wälder systematisch durchkämmt und Brücken vor „Sabotageakten" abgesichert wurden.

Dabei wurden zahlreiche harmlose Spaziergänger festgenommen – siehe Foto! Bei den diesjährigen Manövern wurde nicht nur der Krieg, sondern auch der Bürgerkrieg geprobt! (Informationen aus der „Tat", 1.10.76).

Antimilitarismus-Kommission

Raketenexplosion in Krempel: Zwei Soldaten getötet





Die " Hawk " – Raketenstellung nach und vor der Explosion.

Am 22. September explodierten in einer Nato-Raketenstellung in Krempel (Kreis Wesermünde) drei HAWK-Flugabwehrraketen. Zwei Soldaten, die am Startgestell gearbeitet hatten, wurden getötet; drei weitere verletzt. Insgesamt war die Stellung mit 40 Soldaten besetzt, so daß es wohl nur dem Zufall zu verdanken ist, daß keine weiteren Opfer zu beklagen sind.

Die Explosion, die 25 Kilometer weit vernehmbar war, zerstörte in der nur wenige hundert Meter entfernten Ortschaft zahlreiche Fensterscheiben, brachte eine Zimmerdecke zum Einsturz und setzte umliegendes Gebüsch durch umherfliegende Teile in Einsturz und setzte umliegendes Gebüsch durch umherfliegende Teile in Brand.

Die Ursache der Explosion wurde von offizieller Seite nicht exakt benannt; Sabotage wurde jedoch ausgeschlossen – kein Grund für die „Bild-Zeitung" allerdings, nicht doch mit einer Sabotage-Schlagzeile rauszukommen!

Noch drei Tage vorher waren an einem von der Bundeswehr veranstalteten „Tag der Offenen Tür" über 800 Menschen auf dem Gelände der Raketenstellung gewesen, die natürlich auch die Hawk-Raketen „bewundern" durften. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn ...!

In Zukunft werden sich derartige Gefährdungen für die Bevölkerung im Unterwesergebiet weiter verstärken: Wenn nämlich zusätzlich zu den reichlich vertretenen Bundeswehr-Einheiten 4.000 amerikanische Soldaten samt Panzern und anderem Kriegsgerät in Garlstedt (zwischen Bremen und Bremerhaven) stationiert werden!

KB/Gruppe Bremerhaven

Antimilitaristisches Fest und internationales Soldatentreffen

Im folgenden drucken wir eine Einladung des „Antimilitaristischen Arbeitskreises Stuttgart" (AMAK) ab.

„Der Antimilitaristische Arbeitskreis Stuttgart will am Wochenende 30./31. Oktober, eventuell bis zum 1. November (der Termin ist noch nicht ganz sicher) in Stuttgart ein Antimilitaristisches Fest veranstalten, zu dem u.a. der Sänger Walter Mossmann und die Stuttgarter 'Zupfgeigenhansel' eingeladen sind. Anlaß des Festes ist u.a. die Finanzierung der Prozesse gegen eine Gruppe, die antimilitaristische Flugblätter verteilt hatte.

Gleichzeitig soll ein Internationales Soldatentreffen durchgeführt werden, zu dem Vertreter aller Soldatengruppen der BRD sowie des europäischen Auslandes und der in der BRD stationierten Besatzungstruppe eingeladen sind. Es sollen Informationen ausgetauscht und in Arbeitsgruppen diskutiert werden".

Näheres kann erfahren werden über AMAK, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

Sechs Monate Knast für Pazifisten

Fulda: Das Fuldaer Schöffengericht verurteilte kürzlich den 24jährigen Theologiestudenten Egon Spiegel zu sechs Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung.

Der „Grund": Egon ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer (KDVler). Er weigerte sich jedoch auch, den Zivildienst anzutreten. Das begründete er vor Gericht so:

„Ersatzdienstleistende würden im Ernstfall auch als Sanitäter eingesetzt und beanspruchten somit Stellen, die sonst von anderen besetzt werden könnten. Diese anderen müßten dann jedoch an die Front. Demzufolge sei der Ersatzdienst 'in etwas eingebettet, das ich nicht anerkennen darf'" („Kieler Nachrichten, 8.9.76).

Diese Ansicht zu widerlegen, bemühte sich das Gericht gar nicht erst. Stattdessen gab der Staatsanwalt dem KDVler auch noch zynisch mit auf den Weg: „Die Folgen sind bitter, aber ich weiß, dieser Angeklagte wird sie tragen wie die alten Märtyrer" („KN").

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Herbstmanöver der NATO:

Imperialisten demonstrieren Stärke!

In diesem Herbst fanden bzw. finden die „traditionellen" Herbstmanöver der Nato statt. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß praktisch alle Streitkräfte der Nato aus allen Ländern daran beteiligt sind. 27 nationale beziehungsweise internationale Manöver von Norwegen bis zum Mittelmeer, an der alle drei Teilstreitkräfte teilnahmen, erprobten den Krieg und die Aggression gegen die Warschauer Pakt-Staaten.

„Wenn man so will, sind solche Übungen verschleierte Mobilmachungen", kommentierte die „Frankfurter Allgemeine" (19.8.76) in verblüffender Offenheit. Die Militaristen und ihre journalistischen Hilfskräfte rührten während der Manöver kräftig die Propagandatrommel für ihre Ziele.

So schrieb Weinstein in der „FAZ", vom 11.9.76: *„Die Nato muß die Abwehrplanung geistig umstellen, auf Vorwärtsverteidigung"*. Deshalb müsse *„die Zielauswahl, atomar und konventionell, nach Osten verlegt werden. Der Einwand, das vorprogrammierte Chaos träfe dann auch wieder Deutsche, ist vordergründig"*.

Heeres-Inspekteur Hildebrandt wurde noch deutlicher: *„Wir müßten uns ganz vorn an der Grenze zum anderen Deutschland und von der Tschechoslowakei verteidigen und von Anfang an die Entscheidung suchen ... Wir können nicht mehr zum großen Schwinger ausholen, sondern müssen gleich eine Serie kurzer, harter Haken schlagen"* („BamS", 30.8.76).

In diesem Sinne wurden bei den Großmanövern im wesentlichen folgende Ziele verfolgt:

1. Die Erprobung der umstrukturierten neuen Heeresverbände, der Brigaden, die von den USA und der BRD für die Nato durchgesetzt worden sind.

2. Auf den Manövern wurde außerdem die Zusammenarbeit der internationalen Verbände und das Zusammenspiel zwischen Heer, Marine und Luftwaffe geübt. Die gesamten in der BRD stationierten Luftwaffeneinheiten der Bundeswehr wurden dabei eingesetzt („DVZ", 16.9.76).

Eine besondere Rolle spielten die amerikanischen Truppen; die 101. US-Luftlandedivision – ausreichend im Vietnam-Krieg erprobt! – war mit von der Partie. Frontberichterstatter Weinstein: *„Wir waren wieder mit dabei und erlebten, wie eine ganze Division weiträumig, vertikal in der Luft einen Feind umfaßte, der sonst nicht zu packen gewesen wäre. Die 101. will jetzt die 'Taktik der Reisfelder' den Europäern demonstrieren"*.

Bei den Manövern, an denen zigtausende Soldaten teilnahmen, wurde der Einsatz sowohl atomarer als auch chemischer Waffen erprobt; auf der Übung „Battle Balance" in Schleswig-Holstein transportierte die Nachschubkompanie „Sonderwaffen 611" unter atomaren Bedingungen Atomwaffen und trainierte gleichzeitig die „Abwehr gegen Saboteure und Zersetzer".

„Chemische Keule" Bestandteil der chemischen Waffen der Nato!

Im Rahmen der Übung „Großer Bär" führte die Luftwaffe der Bundeswehr einen Sprühangriff mit dem Kampfgas „CS" – hinreichend als „chemische Keule" bekannt und gegen Demonstranten von Bullen verwendet! – im Raum Weser/Aller gegen das „Heimatschutzkommando 15" durch. Die Journalisten durften über den Einsatz von „CS" nicht informiert werden.

Hieran zeigt sich erneut, daß die „chemische Keule" nicht ein „harmloses" Tränengas ist, sondern ein tödlich wirkendes Gas, das die Imperialisten in ihrem Waffenarsenal lagern!

Insgesamt sollten die Manöver – die größten seit dem 2. Weltkrieg – erneut imperialistische Stärke gegenüber den revisionistischen Staaten demonstrieren. Daß diese aggressiven Machtdemonstrationen ein Jahr nach der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" stattfanden, macht die ganze „Entspannungs"-demagogie der Imperialisten und der Revisionisten besonders deutlich.

Antimilitarismus-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Einen AStA der Aktionseinheit bilden

Göttingen:

Die Hochschulgruppe der Jusos hatte Ende Juni das Scheitern ihrer AStA-Politik eingestanden und *„ihren Rücktritt bis spätestens zum Wintersemester"* aus dem gemeinsam von Jusos und KHB (Sympathisanten des KB) gestellten AStA bekanntgegeben. Schrieben die Jusos noch in ihrer Rücktrittserklärung vom Juni: *„Insgesamt muß gesagt werden, daß sich speziell Juso-Arbeit in der SPD nur dann rechtfertigt, wenn sie einen deutlichen Beitrag auch und gerade GEGEN die derzeit herrschende SPD-Politik leistet"*, so ließen der AStA-Vorsitzende und seine Freunde diese Taten folgen:

– Einer von der Fachschaftsräteversammlung geplanten Zeitung, in der sich auch mit der SPD auseinandergesetzt werden sollte und in der aufgefordert werden sollte, den bürgerlichen Parteien keine Stimme zu geben, verweigerte der AStA-Chef die Finanzen.

– Während der Aktionseinheitsverhandlungen gegen eine Wahlkampfveranstaltung Schmidts erklärte der Juso-Chef: *„Ich bringe meine Kritik nur noch innerhalb und nicht mehr außerhalb der SPD vor."*

– Als er aufgefordert wurde, der AStA solle zumindest gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz während der Schmidt-Veranstaltung protestieren, erklärte er: *„Die Aktionseinheit richtet sich gegen die SPD und im übrigen sind die Stimmverhältnisse im AStA 3:1 für die Jusos."* (Im Juni noch hatten die Jusos das VS-Gesetz abgelehnt und „offiziell" deswegen eine Unterstützung der SPD verweigert.)

– Am 29.9. veröffentlichte der AStA-Vorsitzende im „Göttinger Tageblatt" eine Anzeige. *„Wir kritisieren besonders die auch von den Sozialdemokraten geübte Praxis der Berufsverbote...".* Deshalb: *„Wer nicht wählt, wählt Strauß und Dregger".*

Wenn es darum geht, gemeinsam mit linken Fachschaftsräten und kommunistischen Organisationen öffentlich gegen die *„von Sozialdemokraten geübte Praxis der Berufsverbote"* zu protestieren, dann boykottieren die Jusos, wo sie nur können. Wenn es darum geht, Stimmen für die SPD zu fangen, dann darf auch an den Berufsverboten „Kritik" geübt werden. Wie hatten doch die Jusos in ihrer Rücktrittserklärung geschrieben? *„Es kann ... kein Anpassen (an die SPD) geben. Wird dies in der Praxis nicht mehr deutlich, verkommt jede Juso-Praxis dazu, nur noch SPD–Nachwuchs heranzuziehen."* Exakt!

Obwohl die Jusos auf Druck der Fachschaftsräte die oben erwähnten „GN" („Göttinger Nachrichten", Zeitung des AStA) mit dem Aufruf „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!" schließlich „genehmigten" und ihr AStA-Vorsitzender nicht zurücktrat, ist damit zu rechnen, daß sie der Bildung eines neuen AStA aus Vertretern einiger linker Fachschaftsräte und des KHB noch einigeSteine in den Weg legen werden.

Die Linken müssen ihre Verantwortung wahrnehmen

Das Scheitern der AStA-Koalition zwischen Jusos und KHB liegt keineswegs darin begründet, daß sie von Anfang an handlungs- und arbeitsunfähig gewesen wäre, wie dies jetzt die Jusos gerne weismachen wollen. Die Ursache dafür liegt vielmehr darin, daß die Jusos nicht bereit waren, (gerade im Wahljahr) eine linke Politik mit allen Konsequenzen zu vertreten, da darin allzuschnell die tiefe Kluft zur SPD deutlich würde. Aus der direkten Verantwortung für die AStA-Politik wollen sie sich jetzt zurückziehen. Für die Linke stellt sich die Aufgabe, den eingeschlagenen Weg fortzuführen und gleichzeitig die Jusos zu zwingen, Farbe zu bekennen, ob sie das von ihnen unterschriebene AStA-Programm weiterhin tragen wollen (auch ohne direkte AStA-Beteiligung), oder ob sie im Studentenrat einen „regierungsfähigen" AStA verhindern wollen.

Der KHB hat deshalb vorgeschlagen, daß ein neuer AStA aus der KHB-Fraktion, linken Fachschaftsräten und anderen linken Organisationen gebildet wird, der sich sein Programm selber gibt. Um einen solchen AStA in der Studentenschaft zu verankern, sollten alle zentralen Entscheidungen auf Vollversammlungen gefällt werden.

KBW im Dienste der Sozialdemokratie

Der KBW sah in dem Rücktritt der Jusos die willkommene Gelegenheit, sein ramponiertes Image aufzupolieren. Den Rücktritt der Jusos begreift er deshalb nicht als deren Eingeständnis, die Versprechungen, die noch im gemeinsamen AStA-Programm gegeben wurden, nicht einhalten zu können, sondern versucht dies witzigerweise damit zu begründen, daß das AStA-Programm *„die Studenten auf die freiheitlich demokratische Grundordnung festgenagelt"* hätte. Herausgegriffen wird dabei ein Satz im Programm, in dem es heißt, daß *„der Kampf um den Erhalt der demokratischen Rechtspositionen, wie sie im Grundgesetz proklamiert werden, für die Sicherung der notwendigen Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Bewegung in Hochschule und Gesellschaft zentral"* ist. Nun sind die Jusos aber gerade daran gescheitert, daß sie, aufgrund ihrer Bindung an die SPD, diesen Kampf nicht ohne alle Vorbehalte unterstützen konnten (und wollten). Praktisch argumentiert der KBW gegen jede Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, bei der die verfassungsmäßige Orienierung der Sozialdemokraten in einem Kompromiß berücksichtigt werden muß und erst in gemeinsamen Aktionen gebrochen werden kann, oder zumindestens die Schranken dieser Orientierung aufgezeigt werden können. In diesem Fall mußten die Jusos merken, daß sie selbst verfassungsmäßig garantierte Rechte nicht verteidigen können, wenn sie nicht mit der SPD in Konflikt kommen wollen. Dies allein ist schon eine wertvolle Erfahrung für diejenigen, die die Jusos gewählt haben. Welch sektiererischen Folgen die Haltung des KBW hat, zeigt seine Ablehnung, für Studenten, denen wegen eines Streikes die BaFöG-Gelder gestrichen werden sollen, einen Solidaritätsfond einzurichten.

Dazu schreibt er: *„Einen Solidaritätsfond sollen sie* (die Studenten, AK) *einrichten ... Die Studenten sollen Geld dafür aufbringen, daß der Staat den Psychologenstreik für illegal erklärt. Wir sollen uns damit (!) den Standpunkt des imperialistischen Staatsapparates zu eigen machen".* Konsequenterweise wird vom KBW sicher auch bald gefolgert, daß wer für Solidaritätssammlungen für streikende Kollegen eintritt, den Standpunkt der Kapitalisten einnimmt!

In diesem Sinne geht der KBW schon seit Wochen hausieren, mit dem einzigen Zweck, einen AStA auf Fachschaftsratsebene zu verhindern. Ebenso wollte der KBW sich bisher nicht zu der Forderung äußern, daß der AStA direkt der VV verantwortlich ist, da er offensichtlich befürchtet, von dieser jeweils die nötigen „Packungen" zu bekommen.

Stattdessen tritt er für sofortige Neuwahlen ein, in der äußerst trügerischen Hoffnung, dadurch Boden gutmachen zu können. Praktisch würde dies allerdings bedeuten, daß bis Ende November kein AStA existieren würde und im Januar schon wieder neu gewählt werden müßte (dies ist satzungsmäßig vorgeschrieben), also ein Semester der Wahlen. Aber Wahlen gehören ja zur Lieblingsbeschäftigung des KBW..

Obwohl der KBW für diese Politik innerhalb der linken Studentenschaft keine Basis hat, gelingt es ihm immer wieder *„rein quantitativ die Diskussionen (in den Fachschaftsräteversammlungen) zu beherrschen"* (nach einer Erklärung verschiedener FSR), da die Linke nur halbherzig auf seine Manöver reagiert und ihm allzu viel Spielraum läßt.

So konnte es ihm auf einer Sitzung sogar gelingen, einen Beschluß durchzubringen, der das alte AStA-Programm ablehnt, *„weil es die Studenten auf das Grundgesetz festlegt und die Linie der Jusos enthält"*, woraufhin in der „KVZ" vom 23. 9. zu lesen war: *„Programm der Klassenversöhnung verworfen".* Nicht hinzugefügt hat er allerdings, daß diese Mehrheit nur deshalb zustandekommen konnte, weil in den meisten FSR bis dahin überhaupt keine Entscheidung getroffen worden war und einige Vertreter selbständig Entscheidungen fällten, die nicht mit den Mehrheitsverhältnissen in diesen FSR übereinstimmen.

Auf einer weiteren FSR-Versammlung wurde deshalb beschlossen

– am Donnerstag, den 7. 10. findet eine Veranstaltung statt, auf der öffentlich über das weitere Vorgehen diskutiert werden soll;

– bis dahin finden keine internen FSR-Versammlungsdiskussionen mehr statt;

– die Uni-VV hat ein imperatives Mandat gegenüber dem AStA;

– es finden keine Neuwahlen statt.

Dieser Antrag wurde mit 6:4:5 Stimmen verabschiedet (bei fünf Enthaltungen handelt es sich um FSR in denen noch keine Entscheidung getroffen wurde).

Gleichzeitig wurde von der Mehrheit der FSR ein Konsens darüber hergestellt (allerdings nicht abgestimmt), daß zur Voraussetzung einer Mitarbeit des KBW die Distanzierung von solchen Praktiken wie in den Afrika-Komitees erforderlich ist (dort hatten u. a. zwei KBW'ler eine Mehrheit von vierzehn Mitgliedern „ausgeschlossen", da sie nicht die „richtige" Linie vertraten!).

Dies ist allerdings auch das mindeste, was man von einer etwaigen Zusammenarbeit erwarten muß.

KHB Göttingen

Studenten sollen kriminalisiert werden

Lüneburg: Im April 1976 protestierten die Studenten der PH während eines dreiwöchigen Streiks gegen Prüfungsverschärfungen und Bullenterror. (An den Prüfungen hatten Regierungsvertreter teilgenommen, die selbst Anhörungsverfahren geleitet haben und als Spitzel bei den Studenten bekannt waren).

Durch breiten aktiven Protest konnten im letzten Semester Prüfungen mit Regierungsvertretern verhindert bzw. massiv gestört werden.

Gut vorbereitet versucht jetzt die Hochschulbürokratie, die spontane Bewegung nachhaltig durch Kriminalisierung zu zerschlagen.

So hat Prodekan Pause anläßlich der Ereignisse vom 28. 4. (200 Studenten hinderten einen Regierungsvertreter am Betreten des Prüfungsraumes) Anzeige gegen Unbekannt gestellt.

Den Prüflingen vom 28. 4. wurde von der Staatsanwaltschaft eine Liste mit 50 (!) Namen vorgelegt. Man versuchte sie einzuschüchtern und nach den Kommilitonen zu befragen.

In gleicher Weise sollen Lehrkörpermitglieder zur Denunziation aufgefordert werden. Interessant an der Liste ist, daß dort Kommilitonen genannt werden, die nachweislich gar nicht mehr an der PH sind und auch am 28. 4. nicht anwesend waren.

Weiter läuft eine Anzeige gegen zwei Studenten wegen Dezernatsbesetzung.

Ein Prozeß gegen den Studenten Martin B. wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt"; er war bei dem brutalen Polizeieinsatz am 28. 4. von Bullen angegriffen worden.

Fürs nächste Semester hat Dekan Amelung Anweisung gegeben, bei Prüfungsbehinderung oder „Störung" (also z. B. Herstellung der Öffentlichkeit in den Prüfungen) entweder sofort die Bullen (bei der Polizei hängt schon der Zeitplan der Prüfungen) zu holen oder sofort Anzeige zu erstatten.

Ganz offensichtlich ist es das Ziel der PH-Verwaltung und des Kultusministeriums, die Anwesenheit der Staatsaufsicht bei Prüfungen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Durch die Anzeigen soll der Widerstand gebrochen und die Studenten untereinander gespalten werden.

Da schon die ersten der jetzt angesetzten Prüfungen gezeigt haben, daß eine Mobilisierung für Aktionen wie im letzten Semester aktuell nicht zu erreichen ist, wird es jetzt die erste Aufgabe der fortschrittlichen Studenten sein, eine Solidaritätsfront mit den direkt Betroffenen aufzubauen, um damit einen politischen Erfolg gegen Gesinnungsschnüffelei und Denunziation zu organisieren.

Ausdrücklich gewarnt werden muß vor der selbstmörderischen Linie der KBW-Studenten, die den Schwerpunkt darauf legen, alle angesetzten Prüfungen zu verhindern. Waren diese Aktionen im letzten Semester gerade deshalb sinnvoll, weil sich große Teile der Studentenschaft daran beteiligten (zwischen 200 und 300 von 1.000), so sind sie jetzt, wo sie vom KBW mit ca. fünf bis acht Leuten (!) durchgeführt werden, reine Verzweiflungstaten mit der einzigen Wirkung, daß Kommilitonen unnötig ans Messer geliefert werden. Die linken Kräfte sollten dabei nicht davor zurückschrecken, vom KBW als „Zurückweichler", „Feiglinge" usw. diffamiert zu werden. Schließlich geht es nicht darum, mit dem KBW um die „Ehre" zu streiten, wer seine eigenen Leute am besten verheizt. Wenn es gelingt, breite Teile der Studentenschaft in Solidaritätsaktionen mit den Angezeigten einzubeziehen, so bringt dies sicherlich tausendmal mehr als die Harakiri-Aktionen – und es kann ein Auftakt dafür sein, daß auch der Kampf gegen die Anwesenheit der Staatsprüfer wieder aktiv aufgenommen wird.

KB/Gruppe Lüneburg



Vom 20.-22.9. streikten Eltern und Schüler an der Bremer Gesamtschule West (GSW) gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall. Der Streikbeschluß wurde von über 400 Eltern gefaßt und wurde fast ausnahmslos befolgt: weniger als 100 der 1300 Schüler erschienen am ersten Tag zum Unterricht. Zum Abschluß des Streiks demonstrierten 1500 Schüler und Eltern durch die Innenstadt, wobei sie auf der Abschlußkundgebung klarmachten, daß dies nicht das Ende ihrer Aktivitäten sein wird. Jetzt wollen sie Kontakt zu anderen Schulen aufnehmen, um weitere Kampfmaßnahmen zu organisieren.

Zwei ASten Amtsenthoben

Schleswig-Holstein:

Die ASten der Lübecker Fachhochschule und der Kieler Pädagogischen Hochschule wurden im September amtsenthoben.

Gegen den Lübecker AStA, der von SHB und GEW-Studentengruppe getragen wird, wird vom Uni-Präsidium und Kultusminister (KuMi) ins Feld geführt, die Studentenschaftswahlen hätten nicht der staatlich verordneten Zwangssatzung entsprochen, die von den Studenten nicht anerkannt wird.

Dem Kieler PH-AStA (KBW-orientiert) wird bzw. dem Studentenparlament (SP) gleich eine ganze Palette von Verstößen gegen die Zwangssatzung vorgeworfen:
- die angebliche Wahl eines Politik-Referenten,
- die angeblich nicht geheim und nicht einzeln durchgeführte Wahl von AStA-Mitgliedern und SP-Präsidenten (!), sowie die *„Wahl von Fachgremien als Vertretungsorgane der Studentenschaft"* (gemeint sind auf Vollversammlungen gewählte Organe, Anm. AK) und den *„Beschluß des Studentenparlaments, die Wahlfachgremien mit Finanzmitteln aus dem Beitragsaufkommen der Studentenschaft zu unterstützen"*.

Die Zwangsenthebung gegen den PH-AStA beinhaltet ein Ultimatum an das SP, den AStA neu zu wählen, und an den AStA, bis zum 10.10. seine Amtsräume zu verlassen. Die Geldmittel werden mit sofortiger Wirkung gesperrt. Dieses scharfe Vorgehen war dem PH-Präsidenten ursprünglich wohl selbst nicht geheuer, denn erst die Dienstaufsichtsbeschwerde eines RCDSlers bei KuMi veranlaßte ihn zu diesem Schritt!

In Bezug auf die Kieler Situation ist dabei nicht zu übersehen, daß eine aktuelle Schwäche der Linken zu einem entscheidenden Schlag gegen sie genutzt werden soll. Denn der KBW, der in Kiel noch im wesentlichen die Linke repräsentiert, und mit ihm der PH-AStA hatten im letzten Semester ihre Aktivitäten auf den Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit konzentriert und waren wegen ihrer parteibornierten Spalterpolitik im wesentlichen unter sich geblieben (s. SOLIDARITÄT Nr. 32). Dies führte zu Resignation und Widersprüchen bis in den KBW und den PH-AStA hinein. Eine Folge ist auch, daß der AStA-Vorsitzende ausgerechnet nach der Amtsenthebung zurücktrat. In dieser Situation kann man es nur als typische KBW-Vermessenheit ansehen, wenn die „Kommunistische Studentenzeitung" durch die Zitierung der Floskel *„Ich bin daher gezwungen..."* aus der Verfügung des Präsidenten den Eindruck erwecken will, dieser handele unter Zugzwang gegenüber dem „revolutionären" KBW-AStA.

Gerade in dieser schwierigen Situation müssen die Kieler Studenten die Lehren von Marburg und Hamburg beherzigen: Nur wenn alle fortschrittlichen Kräfte gemeinsame Kampfmaßnahmen angehen, kann eine starke Front gegen die Bedrohung der verfaßten Studentenschaft aufgebaut werden. Aktuell stellt sich die Aufgabe einen neuen AStA zu bilden, dem alle linken Kräfte angehören sollten, um dem KuMi geschlossen entgegenzutreten. Dazu wird man allerdings die JuSos trotz verbaler Solidaritätsbeteuerungen erst treiben müssen; denn selbst angesichts des Angriffs konnten sie es nicht unterlassen, ihrerseits den PH-AStA demagogisch dafür verantwortlich zu machen und in einem gedanklichen Salto mortale sich selbst als das Ziel des eigentlichen Ku-Mi-Angriffs herauszustreichen: *„Ganz offensichtlich geht es der CDU um eine Aufwertung der linkschaotischen Roten Zellen! Die CDU braucht linke Buhmänner und der KBW ist aus dem eigensüchtigen Motiv, sich bekannt zu machen, gerne bereit diese Rolle zu spielen. Dieses schädliche Verhalten gibt der Reaktion die Vorwände, die für eine schleichende Entdemokratisierung des Hochschulbereiches notwendig sind. Die Roten Zellen sind nützliche Idioten der CDU (!). Treffen will die CDU die konsequente und ihr unangenehme Interessenvertretungsarbeit von 3 JuSo-ASten in Schleswig-Holstein, die immerhin 16000 von rund 20000 Studenten in SH vertreten... Durch gezielte Provokationen will die CDU eine Renaissance maoistisch-aktionistischer Gruppierungen herbeiführen(!), um deren neu belebte Aktivitäten zum Vorwand des endgültigen Dolchstoßes der verfaßten Studentenschaft in Schleswig-Holstein zu nehmen"* (AStA-Info 32, Uni Kiel).

Dies kann nur als Aufforderung an die CDU-Regierung verstanden werden, ihre Angriffe auf Linke gefälligst so durchzuführen, daß diese dabei nicht „aufgeweckt" werden.

Gerade mit dieser Linie nehmen die Jusos die offenen Reaktionäre immer wieder in Schutz, machen den Studenten die Übergriffe des Staatsapparates „verständlich", anstatt den gemeinsamen Kampf in den Vordergrund zu stellen; denn es geht hier nicht um den KBW, sondern es geht um den AStA.

Besonders infam ist dabei die Unterstellung, der Staatsapparat lege es auf eine Aufwertung der „Chaotengruppen" an, obwohl diese heute eindeutig bedeutend schärferen Angriffen ausgesetzt sind als die Jusos.

Uni-Gruppe,
KB/Gruppe Kiel

Fachschule für Sozialpädagogik, Hamburg

Streik in der Erzieherausbildung!

Unter außergewöhnlich starker Beteiligung führten die Studierenden der FSP 1 im vergangenen Monat einen eintägigen Streik gegen die Disziplinarmaßnahmen an ihrer Schule durch. Höhepunkt der Aktionen war eine Demonstration zur Schulbehörde, an der sich zwei Drittel der Studierenden beteiligten. Der Streik und die Demonstration wurden darüberhinaus von einem großen Teil der Studierenden der FSP 2 mitgetragen.

Mitbestimmung hat keinen Zweck ...

Unmittelbarer Anlaß für die Kämpfe waren Disziplinarmaßnahmen, mit denen die Schulleitung die Kritik der Klasse 30/5 an reaktionären Unterrichtsmethoden unterdrücken wollte. Die angegriffene Dozentin hatte von der Klassenkonferenz einen Beschluß erwirkt, wonach die Klasse vor die Alternative gestellt wurde, entweder der Strafversetzung eines Mitschülers zuzustimmen, den die Klassenkonferenz zum „Rädelsführer" gekürt hatte, oder aber die Auflösung der Klasse in Kauf zu nehmen. Das ist buchstäblich das Prinzip: Friß oder stirb! Die Klasse lehnte diese „Alternative" ab.

Stattdessen beharrte sie auf ihrem Recht, reaktionäre Lehrer zu kritisieren. Die Schulleitung entschied nunmehr die Auflösung der Klasse 30/5.

sieren. Die Schulleitung entschied nunmehr die Auflösung der Klasse 30/5.

Kampf dem Schulgesetz!

Daraufhin beschloß die Klasse, die Ereignisse und ihren Standpunkt der Vollversammlung (VV) vorzutragen und gemeinsam mit allen Studierenden über geeignete Maßnahmen gegen die Repression zu beraten. Das Problem war allerdings, daß das SVG den Studierenden nur drei VVs pro Semester zubilligt, die zudem noch jeweils von der Schulleitung gebilligt werden müssen. Die 30/5 beschloß daher, anhand einer Unterschriftenliste für eine „inoffizielle" VV zu agitieren. Sobald die Schulleitung davon Wind bekam, untersagte sie deren Durchführung. Als die VV schließlich am 10. 9. in der 3. und 4. Unterrichtsstunde stattfand (so daß die Teilnahme an der VV gleichzeitig einen Unterrichtsboykott bedeutete) erschienen nicht weniger als 400 Studierende: damit brachte dieser Anlaß weit mehr Studierende auf einer „inoffiziellen" VV zusammen, als jede „offizielle" VV in den vergangenen Monaten.

Die breite Solidarität, die dem Anliegen der 30/5 entgegengebracht wurde, lag vor allen Dingen in der Natur der Sache selbst: praktisch gibt es keine Klasse an der FSP, die nicht in einem permanenten Kleinkrieg gegen reaktionäre Dozenten steht, sei es durch schikanöse Disziplinierungsmaßnahmen, sei es durch zynische bis menschenverachtende Unterrichtsinhalte, für die sich der

nische bis menschenverachtende Unterrichtsinhalte, für die sich der

sozialpädagogische Bereich anscheinend besonders „gut" eignet.

Nachdem auf der VV noch einmal die Bedeutung der Angriffe, nicht zuletzt mit Blick auf das geplante Schulgesetz, deutlich gemacht wurde, kamen die Studierenden schnell überein, mit einem eintägigen Vollstreik ihrem Protest gegen die Auflösung der 30/5 Nachdruck zu verleihen. Daneben wurden die Parallelklassen aufgefordert, die Aufnahme von Studierenden aus dieser Klasse abzulehnen und in der nächsten Zeit jeden Unterricht zu boykottieren, an dem Studierende der 30/5 teilnehmen sollten. Weiter wurde eine Informationsveranstaltung beschlossen, zu der die Schulleitung eingeladen werden sollte. Die Info-Veranstaltung, die im Anschluß an den Unterricht stattfand, war mit 200 Studierenden so gut besucht wie eine „offizielle" VV. Die Schulleitung versuchte hier, ihrer Maßnahme durch eine „ökonomische" Argumentation den Zündstoff zu nehmen: Die Auflösung der Klasse habe überhaupt nichts mit Disziplinierungen zu tun, sondern erfolge ausschließlich aus „spar"politischen Erwägungen, was sie mit kunstvollem Jonglieren mit Zahlen untermauern wollte. Diesem Manöver war allerdings nur eine Bauchlandung beschieden.

Anschließend versuchte der MSB-AStA durch wüste Pöbeleien den Studierenden den Streik auszureden. Unbeeindruckt von der Schulleitung

AStA durch wüste Pöbeleien den Studierenden den Streik auszureden. Unbeeindruckt von der Schulleitung

und dem Geschimpfe ihrer „Interessenvertretung" demonstrierten die Studierenden ihre Kampfbereitschaft durch Nominierung eines Streikkomitees.

Am Morgen des Streiktages kamen dann mehr als 600 Studierende in der Pausenhalle zusammen. Es wurde ein offener Brief an die Schulbehörde verabschiedet, der die Beibehaltung der Klasse 30/5 forderte. Die Versammlung nahm einen Antrag des Streikkomitees an, eine Demonstration zur Schulbehörde durchzuführen und den offenen Brief selbst zu überbringen.

Mit großem Beifall wurde eine Gruppe von über 100 Studierenden der FSP 2 begrüßt, die berichten konnte, daß sich ein großer Teil der Studierenden ihrer Schule dem Streik solidarisch angeschlossen hatte.

Unter Parolen gegen die Auflösung der 30/5, gegen das geplante Schulgesetz oder auch „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" bildete sich schließlich ein Demonstrationszug von ca. 750 Studierenden. Zahlreiche Schikanen von Seiten der Bullen konnten die ausgezeichnete Stimmung nicht beeinträchtigen. Obwohl die Schulbehörde erwartungsgemäß auf der Auflösung der 30/5 bestand, bestärkten die Aktionen der Studierenden die Klas-

erwartungsgemäß auf der Auflösung der 30/5 bestand, bestärkten die Aktionen der Studierenden die Klas-

se, ihren Widerstand auszudehnen und auf juristischer Ebene eine einstweilige Verfügung gegen die Willkür der Schulleitung zu erwirken. Diese Auseinandersetzung wird von den Studierenden gegenwärtig mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Revis im Abseits!

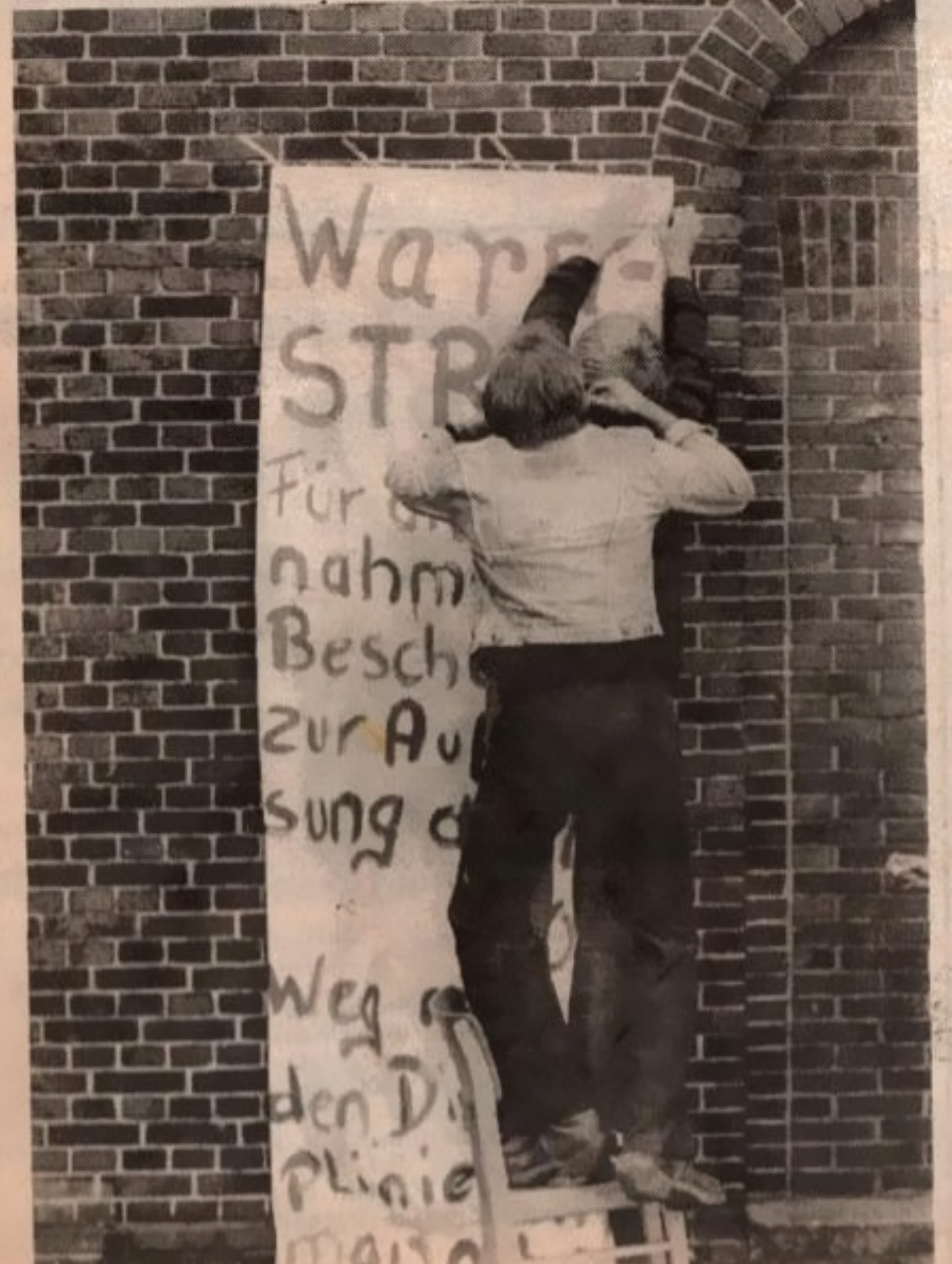
Besondere Beachtung verdient das Verhalten des MSB-AStAs während der Kämpfe. Das AStA-Konzept der Revis stützt sich seit je weitgehend auf den Ausschluß der Studierenden von der Teilnahme an ihrer eigenen Interessenvertretung. Es liegt auf der Hand, daß für die Studierenden dabei bestenfalls nichts herauskommt. Die MSB'ler – die sich selbst gern als „die einzigen Demokraten" bezeichnen – betrachteten es als ihre Aufgabe, Streikversammlungen anzupöbeln und an den Beschlüssen der Studierenden rumzutricksen. Kein Wunder also, daß sie während der Kämpfe nur eine miese Rolle am Rande einnahmen.

Als wesentliches Ergebnis dieser Kämpfe ist in diesem Zusammenhang die Bildung des Streikkomitees zu nennen. Dieses Komitee war es, das den Studierenden kontinuierlich alle Ergebnisse zur Kenntnis brachte, so daß sie ständig in der Lage waren, über die nächsten Schritte zu entscheiden.

Lage waren, über die nächsten Schritte zu entscheiden.

In der nächsten Zeit wird es vor allem darauf ankommen
- den Kampf an der juristischen Front mit großem Ernst weiterzutreiben;
- die zu erwartenden verschärften Angriffe reaktionärer Dozenten abzuwehren;
- den guten Schwung der spontanen Bewegung zu erhalten und im Kampf gegen das geplante reaktionäre Schulgesetz sowohl an der FSP selbst als auch in Aktionseinheit mit anderen Schulen eine Kampffront aufzubauen.

Zelle FSP
KB/Gruppe Hamburg





Kritik eines jungen Sozialdemokraten

Betr.: SPD-Berichterstattung im AK

Liebe Genossen!

In meiner politischen Arbeit (Juso-HSG) war mir bisher eure Zeitung immer eine Hilfe. Viele Informationen und Einschätzungen im AK konnte ich übernehmen und in der Arbeit umsetzen.

In letzter Zeit jedoch sind mir Zweifel gekommen, ob die Berichterstattung über SPD und Jusos im AK noch den Kriterien eines ehrlichen Journalismus entspricht. Einige Beispiele:

1. *Im AK 87 steht über Staeck: „Der ,linke' Plakate-Macher Staeck bewegt sich bei aller Schein-Radikalität, die er in der Öffentlichkeit vor allem durch die Hetze der CDU/CSU erlangt hat, total an der kurzen Leine der SPD"*
2. *Im selben AK steht als Ergebnis einer ,Analyse' der SPD-Berichterstattung über Südafrika: „.... ist blanker Rassismus eben unabdingbarer Bestandteil sozialdemokratischer Propagandaarbeit."*
3. *In mehreren AKs der letzten Zeit (Belege weiß ich nicht mehr) wird von einzelnen „SPD-Faschisten" geredet.*
4. *Im AK 88 wird behauptet: „Die SPD – von Anfang an auf der Seite der Faschisten" (in Chile) und begründet – unter anderen berechtigten Vorwürfen – damit, daß alte Nazis den Terror in Chile aktiv mittragen.*
5. *Im selben Artikel in AK 88 steht: „SPD bekämpft Chile-Solidarität" und begründet mit einem Vermerk im Verfassungsschutzbericht über die Chile-Komitees und dem Verbot einer Geldsammlung für Chile in Baden-Württemberg (!!).*
6. *Weiterhin wird im selben Artikel und auch schon im AK 87 behauptet, daß am Fall von Gladys Diaz „die Komplizenschaft der SPD mit den chilenischen Faschisten deutlich wird", obwohl – und das steht im selben Artikel! – Bundestagsabgeordnete (u.a. N. Gansel) und die Stiftung Mitbestimmung des DGB (wo sicherlich auch viele SPDler sitzen) sich für Gladys Diaz eingesetzt haben!*
7. *Noch mehr, als diese Punkte, fiel mir auf, was an wichtiger Berichterstattung über Jusos und SPD im AK in der letzten Zeit g e f e h l t hat. Zwei Beispiele nur:*
   - *daß das niedersächsische Verfassungschutzgesetz von allen (!) SPD-Gremien in Niedersachsen mit großen Mehrheiten abgelehnt worden ist (trotzdem hat die SPD-Landtagsfraktion mit großer Mehrheit zugestimmt – was eine Schweinerei ist!!).*
   - *daß wir Göttinger Jusos nach diesem Verhalten der Fraktion jegliche Wahlkampfunterstützung für die SPD aus Protest eingestellt haben (was damals durch alle Zeitungen ging!).*

   Das sind schließlich auch Dinge, die in der SPD passieren und deren Kenntnis für die Linke – meiner Meinung nach – wichtig ist.

Ich bin mir nun im Einzelnen bei diesen Beispielen nicht sicher, ob sie nur Ausrutscher einzelner Schreiber (z.B. ist die Verallgemeinerung in Beispiel 2 doch wohl völlig absurd!) sind oder eine politische Grundhaltung der Redaktion des AK ausdrücken. Meint ihr wirklich, daß die SPD (incl. Jusos usw.) als Partei mit gut 800.000 Mitliedern an der Seite der Faschisten in Chile steht? Meint ihr wirklich, daß Staeck nur durch die CDU als Linker aufgebauscht wird? Meint ihr wirklich, daß hinter dem Verbot der Sammlung in CDU-Baden-Württemberg die SPD steckt? Haltet ihr es – um die Dinge auf einen Nenner zu bringen – für völlig irrelevant, daß sich Protest gegen den Abbau demokratischer Rechte auch in steigendem Maße – trotz allem – in den Basisgliederungen der SPD äußert?

Ich meine: Es kommt alles darauf an, die SPD von ihrem halsbrecherischen Kurs abzubringen. Deswegen muß immer wieder laut und deutlich gesagt werden, wohin die momentane Politik der Partei führt und daß es schließlich auch Sozialdemokraten sind, die im Faschismus im KZ sitzen! Aber es kann nicht angehen, die SPD als Ganzes, vermeintlich stabiles und einheitliches Gebilde, rechts liegen zu lassen! Die Stärkung der Linken in der BRD hängt meiner Meinung nach nicht zuletzt von den Lernprozessen in der SPD ab. Wie sollen sich solche Lernprozesse aber vollziehen, wenn von euch mit den Linken in der SPD nicht mehr solidarisch diskutiert wird (was doch immer euer Anspruch ist!) sondern stattdessen nur undifferenzierter Schmutz über diese Partei ausgegossen wird?

Wir Linke, die noch in der SPD sind, sind jedenfalls auf eine solche solidarische Diskussion mit den Sozialisten und Kommunisten außerhalb der Partei angewiesen, um nicht im sozialdemokratischen Karrieresumpf zu versinken. Wenn wir es doch tun, weil uns diese Diskussion versagt wird, ist das nicht nur unsere Schuld und unser Problem!

Ich wäre Euch dankbar, wenn Ihr diesen Brief im AK abdrucken würdet und dazu Stellung nehmt. Ich glaube, daß das Problem von solcher Wichtigkeit ist, daß sich eine breite Diskussion im AK wirklich lohnt. Es wäre schön, wenn das im AK möglich ist!

Mit besten linken Grüßen, Euer G.W.

Offene Antwort der Redaktion

Wir begrüßen diesen Brief als den ersten kritischen Beitrag eines jungen Sozialdemokraten zur Auseinandersetzung des ARBEITERKAMPF mit Theorie und Praxis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Bevor wir zu den grundsätzlichen Überlegungen des Genossen Stellung nehmen, möchten wir zunächst auf die vorgebrachten Einzelpunkte seiner Kritik antworten:

Zu 1.: Den Juso-Genossen ärgert unsere Bewertung des Plakate-Machers Klaus Staeck (SPD) in AK 87 und er fragt, ob wir tatsächlich der Meinung sind, „daß Staeck nur (!) durch die CDU als Linker aufgebauscht wird?"

Dieser Meinung sind wir nicht – und haben deshalb auch in dem betreffenden Artikel geschrieben, daß K. Staeck sein Image als „Radikaler" (!) in der Öffentlichkeit „vor allem (!) durch die Hetze der CDU/CSU erlangt hat".

Während wir einerseits – anhand jederzeit nachprüfbarer F a k t e n – an Staecks Arbeit kritisiert haben, daß er mit fortschrittlichen politischen Kräften links von der SPD nicht zusammenarbeiten will und die SPD aus seiner künstlerischen Kritik praktisch ausspart, haben wir andererseits auch klargemacht, daß in einem begrenzten Rahmen (nämlich soweit es die CDU/CSU betrifft) „eine Reihe seiner Plakate gut für die antifaschistische Agitation benutzt werden (können)".

Zu 2.: Gegen unsere in AK 87 (S. 27) ausführlich und wohlbegründete These, daß „.... blanker Rassismus eben unabdingbarer Bestandteil sozialdemokratischer Propagandaarbeit (ist)" setzt der Genosse Kritiker anstelle von Gegenargumenten die empörte Feststellung, daß eine solche „Verallgemeinerung ... doch wohl völlig absurd (ist)".

So kann man ja wohl schlecht diskutieren!? Wir haben in dem betreffenden Artikel die Propagandaarbeit namhafter sozialdemokratischer Politiker und Journalisten zur Entwicklung im südlichen Afrika analysiert und anhand von Z i t a t e n belegt, daß diese Leute sich in den Chor der Verleumder der afrikanischen Befreiungsbewegungen eingereiht haben – und mit eindeutig rassistischen Thesen die Terrorherrschaft der weißen Minderheiten-Regimes rechtfertigen.

Dieser Artikel stützte sich übrigens auf eine Untersuchung des Westberliner „Extradienst" (Nr. 62/X), der ja bekanntlich von Sozialdemokraten mitherausgegeben wird!

Wem das noch nicht Beleg genug ist für unsere eingangs zitierte These, der sei z.B. erinnert an die stark rassistisch gefärbte Hetzkampagne gegen die Völker der „3. Welt" während der sogenannten „Ölkrise". War es nicht der sozialdemokratische „Verteidigungsminister" Leber, der seinerzeit öffentlich die größenwahnsinnigen „Warnungen" und Kriegsdrohungen des US-Außenministers gegen die Ölförderländer unterstützte?

Spielte dabei nicht – neben rein machtpolitischen Erwägungen und imperialistischer Arroganz, versteht sich! – der Rassismus eine wesentliche Rolle? Worin unterschieden sich denn während der sogenannten „Ölkrise" die sozialdemokratischen Zeitungen (wie z.B. die „Hamburger Morgenpost") von den Springerschen Hetzblättern?

Noch klarer als an ihrer Propagandaarbeit zum südlichen Afrika läßt sich der Rassismus der SPD-Führer und -Journalisten am Beispiel des Zionismus zeigen. Bekanntlich wurde der Zionismus von der Mehrheit der Vereinten Nationen als eine Spielart des Rassismus verurteilt; das zionistische Regime in Israel wurde mehrfach von der Weltorganisation ermahnt, die von ihm widerrechtlich besetzt gehaltenen Gebiete vollständig und unverzüglich zu räumen.

SPD-Führung, SPD-Minister und fast ausnahmslos alle SPD-Zeitungsmacher haben nicht nur gegen die Verurteilung des Zionismus als Rassismus Stellung genommen, sondern unterstützen darüberhinaus das zionistische Regime finanziell, militärisch und politisch-ideologisch vorbehaltlos bei allen seinen verbrecherischen Aktivitäten sowohl im Innern als auch im Ausland (zuletzt die flagrante Aggression Israels gegen Uganda, bei der über 30 Menschen den Tod fanden).

Zu 3.: Der Begriff „SPD-Faschist" taucht tatsächlich e i n m a l in dem Artikel „Rassismus a la SPD" in AK 87 auf. Diese Bezeichnung ist falsch und wird sonst auch von uns nicht verwendet. Zu erklären – nicht zu entschuldigen! – ist dieser Ausrutscher wohl nur mit der Wut des Verfassers über die in der Tat verachtenswerten Positionen des Hamburger SPD-Führers Ortlieb, die in dem Artikel enthüllt werden.

Heißt das, daß die SPD-Führung nichts mit Faschismus oder besser der Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu tun hat? Nicht nur der KB, sondern zunehmend mehr Persönlichkeiten und demokratische Organisationen des europäischen Auslands haben festgestellt, daß in der BRD gerade auch seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch SPD/FDP ein rasanter Abbau demokratischer Rechte und ein nicht weniger rasanter Ausbau des staatlichen Gewaltapparats stattgefunden haben und weiterhin stattfinden. In verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der BRD ist mittlerweile ein Zustand erreicht (Behandlung der linken Anwärter für den öffentlichen Dienst, Gewerkschaftsausschlüsse, Einschränkung der Verteidigerrechte, Behandlung politischer Gefangener, „Todesschuß" etc.), der unseres Erachtens Merkmale des Faschismus enthält und deshalb von uns auch als Faschisierung bezeichnet und namentlich von kritischen Zeitgenossen im Ausland mit den Verhältnissen im faschistischen Spanien verglichen wird.

Die SPD (und hier muß selbstverständlich wie bei jeder anderen Parteiorganisation die Führung als verantwortlich genommen werden) hat nicht nur nichts gegen diese Rechtsentwicklung unternommen, sondern diese im Gegenteil noch vorangetrieben.

Darüberhinaus bezeichnen wir die Politik bestimmter Elemente in der SPD als „sozial"faschistisch – und zwar jener erklärten Reaktionäre, die sich in den diversen „Gesellschaften" (vor allem in der sog. „Fritz-Erler-Gesellschaft") zusammengeschlossen haben. Das sind Leute, die z.B. den ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende als „Abenteurer" und „Anarchisten" beschimpften und den Sturz der UP-Regierung durch die faschistische Konterrevolution ausdrücklich begrüßt haben. Das sind Leute, die nicht nur vom SPD-Vorstand eine kompromißlose Verfolgung und Ausschaltung der Parteilinken verlangen, sondern die sogar schon mehrfach offen ihre Sympathie für den CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß bekundet haben. Erst vor kurzem riet der stellvertretende Vorsitzende der „Erler-Gesellschaft" CSU-Chef Strauß in einem persönlichen Brief, „Ihren Slogan ,Freiheit oder Sozialismus' im Wahlkampf noch besser herauszustellen" (zit. nach „Die Welt", 11./12.9. 76) ...

Zu 4., 5. und 6.: Zu dem von uns nicht nur in AK 88 geführten Nachweis, daß die SPD-Führer an der Seite der chilenischen Faschisten standen und stehen (in dem Sinne, daß sie mit diesen auf verschiedenen Gebieten zusammenarbeiten und deren blutiges Regime durch umfangreiche Wirtschafts- und auch begrenzte Militärhilfe verlängern), fällt dem Juso-Genossen die wahrlich nicht gescheite Frage ein, ob wir „wirklich (meinen), daß die SPD (incl. Jusos usw.) als Partei mit gut 800.000 Mitgliedern an der Seite der Faschisten in Chile steht?" Natürlich „meinen" wir das nicht und können uns auch nicht entsinnen, das jemals irgendwo behauptet zu haben. Aus a l l e n unseren Artikeln zu dieser Frage geht unzweideutig hervor, daß wir die SPD-F ü h r e r bzw. bestimmte andere reaktionäre Elemente in der Partei dafür verantwortlich machen, was im Namen der Partei bzw. der von ihr geführten Bundesregierung verbrochen wird.

Natürlich ignorieren wir nicht, daß es in der SPD einzelne Persönlichkeiten und auch ganze Gliederungen gibt, die sich für die politisch Verfolgten des Pinochet-Regimes einsetzen. Das verdient Respekt! Aber kann man es uns verdenken, wenn wir die Stimmen und Handlungen derjenigen, die in der SPD das Sagen haben und Entscheidungen treffen, für w i c h t i g e r halten als das Engagement einzelner untergeordneter SPD-Mitglieder und -Gliederungen?

Wenn sich beispielsweise der SPD-Bundestagsabgeordnete N. Gansel für die Freilassung der MIR-Genossin Gladys Diaz verwendet, sein Partei„genosse" Wischnewski (parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium) jedoch genau dagegen arbeitet und auch andere politische Flüchtlinge im Auftrage der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung einer Gesinnungsprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen werden – was wiegt schwerer?

Zu 7.: Der Juso-Genosse bemängelt, daß im AK „in der letzten Zeit" eine Berichterstattung über fortschrittliche Aktivitäten der Jusos und gewisser Gliederungen in der SPD gefehlt habe.

Diese Kritik halten wir nur teilweise für berechtigt. Einmal ist es so, daß wir in der Regel im Zusammenhang mit unserer recht ausführlichen Berichterstattung über die innerparteiliche Auseinandersetzung in der SPD auch die Position der Parteilinken darstellen. Denn diese Positionen und diese Aktivitäten sind es ja, die von den jeweiligen Vorständen zum Anlaß für Parteiordnungsverfahren genommen werden.

Weiter hat der Genosse offenbar nicht recht bedacht, daß es ja tatsächlich immer weniger Jusos und andere SPDler gibt, die dem innerparteilichen Terror und der von der SPD-Führung betriebenen Politik Widerstand entgegensetzen. Durch die mittlerweile statutenmäßig abgesicherten Zensurmaßnahmen dringen im Übrigen nur noch spärlich Informationen an die Öffentlichkeit.

Dazu kommt, daß wir – als kommunistische Organisation – uns natürlich in jedem Fall sehr genau überlegen, inwieweit es für die einzelnen SPD-Mitglieder bzw. Gliederungen von Vorteil ist, wenn w i r uns in eine innerparteiliche Debatte mit eigenen Beiträgen einschalten (denn aller Erfahrung nach wird das doch von den Rechten als willkommener Vorwand genommen, um die Positionen der Linken ohne Diskussion vom Tisch zu wischen).

Der Kern der Sache ...

Der Kern der Sache scheint uns tatsächlich darin zu liegen, daß zwischen der sozialdemokratischen und der revolutionären Linken in der BRD endlich eine ernsthafte D i s k u s s i o n und auch eine Zusammenarbeit (wenigstens) in einigen Fragen zustande kommt. Dabei geht es u.E. nicht in erster Linie darum – wie der Genosse aus leicht verständlichen Gründen sagt – daß die SPD-Linke „auf eine solche solidarische Diskussion mit den Sozialisten und Kommunisten außerhalb der Partei angewiesen (ist), um nicht im sozialdemokratischen Karrieresumpf zu versinken" – sondern wir meinen, daß dieses Gespräch mit Blick auf Schritte zur praktischen Zusammenarbeit deshalb so notwendig ist, weil dem Abbau der demokratischen Rechte und der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen ohne eine einheitliche Kampffront der Betrofffenen nicht wirksam begegnet werden kann.

Der KB hat sich mit Theorie und Praxis der Jusos und anderer SPD-Linker in mehreren Beiträgen kritisch auseinandergesetzt – und in zahlreichen Fällen Aktionseinheitsangebote an die Mitglieder und entsprechenden Verantwortlichen der SPD-Arbeitsgemeinschaften gerichtet. Bisher haben wir darauf nicht einmal abschlägige Antworten erhalten, geschweige denn, daß auf die von uns vorgebrachten Diskussionsbeiträge auch nur in einem Fall geantwortet worden wäre.

Was uns betrifft, kann also keine Rede davon sein, daß wir den SPD-Linken „diese Diskussion versagt" hätten. Tatsache ist vielmehr, daß die führenden Jusos einen Stil der Auseinandersetzung mit der revolutionären und auch der revisionistischen Linken pflegen, der von einer nachgerade dümmlichen Arroganz gekennzeichnet ist. Bezeichnend hierfür ist der Beitrag der Juso-Vorsitzenden Wieczorek-Zeul in dem pseudo-linken Porno-Blatt „das da" (vom Oktober '76), in dem – ohne irgend ein inhaltliches Argument – diejenigen als „Kohls kleine Helfer" verleumdet werden, die der SPD diesmal nicht mehr ihre Stimme geben wollen. Die Juso-Chefin behauptet dort wider besseres Wissen, daß nur die SPD „in der Lage (ist), autoritäre ,Krisenlösungen' zu verhindern". Das haben wir ja erlebt!

Wir sind der Meinung, daß „in und mit" der SPD nichts oder nur wenig im Interesse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen verändert werden kann – aber das wird uns nicht daran hindern, jede fortschrittliche Position der SPD-Linken und jeden angegriffenen Genossen zu verteidigen (zumal die Angriffe der Rechten immer stärker werden).



afrika aktuell

Neue Pläne für Zimbabwe

Kissingers „Pendeldiplomatie" im südlichen Afrika mit Besuchen in Tansania, Sambia, der RSA (19. September) und später auch Zaire und Kenia hat (wenn auch zunächst nur auf dem Papier) einiges in Bewegung gebracht. Im Zentrum der Ereignisse steht zweifellos die Verkündung eines Planes zur sogenannten „Machtübergabe an die schwarze Mehrheit"in Zimbabwe/Rhodesien, der in Abstimmung mit Kissinger und Vorster vom Rassistenführer Rhodesiens, Smith, vorgelegt wurde.

Dieser Plan ist wegen seines unzweideutig neokolonialistischen und prorassistischen Inhalts von den fünf „Frontstaaten" und mit unterschiedlichen Begründungen von allen Kräften der schwarzen Opposition Zimbabwes abgelehnt worden.
Jetzt bahnen sich Verhandlungen aller beteiligten Kräfte an — ein Ziel, das Kissinger vor Beginn seiner Reise auf seine Fahnen geschrieben hatte, deren Ausgang allerdings nach wie vor nicht abzusehen ist.

Kissinger hatte sein Vorster-Treff in Pretoria (19.9.) mit Besuchen in Tansania und Sambia eingeleitet, wo er freundlich empfangen wurde (siehe auch AK 89, S.28). Kaunda von Sambia versprach Kissinger gar, für ihn zu beten: *„Wir beten sehr, daß Sie Erfolg haben werden, denn die Alternative"* (Fortsetzung des Befreiungskampfes – die Red.) *„wäre zu grausig, um darüber nachzudenken."* Kissinger erwiderte gerührt: *„Ich bete für alle von uns – für unser und euer Volk – daß ich ermutigende Neuigkeiten bringen kann"* („Guardian", 17.9. und „Newsweek", 27.9). Dieser Schmierenkomödie setzte Kaunda noch die Krone auf, als er Kissinger gewissermaßen zum Repräsentanten der afrikanischen Staaten gegenüber Smith ernannte: *„Wir erzählten ihm, was unsere Position ist, und daher müssen wir es* (die Vertretung der afrikanischen Position – die Red.) *ihm überlassen." „Ich übergebe es völlig in die Hand von Dr. Kissinger"* („Guardian", 18.9.)

Kissinger hat mit seinen Gesprächen in Tansania und Sambia und mit dem Opportunisten Nkomo seine „Friedensmission" diplomatisch aufgewerten können, die er propagandistisch als „neutraler Mittler" zwischen „Schwarz und Weiß" zu verkaufen sucht. Bezeichnenderweise war es allein Mosambik (ein Angola-Besuch Kissingers wäre ohnehin ausgeschlossen gewesen) das unumwunden erklärte, *„es sei an der diplomatischen Mission des US-Außenministers überhaupt nicht interessiert"* (Vizepräsident Santos nach „Neue Zürcher Zeitung" = „NZZ", 24.9.).

Aufwertung der Rassisten in Pretoria und Salisbury

Der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers in der faschisten RSA bedeutete eine erneute Aufwertung des Rassistenregimes durch den US-Imperialismus. Diesmal handelte es sich jedoch nicht „nur" um ein Treffen mit Vorster, sondern auch der Rassistenchef Smith aus Salisbury wurde „überraschenderweise" hinzugezogen. Damit hat Kissinger nun auch diesen Chef eines illegalen Regimes, das diplomatisch weltweit isoliert ist, als „gleichberechtigten Gesprächspartner" neben den afrikanischen Präsidenten, die er vorher besucht hatte, anerkannt und „ins politische Geschäft" gebracht. Die Gesprächsrunden, die diesem Gipfeltreffen der Konterrevolution in Afrika vorausgingen (Kissinger-Vorster, Vorster-Smith) führten in Pretoria zu einer schnellen „Einigung": Smith akzeptierte den von Kissinger vorgelegten Plan einer Mehrheitsregierung in Zimbabwe innerhalb von zwei Jahren (im einzelnen siehe unten). Kissinger übernahm damit takttisch den Vorschlag der englischen Regierung vom 22.3.76, da die einstige Kolonialmacht nach wie vor „juristisch" für die „Kolonie" verantwortlich ist und bei den zu erwartenden Verhandlungen eine wesentliche Rolle zu spielen hat.

Der angeblich so „dickköpfige" Siedler-Faschist Smith hat mit seinem Abrücken von ehemals vertretenen Positionen (*„Mehrheitsregierung wird es nicht nicht geben, solange ich lebe"* etc.) sein reales politisches Taktiervermögen bewiesen. Allein seine unbedingte Zustimmung zu Kissingers Plänen charakterisiert dies ausreichend!

Um den Faschisten in Rhodesien den Schein einer „Eigenentscheidung" zu erhalten, verzichtete Kissinger darauf, offiziell die Einzelheiten des Abkommens zu nennen. So konnte Smith seinen Regierungs- und Parteispießgesellen das Theater vom einzigen noch möglichen Weg und vom amerikanischen und südafrikanischen Druck vorspielen.

Zur gleichen Zeit, als Kissinger, Vorster und Smith die „friedliche Regelung" für Zimbabwe ausheckten, wurden drei schwarze Demonstranten einer Studenten- und Schülerdemonstration erschossen. Sie demonstrierten in Soweto unter Parolen wie *„Kissinger ist ein Mörder"* gegen die imperialistische Einmischung im südlichen Afrika („Newsweek", 27.8.)!

Der Kissinger-Plan

Am Freitag, den 24.9., fünf Tage nach dem Treffen mit Vorster und Kissinger verlas Smith über Rundfunk und Fernsehen seine Zustimmungserklärung zum Kissinger-Plan. Er erklärte u.a.:

„Dr. Kissinger versicherte mir, daß wir ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Absicht haben, nämlich Rhodesien als Teil der freien Welt zu erhalten und es vor kommunistischer Unterwanderung zu bewahren. In dieser Hinsicht nimmt Rhodesien natürlich eine Schlüsselstellung im südlichen Afrika ein. Was hier geschieht, wird sich unausweichlich auf den gesamten Kontinent auswirken". . . .

„Was die verfassungsrechtlichen Aspekte angeht, so sehen die Vorschläge die Schaffung einer Übergangsregierung mit einem Staatsrat und einem Ministerrat vor. Der Staatsrat wird das höchste Gremium sein und die gleiche Zahl weißer und schwarzer Mitglieder mit einem weißen Vorsitzenden haben". „. . . wenn eine Abstimmung notwendig ist, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit (!). *Die erste Aufgabe des Staatsrates wird die Ernennung des Ministerrats sein. Die wichtigste Funktion des Staatsrats wird jedoch der Entwurf einer neuen Verfassung sein."* . . .

„. . .,daß wir die Mehrheitsregierung unterstützen, sofern sie eine verantwortungsbewußte Regierung ist".

„Während der Amtsperiode der Übergangsregierung sollen die Minister für Verteidigung sowie für Recht und Ordnung Weiße sein (!)."

„Mit der Bildung der Übergangsregierung werden die Sanktionen aufgehoben und alle Kriegshandlungen einschließlich des Gueriallekrieges werden eingestellt."



Nkomo; Zentralfigur auf dem Schachbrett des Imperialismus

Nkomo; Zentralfigur auf dem Schachbrett des Imperialismus

„Ein Treuhandfonds wird außerhalb Rhodesiens errichtet (. . .). Der Fond wird unter anderem die inneren und äußeren wirtschaftlichen Bedingungen fördern und Entwicklungshilfe, Garantien und Investitionsanreize für eine Vielzahl von Projekten gewähren."

„Bei unseren Gesprächen in Pretoria haben meine Kollegen und ich klargemacht, daß die Rhodesier nicht darauf versessen sind, sich auskaufen zu lassen, sondern daß sie eine Lösung wollen, die ihnen ein Verbleiben in ihrer Heimat ermöglicht" (nach „Frankfurter Rundschau" = „FR", 27.9.).

Der Kissinger-Plan trägt der Tatsache Rechnung, daß die klassische weiße Kolonialistenherrschaft in Rhodesien nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Der Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe hat diesen Taktikwechsel der Imperialisten erzwungen. Die neue Taktik der Imperialisten besteht darin, England wieder in seine alte Role als Kolonialmacht einzusetzen, die – gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln – eine schrittweise, kontrollierte Einsetzung von schwarzen Marionetten sicherstellt.

In der Übergangsregierung nach dem Kissinger-Plan haben die Weißen Vetorechte zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, wobei eine faschistisch geführte Polizei und Armee jeden Widerstand gegen die „Lösung" im Blut ersticken könnte. Bereits w ä h r e n d der Bildung der Übergangsregierung – ohne das wirkliche Veränderungen der sozialen und politischen Verhältnisse eingetreten wäre (und auch ohne daß all die Verbrechen der Faschisten gesühnt wären) – soll nach dem Willen der US-Imperialisten und ihrer weißen Statthalter der Befreiungskampf eingestellt und die ohnehin arg durchlöcherten internationalen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Rhodesien aufgehoben werden. Der hierdurch zu erwartende Zustrom von ausländischem Kapital und ein Investitionsfonds von ca. fünf Milliarden DM soll dann Rhodesien zu einem wirtschaftlich mächtigen und politisch reaktionären Brückenkopf der Imperialisten im südlichen Afrika machen. Ein solches Rhodesien nach dem Wunsch der Imperialisten wäre ein relativ stabiler Vorposten zur Sicherung der Rassistenherrschaft in der RSA und eine aktuelle Bedrohung für die afrikanische Revolution im südlichen Afrika.

Kissinger hat diesen Plan zu einem Zeitpunkt aus der Taufe gehoben, wo der Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe noch nicht die Stärke und politische Geschlossenheit erreicht hat, daß eine Übergangsregierung die Überlegenheit der revolutionären Kräfte zum Ausdruck bringen könnte. Die Reife des Befreiungskampfes in Zimbabwe ist nicht zu vergleichen mit dem langjährigen Befreiungskampf der PAIGC in Guinea-Bissau oder der FRELIMO in Mosambik. So ist es eine illusionäre Verfälschung der Wirklichkeit des Befreiungskampfes in Zimbabwe, wenn der tansanische Präsident Nyerere in Zimbabwe eine „Chissano"-Übergangsregierung wie in Mosambik von September 1974 bis Juni 1975 für erreichbar hält (nach „Le Monde", 23.9.). Die revolutionäre Übergangsregierung in Mosambik unter dem heutigen FRELIMO-Außenminister Chissano war das Produkt eines langjährigen bewaffneten Kampfes, der die Befreiung weiter Gebiete einschloß, sowie eines bereits zusammengebrochenen Kolonial-Regimes.

So trat die Frelimo nur unter der Bedingung in die Übergangsregierung ein, daß mit Ablauf ihrer Amtszeit die Macht an FRELIMO übergeben würde. Selbstverständlichkeiten wie „schwarze Mehrheitsregierung" standen überhaupt nicht zur Debatte, die von den Portugiesen geforderten „freien Wahlen" (ein Instrument, um Kollaborateure aufzubauen und ins Spiel zu bringen!) wurden von FRELIMO abgelehnt, und „Garantien für ökonomische Besitzverhältnisse" gab's damals natürlich erst recht nicht!

Während also in der Chissano-Übergangsregierung die Revolutionäre bereits dominierten, soll die von Kissinger geplante Übergangsregierung sich mit der Hilfe von Karrieristen („Nkomo hat Aussicht, der erste schwarze Regierungschef zu werden" – „Süddeutsche Zeitung", 1.10.) gegen die weiterkämpfenden Radikalen richten.

Es gehort mit zu den taktiscnen Überlegungen von Kissinger & Smith, daß ein Scheitern der Verhandlungen bzw. die Installierung einer reaktionären Übergangsregierung eine verschärfte Aggression gegen die Befreiungskämpfer, die ihren Befreiungskampf fortsetzen und die Länder, die sie unterstützen, „rechtfertigen" würde.

Die Antwort der fünf „Front-Staaten"

Unmittelbar nach dem Pretoria-Treffen reiste Kissinger nach Sambia und Tansania. Da zu diesem Zeitpunkt noch kein gemeinsames Kommunique der fünf „Front-Staaten" existierte, waren Kaunda und Nyerere relativ zurückhaltend in ihren Äußerungen. Trotzdem läßt sich eine relativ positive Haltung zum Kissinger-Plan ablesen.

Kaunda bezeichnete die Gespräche mit Kissinger als *„nützlich"* und sagte, die Kissinger-Mission sollte fortgesetzt werden („International Herald Tribune", 21.9.). Nyerere meinte nach der Unterredung mit dem US-Außenminister, *„er zweifle jetzt nicht mehr daran, daß die Rhodesien-Frage gelöst werden könne"* („Neue Zürcher Zeitung", 23.9.).

Später, als Smith die Besetzung der Ministerposten für Justiz und Polizei mit Weißen verkündet hatte, sagte Nyerere, Kissinger habe nie einen Handel mit Ministerposten erwähnt, als er ihn über die Gespräche mit Smith informierte. *„Wenn dies erwähnt worden wäre, würde er seine Zustimmung (!) nicht gegeben haben"* („Guardian", 29.9.).

Zwei Tage nach der Radio-Rede von Smith wiesen die fünf „Frontstaaten" den Kissinger-Plan schließlich entschieden zurück, da deren Annahme *„gleichbedeutend sein würde mit einer Legalisierung der kolonialistischen und rassistischen Machtstrukturen"* (siehe Kasten). Es wurde allein das Eingeständnis der Rassisten zur Kenntnis genommen, eine Übergangsregierung errichten zu wollen, die prinzipiell begrüßt, aber nicht näher definiert worden ist. Die allgemein gehaltenen Wendungen des Kommuniques („Strukturen ... diskutieren") lassen alles für die Verhandlungen „offen". Ein Abbruch des bewaffneten Kampfes wird jedoch für keine Phase der Verhandlungen in Aussicht gestellt.

Es ist offensichtlich, daß die fünf Unterzeichner mit den Verhandlungen bei „null" beginnen wollen.

Insgesamt muß die gemeinsame Ablehnung der konkreten Vorschläge Kissingers durch alle Frontstaaten als Erfolg betrachtet werden. Kissingers erster Anlauf ist in diesem Punkt gescheitert.

Die Tatsache, daß das US-Außenministerium das Kommunique der Frontstaaten unverzüglich „begrüßt" hat, deutet gleichzeitig darauf hin, daß der Imperialismus diese (erste?) Ablehnung durchaus erwartet hat.

Kissingers erster Vorschlag war also wohl in erster Linie ein Instrument, um die geplanten Verhandlungen in Gang zu setzen.

Nach dem Treffen in Lusaka gaben die Präsidenten Machel (Mosambik) und Nyerere (Tansania) Interviews, in denen die unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung des bewaffneten Kampfes für den Erfolg der Verhandlungen sichtbar wurde. Samora Machel betonte sein Mißtrauen gegenüber den kolonialistischen Manövern der rhodesischen Regierung, die *„Niederlagen in Siege verwandeln will"*. Nur die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes würde diese Manöver zerschlagen. *„Wir sind der Auffassung, daß der bewaffnete Kampf erst beendet sein wird, wenn die Gründe für den Kampf beseitigt sind".* Die Schlacht würde erst mit der vollständigen und totalen Unabhängigkeit Zimbabwes beendet sein (alle Zitate nach „Times", 30.9.).

Im Gegensatz zu dieser Betonung des bewaffneten Kampfes, auf dessen Grundlage erst die Verhandlungsmanöver der Kolonialisten zerschlagen werden können, äußert Nyerere sein Verständnis für den englischen Präsidenten Callaghan. Er hätte Verständnis für die Eile Callaghans bei der Einberufung einer verfassungsgebenden Konferenz, denn der Befreiungskampf würde fortgeführt werden, *„bis eine provisorische Regierung gebildet sei.",„Ich wiederhole, es ist wichtig, die Gespräche so schnell wie möglich zu beendigen, denn nur diese Regierung kann den Krieg beenden "*. Fast noch bedeutender ist

Fortsetzung auf Seite 27



Freiheitskämpfer

Neue Pläne für Zimbabwe

Forts. von S. 26

Nyereres Ansicht, daß die ZIPA, die zimbabwische Volksbefreiungsarmee (militärischer und zunehmend auch politischer Zusammenschluß der „alten" Organisationen ZANU und ZAPU) *nicht* an den Verhandlungen teilnehmen soll: *„Ihre Arbeit, die Arbeit der bewaffneten Kräfte, ist es, Druck auszuüben. Sie brauchen nicht an den Verhandlungen teilnehmen"*, es genüge, daß die Führer der Befreiungsbewegungen an diesen Gesprächen teilnehmen. Zu diesen Führern zählt er auch Nkomo, denn ZAPU und ZANU *„können gemeinsam an den Verhandlungen teilnehmen"*, ohnehin habe er bislang keine echten ideologischen Differenzen (!) zwischen ihnen gesehen (alle Zitate nach „Guardian", 28.9.76). Die „ideologischen Differenzen" sind allerdings heute sichtbar wie eh und je. Während Nkomo (ZAPU) und Muzorewa (ANC) hauptsächlich ihre „Verhandlungsbereitschaft" betonen, formuliert der ZANU-Generalsekretär: *„Wenn wir die Mehrheitsregierung bekommen wollen, müssen wir unsere Fortschritte mit dem Gewehr konsolidieren"*, (Mugabe nach „Guardian" v. 29.9.).

Kenia, Zaire – volle Zustimmung

Vor seinem Abflug schwor Kissinger seine Vasallen Mobutu (Zaire) und Kenyatta (Kenia) auf den „neuen Kurs" im südlichen Afrika ein. Mit Erfolg, natürlich: Mobutu nach dem Gespräch mit Kissinger: dieser *„habe ihn überzeugt, daß jetzt ein gewaltloser Übergang der Macht an die schwarze Mehrheit zu erreichen sei"* (nach „Frankfurter Rundschau" v. 22.9.). Auch Kenias Außenminister tat so, als sei alles gelaufen. Er begrüßte die Mission Kissingers und das „Zugeständnis" der weißen Faschisten zu einer schwarzen Mehrheitsregierung innerhalb von zwei Jahren. Das einzige, was noch zu tun sei, sei die Vereinigung der Nationalisten ... („Sunday Telegraph", 26.9.).

Außerdem schickte Kissinger seine Afrika-Experten nach Senegal und zur Elfenbeinküste, um auch hier seine Initiative belobigen zu lassen.

Kurzer Ausblick

Verhandlungen über die Zukunft Zimbabwes, das steht fest, werden beginnen. Das ist nicht das erste Mal, bereits bei den „Sambesi-Gesprächen" vor über einem Jahr wurde zwischen den Rassisten, Kaunda und Vertretern der verschiedenen Befreiungsbewegungen mit ähnlicher Thematik verhandelt. Damals haben diese Verhandlungen dem Freiheitskampf geschadet, sie führten bei den Freiheitskämpfern zu Illusionen und so zur Verminderung des bewaffneten Kampfes, die Rassisten waren nicht kompromißbereit und die Verhandlungen scheiterten.

Die konkreten Ausgangsbedingungen sind diesmal andere. Erfolge der Freiheitskämpfer charakterisieren die Zeit seit dem Abbruch der „Sambesi-Gespräche", auch eine politische Reifung der Militanten. Mit Mosambik und Angola sind revolutionäre Frontstaaten an den Verhandlungen beteiligt. Und, was das wichtigste scheint, Smith hat einige seiner ehemals „Ehernen Prinzipien" aufgegeben, es wird um die „Machtübergabe an die schwarze Mehrheit" verhandelt.

Was sich nicht verändert hat, sind die sich antagonistisch gegenüberstehenden Interessen der revolutionären Freiheitskämpfer und der Imperialisten mit ihren Statthaltern.

Die Genossen der ZANU und ZIPA haben (wie die sie unterstützende FRELIMO) die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Liquidierung des Imperialismus in Zimbabwe auf ihre Fahnen geschrieben. Sie wollen, wie Machel sagt, *„die Quelle der Widersprüche beseitigen"*.

Die Imperialisten (und ihre schwarzen und weißen Handlanger) wollen kosmetisch verändern, um Ausbeutung und Imperialismus in Zimbabwe zu verlängern. Ihr Interesse an den sich anbahnenden Verhandlungen ist neben dem Zeitgewinn die Spaltung des Widerstandes, die Isolierung und schließliche Liquidierung der Revolutionäre und daneben die „friedliche" Integration und Unterordnung der versöhnlerischen Teile des schwarzen Widerstandes.

Wann diese – grob skizzierten – Interessenantagonismen voll zum Ausbruch kommen, ist momentan nicht zu übersehen.

– Möglicherweise werden die anberaumten Verhandlungen scheitern oder nur ein Teil der „Frontstaaten" und die Opportunisten im Widerstand werden mit den Imperialisten eine „Lösung" aushandeln.

– Möglicherweise werden die Verhandlungen mit papiernen Beschlüssen enden, die niemals Realität werden, sondern durch die Ereignisse des Kampfes und den Bruch durch die Rassisten papiernen bleiben (ein Schicksal, das bekanntlich dem Pariser „Vietnam-Frieden" beschieden war!).

– Möglicherweise wird tatsächlich die anvisierte „Übergangsregierung" installiert und unter diesen neuen Vorzeichen die Kämpfe in neuer Qualität ausbrechen (wie es in Angola geschah). Das einzige, was sich immer klarer abzeichnet, ist, daß bei allen möglichen Lösungen sowohl die relative Einheit der Frontstaaten als auch die der Oppositionskräfte Zimbabwes aufgebrochen wird. Dieser Plan des Imperialismus ist kaum zu durchkreuzen (lediglich die konkreten Fronststellungen sind von den Revolutionären veränderbar).

Der Garant des geringsten Blutvergießens in Zimbabwe ist nach wie vor die militärische Stärke der kämpfenden Revolutionäre, die ja auch diese Verhandlungen strategisch erzwungen haben. Die Verhandlungen können hilfreiches „Beiwerk" sein, der Friede in Zimbabwe wird durch den Sieg im Volkskrieg erzwungen.

Afrika-Kommission

Erklärung der Präsidenten Tansanias, Botswanas, Sambias, Mosambiks und Angolas

„Der Kampf des Volkes von Zimbabwe, die afrikanische und internationale Solidarität in der Durchführung der Vergeltungsmaßnahmen und der koordinierten Aktion aller Kräfte und anti-kolonialistischer Staaten haben die Isolierung und den Zusammenbruch des rassistischen und illegalen Minderheitsregimes in der britischen Kolonie Südrhodesiens herbeigeführt.

Die Präsidenten haben das Volk und die Kämpfer von Zimbabwe begrüßt und beglückwünscht, dessen bewaffneter harter und heroischer Kampf das aufrührerische Regime und den Feind im allgemeinen gezwungen hat, die Unausweichlichkeit der Richtlinie der Mehrheit anzuerkennen und anzunehmen und die Notwendigkeit, sofort eine Übergangsregierung zu errichten, um dieses Prinzip anzuwenden. Die Siege, die von dem Volk Zimbabwes in seinem bewaffneten Kampf eingebracht wurden, haben somit die aktuellen günstigen Bedingungen für die Einberufung einer Verfassungskonferenz geschaffen.

Das ist ein Sieg für ganz Afrika, die Menschheit, und insbesondere für alle die Länder und Völker, die den Opfern zugestimmt haben, damit das Brudervolk von Zimbabwe frei sein kann.

Nun, wo der Druck des bewaffneten Kampfes den Feind gezwungen hat, die Richtlinie der Mehrheit als Bedingung einer sofortigen Unabhängigkeit anzuerkennen, bitten die fünf Präsidenten die Kolonialherrschaft, die britische Regierung, sofort eine Konferenz außerhalb von Zimbabwe einzuberufen, die die echten und rechtsmäßigen Vertreter des Volkes zusammenführt, um:

a) die Strukturen und die Funktion der Übergangsregierung zu diskutieren
b) die Übergangsregierung zu bilden;
c) die Modalitäten der Vollversammlung einer Verfassungskonferenz zu diskutieren, die beauftragt wird, die Verfassung der Unabhängigkeit aufzusetzen;
d) die Grundlagen zu schaffen, auf denen der Friede und eine normale Situation wieder in dem Territorium aufgebaut werden kann.

Um diese Ziele zu erreichen, werden zwei Phasen ins Auge gefaßt. Die erste Phase wird sich mit dem Aufbau einer Übergangsregierung der afrikanischen Mehrheit befassen; die zweite Phase wird die Klarstellung der Einzelheiten der Unabhängigkeitsverfassung von Zimbabwe betreffen.

Die Präsidenten haben sorgfältig die Vorschläge untersucht, die von dem illegalen und rassistischen Regime vorgelegt wurden und die, wenn sie angenommen würden, wieder die kolonialistischen und rassistischen Machtstrukturen einführen würden. Alle Einzelheiten hinsichtlich der Struktur und der Funktionen der Übergangsregierung müßten von der Konferenz definiert werden.

Die fünf Präsidenten haben nochmals ihren Einsatz zugunsten der Sache der Befreiung von Zimbabwe und des bewaffneten Kampfes versichert. Der Kampf geht weiter."

(Nach „Le Monde", 28.9.76).

Zimbabwe:
und das „Zugeständnis" der weißen zende FRELIMO) die Aufhebung der Interessenantagonismen voll zum neuer Qualität ausbrechen (wie es in Afrika-Kommission

Zimbabwe:

Erstes politisches Interview eines ZIPA-Führers

Zum ersten Mal seit der Gründung der „Zimbabwischen Befreiungsarmee" (ZIPA) gab ein hoher Funktionär – der stellvertretende politische Kommissar – Dzinashe Machingura – ein ausführliches politisches Interview. Das nachfolgend auszugsweise dokumentierte Gespräch fand mit der staatlichen mosambikanischen Nachrichtenagentur AIM statt und wurde am 22. September in der mosambikanischen Tageszeitung „Noticias" veröffentlicht.

Bisher wurden von der ZIPA lediglich Kommuniques zur militärischen Lage herausgegeben. Dies lag begründet in der Entstehungsgeschichte dieser Organisation, die im Frühjahr des Jahres als Zusammenschluß der Militanten der traditionellen Bewegung ZANU und ZAPU unter einem paritätisch besetzten militärischen Oberkommando entstand.

Die damals notgedrungene (d.h. als Reflex auf die Unfähigkeit und Machtpolitik der alten namhaften Führer, wie Nkomo, Muzorewa, Sithole hergestellte) Konstellation beinhaltete eine Trennung von politischer und militärischer Führung des Befreiungskampfes, konnte also nur eine Übergangslösung sein.

Genosse Machingura entwickelt im vorliegenden Interview den n e u e n Anspruch der ZIPA, sich zur „politischen Avantgarde des Volkskampfes" umzuwandeln. Er spricht davon, daß es gelte, ohne eine negative Haltung zu den traditionellen Organisationen Zimbabwes einzunehmen, deren fortschrittlichen und revolutionären Inhalt in einer neuen Organisation zu vereinen.

Natürlich ist von hier aus nicht feststellbar, in wieweit Machingura für die gesamte Leitung der ZIPA spricht, und wesentlich spekulativer wären Vermutungen über eine denkbare Übereinstimmung mit revolutionären Führern der traditionellen Organisationen.

Fest steht, daß die FRELIMO Mosambiks – und besonders Präsident Samora Machel hat sich häufiger in dieser Richtung geäußert – der Bildung einer „neuen Kraft" wohlwollend, fördernd gegenübersteht. Ebenso sicher ist, daß die auf „Verhandlungslösungen" orientierenden Opportunisten wie Nkomo (ZAPU) und Muzorewa (ANC) den politischen Positionen der ZIPA-Kämpfer schroff entgegenstehen.

Die im vorliegenden Interview dargestellten radikalen Ziele der ZIPA sowie die Einschätzung einiger aktueller Ereignisse – etwa Kissingers „Friedensreise" und der sogenannte „Wirtschaftsplan" – stimmen unseres Wissens mit den Positionen der ZANU überein. Der Gedanke einer eigenständigen politischen Funktion der ZIPA ist allerdings von bestimmten ZANU-Führern in jüngster Zeit abgelehnt bzw. bestritten worden. (So etwa in einem Brief des ZANU-Generalsekretärs Mugabe an das Solidaritäts-Komitee KSA Heidelberg und vom ZANU-ZK-Mitglied Tekere im Gespräch mit einem Vertreter der „Amilcar-Cabral-Gesellschaft", veröffentlicht im „OK-Gruppenrundbrief Nr. 29", September 76.)

Unseres Erachtens könnte es ein bedeutender Fortschritt des Widerstands sein, wenn es gelänge, die Freiheitskämpfer von Zimbabwe politisch und organisatorisch auf die vom Genossen Machingura skizzierten Positionen zu vereinigen. Gerade heute, wo sich die imperialistischen Manöver bezüglich Zimbabwe geradezu überschlagen und alles daran gesetzt wird, die abgehalfterten schwarzen Opportunisten (Nkomo und Co.) wieder ins Spiel zu bringen, wäre die Vereinigung der militanten Freiheitskämpfer auf revolutionärer Grundlage der beste Garant für's Scheitern der Kissinger-Pläne.

Aus Platzgründen haben wir die Schilderungen Machinguras bezüglich der konkreten Situation des Kampfes in Zimbabwe ausgespart – der vollständige Text des Interview erscheint in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift DIE INTERNATIONALE.

Afrika-Kommission

Vorwort von „Noticias"

Vor einigen Monaten kündigte der Außenminister, Van de Byl, im Parlament an, er würde die Dörfer bombardieren lassen, wenn das Volk die Befreiungskämpfer unterstützen würde. Seither haben die Soldaten des Smith-Regime ständig ihre terroristische Taktik verstärkt. Viele Dörfer wurden vollständig zerstört, hunderte oder tausende von Bauern ermordet, und sehr oft wurden sie als Terroristen präsentiert, die bei Kampfhandlungen umgekommen wären. Diese Greueltaten des Regimes von Smith haben aber nur dazu geführt, den Guerilleros von Zimbabwe, der ZIPA, in ihrem Befreiungskampf noch mehr Unterstützung zu verschaffen. Inzwischen hat der Krieg eine neue Dimension bekommen, und in den letzten acht Monaten hat er sich auf das ganze Land ausgedehnt. Die Art des Vordringens dieses Kampfes und die politischen Ziele der Guerilleros sind die hauptsächlichsten Punkte, die in diesem Interview mit Dzinashe Machingura, dem stellvertretenden Politischen Kommissar des Volksheeres von Zimbabwe (ZIPA) diskutiert werden. Zum ersten Mal gibt ein Mitglied des Obersten Kommandos der ZIPA politische Erklärungen ab. Das Interview wurde von der AIM geführt, der Nachrichtenagentur Mosambiks.



Kopf der meistgelesenen mosambikanischen Tageszeitung

Das Interview

AIM (mosambikanische Nachrichtenagentur): Was ist das Heer von Zimbabwe und wie wurde es gebildet?

DM (ZIPA): Das Volksheer von Zimbabwe ist aus dem Zusammenschluß des militärischen Flügels der alten ZANU (ZANLA) und des militärischen Flügels der alten ZAPU (ZIPRA) entstanden. Es wurde mit dem Ziel gegründet, den Befreiungs kampf in Zimbabwe aus der chaotischen Situation zu retten, in die es durch die Führung des ANC gekommen war. Dieses bewaffnete Corps wurde mit dem Ziel gegründet, den bewaffneten Kampf zu reaktivieren und zu intensivieren, ihn zu seinem logischen Ende zu führen und schließlich eine gerechte sozio-politische Volks-Ordnung herzustellen, die den Interessen des Volkes von Zimbabwe dient.

Nach dem Abkommen von Lusaka, im Dezember 1974, schlossen sich die vier nationalistischen Organisationen, die für die Befreiung Zimbabwes kämpften, unter der Führung des ANC zusammen. Nach Ablauf einer gewissen Zeit scheiterte die damalige Führung jedoch daran, Verhandlungen mit dem Smith-Regime zu organisieren, sie scheiterte daran, den Prozeß der Befreiung Zimbabwes durch den bewaffneten Kampf zu verfolgen und durchzuführen.

Als sich die Unfähigkeit der Leitung des ANC herausgestellt hatte, stellten sich die Kämpfer die Aufgabe, sich zu organisieren und ein Heer zu bilden, das für die Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe kämpft. Die Kämpfer der alten ZANU und der alten ZAPU kamen überein, zur Leitung des bewaffneten Kampfes ein gemeinsames militärisches Kommando zu bilden. Danach nahmen sie Kontakt auf zum Befreiungskomitee der OAU und zu den Staatschefs der Frontländer (gemeint: Mosambik, Angola, Tansania, Sambia und Botswana – AK), die das gemeinsame militärische Kommando guthießen und aktiv unterstützten.

Bei der Bildung des gemeinsamen militärischen Kommandos war man sich grundlegend darüber einig, daß die Befreiung Zimbabwes nur durch einen harten bewaffneten Kampf erreicht werden könne; weiterhin war man sich darüber einig, daß die traditionelle politische Leitung Zimbabwes das Volk von Zimbabwe gespalten hatte. Und weiterhin war es für uns klar, daß wir, um den bewaffneten Kampf erfolgreich durchzuführen, für keine der rivalisierenden Fraktionen des ANC, weder für die Muzorewa-Fraktion noch für die Nkomo-Fraktion Partei ergreifen dürften. Wir verstanden, daß die Zeit für eine Politik der einzelnen Persönlichkeiten schon längst vorbei war. Diese politische Ansicht hatte das Volk von Zimbabwe gespalten.

AIM: Ist die ZIPA nur ein Heer oder verfügt sie über eine politische Struktur und eine politische Leitung?

DM: Die ZIPA ist ein Heer im traditionellen Sinn des Wortes. Aber die ZIPA ist ein einiges und revolutionäres Heer in dem Maße, in dem sie die strategische Rolle spielt, sich in eine politische Bewegung zu verwandeln. Die Struktur der ZIPA übernimmt sowohl die militärischen als auch die politischen Aufgaben der Revolution. Innerhalb der Strukturen der ZIPA haben wir eine politische Abteilung, deren ausschließliche Aufgabe es ist, die politischen Aufgaben zu übernehmen, die normalerweise von einer revolutionären politischen Organisation durchgeführt werden.

In der Geschichte des bewaffneten Kampfes finden wir genügend Beispiele, die unserer eigenen Situation ähneln. Im Verlauf des Kampfes, je nach dem Stand der Revolution, gab es in den Organisationen, die für die Befreiung in China, Kuba, Korea, Vietnam und vielen anderen Ländern kämpften, eine Verschmelzung der politischen Leitung mit der militärischen Leitung.

Aber wir müssen eine formale politische Struktur schaffen, deren Ziel es ist, für das bewaffnete Corps, das gegenwärtig in Zimbabwe kämpft, eine bessere politische Leitung zu schaffen. Hierzu werden schon die entsprechenden Maßnahmen getroffen, Maßnahmen der Umwandlung dieser Organisation in eine politische Avantgarde des Volkskampfes.

AIM: Welche politischen Ziele hat Ihr Kampf? Die ZIPA kämpft ja für die Freiheit. Aber wie definiert sie diese Freiheit?

DM: Wir sind keine Söldner. Wir sind einfache Soldaten. Wir sind politische Soldaten. Wir kämpfen für klar definierte politische Ziele. Unser politisches Ziel ist, die nationale Unterdrückung in Zimbabwe zu zerstören, dem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in Zimbabwe ein Ende zu setzen und ein System zu schaffen, daß dem Volk von Zimbabwe dient.

Fortsetzung auf Seite 28

Erstes politisches Interview eines ZIPA-Führers

Forts. von S. 27

Wenn wir sagen, daß die ZIPA für die Freiheit kämpft, dann heißt das, daß die ZIPA für eine politische Freiheit kämpft. Und unter politischer Freiheit verstehen wir, daß die ZIPA für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte des Volkes von Zimbabwe kämpft; sie kämpft dafür, daß das Volk von Zimbabwe auf diesen Gebieten selbständig und selbstbestimmend ist. Wenn wir die demokratischen Freiheiten des Volkes verwirklichen, befreien wir das erneuernde und kreative Potential der Massen von Zimbabwe und setzen es in Bewegung.

AIM: War es schon möglich, befreite oder halbbefreite Zonen in Zimbabwe einzurichten?

DM: Wir können sagen, daß wir in dieser Phase des. Kampfes schon halbbefreite Zonen errichtet haben, und obwohl die politischen und administrativen Infrastrukturen noch nicht vollständig organisiert sind, hat doch der Feind in diesen Zonen jegliche Kontrolle verloren. Die Massen sind vollständig mobilisiert und organisiert, und sie unterstützen bedingungslos den Kampf, den die Befreiungskämpfer entfesselt haben.

Wir sind auch der Meinung, daß die Errichtung befreiter Zonen in der gegenwärtigen Phase bedeuten würde, dem Feind offene Ziele für Luftangriffe zu bieten.

AIM: In welchem Maße ist es der ZIPA gelungen, zur Mobilisierung des Volkes innerhalb von Zimbabwe eine politische Infrastruktur zu organisieren?

DM: Es existiert eine politische Infrastruktur. Die Massen sind in Einheiten organisiert, und unter Leitung der ZIPA bestimmen sie demokratisch ihre alltäglichen Angelegenheiten. In jeder Einheit gibt es einige feste Mitglieder, und wir haben es auch schon erreicht, Massenorganisationen zu errichten, für Studenten, Kinder, Frauen, Bauern und Arbeiter.

AIM: Welches Ziel hatte nach Ansicht der ZIPA das jüngste Massaker an 670 zimbabwischen Flüchtlingen durch die Rhodesier im Lager von Nyazonia in Mosambik?

DM: Zunächst das, den Konflikt zu internationalisieren. Das Regime hoffte, daß die Volksrepublik Mosambik unüberlegt reagieren und in Rhodesien einmarschieren würde, was Smith einen Vorwand geliefert hätte, seine westlichen Alliierten um Hilfe zu ersuchen.

Gleichzeitig zielte die Invasion darauf ab, die FRELIMO und die Freiheitskämpfer von Zimbabwe zu spalten. Es sollte gezeigt werden, daß durch die Unterstützung der zimbabwischen Freiheitskämpfer und die Aufnahme der Flüchtlinge aus Zimbabwe die Regierung sich in Wirklichkeit den Angriffen des Smith-Regime aussetzt. Die Absicht war, die mosambikanische Regierung zu zwingen, sich den rhodesischen Freiheitskämpfern zu widersetzen, da in einem erklärten Krieg zwischen Mosambik und Rhodesien die junge

heitskämpfern zu widersetzen, da in einem erklärten Krieg zwischen

Volksrepublik zum Zusammenbruch verurteilt wäre.

AIM: Wie definiert die ZIPA den Feind? Wer ist die Zielscheibe für die Kugeln der Freiheitskämpfer?

DM: Zur Definition des Feindes sind ein klares Verständnis des Charakters unserer Gesellschaft, der Art unserer Revolution und des Grundwiderspruches unserer Gsellschaft unerläßlich. Unsere Gesellschaft ist grundlegend eine koloniale Gesellschaft, und deshalb müssen wir eine demokratische nationale Revolution entfesseln, um die nationale Unterdrückung zu zerstören. Diese demokratische nationale Revolution wird dazu dienen, den Hauptwiderspruch dazu dienen, den Hauptwiderspruch in Zimbabwe zu lösen, dessen Kennzeichen die Beherrschung und Unterdrückung der großen Mehrheit des Volkes von Zimbabwe durch eine minoritäre, rassistische und reaktionäre Clique von Weißen ist.

Auf dieser Grundlage können wir sagen, daß alle diejenigen, die sich der Befreiung und der Unabhängigkeit Zimbabwes widersetzen, unsere Feinde sind. Dies umfaßt das rassistische Smith-Regime, die imperialistischen Mächte, die es unterstützen, die afrikanischen Marionetten im Solde des Smith-Regime, und alle diejenigen, die sich der Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe widersetzen. Die Zielscheibe für die Kugeln der Freiheitskämpfer sind das System der Ausbeutung, die kapitalistischen Unternehmen und das bewaffnete Personal, das dazu dient, sie aufrechtzuerhalten.

AIM: Es sind einige Informationen über die militärische Zusammenarbeit Israels mit dem Smith Regime aufgetaucht! Können Sie zu dieser Frage etwas genaueres sagen?

DM: Nicht nur die Israelis arbeiten bei der Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe mit dem rassistischen Regime von Smith zusammen. Es gibt eine große Zahl Söldner aus verschiedenen westlichen Ländern, die mit dem Smith-Regime bei der Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe zusammenarbeiten. Deswegen sehen wir die Lage nicht isoliert. Wir wissen, daß israelische Söldner und solche aus vielen anderen Ländern mit dem Smith Regime zusammen gegen uns arbeiten. Hierfür haben wir konkrete Beweise.

AIM: Unterhält die ZIPA heute irgendwelche Beziehungen zu den traditionellen politischen Organisationen Zimbabwes?

DM: Die ZIPA nimmt gegenüber den alten traditionellen Organisationen Zimbabwes keine negative Haltung ein. Das Ziel der ZIPA besteht darin, den fortschrittlichen und revolutionären Inhalt dieser alten Organisationen zu synthetisieren und zu vereinen.

AIM: Welche Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen den alten Führern der nationalistischen Organisationen? Sind sie tribalistischer, politischer oder sonstiger Natur?

DM: Von uns aus gesehen, liegt die Grundlage für die Uneinigkeit der alten Führer der nationalistischen Organisationen im politischen Ehrgeiz und im Machtkampf, auch wenn sich dieses als Meinungsverschiedenheiten tribalistischen oder politischen Charakters manifestiert. Tribalistisch in dem Sinne, daß sie bei der Schaffung einer Machtbasis Individuen, die zu ihrer eigenen ethnischen Gruppe gehören, in Schlüsselpositionen, in strategisch wichtige Positionen bringen wollen, um eine sichere Machtbasis zu schaffen, die als Plattform für die Erlangung der Macht dienen kann. Diese Uneinigkeit zeigt sich auch auf politischem Gebiet, in dem Maße, in dem sie politische Slogans verwenden, um die Unterstützung der breiten Volksmassen zu erhalten. Wir müssen jedoch betonen, daß ihre Differenzen niemals ideologischer Art sind. Ideologisch gesehen, gehören sie ins gleiche Lager.

AIM: Zusammen mit den Vereinigten Staaten wurde ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der sich auf die Garantien für die Kolonialherren nach der Schaffung einer afrikanischen Regierung in Zimbabwe bezieht! Was denken Sie über diesen Plan?

DM: Zunächst möchte ich sagen, daß der genannte Wirtschaftsplan eine direkte Folge der Verstärkung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe ist. Die Vereinigten Staaten und andere imperialistische Mächte sehen ihre Interessen bedroht, und sie sind entschlossen, die Flamme der Revolution zu ersticken, bevor es zu spät ist. Der sogenannte Wirtschaftsplan zielt auf die Schaffung eines sozio-politischen Klimas, das zur Fortsetzung der Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe unter einem ‚Mehrheits-Regime' dient.

Diesem sogenannten Wirtschaftsplan widersetzen wir uns voll und ganz. Er bleibt weit hinter unseren Zielen zurück. Wir kämpfen nicht für politische oder wirtschaftliche Reformen. Wir kämpfen für die völlige Umwandlung der Gesellschaft von Zimbabwe.

Für uns ist dieser Wirtschaftsplan in zweifacher Hinsicht lächerlich. Zunächst wollen die Vereinigten Staaten den Rassisten für das Ende ihrer Ausbeutung eine Entschädigung zahlen. Zweitens behaupten die Vereinigten Staaten, den Kampf für ein Mehrheits-Regime zu unterstützen, während die Regierung der Vereinigten Staaten im eigenenLand Tausende und Abertausende von Menschen unterdrückt. Sie würden besser daran tun, dieses Geld dazu zu verwenden, die wirtschaftliche Lage der breiten Massen in ihrem eigenen Land zu verbessern, die ein weit schlechteres Leben haben als die rhodesischen Weißen.

AIM: Glauben Sie, daß das diplomatische Spiel von Kissinger und Vorster in Afrika irgendwelche Erfolge haben wird?

DM: Sie s p i e l e n wirklich mit einem Ziel, nämlich einen Plan auszuarbeiten, der unseren Kampf sabotieren könnte. Wir glauben, daß sie irgendeine Form finden werden, mit der sie unseren Kampf aufhalten wollen. Aber wir sind vorbereitet, und wir sind sicher, daß ihre Pläne zum Scheitern verurteilt sind. Alle ihre Pläne werden Blindgänger sein.

AIM: Welche Haltung nimmt die ZIPA gegenüber den Mitgliedern der traditionellen Leitung der nationalistischen Bewegung Zimbabwes ein, die sich verpflichten, die imperialistischen Pläne zu unterstützen, so daß die Ausbeutung nach der Errichtung eines Mehrheits-Regimes fortgeführt wird?

DM: Wir sind keine Rassisten. Wir kämpfen nicht gegen das Smith-Regime, weil dies Weiße sind. Wir kämpfen gegen das System, das sie verfolgen und verteidigen. Wenn sich Zimbabwer an der Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe beteiligen, werden wir sie genauso betrachten, und wir werden keinen Unterschied wegen der Hautfarbe machen.

AIM: Der Befreiungskampf in Zimbabwe genießt große internationale Unterstützung. Welche Form der Manifestierung dieser Solidarität würden Sie am liebsten sehen? Welche materielle Unterstützung benötigen die Freiheitskämpfer und wohin soll diese Unterstützung geleitet werden?

DM: Wir wünschten, daß diese Unterstützung zunächst politische, moralische, materielle, finanzielle und diplomatische Unterstüztung umfaßt. Die materielle Unterstützung, die wir von der internationalen Gemeinschaft erhalten, muß dazu dienen, unserem Heer die Basis zur Selbstversorgung zu geben. Wir würden gerne mehr Waffen erhalten und Möglichkeiten der Ausbildung, da wir so in die Lage versetzt würden, uns selbst zu versorgen. Was die Unterstützung unseres Kampfes betrifft, so würden wir wegen der strategisch günstigen Lage Mosambiks es begrüßen, wenn jede Unterstützung für die Kämpfer über Mosambik geleitet würde.

Tschad/Zaire: Finstere Brüderschaft

Am 8.9.76 traf sich in Kinshasa Präsident Mobutu mit General Odingar, Chef der tschadischen Armee und Mitglied des „Obersten Militärrats" des Tschad. In einem anschließend von Odingar gegebenen Radio-Interview traten interessante Dinge ans Licht: Zaire bildet in Kotakoli Anti-Guerilla-Spezial-Truppen der tschadischen Armee aus. Dazu General Odingar: *„Ich war von diesem Zentrum beeindruckt, und für mich ist es in Afrika vielleicht das einzige, das unseren jungen Kadern eine gute Ausbildung geben kann."* Er lobte weiterhin, daß in Kotakoli zwei „Parakommando"-Einheiten trainiert wurden, die jetzt *„ständig unter den schwierigsten Bedingungen gebraucht werden, vor allem im Norden des Landes."* („Monitor-Dienst", 10.9.76).

Hierbei kann es sich nur um Einsätze gegen die tschadische antiimperialistische Befreiungsfront FROLINAT handeln, die bereits über 50% des Tschad unter Kontrolle hat, dabei in erster Linie den arabischen Norden des Landes.

In letzter Zeit hat das Regime des Tschad immer wieder den Eindruck zu erwecken versucht, daß FROLINAT den Kampf aufgegeben habe und bereit sei, sich in das völlig vom französischen Imperialismus abhängige Regime integrieren zu lassen. Diese Gerüchte hat nun Odingar selbst widerlegt!

Sichtbar wird hier auch wieder einmal die Funktion Zaires als einer der Gendarmen des Imperialismus in Afrika. Neben Kenia und Äthiopien erhält Zaire einen Hauptbatzen der US-„Militärhilfe" an schwarzafrikanische Länder, und seine konterrevolutionäre Rolle gegen den Befreiungskampf Angolas ist noch in frischer Erinnerung!

(Analyse über Tschad: Siehe DIE INTERNATIONALE 14/75).

Afrika-Kommission

Zaire: Das Ende der „Zairisierung"

Die 1974 mit viel Tam-Tam angekündigte und durchgeführte „Zairisierung" der Wirtschaft von Zaire hat nun ihr trauriges Ende gefunden. 60% der ausländischen Unternehmen, deren Kapitalmehrheiten 1974 von den Bürgern Zaires übernommen wurden, werden an die alten Eigentümer zurückgegeben. Diese dürfen ab sofort wieder eine Kapitalmehrheit von 60% besitzen. Die verbleibenden 40% werden unter der zairischen Bourgeoisie feilgeboten („Guardian", 20.9.).

Sind dies die ersten Auswirkungen der Umschuldungsverhandlungen vom Sommer dieses Jahres ?! Zaire ist so fest im Griff der Imperialisten, daß offenbar selbst solche Scheinmanöver wie die „Zairisierung" von ihnen nicht geduldet werden. Die „Authentizitäts"-Ideologie Mobutus zerschellt an den Realitäten seines neokolonialistischen Regimes ...

Afrika-Kommission

Transkei: Erster „Staat" von Vorsters Gnaden

Nach Meldungen des Informationsamtes der südafrikanischen Regierung vom 10.9. wurden zwischen der Transkei („Homeland" der RSA) und der RSA mehrere Abkommen geschlossen: In der Erklärung heißt es u. a. (lt. Monitor-Dienst v. 23.8.): *„Vorster und Chief Mantazima (erster Minister der Transkei, d. Red.) drückten ihre Zufriedenheit und Anerkennung über die Arbeit aus, die das Arbeitskomitee in die Vorbereitung der Vereinbarungen investierte, die den Übergang der Transkei von einer Heimatland-Regierung zu einer völlig unabhängigen Republik gewährleisten wird."*

Wenn der Ober-Rassist Vorster schon seine Zufriedenheit ausdrückt, kann man sich wohl ausmalen, was dahintersteckt! In der ganzen Erklärung wird denn auch mit keinem Wort auf den Inhalt der verschiedenen Abkommen eingegangen; der Eindruck soll erweckt werden, als bemühe sich die RSA mit allen Kräften, die „Unabhängigkeit" der Transkei zu garantieren. Wo der Kompradorenchef der Transkei steht, wird schließlich auch an seinen abschließenden Bemerkungen deutlich, die angesichts der täglichen Massenmorde in der RSA reichlich makaber klingen: *„Die Transkei ist stolz darauf, ihre Unabhängigkeit auf friedlichem Wege erlangt zu haben. Alles, was dabei vergossen wurde, waren einige Tintenfässer und kein Blut."*

Das sagt dieser Komprador, nachdem er bereits Monate vor der „Unabhängigkeit" 9 Mitglieder der oppositionellen „Demokratischen Partei", u.a. ihren Vorsitzenden, verhaftete und verlauten ließ, er *„werde unnachsichtig gegen alle vorgehen, die versuchen sollten, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen"* (NZZ, 31.7.). Wenn das nicht an Vorsters Sprüche erinnert?! Allerdings scheint er auch allen Grund zu haben, daran zu zweifeln, daß seine Manöver die schwarze Bevölkerung täuschen können. Im Juli ging neben anderen das Dienstfahrzeug des Justizministers George Mantazima in Flammen auf.....

Afrika-Kommission

plan widersetzen wir uns voll und ganz. Er bleibt weit hinter unseren
zung für die Kämpfer über Mosambik geleitet würde.
renchef der Transkei steht, wird schließlich auch an seinen abschlie-
Afrika-Kommission

Südafrika: Chronik der Kämpfe

Die folgende Aufzählung der Kämpfe der schwarzen Massen in der RSA in den letzten Wochen erhebt nicht im entferntesten einen Anspruch auf Vollständigkeit; tatsächlich ist damit zu rechnen, daß in fast allen Orten Südafrikas die Kämpfe der Schwarzen nicht etwa nachgelassen haben, sondern immer wieder mit neuer Heftigkeit entbrannt sind:

– Am 3.9., ausgelöst von einer Demonstration von 200 farbigen Studentinnen, demonstrierten Hunderte von Farbigen und Mischlingen durch die Innenstadt von Kapstadt. Nach dem Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstration. An der Trafaltar-Universität (für Mischlinge) starben drei Studenten unter dem Polizeifeuer.

– Daraufhin brachen am nächsten Tag in allen Vororten Kapstadts heftige Kämpfe aus. In dem von Mischlingen bewohnten Vorort „Hanover Park" ging ein Einkaufszentrum in Flammen auf, wurden Schaufensterscheiben zertrümmert, und brannten Autos aus. Die RSA-Polizei meldete abermals 3 Tote: ein Schwarzer, 2 Mischlinge.

– Am 5.9. gab die RSA-Polizei Gerüchte bekannt, daß von den schwarzen Organisationen zu einem landesweiten Streik aufgerufen würde.

– Am 13.9. fand ein mehrtägiger Streik in Johannesburg statt, Zehntausende Bewohner von Soweto streikten; Johannesburger Firmen meldeten eine Streikbeteiligung von über 70% in ihren Betrieben (NZZ, 15.9.).

– Am 14.9. führte die RSA-Polizei eine Razzia in Soweto durch, mehrere Hundert Afrikaner wurden festgenommen (Schätzungen reichen bis zu 2000 Verhafteten), wieder wurden 13 Schwarze ermordet, über 50 verletzt (SZ, 16.9.).

– Am 16. 9. meldete die bürgerliche Presse „Krawalle" in allen Großstädten der RSA gegen den Kissinger Besuch: Johannesburg, Kapstadt, Port Elizabeth, Durban und Pretoria (NZZ, 18.9.).

– Am 17.9. tötete die Polizei 6 Schulkinder bei Demonstrationen gegen Kissinger, über 30 wurden verletzt.

– Am 23.9. demonstrierten mehrere Hundert durch die Innenstadt mitten in Johannesburg (das erste Mal), Schaufenster gehen zu Bruch. Die Polizei erschoß einen Demonstranten. In Soweto konnte die Polizei nur durch Schußwaffen verhindern, daß Tausende Demonstranten die Züge stürmen, um an der Demonstration in der Innenstadt teilzunehmen (NZZ, 25.9.).

Diese Schlaglichter auf den todesmutigen Kampf der schwarzen Bevölkerung zeigen zugleich, mit welch unvergleichbar brutaler Härte die Polizei vorgeht. Vorster hat darüberhinaus angekündigt, daß in Zukunft auch die Armee der RSA bei Kämpfen eingesetzt werde. **Es wäre nicht das erste Mal, daß streikende Arbeiter in der RSA mit Bombenflugzeugen angegriffen würden.**

Das ist die Begleitmusik von Kissingers „Friedensmission"!!

Afrika-Kommission



So „kämpft Vorster für den Frieden"!

Neuer englischer Hochkommissar in Nigeria

Nach dem gescheiterten Rechtsputsch in Nigeria im Februar 76 gegen den linken Präsidenten Mohammed – der dabei den Tod fand – hatten sich die Beziehungen zwischen England und Nigeria rapide verschlechtert. Die Verwicklung des englischen Botschafters in den Putschversuch (vgl. AK 75 v. 1.3.76) und die Weigerung der englischen Regierung, den Komplizen Gowon (der bis zum Sommer '75 als Präsident Nigerias Sachwalter britischer Interessen war) aus England nach Nigeria auszuliefern, ließen in nigerianischen Zeitung den Ruf nach einer Verstaatlichung der englischen Öl-Investitionen in Höhe von ca. zwei Milliarden Mark laut werden. Die nigerianische Regierung bezeichnete seinerzeit die Haltung der englischen Regierung als *„unfreundlichen Akt"* („Guardian", 17.5.76). Nun scheint plötzlich eine Wende in den Beziehungen eingetreten zu sein. Der seinerzeit ausgewiesene englische Botschafter wurde durch einen neuen Hochkommissar ersetzt, ohne daß die Forderung nach der Auslieferung Gowons erfüllt wurde. Die nigerianische Zeitung „New Nigerian" drückt ihre Besorgnis über diese Entwicklung aus, wenn sie schreibt: *„Die Briten haben es also geschafft. (..) Für die Uneingeweihten ist diese relativ frühe Normalisierung der diplomatischen Beziehungen eine beunruhigende Wende. Es hat den Anschein, als ob die eingefleischten konservativen und westlich orientierten politischen Berater im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erneut die Oberhand behalten haben. Wir geben uns einer Selbsttäuschung hin, wenn wir die Beziehungen zu Großbritannien als freundschaftlich ansehen. (...) Die britische Propaganda, die die Diskreditierung der nigerianischen Regierung und der von ihr vertretenen Ziele bezweckt, geht unvermindert weiter. Dessen ungeachtet florieren die britischen Geschäfte in Nigeria ungehindert"* (nach „Monitor-Dienst", 10.9.76).

Die politische Entwicklung im kapitalistischen Nigeria ist geprägt von den widerstreitenden Klasseninteressen, die die Annahme einer gradlinig anti-imperialistischen Außenpolitik als Illusion erscheinen läßt, auch wenn die Militärregierung bislang eine eher linke Außenpolitik praktiziert hat (so besonders in der entschiedenen Unterstützung der MPLA und auch des zimbabwischen Widerstands).

Trotz der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen ist die nigerianische Militärregierung durchaus bemüht, die Interessen der Arbeiter und armen Bauern stärker zu berücksichtigen. So ist in diesen Tagen, nach sechsmonatiger Vorbereitung, die allgemeine kostenlose Grundschulerziehung eingeführt worden. Der Lehrermangel von 3.000 Lehrern wurde die Anwerbung einer großen Zahl qualifizierter, jedoch arbeitsloser Menschen verringert. Ferner übernahm die Bundesmilitärregierung alle Lehrerbildungsanstalten im Lande, 62 weitere Lehrerbildungsanstalten sollen im neuen Planjahr eingerichtet werden. Zur raschen Verwirklichung des Programms werden im Ausland Fachkräfte als Lehrerausbilder angeworben. Der Staatschef Obasanjo forderte die Nigerianer auf, die Grundschulen nicht als Regierungsinstitutionen, sondern als eigene Einrichtungen zu betrachten! (Radio Lagos nach „Monitor Dienst" vom 19.3. und 10.9.76).

Nigerianische Bildungsexperten schätzen, daß dieses für Nigeria bisher einmalige Bildungsprogramm innerhalb von zehn Jahren den Analphabetismus zum Verschwinden gebracht haben wird!

Auch die unter dem pro-imperialistischen Kurs Gowons völlig vernachlässigte Landwirtschaft, von der nach wie vor der Großteil der Bevölkerung lebt, wird verstärkt gefördert. Als eine der ersten Maßnahmen gegen die unwirtschaftliche Zerstükkelung der Bodenfläche wird die nigerianische Bundesmilitärregierung in jedem Bundesstaat mindestens 2.000 Hektar Land erwerben, das den örtlichen Bauern zur Großflächenbewirtschaftung zugeteilt wird. Um den armen Bauern überhaupt eine Nutzung der Großflächen zu ermöglichen, werden landwirtschaftliche Betriebskomplexe Traktoren zur Verfügung stellen, Ausrüstungen verleihen und Kreditmöglichkeiten einräumen (Radio Lagos nach „Monitor Dienst" v. 12.8.76).

Gegenüber diesen Maßnahmen – deren praktische Durchführung und Erfolge wir im einzelnen nicht prüfen können – signalisiert die – mit dem Amtsantritt des neuen englischen Hochkommissars – erneute Hinwendung zur ehemaligen Kolonialmacht England die Stärke der proimperialistischen Elemente in Nigerias Staatsapparat.

Afrika-Kommission

Marokko gesteht Niederlagen

Die Aggressoren in der westlichen Sahara, Marokko und Mauretanien, die bislang mit allen Mitteln ihre zahlreichen Niederlagen zu verschweigen und vertuschen versuchten, denn damit steht und fällt ihre faschstische Demagogie von den „Befreiern und Brüdern des saharuischen Volkes", mußten jetzt erstmals (!) öffentlich die hohen Verluste eingestehhen!

In einem auch in Marokko veröffentlichten Interview erklärte der Führer der „Oppositions"partei (UNFP) Bouabib, der – wie alle legalen „Oppositions"politiker – den Überfall auf die Sahara unterstützt, :*„Wir haben Militärgarnisonen auf dem ganzen Territorium, aber sie sind einer immer mörderischeren Taktik von Überraschungsangriffen ausgesetzt und die Verluste, die Marokko erleiden muß, sind einigermassen ernst"* („Le Monde" 14.9.76).

Das ist ein sehr großer Erfolg der Frente Polisario und wird zweifelsohne die Bedingungen für einen endgültigen Sieg des saharuischen Volkes verbessern helfen, denn die Völker Marokkos und Mauretaniens können nicht länger über den wahren Charakter der Aggression gegen das saharuische Volk getäuscht werden.

Marokko hat seine Armee im letzten Jahr um gut 50% verstärkt. 90000 Soldaten stehen einsatzbereit, aber gut ein Drittel sind in der Westsahara gebunden („Le Monde" 14.9.). Der Kommentator der französischen Zeitung „Le Monde" stellt darum auch fest, daß Marokko die Westsahara *„nicht wirklich kontrolliert und sich in der Defensive befindet. Die Guerillas der Sahauris vervielfältigen ihre Überraschungsangriffe und können jede Woche von tödlichen Zusammenstößen berichten."* Die marokkanischen Reaktionäre drohen darum immer offener mit einem Offensiv-Krieg gegen Algerien, das die F-Polisario von Anfang an solidarisch unterstützt hat. Der Sozialchauvinist Bouabib sagt z.B.: *„Es ist sicher, daß wenn Algerien fortfährt, seine Aggressionen zu verüben und unsere Armee in der Wüste zu überfallen, in der die Bevölkerung verstreut lebt, und – wo es relativ leicht ist – Kommandounternehmen zu organisieren, dann kann Marokko seinen Antworten nur andere Formen geben, als die auf die es sich bislang beschränkt hat, und zwar politische wie militärische".* Die Aufrüstung der marokkanischen Armee geht auch eindeutig in Richt tung Vorbereitung eines konventionellen Krieges gegen Algerien. Nach Angaben der „Financial Times" (zit. nach „Le Monde" vom 14.9.) erhält Marokko von den USA einige hundert Kampfpanzer und zusätzlich Anti-Tank-Geschütze, Luftabwehrkanonen und Lastwagen.

Auf dem Kongreß der F-Polisario (vgl. AK 88) traten erstmals Vertreter der revolutionären Opposition aus Marokko zusammen mit der F-Polisario auf. Ein Genosse der Organisation ILAL AMAM („Vorwärts") sprach zu den Delegierten. Er forderte die F-Posisario auf, gegen den „gemeinsamen Feind" zu kämpfen und fügte hinzu: *„Der gegenwärtige Befreiungskampf in der Sahara ist mit den Kämpfen, die sich in Marokko abspielen, eng verbunden. Jeder Schlag gegen die herrschende Klasse kann nur günstig auf den Kampf in Marokko und in der Sahara zurückschlagen und zur Schwächung des imperialistischen, kolonialistischen und reaktionären Lagers im Sinne der Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in der Region, an ihrer Spitze die F-Polisario und die revolutionären Kräfte des Maghreb beitragen"* (nach „afrique-asie" 117).

In diesem Sinne antwortete auch die Polisario. *„Die Befreiung der Sahara ist nur der Anfang. Wir rufen alle patriotischen Kräfte Marokkos und Mauretaniens auf, sich uns anzuschließen, damit wir die Regimes in Rabat und Nouakchott beseitigen können"* („afrique-aise" Nr.117). Die Schaffung einer Front der fortschrittlichen Kräfte, die sich auf die gesamte Maghreb-Region bezieht, steht für die F-Posisario auf der Tagesordnung. Diese Front ist tatsächlich das beste Mittel, daß sich die Völker des Maghreb erkämpfen müssen, um die Kriegspläne des Imperialismus zu ververeiteln.

KB/ Gruppe Göttingen



Kämpfer der F. Polisario

Liberia: Firestone muß Steuern zahlen
Eine fast „sensationelle" Meldung erreicht uns aus Liberia. Wie die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldet, hat sich die liberianische Regierung aufgerafft, nach fünfzigjähriger Steuerfreiheit den größten Plan-
des Firestone-Konzerns sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich brachte Liberia zu dieser Zeit den Spitznamen „Firestone-Land" ein ... Heute hat der Rohkautschuk aufgrund der Entwicklung der

Armee geht auch eindeutig in Richt tung Vorbereitung eines konventionellen Krieges gegen Algerien. Nach Angaben der „Financial Times" (zit. nach „Le Monde" vom 14.9.) erhält Marokko von den USA einige hundert Kampfpanzer und zusätzlich
Kämpfer der F. Polisario

Liberia: Firestone muß Steuern zahlen

Eine fast „sensationelle" Meldung erreicht uns aus Liberia. Wie die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldet, hat sich die liberianische Regierung aufgerafft, nach fünfzigjähriger Steuerfreiheit den größten Plantagenbesitzer Firestone zur Kasse zu bitten. Man muß in diesem Zusammenhang wissen, daß im Jahre 1926 für ein paar Pfennige die US-amerikanische Reifenfirma riesige Bodenflächen in Liberia von der einheimischen Kompradorenbourgeoisie übereignet bekam, auf denen später einige der größten Gummiplantagen der Welt entstanden. Der aufkommende Automobilverkehr bildete einen glänzenden Absatzmarkt für Rohkautschuk. Die vollständige Vorherrschaft des Firestone-Konzerns sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich brachte Liberia zu dieser Zeit den Spitznamen „Firestone-Land" ein ... Heute hat der Rohkautschuk aufgrund der Entwicklung der synthetischen Materialien zwar an Bedeutung verloren, doch Firestone ist in Liberia immer noch der größte Plantagenbesitzer. Um die ehrgeizigen Eisenerzausbeutungsprogramme der herrschenden Clique in Liberia mitzufinanzieren, wird der Parasit Nr. 1 ein wenig gemolken. Schaden wird es ihm sicher nicht („Monitor-Dienst" v. 27.8.76).

Afrika-Kommission

Guinea-Bissau: Gnade für Kollaborateure

Der Staatsrat von Guinea-Bissau hat am Samstag, den 18. September das Strafmaß für politische Häftlinge, verurteilt wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind" und das Strafmaß „gewöhnlicher" Krimineller erheblich gesenkt. Die Todesurteile wurden umgewandelt zu zehn Jahren Zwangsarbeit. Die zur Zwangsarbeit Verurteilten, die schon zwei Drittel ihrer Strafe verbüßt haben, werden freigelassen unter der Bedingung, daß sie eine gute Führung während ihrer Haft vorweisen konnten. Die Strafe der verbleibenden Häftlinge wurde um die Hälfte herabgesetzt (nach „Le Monde" vom 21.9.76).

Es kann kaum einen überzeugenderen Beweis für die Konsolidierung und die feste Verankerung der Revolution in Guinea-Bissau geben, als die Einbeziehung auch derjenigen in den Aufbau einer neuen Gesellschaft, die sich aus den verschiedensten Gründen gegen sie gestellt hatten!

A Luta Continua!

Afrika-Kommission

Marokkanische Arbeiter: Statt Urlaub in den Knast

Im Sommer 1976 wurden insgesamt 83 marokkanische Arbeiter in Frankreich, die auf Heimaturlaub in Marokko waren, in Gefängnisse gebracht. Dies gab der Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CGT bekannt. Gleichzeitig beschuldigte er die französischen Behörden, die Arbeiter der Repression in Marokko ausgeliefert zu haben. (Wir berichteten früher bereits über die Zusammenarbeit französischer Behörden mit dem marokkanischen Geheimdienst.).

Die CGT forderte ihre Mitglieder auf, in den französischen Unternehmen zu prüfen, wer von den marokkanischen Kollegen nicht aus dem Urlaub zurückkehrt, und Nachforschungen anzustellen. Ebenso nahm sie Kontakt auf zu den holländischen und belgischen Gewerkschaften, um festzustellen, ob es den marokkanischen Arbeitern dieser Länder genauso ergeht.

Es genügt dem marokkanischen Regime anscheinend nicht, im Innern die schärfste Repression auszuüben, sondern auch die Marokkaner im Ausland werden bespitzelt.

(„El Moudjahid", 9.9.76)

Nahost-Kommossion

Hassan kommt ins Schwitzen

Am 20. August hielt König Hassan von Marokko eine Ansprache an die Nation – vor einem Jahr war am gleichen Tag der „Grüne Marsch" in die Westsahara beschlossen worden. Nach diesem ersten Beweis seiner Politik ‚für das Volk' kündige Hassan jetzt einen weiteren Schritt an, nämlich „Demokratie und Wahlen". Sogar über Sozialismus und Genossenschaftswesen soll diskutiert werden können. *„Sollen wir unserem Land ein Genossenschaftsystem auferlegen? Sollen wir uns für ein rein sozialistisches oder kapitalistisches System entscheiden? Oder sollen wir eine Mischung aus Genossenschaft, Kapitalismus und Sozialismus wählen? All dies sollten wir sehr sorgfältig erwägen, damit wir aus eigener Erfahrung feststellen können, was für uns und unsere Söhne geeignet ist"* (Monitor-Dienst 25.8.76).

Der Hintergrund dieses „demokratischen" Geredes ist die verfahrene Situation, in der König Hassan sich befindet. Zum einen ist es dem marokkanischen Regime nach einem Jahr noch nicht gelungen, die Westsahara und die dortigen Phosphatvorkommen unter seine Kontrolle zu bringen. Im Gegenteil werden die marokkanischen Stellungen und die Phosphatminen von Bou-Craa ständig von den Guerillakämpfern der Frente Polisario angegriffen, die Kämpfer dringen sogar weit in marokkanisches Gebiet vor. Ein Ende des Kampfes, in dem die marokkanischen Truppen erhebliche Verluste erleiden, ist noch lange nicht abzusehen.

Zum anderen finden in Marokko selbst ständig Streikbewegungen statt, d.h. daß es Hassan mit dem Geschrei um die „Rück"eroberung der Westsahara nicht gelungen ist, von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

Die Arbeiter protestieren besonders gegen die ansteigenden Lebenshaltungskosten. Die Fleischpreise haben sich in wenigen Monaten verdoppelt, ähnlich sieht es mit anderen Waren aus. Die Steuern betragen derzeit mehr als ein Drittel der Löhne.

In den letzten Wochen fanden in den großen Industriezentren Casablanca, Meknes, Tetouan, Fes und Agadir Aktionen statt, hauptsächlich im Bergbau, bei der Eisenbahn und im städtischen Transportwesen, in der Textilindustrie, im Nahrungsmittelbereich und in der Touristikindustrie. Streiks gab es in Casablanca bei den VW-Arbeitern und in den Pappenfabriken. In Tetouan streikten Textilarbeiter, nachdem 11 Arbeiter entlassen worden waren; ebenso die Arbeiter in den Bäckereien. In den Zementwerken Agadirs streikten die Arbeiter für höhere Löhne und gegen Entlassungen. In ganz Marokko fand ein Generalstreik des Personals des Nationalen Büros für Trinkwasser statt, ebenso streikten im ganzen Land die Arbeiter der Schuhfabriken, nachdem durch die Schließung mehrerer Werke 200 Arbeiter auf die Straße flogen.

(„El Moudjahid" vom 21.9.76)

Nahost-Kommission

Tausende gegen Polizeiterror

Der Generalsekretär der „Bewegung für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln" (MPAIAC), Antonio Cubillo, gab bekannt, daß es seit dem 24. September in Santa Cruz de Teneriffa gewaltige Straßenschlachten zwischen Tausenden von Demonstranten und einigen Hundert Polizisten gegeben habe.

Anlaß war der Protest gegen den Tod des 21jährigen Garcia Bartolome, der bei einer Hausdurchsuchungsaktion in einem Arbeiterviertel nach einer Demonstration von der Polizei getötet worden war. Die Kanarischen Inseln werden von Spanien besetzt gehalten.

(Nach anderen Informationen galt diese Demonstration der Solidarität mit der saharauischen Bevölkerung.).

Am 24. September demonstrierten fast 8000 Leute mit den Rufen „Spanische Polizei Mörder" durch die Stadt, bis sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Danach errichteten die Demonstranten Barrikaden und verwüsteten die Fronten mehrerer Banken, wobei es zu den Straßenschlachten kam. An der Beerdigung nahmen 10000 Menschen teil, anschließend fand wieder eine Demonstration statt. Für den 27.9 wurde zu einem Generalstreik aufgerufen.

(nach „El Moudjahid", 27.9.76).

Nahost-Kommossion



naher osten

„Falken" und „Tauben" in Israel

Scheingefechte sollen über die Politik der vollendeten Tatsachen täuschen

Die Aufstände in Galiläa in diesem Frühjahr und die Unruhen in den besetzten Gebieten haben den Zionisten gezeigt, daß die Annexion der besetzten Gebiete doch nicht so einfach verläuft. Gerade in der letzten Zeit wehren sich die Araber verstärkt gegen die aggressive zionistische Politik.

Gegen die sich für ihre Rechte einsetzenden Araber sind die zionistischen Besatzer stets mit äußerster Härte vorgegangen, es gab viele Tote und Verhaftete und noch mehr Verletzte. Trotz all dieser Proteste sind die Zionisten fortgefahren, arabisches Land zu enteignen, um jüdische Siedlungen zu errichten. Die totale Rechtlosigkeit der Araber in Israel und den besetzten Gebieten ist hinreichend bekannt.

In den letzten Wochen lieferten sich die zionistischen „Tauben" und die „Falken" vor der israelischen und der Weltöffentlichkeit etliche Scheingefechte über die Frage der arabischen Bewohner („König-Memorandum") sowie über angebliche Pläne, besetztes Land zurückzugeben („Allon-Plan" und „Wachmann-Plan").

Damit soll über die schon längst geschaffenen Tatsachen zionistischer Besatzerpolitik hinweggetäuscht werden.

Das „König-Memorandum"

Anfang September erschien in der Zeitung der MAPAM (in der israelischen Regierung neben der „Arbeiterpartei" und der nationalreligiösen „Likud" vertreten), „Al Hamishmar", ein „Gutachten" aus dem Innenministerium, das bis dahin geheimgehalten worden war.

Es war von Israel König, Mitglied der national-religiösen Partei, und Vertreter des Innenministeriums im Distrikt Galiläa, verfaßt worden und beschäftigt sich mit der Frage, wie der arabische Einfluß in Galiläa „reduziert" werden könne.

Die „Süddeutsche Zeitung" (14.9.76) brachte Auszüge mit dem Untertitel *„eine Studie über die Eindämmung der vermehrungsfreudigen Minorität* (!) *im Norden des Landes"* und stand damit dem faschistischen und rassistischen Inhalt des „Gutachtens" kaum nach.

Die „Vorschläge" Königs:

- Kürzung der Sozialunterstützung für kinderreiche arabische Familien, um den überschnellen Anwuchs des Nachwuchses zu verhindern (Familiengeldbewilligung sollten der zionistischen Weltorganisation unterstellt werden, damit allein die Juden daraus Nutzen ziehen können).
- Judaisierung von weiteren arabischen Gebieten.
- Die Loyalität der Araber sollte durch ein System von Lohn und Strafe gesichert werden!
- Gründung einer pro-zionistischen Araberpartei parallel zur staatstragenden „Arbeiterpartei", damit der Einfluß der derzeitigen arabischen Führerschaft zurückgedrängt würde.
- Die arabischen Studenten sollten ermutigt werden, zum Studium ins Ausland zu gehen, ihre Rückkehr sollte behindert werden.
- Geändert werden müßte der angeblich wirtschaftliche Vorteil (?!) der Araber, die nur 1,5% der Steuern zahlten, aber 14% der Bevölkerung ausmachten.
- Ebenfalls müßte der wirtschaftliche Vorteil der Araber ausgeglichen werden, der darin bestünde, daß sie nicht wie die Israelis drei Jahre Wehrdienst abzuleisten hätten.
- Verhindert werden muß, daß mit angehäuftem „schwarzen Kapital" Unternehmungen feindlicher (also palästinensischer) Organisationen unterstützt werden.
- Im Schulwesen müßte ein „Numerus Clausus" gegen Araber eingeführt werden.
- Die Zahl der angestellten Araber in industriellen und Handelsunternehmen, die teilweise oder ganz vom Staat finanziert würden, sollten auf 20% begrenzt werden (Angaben nach „Le Monde", 9.9.76 und „SZ", 14.9.76).

Dieses Memorandum entstellt in demagogischer Weise die Tatsachen. Das deutet darauf hin, daß noch schärfer gegen die Araber vorgegangen werden soll.

Einige Fakten: Die Araber verdienen sehr viel weniger als die Israelis (weswegen sie auch weniger Steuern bezahlen müssen), sie müssen meist ungelernte Arbeit verrichten, sie werden am ehesten arbeitslos. Araber dürfen keinen Boden in Israel kaufen.

Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß das israelische Parlament schon 1970 (!) ein spezielles Gesetz verabschiedete, „Discharged Soldiers – Reinstatement in Employement" – das anordnet, die Bevölkerungsvermehrung der Juden in Israel materiell zu fördern. Damit sollte erreicht werden, daß sich die arabischen Geburtenziffern vermindern und sich die israelischen vermehren (W. Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972, S. 179).

Ein weiteres Indiz dafür, wie s c h l e c h t es den Arabern auch wirtschaftlich in den besetzten Gebieten geht, ist die Tatsache, daß 1975 etwa 20.000 Araber das Westjordanland in Richtung Jordanien und andere arabische Staaten verlassen haben, weil sie keine Arbeit in Israel mehr fanden („Guardian", 17.8.76).

Darüber hinaus haben die arabischen Bürgermeister in Galiläa sofort nach Veröffentlichung des Memorandums erklärt, daß sich Israel König im Rahmen seiner erheblichen Machtbefugnisse als Vertreter des Innenministers in Galiläa genau entsprechend den inhaltlichen Empfehlungen seines „Gutachtens" schon lange verhält („Le Monde", 9.9.76).

Rabin würgte im Kabinett eine Diskussion über das Memorandum ab, schließlich hatte sich herausgestellt, daß König das Memorandum mit Mitgliedern der Arbeiterpartei ausgearbeitet hatte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Berichterstattung israelischer Zeitungen. Die MAPAM-Zeitung „Al Hamishmar" gab an, das Memorandum wegen seiner *„grausamen Tendenzen"* (!) veröffentlicht zu haben, das Verhältnis zu den israelischen Arabern könne dadurch um das Zehnfache verschlechtert werden. Andere Zeitungen begrüßten das Memorandum, da es so *„nachdrücklich die demografische Gefahr in diesem Distrikt betone"* („Yediot Aharnot"). Einige unterstützten selbst die von König vorgeschlagenen Maßnahmen („Monitor-Dienst", 10.9.76).

Diskutiert wurde in der israelischen Presse also nur die **Frage der Durchführbarkeit** der von König vorgeschlagenen Maßnahmen. Daß man etwas gegen die im Verhältnis zu der israelischen Bevölkerung schneller wachsende arabische Bevölkerung tun müsse, darin war sich die gesamte zionistische Presse einig.

Generalstreik im Westjordanland und im Gaza-Streifen

Aus Protest gegen das König-Memorandum hat am Dienstag vormittag (28.9.) ein Generalstreik im Westjordanland und im Gaza-Streifen begonnen. Der öffentliche Verkehr wurde lahmgelegt. Alle Schulen und Geschäfte blieben geschlossen. In Nablus, Hebron und Ramallah wurden die Besatzertruppen mit Steinen beworfen. In Israel streikten nur die arabischen städtischen Angestellten für zwei Stunden („Neue Zürcher Zeitung", 30.9.76).

In Nazareth fand am 22.9. eine Protestversammlung arabischer Gemeinderäte statt, die die Entlassung Israel Königs wegen der von ihm vorgeschlagenen *„rassistischen, zionistischen und chauvinistischen"* Maßnahmen verlangte („Le Monde", 24.9.76).

Der Allon- und der Wachmann-Plan

Fast gleichzeitig mit dem König-Memorandum veröffentlichte Außenminister Allon seine schon seit acht Jahren bekannten „Gedanken" in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs", natürlich unter den Schlagworten „Friedensplan", „Rückgabe besetzter Gebiete gegen Friedensgarantien" usw.

In dem israelischen Parlament begann daraufhin, selbst nach Einschätzung der „Neuen Zürcher Zeitung", eine *„pathetische Debatte"* (23.9.76). Der Führer der Rechtsopposition Begin betonte, 60% besetzten Landes zurückzugeben sei viel zu viel ...

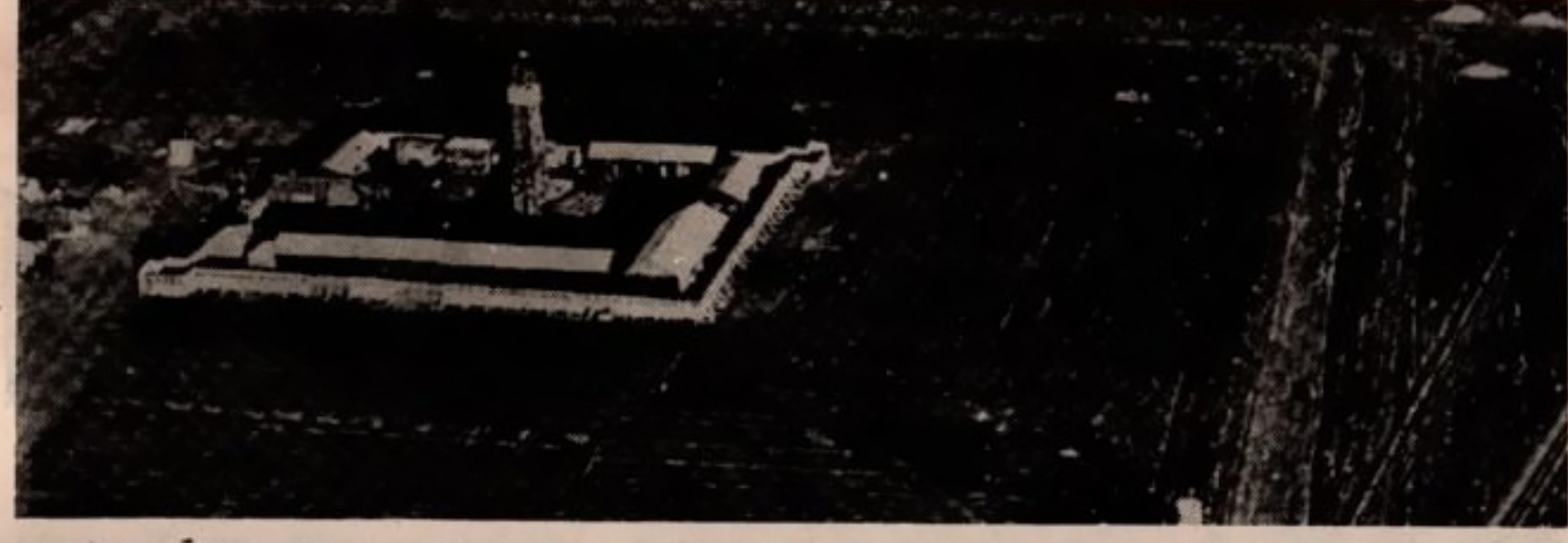
Scharf angegriffen wurde von ihm vor allem die angeblich geplante Rückgabe der Stadt Gaza, da es doch schon längst einen Regierungsbeschluß gebe, nach dem die Stadt Gaza niemals unter eine fremde Regierung kommen dürfe (!!) („Süddeutsche Zeitung", 22.9.76).

Rabin hingegen sprach sich gegen jeden präzisen Rückzugsplan aus, vor allem gegen präzise Karten; ein Truppenrückzug käme nur im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung in Frage („NZZ", 23.8.76).

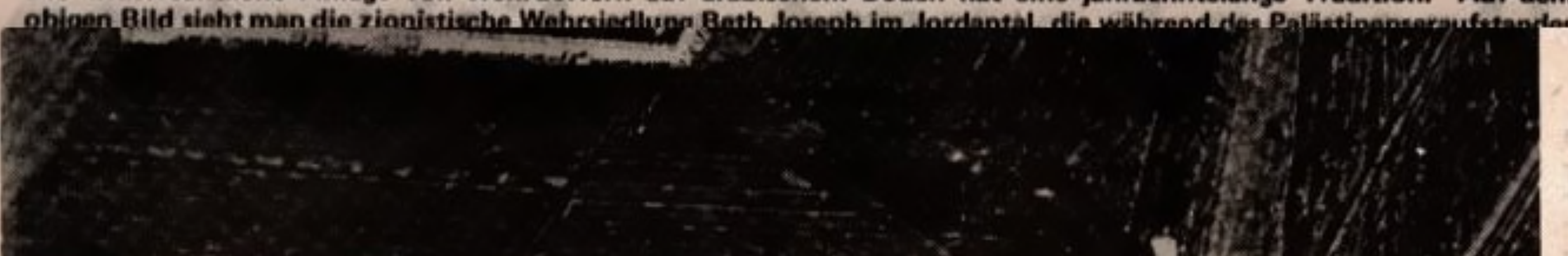
Unterdessen werden von den Zionisten immer neue Siedlungen angelegt, und diese entsprechen haargenau dem unter relativer Verschwiegenheit in der Regierung diskutierten „Wachmann-Plan".

Dieser Plan sieht eine lückenlose Kette jüdischer Siedlungen von den Golan-Höhen im Norden bis Scharm-Asch-Schaik im Süden der von Israel besetzten Sinai-Halbinsel vor. Damit würde auch der von Allon vorgesehene Korridor bei Jericho (Verbindung zu Jordanien) geschlossen („Monitor-Dienst", 10.9.76 und „El Moudjahid", 9.9.76).

Nahost-Kommission



Die widerrechtliche Anlage von Wehrdörfern auf arabischem Boden hat eine jahrzehntelange Tradition. Auf dem



Die widerrechtliche Anlage von Wehrdörfern auf arabischem Boden hat eine jahrzehntelange Tradition. Auf dem obigen Bild sieht man die zionistische Wehrsiedlung Beth Joseph im Jordantal, die während des Palästinenseraufstandes 1936 bis 1939 im Jordantal entstand. Sie wurde in weniger als 24 Stunden aus vorgefertigtem Material errichtet und war sofort verteidigungsbereit. Zur Siedlung gehörten Wohnhütten, ein Speiseraum, ein Palisaden- und ein Stacheldrahtzaun und ein Wasserturm, der – mit einem Scheinwerfer bestückt – als Wachturm diente.

Im Gedenken an den „Schwarzen September"

Streiks und Demonstrationen in Palästina

In vielen Städten des Westjordanlandes und in Ost-Jerusalem kam es am 6. Jahrestag des „Schwarzen September" in Jordanien zu Streiks und Demonstrationen, die gegen den Palästinenserschlächter und Imperialistenfreund Hussein gerichtet waren, der vor sechs Jahren mehrere zehntausend Palästinenser von seinen Truppen abschlachten ließ („Le Monde", 19./20.9.76).

Gleichzeitig kam es in Hebron zu einem Generalstreik der arabischen Kaufleute, mit dem außerdem gegen neue Siedlungsversuche rechtsradikaler Zionisten in einem Stadtteil von Hebron protestiert wurde. Im Stadtzentrum fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt, Polizei wurde mit Steinen beworfen („Neue Zürcher Zeitung", 18.9.76).

Demonstrationen fanden außerdem in Nablus statt. Schulen und Läden blieben am 16.9. aus Protest gegen zionistische Neusiedler und die September-Massaker in Jordanien geschlossen. Die „Sicherheits"kräfte wurden mit Steinen beworfen. Autoreifen angezündet, um die Straßen zu blockieren. Israelische Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen („NZZ", 18.9. und 19./20.9.76).

In Ostjerusalem beschossen vier Polizisten in einer engen Gasse Demonstranten, von denen sie sich „eingekreist fühlten". Dabei wurden zwei Demonstranten schwer verletzt, ein 23-jähriger Araber starb an den Folgen der Verletzungen („Le Monde", 19./20.9.76).

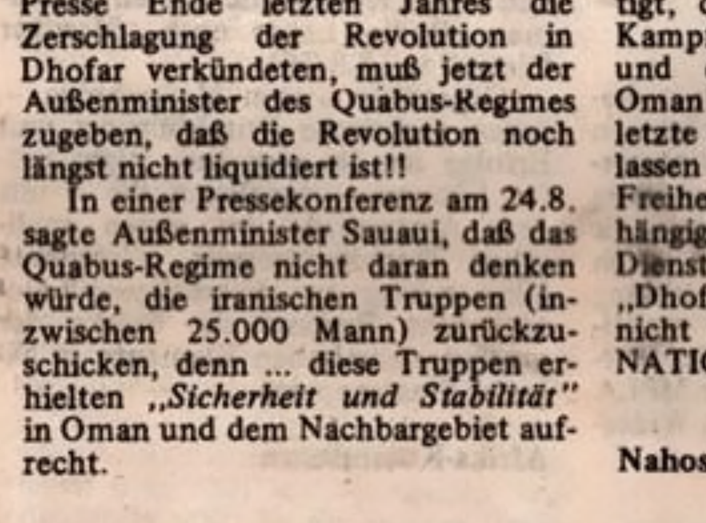
Daraufhin kam es fünf Tage lang zu weiteren militanten Auseinandersetzungen zwischen Schülern und Besatzungstruppen in Ost-Jerusalem, die sich auch auf Schulen nahe Hebron und nahe Tulkarem ausweiteten.

Am Tag nach diesen kaltblütigen Schüssen fanden weitere Demonstrationen in Hebron, Nablus, Ramallah, El Bireh und Kalkilya statt („El Moudjahid", 19.9. und 21.9.76).

Nahost-Kommission

PFLO, Oman

An allen Fronten zum Kampf entschlossen

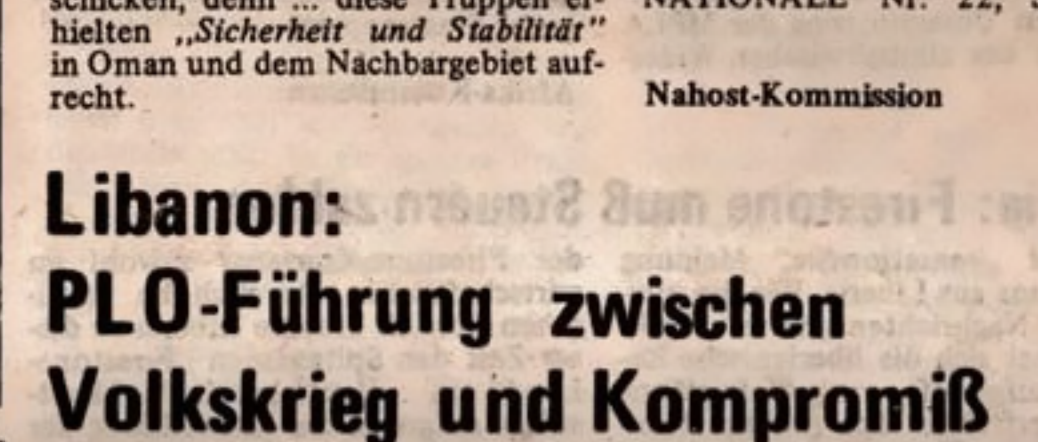


Nachdem Sultan Quabus (Oman), der Schah und die gesamte bürgerliche Presse Ende letzten Jahres die Zerschlagung der Revolution in Dhofar verkündeten, muß jetzt der Außenminister des Quabus-Regimes zugeben, daß die Revolution noch längst nicht liquidiert ist!!

In einer Pressekonferenz am 24.8. sagte Außenminister Sauaui, daß das Quabus-Regime nicht daran denken würde, die iranischen Truppen (inzwischen 25.000 Mann) zurückzuschicken, denn ... diese Truppen erhielten *„Sicherheit und Stabilität"* in Oman und dem Nachbargebiet aufrecht.

Die PFLO hat daraufhin in einer Sendung von „Radio Aden" bekräftigt, daß sie an allen Fronten den Kampf gegen das Quabus-Regime und die ausländischen Kräfte in Oman fortführen würde, bis der letzte ausländische Soldat Oman verlassen und das Volk von Oman seine Freiheit und seine vollständige Unabhängigkeit erreicht habe („Monitor-Dienst", 31.8.76, vgl. den Artikel „Dhofar, Eine Revolution läßt sich nicht totschweigen" in DIE INTERNATIONALE Nr. 22, Sept. 76).

Nahost-Kommission



Libanon: PLO-Führung zwischen Volkskrieg und Kompromiß

Libanon: PLO-Führung zwischen Volkskrieg und Kompromiß

Die letzten Wochen haben weiter gezeigt, daß Syrien zur Zeit in Libanon die wichtigste Kraft auf der reaktionären Seite ist. Das syrische Regime hat versucht, die kompromißlerischen Kräfte unter den Palästinensern und in der Front der fortschrittlicnen libanesischen Kräfte unter Druck zu setzen, um die Revolutionäre zu isolieren und gezielt angreifen zu können. Hierzu wendete das syrische Regime eine Taktik des Wechsels von Verhandlungen und militärischem Angriff an.

Am 23. September wurde der neue libanesische Staatspräsident Sarkis vereidigt. Sarkis ist eine Figur, die ins Spiel gebracht wurde, um Verhandlungen über eine Kompromißlösung zu führen. Zur Unterstützung dieser Aufgabe begann die syrische Armee am 28. September mit einer Offensive gegen Bergstellungen der fortschrittlichen Kräfte oberhalb von Beirut.

Die libanesischen Faschisten haben sich der syrischen Offensive angeschlossen und wahrscheinlich wie üblich die blutige Mordarbeit übernommen. Am 30. September mußte der PLO-Sender „Stimme Palästinas" bekanntgeben, daß die Stellungen im Gebiet von Aintura, Mtein und Hamanah **gefallen sind („Neue Zürcher Zeitung", -„NZZ",2.10.). Damit haben die syrischen Truppen und die Faschisten einen weiteren Teil der Straße von Damaskus nach Beirut erobert. Nur nach das letzte Stück am Berghang, von Aley bis Beirut, ist in der Hand der fortschrittlichen Kräfte.**

Selbst bürgerliche Berichterstatter betonten, daß dies im wesentlichen ein Werk der syrischen Invasionstruppen war („Süddeutsche Zeitung" („SZ"), 1.1o.). Die Faschisten tönten zwar, wenn die syrischen Truppen haltmachten, würden sie alleine weiterkämpfen. Tatsache ist jedoch, daß das betreffende Berggebiet im April von den fortschrittlichen Kräften gegen die Faschisten erobert worden war, und daß Syrien gewaltige Kräfte **zusammengezogen und eingesetzt hat, um es nun zurückzuerobern. Die syrischen Truppen konnten nur mit schweren Verlusten vorankommen.**

Nach dieser militärischen Operation ist nun wieder eine neue Runde der Verhandlungen in Gang gesetzt worden. Es ist eine leere Drohung, daß nun als nächstes das Hauptquartier der fortschrittlichen Kräfte in Aley in Gefahr wäre. In Aley befindet sich nichts weiter als der Herrschaftssitz von Dschumblatt. In Wirklichkeit wissen beide Seiten, sowohl das syrische Regime als auch die schwankenden libanesischen und palästinensischen Kräfte, daß jeder syrische Vorstoß nur dringender darauf hinweist, daß der Volkskrieg gegen die syrische Invasion auf der Tagesordnung steht. Im Volkskrieg gibt es kein Hauptquartier. Und im Volkskrieg wäre auch nicht mehr viel Spielraum für die Kompromisse von Arafat und Dschumblatt.

Kompromißler unter Druck

Der Ablauf der libanesischen Ereignisse wird heute von vier entscheidenden Kräften bestimmt: Syrisches reaktionäres Regime, kompromißlerische palästinensische Kräfte (PLO-Führung), kompromißlerische libanesische Kräfte (Dschumblatt u. a.), revolutionäre Kräfte. Die Kompromißler sind von ihrer Klassenzugehörigkeit her kleinbürgerliche und bürgerliche Kräfte, die unter revolutionären Parolen die Massen um sich zu sammeln versuchen. Sie sind bereit, ein Stück mit der Revolution zu gehen, um ihre nationalen Ziele **zu verwirklichen, sie schrecken jedoch vor der Volksmacht zurück.**

Fortsetzung Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

Die reaktionären arabischen Regimes sind ihre Klassenbrüder, doch um ihre Ziele zu verwirklichen, müssen sie gegen sie kämpfen und sich mit dem Volk verbinden.

Zur Zeit geraten die Kompromißler in Libanon unter starken Druck. Die Imperialisten und syrischen Besatzer versuchen, eine Lösung zu erzwingen und die Revolutionäre zu schlagen. Auf der anderen Seite haben die Revolutionäre den Volkskrieg begonnen. Die Kompromißler schwanken nun zwischen diesen beiden Polen. Sie möchten einerseits ins Lager der Machthaber aufrücken, müssen dazu jedoch sich auf das Volk stützen. Sie versuchen deshalb, daß Volk politisch zurückzuzerren. Demgegenüber kämpfen die Revolutionäre darum, die politische Entwicklung der Massen voranzubringen. Dazu und zum Kampf gegen die syrische Besatzung ist das beste Mittel der Volkskrieg. Je erfolgreicher die Politik der Revolutionäre ist, desto mehr werden die Kompromißler den Kampf gegen die syrische Besatzung unterstützen. Je mehr sie zur anderen Seite tendieren, desto schärfer kämpfen sie gegen die Revolutionäre und desto schärfer treten die Gegensätze zwischen ihnen, zwischen palästinensischen und libanesischen Interessen, hervor.

Der syrische Angriff sollte deshalb die Kräfte um Arafat und Dschumblatt unter möglichst großen Druck setzen, aber er durfte nicht so lange dauern und so weit vorstoßen, daß die Politik der revolutionären Kräfte bestätigt wurde.

Die revolutionären Kräfte haben auch das Beispiel dieser Kämpfe benutzt, um aufzuzeigen, daß ein Stellungskrieg gegen den militärisch überlegenen syrischen Feind falsch ist. Die Kompromißler halten jedoch an dieser Kriegsführung fest, weil sie sich nicht wirklich auf das Volk stützen wollen. Sie haben in Wahrheit begründete Angst davor, daß ein Volkskrieg sie beiseite schieben würde und die Führung an die Revolutionäre übergehen würde.

Typisch für diese Haltung ist die „radikale" Äußerung des zweiten Mannes der PLO, Abu Iyad (Salah Khalaf): *„Wenn die Kriegsmaschinerie nicht gestoppt wird, wenn wir zur Verzweiflung getrieben werden, wenn sie den letzten Patrioten in einen Terroristen verwandeln wollen, wird die Welt Zeuge einer wilden Explosion von Guerillaaktionen sein."* („Guardian", 4.9.) Abu Iyad sagt damit, daß nur, wenn er zur Verzweiflung getrieben wird, er zum Mittel des Volkskrieges greifen wird. Er droht damit, als letztes Mittel. Er weist darauf hin, daß der anhaltende Krieg die palästinensischen Kämpfer in „Terroristen" verwandelt. Er warnt vor dieser Entwicklung und droht mit ihr.

Ziele Syriens und der Imperialisten

Der amerikanische Sonderbotschafter im Nahen Osten, Dean Brown, hat recht offen auch die Pläne Syriens erläutert, die auch die Pläne der Imperialisten sind: *„Langfristig ist das, was die Syrer sagen, daß sie die palästinensische Bewegung fügsamer in Bezug auf den Frieden sehen möchten. ... Eine palästinensische Bewegung, vielleicht mehr geeinigt, die weniger das Subjekt der Erpressung dieser Linksextremisten wäre, und die mehr durch die reaktionären arabischen Regimes kontrolliert wäre."* („El Moudjahid" („EM"), 26.8.76). Ähnlich äußert sich auch der Faschistenführer Gemayel: *„Auch für den Fall, daß nach dem Amtsantritt von Sarkis sich alles regeln wird, und ich glaube, daß das möglich ist, denn nur 5% der Libanesen sind noch gegen den Frieden, werden wir Syrien noch für ein oder zwei Jahre brauchen, bis unsere Sicherheitskräfte wiederhergestellt sind".* („Le Monde" („LM"), 17.9.76).

Es sind also die „Terroristen", die „Linksextremisten", die „5% der Libanesen, die gegen den Frieden sind", die Syrien, die PLO und die Faschisten daran hindern, gemeinsame Sache zu machen. Es gibt zur Zeit gar keine Aussicht, daß die syrischen Truppen aus Libanon abziehen. Es wird aber darauf hingearbeitet, daß alle Hindernisse beseitigt werden, damit sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können: die Revolutionäre zu unterdrücken. Das war das Ziel des Angriffs der Faschisten im letzten Jahr, das sie nicht erreichen konnten. Das war auch das Ziel des syrischen Einmarsches vor einem halben Jahr.

Andererseits, wenn die Linken aus dem Weg wären, wer will den Imperialisten trauen, daß sie dann nicht auch den Kompromißlern an den Kragen gehen? Da muß nachgeholfen werden, mit Angeboten und mit militärischen Schlägen. Die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ", 1.10.76) sieht das ganz realistisch: *„Man vermutet, daß die Syrer den Palästinensern und den Muslims jetzt eine Atempause lassen werden, um den Vorschlag des syrischen Staatspräsidenten Assad zu überdenken, Syrien als Garanten für die palästinensisch-libanesische Koexistenz in Libanon zu akzeptieren. Die Palästinenser scheuen bisher davor zurück, in Libanon, dem letzten Land, wo sie Aktionsfreiheit besaßen, von der Gnade der Syrer abhängig zu sein".*

Die syrische Offensive hatte nicht nur das Ziel, die Trennung zwischen Volkskrieg und Kompromiß weiter zu treiben, sondern sie vergrößerte auch die Differenzen innerhalb des kompromißlerischen Lagers, zwischen den palästinensischen (Arafat) und libanesischen (Dschumblatt) Kräften.

PLO: Für eine friedliche Lösung

PLO: Für eine friedliche Lösung

Die PLO-Führung rechnet sich aus, daß sie aus dem libanesischen Krieg gut heraus kommen könnte, wenn sie dafür Schritte in Richtung auf die Genfer Konferenz oder den Ministaat einhandeln kann. In Libanon soll dann nichts weiter gelten als die Einhaltung des Kairoer Abkommens von 1969, in dem den Palästinensern in Libanon gewisse Freiräume garantiert worden waren. Die PLO-Führung weiß, daß sie diesen Zielen näher kommt, wenn es ihr gelingt, in Libanon die Rolle einer Ordnungskraft zu spielen. Sie versuchte deshalb krampfhaft, wieder die Rolle eines Vermittlers einzunehmen.

So erklärte Faruk Kaddumi in „El Moudjahid" vom 16.9.76: *„Seit der Auslösung des Konflikts* (was für ein neutraler Ausdruck für den faschistischen Massenmord an Palästinenser *für eine friedliche Lösung"*. Er bezieht sich dann auf das syrisch- bezieht sich dann auf das syrisch-palästinensische Abkommen, das diese Verräter am 29. Juli nach dem Fall von Tall as Saatar geschlossen hatten, und fährt fort: *„Die syrische und palästinensische Seite ermutigen gleichzeitig die kämpfenden Parteien, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, unter der Präsidentschaft von Sarkis ..."*. Abu Iyad distanziert sich einige Tage später von den „Extremisten" („EM", 21.9.): *„Es kann keine Lösung mit Gewalt geben"*. Schließlich wird ein Plan zur Lösung des Konflikts vorgelegt. Abu Iyad erklärt, die fortschrittlichen Kräfte würden sich aus ihren Positionen im Bergland nur zurückziehen, wenn sich gleichzeitig die Syrer zurückziehen. Dann könne durch Syrien und die Palästinenser das „Sicherheitsproblem" geregelt werden und der Dialog unter den libanesischen Parteien (zu denen sich die Palästinenser nicht zählen) könne beginnen.

Für die PLO müsse bei dem ganzen Kuhhandel nur die Einhaltung des Kairoer Abkommens herausspringen („EM", 27.9.). Abu Iyad war am Anfang des Monats sogar so weit gegangen, sich durch Zeitungsveröffentlichungen mit dem Faschistenführer Frangieh um die richtige Auslegung dieses Abkommens zu streiten! (nach „EM", 7.9.76). Man bedenke, dies nach der Auslöschung von mindestens drei großen Lagern durch die Faschisten, deren Unverletzlichkeit und Kontrolle durch die PLO im Kairoer Abkommen garantiert wird! Dies auch, nachdem Südlibanon teilweise durch Israel und die Faschisten gemeinsam kontrolliert wird, ein Gebiet, in dem nach dem Kairoer Abkommen die Fedajin Stützpunkte für den Kampf gegen Israel unterhalten durften! Wer das bloß für unmoralisch hält, daß Abu Iyad – übrigens derselbe, der sich nach Tall as Saatar nicht mehr an einen Verhandlungstisch setzen wollte – sich mit den Faschisten darüber auseinandersetzt, wie in Zukunft die Palästinenser in Libanon bewaffnet sein dürfen, der bedenke bitte weiter, daß sowohl die drei zerstörten Lager wie auch Südlibanon vor allem Stützpunkte der Revolutionäre waren. Die PLO-Führung hatte schon seit Jahren kaum noch Bedarf für den bewaffneten Kampf gegen Israel.

Die PLO-Führung zeigte jedoch gleichzeitig ihre Unfähigkeit, die Durchsetzung ihrer Friedenspläne auch zu garantieren. Sie hat gar nicht, was sie den Imperialisten verkaufen will: Sie kann den bewaffneten Kampf nicht anhalten!

Als am 23.9. Sarkis vereidigt wurde, erhielt er ein Glückwunschschreiben von Arafat: „.... *rufen wir für unseren Teil einen Waffenstillstand auf allen Positionen aus, wo unsere bewaffneten Kräfte stationiert sind, und wir werden vermeiden, auf die Provokationen in allen Gebieten des Libanon zu antworten, weil wir überzeugt sind, daß die, die sich diesen Provokationen ausliefern, die Ziele der Zionisten und Imperialisten verwirklichen."* („EM", 24.9.). Arafat beglückwünscht also Sarkis zu seiner Vereidigung, die von den Dschumblatt-Kräften boykottiert worden war. Er ruft weiterhin einseitig einen Waffenstillstand aus, er zählt schließlich die Revolutionäre auf die Seite der Zionisten und Imperialisten! Arafat versicherte den neuen Staatspräsidenten seiner vollen Unterstützung und erklärte sich bereit, *„alle zwischen dem palästinensischen Widerstand und dem libanesischen Staat geschlossenen Abkommen zu respektieren ..."* („FR", 25.9.).

Dieser Spiel ging jedoch nicht auf. Arafats Befehl an die palästinensischen Kräfte wurde nicht befolgt und auch die Faschisten hielten ihre Waffen nicht an. Die Kämpfe verschärften sich („SZ", 25.9.).

Demnach kann das syrische Regime gegenüber Arafat eine Politik der Stärke anwenden. Statt die Friedenspläne zu unterstützen, begann die neue Offensive. Arafat stellte denn auch ganz richtig fest, daß dies auch ein Angriff auf seine Führung war. Er wendete sich an die reaktionären arabischen Regimes mit einem Hilferuf und verlangte ein sofortiges gesamtarabisches Einschreiten („FAZ", 30.9.). Als Antwort darauf verlangten Ägypten und Saudi-Arabien das sofortige Zusammentreten einer arabischen Gipfelkonferenz („FAZ", 1.10.). Was davon zu halten ist, hatte sich schon vor drei Wochen gezeigt, als eine arabische Gipfelkonferenz vertagt wurde, wobei relativ offen verlautete, man wolle Syrien noch mehr Zeit zur Schaffung von Tatsachen geben! Genosse Habasch (PFLP) meinte damals, *„die arabische Liga ist mehrheitlich aus reaktionären Staaten zusammengesetzt. Sie kann nur Entscheidungen treffen, die schlecht für den Widerstand ausfallen"*. („EM", 4.9.76).

Der Versuch von Arafat, sich mit den arabischen Regimes zu einigen ist auch eine klare Absetzbewegung gegenüber Dschumblatt. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff! Dies bringt wiederum sehr deutlich Abu Iyad zum Ausdruck, wenn er erklärt: *„Weder wir noch die nationale libanesische Bewegung haben zu den Waffen gegriffen, um das libanesische System zu ändern"*. Keine Frage, daß ein Zusammengehen mit den Revolutionären im Volkskrieg für die PLO-Führung ausgeschlossen ist, solange ihr etwas anderes möglich erscheint!

Dschumblatt ist zu der vorgeschlagenen Gipfelkonferenz nicht eingeladen und bemüht sich zur Zeit in einer Rundreise durch die Hauptstädte der arabischen Reaktion, den Anschluß nicht zu verpassen.

Der Kampf ist nicht aufzuhalten!

Auch der US-Außenminister Kissinger hat die Haltung von Arafat registriert. Er äußerte sich „optimistisch" über die „Friedens"aussichten im Nahen Osten: Die „kleinen Schritte" (z.b. Oktoberkrieg '73, Tall as Saatar!) in den letzten drei Jahren hätten zu einem Punkt geführt, „wo globale Lösungen möglich sind" („SZ", 2./3.10.76). Dies ist jedoch Propaganda. Alle die Reaktionäre wissen genau, daß das Ziel ihrer Operationen eben gerade nicht erreicht worden ist. Es ist ihnen nicht gelungen, die revolutionäre Linke Libanons und Palästinas auszuschalten. Es ist ihnen nicht gelungen, eine Kraft zu schaffen, die einen „Frieden" im Nahen Osten garantieren kann. An dieser Aufgabe ist vor zwei Jahren das libanesische Regime gescheitert, vor einem Jahr die Faschisten und bisher das syrische Regime. Auch die PLO-Führung erweist sich dazu nicht fähig.

Im September 1970 in Jordanien hatte die PLO es damit versucht, die PFLP als Terroristen zu verleumden und sie dann aus der PLO auszuschließen. Nach wenigen Tagen wurde die PFLP wieder aufgenommen.

Heute ist die PFLP ungleich stärker. Die Entscheidung über den Kurs der libanesischen Revolution liegt bei den Massen. Sie sind stark genug gewesen, die As-Saika zu zerschlagen, als sie gegen die fortschrittlichen Kräfte vorging. Sie sind stark genug, um die revolutionäre Linie gegen alle Anschläge zu stützen. Selbst bürgerliche Kommentatoren sehen, daß *„gegen die Revolutionäre nichts mehr geht"* („FR", 24.9.76).

Die PFLP und die ASAP haben immer wieder erklärt, daß die PLO–Führung die Wahl hat: Entweder erweist sie sich als revolutionär und tritt ein für die Ziele der Massen, oder man wird dafür sorgen, daß sie klar als reaktionär im Lager der Feinde vor den Massen entlarvt wird. Die PFLP hat weiter erklärt, wenn die kompromißlerischen Kräfte die Zerschlagung der Revolutionäre zuließen, werde das nur die Vorbereitung dazu sein, daß sie als nächste dran kommen. Die PFLP und die ASAP haben schließlich einfach nur die libanesische Wirklichkeit beschrieben, als sie feststellten, daß jetzt keine Verhandlungen und kein Waffenstillstand mehr den Kampf aufhalten können.

Die Verhandlungen und die militärischen Offensiven, die sich in den letzten Monaten abgewechselt haben, sind deshalb zuallererst politische Aktionen, die die Massen irreführen und entmutigen sollen. Denn die Stützpunkte der Revolution in Libanon, die Flüchtlingslager und die großen Städte wären nur noch zu erobern, wenn sie vorher politisch erobert werden könnten.

„Die palästinensischen und libanesischen Führer haben drei Millionen Palästinenser und Libanesen hinter sich in einem Volksbefreiungskrieg, das ist der Weg zum Ziel!" (Genosse Habasch).



lateinamerika aktuell

Chilenischer Ex-Minister ermordet

Der Exminister der Allende-Regierung, Letelier, ist am 21. September bei einem Bombenattentat in Washington ums Leben gekommen. Eine Begleiterin wurde ebenfalls getötet, ihr Mann ist schwer verletzt. Letelier ist in der Zeit der UP-Regierung erst Botschafter in den USA, später Außen- und Verteidigungsminister gewesen. Nach dem faschistischen Putsch war Letelier ein Jahr in Haft gewesen. Danach kehrte er in die USA zurück.

Eine Woche vor seiner Ermordung war bekannt geworden, daß die Faschisten ihm die Staatsbürgerschaft aberkannt haben, mit der Begründung, er habe sich in die normale Finanzunterstützung Chiles eingemischt („FR", 23.9.76). Letelier hatte sich für die Einstellung der US-Hilfe an Chile eingesetzt.

Dies ist nicht der erste Mord an prominenten Chilenen im Ausland. Bereits im Oktober 1974 fiel der Oberkommandierende der chilenischen Streitkräfte, General Carlos Prats, und seine Frau in Buenos Aires einem Bombenanschlag zum Opfer. Ein Jahr später, im Oktober 1975 wurden in Rom der Vizepräsident der Christdemokratie, Leighton und seine Frau bei einem Anschlag schwer verletzt. Und nicht zuletzt sind heute viele der 8.000 im argentinischen Exil, sowie einige hundert in Kolumbien lebenden Chilenen von Anschlägen aus faschistischen Kreisen bedroht.

Gleich nach der Ermordung Leteliers tauchte die Vermutung auf, die faschistische DINA (chilenischer Geheimdienst) habe ihre Finger mit im Spiel. Die „New York Times" veröffentlichte *„ernst zu nehmende Hinweise"* über die Aktivitäten des chilenischen Geheimdienstes. Nach diesen Angaben soll am 25. August ein ranghoher DINA-Beamter in Begleitung seiner Frau und vier Männern in New York eingetroffen sein und seine dreckigen Finger mit im Spiel gehabt haben.

Daß dies nicht das erste Mal wäre, macht schon die Ermordung Leightons deutlich, bei dem die DINA nicht unbeteiligt war. Die DINA verfügt darüberhinaus über ein internationales Netz. In Westeuropa ist Spanien der Hauptstützpunkt der DINA; von dort aus richten sich ihre Aktivitäten vor allem gegen die exilierte chilenische Linke.

Lateinamerikakommission

85% der Bevölkerung gegen chilenische Junta

Kardinal Silva Henriquez, chilenischer katholischer Kardinal, ist der Ansicht, daß 85 % der Bevölkerung in Chile gegen die Junta eingestellt ist. Viele Leute hätten allerdings Angst, dies offen zu bekennen, da Tyrannei herrsche und eine Diktatur nach dem Nazimodell. Die Politik der Generäle charakterisierte er mit folgenden Worten: *„Ihr Geschäft ist der Krieg, und sie können nur regieren, indem sie Krieg führen ..."*

Dies äußerte er im Gespräch mit Mitgliedern einer norwegischen Kommission von Politikern, Juristen und Gewerkschaftern („FAZ" vom 24.9.76).

KB/ Gruppe Hannover

BRD-Kapital gibt grünes Licht...

Der „Deutsche Industrie- und Handelstag" (DIHT) – einer der entscheidenden Kapitalistenverbände – gab bekannt, daß *„deutsche Unternehmen sofort in allen Wirtschaftsbereichen Argentiniens investieren können"*. Der DIHT gab den Kapitalisten auch noch gute Tips: *„Ausländische Investoren können Reingewinne und auch Kapitalanlagen in ihr Land zurücküberweisen ... Zur Absicherung der geplanten Überweisungen erhalten die Investoren staatliche Schuldverschreibungen in ihrer Landeswährung"*. Diese Köder an die westdeutschen Kapitalisten sind in dem neuen Investitionsgesetz der argentinischen Junta festgelegt worden, wonach die Imperialisten risikolos und gewinnträchtig investieren können („VWD/NfA", 7.9.76).

Lateinamerika-Kommission

Marine-Manöver USA/Chile

Im Zusammenhang mit dem Aufbau des angestrebten Südatlantikpaktes (USA und diverse südamerikanische Diktaturen und Südafrika) begann am 22. September ein gemeinsames amerikanisch-chilenisches Marinemanöver. Weitere Manöver dieser Art sind mit Peru, Equador, Kolumbien und Venezuela geplant („Frankfurter Rundschau", 23.9.76).

Lateinamerika-Kommission

Wahlerfolg der radikalen Linken in Trinidad-Tobago

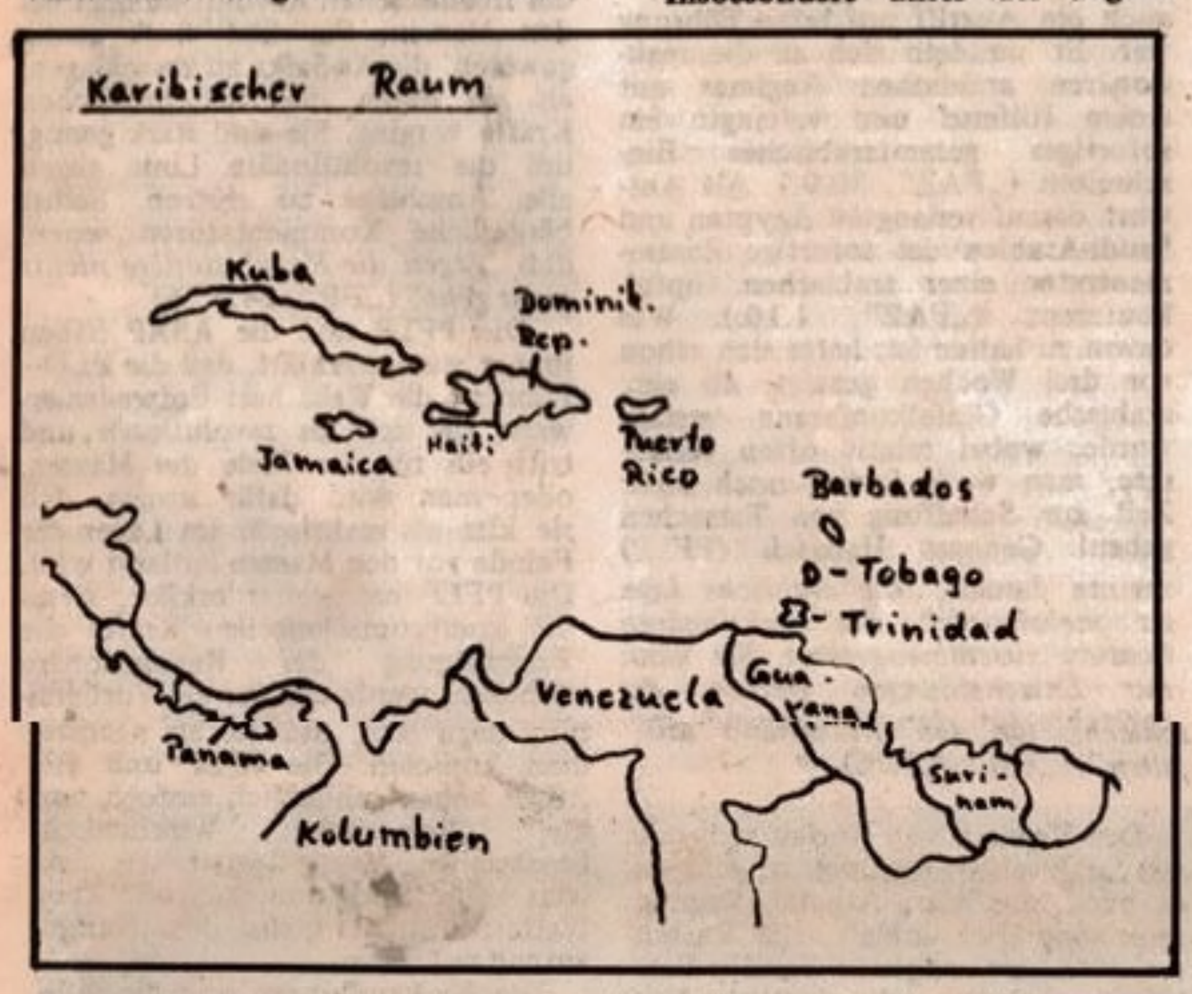
Trinidad-Tobago ist eine kleine Inselgruppe mit rund 1 Mio. Einwohnern im Karibischen Raum vor der Küste Venezuelas. 1962 erhielt das Land offiziell die Unabhängigkeit von Großbritannien, dessen Kolonie es bis dahin war. 1975 wurden die letzten Bindungen an die englische Krone abgebrochen, abgesehen von der Mitgliedschaft im Commonwealth.

Am 13. September fanden in Trinidad-Tobago Parlamentswahlen statt, deren Ergebnisse in ganz Amerika große Beachtung fanden und von den US-Imperialisten mit „einiger Unruhe" („Le Monde", 16.9.76) quittiert wurden, weil das Land in der karibischen Region und vor allem für die USA nicht unbedeutend ist. Trinidad, die größte Insel des Archipels, ist hinter Kanada der größte Erdölproduzent aller im Commonwealth zusammengeschlossenen Staaten. Trinidad hat Anteil an den riesigen Erdölreserven im venezolanischen Orinoco Belt. Diese wurden in den letzten Jahren sehr intensiv von der US-amerikanischen Standart Oil und Texaco ausgebeutet und eine Ölindustrie aufgebaut. Außerdem heit zu Gute kommt, während die schwarze Mehrheit und der große Anteil an Indern und Mestizen am Existenzminimum lebt. 15 % der erwerbsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos, weitere 15 % sind unterbeschäftigt.

Zwar konnte bei den Wahlen die Regierungspartei des Premiers Williams nicht ernstlich in Gefahr gebracht werden, es ist aber eine deutliche Polarisierung und Radikalisierung innerhalb der Linken sichtbar geworden. Die „Nationale Volksbewegung" (Regierungspartei) erhielt 24 Sitze, der „Demokratische Aktionskongreß" (Sozialdemokraten) 2 Sitze, die „demokratische Arbeiterpartei" (auch eine Sorte Sozialdemokraten), die von 1966 bis 1971 12 Parlamentssitze innehatte, erhielt diesmal keinen! Dagegen kam die „Vereinigte Front der Arbeiter" (radikale Linke) auf 10 Sitze!!

Das Wahlergebnis zeigt, daß die sogenannte „gemäßigte Opposition" mit ungeheurer Geschwindigkeit an Einfluß verliert, während die Linke rapide wächst.

Insbesondere unter der Jugend



wurde – insbesondere mit US-Kapital – eine auf dem karibischen Markt führende Auto- und Verbrauchsgüterindustrie entwickelt.

Eric Williams, Premierminister seit 1956, hat versucht, durch die Einleitung der Unabhängigkeit und durch den Beitritt zur OPEC 1972 sich einen liberalen Namen zu machen. Dies konnte und wird ihm allerdings nicht gelingen, solange der wirtschaftliche Aufschwung allein der verschwindend kleinen, aber in allen Bereichen führenden weißen Minder- gibt es eine breite Strömung, die gegen das ausländische Kapital, die weißen Kompradoren und die Regierung kämpft und sich dabei unter anderem an Fidel Castro orientiert. 1970/71 schon kam es zu einer breiten, revolutionären Bewegung und militanten Kämpfen.

Die „Unruhe" der US-Imperialsten in Hinblick auf Trinidad-Tobago ist wohl berechtigt (nach „Le Monde", 16.9.).

Lateinamerika-Kommission

Perus Diktator:

„Man muß die Krise mit drakonischen Maßnahmen lösen"

In einem Interview mit „Le Monde" hielt es der peruanische Präsident Morales Bermudez nicht mehr für notwendig, seine immer schärfer reaktionäre Politik noch irgendwie zu verschleiern. Er sagte: *„Es gibt nur eine Alternative. Man kann versuchen, die Krise in progressiver Weise zu lösen, oder man muß drakonische Maßnahmen durchführen. Wir haben uns für die zweite Lösung entschieden"* („Le Monde", 29.30.8.76).

Da hat er allerdings recht; die Unterdrückung des Volkes ist mehr als drakonisch:

- Der im Juli verhängte Ausnahmezustand wurde Anfang September weiterverlängert.
- Das Streikverbot für Minen- und Industriearbeiter wurde jetzt auf die landwirtschaftlichen Kooperativen ausgedehnt. Bei Streik ist den Landarbeitern die Rücknahme der Landreform, d. h. Einziehung von Land, Beschneidung der sowieso mageren Mitbestimmungsrechte, angedroht werden.
- Ein neues Gesetz gibt den Kapitalisten das Recht, willkürlich und ohne Rücksprachen Entlassungen vorzunehmen.
- Die Industriegemeinschaften, ein Mitbestimmungsgremium, das den Arbeitern eine Gewinnbeteiligung am Besitz des Betriebes garantieren sollte, sollen nun endgültig noch im Laufe dieses Jahres „verändert", d. h. abgeschafft, werden.
- Das im Juli verkündete wirtschaftliche „Schockprogramm" hat inzwischen für die Masse der Bevölkerung immer katastrophalere Auswirkungen gebracht:

Die Abwertung des Sol um 44 % (!), die drastischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, Benzin und öffentliche Tarife haben allein für die letzten zwei Monate eine Inflationsrate von 25 bis 50 % gebracht („Le Monde", 8.9. und „Horizont", Nr. 37).

Dazu Bermudez, der Präsident der „Revolutions"regierung: *„Es ist notwendig, den inneren Konsum von nicht wesentlichen (!!) Produkten einzuschränken, um die verfügbaren Gelder auf private Sparsamkeit zu orientieren."* („Le Monde")

Der Zynismus ist unübertrefflich, die Masse des Volkes hat nicht einmal das Existenzminimum, während der Präsident die Einschränkung überflüssigen (!) Konsums propagiert. Dabei legt Bermudez Wert auf die Feststellung, daß seine Regierung von den prinzipiellen Grundsätzen der peruanischen Revolution nicht abweichen wolle, vielmehr müsse man *„aus den Fehlern lernen, die die Erfahrungen gelehrt haben. Jede Revolution hat das Recht zu experimentieren"* („Le Monde"). Die Politik der peruanischen Regierung besteht allerdings nicht aus Experimenten, sondern aus einer immer offeneren Begünstigung der Imperialisten auf Kosten des Volkes.

So heißt es, daß die Abschaffung der Industriegemeinschaften notwendig geworden ist, um die Investitionsbereitschaft zu beleben, um Peru für die privaten Investoren wieder attraktiver zu machen.

Der Ausnahmezustand und das Streikverbot werden – in derselben Weise – mit dem Schaden für die „Wirtschaft des Landes" begründet. Schaden durch die zahlreichen Arbeitskämpfe hatten allerdings nur die Imperialisten und ihre peruanischen Freunde: Die US-amerikanische Kupfergesellschaft Southern Peru hat 1975 allein in einer Mine (Toquepala) durch Streiks 48 Arbeitstage verloren. Ähnliches gilt für die anderen Minen ebenfalls. Dazu schrieb die Regierungszeitung „Cronica": „Wer in den Minen streikt, begeht ein Verbrechen." („Chile-Nachrichten", von September).

Das wirtschaftliche Schockprogramm hatte der Weltwährungsfonds (unter Führung der USA) ausgearbeitet. Ein nordamerikanisches Bankankonsortium hat der peruanischen Regierung einen 240-Mio.-Dollar-Kredit gewährt. Der Betrag wird allerdings nur in Raten freigegeben, das Konsortium will sich *„jedesmal vorher vergewissern, ob die Junta von Lima das neue Wirtschaftsprogramm auch wirklich dergestalt realisiert, wie die nordamerikanischen Bankiers es sich vorgestellt haben"* („Frankfurter Rundschau", 29.9.76).

Trotz dieses offenen Zurückweichens vor den Imperialisten, betont Bermudez kaltschnäuzig, er mache seine Politik, weil sie notwendig sei, er handele keinesfalls auf äußeren Druck („Le Monde").

Trotz der massiven Repression der Regierung, trotz Ausnahmezustand und Streikverbot kommt es immer wieder in allen Teilen des Landes zu Kämpfen der Arbeiter.

- In zwei großen Zuckerbetrieben streikten die Arbeiter gegen die Streichung von Lohnzulagen.
- Das Koordinierungskomitee der klassenkämpferischen Gewerkschaften (CUSC) fordert einen Generalstreik gegen den Ausnahmezustand und kämpft darum, den wahren Charakter dieser immer reaktionäreren „Revolutions"-regierung zu entlarven.
- Insgesamt ist ein zunehmender Einfluß der Linken festzustellen, die sich nicht mehr auf wirtschaftliche Forderungen beschränkt, sondern *„zunehmend politische als soziale Agitation betreibt"* („Le Monde", 8.9.76).

Dies gilt allerdings immer noch nicht für die KP, die „unerschütterlich" an ihrer Unterstützung für die Regierung festhält. In einer kürzlich veröffentlichten Erklärung ist lediglich von *„Beunruhigung"* die Rede, und zwar über die *„Veränderungen, die der Kurs des revolutionären Porzesses nehmen könnte"* (?!). Und immer wieder warnt und warnt die KP die Regierung vor den reaktionären Kräften und fordert zur *„Wachsamkeit"* auf. Dies allerdings nur, um der Regierung im nächsten Atemzug ihre volle Unterstützung zuzusichern.

Ganz offensichtlich steuert die peruanische KP ins selbe Fahrwasser, wie ihre argentinische Schwesterpartei: Zusammenarbeit, garniert mit einigen bestenfalls „freundlichen Ermahnungen" an die Unterdrücker des Volkes.

Lateinamerikakommission

Lateinamerikas Verschuldung auf 175 Milliarden DM gewachsen

Die Politik des Imperialismus in den letzten Jahren hat in den lateinamerikanischen Ländern vor allem zu zahlreichen Militärputschen geführt, die Lateinamerika in einen Friedhof verwandelt haben. Auf politischer Ebene ging es dem US-Imperialismus und – in seinem Schlepptau – den anderen imperialistischen Staaten vor allem darum, die erstarkende Arbeiterbewegung in diesen Ländern aufzuhalten und des weiteren, jede nationalistische und auch nur ansatzweise antiimperialistische Tendenz auszuschalten. Auf wirtschaftlicher Ebene hat das parallel dazu geführt, daß sich die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Länder verstärkt hat und die Rohstoffe dieser Länder von den Imperialisten zu den günstigsten Bedingungen (Niederhaltung der Arbeiterklasse durch faschistische Diktaturen, günstige Investitionsbedingungen usw.) ausgebeutet werden können. Ergebnis dieser Entwicklung: Ende 1976 haben die lateinamerikanischen Länder Schulden in Höhe von 70 Milliarden Dollar (ca. 175 Mrd. DM!). Das bedeutet eine Vervierfachung der Verschuldung innerhalb von sechs Jahren!

1974 belief sich die Auslandsverschuldung auf 12,5 Mrd. Dollar, davon entfielen auf Brasilien allein 7, auf Mexiko 2,8 Mrd. Dollar! Durch den Austausch von Gütern haben die lateinamerikanischen Länder im letzten Jahr 10 Mrd. Dollar verloren – ein Musterbeispiel in nackten Zahlen an imperialistischer „Entwicklungshilfe"! Nicht die Ländern, in denen sich die Ressourcen befinden, verdienen, sondern der Imperialismus!

Diese überall (außer Venezuela) negativen Zahlungsbilanzen werden von den Imperialisten gern „ausgeglichen": wie eine Spirale werden zum Zahlungsausgleich weitere Investitionen hineingepumpt und noch günstigere Bedingungen zum Abbau der Rohstoffe durchgesetzt. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit wird also noch weiter verstärkt.

Hinzu kommt, daß infolge der Wirtschaftskrisen in den kapitalistischen Ländern bei gleichzeitigem Absinken der Rohstoffpreise die Nachfrage an Rohstoffen geringer war, das heißt, es war unmöglich, daß die lateinamerikanischen Länder ihre negativen Zahlungsbilanzen auch nur annähernd ausgleichen konnten. Auch die Devisenreserven schrumpften zusammen und das reale Wirtschaftswachstum wird auf 1 % insgesamt geschätzt.

Diese riesigen Kredite und Investitionen seitens des Imperialismus werden zunehmend von internationalen Bankkonsortien geliefert. So gewährte die „Libra-Bank", an der neben amerikanischen, britischen und italienischen Banken auch die Westdeutsche Landesbank beteiligt ist, im letzten Jahr Kredite von 1,5 Mrd. Dollar.

Auf der Grundlage dieser Ausplünderung eines ganzen Kontinents machte ein Manager der „Bank of Boston" den Vorschlag, die Rohstoffe als Pfand einzukassieren, wenn gewisse Projekte von den Imperialisten finanziert werden! (Alle Fakten aus „Frankurter Rundschau", 29.9.76). Dies wäre nur ein weiterer Schritt, eine neue Stufe des Verhältnisses der Imperialisten zu Lateinamerika.

Lateinamerika-Kommission

UNO-Kommissionen verurteilen Terror in Argentinien

Am 19.8. tagte eine Untersuchungskommission der Menschenrechtskommission der UNO zum Thema Argentinien. Dort wurde eine Liste mit 100 getöteten oder verschwundenen Flüchtlingen vorgelegt. Von Folterungen und Ermordnung seien besonders die Flüchtlinge aus Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay betroffen. Die faschistischen Geheimdienste dieser Länder arbeiten nach einem Bericht dieser Kommission aufs engste zusammen.

Auch die Juristenkommission der Vereinten Nationen befaßte sich mit der Lage in Argentinien. Unter Punkt 52 heißt es: *„Nach Informationen von amnesty international und der argentinischen Kommission für Menschenrechte ist die Lage in Argentinien besonders besorgniserregend"* („Cosal", 22.9.76).

„Schlimmer als in Chile" ...

Zwei spanische Juristen schilderten Ende Juli dieses Jahres den Terror in Argentinien. *„Wir kommen aus einem horrenden Alptraum ... Die Situation in Argentinien ist schlimmer als die in Chile nach dem Putsch ... Besonders betroffen sind die Flüchtlinge. Es gibt offenbar ein Übereinkommen der Regierungen von Chile, Argentinien und Uruguay, um diese Flüchtlinge zu eleminieren ... Kommandos der Faschisten entführen sie und foltern sie dann zu Tode oder lassen sie nach schrecklichen Folterungen laufen"* („Cosal", 22.9.76).

Lateinamerika-Kommission

Repression und Widerstand in Argentinien

Der Terror der faschistischen argentinischen Junta hält unvermindert an. Letzte Woche nahm die Junta sechs Journalisten der Zeitschrift „Los Principios" fest, weil diese Kritik an den Streitkräften übten, die Zeitschrift wurde ebenfalls verboten. Ferner wurden in der letzten Woche zwei ehemalige Abgeordnete der Radikalen Partei ermordet („Neue Zürcher Zeitung", 15. und 17.9.76).

Aber der argentinische Widerstand ist nicht gebrochen. Noch immer kommt es zu Feuergefechten in Buenos Aires. Dabei wurden zwölf Kämpfer des Widerstandes erschossen.

In der Stadt Rosario gelang den Kräften des Widerstandes ein Erfolg besonderer Art: sie jagten einen ganzen Polizeibus in die Luft, wobei zwölf Bullen starben und 17 verletzt wurden. Die Explosion war so gewaltig, daß von dem Bus nichts mehr übrig blieb („Neue Zürcher Zeitung", 15.9.76).

Lateinamerika-Kommission

Zerfall des Andenpaktes

Seit längerer Zeit gibt es im Andenpakt Differenzen zwischen Bolivien, Equador, Kolumbien, Peru und Venezuela auf der einen sowie Chile auf der anderen Seite. Grund für die Auseinandersetzung ist die Frage nach der Behandlung von ausländischen Investitionen und Krediten. Bisher wurde von den im Andenpakt vertretenen Bourgeoisien schüchtern ein gewisser Anteil an den riesigen Gewinnen der Imperialisten in Lateinamerika gefordert (so gab es gewisse Restriktionen für die Ausfuhr der imperialistischen Gewinne und es wurde angestrebt, in 15 Jahren mindestens zu 51 % an den Investitionen beteiligt zu sein).

All dies wird jetzt von der chilenischen Militärjunta im Auftrag des US-Imperialismus abgelehnt. Insbesondere verlangt Chile, den ins Ausland transferierbaren Gewinn von jeder Restriktion zu befreien.

Die chilenische Junta ist nicht bereit gewesen, den anderen Andenpakt-Staaten auch nur geringste Zugeständnisse zu machen. Jeden Augenblick wird ihr Ausschluß und der Zusammenbruch des Andenpaktes erwartet.

Lateinamerika-Kommission

Erneute Angriffe auf die Minenarbeiter in Bolivien

La Paz

Das faschistische Banzer-Regime in Bolivien nahm 25 Minenarbeiter gefangen, u. a. auch den Leiter der Minenarbeiter-Gewerkschaft, Jimenez. In einem Kommunique, das die Studenten der Universität La Paz herausgaben, heißt es, Jimenez und die anderen 24 Arbeiter seien von den Militärs schwer gefoltert worden. Die jetzigen Verhaftungen sind die ersten nach der Niederschlagung des Minenarbeiterstreiks vor ein paar Monaten, bei dem unter anderem 50 Arbeiter an die chilenische Junta ausgeliefert wurden.

Weitere Reprivatisierungen

Die Banzer-Clique hat einige bisher verstaatlichte Minen reprivatisiert. Die Goldminen von La Paz sind der Beginn einer breiten Reprivatisierungskampagne seitens der Junta, um ausländisches Kapital anzulocken. Dies ist ein zusätzlicher Schlag gegen die Minenarbeiter, denn der Imperialismus wird die Ausplünderung erhöhen, was nur mit brutalem Terror gegen die Arbeiter durchgesetzt werden kann (Angaben aus „Granma", 19.9. 1976).

Lateinamerika-Kommission



asien aktuell

Vietnam

Gegen Bürokratie und Amtsschimmel

„Neue Mandarine und alte Übel – Bürokratismus, Korruption und Verschwendung herrschen auch jetzt noch im Süden des Landes" – so überschreibt der spezialdemokratische „Vorwärts" vom 1. 7. 76 einen Artikel über Vietnam.

Was hier von der SPD begierig aufgegriffen wird, ist eine breite Kampagne „gegen Bürokratie und Amtsschimmel" im befreiten Vietnam. Die Zeitung „Giai Phong" in Ho-Chi-Minh-Stadt schreibt dazu: *„Wenn die absolute Mehrheit unserer Partei- und Verwaltungskader, Truppen und Bevölkerung nicht von hoher Fähigkeit wären, hätten wir die Erfolge nicht erringen können, die wir erreicht haben. In politischen Aktivitätsbewegungen, besonders bei den Versammlungen, die in unteren Abteilungen, Weilern, Abteilungen und Dörfern abgehalten wurden, haben die Landsleute in allen Lebensbereichen die guten Kader gelobt, sowohl die alten wie die neuen, daß sie mit ganzem Herzen dem Volk dienen, begeistert arbeiten und fleißig, sparsam und unparteiisch sind. Jedoch hat eine Reihe alter und neuer Kader versagt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Eine Reihe Kader sind nicht vom offensiven revolutionären Geist erfüllt; einige von ihnen sind degeneriert"* („Summary of World Broadcasts", 13. 9. 76).



Die Partei der Werktätigen Vietnams hat die Bevölkerung aufgerufen, noch stärker als bisher die Kontrolle und Überwachung der Staats- und Verwaltungsorgane in die eigenen Hände zu nehmen. In zahlreichen Gebieten und auf verschiedenen Ebenen sind dazu Volksorgane geschaffen worden. So haben „Volksinspektionskomitees" in Hanoi, Haiphong, Nam Dinh und Viet Tri bereits erfolgreich am Kampf gegen Bürokratie und Amts schimmel, die wesentliche Grundzüge des Revisionismus sind, teilgenommen. Besonders wichtig ist diese Aufgabe natürlich im Süden des Landes, wo die lange Herrschaft der Thieu-Clique und ihres korrupten Regimes in den Köpfen der Menschen und auch besonders bei den in der Verwaltung Beschäftigten, ihre Spuren hinterlassen hat. So hat die Anzahl der Beschwerden aus der Bevölkerung auch in den letzten Jahren ständig zugenommen, besonders seit der Wiedervereinigung in diesem Jahr.

Zur Zeit ist die Untersuchung dieser Beschwerden noch recht mangelhaft. So werden selbst in denjenigen Einheiten, *„in denen diese Aufgabe effektiv ausgeführt wurde, nur 60 -75 % der Beschwerden untersucht und erledigt. Dieser Prozentsatz war noch viel niedriger in zahlreichen Diensten und Gegenden – 6,8 % in der Landwirtschaft, 25 % im Nachrichten- und Transportdienst, 29 % in Bac Thai, 13,5 % in Ha Tuyen, 30 % in Cao Lang und 36,6 % in Hong Lien Son"* („SWB", 22. 9.76).

Doch wird über diese Fragen breit und offen diskutiert – ganz im Gegensatz zu den Praktiken der Sozialdemokratie, die es scheinbar nötig hat, sich über gewisse Entwicklungsschwierigkeiten im befreiten Vietnam zu beklagen. Während bei uns die Verfilzung von SPD und Gewerkschaftsbürokratie und Staatsapparat seit den Anfängen dieses Jahrhunderts zum System gehört, gibt es in der DRV heute, d. h. ein Jahr nach der Befreiung, Ansätze zur Lösung dieses Problems:

„Eine Anzahl von Organen, wie Banken, öffentliche Gesundheitsstationen und Getreideläden haben Konferenzen mit Kunden und Patienten abgehalten, um die Meinung der Kunden über den Bankdienst, den Verkauf von Gütern und die Organisation des medizinischen Dienstes einzuholen und dadurch Unzulänglichkeiten in den jeweiligen Bereichen abzustellen." („SWB", 28.8.76)

Daß es sich bei diesen Kampagnen und Maßnahmen nicht nur um schöne Worte handelt, wurde vor kurzem in Ho-Chi-Minh-Stadt bewiesen. Dort wurde eine Anzahl von Kadern und Verwaltungspersonal verurteilt *„wegen Machtmißbrauch, Korruptheit und Übergriffen gegen Eigentum und Freiheit des Volkes. Sie hatten illegal Geld gesammelt und unterschlagen, mit der offensichtlichen Absicht, sich öffentliche Gelder anzueignen. Eine Anzahl der Schuldigen hatten ihre Stellung dazu benutzt, die Bevölkerung zu erpressen. Der Volksgerichtshof nahm gegen diese Schuldigen eine sehr strenge Haltung ein."* („SWB", 13.9.76).

Asien-Kommission

Viet Tri bereits erfolgreich am Kampf gegen Bürokratie und Amts schimmel, die wesentliche Grundzüge des Revisionismus sind, teilgenommen. Besonders wichtig ist diese Aufgabe natürlich im Süden des Landes, wo die lange Herrschaft der Thieu-Clique und ihres korrupten Regimes in den Köpfen der Menschen und auch besonders bei den in der Verwaltung Beschäftig-

und offen diskutiert – ganz im Gegensatz zu den Praktiken der Sozialdemokratie, die es scheinbar nötig hat, sich über gewisse Entwicklungsschwierigkeiten im befreiten Vietnam zu beklagen. Während bei uns die Verfilzung von SPD und Gewerkschaftsbürokratie und Staatsapparat seit den Anfängen dieses Jahrhunderts zum System gehört, gibt es in der DRV heute, d. h. ein

Sie hatten illegal Geld gesammelt und unterschlagen, mit der offensichtlichen Absicht, sich öffentliche Gelder anzueignen. Eine Anzahl der Schuldigen hatten ihre Stellung dazu benutzt, die Bevölkerung zu erpressen. Der Volksgerichtshof nahm gegen diese Schuldigen eine sehr strenge Haltung ein." („SWB", 13.9.76).
Asien-Kommission

US-Imperialisten verhindern Aufnahme Vietnams in die UNO!

Nachdem die USA bereits 1975 die Aufnahme Nord- und Südvietnams in die UNO durch ihr Veto im Sicherheitsrat verhindert hatten, haben sie in diesem Jahr erneut gezeigt, daß sie nicht bereit sind, die neuen Realitäten in Indochina anzuerkennen.

Scheinheilig begründete der UNO-Botschafter der USA, Scranton, sein Veto damit, daß die vietnamesische Regierung nicht bereit sei, *„Washington ausreichend über die im Vietnamkrieg vermißten amerikanischen Soldaten zu informieren. Der Botschafter sagte, Hanoi sei weder ‚friedliebend', noch ‚an Menschlichkeit interessiert' "* („Süddeutsche Zeitung", 15. 9. 76).

Welcher Zynismus hinter diesen Worten steckt, ist jedem klar, der weiß, welche Opfer der Aggressionskrieg der US-Imperialisten das vietnamesische Volk gekostet hat und heute noch kostet.

Daß die Regierung der „Sozialistischen Republik Vietnam" (SRV) trotz dieser Hinterlassenschaften der US-Aggression bereit ist, die Beziehungen auch zu den USA zu normalisieren, wurde in letzter Zeit mehrfach betont.

Als ersten Schritt hat die Regierung der RSV *„der amerikanischen Botschaft in Paris eine Liste mit den Namen von zwölf Angehörigen der US-Luftwaffe übergeben, die im Vietnamkrieg gefallen sind, bisher aber als vermißt galten,"* („SZ", 8. 9. 76).

Dagegen weigern sich die USA bis heute, ihre Pflichten aus dem Pariser Vietnam-Abkommen zu erfüllen, nämlich die von ihnen verursachten Kriegswunden in Vietnam zu heilen. Auch die konkrete Zusage des Ex-Präsidenten Nixon, für einen Zeitraum von fünf Jahren Hilfe von 3,25 Mrd. Dollar zur Verfügung zu stellen, wird von ihnen mit der eindeutigen Erpressung beantwortet, zuvor müßte die vietnamesische Regierung Auskunft über a l l e vermißten US-Soldaten geben.

Das Außenministerium der SRV stellte dazu in einem Brief vom 19. 6. 76 an das US-State-Department klar:

„Das Außenministerium der SRV hat bei wiederholten Gelegenheiten klargestellt, welche Ansichten es zum Pariser Vietnam-Abkommen vertritt. Die einseitige Denunzierung des Abkommens durch die USA verfolgt das Ziel, sich um die Versprechen zu drücken, die es feierlich mit der Unterzeichnung des Abkommens auf sich genommen hat, besonders unter Artikel 21, der eine Verpflichtung der USA zur Heilung der Kriegswunden und zum Nachkriegs-Wiederaufbau in Vietnam und Indochina ohne irgendwelche politischen Bedingungen festlegt." („Summary of World Broadcasts", 15. 9. 76).

Asien-Kommission



1968 – US-Soldaten ermorden die unbewaffneten Einwohner des südvietnamesischen Dorfes My Lai.

Schleichender Putsch in Thailand!

Mitte September kehrte der ehemalige Ministerpräsident, Faschist und Massenmörder Thanom Kittikachorn als Mönch verkleidet und den Kopf kahlgeschoren nach Thailand zurück, um nach eigenen Aussagen *„seinen kranken Vater zu besuchen und sich zu Meditationen in ein Kloster zu begeben"* („Süddeutsche Zeitung", 20. 9.76).

Nach 41 Jahren Militärherrschaft waren der Feldmarschall und seine Kumpanen im Oktober 1973 während eines Anstrums der antiimperialistischen Massenbewegung gestürzt und außer Landes gejagt worden. Schon einmal, im Dezember 1974, kehrte Kittikachorn nach Thailand zurück *„und wurde gleich wieder hinausgeworfen"* („SZ", 28.9.76). Nicht anders erging es dem ehemaligen faschistischen Vizepräsidenten Carusathien, der den Versuch der Rückkehr Ende August dieses Jahres startete und prompt nach Massendemonstrationen und Generalstreikdrohung das Weite suchen mußte.

Die erneute Rückkehr Kittikachorns will die derzeitige Regierung, die selbst zum überwiegenden Teil aus rechten Militärs besteht, zu einer Kraftprobe mit der antiimperialistischen Bewegung werden lassen. Der Diktator hatte diesmal die ausdrückliche Erlaubnis der Regierung zur Einreise. Auf die massiven Proteste reagierte die Regierung Pramoj mit brutalstem Terror. Faschistische Organisationen, die von Militär und Polizei ausgebildet und ausgerüstet werden, führten Provokationen gegen mehrere Demonstrationen durch, die der Nationale Studentenverband in Bangkok organisiert hatte. Faschisten warfen eine Handgranate in ein Studentenbüro. Dadurch wurden fünf Menschen getötet, weitere 40 verletzt („SZ", 23.9.76).

Zwei Demonstranten und Gegner Kittikachorns wurden südlich Bangkoks *„an einer Garagentür erhängt aufgefunden"* („SZ", 27.9.). Wenige Tage später führten die antifaschistischen Kräfte in Bangkok eine Massendemonstration durch.

Die Auseinandersetzungen griffen auch auf andere Orte in der Nähe Bangkoks über. In dem Ort Thon Buri wurden 250 Demonstranten von Polizisten und Armee festgenommen („SZ", 23.9.76).

Aufgrund der Auseinandersetzungen trat am 23.9. der Ministerpräsident Seni Pramoj zurück und ordnete die Alarmbereitschaft für das Militär an. Einen Tag später nahm er seinen Rücktritt unter der Bedingung einer Regierungsumbildung zurück. Der Alarmzustand für das Militär wurde nicht aufgehoben.

Während in der BRD-Presse von „Regierungskrise" die Rede ist, geht es offensichtlich doch um andere Dinge. Ganz eindeutig soll die Anwesenheit Kittikachorns gegenüber den fortschrittlichen Kräften durchgesetzt werden und diesen eine Niederlage beigebracht werden.

Die erneute Einführung des Alarmzustandes der Armee, die Regierungsumbildung (die zur Zeit noch nicht abgeschlossen ist), die Vereinigung der Regierungsmacht und Gewalt über Armee und Polizei beim Ministerpräsidenten, der jetzt gleichzeitig Innen- und Verteidigungsminister ist, läuft ziemlich offensichtlich auf eine reaktionäre Verschärfung der Lage hinaus.

Asien-Kommission

Indien: Schminke für das häßliche Antlitz

Das indische Notstandsregime hat die Pressezensur für ausländische Journalisten aufgehoben. Die bisherigen Zensurrichtlinien der Regierung sind

Gefangenen stellen die Linken, hauptsächlich die Naxaliten, eine von der VR China unterstützte revolutionäre Landarbeiterbewegung.

Indien: Schminke für das häßliche Antlitz

Das indische Notstandsregime hat die Pressezensur für ausländische Journalisten aufgehoben. Die bisherigen Zensurrichtlinien der Regierung sind für ungültig erklärt worden. Allerdings bleibt das der Zensur zugrunde liegende „Gesetz zur Verteidigung Indiens" weiterhin in Kraft, so daß die Zensur jederzeit wieder eingeführt werden kann.

Bei der Bekanntgabe dieser Regierungsentscheidung erklärte Informationsminister Shukla, *„die ausländischen Journalisten seien in erster Linie dazu da, ihre Leser möglichst umfassend und objektiv zu informieren, während man von ihnen nicht erwarten könne, nur die Größe Indiens zu preisen"* („Neue Zürcher Zeitung", 21.9.76).

Die indische Diktatur scheint sich demnach sicher zu sein, daß die innenpolitische Situation in Indien auch in den kapitalistischen Ländern nunmehr positiv beurteilt wird. Tatsächlich ist diese Zuversicht durchaus berechtigt, angesichts des beschleunigten kapitalistischen Aufschwungs, den Indien unter dem Ausnahmezustand durchgemacht hat. Diese Entwicklung wurde insbesondere von den Imperialisten ohnehin nicht nur mit Wohlwollen betrachtet, sondern darüber hinaus auch massiv finanziell gefördert. Von der revisionistischen Presse wurde bislang sowieso jede Maßnahme der Notstandsdiktatur als „fortschrittlich" im Ausland angepriesen.

Diese Maßnahme deutet außerdem an, daß die Gandhi-Diktatur sich innenpolitisch momentan in einer Position der Stärke befindet. So hat sie jetzt Hafterleichterungen für politische Gefangene (Angehörige der bürgerlichen Opposition) beschlossen, die aufgrund der Sondergesetze des Ausnahmezustandes im Gefängnis sind. Demnach dürfen die Gefangenen jetzt einmal in der Woche Besuch von Familienangehörigen erhalten. Auch wurde der Besuch von Anwälten zugelassen, was vordem unmöglich war. Immer noch sind zahlreiche Parlamentsabgeordnete in Haft, vom indischen Zentralparlament sind es allein 33. Den Löwenanteil der politischen Gefangenen stellen die Linken, hauptsächlich die Naxaliten, eine von der VR China unterstützte revolutionäre Landarbeiterbewegung.

Von der bürgerlichen Presse wurde die Maßnahme der Hafterleichterungen als „Liberalisierung" gepriesen. Wie liberal das Regime jedoch tatsächlich ist, wird durch zwei andere Ereignisse veranschaulicht. So wurde zum einen die Vollmacht der Regierung um ein weiteres Jahr verlängert, auch zukünftig politische Gefangene ohne Gerichtsverfahren und ohne Nennung von Haftgründen auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren.

Das zweite Ereignis ist das Verbot für ausländische Presseagenturen, in Indien ihre Nachrichten aus dem Ausland zu verbreiten. Das bedeutet, daß alle indischen Zeitungen auf die Auswahl der Nachrichten angewiesen sind, die ihnen von der einzigen staatlichen Presseagentur „Samachar" angeboten werden. Damit kann die Regierung die indische Presseberichterstattung über das Ausland beliebig manipulieren. Darüber hinaus unterliegen die indischen Zeitungen auch noch der Zensur. Damit wird klar, daß die indische Regierung keineswegs daran denkt, die demokratischen Freiheiten in Indien wieder herzustellen, sondern lediglich mit einigen kosmetischen Operationen ihrem reaktionären Regime ein „demokratischeres" Antlitz zu geben versucht.

Asien-Kommission

---

zum Artikel „Indien – ‚Entwicklungsland' mit Großmachtzielen" in AK 89

Durch ein technisches Versehen ist ein wichtiger Satz des Artikels nur unvollständig und damit unverständlich abgedruckt worden. Dieser Satz muß vollständig so heißen: „Doch die indischen Kapitalisten finanzieren gegenwärtig noch über 90% der Investitionen über innere Ersparnisse" („Neue Zürcher Zeitung", 26.5. 67)!

Asien-Kommission

Italien

Schauprozeß gegen demokratischen Polizisten

Mitte September begann vor einem Militärgericht in Padua /Italien gegen den demokratischen Gewerkschafter Margherito, Capitano einer Polizeistaffel, ein Prozess.

Die Anklage lautet auf „zersetzende Tätigkeit", „Befehlsverweigerung" und „Meuterei". Der Militärrichter sowie der Polizeianwalt haben ein Dutzend gekaufte Zeugen herbeigeschafft, um Margherito hinter Gittern zu halten.

Margherito begann vor einem Jahr mit aktiver gewerkschaftlicher Arbeit in seiner Staffel. Gemeinsam mit anderen demokratischen Polizisten gründete er einen Diskussionskreis, in dem Delegierte für die Gewerkschaft gewählt wurden und wo sich bemüht wurde, mit anderen Polizeikasernen Kontakt aufzunehmen.

Die Hauptforderungen der Polizisten waren:
- Entmilitarisierung der Polizei;
- Kampf den arbeiterfeindlichen Einsätzen bei Demonstrationen und Streiks;
- Abbau des unbegrenzten Schichtdienstes;
- keine unbezahlten Einsätze mehr; wie z.B. im Erdbebengebiet Friuli etc.

Außerdem wehren sie sich gegen die harten Disziplinarstrafen, die bei kleinsten Vergehen Urlaubsentzug etc. bedeuten!

Anlaß der Verhaftung Margheritos war eine Rede, die er während des Wahlkampfes auf einer linken Kundgebung gehalten hatte, sowie ein nicht namentlich unterzeichneter Brief, der in LC („Lotta Continua") im August abgedruckt worden war.

In seiner Rede, sowie in dem Brief wurde die vorsichtig gehütete und verschwiegene Praktik verschiedener Polizeieinheiten enthüllt, die regelmäßig auf eigene Faust auf „STRAF-EXPEDITION" gehen, bewaffnet mit für die Polizei verbotenen Schlagstöcken mit Eisenkernen und Schleudern mit Glas- und Eisensplittern.

Diese Instrumente werden von hohen Polizeifunktionären eigens für solche Zwecke wie Überfälle auf linke Kneipen und Büros oder Provokationen bei Demonstrationen ausgegeben.

Diese Enthüllungen wurden der Polizei zu gefährlich und deshalb hat sie mit entsprechenden „Zeugen" versucht, Margherito zum Schweigen zu bringen. Es sind faschistische Offiziere der Polizei darunter und ebenfalls Mitglieder der Gruppe „Mussolini", die sein „Verschwörertum" beweisen sollen.

Ihre Aussagen beziehen sich vornehmlich auf eine Demonstration der Linken, bei der die „Mussolinis" eine Schlägerei provozierten. Sie holten Fahnen raus und prügelten einige Demonstranten blutig.

Margherito, der zum Einsatz mit seiner Staffel bei der Demo war, versuchte, die Demonstranten vor den Faschisten zu schützen und schlug sich auf die Seite der Linken. Daran soll ihm nun „nachgewiesen" werden, daß er Verschwörertum und Zersetzung betrieben habe.

Bei diesen Beweisen verwickeln sich die Zeugen aber in derart komische Widersprüche, daß die Zuhörer sowie die Journalisten in ihren Artikeln ganz offen von „gekauften Zeugen" sprechen.

Nachdem man sich bemüht hatte, den Prozeß möglichst still und leise über die Bühne zu kriegen – sich aber die Presse jetzt dieses Prozesses sehr annimmt – versuchen es die „Zeugen" und der Richter sowie der Polizeianwalt auf eine andere Tour.

Alle sagen z.T. wortgleich aus, Margherito sei „unreif", „führt ständig Selbstgespräche", „hat ein Trauma" „ist etwas verrückt geworden"! Der Polizeianwalt hat jetzt aufgrund dieser Aussagen auf § 88 (Unzurechnungsfähigkeit) zu plädieren.

Dies auch schon deshalb, weil der Ruf in der Öffentlichkeit immer stärker wird, daß der Innenminister und der Polizeichef persönlich zu den Enthüllungen Stellung nehmen sollen.

Dazu gehört auch die Forderung, Untersuchungskommissionen über die paramilitärischen und faschistischen Aktionen der Bullen zu bilden, und das soll auf jeden Fall verhindert werden.

Die Gruppe demokratischer Polizisten in der Kaserne von Padua, aber auch in anderen Kasernen, hat sich seit der Verhaftung Margheritos stark vergrößert.

Am Tag des Prozeßbeginns demonstrierten 5.000 Linke – darunter 400 Polizisten! – für die sofortige Freilassung Margheritos. 600 Polizisten in Rom traten in einen Kantinenstreik und machten durch große Flugblattaktionen den Prozeß und die Enthüllungen der Praktiken der Polizei bekannt. Für Anfang dieser Woche ist in Padua eine Großkundgebung geplant, zu der auch Betriebsräte verschiedener Betriebe aufgerufen haben. Der Prozeß steht seither im Blickpunkt der Presse und des Fernsehens, und die Empörung über die Faschisten wächst.

Die revisionistische PCI hat sich von Anfang an dafür stark gemacht, daß der Prozeß möglichst lautlos bleibt. Die beiden Verteidiger Margheritos sind Staranwälte der PCI; sie konzentrieren sich nur auf einen Punkt, nämlich die Frage der Gewerkschaftsarbeit von Polizisten.

Es wird eine Polizei„reform" propagiert, um auch mit den Bullen den „historischen Kompromiß" zu praktizieren.

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Babies, zehn Mille das Stück!

Produktionsort: Mezzogiorno
Marktbeherrschend: Mafia
Absatztendenz: Steigend

Seit einiger Zeit blüht in Italien ein neues Geschäft: der Babymarkt. Für den Preis zwischen 5.000 bis 10.000 DM kann man einen kleinen Süditaliener erstehen. Laut Aussage von „Panorama" sind bisher mehr als 50.000 Säuglinge und Kleinkinder gehandelt worden, ein großer Teil auch für den „Export" nach USA und Lateinamerika.

Nicht von ungefähr kommen die Kinder besonders aus den Familien des armen Südens Italiens. Mehr als 9 Mio. Emigranten haben in den letzten Jahren den Süden verlassen – meist die Männer – die Familien blieben zurück. In den völlig verarmten Landgegenden können die Frauen oft nicht für den Unterhalt der meist sehr zahlreichen Kinder aufkommen. In den großen Städten wie z.B. Neapel macht sich der Rücklauf der Emigranten in erster Linie in der Arbeitslosenquote bemerkbar, die hier über 48 % (!) beträgt. In Catania und Messina oft noch darüber.

Dieses Elend nutzen die Geschäftemacher brutal aus und geben einer Frau, die ihr Kind nicht mehr groß kriegen kann, ein bißchen Geld in die Hand; die Vermittlergebühren (meist über 50 % des „Kaufpreises") stecken sie selber ein.

Gerade im Süden hat die Kirche auch noch den größten Einfluß unter den Frauen. Abtreibungen sind kaum möglich und selbst die Pille nehmen nur ca. 15 % der verheirateten Frauen. An Unverheiratete wird sie nicht gegeben. Die Frauen haben deshalb praktisch keine Möglichkeit, aus dem Teufelskreis – erst viele Kinder, dann arbeiten gehen, um sie zu ernähren – was bedeutet, daß die Kinder sich selber überlassen bleiben – herauszukommen.

In Neapel sind fast alle Kinder in Banden von Dieben und Schmugglern organisiert, weil dies für sie die einzige Chance bedeutet, an Arbeit heranzukommen, bzw. etwas zu essen zu kriegen. Die Eltern verlieren sehr schnell den Einfluß auf diese Kindermafia.

Kinder ab sechs bis zehn Jahren schuften bis zu zwölf Stunden täglich in den Restaurants und Küchen der Hotels, als Fischergehilfen und vor allem in der Textilindustrie.

Deshalb ist das Hauptargument der Frauen, von denen es bekannt geworden ist, daß sie ihre Kinder verkauft haben, auch immer: „Es ist besser für die Kinder, hier haben sie keine Zukunft und kein Leben vor sich!"

Gerade im Süden muß der Kampf gegen Kinderarbeit, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen verstärkt geführt werden, denn der Menschenhandel mit Kindern ist nur der schlimmste Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse.

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Erdbeben: 80.000 Menschen betroffen

Friuli/Italien: Nach dem ersten Erdbeben am 1. Mai dieses Jahres haben die neuen, noch schlimmeren Erdstöße am 16. September die viermonatigen Aufbauarbeiten mit einem Schlag wieder zerstört. Betroffen ist diesmal nicht nur Friuli – die Bebenzone erstreckt sich von Udine bis Venedig. 80.000 Menschen leben im Kerngebiet. 30.000 sind ohne ein Dach überm Kopf, nicht einmal mehr Zelte stehen zur Verfügung.

Regierung hält vier Monate das Chaos aufrecht

Erdbeben – dieses Wort löst Panik unter der italienischen Bevölkerung aus. Nicht in erster Linie wegen der Zerstörung, sondern weil alle wissen, daß die Regierung die Betroffenen im Stich und sie ihrem Schicksal überläßt.

Die Einwohner von Lazio und Irpinia z.B., die vor sechs (!) Jahren einer ähnlichen Katastrophe ausgesetzt waren, leben heute noch in Baracken mit nur notdürftiger Versorgung. Besonders schlimm war für die Bewohner von Friuli und Umgebung jedoch die Situation nach dem ersten Beben:

Die Regierung kümmerte sich einen Dreck um den Wideraufbau und die Versorgung.
- Alle leben in Zelten!
- Es gibt keine Krankenhäuser!
- Die Lebensmittelversorgung ist chaotisch!
- Die Schulen sind geschlossen.
- Es wurden nur 15.000 Soldaten für Aufräumarbeiten zur Verfügung gestellt.
- Soldaten, die sich freiwillig zum Einsatz meldeten, wurden in den Kasernen festgehalten.
- Die Fabriken demontieren mit Hilfe der Regierung und damit wird der Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen.

Die Bewohner mußten alles in mühseliger Kleinarbeit selber wieder aufbauen und den freiwilligen Helfern, die aus allen Teilen Italiens gekommen waren, wurde Versorgung und Unterkunft verwehrt. Sie mußten bald resigniert wieder zurückkehren.

Nach dem neuen Beben setzt die Regierung jetzt auf die „Rette sich, wer kann!"-Ideologie, um ihre infame Verantwortungslosigkeit zu vertuschen. Die Panik, die sich ausgebreitet hat, wird unterstützt dadurch, daß alle von der Regierung geschickten Truppen und Helfer (nur 17.000 Mann) einzig den Auftrag haben, die Evakuierung zu organisieren. Alles wird nach Lignano und andere Orte am Rande der Erdbebenzone verlagert, und die Zustände in diesen Orten sind katastrophal.
- Die Menschen leben mit bis zu acht Personen in einem Zimmer!
- Sie campen in den Gärten!
- In Venedig schlafen 5.000 Menschen auf der Straße!

Der herannahende Winter und die Tatsache, daß es 30.000 Obdachlose gibt, läßt die Menschen in ganz Norditalien in Angst geraten.

„Wir bleiben - basta!"

Trotz der Fluchtwelle sind mehr als 50.000 Menschen auch heute noch in den Bebengebieten. Zum Teil, weil sie nicht wissen, wohin, zum Teil jedoch auch, weil sie ihre Städte nicht verlassen wollen und ihr Widerstandswillen auch von der Regierung nicht gebrochen werden konnte.

Die aktivsten Kerne der Bewohner haben Straßenblockaden gegen die Truppen aufgebaut, um zu verhindern, daß die letzten brauchbaren Sachen abtransportiert werden. Zwei Generalstreiks und tägliche Demonstrationen zeigen den Willen, nicht aufzugeben. Immer deutlicher wird die Erkenntnis über die Regierung:

„Ihr trag die Verantwortung für das Chaos! Wir verlangen Organisation, Baumaterial, Transportmittel und Versorgungsmittel!"

Immer härter wird der Kampf


Er flieht mit der letzten Habe



Nein – zur Entvölkerung von Friuli

derjenigen, die bleiben wollen, gegen die Evakuierung. Es ist klar, daß die Bewohner beim Verlassen ihrer Heimat nur das abschreckende Flüchtlingselend –arbeitslos in Not- und Zeltlagern am Rande der Städte dahinzuvegetieren – erwartet.

Fünf Millionen Menschen leben heute in von Erdbeben gefährdeten Gebieten um Messina die Reggio, Lazio, Palermo, Neapel und Irpinia! Immer klarer wird, daß die Evakuierungspläne ein reines Täuschungsmanöver der Regierung sind, ein Trick, um nicht für eine Veränderung und Einstellung auf Erdbebengefahren sorgen zu müssen..

Die Forderungen der Bewohner konzentrieren sich deshalb vor allem auf den

– **Bau bebensicherer Häuser!**

mit Hilfe von Geologen und Bauexperten. Mit diesen Spezial-Konstruktionen hat man in Japan, den Philippinen und Guatemala als extrem bebengefährdete Zonen gute Erfahrungen gemacht.

Dieses ist allerdings nur mit Milliardenkrediten und dem konzentrierten Einsatz der Truppen als Baustäbe zu garantieren. Andreotti hat bisher kein Wort über derlei Forderungen verloren – im Gegenteil, die einzige Maßnahme, die letzte Woche ergriffen wurde, war die **Einführung der Friuli-Steuer!** Kein Pfennig von der Regierung, aber wenigstens für das Nötigste soll jetzt die italienische Bevölkerung auch noch selber blechen!

Dies alles noch gekoppelt mit den Sprüchen: „Wir müssen alle anpacken", „Die nationale Katastrophe besiegen"! etc.

Der Zynismus, der von diesen Maßnahmen ausgeht, schlägt den Bemühungen der tatsächlich hilfsbereiten Menschen ins Gesicht. Die Reaktion auf diese Entscheidung im Zusammenhang mit der Verweigerung, mehr Truppen nach Friuli zu schicken, hat im ganzen Land eine Welle des Protestes ausgelöst. Mehr

im Zusammenhang mit der Verweigerung, mehr Truppen nach Friuli zu schicken, hat im ganzen Land eine Welle des Protestes ausgelöst. Mehr

als 5.000 Soldaten traten in den Kantinenstreik und verweigerten Befehle, um nach Friuli „strafversetzt" zu werden, weil sie mit Strafe von freiwilligen Einsätzen abgehalten werden! **Schluß mit dem Fatalismus! Selbstbestimmung der Betroffenen.**

Man kann Erdbeben nur begrenzt auf Zeit und Ort vorherbestimmen, aber nicht einmal daran ist die Bourgeoisie interessiert, und so haben die Beben von Friuli die Bevölkerung auch völlig überrascht. Die Bewohner sind jedoch nicht bereit, die Erdbeben als „gottgewolltes Schicksal" hinzunehmen! Unterstützt von der gesamten Linken und in erster Linie der DP (Democrazia Proletaria) nehmen sie deshalb den Kampf gegen die fatalistische Berichterstattung und Ideologie der Regierung auf. Vor allem LC bemüht sich durch Aufklärungskampagnen über die Entstehung, Gefahren, und möglichen Gegenmaßnahmen die Beben der Bevölkerung begreiflich zu machen, denn gerade die Aufklärung über die tatsächlichen Folgen und die Entstehung der Beben ist ein Mittel, um mit der Panik fertigzuwerden, die die Regierung für ihre Täuschungsmanöver radikal ausnutzt und schürt.

Zum anderen werden auf nationanaler Ebene breite Aufklärungs- und Solidaritätskampagnen durchgeführt, der Protest gegen die Regierung zusammengefaßt und auch praktische Hilfe organisiert und koordiniert. Mit zahlreichen Resolutionen und Delegationen haben die Bewohner – unterstützt von der Linken – ihre Forderungen in die Regierungs- und Parlamentsdebatten eingebracht und auf der Diskussion bestanden.

- Selbstbestimmung der Betroffenen!
- Uneingeschränkte Verfügungsgewalt der gewählten Vertreter über die Einsetzung der regionalen Truppen!
- Versorgungsgarantie und Bezahlung der Freiwilligen!
- Zinslose Kredite und Steuerbefreiung der Betroffenen!
- Aufbau eines nationalen Unterstützungsausschusses!

Aus diesen Forderungen wird klar, daß nicht nur um Hilfe gebettelt wird, sondern die Regierungspolitik an den Pranger gestellt wird.

Mit der Durchführung einer nationalen Demonstration sowie eines Generalstreiks wollen die Betroffenen gemeinsam mit allen Linken und Demokraten deutlich machen, wie nationale Solidarität aussehen muß, und wie wichtig sie für den Wiederaufbau ist.

SCHLUSS MIT DER EVAKUIRUNG!
FÜR DEN WIEDERAUFBAU UNTER SELBSTBESTIMMUNG
NIEDER MIT DER REGIERUNG ANDREOTTI!

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Portugal

Das Volk baut die Häuser – die Häuser gehören dem Volk!"

Unter Berufung auf den Paragraphen 65 der neuen portugiesischen Verfassung, der jedem Portugiesen das Recht auf Wohnraum garantiert, demonstrierten am 2. September etwa 3.000 Mitglieder von Lissabonner Einwohnerkommissionen vor dem Regierungspalast Sao Bento.

Sie protestierten mit dieser Demonstration gegen die Räumung von besetzten Wohnungen durch die Polizei.

Im August sind insgesamt 20 Familien durch Zwangsräumung mit Polizeieinsatz aus ihren Wohnungen vertrieben worden, die sie im Herbst 74 besetzt hatten. Es handelt sich ausschließlich um Familien, die vorher obdachlos waren, und denen jetzt nichts anderes übrig bleibt, als wieder in elende Notbehausungen zu ziehen.

Damit scheint die PS-Regierung nun endgültig entschlossen zu sein, die Grundbesitzer wieder in alle ihre alten Rechte einzusetzen, und somit eine wichtige Errungenschaft des demokratischen Portugal zu zerschlagen.

Am 12. September 1974 hatte die damalige Provisorische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Vasco Goncalvez einen Erlaß verabschiedet, der die Hausbesitzer zwingen sollte, innerhalb von vier Monaten alle leerstehenden Wohnungen zu niedrigen Mieten zu vermieten, um den Wohnungs- und Grundstücksspekulationen ein Ende zu machen.

Da die Hausbesitzer diesen Regierungserlaß boykottierten, organisierten daraufhin die Einwohnerkommissionen Hausbesetzungen, bei denen sie den bedürftigsten Familien ihres Viertels Wohnungen verschafften. Diese Besetzungen wurden von den revolutionären Organisationen und von fortschrittlichen Militäreinheiten des COPCON unterstützt.

Räume, die sich nicht zu Wohnzwecken eigneten, übernahmen die revolutionären Organisationen, Gewerkschaften und Einwohnerkommissionen als Büros.

Diese Hausbesetzungen stellen die ersten Aktionen der Poder-Popular-Bewegung dar. Besonders wichtig war dabei die Rolle der fortschrittlichen Soldaten, die Militärlastwagen für die Umzüge bereitstellten und auch den Schutz gegen Polizeiangriffe gewährleisteten.

Im April 75, nach dem gescheiterten Rechtsputsch, autorisierte die Regierung die Gemeinde- und Stadtverwaltungen, diese Hausbesetzungen zu „legalisieren". Dieser Erlaß blieb jedoch Papier, da diese lokalen Verwaltungen in aller Regel noch mit den alten faschistischen Behörden identisch waren und sich weigerten, die Poder-Popular-Bewegung und ihre Aktivitäten zu unterstützen.

Jetzt, unter der sozialdemokratischen Soares-Regierung, die die Kapitalisten wieder in alle alten „Rechte" einsetzt, werden die Grund und Hausbesitzer natürlich wieder frech und strengen Prozesse gegen die „illegalen" Hausbesetzungen an. Die Gerichte bearbeiten inzwischen eine Fülle solcher Prozesse, deren Ausgang sonnenklar ist, da es sich bei den Richtern wie bei den Gesetzen, nach denen geurteilt wird, um das faschistische Erbe Portugals handelt.

Gegen diese Angriffe organisierten die Einwohnerkommissionen bereits am 27. August eine Demonstration vor dem Wohnungsbauministerium, wobei der zuständige Minister offensichtlich in die Reichweite der Demonstranten geriet...

Daraufhin griffen Bullen außergewöhnlich brutal an und „lösten die Demonstration auf". Die Regierung tönte am nächsten Tag, sie werde „nicht länger Kampfformen tolerieren, die gegen das Gesetz verstoßen und das soziale Klima stören". Zu den berechtigten Forderungen der Mieter schwieg sie, kündigte jedoch an, sie werde in Zukunft ein Gesetz anwenden, das Demonstrationen im Umkreis von 100 Metern um Regierungsgebäude, Parteibüros und Konsulate verbietet.

Am 2. September wurde das Gesetz praktiziert: gegen Mitternacht wurde auch diese Demonstration von Bullen aufgelöst.

Das ist jedoch erst ein Vorgeschmack davon, was auf das portugiesische Volk zukommt, wenn die sozialdemokratische Regierung ihre Vorstellungen von „Normalisierung der Lage" und „Überwindung der Krise" durchsetzen will. Die Methoden dazu bezieht Soares eindeutig von der SPD in Bonn – die portugiesischen Arbeiter, die nicht viel über die BRD wissen, fühlen sich jedoch ständig an die Zeiten unter dem Salazar- und Caetano-Faschismus erinnert!

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Angriff auf die Errungenschaften des Volkes

Angriff auf die Errungenschaften des Volkes

Portugal. Die „sozialistische" Regierung von Mario Soares ist im Auftrag des internationalen Finanzkapitals und der portugiesischen Bourgeoisie zu weiteren Angriffen auf die Errungenschaften des 25. April angetreten.

Am 21. September hat die PS-Regierung beschlossen, mit einer militärischen Operation „illegal" besetzte Ländereien im Alentejo, die derzeit von den Landarbeitern als Genossenschaften bewirtschaftet werden, an die „rechtmäßigen Eigentümer" – die faschistischen Großgrundbesitzer – zurückzugeben. Die Räumung der besetzten Ländereien soll im Allgemeinen durch die Bürgerkriegstruppe GNR erfolgen; bei Widerstand der Landarbeiter soll auch Militär eingesetzt werden. Die Räumung hat am 27. September begonnen und soll bis zum 31. Oktober abgeschlossen sein.

Bei den zur „Räumung" befohlenen „illegal" besetzten Ländereien handelt es sich allerdings keineswegs – wie die „FAZ" voreilig triumphierte – um 600.000 Hektar (23.9.), sondern „nur" um rund 10.000 Hektar („Diario Popular", 25.9.), was nur rund ein Prozent des laut Gesetz zur Enteignung (gegen Entschädigung) bestimmten Großgrundbesitzes ausmacht. Hiervon wiederum sind bisher rund 500.000 Hektar noch nicht an die Landarbeiter übergeben worden.

Die „Räumungsaktion" hat also nur einen relativ geringen Umfang. Sie dient in erster Linie dazu, den Landarbeitern des Alentejo die bewaffnete bürgerliche Staatsmacht zu demonstrieren, die Einhaltung der bürgerlichen „Gesetzlichkeit" zu erzwingen und insgesamt jenen reaktionären Kräften moralischen Auftrieb zu geben, die die Agrarreform nicht nur stoppen, sondern rückgängig machen wollen. So ist derzeit auch Lopes Cardoso, der vergleichsweise „linke" Landwirtschaftsminister der PS, wieder scharfen Angriffen der Reaktion ausgesetzt, die seine Ablösung fordern.

Lopes hat erst kürzlich wieder ein ausdrückliches Bekenntnis zur Agrarreform abgelegt und dabei die „Organisationsfähigkeit und den Arbeitseifer" der Landarbeiter gewürdigt; damit hat er sich in offenen Widerspruch zu den Hetztiraden von Soares gesetzt, der im Fernsehen dreist behauptet hatte, die Agrarreform habe „noch keine positiven Ergebnisse gebracht" („FAZ", 17.9.). Soares hatte dabei sogar düster prophezeit, die Agrarreform werde zum „wirtschaftlichen Zusammenbruch" des Alentejo führen, mit schwerwiegenden Folgen für das gesamte Land und insbesondere die Landarbeiter selbst („Avante", 16.9.).

Peinlich für diesen Spezialdemokraten, daß Lopes Cardoso auch ganz ausgezeichnete Ernteergebnisse bekannt geben konnte – nämlich eine Rekordernte! Dies bedeutet beispielsweise, daß Portugal 1976 nur noch rund 11,8% seines Weizenbedarfs einführen muß, während es 1974 noch 40% waren. Auch die Erträge bei Mais, Roggen, Gerste und Hafer liegen wesentlich höher als in den Vorjahren („Süddeutsche Zeitung", 17.9.).



Die Gewerkschaft der Landarbeiter hat gegen die Pläne der Soares-Regierung Massenkundgebungen organisiert, auf denen die Landarbeiter ihre Entschlossenheit zum Kampf ausdrückten. Vollversammlungen der Landarbeiter der besetzten Ländereien haben stattgefunden.

Frauenorganisation UMAR gegründet

Portugal. In Lissabon fand Mitte September mit einigen hundert Teilnehmerinnen der Gründungskongreß der Frauenorganisation UMAR (Uniao das Mulheres Antifascistas e Revolucionarias = Bund antifaschistischer und revolutionärer Frauen) statt. In einer Erklärung dazu heißt es: „ ... **Die UMAR soll eine wirkliche Massenorganisation sein, nicht sektiererisch, mit offenen Türen für alle kämpferischen Frauen. In ihr sollen die revolutionären, antifaschistischen Frauen, mit und ohne Parteizugehörigkeit, kämpfen".** – Dieser Anspruch dürfte allerdings dadurch eingeschränkt werden, daß die UMAR offensichtlich der UDP (antifaschistische „ML"-Organisation, stärkste Organisation der revolutionären Linken Portugals) nahesteht.

Die UMAR hat sich u.a. folgende Ziele gesetzt:

- Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, besonders der Frauen;
- für die Berufsqualifizierung der Frau;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- für Arbeitsbedingungen, die den besonderen Bedingungen der Frau Rechnung tragen;
- breite Beteiligung der Frau am gewerkschaftlichen Leben, an den Arbeiterkommissionen usw.;
- Kampf für obligatorische Kinderkrippen am Arbeitsplatz;
- Forderungen für die Landarbeiterinnen, beispielsweise für Wasserversorgung, elektrisch Licht, medizinische Versorgung, Schulen und Kindergärten auf dem Land.
- Forderungen zur Wohnungssituation (Mietsenkung und Mietstopp, Nationalisierung des städtischen Grund und Boden etc.).
- Sofortige Senkung der Preise für die Grundnahrungsmittel.

Ferner der besondere Schutz für schwangere Frauen und Mütter. Außerdem besondere Teilnahme der Frauen am Kampf gegen Rauschgift, Prostitution und Pornographie.

Darüber hinaus stellt die UMAR sich auch das Ziel, die Frauen zum Kampf gegen den Faschismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung zu organisieren.

Kongreß der GDUPs verschoben

Portugal. Der erste Kongreß der GDUPs, der ursprünglich auf die ersten Oktobertage angesetzt worden war, ist kurzfristig vom CNPUP (der provisorischen Leitung der GDUP-Bewegung) um zwei Wochen verschoben worden und soll jetzt am 15. bis 17. Oktober in Lissabon stattfinden. Die GDUPs sind örtliche, betriebliche etc. überparteiliche Basiskomitees, in denen u.a. Mitglieder der UDP, des MES, der PRP und des MSU (ehemalige Mitglieder der LUAR und „ex"ler aus anderen Organisationen) mitarbeiten – die FSP hat kürzlich ihren Austritt aus den GDUPs bekannt gegeben (siehe AK Nr. 89).

Die Verschiebung des Kongresses wird insbesondere mit der Notwendigkeit begründet, daß zum vorgesehenen Datum eine demokratische und repräsentative Wahl der Delegierten zum Kongreß nicht möglich sei, da der Prozeß des recenseamento (Festlegung des Delegiertenschlüssels u.ä.) und die Ausarbeitung und Diskussion der Thesen zum Kongreß im Rückstand sei.

Die Verschiebung des Kongresses wurde vor allem von der UDP kritisiert, die auf die anstehenden Aufgaben verweist, insbesondere auf die nahe bevorstehenden Kommunalwahlen, zu denen die GDUPs einheitlich vorgehen sollten. Auch auf das Bevorstehen des Gewerkschaftskongresses wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Der MES hat zum Austritt der FSP eine Erklärung abgegeben, in der es u.a. heißt: „*Der Austritt der FSP aus der CNPUP – wo schon ihre Präsenz in den GDUPs gleich Null oder bedeutungslos war – bestätigt die FSP als eine gegen die Einheit gerichtete Kraft im Dienste des revisionistischen Reformismus und zeichnet ihr das Schicksal des Verschwindens oder des totalen Verlusts der geringen politischen Unabhängigkeit vor, die sie sich noch bewahren konnte. Das Ausscheiden der FSP, auf der Grundlage von Argumenten, die – wenn sie ernst gemeint wären – schon längst zu einer Intensivierung ihrer Anstrengungen im Prozeß der Einheit hätten führen müssen – schwächt in keiner Hinsicht den Weg zum Kongreß der GDUPs, sondern zeigt nur die Schwäche der Inspiratoren dieses Manövers*" („Pagina Um", 18.9.76).

Spanien

Wieder Generalstreik im Baskenland

Das letzte große Verbrechen des spanischen Oberfaschisten Franco kurz vor seinem Tod war sein Befehl zur Ermordung von fünf Antifaschisten: Am 27. September 1975 wurden Angel Otaegui, Juan Paredes Manot, Jose Luis Sanchez Bravo, Ramon Garcia Sanz und Juse Humberto Baena Alonso erschossen, nachdem Franco trotz weltweiter Proteste die gegen sie verhängten Todesurteile bestätigt hatte. In Militärgerichtsverfahren waren die fünf – ohne die geringsten Beweise und ohne die Chance einer ordentlichen Verteidigung, sondern in Form eines staatlich verordneten Racheaktes – für schuldig befunden worden, an der Tötung von Polizisten beteiligt gewesen zu sein. Allein ausschlaggebend für die Verurteilung war ihre Mitgliedschaft in den revolutionären Organisationen ETA und FRAP. Ihre Ermordung hatte nicht nur im Ausland, sondern auch in Spanien selbst zu massivsten Protestaktionen geführt (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 68).

Am 27. September dieses Jahres, dem ersten Jahrestag des Verbrechens, gedachte das spanische Volk in Massenstreiks und Demonstrationen der fünf Opfer des faschistischen Terrors. Eine zentrale Parole dieser Aktionen war – trotz der Täuscher-Amnestie der Regierung – : „Amnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten!"

600.000 beim Generalstreik im Baskenland

Dem Aufruf aller (immer noch illegalen) oppositionellen Pateien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen zum Generalstreik folgten allein in den vier baskischen Provinzen rund 600.000 Menschen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.9.76 ; die „Süddeutsche Zeitung" vom selben Tag sprach von über 500.000). Damit hat das Baskenland die bisher größte politische Massenaktion seit dem Ende des Bürgerkrieges 1939 erlebt und den zweiten Generalstreik innerhalb eines Monats zustande gebracht. Der Generalstreik vom 13. September, an dem sich etwa eine Viertel Million Basken beteiligte , richtete sich ebenfalls gegen die Erschießung eines jungen Basken. Auch in den anderen Teilen Spaniens kam es zu Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen. Viele Menschen versammelten sich an den Gräbern der fünf ermordeten Antifaschisten. Im Bewußtsein des spanischen Volkes sind nicht sie – wie Regierung und Justiz behaupten – die Terroristen, sondern die Faschisten. So drückten die Bewohner der Orte, in denen die Familien der Ermordeten leben, ihre antifaschistische Solidarität durch tatkräftige moralische und materielle Unterstützung für die Angehörigen aus. Die Angehörigen der Ermordeten waren im vergangenen Jahr vielfachen staatlichen Schikanen und anonymen Drohungen ausgesetzt gewesen.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" soll jedoch die „Coordinacion Demoratica" aufgerufen haben, den baskischen Generalstreik *„in anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Situation Spaniens"* nicht weiter auszudehnen („FAZ", 29.9.76)! Ein politischer Generalstreik in den Ausmaßen des Baskenlandes hätte insbesondere die politischen Grundfesten der Suarez-Regierung weiter ins Wanken bringen können ...

Weitere Morde der Polizei und faschistischer Kommandos

Bei einer Demonstration am 27.9. in Madrid wurde ein 22jähriger Student erschossen. Alles deutet darauf hin, daß dafür faschistische Kommandos wie die berüchtigten „Christkönigskrieger" verantwortlich sind. Da die Behörden – wie gewohnt – in solchen Fällen untätig bleiben, hat sich eine Untersuchungskommission von acht Mitgliedern aus der Madrider Antwaltskammer gebildet. Aus Protest gegen dieses weitere Opfer spanischer Faschisten hat die in der Coordinacion Democratica zusammengefaßte linke Opposition für den 1. Oktober zu einem Generalsteik und Protestaktionen aufgerufen. Schon am 29. September hatten in Madrid 4.000 Menschen gegen die Ermordung des Studenten demonstriert. In Santa Cruz auf Teneriffa (Kanarische Inseln) starb ein weiterer Student. Er wurde das Opfer einer Polizeiaktion: Auf der Suche nach einem „gewöhnlichen Kriminellen" schoß die Polizei durch die Tür einer Wohnung und traf dabei „aus Versehen" einen Unschuldigen („La Region", 27.-29.9.76). Der 21 jährige Student brach unter fünf Kugeln zusammen. Auf Teneriffa kam es zum erstenmal zum Generalstreik, nachdem die Polizei mit großer Brutalität eine Demonstration von 25.000 Menschen aufzulösen versuchte, die dem Sarg des jungen ermordeten Mannes folgte. Auch der Bürgermeister von Santa Cruz wurde mit Steinen beschmissen, und nachdem die Polizei Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt hatte, wurde von den aufgebrachten Antifaschisten das Gebäude des alten faschistischen Syndikats mit Steinen beworfen.

Spanien-Kommission

Spanischer Bulle lernt von Europa

Ein Herr namens Apestegui, seines Zeichens Polizeichef von Barcelona, hielt sich im Mai 1968, dem Höhepunkt der militanten Massenkämpfe gegen die bürgerliche Regierung und das kapitalistische System in Frankreich, auf Einladung seiner französischen Kollegen in Paris auf, um von ihnen für seine eigene faschistische Praxis zu lernen. Wie er seine Erlebnisse kommentiert, verdient wörtlich festgehalten zu werden:

„Sie hätten das mal sehen sollen; unsere Polizisten sind Engel, verglichen mit den französischen." Apestegui war auch *„bei dem in Irland"* dabei, wie er die brutale Repression Großbritanniens gegen das irische Volk umschreibt; – übrigens ebenfalls auf Einladung. Er weiß bestimmt bestens, was Folter ist, doch offensichtlich konnte er noch etwas lernen: *„Sie hätten mal diese Verhöre sehen sollen, wie ich sie gesehen habe."*

Herr Apestegui konnte offenbar unter bewunderndem Staunen von den westlichen „Demokratien", die sich heute für den „Demokratisierungsprozeß" in Spanien in die Bresche werfen, noch einige interessante „Details" dazulernen.

Diesen kurzen Blick hinter die Kulissen ermöglichte die spanische Wochenzeitung „Cambio 16" (Nr. 251/27.9.76).

Spanien-Kommission

Spanische Postler im Streik

Spanische Postler im Streik

Anfänglich ein Ausstand von einigen Tausend Madrider Briefträgern, hat sich landesweit der bisher größte Streik der Postbediensteten entwickelt. An seinem 7. Tag nahmen über 40.000 Beamte, auch aus anderen Teilen des Postdienstes, daran teil.

Sie forderp die Erfüllung von bereits Anfang des Jahres gegebenen Gehaltsversprechungen, sowie das Recht, ihre Gewerkschaftsvertreter direkt zu wählen. Im Januar '76 war der Streik der Postangestellten gewaltsam durch „Militarisierung" des gesamten Bereiches beendet worden.

Obwohl am 7. Tag schon über 25 Millionen Postsendungen unerledigt in den Ämtern lagen, war die Regierung nicht zu Verhandlungen bereit, solange die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde. Ein Versuch, Streikbrecher einzusetzen, scheiterte, da sich nur 600 arbeiterfeindliche Gestalten meldeten, die die Arbeit darüber hinaus nicht sachgerecht ausführen konnten, so daß sich das Chaos noch weiter steigerte. Der Generaldirektor der Post sah die „Operation Merkur", wie sie im Militärjargon genannt wurde, dennoch als Erfolg an, denn *„der Regierungspräsident habe in diesen Tagen 17* (!) *Briefe erhalten"* (Nachrichtensendung ..., 27.9.76, 19.40 Uhr).

Viele streikende Kollegen wurden verhaftet, zumindest einer von der Polizei mißhandelt („FAZ", 30.9.76).

Die revisionistische KP (PCE) unterstützte den Streik nicht, obwohl sein Erfolg „total ist" – sie hat sich sogar direkt dagegen ausgesprochen (Nachrichtensendung ..., 27.9.76, 19.40 Uhr)!

Das ist nicht das erstemal, daß die spanischen Revisionisten in aller Offenheit sich gegen einen berechtigten Kampf der spanischen Arbeiter stellen. Der Anbiederung bei der spanischen Oligarchie als „Garant des sozialen Friedens" opfert die spanische KP hiermit bedenkenlos ihr Ansehen bei den spanischen Arbeitern. Es gehört schon einige Abgebrühtheit dazu, sich in der heutigen politischen Lage in Spanien (wo immer wieder Antifaschisten von der Polizei ermordet werden) gegen einen stattfindenden Kampf zu wenden!

Spanien-Kommission



ETA will marxistische Partei gründen

Die baskische revolutionäre Widerstandsorganisation ETA V. (verantwortlich für die „Himmelfahrt" des ehemaligen spanischen Staatspräsidenten Carrero Blanco) hat auf ihrer 7. Versammlung die Gründung einer baskischen marxistischen Arbeiterpartei beschlossen. Drei maskierte Vertreter der ETA gaben dies auf einer geheimen Pressekonferenz in Bayonne (französischer Teil des Baskenlandes) bekannt.

Die ETA-Vertreter sagten, daß ihre Organisation weiterhin bewaffnete Aktionen durchführen wird, allerdings mit mehr defensivem Charakter.

„Nach Aussagen der ETA-Vertreter haben viele Militante die Organisation verlassen, um die neue Partei zu gründen in Zusammenarbeit mit anderen baskischen linken Bewegungen. Diese neue politische Kraft wird sich bemühen, die Arbeiterklasse zu mobilisieren zur Verteidigung der Ziele der nationalen baskischen Bewegung ... der Schaffung einer unabhängigen sozialistischen baskischen Republik" („El Moudjahid", 27.9.76).

Wir wünschen den baskischen Genossen viel Erfolg!

Spanien-Kommission

Frankreich

Revisionistische Gewerkschaftsführer gegen IMRO-Kollegen!

Wir haben im ARBEITERKAMPF öfters über den Kampf der IMRO-Druckkollegen berichtet, die ein Jahr lang ihren Betrieb besetzt halten konnten. Am 17. Juli wurde der Betrieb von den Bullen geräumt. Jetzt am 20. September wurden alle IMRO-Kollegen, bis auf zwei Ausnahmen, die in der revisionistischen Gewerkschaft CGT organisiert sind, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die ersten Anzeichen für den geplanten Ausschluß wurden bereits nach der Organisierung eines Tags der „Offenen Tür" im besetzten Betrieb offensichtlich.

Eingeladene CGT-Führer, die an einer Diskussion über die Kampfperspektiven in der Druckbranche teilnehmen sollten, regten sich darüber auf, daß auch u. a. Genossen des chilenischen MIR sowie französischer revolutionärer Organisationen dort Stände aufgebaut hatten. Weiter waren Kollegen von LIP und aus diversen anderen besetzten Betrieben anwesend. Insgesamt beteiligten sich 2.000 Menschen am „Tag der Offenen Tür".

Kurz darauf wurde innerhalb der CGT national ein Rundbrief verteilt, aus dem wir hier auszugsweise zitieren: *„Im Rahmen der Popularisierungsarbeit haben die Kollegen auf Initiative ihrer betrieblichen CGT-Sektion am 12. - 13. Juni einen Tag der Offenen Tür organisiert. Bei Beginn dieser Veranstaltung, am Samstag, dem 12. Juni, konstatierte das Sekretariat der lokalen Gewerkschaftssektion die Anwesenheit linksradikaler Elemente und Stände. Nachdem wir darüber die Gewerkschaftsführung informierten, beschlossen wir, uns von dieser Veranstaltung zu distanzieren.*

Denn somit konnte sie nicht mehr ihrem eigentlichen Ziel gerecht werden: nämlich den gerechten Kampf der IMRO-Arbeiter zu unterstützen ..."

„Denn die Führung der regionalen Gewerkschaftssektion kann sich in keinem Fall an einer Veranstaltung beteiligen, die von provokatorischen und unverantwortlichen Elementen durchsetzt ist.

Mehrmals haben wir die Militanten von IMRO darauf aufmerksam gemacht, daß sie eine unnatürliche Gefälligkeit gegenüber diesen Elementen haben, die seit Jahren versuchen, die Kämpfe der Arbeiter zu verfälschen, die der Massenaktion die Minderheitsaktion vorziehen, die pro-

gemacht, daß sie eine unnatürliche Gefälligkeit gegenüber diesen Elementen haben, die seit Jahren versuchen, die Kämpfe der Arbeiter zu verfälschen, die der Massenaktion die Minderheitsaktion vorziehen, die pro-

vokatorische Aktivitäten führen, die meistens nur gegen die machtvolle Klassengewerkschaft und die Massenorganisation der Arbeiter, die CGT, zu Felde ziehen ...

Gleichzeitig, seltsame Übereinstimmung, ist diese Organisation Angriffsziel des Staates, von Giscard, Lecanuet, Chirac und Poniatowski .." (Rundbrief vom 14. Juni 1976).

Auf dieses schweinische Schreiben reagierten die IMRO-CGT-Kollegen mit einer Pressekonferenz, woran sich alle französischen linken Organisationen beteiligten (Lutte Ouvrière, Ligue Communiste Révolutionnaire, Organisation Communiste , Révolution usw.), ferner das Chile-Komitee der Stadt, Gewerkschaftssektionen sowohl der CGT als auch der CFDT verschiedener Betriebe und Delegationen aus sämtlichen Druckbetrieben der Stadt. Auf der Pressekonferenz lasen sie eine Erklärung von CGT-Kollegen von IMRO zu den Angriffen der Gewerkschaftsführer vor:

„Unseren Aktivitäten kommt ein großes Verdienst zu: sie haben die Kampfbereitschaft und das Klassenbewußtsein aller IMRO-Kollegen erhöht, und dadurch auch die CGT gestärkt. Es wird uns vorgeworfen, Initiativen unternommen zu haben, die nicht von der Regionalen Gewerkschaftsführung abgesegnet wurden. Das ist falsch. Denn während der ganzen zehn Monate der Besetzung hat uns die Regionale Gewerkschaftsführung nur eine einzige Initiative vorgeschlagen, die wir sofort akzeptierten ... Aufgrund der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation bei IMRO waren wir immer der Meinung, daß wir am besten die Wünsche der Kollegen dort begreifen und auch am besten einschätzen können, welche Initiativen zu unternehmen sind. Natürlich haben wir darüber auch immer die Gewerkschaft informiert. Hätte die Gewerkschaft sich nicht lieber mit unseren Initiativen auseinandersetzen sollen, statt sich davon zu distanzieren? Nur so kann die CGT sich stärken, denn die offene Diskussion, das ist die beste Garantie, um aus den Gewerkschaften Massenorganisationen zu machen, wo bewußte Arbeiter organisiert sind, und nicht Organisationen, wo die Arbeiter, ohne ihren eigenen Kopf zu gebrauchen, immer nur der Gewerkschaftsführung folgen. Die Gewerkschaftsführung wirft uns vor, wir wären gegenüber den ‚Linksradikalen' zu gefällig. Es ist nicht unsere Sache, sie hier zu verteidigen und an ihrer Stelle auf die Gleichsetzung, wie sie im Rundbrief steht, zwischen ihnen und den Organisationen der Unternehmer einzugehen. Wir wollen aber hier noch mal betonen, daß alle Initiativen kollektiv, von allen IMRO-Kollegen unterstützt wurden, daß wir mit einem gemeinsamen Beschluß alle gewerkschaftlichen Sektionen, alle Organisationen der Linken und der extremen Linken dazu aufgerufen haben, uns zu unterstützen.

Einige Organisationen der extremen Linken haben darauf geantwortet, daß sie immer darauf geachtet haben, daß unser Kampf nicht verfälscht wird.

Leider mußten wir auf der anderen Seite öfters feststellen, daß traditionelle Organisationen der Linken durch ihre Abwesenheit glänzten und nicht mit uns diskutieren wollten.

Was wir von den Organisationen der Linken und der extremen Linken erwarteteten, als wir sie bei IMRO empfangen haben, war, über eine konkrete und reale Unterstützung gemeinsam zu diskutieren. Und nicht nur eine rein verbale Solidarität, wie es einige Organisationen getan haben, was wir nur bedauern können.

All denjenigen, die uns in unserem Kampf geholfen haben, haben wir unseren Dank ausgesprochen und wir bedanken uns auch heute dafür!

... Wir als Arbeiter, die in der CGT organisiert sind, wir kämpfen für die Einheit der Arbeiterklasse ...

Kampf geholfen haben, haben wir unseren Dank ausgesprochen und wir bedanken uns auch heute dafür!

... Wir als Arbeiter, die in der CGT organisiert sind, wir kämpfen für die Einheit der Arbeiterklasse ...

Wir bedauern keine einzige Sache, die wir gemacht haben. Wir weisen die Angriffe, die heute auf uns kommen, entschieden zurück. Diese Angriffe rufen Besorgnis nicht nur bei uns, sondern auch bei Kollegen aus anderen Betrieben hervor. Die CGT ist eine gewerkschaftliche Organisation, die allen offen steht, unabhängig von Rassenzugehörigkeiten, von politischen oder auch religiösen Weltanschauungen.

Die Arbeiter von IMRO würden es nicht verstehen, wenn gegen sie Sanktionen erlassen werden. Wir sind uns völlig sicher, unseren Aufgaben als kämpfende Arbeiter gerecht geworden zu sein, und wir rufen weiterhin alle Arbeiter und Arbeiterinnen dazu auf, unseren Kampf gegen die Unternehmer und gegen den bürgerlichen Staat, der uns die Krise bezahlen lassen will, zu unterstützen.

Arbeiter und Arbeiterinnen:
die Arbeitslosen von IMRO kämpfen für eine bessere Welt. Seid solidarisch!"

(15. Juli 1976)

Diese Erklärung verschickten die IMRO-Kollegen an alle linken und revolutionären Zeitungen.

Inzwischen haben verschiedene Treffs der „Kampf-Koordination" stattgefunden. Diese Koordinierung ist ursprünglich von LIP ausgegangen, es finden regelmäßig Treffen statt, woran sich Delegationen aus Betrieben aus ganz Frankreich beteiligen. Ziel ist unter anderem auch die Herausgabe eines Informationsbulletins, um die Arbeiterlinke und die fortschrittlichen Gewerkschafter enger zusammenzufassen.

Wegen der jüngsten Vorfälle, dem Ausschluß der CGT-Kollegen von IMRO aus der Gewerkschaft, wird Anfang November ein außerordentlicher Treff stattfinden.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Griechenland

Kontroverse um US-Stützpunkte

Athen: Ende September haben die griechischen Oppositionspolitiker Mavros (EdiK – Sozialdemokraten) und Papandreou (PA.SO.K. – Linkssozialisten) energisch gegen die Unterzeichnung eines neuen Verteidigungs- und Stützpunktabkommens zwischen Griechenland und den USA protestiert.

Die griechischen Zeitungen sprechen von der „völligen Unterwerfung Griechenlands".

Im Laufe der Auseinandersetzung im Parlament ging der Sozialdemokrat Mavros gar so weit, zu behaupten, Karamanlis habe „*im Verlauf seiner Amtszeit seit dem Zusammenbruch des Regimes der Obristen eine Diktatur unter parlamentarischer Verschleierung errichtet*".

Papandreou warnte die Regierung Karamanlis davor, „*nicht tatenlos abermals einer von den Amerikanern angetriebenen Diktatur zuzusehen*" und fügte hinzu: „*Es ist jetzt fünf Minuten vor zwölf*".

Griechenland/Türkei-Kommission

Auch Mangakis verläßt die EdiK

Athen: Der bekannte Professor Mangakis, der sich unter dem Faschismus hauptsächlich in der BRD aufhielt, ist zusammen mit zwei weiteren Abgeordneten, Protopappas und Minis, aus der sozialdemokratischen EdiK ausgetreten.

In Briefen an den Parteivorsitzenden Georgios Mavros begründeten sie ihren Austritt damit, daß die Partei trotz des Bekenntnisses zum demokratischen Sozialismus immer konservativer werde. Damit ist nach dem Austritt von Tsatsos vor einigen Monaten nun die gesamte Spitzengarde der sogenannten „Neuen Kräfte" aus der EdiK draußen. Vorerst wollen die vier als parteilose Abgeordnete arbeiten. Es ist aber wohl mit Sicherheit damit zu rechnen, daß sie in geraumer Zeit versuchen werden eine linkssozialdemokratische Partei á la PSI/Italien aufzubauen. Die Mavrosche Konzeption der Vereinigung der rechten Kräfte der alten Zentrumsunion mit den Linkssozialdemokraten ist damit gescheitert. Dies dürfte sicher zu erheblichen Einbußen für diese klassenversöhnlerische Strömung führen. Gut so!

Griechenland/Türkei-Kommission

Kampf der „Volkszählung" in Österreich

Kärnten: Über 1.000 Angehörige der slowenischen Minderheit in Österreich demonstrierten am 26.9. in Globasnitz (Kärnten) gegen die geplante „Volkszählung" am 14. November, mit der die „Sozialisten" der SPÖ, unterstützt von allen Reaktionären und Faschisten, erreichen wollen, daß die besonderen Rechte der slowenischen Minderheit abgebaut werden. Unter dem Deckmantel einer „demokratischen" Zählung soll dabei die Minderheit weiter unterdrückt und entrechtet werden (siehe dazu den nebenstehenden Artikel). Offener Terror der Faschisten und massiver Polizeiterror gegen die Proteste der Slowenen sollen dazu beitragen, diese einzuschüchtern und den Abbau der Minderheitenrechte zu rechtfertigen.



„Wir lassen uns nicht zählen" – über 1.00 Angehörige der slowenischen Minderheit protestierten am 26.9. gegen den geplanten Abbau ihrer Rechte

Die slowenische Minderheit setzt sich hiergegen zur Wehr. Sie wird dabei von den meisten Organisationen der österreichischen Linken unterstützt. Für den 14.November lauten die Forderungen: Boykott der Minderheitenfeststellung. Dazu ein Sprecher auf der Demonstration: „*Wir können unserer Dezimierung keine Zustimmung geben, und wir werden uns zur Verteidigung und zum Schutz unserer Rechte und für die Erreichung unserer Gleichberechtigung der Zählung mit einem entschlossenen Boykott widersetzen – was heißt, daß wir am 14. November als unsere Muttersprache was immer auch bezeichnen werden, nur nicht slowenisch. Oder aber, daß wir ungültig wählen werden, oder aber daheim bleiben werden, weil wir nicht Zahlen sind, sondern Menschen*" („Kurier", 27.9.). Durch den Boykott soll die Anwendung des neu geschaffenen „Volkszählungsgesetzes" unterlaufen werden.

Die Forderungen der slowenischen Minderheit lauten:

- Recht auf die eigene Muttersprache im Verkehr mit Behörden, Ämtern usw.
- Recht auf Unterrichtung in der Muttersprache
- Zweisprachigkeit aller öffentlichen Bekanntgaben, Bezeichnungen und Aufschriften (z.B. auf Ortsschildern).

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Vier Wochen Streik in den Schweizer Dubied-Werken



Dubied in Couxet, Marin, Peseux – alle vereinigt im Streik

Nach fast vier Wochen Streik endete der Sreik von etwa 1000 Arbeitern in den drei Werken der Metallfirma Dubied in Couvet, Marin und Peseux (Schweiz). Der Streik war einer der härtesten Arbeiterkämpfe der letzten vierzig Jahre in der Schweiz. Auslösendes Moment nach Entlassungen und Rationalisierungen war die geplante Streichung des 13. Monatslohns.

Der Streik begann am 9.August. Die Forderungen waren:

- Auszahlung des 13. Monatslohns und die Absicherung für die folgenden Jahre
- Keine individuellen Verträge
- Keine Repression gegen die Streikenden und ihr Komitee
- Bezahlung der Streiktage sowie weitere soziale Forderungen.

Während des Streiks wurden vielfältige Aktionen durchgeführt, darunter am 28.8. eine große Demonstration in Neuenburg mit etwa 4000 Teilnehmern (darunter auch die Arbeiter von SARCEM, einem besetzten Betrieb in Genf).

Von der zuständigen Gewerkschaft SMUV (Schweizerischer Metall - und Uhrenarbeiter-Verband) wurde der Streik nur in dem Maße offiziell unterstützt, wie es nötig war, eine Kontrolle hierüber auszuüben. Ansonsten waren die reformistischen Gewerkschaftsführer ständig um Schlichtung bemüht.

Ein wesentlicher Grund für das Abbrechen des Streiks war die Aufzehrung der finanziellen Reserven eines großen Teils der Streikenden. Über die Forderungen soll erst im Herbst in Verhandlungen entschieden werden.

(nach: „Rebell" 13 und „Rote Hefte" Winterthur, Oktober'76).

Schweiz/ Österreich- Kommission
KB/ Gruppe Bremen

Niederlande

„De Groene Amsterdammer" über die „rechten Nachbarn" in der Bundesrepublik '76



Wenn es den westdeutschen Sozialdemokraten auch gelungen ist, ihre Schwesterparteien zu veranlassen, „*bis zur Bundestagswahl ... nicht mehr von außen in die Diskussion* (um die Berufsverbote usw. – Anm. AK) *einzugreifen*" („SZ", 2.8.), so haben sich linke Organisationen und die fortschrittliche Presse des Auslands doch keineswegs genötigt gesehen, der SPD ebenfalls eine „Schonfrist" einzuräumen. Sie geben ihrer Besorgnis über die reaktionären Entwicklungen in unserem Land, aber auch ihrer Solidarität mit der westdeutschen Linken, weiterhin Ausdruck.

So hat **„De Groene Amsterdammer"** (eine linke, jedoch keiner bestimmten Gruppe zugehörige Wochenzeitung in den Niederlanden) seine Ausgabe vom 8.September ausschließlich der Entwicklung in der BRD gewidmet. Die Herausgeber schreiben in der Einleitung: „*Wir finden, daß es allen Grund gibt für einen allumfassenden Ausblick über die Ostgrenze* (der Niederlande – Anm.AK). *Zuerst wegen der undemokratischen Entwicklung, die sich so deutlich in der Bundesrepublik abzeichnet, wegen der unverkennbar auftretenden Rechtsentwicklung. Weil Westdeutschland deutlich seinen Stempel aufdrückt auf das politische und ökonomische Klima in unserem Land, ist es notwendig, die Hintergründe aufzuspüren, ohne dabei in Allgemeinplätze zu verfallen wie ‚die Voksart der Deutschen' ...*".

In der Zeitung werden die Rede Gollwitzers – „*Kampf dem Maulkorb*" –, ein Aufsatz des westdeut-

In der Zeitung werden die Rede Gollwitzers – „*Kampf dem Maulkorb*" –, ein Aufsatz des westdeut-schen Politologen W.D.Narr (SPD- und SB-Mitglied) und ein Lied Degenhardts wiedergegeben. Den größten Teil machen jedoch Beiträge niederländischer Autoren aus: Unter dem Titel „*Zum Tee bei einer kriminellen Vereinigung*" berichtet Geert Mak von einer Reise mit dem Verteidiger des angeblichen RAF-Mitgliedes Ronald Augustin, Bakker Schut – „*eine Reise durch ein Deutschland voller Registratursysteme, Abhörapparaten und ‚konspirativen Wohnungen'.*" (Einige Wochen zuvor war Bakker Schut an der westdeutschen Grenze von mit MPs bewaffneten BGSlern aus dem Wagen geholt und, den Lauf in den Rücken gebohrt, die Hände aufs Wagendach, festgehalten worden).

„*Wahlkampf ohne politische Diskussion: Das Schattenspiel um die Macht*" heißt eine Untersuchung über die Bundestagswahlen, „*ein Schattenspiel ..., wie es zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg in diesem Lande nicht mehr vorgekommen ist. Drei Parteien führen einen Wahlkampf mit Programmen, die einander noch nie so ähnlich waren und worin noch nie so erschreckende Dinge gestanden haben. Es wird in erster Linie ein Kampf geführt zwischen zwei Kandidaten für das Bundeskanzleramt, wobei Demagogie und das Hervorlocken nationaler Gefühle im Vordergrund stehen.*" Der Wahlkampf hat „*zwei gefährliche Entwicklungen deutlich gemacht: Das Aufrücken aller Parteien nach rechts (außer der ... DKP) und die, in diesem Klima deutlich voranschreitende Radikalisierung rechtsextremer Gruppen.*"

Günter Wallraff – von dem man einen klareren Blick erwartet hätte – begründet in einem Interview, warum er doch SPD wählen wird: „*Bei Kafka bekommt man ein gutes Bild, was uns nach einem CDU/CSU-Sieg erwartet*" – dagegen die SPD: Das „kleinere Übel".

Sehr breit wird am Fall Charlotte Niess – „*Warum ein antifaschistisches SPD-Mitglied in Bayern nicht Richter werden kann*" – über die Berufsverbote berichtet (in diesem Zusammenhang wird auch die Initiative von fünf Abgeordneten der sozialdemokratischen „Partei der Arbeit" – PvdA – erwähnt, die die Parteiführung bereits Anfang August aufforderten öffentlich und als PvdA gegen die Berufsverbote Stellung zu nehmen, denen bisher aber noch nicht geantwortet wurde).

Die Großmachtpläne des BRD-Imperialismus behandelt der Artikel „*Europa als Sprungbrett für ein neues Deutsches Reich*"; im Artikel über BGS und Bundeswehr – „*Die langen Kerls marschieren wieder*" – heißt es über eine Plattenaufnahme von SS-Märschen durch ein Bundeswehr-Musikkorps: „*Daß ein Musikkorps der Bundeswehr alte Traditionen aufnimmt und dabei anschließt bei den gefürchtetsten Elementen der Faschistengewalt aus Nazi-Deutschland, wundert viele, die der Entwicklung in der Bundeswehr folgen, nicht mehr.*"

Weiter Artikel über die Gesamtschule und die Hetze der CDU gegen diese Einrichtung; über den „*Selbstmord des westdeutschen Radio- und Fernsehwesens*", das seine Rolle einnimmt in einer Bundesrepublik, die „*zum autoritärsten, zum mächtigsten Staat in Westeuropa*" heranwächst.

„*Aber*", so der „Grüne Amsterdamer", „*das Bild ist nicht insgesamt grau. Es gibt noch genug Menschen, die sich nicht maßregeln lassen, es gibt noch Kennzeichen für positive Entwicklungen auf einer Anzahl von Gebieten*".

Beispielhaft für diese positiven Entwicklungen werden das fortschrittliche Kindertheater „Grips"

Beispielhaft für diese positiven Entwicklungen werden das fortschrittliche Kindertheater „Grips" angeführt und die Frauenbewegung und -literatur (der Artikel behandelt hierzu ausführlicher nur die kleinbürgerlich-feministische Strömung: Schwarzer, Krechel, Verena Stefan und die diversen feministischen Zeitungen).

Unter der Überschrift „*Links und lesbar – Das andere Deutschland von seiner besten Seite*" heißt es: „*Die Bundesrepublik kennt zahllose linke Gruppen und Grüppchen. Die viel Lärm machenden maoistischen Grüppchen unterscheiden sich in letzter Zeit leider nur noch mehr oder weniger von neofaschistischen Gruppierungen, mit denen sie oft Sprachgebrauch und Auftreten gemein haben. Seriöse linke Gruppen – außerhalb des linken Flügels der SPD und der orthodoxen DKP – gibt es eigentlich nur zwei. Eine davon ist der Kommunistische Bund (KB), der eine vortreffliche, zweimal im Monat erscheinende Zeitung herausgibt, ‚Arbeiterkampf' (2000 Hamburg, Rutschbahn 35). Der KB ist vor allem stark in Nord-Deutschland mit Schwerpunkten Hamburg und Bremen.*

Der KB ist eine echte politische Partei. Die zweite wichtige linke Organisation, das Sozialistische Büro, ist das nicht. Das SB beansprucht nicht mehr, als ein Koordinationszentrum zu sein ..." (es folgt eine Darstellung der Geschichte des SB und seiner Publikationen).

Nun, wenn wir mit dieser Einschätzung der Linken und Super-„Linken" auch nicht ganz einverstanden sein können – daß dem „Grünen Amsterdamer" unser ARBEITER-KAMPF so gefällt, das freut uns doch!

Wichtiger als dies ist jedoch: Die Sorge, die politische Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Menschen in den Niederlanden, wie sie sich auch in der BRD-Ausgabe des „Grünen Amsterdamers" ausdrückt, soll für uns Ansporn und Ermutigung sein, unseren Kampf gegen Rechtsentwicklung und Kriegsgefahr und für die internationale Solidarität in unserem Land entschlossen voranzutreiben.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England

Parteitag der Liberalen

Zwei Tendenzen auf dem Parteitag der Liberalen Partei im September in Llandudno/Wales sind erwähnenswert: erstens der weitere Kurs der Parteispitze und der offiziellen Politik der Liberalen nach Rechts, und zweitens die Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Jung-Liberalen.

Zum ersten: Gegen den Protest des „linken Flügels" (vor allem die Jung-Liberalen) sprach sich der Parteitag für eine Koalition mit einer der großen Parteien aus, wobei unausgesprochen klar ist, daß dafür nur die Konservativen in Frage kommen. Noch 1974 unter dem damaligen Parteiführer Thorpe hatte man sich scharf vom Koalitionsangebot der Tories, die damals schon politisch stark angeschlagen von der Regierung zurückgetreten waren, distanziert. Es erschien vielversprechender, unter der Flagge „Alternative für die von den großen Parteien Enttäuschten" zu segeln. Die Liberalen hatten in der Wahl im Frühjahr 74 ihre größten Stimmengewinne (siehe AK-Berichterstattung). Nach zwei Jahren Labour-Regierung deutet sich an, daß bei der nächsten Wahl die Konservativen einen leichten Vorsprung herausholen könnten. Um eine solide rechte Mehrheit im Parlament zu haben, werden die Tories vermutlich auf die Liberalen angewiesen sein und es könnte sein, daß sich die Tories auch darauf einlassen werden, der immer wieder von den Liberalen geforderten Änderung des Wahlrechts zuzustimmen. (Das Mehrheitswahlsystem führt dazu, daß nur der Kandidat ins Parlament kommt, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt. Theoretisch ist es so möglich, daß eine Partei zwar überall 45% der Stimmen bekommt, dennoch aber keinen Abgeordneten ins Parlament.) Eine Koalition Tory-Liberale würde die von der englischen Kapitalistenklasse gewünschte Verschärfung der Politik gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse auf eine solidere parlamentarische Grundlage stellen.

Zum zweiten: Auf Initiative des „linken Flügels", vornehmlich der Jung-Liberalen, verabschiedete der Parteitag eine Resolution, in der jede Art von Rassismus scharf verurteilt wird. Allerdings wird andererseits die Notwendigkeit, die Einwanderung zu kontrollieren, bzw. zu beschränken, ausdrücklich bejaht.

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedete der Parteitag eine Resolution, in der die rassistische Politik der südafrikanischen Regierung scharf verurteilt wird.

„Die Versammlung unterstützte Märsche, Demonstrationen, Streiks oder andere Formen des Widerstands gegen die Apartheidpolitik, die von den Süd-Afrikanern organisiert werden" („Guardian", 16.9.76).

Der Präsident der Jung-Liberalen, Peter Hain, sagte: *„Ich finde es obszön, wie ein früherer Nazi – Dr. Vorster – von Dr. Kissinger als friedliebender Staatsmann behandelt wird."*

Jetzt, da auch Rhodesien am Rande des Abgrunds stehe, müßten sich die Liberalen *„das Lehrstück von der Gerechtigkeit des Guerilla-Krieges"* in diesem Land gefallen lassen (nach „Guardian", 16.9.76).

Obwohl die wesentlich stärkere Partei-Rechte sich solche Äußerungen gefallen ließ und auch – entsprechend dem liberaleren Klima in England, was solche Fragen angeht – die Resolution gegen die südafrikanischen Rassisten nicht zu Fall brachte, wurden die Jung-Liberalen von Parteiführer Steel und der liberalen Presse als „zornige junge Männer", die „auch noch dahinter kommen werden, wie das alles läuft", dargestellt. Man vergleiche diese vergleichsweise „solidarische Kritik" mit der z.T. die Existenz vernichtenden und bösartigen Hetze z.B. der SPD-Führung gegen Juso-Mitglieder, die sich erlauben würden, den Guerilla-Krieg als „gerechte Sache" darzustellen!

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt. Theoretisch ist es so möglich, daß eine Partei zwar überall 45% der Stimmen bekommt, dennoch aber keinen Abgeordneten ins Parlament.) Eine Koalition Tory-Liberale würde die von der englischen Kapitalistenklasse gewünschte Verschärfung der Politik gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse auf eine solidere

werden, wie das alles läuft", dargestellt. Man vergleiche diese vergleichsweise „solidarische Kritik" mit der z.T. die Existenz vernichtenden und bösartigen Hetze z.B. der SPD-Führung gegen Juso-Mitglieder, die sich erlauben würden, den Guerilla-Krieg als „gerechte Sache" darzustellen!

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Faschisten nicht geschlagen

Bei der Wiederholung einer Kommunalwahl in Blackburn wurde der Labour Kandidat gewählt. Diese Wahl war deshalb so wichtig, weil die Faschisten der National Front (NF) und der von ihr Anfang des Jahres abgespaltenen National Party (NP) erschreckend stark geworden sind. Bei der letzten Wahl im Mai hatten insgesamt 10 Kandidaten der NF und NP in Blackburn kandidiert und zwischen 24% und 57% der Stimmen erhalten! Nach dem Mehrheitswahlrecht kamen zwei Kandidaten der NP durch. Insgesamt bekamen NF und NP rund 8.000 Stimmen.

(In Leicester erhielt die NF damals durchschnittlich 19% pro Kandidaten. Im Londoner Stadtteil Lewisham bekamen NF und NP zusammen 44,5%! Nur die Tatsache, daß beide kandidierten, führte dazu, daß der Kandidat der Labour Party mit 43,5% das Rennen machte!)

Zur Nachwahl in Blackburn im September kam es, weil der eine NP-Abgeordnete, der Faschist John Frankman, sein Mandat niederlegen mußte, weil er kürzlich in einem Gerichtsverfahren zu einer Strafe, die auf Bewährung ausgesetzt worden war, verurteilt worden war.

Im Mai hatte die NF nicht kandidiert, so daß die NP alle rechten Stimmen auf sich vereinen konnte: rund 30%!

Diesmal stellte die NP ebenfalls einen Kandidaten auf – den als „Nazi-Jack" stadtbekannten Faschisten John Wright. Für die NP kandidierte Robert Horman.

Daß dieses Mal der Labour Kandidat gewann, ist zwei Umständen zu verdanken: Zum einen der Teilung der Faschistenstimmen durch zwei konkurrierende Kandidaten. Zum zweiten der Tatsache, daß die Labour Stammwähler – alarmiert durch das letzte Ereignis – stärker zur Wahl gegangen sind. In der Regel liegt die Wahlbeteiligung bei solchen Kommunalwahlen nicht wesentlich höher als bei 30% in England.

Von den abgegebenen Stimmen erhielt Labour 1.597, die NP 767 und die NF 363. Die NP und NF zusammen erhielten rund 31% der abgegebenen Stimmen (nach „Guardian", 18.9.76), also den gleichen Stimmenanteil wie im Mai!

Fazit dieses Ergebnisses: man kann keinesfalls aus dem Sieg des Labour-Kandidaten schlußfolgern, daß der Einfluß der Faschisten gesunken sei. Im Gegenteil scheint der Erfolg der Faschisten im Mai dieses Jahres keine Eintagsfliege gewesen zu sein, sondern ein alarmierendes Zeichen dafür, wie weit die Faschisten in England bereits – vor allem mit rassistischer Propaganda – zur wählbaren Alternative zu den bürgerlichen Parteien geworden sind. Eine genaue Aussage wird man anhand von Untersuchungen machen müssen, die den Hintergrund dieser Erfolge, vor allem die Wahlpropaganda und die örtlichen Aktivitäten der Faschisten durchleuchtet. Leider war es uns bislang nicht möglich, an Material hierzu heranzukommen. Die bürgerliche Presse liefert dies naturgemäß nicht und leider fanden wir in der linken Presse, soweit diese uns zugänglich ist, keine Analyse des Vordringens der Faschisten. Dies wird eine der wichtigsten Aufgaben der linken Bewegung in England sein.

Antifaschistische Demonstration in Blackburn

Während des Wahlkampfes organisierten Demokraten und Sozialisten in Blackburn eine Protest-Demonstration gegen die Faschisten. Ein schöner Erfolg: Über 4.000 Menschen demonstrierten unter den Parolen „Kampf dem Rassismus", „Zerschlagt die National Front" und „Stopt die Apartheids-Mörder" durch Blackburn (siehe Foto).

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Britische Regierung für „systematische Folter" an politischen Häftlingen in Irland verantwortlich

Anfang September veröffentlichte die „Europäische Menschenrechtskommission" einen Bericht darüber, daß die britische Regierung die systematische Folterung politischer Häftlinge in den Internierungslagern und in „geheimen Befragungszentren" in Nordirland zugelassen habe. Der Be-

„Die Kommission fand auch heraus, daß den Zeugen vor der Befragung Kapuzen über den Kopf gezogen wurden, in Räumen gehalten wurden, in denen 'ein ständiger lauter und pfeifender Lärm' ertönte, daß ihnen der Schlaf entzogen wurde, obwohl es nicht möglich war.

sekretär Rees versuchte die Sache herunterzuspielen: „Die Techniken, die die Kommission als Folterungen bezeichnet hat, wären seit vier Jahren nicht mehr angewendet worden, sagte Mr. Rees, und die Opfer wären entschädigt worden. Die Gesetzgebung für Nordirland sei verbessert

Staatseigene Konzerne stützen südafrikanisches Rassistenregime

Am 14.9. veröffentlichte das „Internationale Komitee" der Labour Party eine *„scharfe und detaillierte Aufforderung an die Regierung, zu verhindern, daß britische Firmen in Südafrika investieren, jede Verwicklung verstaatlichter Industriebetriebe mit Südafrika zu stoppen und Bankverbindungen zu kappen."* Diese Resolution wird dem Parteitag der Labour Party vorgelegt und entspricht dem Parteiprogramm (nach „Guardian", 15.9.76). Solche und ähnliche „antirassistische" Äußerungen von Labour-Politikern oder Boykott-Resolutionen gegen Rhodesien oder Südafrika dienen objektiv dazu, die offene politische Unterstützung dieser Regimes und die imperialistische Ausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse durch die britischen Konzerne zu verstecken und abzudecken. Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit beweisen dies:

British Leyland: Das Management des verstaatlichten Konzerns, der rund 1.000 schwarze Arbeiter in mehreren Fabriken in Südafrika beschäftigt, lehnte es Mitte September ab, schwarze Gewerkschaften an Lohnverhandlungen zu beteiligen. Die „Begründung": Man habe „Angst vor wirtschaftlichen Repressalien seitens der südafrikanischen Regierung", wenn man in dieser Frage nachgebe, obwohl man der Ansicht des TUC (britischer Gewerkschaftsbund), sei, daß „die Ablehnung der schwarzen Gewerkschaften eine Manifestation von Apartheidspolitik" sei, „absolut wohlwollend" gegenüberstehe. Aber im Interesse auch der Beschäftigten in England (!) und der Aktionäre sei man eben „gezwungen"... Der blanke Zynismus, wenn man bedenkt, daß der britische Imperialismus einer der Hauptgeldgeber der weißen Faschisten ist: 60% der ausländischen Investitionen kommen aus England (nach „Guardian", 14.9.76).

British Petrol: Der ebenfalls verstaatlichte Konzern BP (68% in Besitz der britischen Labour Regierung) gab einige Tage später bekannt, daß er seine Investitionen in Südafrika in nächster Zeit stark erhöhen werde. Man plant, die Investitionen in den nächsten fünf oder zehn Jahren auf 250 Millionen Pfund (knapp 1.000 Millionen DM) aufzustocken! Offen erklärte der für die Geschäfte in Südafrika verantwortliche Manager W. Templer, daß BP damit „sein Vertrauen in die langfristige Stabilität von Südafrika (d.h. des faschistischen Regimes) beweisen wolle. Der „Guardian" schreibt dazu ganz offen: *„Die Industrie überlegt sich gegenwärtig neue Investitionen in Südafrika zweimal. Aber – wenn sich die südafrikanische Wirtschaft wie erwartet gegen Ende des nächsten Jahres wieder erholt und die Unruhe in den Städten entweder zurückgegangen oder wirkungsvoll unterdrückt (!) worden ist, dann werden die Investitionen wieder zunehmen"* (18.9.76).

Durch enorme Investitionen zur Stützung der angeschlagenen südafrikanischen Wirtschaft und politischen Absicherung der Rassistenregimes versuchen die britischen Imperialisten, sich diese Einflußsphäre gegen den Befreiungskampf der schwarzen Arbeiterklasse zu erhalten. Realistischerweise aber muß der „Guardian" schreiben: *„Die politische Entwicklung der nächsten Jahre aber kann die begründetste finanzielle Argumentation* (für Investitionen zur Stützung des Regimes – Anm. AK) *über den Haufen werden"* (18.9.). Worauf die Herren Gift nehmen können!

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Britische Regierung für „systematische Folter" an politischen Häftlingen in Irland verantwortlich

Anfang September veröffentlichte die „Europäische Menschenrechtskommission" einen Bericht darüber, daß die britische Regierung die systematische Folterung politischer Häftlinge in den Internierungslagern und in „geheimen Befragungszentren" in Nordirland zugelassen habe. Der Bericht bezieht sich auf Fälle aus dem Jahr 71, kurz nachdem die Internierung politischer Häftlinge in Konzentrationslagern gesetzlich erlaubt worden war.

Anlaß für die Untersuchung durch die Menschenrechtskommission war ein 600 Seiten umfassendes Beschwerdeschreiben der Regierung der Republik Irland aus dem Jahre 71, in dem an 228 Fällen in detaillierten Zeugenaussagen, ärztlichen Berichten usw. bewiesen wird, daß sich die „Befragungsmethoden" der britischen Stellen in Nordirland nur noch graduell von den Methoden lateinamerikanischer Gorilladiktaturen unterscheiden.

Die folgenden Zitate sind aus dem „Guardian" vom 3.9.76: Der Bericht benennt die *„Anwendung von fünf Befragungstechniken, bestehend aus dem Verhüllen des Kopfes mit Kapuzen, permanenten monotonen Krach durch eine Geräuschmaschine, an der Wand stehen, Schlafentzug, Entzug von Nahrungsmitteln und Wasser".*

„Die Zeugen demonstrierten, wie sie mit ausgestreckten Armen an die Wand gestellt wurden, mit den Fingern hoch über dem Kopf an der Wand, die Beine gespreizt und die Füße ganz zurück, so daß sie auf den Zehen standen mit fast dem ganzen Gewicht ihres Körpers auf den Fingern lastend (...) Sie wurden gezwungen, so zu verharren. Die genaue Dauer des Zeitraums, in dem die Zeugen gezwungen waren so zu stehen, konnte nicht ermittelt werden. Beide Zeugen sagten aus, daß sie das Gefühl für die Zeit verloren hatten, aber daß es auf jeden Fall viele Stunden gedauert haben muß. Das 'Compton Comitee' (ein von der Regierung beauftragtes Untersuchungskomitee, daß seinerseits einen Bericht erstellte, der allerdings naturgemäß die Sachen runter zu spielen versuchte – Anm. AK) (...) *fand heraus, daß T 13* (die Zeugen werden verschlüsselt aufgeführt – Anm. AK) *insgesamt 23 Stunden an der Wand stand und T 6 insgesamt 29 Stunden."* (So wörtlich der Bericht der Menschenrechtskommission)

„Die Kommission fand auch heraus, daß den Zeugen vor der Befragung Kapuzen über den Kopf gezogen wurden, in Räumen gehalten wurden, in denen 'ein ständiger lauter und pfeifender Lärm' ertönte, daß ihnen der Schlaf entzogen wurde, obwohl es nicht möglich war, herauszufinden, für wie lang. Der Kommission war berichtet worden, daß T 6 alle sechs Stunden eine Scheibe Brot und einen halben Liter Wasser bekam, daß er aber daran gehindert wurde, das Wasser zu trinken. Es konnte nicht festgestellt werden, wie lange den beiden Männern die Nahrung entzogen wurde. T 13 sagte aus, daß er solange kein Wasser bekam, daß er dachte, er würde vor Durst sterben, und er beschrieb Halluzinationen, die er in diesem Stadium gehabt hat. Beide Männer sagten aus, sie hätten besonders schwer unter dem Fehlen von Toiletten gelitten. Weitere Punkte des Berichtes von T 6 waren seine Aussagen, daß er getreten und geschlagen und auf andere Weise zu mehreren Gelegenheiten körperlich mißhandelt worden sei, daß er mit Handschellen an den Händen an die Wand gehängt worden sei, so daß seine Zehen gerade den Boden berührten. T 13 berichtete, daß die Kapuze so stark um seinen Hals zugezogen worden sei, daß er kaum hätte atmen können; und während er die Kapuze aufhatte, wäre er gezwungen worden mit gesenktem Kopf herumzulaufen, bis sein Kopf gegen irgend etwas hartes schlug."

T 6 und T 13 hatten nach ihrer Freilassung Anklage wegen ihrer Behandlung während der Internierung erhoben und waren 1973 bzw. 1975 mit 15.000 bzw. 14.000 Pfund entschädigt worden („Guardian", 3.9.76).

Die Menschenrechtskommission stimmte allerdings nicht den Anschuldigungen der Dubliner Regierung zu, die britischen Stellen hätten Häftlinge wegen ihrer politischen Überzeugung diskriminiert, IRA-Anhänger z.B. besonders schlecht behandelt, während Protestanten und Loyalisten geschont worden seien. Außerdem bescheinigte sie der britischen Regierung, daß sie *„wiederholt ihre guten Absichten und goodwill bewiesen"* habe. (!)

Die offizielle Stellungnahme der britischen Regierung fiel z.T. abwieglerisch, z.T. zynisch aus: Nordirland-sekretär Rees versuchte die Sache herunterzuspielen: *„Die Techniken, die die Kommission als Folterungen bezeichnet hat, wären seit vier Jahren nicht mehr angewendet worden, sagte Mr. Rees, und die Opfer wären entschädigt worden. Die Gesetzgebung für Nordirland sei verbessert worden, um Gefangene in der Zukunft vor Mißhandlungen zu schützen"* („Guardian", 3.9.).

Ein Londoner Regierungssprecher sagte nach der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 4.9.76 sehr deutlich: *„Wir stellen diesen Bericht nicht in Frage. Wir bestreiten nicht, daß unerfreuliche Dinge* (!!) *geschehen sind. Doch sie gehören der Vergangenheit an. Wir wenden die in dem Bericht beschriebenen Vernehmungstechniken nicht mehr an. Doch damals waren sie eine Frage der Politik."*

Daß die britische Regierung – wie ohnehin anzunehmen war – frech gelogen hat, als sie behauptete, die von der Europäischen Menschenrechtskommission veröffentlichten Foltermethoden bei dem Verhör politischer Häftlinge in Nordirland im Jahr 71, würden seit Jahren nicht mehr angewandt, kam unmittelbar nach Veröffentlichung des Berichtes heraus:

Der „Guardian" vom 11.9.76 berichtete über die Aussagen von drei Iren, die inzwischen Beschwerden wegen Mißhandlung durch britische Stellen im Juni dieses Jahres in Nordirland bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingereicht haben.

„Einer von ihnen berichtete, daß der, der ihn verhörte, ihm eine Kapuze über den Kopf zog und dann Drähte um seine Finger wickelte und vortäuschte, daß er Elektroschocks bekommen würde. Ein anderer sagte, ihm sei damit gedroht worden, daß man ihn in der Ulster Volunteer Force, einer paramilitärischen (rechtsradikalen – Anm. AK) *protestantischen Organisation übergeben würde. Der erste sagte, daß man ihn zwang, so lange an der Wand zu stehen, bis er ohnmächtig und orientierungslos war."*

Eine zweite Gruppe von drei Iren hat ebenfalls Beschwerde über Folterungen eingereicht, die Anfang des Jahres 75 stattgefunden haben.

Es ist abzusehen, daß dies erst die Spitze eines Eisbergs ist...

England Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Skandinavien

Schweden nach der Wahl
Sozialdemokratie nach 44 Jahren Regierung abgelöst

Am 19. September fanden die Wahlen zum schwedischen Reichstag statt. Die Hauptauseinandersetzung wurde, wie schon 1973, zwischen der Sozialdemokratie (SAP) auf der einen und einem Bündnis von Konservativen, Centrum und Volkspartei auf der anderen Seite geführt. Der Block der drei rechten Parteien gewann geringfügig Stimmen und mit 50,7% die Mehrheit. Damit wurde nach 44 Jahren ununterbrochener sozialdemokratischer Regierungstätigkeit Olaf Palme als Ministerpräsident abgelöst. Nachfolger ist Fälldin, Vorsitzender des Centrums.

1973 gelang es der Sozialdemokratie nur noch mit Hilfe der Revisionisten, eine knappe Mehrheit gegenüber dem Bündnis der rechten bürgerlichen Parteien zu erreichen. Die Unzufriedenheit über die Politik der SAP schlug sich bei einem Teil der Wähler damals in einer „linken Stimmabgabe" zugunsten der Revisionisten nieder, während auch die bürgerlichen Parteien aus den von der Sozialdemokratie enttäuschten Wählern Profit ziehen konnten.

Fraglich war jedoch, ob diese Entwicklung auch bei der diesjährigen Wahl anhalten würde. Im Gegensatz zu 1973 führten die rechten bürgerlichen Parteien, insbesondere die Konservativen und das Centrum, ihren Wahlkampf wesentlich offensiver und versuchten, die Enttäuschung sozialdemokratischer Wähler in eine Stimme gegen „Schwedens bürokratischen Sozialismus" umzuwandeln.

Ausgang der schwedischen Wahl: Trend nach rechts

Ausgang der schwedischen Wahl: Trend nach rechts

Der Stimmenanteil der Sozialdemokratie beträgt 42,9% (1973: 43,6%) und der der Revisionisten 4,7%. Diese konnten trotz 0,6% Verluste damit noch einmal die undemokratische 4% Klausel überspringen.

	Kon.	Centr.	Volksp.	Soz.dem.	Revis	Klerik-Fasch.	„ML"er
1976	15,6	24,1	11,0	42,9	4,7	1,4	0,3
1973	14,3	25,1	9,4	43,6	5,3	1,8	0,4
1970	11,5	19,9	16,2	45,4	4,8	1,8	0,4

Obwohl die SAP (vergl. Tabelle) mit 152 Mandaten nach wie vor die mit Abstand stärkste Partei ist, reichten die relativ niedrigen Verluste der Sozialdemokratie und Revisionisten (insgesamt 1,3%) aus, einen Wechsel der schwedischen Regierung herbeizuführen. Das Wahlergebnis zeigt, daß insgesamt ein leichter Trend nach rechts eingetreten ist. Von einem Erdrutsch, wie hier die bürgerliche Presse behauptete, kann nicht die Rede sein. Die Konservativen, die ihr Stimmenpotential wesentlich im Kleinbürgertum und bei kleineren und mittleren Kapitalisten haben, konnten ihre Position seit 1970 kontinuierlich ausbauen. Zugute kamen ihnen weiter die zerums und der relativ bedeutungslosen KDS (klerikal-faschistische Partei). Im Gegensatz zum Centrum und zur Volkspartei orientierten die Konservativen schon 1973 als erste Partei zu einer „grundsätzlichen Opposition" („Zeit",21.9.). Es ist klar, daß sie sich mit dieser frühzeitigen Ausrichtung als die konsequenteste Kraft gegen „Schwedens Sozialismus" innerhalb des Bürgerblocks profilieren konnten. Fälldins Centrum, hervorgegangen aus der alten Bauernpartei, führte den Wahlkampf demagogisch gegen den Bau von Kernkraftwerken. Durch seine scheinbar strikte Ablehnung der Kernenergie *„dürften einige Sozialdemokraten für die Zentrumspartei gestimmt haben"* („NZZ",22.9.76), trotzdem verlor Fälldin, der allgemein vorher als der große Gewinner hingestellt wurde, 1% der Stimmen.

Den größten Profit aus der Unzufriedenheit an der schwedischen Sozialdemokratie konnte die Volkspartei ziehen. Dieses deshalb, weil sie nicht ganz so offen wie Konservative und Centrum den Kampf gegen „Schwedens Sozialismus" führte und während der letzten Regierungsperiode in vielen Fällen die schwedische Sozialdemokratie unterstützte. Die Deutsch-Schwedische Handelskammer schrieb 1975 sogar: *„Von einer Opposition im eigentlichen Sinne kann jedoch kaum noch eine Rede sein. Die Regierung Palme suchte im voraus für ihre Vorlagen... Stimmenhilfen und konnte bei finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen der Unterstützung durch die kleine liberale Partei (Folkparti) sicher sein".*
(Information der Deutsch-Schwedischen Handelskammer, 1/75). Es ist klar, daß die Volkspartei mit dieser Taktik für frühere SAP-Anhänger wählbar werden sollte. Insgesamt stellt das Ergebnis dieser Wahl einen Schritt nach Rechts dar. Die Unzufriedenheit über die Politik der SAP schlug bei einer noch breit an den Parlamentarismus gefesselten Arbeiterbewegung gesetzmäßig in Stimmen für den bürgerlichen Block um. Damit ist auch eine andere Situation gegeben als 1973, als die Revisionisten Stimmenanteile eines Teils von der Sozialdemokratie enttäuschter Wähler als „linke" Stimmenabgabe für sich verbuchen konnten und damals zugewannen.

Schwedens Wahlkampf: Sozialismus und Freiheit

Die Grundlage dieser Rechtsentwicklung ist im wesentlichen in dem sozialdemagogischen Auftreten des „Bürgerblocks" zu sehen: *„Den Sozialismus zu verhindern, sei die gemeinsame Aufgabe der Oppositionsparteien"*, so Centrumsführer Fälldin in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") vom 23.6.76 und weiter: *„Wenn die Sozialdemokraten an der Macht bleiben, wird eine Welle der Sozialisierung und Bürokratisierung über das Land gehen."* Unter dieser Stoßrichtung wurde der Wahlkampf offensiv von Konservativen, Centrum und Volkspartei geführt. So wurde die Steuerpolitik und die immer stärker werdende Bürokratisierung des schwedischen Staatsapparates, die in der Tat eine breitere Unzufriedenheit hervorgerufen haben, zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gemacht.

Die Tatsache, daß gerade die schwedische Arbeiterklasse extrem von der staatlichen Steuer betroffen ist (bis zu 44,9% des Bruttoeinkommens) wurde vom rechten bürgerlichen Block genutzt, sozialdemokratische Politik als „sozialistische Experimente" hinzustellen. Die Demagogie dieser Gleichsetzung wird deutlich, wenn das Kapitalistenorgan „Veckans Affärer" schreibt: *„Schweden ist ja, wenn man so will, ein kleines kapitalistisches Paradies, das von harter Unternehmerbesteuerung verschont ist."* („Neues Deutschland" vom 16.5.76). Ein anderes Beispiel dieser Demagogie macht das Vorgehen des Centrums deutlich. Die bestehende Unsicherheit und Ablehnung der Kernenergie in der schwedischen Bevölkerung wurde vom Centrum aufgegriffen, um sich zum Fürsprecher dieser Bewegung zu machen. Tatsache ist jedoch, daß das schwedische Kapital auf die Kernenergie angewiesen ist, sowohl was die eigene Energieversorgung als auch das zunehmende Exportgeschäft mit Kernkraftwerken betrifft. Daß das Centrum hier keine wirklichen Eingriffe vornehmen will, macht Fälldin deutlich, wenn er nach der Wahl erklärt: *„Es wäre falsch zu sagen, daß der Wahlausgang ein klares ‚Nein' zur Kernkraft ist"* („Dagens Nyheter", 21.9.76). Diese Demagogie findet insofern einen Boden, weil die Sozialdemokratie immer offener gegen die Arbeiterbewegung vorgehen muß, um die Interessen des schwedischen Kapitals wirksam zu vertreten. Solange die Arbeiterklasse noch an den Parlamentarismus gebunden ist und ihre Kämpfe ausschließlich ökonomischen Charakter tragen, wird sich die Unzufriedenheit mit der jeweils regierenden Partei in einer Stimmenabgabe zugunsten anderer bürgerlicher Parteien niederschlagen.

Skandinavien-Kommission

Stellungnahmen der schwedischen Linken vor den Wahlen

Im folgenden Teil wird auf die Stellungnahmen der schwedischen Linken vor der Wahl eingegangen. Auffällig ist, daß von der revolutionären Linken kaum ein Versuch eines gemeinsamen Vorgehens unternommen wurde. Dieses hängt sehr eng damit zusammen, daß innerhalb der Linken die öffentliche Auseinandersetzung kaum geführt wird. Eine Ausnahme bilden hier die Trotzkisten, die allerdings demagogisch die revolutionäre Zusammenarbeit auf die Unterstützung ihres eigenen Parteiladens reduzierten.

VPK: Revisionistische Reformträumereien

Die größte der links von der sozialdemokratischen Partei stehenden Organisationen ist die Vänsterpartiet Kommunisterna (VPK). Diese revisionistische Partei ist trotz ihrer Verluste als einzige linke Partei im neuen Reichstag vertreten.

In ihrem Wahlprogramm wurden folgende Prinzipien genannt, auf denen eine „radikale Arbeiterpolitik" bauen müßte:
- Verteidigung der Interessen der Arbeiter
- Abschaffung der widerlichsten Ungerechtigkeiten der Klassengesellschaft
- Verteidigung der am meisten betroffenen Gruppen
- Kampf für bessere Arbeitsbedingungen
- Ökologische, umweltmäßige, volkswirtschaftliche und soziale Beurteilungsgründe für die Entwicklung
- Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die den Übergang zum Sozialismus erleichtern

(zitiert aus VPK-Wahlprogramm)

Wie in der BRD die DKP tritt auch VPK in Schweden für einen „effektiven Preis- und Mietstop" und für eine Senkung des Militärhaushalts ein. Der Preisstop soll im wesentlichen durch ein Verbot für Monopolpreise, Spekulationen und verteuernde Reklame ergänzt werden. Der Mietstop durch Maßnahmen, die allmählich die Wohnkosten senken. Um dieses zu gewährleisten, wurde von der VPK die Verstaatlichung der Bauindustrie und die Enteignung des Bodens ausschließlich in dichtbesiedelten Gebieten gefordert.

Um den Militäretat von 10 Mrd. skr senken zu können, forderte VPK, *„daß der jetzige Militärapparat in eine Volksverteidigung mit demokratischer Verankerung umgewandelt"* wird. *„Eine solche Verteidigung"*, so wurde es im Programm verkündet, *„erfordert bedeutend weniger Kosten"*. Auf die Rolle der bürgerlichen Armee im Klassenkampf wurde nicht eingegangen.

kündet, „erfordert bedeutend weniger Kosten". Auf die Rolle der bürgerlichen Armee im Klassenkampf wurde nicht eingegangen.

Die VPK forderte die Aufhebung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, die Senkung der direkten Steurn für die Arbeiterklasse und ihre Erhöhung für die Konzerne. Dadurch entstehe ein „gerechtes und demokratisches Steuersystem", was das inhaltlich auch immer bedeuten mag.

In der Frage des Kernenergieprogramms der Regierung bezog die VPK eine ablehndende Haltung und forderte eine Volksabstimmung über die Kernenergie. Im Gegensatz zu den anderen linken Organisationen (außer den Vaterlandsverteidigern von der SKP) ging die VPK auf Frauenfragen ein:

„Wir bekämpfen den reaktionären Vorschlag der Bürgerlichen, eine Pflegebeihilfe einzuführen. (Die drei rechten bürgerlichen Parteien wollen weniger Tageshcime bauen und vom so eingesparten Geld eine Pflegebeihilfe an solche Eltern zahlen, die selbst ihr Kind betreuen müssen. Damit soll den Eltern die „Wahlfreiheit" zwischen Kinderheim und Privatmilieu gegeben werden, AK Red.). *Wir stellen uns gegen Sonderlösungen der Arbeitszeitfrage für Eltern kleiner Kinder. Diese beiden Vorschläge führen zu einem Verstärken der Geschlechtsrolle der Frau".*
Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Programm der VPK schürt – wie alle revisionistischen Parteien kapitalistischer Länder – die Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie. In Leugnung der marxistischen Staatslehre wird behauptet, daß die Diktatur der Bourgeoisie von innen heraus auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus geführt werden kann. Die *„bessere Zukunft"*, der Sozialismus , wird kommen, *„wenn die Unzulänglichkeiten und der Zerfall des alten Systems offenbar wird"*, dann wird nämlich *„der Sozialismus als die Alternative unserer Zeit dastehen"*.
So einfach ist das!

Förbundet Kommunist: Wählt VPK!

Auf dem Kongreß der revolutionären Organisation Förbundet Kommunist (FK) im Mai wurde der Beschluß gefaßt, bei den Reichstagswahlen die Stimmabgabe für die VPK zu propagieren. Im „Arbeterkamp", dem Zentralorgan FKs, wurde das wie folgt begründet: *„Aus einigen Gründen ist es von Bedeutung, daß die Sozialdemokraten und VPK die Majorität im Reichstag haben und daß VPK nicht raus fällt".* („arbeterkamp Nr. 14). Diese Gründe seien:

1. *„Auch wenn die Sozialdemokratie nach einem Wahlsieg auf eine breite Zusammenarbeit mit den „Mitte"-Parteien setzen wird, wird eine „bürgerliche" Mehrheit gewisse konkrete Verschlechterungen für die Arbeiterklasse mit sich bringen: Die Steuern werden in größerem Maße die Wohlhabenden begünstigen. Im Rahmen einer imperialistischen Außenpolitik wird der „Beistand" für progressive Länder und einen Teil der Befreiungsfronten sich mindern, etwas was sich im Frühjahr im Streit um die Kredite für Kuba klar gezeigt hat. Außerdem werden politische Flüchtlinge z.B. aus Lateinamerika es schwerer haben, nach Schweden zu kommen und hier Arbeit zu finden".*
2. *„Eine ‚bürgerliche' Mehrheit wird reaktionäre Gruppen zu einer größeren Aktivität anregen."*
3. *„Beide, die Sozialdemokratie und VPK haben ihre hautpsächlichen Sympathien in der Arbeiterklasse. Sie können dazu gezwungen werden, auf Forderungen von Massenbewegungen und gewerkschaftlich aktiven Arbeitern zu reagieren."*
4. *„Sollte VPK aus dem Reichstag fliegen, muß das als eine Niederlage für die gesamte Linke gewertet werden. Eine revolutionäre Politik wird dadurch nicht gestärkt. Es ist die Sozialdemokratie, die heute die Stärke hat, einen solchen Leerraum auszufüllen – für viele Arbeiter würden die Sozialdemokraten dann als einzige Alternative gesehen werden".*

Im übrigen grenzte sich FK eindeutig von den Revisionisten ab. Für FK ist VPK nur am Wahltag eine Alternative.

FK hält den Kampf um wirkliche Re-

den Revisionisten ab. Für FK ist VPK nur am Wahltag eine Alternative.
FK hält den Kampf um wirkliche Re-

formen für wichtig, kritisiert aber die VPK dafür, daß sie diesen Kampf ohne Basisarbeit und ohne Mobilisierung der Arbeiterklasse führen will.

Bezüglich der Wahlen hat sich FK nicht mit den übrigen linken Organisationen auseinandergesetzt, obwohl sich die trotzkistische Organisation KAF und die Vaterländer von SKP zur Wahl stellten. Für die eigene Propagandaarbeit stellte sich FK folgende Aufgaben:

1. *„In einem aktiven Wahlkampf die wichtigsten Klassenfragen für die Arbeiterklasse ausführen. Das Recht auf den Arbeitsplatz, die Klassengesetzgebung und Fragen der internationalen Solidarität. Unsere Propaganda soll klar aufzeigen, daß der entscheidende Kampf immer außerhalb des Parlaments geführt wird, an den Arbeitsplätzen, in den Wohngebieten und in den verschiedenen militanten Bewegungen. Wir werden gegen die bürgerliche sozialdemokratische Politik schlagen. Wir werden VPK hart kritisieren für ihr schwankendes Verhältnis zur Sozialdemokratie und für ihre oftmals spalterische Linie in der Massenarbeit.*
2. *Wir werden der bürgerlichen Propaganda um die Reichstagswahlen entgegen arbeiten. Diese Propaganda versucht den Arbeitern einzureden, daß die Zukunft in der parlamentarischen Wahl besiegelt wird. Wir werden dagegen aufzeigen, daß die Wahl nur um verschiedene Entwicklungslinien für einen fortgesetzten Kapitalismus geht".* (Arbeterkamp Nr. 13). Ob und wie diese Aufgaben von FK angegangen wurden, werden wir in der nächsten Ausgabe des AKs zu berichten versuchen.

KFML (r): Für einen Wahlboykott

Aus der allgemeinen Schwäche der Linken zog Kommunistika förbundet marxistleniniserna (r) (KFML-r) die Konsequenz, nicht an der Reichstagswahl teilzunehmen. Das wurde auch mit dem, für die Organisation relativ schwachen Abschneiden bei den vorigen Reichstagswahlen und internen Auseinandersetzungen begründet. 1973 erhielt KFML (r) nur 8.000 Stimmen. Von den Genossen war die doppelte Stimmenzahl erwartet worden, denn KFML (r) hat einen nicht geringen Einfluß in Westschweden, besonders unter den Werftarbeitern Göteborgs.

Die wesentlichen Fragen in dieser Wahl seien unter diesen Bedingungen: *„Wir müssen gerade jetzt das gestiegene politische Interesse ausnutzen, um die kommunistische Stimme hörbar zu machen in den Fragen, die in den Diskussionen an den Arbeitsplätzen und in den Massenmedien aufgeworfen werden, um die Arbeiter zum Kampf gegen die Auswirkungen der Krise aufzufordern und um die anderen Parteien gegen die Wand zu stellen".* („Klassenkampen, Nr. 1/76).

Allerdings wollte sich KFML (r) in einigen Kommunen an den Kommunalwahlen beteiligen, wo die Organisation schon durch ihre Arbeit einen gewissen politischen Einfluß ausübt und eine Verankerung in den größeren Betrieben hat. Für die Reichstagswahl propagierte KFML(r) einen Wahlboykott. Eine Wahlempfehlung für die vaterländische SKP oder die revisionistische VKP wurde aus folgenden Gründen abgelehnt:

„SKP ist ausgeschlossen. Mit einer solchen Politik, für die die Partei steht, wäre es fast das gleiche, als wenn man jemanden empfehlen würde Högerpartiet (rechte Partei, AK Red.) *zu wählen. VPK ist auch keine Alternative, die man anbieten kann. Sie ist eine Partei, die sich so sehr den Sozialdemokraten anpaßt ... eine solche Partei gedenken wir nicht zu stärken"* (Klassolidaritet Nr. 4/76).

SKP: Wirf deine Stimme nicht weg

Die SKP, die Bruderpartei der westdeutschen „KPD", vertritt die Außenpolitik der VR-China ebenso vehement wie diese. 1973 erhielt SKP bei den Reichstagswahlen 20.000 Stimmen. Zur VKP schrieb sie, daß *„diese Partei in allen wesentlichen Fragen den Staat des Monopolkapitals und die Sozialdemokraten stützt und dazu ein Vertreter der imperialistischen Außenpolitik der Sowjetunion ist".*

Darum müßten auch alle Kommunisten
und dazu ein Vertreter der imperialistischen Außenpolitik der Sowjetunion ist".

Darum müßten auch alle Kommunisten und progressiven Menschen es gut heißen, wenn VKP aus dem Reichstag fliege (!).

Bemerkenswert ist allerdings, daß die schwedischen Vaterlandsverteidiger die Frauen zur selbständigen Organisierung gegen ihre doppelte Unterdrückung auffordern: *„Wir fordern die Frauen auch dazu auf, in der Gruppe 8 oder ähnlichen Frauengruppen mitzuarbeiten, die so viele Frauen wie möglich hinter den Forderungen nach ‚Recht auf Arbeit' und ‚Tagesheime für alle Kinder' zusammenschließen und die ideologische Unterdrückung bekämpfen wollen"* (Zitate nach „Gnistan", Nr. 25).

Trotzkisten (KAF): Zum ersten Mal an der Wahl beteiligt

Der Kommunistiska Arbetarförbundet (KAF) ist eine trotzkistische Organisation, die der IV. Internationalen angehört. KAF hatte in einem offenen Brief FK zur Zusammenarbeit aufgefordert. Konkret sollte das bedeuten, daß FK in seiner Wahlkampagne die Wahl KAF's propagieren sollte.

FK anwortete, daß es in diesem Wahlkampf notwendig sei, VPK zu unterstützen.

KAF stellte für die Reichstagswahlen keine besonderen Forderungen auf, zumindest ist uns dieses nicht bekannt. Im Zentralorgan der Trotzkisten wurden diese nur für die Kommunen aufgestellt. Bedeutung und Einfluß der Trotzkisten schätzen wir als sehr gering ein.

Skandinavien Kommission

Dänemark: Null-Prozent-Politik durchbrochen

Nach 13 Wochen ist der Streik der Arbeiter der königlichen Porzellanfabrik in Kopenhagen Mitte September beendet worden. (s.a. AK 89). Die Ergebnisse dieses bisher längsten Streiks in Dänemark:
- Anhebung des Lohns von 20 dkr auf 30,5 dkr (gefordert waren 31,5 dkr)
- Lehrlinge erhalten nach anderthalb statt bisher drei Jahren den vollen Tariflohn.

Zuvor hatte es noch massive Versuche des Kapitalistenverbandes gegeben, den Streik zu brechen. So wurde zunächst damit gedroht, die Porzellanfabrik nach England zu verlegen.

Als dies nicht die gewünschte Wirkung zeigte, schickte der Arbeit„geber"verband am 9. September an LO (Dänischer Gewerkschaftsdachverband; vergleichbar mit dem DGB) eine Aussperrungsdrohung. Auf Nachfrage präzisierte der Kapitalistenverband die Drohung: *„Aussperrung kann alle Betriebe bis auf einige kleine Betriebe umfassen".*

Die Kapitalisten kalkulierten also bereits damit, sämtliche Arbeiter Dänemarks auszusperren!

Schließlich erging die konkrete Drohung, die Kollegen der keramischen Industrie auszusperren.

Am 13. September erklärten daraufhin 800 Vertrauensleute auf einer LO-Versammlung in Kopenhagen: *„Der Arbeitgeberverband wird nicht allein bestimmen, welche Betriebe still stehen!"* Nach dieser Versammlung demonstrierten 18.000 Arbeiter ihre Solidarität mit den Streikenden. Als Beispiel für die breite und klassenbewußte Solidarität mit den streikenden Porzellanern steht der folgende Auszug aus einer Solidaritätserklärung, den die dritte Abteilung der Ingenieurskompanie in der Kopenhagener Forumskaserne zum Streik abgab:

„Wir sind Arbeiter, die für eine Zeitlang die Arbeitsklamotten abgelegt haben und in die ‚Kleider der Königin' gezwungen wurden – und deshalb solidarisiren wir uns mit den Arbeitern, die aktuell im Kampf stehen."

Das Streikergebnis kann als großer Erfolg gegen die Null-Prozent-Politik der Kapitalisten angesehen werden. Da hinter der königlichen Porzellanfabrik die gesamte dänische Kapitalistenklasse und hinter den Porzellanern die ganze dänische Arbeiterklasse stand, kann man sagen: dieser Erfolg ist ein Erfolg aller dänischer Arbeiter.

Freilich muß gesehen werden, daß über ein Viertel der Porzellaner (257) das Verhandlungsergebnis ablehnten. Die weiter anstehende Forderung nach 31,5 dkr. Mindestlohn wird wegen der galoppierenden Inflation in Kürze bereits kräftig nach oben korrigiert werden müssen.

Eins ist sicher: ob in der königlichen Porzellanmanufaktur oder in anderen Betrieben – das Feuer unterm Arsch der Kapitalisten brennt weiter!

KB/Gruppe Flensburg
Dänemark Kommission

Neue Regierung in Finnland

Nach dem Auseinanderbrechen der finnischen „Volksfrontregierung" ist am Mittwoch die Regierungskrise vorübergehend behoben worden. Der Zentrumspolitiker Miettunen – der in der vorigen Regierung schon die Geschäfte geleitet hatte – steht nun an der Spitze eines Minderheitenkabinetts, das sich aus der Zentrumspartei, der liberalen Volkspartei und der liberal-konservativen Schwedischen Volkspartei zusammensetzt und im Reichstag nur 58 der 2.) Mandate innehat. Aufgrund dieser Konstellation im Reichstag ist der 59. Regierung in der 59-jährigen Geschichte der Republik Finnland auch keine große Überlebenschance einzuräumen. Selbst die Zentrumspartei versteht sich nur als Sachwalter in einer Übergangsregierung. Es ist anzunehmen, daß diese Regierung nach den Kommunalwahlen in drei Wochen erweitert wird. Die erste Aufgabe der neuen Regierung wird die Erstellung des Etats für 1977 sein. An dieser Aufgabe ist die „Volksfront" gescheitert.

Der sozialdemokratische Finanzminister hatte ein Staatsbudget mit Sparmaßnahmen – einer muß ja schließlich zum Sparschwein werden – zur Inflationsbekämpfung entworfen. Die Inflationsrate belief sich 1975 auf 18 % und ist in diesem Jahr, aufgrund der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiterklasse, auf 10 - 11 % gesunken. Die finnischen Revisionisten, wahrscheinlich besorgt um ihren nicht geringen Einfluß auf die Arbeiterklasse, wollten so kurz vor den Kommunalwahlen sich nun doch nicht so uneingeschränkt der verordneten Sparpolitik der Sozialdemokraten verschreiben. Sie forderten darum, daß in dem Haushaltsentwurf einige hundert Millionen Finmark zur Subventionierung des Wohnungsbaus und zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden sollten.

„*Nach Überzeugung der anderen Parteien hätten diese Zusatzaufwendungen über ein bereits beschlossenes Beschäftigungsprogramm hinaus nur mit weiteren Steuererhöhungen wie einer Sonder-Vermögenssteuer finanziert werden können*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.9.76) und das hätte man der Industrie, so die Anwälte des Kapitals, nicht zumuten können, da bereits im Frühjahr Abgabenerhöhungen und Sondersteuern beschlossen wurden. Konzessionen in dieser Frage wurden von den anderen Regierungsparteien kategorisch abgelehnt.

Als dann in der Frage der Agrarsubvention auch kein Kompromiß gefunden werden konnte, war der Bruch der 58. Regierung Finnlands klar. Die Sozialdemokraten hatten sich für eine Begrenzung der landwirtschaftlichen Überproduktion und eine dementsprechende Anpassung der Agrarsubvention ausgesprochen. Sie hatten „*vorgeschlagen, ein Dach einzuführen, das eine Obergrenze für die Staatssubventionen bilden sollte. Alles, was über dem ‚Dach' produziert wurde, sollte nach ihren Vorstellungen nicht subventioniert werden*" („Handelsblatt", 21.9.76). Das stieß auf den Widerstand der bäuerlichen Zentrumspartei, die in dieser Frage auch von der Schwedenpartei und den Liberalen unterstützt wurde.

Aufgrund der Einigkeit in den wesentlichen ökonomischen Fragen wurden diese drei Parteien auserkoren, die neue Regierung zu bilden. Das Finanzbudget, das diese bürgerlichen Parteien demnächst dem Reichstag vorlegen werden, könnte eine Mehrheit erhalten, da die Konservativen die ökonomischen Vorstellungen der neuen Regierung teilen. Die Regierungskrise Finnlands dürfte damit aber nicht beseitigt sein.

Skandinavien-Kommission

Schwedische Unternehmer machen Riesenprofite in Chile

Von schwedischen Kapitalisten, die in Chile investiert haben, werden die „paradiesischen" Zustände unter der faschistischen Junta hochgelobt. „*Das Geschäftsleben war während der Allendezeit ein Elend, aber jetzt sind die Voraussetzungen für gute Resultate ganz anders*", so das Kapitalisten-Organ „Veckans Affärer". Wie die Geschäftsbedingungen unter dem Pinochet-Regime aussehen, beschreibt ein Vertreter des größten schwedischen Konzerns in Chile STAB (Streichholz AG): „*Wir haben keine Schwierigkeiten mehr, von uns begehrte Preissteigerungen durchzusetzen. Kurz nach dem Putsch, im Oktober 1973, konnten wir die Preise um 400 % erhöhen. Und 1975 wurden uns Preiserhöhungen bewilligt, die höher waren als die Inflation*" („Arbetarkamp", 15/76). Die Profite der Kapitalisten sind trotz Produktionseinschränkungen gestiegen. AGA und STAB hatten 1975 die niedrigste Produktion seit 1970, für STAB stiegen die Gewinne 1975 aber auf nicht weniger als 1.500 % (!) (nach „Internationalen" 37/76).
Ähnliches gilt für die anderen schwe-
auf nicht weniger als 1.500 % (!) (nach „Internationalen" 37/76).
Ähnliches gilt für die anderen schwedischen Betriebe im heutigen Chile wie z. B. Skega, SKF und Sunnan.

Bei diesen astronomischen Profitsteigerungen haben die Kapitalisten wohl Recht, wenn sie sagen: „*Heute sind wir entschädigt für die Jahre unter Allende*".

Auf makabre Weise hat die SAS (schwedische Fluggesellschaft) ihren Marktanteil für Europaflüge von 10 auf 13 % gesteigert und zwar, wie die SAS es in „Veckans Affärer" selber ausdrückt: „*Dank der 1.500 Flüchtlinge, die bisher mit uns gereist sind*"!! Gegen die Zusammenarbeit schwedischer Kapitalisten mit der faschistischen Junta und Investitionen in Chile fordern die schwedischen Demokraten:



Schwedens Konzerne im faschistischen Chile

Totaler Boykott der Chile-Junta
Stop für alle schwedischen Investitionen in Chile
AGA, STAB, Sunnan, SKF und Skega – raus aus Chile

Skandinavien-Kommission

Schwedischer Kredit für Argentinien

Schwedischer Kredit für Argentinien

Die Betteltour des argentinischen Finanzministers Jose Martinez de Hoz durch Europa war vielleicht nicht so erfolgreich wie erhofft, aber 300 Mio. Dollar wurden immerhin von der BRD, Schweiz, Belgien und England als Kredit gewährt. Neben dieser Summe nehmen sich die 31 Mio. skr, die als Kredit von der SE-Bank, Schwedischen Handelsbank, der Göteborgbank und der staatlichen PK-Bank gegeben wurden, zwar wie ein Almosen aus, aber die geschickte Außenpolitik der schwedischen Sozialdemokraten wird auch hier wieder deutlich. Wortradikal hatte Olof Palme die Militärregierung in Argentinien verurteilt, aber der Kredit an diese „verdammte" Militärregierung wurde kommentarlos von den Sozialdemokraten sanktioniert.

Skandinavien-Kommission

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 50
Lerchenstraße 75
Telefon: 43 53 06 (Verlag)
43 53 46 (Red.)

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr.
11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Mönchengladbach 1
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag
11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr
Gaststätte Störtebeker,
Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag
11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12.00 - 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag
10.00 - 12.00 Uhr Altstadt
vorm. Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwochs 19.00 Uhr
im Komm
Verkauf jeden Samstag
10.30 - 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 - 13.30 Uhr Uni-Mensa
16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

KBW:

Wie der „KVZ" des KBW vom 23. September zu entnehmen ist, wurden dort hocherfreuliche „*richtige Maßnahmen zur rechten Zeit*" ergriffen: Die Genossen B.B., W.M. und E.R. wurden am 18. September vom ZK ihrer Funktionen als Redakteure der „KVZ" enthoben und sollen jetzt, in Grundeinheiten an ihrem Wohnsitz organisiert, erst einmal „ihre Weltanschauung umgestalten". Wir drucken als Kuriosum die entsprechende Bekanntmachung aus der „KVZ" im Wortlaut ab.

Der genannte W.M. ist Wilfried Maier, der bisherige Chefredakteur der „KVZ", eine der führenden Personen bei der Gründung des KBW, davor Chef des KB Bremen (eine der Vorläuferorganisationen des KBW). Maiers Nachfolger als Chefredakteur der „KVZ" wurde H.J. Hager. Er ist u.a. der Verfasser einer ungeheuerlichen Geschichtsfälschung über den angolanischen Befreiungskampf („KVZ" vom 10. Juni, s. auch AK 82, S. 45) und liefert wohl die beste Gewähr für die skrupellose Durchsetzung jeder gewünschten Dummheit und Lüge in der „KVZ".

Der mit Maier zusammen abgesetzte B.B. ist Burkhardt Braun-Behrens, ebenfalls einer der KBW-Gründer und davor eine wichtige Figur im Heidelberger SDS. Er galt im KBW lange Zeit als „Mann der Kleinarbeit" (Organisationsfragen, Betriebsarbeit) und „Rechte Hand von Schmierer" (KBW-Chef).

E.R. schließlich ist der frühere Chef des Freiburger BKA (Bund Kommunistischer Arbeiter), davor führend im Freiburger SDS, gleichfalls einer der Mitbegründer des KBW. Es gilt als sein „Verdienst", die Linie des KBW, d.h. speziell den abenteuerlichen Schmierer-Kurs, im BKA durchgesetzt zu haben! ...

W.M., B.B. und E.R. waren im übrigen alle drei als Delegierte ihrer Gruppen auf der „2. Hamburger Konferenz", Ende September 1971 – einem Versuch, anläßlich der Metall-Tarifrunde '71 die damals bestehenden örtlichen kommunistischen Gruppen zu einer näheren Zusammenarbeit zu bringen (siehe dazu AK 87).

Die drei „KVZ"-Redakteure sind die vorerst letzten und bisher wohl prominentesten" Opfer des poli-

Die drei „KVZ"-Redakteure sind die vorerst letzten und bisher wohl „prominentesten" Opfer des politischen Amoklaufs, den der KBW insbesondere nach der berüchtigten ZK-Resolution vom 10. Januar dieses Jahres gestartet hat und von dem sich noch nicht genau beurteilen läßt, ob er ins „ML"-Lager oder d i r e k t in den politischen Selbstmord führt.

Bereits Anfang März, als die ersten Anzeichen des sich anbahnenden Dramas erkennbar waren, schrieben wir:

„*Dem KBW, dessen ganze politische Existenz sich auf Teile des liberalen Kleinbürgertums gründet, wird der ‚ML'-Trip den sicheren und raschen Untergang bringen: Seine alte Anhängerschaft und Basis wird er weitgehend verlieren und eine neue wird er kaum gewinnen. Der Widerspruch zwischen den Ansprüchen einer ‚ML'-Politik und der durchgehend rechtsopportunistischen Linie des KBW (Gewerkschaftsfrage, Haltung zur DKP, ‚Volksentscheid' gegen § 218 usw. usf.) wird die Organisation zerreißen... Schmierer, Maier & Co. sind die Totengräber des KBW. Damit erweisen sie der Arbeiterbewegung unseres Landes einen großen Dienst*" (AK 75, 1.3.76).

Daß jetzt andere – Figuren wie Hager, Fochler etc. – dem Genossen Maier die Schippe aus der Hand genommen und ihn selbst zu Grabe getragen haben, ist nicht ohne melancholische Ironie. **Aber Wilfried Maier ist keine Person, die Mitleid verdient.** Sein Intellekt, seine Belesenheit und wohl auch seine praktische Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit machten ihn von Anfang an zu einem Opponenten der beim KBW dominierenden abenteuerlichen Linie. Nichts destotrotz ist Wilfried Maier an allen entscheidenden Punkten zu Kreuze gekrochen, hat sich in geradezu hündischer Weise einer Politik unterworfen, deren Falschheit und Schädlichkeit ihm bewußt war. Sein oberstes Prinzip schien allezeit zu heißen: „Nicht siegen, dabei bleiben ist wichtig!".

Zahlreiche „Selbstkritiken" pflastern seinen Weg in die Grundeinheit. Wilfried Maier hat sich wider besseres Wissen bis zuletzt an diese Organisation derart stark geklammert, dafür jede nur mögliche Demütigung in Kauf genommen, daß man ernsthaft Fragen über die wirklichen Motive seines Handelns stellen muß.

Ein seltsames „Zentralorgan"

Mit der von der „KVZ" veröffentlichten Erklärung zur Absetzung der Redakteure W.M., B.B. und E.R. wird der nicht im KBW organisierte Leser der Zeitung kaum etwas anfangen können.

Was den ersten Teil der Erklärung angeht, wo ein technisches Versehen wortgewaltig zur schwerwiegenden „ideologischen und politischen Abweichung" hochgekrampft wird, wirkt die Geschichte wie eine bösartige und kleinliche Parodie auf gewisse „stalinistische" Mißbräuche.

Im zweiten Teil der Erklärung sucht man vergebens nach k o n k r e t e n, i n h a l t l i c h e n Vorwürfen gegen die drei abgesetzten Genossen. Man erfährt lediglich, daß die drei das „Hauptquartier der rechten Strömung in der Organisation" gewesen seien. Nicht erfährt man, was die Anschauungen dieser „rechten Strömung" im KBW sind und worin sich die „rechte Linie in der Redaktionsarbeit" k o n k r e t in der „KVZ" ausgedrückt haben soll.

Die Situation ist, wie man sieht, höchst pikant: Da erfährt der „KVZ"-Leser ganz plötzlich, daß die Redaktion der „KVZ" zumindest schon seit mehreren Monaten „*das H a u p t q u a r t i e r der rechten Strömung*" im KBW gewesen sei. Und schlimmer noch: „KVZ"-Chefredakteur Maier war, wie man nun liest, „*seit Gründung (!) des KBW der Hauptvertreter der rechten Strömung in der Organisation*". Der Chefredakteur des Z e n t r a l o r g a n s!

Hat sich das nicht in der politisch-ideologischen Linie, im I n h a l t der Zeitung niedergeschlagen? Zumindest doch wohl in den Artikeln der abgesetzten Genossen W.M., B.B. und E.R. selbst?! ... Der „gewöhnliche" Leser wird vorerst in vollständigster Ratlosigkeit gelassen. Da hat er nun, ohne es zu merken, monate- und womöglich jahrelang Artikel mit „rechter Abweichung" zu sich genommen
– und nun erfährt er nicht einmal, was an der „KVZ" der letzten Jahre eigentlich falsch bzw. was heute für
– und nun erfährt er nicht einmal, was an der „KVZ" der letzten Jahre eigentlich falsch bzw. was heute für richtig gelten soll.

Eine fatale Lage! Aber auch KBW-Mitglieder scheinen nicht viel klüger, haben nur vage Vorstellungen: Da habe der Maier mal in einem Artikel über die USA ... und der Braun-Behrens in einem Artikel über die Verlängerung des Arbeitstages ... Also bestenfalls ein paar Erscheinungsformen, von einer politisch-ideologischen L i n i e noch gar keine Spur!

Es ist doch klar: Treten bei den wichtigsten Redakteuren einer k o m m u n i s t i s c h e n Zeitung in ihren Artikeln „rechte Abweichungen" auf, und die anderen leitenden Genossen erkennen dies, so werden sie zunächst einmal i n der Zeitung den Kampf führen und den falschen Anschauungen entgegentreten. Beharren die Redaktions-Genossen dann auf ihren Ansichten, so wird man eine öffentliche Auseinandersetzung darum führen, und erst d a n n, wenn sich zeigt, daß die betreffenden Genossen an ihren Anschauungen festhalten, wird man sie ablösen.

Daß jedoch plötzlich in einer Zeitung zu lesen steht, sie sei im ganzen letzten halben Jahr oder noch länger das „Hauptquartier" einer „rechten Strömung" gewesen, o h n e daß es in diesem halben Jahr entsprechende Auseinandersetzungen i n der Zeitung selbst gegeben hätte, stellt der g e s a m t e n Führung der betreffenden Organisation das politisch-ideologische Armutszeugnis aus!

Und daß selbst an diesem Punkt nicht öffentlich, für jeden Leser der „KVZ" überprüfbar, offengelegt wird, w o r i n die angebliche „rechte Abweichung" bestanden hat, und w a r u m sie so lange in der „KVZ" unangefochten ihre Anschauungen verbreiten konnte – das also rundet das traurige Bild ab!

Man bedenke: Da findet seit mehr als einem halben Jahr ein „*heftiger Kampf zweier Linien*" im KBW statt, der „*durch große Schärfe gekennzeichnet ist*". Nur in der „KVZ", dem Z e n t r a l o r g a n des KBW, war davon rein gar nichts oder jedenfalls nicht viel zu spüren. Das „H a u p t q u a r t i e r" blieb die ganze Zeit unangefochten!

Welch eine peinliche Karrikatur auf die k o m m u n i s t i s c h e

Wo gehobelt wird, fallen Späne!

Auffassung von der Rolle eines Zentralorgans, der politischen Zeitung als „kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und kollektiver Organisator" (Lenin, ‚Was tun?').

Schmierers „Parteiaufbau"-Konzept

Hinter dem „Kampf zweier Linien" im KBW stecken unserer bisherigen Einschätzung nach vor allem zwei Hauptpunkte:

- 1. Der Versuch, einer bisher insgesamt eher kleinbürgerlich-liberalen, rechtsopportunistischen Organisation einen „ML"-Kurs aufzuzwingen – beispielsweise die konterrevolutionären, nur durch krasse Geschichtsfälschung abgestützten Thesen des KBW zu Angola; der Kurs der Anbiederung an die „KPD/ML" und die schmierersche These von der „marxistisch-leninistischen Bewegung" (bestehend aus KBW, KAB „D", „KPD" und „KPD/ML" !); inzwischen auch die Durchsetzung bestimmter konterrevolutionärer Positionen zu Chile (Kampf gegen die Forderung nach Boykott der Junta etc.)
- 2. Der für die Mitglieder und Sympathisanten des KBW immer mehr spürbare Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Rückgang des KBW einerseits und den vom ZK verordneten Thesen andererseits, in denen stets vom „Aufschwung" und einer „ausgezeichneten Situation" die Rede ist.

Die in der Erklärung der „KVZ" zur Absetzung der Genossen W.M., B. B. und E.R. erwähnte Resolution des ZK vom 10. Januar 1976 enthält u.a. die Aufforderung, *„in dieser Lage alle Anstrengungen zu machen, um den Parteiaufbau einen entscheidenden Schritt voranzubringen, der zur Gründung der Partei führen muß"*. – Wie dies zu verstehen ist, wurde auf der 1. außerordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW am 27. März deutlich: *„...Gemütliche Vorstellungen traten auf der DK in der Form auf, daß unter der Hand die Festlegung der Resolution ..., den Parteiaufbau einen entscheidenden Schritt voranzubringen, der zur Gründung der Partei führen muß', dahingehend umgewandelt wurde, daß e i n Schritt vorwärts im Parteiaufbau gemacht werden müsse. In dieser Auffassung kommt eine Unterschätzung der Schärfe des Widerspruchs zum Ausdruck ... Die Lage für den Aufbau der Partei ist ausgezeichnet (!). Sie kann gegründet werden, wenn hartnäckig die aufgetretenen Fehler überwunden werden. Wenn wir angesichts der Parlamentswahlen einen guten Propagandafeldzug durchführen, der ein bedeutender Schritt zur ideologischen und politischen Erledigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ist, dann werden wir entweder den Spielraum erkämpft haben, um die Partei legal zu gründen ... oder aber wir haben - unter den Bedingungen eines Verbots - die politischen Voraussetzungen geschaffen, um die Partei auch unter den Bedingungen der Illegalität zu gründen"* (Delegierten-Protokoll).

Diese Überlegungen zeigen zum einen die völlige Blindheit des KBW für die Realitäten. Da wird eine bestimmte politische Kampagne nicht im Rahmen einer langwierigen Kleinarbeit gesehen, sondern die Illusion gehegt, als würde sie gleich einen „bedeutenden Schritt" zur Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordung bedeuten können. Entsprechend blind werden auch die Aktivitäten angegangen - nicht mit langem Atem, sondern mit der Mentalität des „letzten Gefechts". Nicht mit klarem Blick für die Perspektive, sondern mit hysterischen Erwartungen („heute nacht oder nie!...")

Zweitens zeigt sich in diesen Überlegungen das schematische Herangehen des KBW an die Sache – die Lage für den Parteiaufbau ist „ausgezeichnet" (wieso eigentlich?), ein „guter" Wahlkampf ist die entscheidende Voraussetzung, um nach den Bundestagswahlen „die Partei" zu gründen.

Drittens spricht vieles dafür, die jüngsten massenhaften „Säuberungen" und „richtigen Maßnahmen zur rechten Zeit" beim KBW genau in diesem Zusammenhang einer kurz bevorstehenden Selbsterhebung des KBW zur „Partei" zu sehen, für die als Etappenziel die Bundestagswahl ja schon seit dem Frühjahr feststeht. Die „alte Garde" der Gründer und Führer des KBW wie W.M., B.B. und E.R. kommt dabei jetzt teilweise mit unter die Räder.

Will der KBW a l l e i n „die Partei" gründen? Schmierers u r s p r ü n g l i c h e s Konzept jedenfalls sah anders aus. Es orientierte sich an der Bildung der portugiesischen PCP (R), die im Herbst/Winter letzten Jahres durch die Verschmelzung dreier „ML"-Organisationen entstand, und die heute übrigens die „Bruderpartei" der „KPD/ML" ist. Der Bildung der PCP (R) ging ein längerer Vereinheitlichungsprozeß voraus, Bildung gemeinsamer Gremien, Herausgabe eines gemeinsamen Info's über den Stand des Diskussions- und Vereinheitlichungsprozesses usw.

In der „KVZ" vom 18. September 1975 wurde der sich anbahnende Zusammenschluß der drei „ML"-Organisationen „zur Partei" lobend erwähnt. Wir hatten damals anscheinend gleich den „richtigen Riecher", dies als *„Kleiner ‚ML'-Flirt des KBW"* einzuordnen und zu fragen: *„Man darf gespannt sein, ob der KBW als nächsten Schritt und schöpferische Weiterentwicklung der ‚KPD/ML' hierzulande entsprechende ‚Vereinigungs'-Offerten zu machen gedenkt. Unmöglich ist bei KBW ja wohl nichts mehr"* (AK, Nr. 67, Okt. 1975).

Die Richtigkeit dieser Einschätzung zeigte sich einige Wochen später: Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den § 130 a versuchte der KBW erstmals, eine p r i v i l e g i e r t e „Aktionseinheit" mit „KPD/ML", "KPD" und KAB„D" zustande zu bringen. Schmierer dazu in der „KVZ" vom 11. Dezember 1975: *„Es ging uns darum, eine gemeinsame Initiative der vier Organisationen zu erreichen, die heute beanspruchen (!), als marxistisch-leninistische Vorhut in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin zu arbeiten"*. Dieses Unternehmen scheiterte.

Einen zweiten, noch größer angelegten Versuch des KBW stellte das Treffen von Vertretern der „KPD/ML", des KAB„D", des KBW und der „KPD" am 14. Februar dieses Jahres dar, wobei es um die Möglichkeiten einer Aktionseinheit zu den Bundestagswahlen ging. Schmierers Kommentar zu diesem Treffen: *„An dem Gespräch haben alle vier Organisationen teilgenommen. Damit haben sie alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist... Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutsame Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei (!!!)"* („KVZ", 19. Februar). In demselben Artikel bezeichnete Schmierer die „Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei" als *„Tagesaufgabe"*. Dem KBW war das große Ereignis sogar die eilige Herausgabe einer besonderen Broschüre über das „ML"-Treffen vom 14. Februar wert.

Der entscheidende Punkt in
eilige Herausgabe einer besonderen Broschüre über das „ML"-Treffen vom 14. Februar wert.

Der entscheidende Punkt in Schmierers Artikel war die Behauptung, alle beteiligten Organisationen hätten „die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt". Gerade diese Behauptung wurde aber postwendend von der „KPD/ML", der „KPD" und dem KAB„D" ganz entschieden dementiert!

Und nun geschah etwas Seltsames – bzw. für den KBW wahrscheinlich durchaus Normales: Von einem Tag auf den anderen wurde es mäuschenstill um Schmierers „marxistisch-leninistischer Bewegung". Weder sah sich der Hochstapler Schmierer zu einer öffentlichen Zurücknahme seiner voreilig ausgerufenen „marxistisch-leninistischen Bewegung" veranlaßt, noch folgte irgendeine Stellungnahme des KBW zu den betreffenden Erklärungen der „KPD", der „KPD/ML" und des KAB„D", noch folgten andere Artikel **Schmierers zu diesem Thema. – Ein weiterer, höchst anschaulicher Beweis für die „Ernsthaftigkeit", mit der beim KBW „Politik" gemacht wird!**

In der Folgezeit vollzog sich allerdings stillschweigend eine privilegierte Zusammenarbeit zwischen KBW und „KPD/ML" (Aktionseinheiten und „gemeinsame Diskussionsveranstaltungen zur Einheit der Marxisten-Leninisten"), während sich die früheren privilegierten Beziehungen zwischen „KPD/ML" und „KPD" deutlich abkühlten. –

Auseinandersetzungen mit der Politik der „KPD/ML" haben seither in der „KVZ" nicht mehr stattgefunden, und umgekehrt scheint auch der „Rote Morgen" der „KPD/ML" sehr zurückhalten mit Angriffen auf den KBW geworden zu sein, den er im vorigen Jahr noch als „Wasserträger des Sozialimperialismus" etc. angeiferte.

V e r w u n d e r l i c h wäre es nicht, wenn sich nach den Bundestagswahlen – und damit nach dem Erreichen des gesteckten KBW-Etappenziels für die Parteigründung – ein engerer Zusammenhang von KBW und „KPD/ML" entwickeln sollte, oder wenn sich gar herausstellen sollte, daß Schmierer und Aust unter der Hand, im ideologischen Windschatten einer Art „Nichtangriffspakt", schon längst weitergehende politisch-organisatorische Arrangements getroffen haben.

Ebenso gut möglich und derzeit sogar wahrscheinlicher ist, daß der KBW die Selbsterhebung zur Partei zumindest im Moment im Alleingang vollziehen wird.

Schmierer – ein „Aufschwungs"-Prophet wie Helmut Schmidt!

Wie andere prominente bürgerliche Politiker hält sich auch Schmierer an die Parole „Der Aufschwung kommt". Seit Gründung des KBW bringt Schmierer es fertig, den angeblichen „Aufschwung" jedes Jahr auf's Neue zu entdecken und die ganze Mannschaft mit seinem Geschrei „Land in Sicht!" in Aufregung zu versetzen. Wer da gelangweilt abwinkt, hat sich im KBW schon als „Bürgerlicher" entlarvt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung in der Erklärung der „KVZ" zur Absetzung von W.M., B.B. und E.R., wo es heißt, der Genosse Maier sei *„seit Gründung des KBW der Hauptvertreter der rechten Strömung in der Organisation"* und er habe *„die Auffassungen, die in den berüchtigten ‚Thesen' ihren Niederschlag gefunden haben, niemals wirklich korrigiert"*.

Diese „Thesen" erschienen als Beilage zur Mai/Juni-Nummer 1973 der „Wahrheit", Zeitung des KB Bremen, kurz vor der Gründungskonferenz des KBW, die Anfang Juni stattfand. Auf der KBW-Gründungskonferenz wurden die „Thesen" des KB Bremen mehrheitlich abgelehnt und das neue KBW-ZK wurde beauftragt (oder beauftragte sich, ganz wie man will...), *„den Kampf um die Durchsetzung der richtigen (?) Linie in der Bremer Ortsgruppe ... zu führen"*. –Dies gelang dann auch, mit dem Erfolg, daß so ziemlich alle positiven Ansätze in der bisherigen Arbeit des KB Bremen kurz und klein geschlagen wurden. Der ARBEITERKAMPF veröffentlichte damals zu diesen Auseinandersetzungen einen zweiteiligen Artikel (AK Nr. 31 und 32, August/September 1973). Den Abschnitt „KB Bremen am Scheideweg" (aus AK Nr. 31) drucken wir in diesem AK als kleines Zeitdokument nach...

Worum ging es bei den „Thesen",
AK Nr. 31) drucken wir in diesem AK als kleines Zeitdokument nach...

Worum ging es bei den „Thesen", die der KBW jetzt als „berüchtigt" bezeichnet? Schmierer hatte schon 1972 (spätestens) einen *„Aufschwung der revolutionären (!) Massen-(!)bewegung"* in der BRD zu erkennen gemeint („NRF", Nr. 3/1972). Es zeigt sich damals schon, daß Schmierer, der einige Jahre vorher im SDS noch als Theoretiker (!) gegolten hatte, von Begriffen wie „revolutionär" und „Massen" entweder gar keine oder aber höchst leichtfertige Vorstellungen hat.

1973 glaubte Schmierer, feststellen zu können: *„In der BRD entwikkeln sich gegenwärtig Klassenkämpfe, wie sie die meisten Menschen in diesem Lande aus eigener Erfahrung nicht mehr kennen". „Nach einem jahrzehntelangen Abschwung"* sei *„heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen"* (*„KVZ"*, Juli '73). Und ferner: *„Die Kommunisten müssen sehen, daß die Volksmassen beginnen, die Initiative des politischen Geschehens an sich zu reißen"* (‚NRF-Arbeiterzeitung', – Juni 73. –

Es zeigt sich hier, abgesehen von der vollständig unwissenschaftlichen Herangehensweise der Schmierer & Co., zusätzlich die damals noch gängige studentische Froschperspektive der alten SDS-Größen: Totale Ignoranz gegenüber den Klassenkämpfen der frühen 50er und frühen 60er Jahre, deren Bedeutung diesen „Theoretikern" nicht einmal annähernd bewußt war. Für sie hatte die deutsche Arbeiterbewegung in einem „jahrzehntelangen" Schlummer gelegen, und sich selbst sahen sie am liebsten in der Rolle des schönen Prinzen, der das schlafende Dornröschen wachzuküssen heischt...

Die „Thesen" des KB Bremen hingegen gingen von einer Einschätzung der W i r k l i c h k e i t aus. So stellten sie u.a. fest, *„daß die Masse der Arbeiter noch nicht aktiv ins politische Leben tritt und sie die Entscheidung über ihr Schicksal in den Händen der bürgerlichen Politiker beläßt". „Angesichts dieser Lage ist es heller Unsinn, davon auszugehen, wir stünden derzeit in einer ‚revolutionären Flut', wie das einige westdeutsche Kommunisten tun". „Der ganze Streit, der gegenwärtig die kommunistische Bewegung durchzieht, kann nicht darum gehen, ob sich die revolutionären Kräfte in der strategischen Offensive oder Defensive befinden – der schlichte Augenschein belehrt jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat, daß nicht wir, sondern die Bourgeoisie gegen-*

Fortsetzung Seite 42

KB BREMEN AM SCHEIDEWEG

Uns ist es von Anfang an so erschienen, daß der Zirkelblock Heidelberg-Bremen ein ziemlich widersinniges und eigentlich schwer erklärliches Gespann ist, weil die beiden Organisationen in wichtigen Fragen des Kampfs der Kommunisten entgegengesetzte Positionen vertreten. Die „Einheit" ist nur dadurch möglich geworden, daß die KBB-Führer ihre Organisation in wesentlichen Fragen immer wieder den NRF-Ideologen untergeordnet haben.



Wir denken z.B. daran, daß der KBB 1970/71 den Kampf gegen den Faschismus noch für eine wichtige Aufgabe hielt und sogar einmal die SPD zur „Aktionseinheit" gegen einen Strauß-Besuch in Bremen aufrief. Wir denken daran, daß der KBB bei den Bürgerschaftswahlen 1971 zur Wahl der DKP aufrief.

Wir denken weiter an ihre Haltung in der Frage der politischen Zeitung. Bereits in Nr. 1 ihrer „Wahrheit" und später wiederholt vertraten sie zumindest in W o r t e n den Anspruch, in ihrer Zeitung offen die Auseinandersetzung um Grundfragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu führen. Das NRF dagegen vertrat von vornherein die Vorstellung, daß die Theorie die Arbeiter gar nicht interessiert und deshalb nicht in die „Arbeiterzeitung" hineingehört. Verfahren wurde nach dem Prinzip: Für die Arbeiter Reportagen aus dem ökonomischen Kampf – für die Intellektuellen (im „Neuen Roten Forum") die Theorie. Im NRF wurde seinerzeit ausdrücklich „begründet", warum sich der politische Kampf unter den Zirkeln nicht in der „Arbeiterzeitung" niederschlagen darf.

Nunmehr zeigt sich, daß über die Frage der politischen Zeitung zwischen Bremen und Heidelberg immer noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, die auch auf der Umbenennungs-Konferenz zutage traten (dazu noch an anderer Stelle), wobei wieder einmal die Ideologen des NRF den Sieg davongetragen haben.

Zwar nicht ausdrücklich, aber doch vom ganzen Charakter seiner Agitation und Propaganda her, war auch längst klar, daß der KBB eine andere Einschätzung vom Kräfteverhältnis und den Klassenkämpfen hat als das NRF.

Dennoch wurde über diese Fragen eine offene Diskussion vermieden. Es mag sein, daß sich die Genossen darüber gelegentlich privat gestritten haben, in ihren Zeitungen tauchte jedenfalls zunächst nichts davon auf.

Daß diese Auseinandersetzung jetzt ausgebrochen ist – zunächst an der Gewerkschaftsfrage und dann an den „Thesen zur Taktik" – scheint wesentlich auf den „Druck der Basis" innerhalb des KBB zurückzuführen zu sein. So ist z.B. das „Thesen"-Papier entscheidend inspiriert worden durch eine Mitgliederversammlung des KBB im Bremer „Bezirk Mitte", auf der Kritik laut wurde (vgl. dazu „Wahrheit", Juni '73, S.19).

Die Differenzen zwischen NRF und KBB haben ihre Ursache in der unterschiedlichen Tradition beider Organisationen. Während das NRF klar als Erbe der Studentenrevolte zu erkennen ist, kommt der KBB von der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit her, hat sich in einer mehrjährigen politischen Arbeit in der Bremer Arbeiterklasse relativ stask verankern können. Während die NRF-Ideologen übergeschnappte, in der Konsequenz selbstmörderische Schreibtisch-Thesen „zur Betriebsarbeit" verfassen, geht auf der anderen Seite der „Realismus" der Bremer Genossen mitunter sogar bis zum Rechtsopportunismus (so jetzt auch in den „Thesen zur Taktik").

Die KBB-Führer bewegen sich deshalb ständig zwischen zwei Feuern: einerseits, den „Freunden" vom NRF gefällig zu sein, andererseits aber auch bei ihrer „Basis" nicht in Verschiß zu kommen.

Auch in Zukunft wird die Frage stehen, ob die Bremer Genossen den Weg der Anpassung an die Heidelberger „Theorien" (und damit letzten Endes ihres politischen Selbstmords) gehen wollen oder sich auf eine kommunistische Arbeiterpolitik besinnen.

KBW: Wo gehobelt wird, fallen Späne!

wärtig stärker ist und zwar w e s e n t l i c h stärker als wir, auch was den Einfluß in der Arbeiterklasse angeht. Der Streit kann sinnvollerweise nur darum geführt werden, w i e wir innerhalb der strategischen Defensivsituation vorgehen müssen, und das ist abhängig davon, wie man die aktuelle Entwicklung der Klassenkämpfe einschätzt" („Thesen").

Schmierer hingegen entwickelte die originelle Theorie, daß die Bourgeoisie gar nicht in der Offensive sei, denn sie könne gar nicht in der Offensive sein, weil man nur angreift, um etwas zu erobern, und zu erobern gebe es derzeit für die Bourgeoisie gar nichts. Und die Arbeiterklasse sei nicht in der Defensive, denn verteidigen kann man nur, was man hat, und schon Marx hat ja gesagt, daß das Proletariat nichts zu verlieren hat als seine Ketten. Und außerdem, so Schmierer ganz ernsthaft (!): *„Der Kampf an der politischen Front, der Kampf um Rechte, Machtpositionen und zur Zerschlagung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt. Es ist aber nicht so, daß die Arbeiterbewegung an dieser Front in die Defensive gedrängt wäre. Vielmehr ist es so, daß sie den Kampf an dieser Front noch nicht aufgenommen hat"* („KuK", theoret. Organ des KBW, Nr. 1/1973). Fazit: Die Arbeiterklasse verteidigt sich ja gar nicht gegen den Angriff auf ihre Rechte, also kann sie auch nicht in der Defensive sein.

Schmierer gab damals die Parole aus, **„den Generalangriff (!) auf die Bourgeoisie vorzubereiten"** (NRF-„Arbeiterzeitung", Juni '73). Und: **„Organisierung des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der Kommunisten"** („KVZ", Juli '73).

Die Kampagne des KBW „Kampf den Notstandsmaßnahmen" anläßlich der sogenannten „Öl-Krise" (Ende 1973/Anfang 1974) wurde zur Gelegenheit, um diese abenteuerliche Linie endgültig verbindlich im gesamten KBW durchzusetzen. Der KB Bremen zeigte, daß er inzwischen voll auf Linie war: *„Die Arbeiterklasse und das Volk beginnen zu rebellieren gegen die Notstandsmaßnahmen der Kapitalistenklasse und ihres Staates"* (Bremer Ortsbeilage der „KVZ", 19.12.73). Und auch Wilfried Maier lieferte den jämmerlichen Beweis, daß er seine „Lektion" gelernt hatte: *„Die bürgerliche Gesellschaft wird immer unregier-*
[illegible]
lichen Beweis, daß er seine „Lektion" gelernt hatte: *„Die bürgerliche Gesellschaft wird immer unregier-*
barer. Die Regierung steht dieser Entwicklung von Tag zu Tag hilfloser gegenüber. Immer mehr schwimmen ihr die Felle davon. . ." („KVZ", 19.12.73).

Die damalige Kampagne „Kampf den Notstandsmaßnahmen" ist ein erstes Beispiel, wie es auch später der KBW-Führung (einschließlich der jetzt Abgesetzten!) immer wieder gelang, in ihrer Organisation eine Massenhysterie auszulösen und die Mitglieder und Sympathisanten des KBW mit den wahnwitzigsten Erfolgserwartungen und den tollsten „Einschätzungen" über die Lage auf die Reise zu schicken. Den KBW-Genossen wurde eingeredet, „die Massen" seien schon unheimlich empört und kampfbereit – und würden nur noch darauf warten, daß ihnen der KBW das Startzeichen zum Losschlagen gibt. (Die Massen „zusammenfaßt" und die Kämpfe „einleitet").

Immerhin gab es damals im KBW eine breite Protestbewegung gegen diesen kindischen Unfug, die aber sogleich als üble „Abweichung" denunziert und niedergeschlagen wurde.

Schmierers „Neuaufschwung"...

Nachdem zu mehreren Malen der KBW mit Schmierers „Aufschwung"-Hirngespinsten auf Trab gebracht worden war, sah sich die KBW-Führung offenbar gezwungen, noch einen Zahn zuzulegen, um die Leute weiter in Bewegung zu halten. Schmierer in der „[illegible] ber 1975. In diesem Artikel entwickelte Schmierer die These von einem „Neuaufschwung der Massenbewegung, der alle Klassen und Schichten des Volkes zu erfassen beginnt". In der „KVZ" behauptete Schmierer kurz darauf:

„Die gegenwärtige politische Situation ist durch einen Zusammenstoß der Reaktion mit einem noch weitergehend spontanen Neuaufschwung der demokratischen Massenbewegung gekennzeichnet" (22.1.76).

Schmierers Erfindung vom „Neuaufschwung" jenseits der Realitäten bildet die Grundlage der berüchtigten ZK-Resolution vom 10. Januar dieses Jahres, die bekanntlich *„einen scharfen Angriff auf die rechte Strömung in der Organisation darstellt"* („KVZ", 23.9.76).

In dieser Resolution heißt es, *„daß die demokratische und revolutionäre Massenbewegung bereits im letzten Jahr einen Neuaufschwung genommen hat, der sich weiter entfalten wird; daß damit die politische Situation in Westdeutschland durch den Zusammenstoß der Reaktion mit dem Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung gekennzeichnet ist. . .; daß mit dem Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung eine neue Phase des Klassenkampfs begonnen hat, in der große Fortschritte (!) bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution erzielt werden können; daß*
Klassenkampfs begonnen hat, in der große Fortschritte (!) bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution erzielt werden können; daß
mit dem Programm des KBW die programmatische Leitlinie vorhanden ist, die sich in der Praxis bereits bewährt hat (?) und auf der Weise Fortschritte erzielt werden können".

Diese Thesen dienten als aufmunternde Einkleidung, um in der Resolution einen ganzen Katalog von – insgesamt 15! – Forderungen des ZK an die Organisation zu stellen: Das KBW-Programm schleunigst „in der Arbeiterklasse zu verankern", „den Parteiaufbau einen entscheidenden Schritt voranzubringen", die Herrschaft von Reformismus und Revisionismus über die Arbeiterbewegung zu brechen, „die unvermeidlichen wirtschaftlichen Kämpfe vorzubereiten, einzuleiten und zu organisieren", „die Führung der Gewerkschaftsbewegung zu erringen", „die Arbeiterjugend zu gewinnen"!

Die KBW-Führung behauptet, daß in der jetzigen „Phase" des Klassenkampfs „große Fortschritte bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution" erreicht werden können. In diesem Rahmen muß man zweifellos auch den Forderungs-Katalog des ZK an die Organisation sehen. – Man könnte einwenden, daß der Begriff der „Phase" ja dehnbar ist und daß Schmierer und das ZK damit vielleicht so etwa die nächsten zehn Jahre meinen. Der Augenschein lehrt jedoch, daß dies keineswegs so ist, sondern daß sie allen Ernstes auf k u r z f r i s t i g zu erreichende „große Fortschritte" bei der Verwirklichung ihres 15-Punkte-Wunschzettels orientieren. So sollte schon ihr Bundestagswahl-„Propagandafeldzug" „ein bedeutender Schritt



zur ideologischen und politischen Erledigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie" sein, und
zur ideologischen und politischen Erledigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie" sein, und
gleichzeitig hatten sie die Absicht, in dieser Kampagne „das Kampfprogramm der Arbeiterklasse" (KBW-Jargon - gemeint ist das Programm des K B W! – Anm. AK) „angesichts der gegenwärtigen ausgezeichneten Möglichkeiten erfolgreich zu verankern und damit verbunden die Fesseln des Parlamentarismus zu durchbrechen" (Protokoll von der 1 außerordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW).

Der KBW geht seit seinem Bestehen von einer spontaneistischen, anarchistischen Auffassung von der Gewinnung der breiten Volksmassen für den Sozialismus aus. Er ignoriert, daß die Volksmassen nur in einer langwierigen Kleinarbeit und anhand vielfacher eigener Erfahrungen für den Sozialismus gewonnen werden können. Für den KBW hingegen erfolgt die Gewinnung der Massen für den Sozialismus in „großen Sprüngen", das heißt während der KBW-„Propaganda-Feldzüge". Diese Auffassung ist absolut undialektisch, unmarxistisch, und eigentlich auch in der praktischen Erfahrung des KBW schon längst wiederlegt. So oft, wie der KBW schon den „Aufschwung" prophezeit hat oder den „Zusammenschluß der Massen unter den Forderungen der Kommunisten" verwirklicht hat, müßten wir derzeit wohl nicht nur in der sozialistischen, sondern sogar schon in der kommunistischen Gesellschaft leben!

Nun ist allerdings, um es mal a la Schmierer zu sagen, die politische Situation des KBW durch den Zusammenstoß der „Aufschwungsthese" mit dem realen Abschwung des KBW gekennzeichnet.

ZK-Mitglied Martin Fochler machte darüber in einem Bericht an das ZK vom 18./19.10 letzten
ZK-Mitglied Martin Fochler machte darüber in einem Bericht an das ZK vom 18./19.10 letzten
Jahres folgende Angaben: *„Die Auflage des Zentralorgans erreicht die Vorjahresauflage nicht"* (konkret: Die Auflage der „KVZ" wurde damals mit 40.000 angegeben, während es ein Jahr zuvor, im Oktober 1974, noch 55.000 waren. Derzeit liegt die angegebene Auflage bei 32.000. Es werden aber bei weitem nicht alle verkauft – Anm. AK). *„Die Mitgliederzahl der Ortsgruppen stagniert im Durchschnitt. Ohne die Aufnahme Tübingen haben wir in den letzten sechs Monaten einen Bilanzverlust von immerhin knapp 50 Genossen, was eine mittlere bis grössere Ortsorganisation darstellt und im gleichen Zeitraum haben wir bei den KHG's 139 Mann verloren, bei den Oberschülern 145 und bei der Arbeiterjugend 65, Summa Summarum ca. 350, das ganze entspricht einem Ortsverband wie Kiel. Zwar steigt der Anteil der Arbeiter und Angestellten und ihre absolute Zahl in der Bilanz bleibt auch, aber in der Industrie wurden im letzten halben Jahr 14 Zellen auflöst und 62 Mitglieder im Betrieb verloren, im öffentlichen Dienst wurden 8 Zellen und 14 Mitglieder verloren".*

Fochler knüpfte an dieses düstere Bild die naheliegende Frage, woran das denn liegen könnte – angesichts des sattsam bekannten „Aufschwungs der revolutionären Massenbewegung" und angesichts des „wachsenden politischen Einflusses", den der KBW **„in Gewerkschaft, Betrieb, Schule, Hochschule in diesem Jahr zweifelsfrei zu verzeichnen"** habe. Darüber **„muß man sich den Kopf zerbrechen"** (Fochler).

Dies hatte Fochler getan, mit folgendem Ergebnis: Da an der Existenz des „Aufschwungs" nicht zu zweifeln ist und da auch der wachsende Einfluß des KBW auf allen Gebieten „zweifelsfrei" ist, muß es am KBW s e l b s t liegen, wenn er in einer so „ausgezeichneten Situation" nicht bloß keine organisatorischen Fortschritte, sondern sogar deutliche R ü c k s c h l ä g e zu verzeichnen hat. Fochler sprach als erster die Wurzel des Übels mutig an, nämlich: *„...daß sich eine handfeste Abweichung in Vorbereitung (!) befindet, die man rechtzeitig bekämpfen muß... Man kann deutlich sehen, daß die Tendenz zu einer rechten Abweichung da ist".*

Dies also ereignete sich auf einer ZK-Sitzung am 18./19. Oktober letzten Jahres, wobei Fochler ausdrücklich *„in Vertretung des Sekretärs des ZK des KBW"* – also Schmierers! – sprach, der wahrscheinlich der geistige Vater auch dieser neuen „Theorie" ist. Das ZK billigte Fochlers „Bericht". Die „rechte Abweichung" war geboren!

Die berüchtigte ZK-Resolution vom 10. Januar enthielt eine entsprechende Aufforderung, *„die Organisation von ökonomistischen und rechtsopportunistischen Schlacken sowie von sektiererischen Verkrustungen zu befreien, die die Verbindung mit den Massen und eine Führung ihrer Bewegungen verhindern."*

Dies stellte an die gesamte Organisation die Aufforderung, tatsächliche oder eingebildete Fehler aufzuspüren, denen die Schuld für die Mißerfolge
Dies stellte an die gesamte Organisation die Aufforderung, tatsächliche oder eingebildete Fehler aufzuspüren, denen die Schuld für die Mißerfolge
der KBW-Politik auf allen Gebieten zuzuschreiben sei. Dabei geht der KBW stets von dem Prinzip aus, daß die „Theorien" seines Sekretärs und die allgemeine politische Linie des ZK selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben, korrekt und „in der Praxis bereits bewährt" sind. F e h l e r kann es immer nur in der praktischen Umsetzung und Anwendung der an sich korrekten Linie des ZK geben.

Somit begann nach der ZK-Resolution vom 10. Januar in den Ortsgruppen und anderen Einheiten des KBW ein „heftiger K(r) ampf zweier Linien", allerdings zunächst meist anscheinend noch ohne Tote und Verwundete. Vielfach ging es in dieser „Phase" des K(r)ampfes wahrscheinlich zu wie in der Hamburger Ortsgruppe, wo die Ortsleitung sich selbst und die gesamte Arbeit der OG pflichtschuldigst aller nur denkbaren „rechten", „ökonomistischen" etc. „Abweichungen" beschuldigte – und anschließend nahezu einstimmig wiedergewählt wurde. Allerdings gab es auch schon einzelne Ortsgruppen, wo „Köpfe" rollten.

Die 1. außerordentliche Delegiertenversammlung (DK) des KBW am 27. März zog eine erste Bilanz des bisherigen „K(r)ampfs zweier Linien" in der Organisation. Über dieses Treffen berichtete die „KVZ" damals nur lapidar: ***„Einziger Tagesordnungspunkt war die Beteiligung des KBW an den Bundestagswahlen"*** (1.4.) und verschwieg völlig den „K(r)ampf zweier Linien", der in Wahrheit als Hauptpunkt auf der Tagesordnung der DK gestanden hatte.

Die DK ergab, *„daß sich im ganzen KBW und in den Massenorganisationen ein heftiger Kampf zweier Linien entfaltet hat, und daß bürgerliche Auffassungen noch keineswegs vernichtet sind. Die Berichte von örtlichen Delegiertenkonferenzen zeigten, daß überall – soweit berichtet wurde, die bürgerlichen Auffassungen nach heftigem Kampf geschlagen werden konnten, nachdem sie in einigen Ortsgruppen dergestalt die*

Fortsetzung auf Seite 43

Richtige Maßnahme zur rechten Zeit

Die rechte Linie in der Redaktionsarbeit liquidieren!

Der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitee stellt fest, daß die bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit, die in der Abstumpfung des Klassengegensatzes und in der Aussöhnung mit Reformismus und Revisionismus besteht, noch nicht beseitigt ist und weiter entschieden bekämpft werden muß. Solange diese Linie nicht beseitigt ist, wird es immer wieder zu schwerwiegenden Fehlern in der Redaktionsarbeit kommen, die praktisch auf die Sabotierung des Klassenkampfes und der Politik des Zentralen Komitees hinauslaufen.

In der letzten Nummer der KVZ, Nr. 35, ist der Artikel gegen die Auflösung des Landesverbandes Westberlin der GEW in einer schwerwiegenden Weise verfälscht worden. Das für die Taktik der Bourgeoisie entscheidende Zitat der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ist herausgelassen worden. Da die Taktik des Proletariats in Polemik gegen dieses Zitat in dem Artikel entwickelt wird, bedeutet diese Entstellung des Artikels einen direkten Anschlag gegen die Anwendung dieser Taktik durch die Organisation und die proletarischen und revolutionären Kräfte in der GEW. Verantwortlich für die Fertigstellung dieser Seite war der Genosse B.

Oberflächlich betrachtet, handelt es sich bei diesem Fehler um einen redaktionellen Fehler, wie er immer wieder unvermeidlich auftreten wird. Tatsächlich handelt es sich aber um eine ideologische und politische Abweichung, wie sie nur solange immer wieder unvermeidlich vorkommen wird, wie die bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit nicht liquidiert ist. Wie die bürgerliche Linie insgesamt besteht diese bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit darin, in der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes, in der sich der Klassengegensatz verschärft und der Klassenkampf zu Zusammenstößen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen der demokratischen Bewegung und der Reaktion führt, den Klassengegensatz abzustumpfen und den Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen demokratischer Bewegung und Reaktion abzumildern.

Entsprechend der gegenwärtigen Klassenkampfsituation ist der Kampf zweier Linien auf allen Ebenen der Organisation durch große Schärfe gekennzeichnet. Darüber darf man sich nicht dadurch hinwegtäuschen lassen, daß die rechte Linie nur selten zum offenen Angriff auf die proletarische Linie übergeht. Um so wichtiger ist es, daß alle Erscheinungen des Opportunismus auf ihr Wesen, Abstumpfung des Klassengegensatzes, Abmilderung des Zusammenstoßes zwischen Proletariat und Bourgeoisie und Aussöhnung mit Reformismus und Revisionismus zurückgeführt werden und der Kampf gegen die bürgerliche Linie entschlossen fortgesetzt wird.

Für die Redaktion bedeutet das, daß die Korrektur der Fehler in der Hauptsache nicht in der Unterdrückung der Erscheinungsformen des Opportunismus bestehen kann, sondern in seiner gründlichen Liquidierung bestehen muß.

2.9.1976

Beschluß des Zentralen Komitee

Das Zentrale Komitee begrüßt den Beschluß des Ständigen Ausschuss „Die rechte Linie in der Redaktionsarbeit liquidieren!" und beschließt, die Genossen B.B., W.M. und E.R. mit dem heutigen Datum aus der Redaktion zu entlassen. Die Genossen werden in Grundeinheiten des KBW daran gehen müssen, ihre Weltanschauung umzugestalten. Die Redaktion hat sich im gegenwärtigen heftigen Kampf zweier Linien zur Durchführung der in der Resolution vom 10.1.1976 beschlossenen Aufgaben als das Hauptquartier der rechten Strömung in der Organisation entpuppt, und die drei Genossen haben sich als die Hauptvertreter dieser rechten Strömung in der Redaktion entpuppt.

Genosse B.B. hat sich als unfähig erwiesen, die Tätigkeit der Redaktion auf der revolutionären Linie des ZK zu organisieren. Das liegt nicht daran, daß es ihm an organisatorischen Fähigkeiten mangelt, sondern daran, daß er die revolutionäre Linie des ZK nicht zur Grundlage seiner Arbeit gemacht hat. Der Genosse B.B. ist der Hauptverantwortliche für die ideologische Entartung der Redaktion des Zentralorgans, in der der Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie abgestumpft wurde, in der der Kampf des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus nicht geführt und so der bürgerlichen Linie und dem Revisionismus ein guter Boden bereitet wurde.

Genosse W.M. ist seit Gründung des KBW der Hauptvertreter der rechten Strömung in der Organisation. Er hat die Auffassungen, die in den berüchtigten „Thesen" ihren Niederschlag gefunden haben, niemals wirklich korrigiert.

Genosse E.R. verficht hartnäckig eine Linie der friedlichen Koexistenz mit der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft. Die Erscheinungsform dieser Linie der friedlichen Koexistenz mit der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft ist, daß diese stets vom Standpunkt des besseren und klügeren Wissenschaftlers aus bekämpft wird und nicht vom Standpunkt des Proletariats. In Wahrheit wird also der Standpunkt der Bourgeoisie beibehalten und verteidigt.

Die Redaktion des Zentralorgans hat sich unter Führung der Genossen B.B., W.M. und E.R. von dem Moment an in das Hauptquartier der bürgerlichen Linie zu verwandeln begonnen, als das Zentrale Komitee auf Grundlage der Resolution vom 10.1.1976 die Aufgaben der Organisation in der jetzigen Situation des Klassenkampfes festgelegt hatte. Die drei Hauptvertreter der rechten Strömung in der Redaktion haben sofort erkannt, daß diese Resolution einen scharfen Angriff auf die rechte Strömung in der Organisation darstellt, und haben mit allen Mitteln zu verhindern versucht, daß das Zentralorgan zum Instrument der Durchführung dieser Resolution wird. Dabei haben sie solange Erfolg gehabt, bis die Ursachen der immer wieder auftretenden Fehler und Abweichungen im Zentralorgan durch den Bericht über die KVZ endgültig offengelegt worden sind und durch das Zentrale Komitee erste organisatorische Maßnahmen ergriffen wurden. Durch diese Maßnahmen wurde der Kampf zur Liquidierung des Hauptquartiers der bürgerlichen Linie eingeleitet. Die Genossen haben sich dieser Liquidierung der bürgerlichen Linie hartnäckig widersetzt. Deshalb sind die jetzigen organisatorischen Maßnahmen notwendig und unerläßlich. Die rechte Strömung in der Organisation wird besiegt werden. Die Zerschlagung des Hauptquartiers der rechten Strömung ist dazu notwendig. Die Entlassung der drei Redakteure ist der entscheidende Schritt zur Zerschlagung dieses bürgerlichen Hauptquartiers.

Die drei Genossen werden in Grundeinheiten der Bezirke, in denen sie jetzt wohnen, organisiert.

18. September 1976

Da lacht der Fachmann und der Laie wundert sich ... Original-Artikel aus der „KVZ" vom 23.9.76

Fortsetzung von Seite 42

Oberhand gewonnen hatten, daß sie von kleinbürgerlichen Despoten hartnäckig verteidigt wurden. Auf der DK wurde der Kampf gegen bürgerliche Auffassungen fortgesetzt..." (Protokoll von Delegierten).

Mit bestechender Logik wurde auf der DK von Schmierer verkündet: „*Das Instrument zur Korrektur ist unser Programm, sowie die Resolution ‚Lage und Aufgaben'* (Resolution vom 10. Januar - Anm. AK), *welche eine Anwendung des Programms auf die gegenwärtige Lage ist. Daß dieses Instrument nicht richtig genutzt wird, die Abweichung vielmehr tief sitzt, sieht man daran, daß sowohl der Verkauf von Programmen, der revolutionären Literatur als auch des Zentralorgans rückläufig ist"* (Protokoll). Welche Brillianz der Argumente!

Das Protokoll fährt fort: „*Auf der DK wurde der Rückgang des Verkaufs der KVZ debattiert. In einzelnen Fragen enthielt sie rechte Abweichungen. Dies hat ihrem Ansehen unter den Massen geschadet. Diese Fehler waren aber nicht der Grund für Stagnation und Rückgang des Verkaufs... Vielmehr ist es so, daß die KVZ im wesentlichen richtig war und das Programm propagiert hat. Die Ursache für die Verkaufsentwicklung muß darin gesehen werden, daß die KVZ der Organisation zu links* (!) *ist"*. Dies wirft nebenbei doch ein ganz seltsames Licht auf die heute vertretene Behauptung, daß die „KVZ"-Redaktion das „Hauptquartier der rechten Strömung in der Organisation" gewesen sei!...

Auf der DK wurden in ziemlich alberner Weise aus einzelnen Ortsgruppen Beispiele von angeblichen „rechten Abweichungen" berichtet, um die Mißerfolge ihrer Arbeit zu begründen. „*Zweifel von Genossen am Aufschwung der Massenbewegung*" z.B. wurden natürlich gleich als besonders schlimme „rechte Abweichung" entlarvt, und dummfrech wurde behauptet, solche Zweifel hätten „*ihre Ursachen in einer mangelhaften Untersuchung der objektiven Entwicklung*" (Protokoll)!

Grünes Licht zum Amok-Lauf

Grünes Licht zum Amok-Lauf

Die Erklärung der „KVZ" zur Absetzung der Genossen W.M., B.B. und E.R. enthält eine sehr interessante Passage: Sie besagt, daß der „K(r)ampf zweier Linien" im KBW „durch große Schärfe gekennzeichnet" sei. „*Darüber darf man sich nicht dadurch hinwegtäuschen* (!) *lassen, daß die rechte Linie nur selten* (!) *zum offenen Angriff auf die proletarische Linie übergeht. Umso wichtiger* (!) *ist es, daß alle* (!) *Erscheinungen* (!) *des Opportunismus auf ihr Wesen ... zurückgeführt* (!) *werden."*

Dieser hochinteressante Satz, den man mehrmals im vollen Wortlaut und im Zusammenhang lesen sollte, besagt nichts anderes, als daß es eine darstellbare „rechte L i n i e" im KBW (im Sinne von Schmierer & Co.) gar nicht gibt, und daß daher einzelne **Erscheinungsformen** zum angeblichen „**Wesen**" der Sache summiert werden müssen. Beispielsweise: Daß die rechte Abweichung tief sitzt, „***sieht man daran***"... daß der KVZ-Verkauf rückläufig ist. Oder ein anderes Beispiel von der DK-Diskussion: „*Fehler im politischen Kampf hatten sich bei der Vulkan-Zelle in Bremen vor allem* (!) *darin ausgedrückt* (!!), *daß bei den Bürgerschaftswahlen in den Vierteln der Vulkan-Arbeiter die GRF uns geschlagen hat*" (Protokoll - mit GRF ist die „KPD" gemeint).

Insgesamt läuft diese Methode darauf hinaus, jeden Mißerfolg in der „Massenarbeit" des KBW als „Ausdruck" einer „rechten Abweichung" zu erklären. Da sich zum einen der KBW aus verschiedenen Gründen in einer Phase des Abschwungs befindet, und da andererseits die KBW-Führung die Situation trotzdem unverdrossen als „ausgezeichnet" bezeichnet und „große Fortschritte bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution" von den Mitgliedern und Sympathisanten fordert, besteht folglich ein großer Reichtum an „rechten Abweichungen" bzw an politischen Rückschlägen, was für den KBW praktisch dasselbe geworden ist.

Mit den schmiererschen „Theorien" vom „Neuaufschwung der revolutionären Massenbewegung" wird vor dem Hintergrund der tatsächlichen Rückschläge für den KBW ein schwerwiegender psychologischer Druck auf die Mitglieder und Sympathisanten des KBW ausgeübt, bei denen der Eindruck produziert werden soll, s i e s e l b s t seien mit irgendwelchen „Abweichungen" schuld, wenn die Sache trotz der „ausgezeichneten Situation" überhaupt nicht vom Fleck kommt. Konkret führt das dazu, daß viele Menschen diesem Druck ausweichen, indem sie dem KBW den Rücken kehren. Bei den übrigen hingegen führt die A n p a s s u n g an diesen Druck dazu, sich auf ihrem sektiererischen Weg immer weiter zu verrennen und sich in ihrer konkreten „Politik" immer irrationaler zu gebärden. Denn statt die „Aufschwungs"-Thesen und die grundsätzliche politische Linie des KBW in Frage zu stellen, wird im Gegenteil die Schlußfolgerung gezogen, daß es darauf ankomme, diese Linie noch konsequenter, also noch a b e n t e u e r l i c h e r zu vertreten. Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, wenn jetzt der bisherigen „Politik" des KBW (die schon irrational und abenteuerlich genug war!) vorgeworfen wird, sie sei allzu „g e m ü t l i c h" gewesen, habe sich mit den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft einrichten wollen, sei von „**Mißtrauen in die revolutionären Volksmassen**" bestimmt gewesen, habe „**Aussöhnung mit Reformismus und Revisionismus**" bedeutet usw. usf. Dies bedeutet eben, die schweren Rückschläge des letzten Jahres oder der letzten anderthalb Jahre als Ergebnis einer allzu „gemütlichen" Politik hinzustellen und zukünftig das Sektierertum und Abenteurertum noch auf die Spitze treiben zu wollen.

Typisch für den erfolgten Bruch mit der „Gemütlichkeit" war die missionarische Hektik, mit der der KBW in den letzten Wochen allerorten die Propaganda der bürgerlichen Parteien auf Wahlveranstaltungen und an Info-Ständen massiv zu stören versuchte. Der KBW tritt dabei mit dem Missionseifer der Heilsarmee auf und gibt vor, mit solchen „Aktionen" „das Programm der Arbeiterklasse" (des KBW) in den Volksmassen zu verankern. Nichts lächerlicher als das! Der KBW gibt sich natürlich auch gar keine Rechenschaft, wie seine provokatorischen Einsätze auf die „Volksmassen" wirken, die zufällig Zeuge des Spektakels werden. Einheitlich kann man in den Berichten der „KVZ" vielmehr lesen, daß die jeweilige Aktion „*ein Erfolg im Kampf gegen die Reaktion und ihre Parteien*" gewesen sei. „*Das Interesse am Kommunismus war groß, und der*

die Reaktion und ihre Parteien" gewesen sei. „Das Interesse am Kommunismus war groß, und der

Aufbau der Kommunistischen Partei wurde von vielen unterstützt" („KVZ", 30.9.76).

Mit solchen Berichten soll genau der Eindruck beim Leser erweckt werden, als brauchte man nur „die rechte Strömung in der Organisation zu schlagen", um von einem Tag auf den anderen phantastische Erfolge bei den „Volksmassen" zu erringen, die anscheinend nur darauf gewartet haben, daß der KBW seine „Gemütlichkeit" überwindet und „**mit neuer revolutionärer Kraft im Vertrauen auf die Volksmassen**" und „**durch das Vertrauen und durch die Verbindung mit den Massen bestärkt**" (Original-Zitate aus „KVZ", 30.9.76) ans Werk geht. Skeptisch stimmt den langjährigen Leser allerdings, daß er in der „KVZ" eigentlich schon seit deren Bestehen n i e etwas anderes gelesen hat, als daß die Parolen und das Programm des KBW bei den Volksmassen auf „große Zustimmung" stoßen.

Daß der KBW jetzt auch dazu übergegangen ist, mit provokatorischen Auftritten Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes sprengen zu wollen (siehe Berichte in diesem AK), liegt vollkommen in der Logik der Sache, da der KBW den Kommunistischen Bund ja auch für eine „bürgerliche" Organisation hält, und man eben den „Angriff gegen die bürgerlichen Parteien suchen" muß, am besten gleich auf deren Veranstaltungen. Dieses Beispiel zeigt zugleich besonders kraß, daß dem KBW die W i r k u n g seiner Auftritte vollkommen gleichgültig ist oder er sich mit völliger Blindheit für die Realitäten darüber hinwegsetzt. Denn die Wirkung ist dabei nur, daß der KBW bei den Kommunisten und ihren Sympathisanten das Bild bestätigt, daß es sich beim KBW um einen ausgeflippten Haufen handelt, für dessen schleunigste Beseitigung man sorgen muß.

Der Weg des KBW zu weiteren, noch abenteuerlicheren und gefährlicheren Provokationen ist schon vorgezeichnet. „Für alles reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt" (Mao Tse-Tung). In diesem Sinn gilt es, o f f e n s i v dem KBW entgegenzutreten, Mitglieder und Sympathisanten des KBW bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit (in Kneipen, beim „KVZ"-Verkauf, an Info-Ständen usw.) mit dem Standpunkt der Kommunisten und mit harten Fragen nach der abenteuerlichen und teilweise direkt konterrevolutionären Politik ihrer Organisation zu konfrontieren.

Austritte aus dem KBW

Hannover: In den letzten Monaten hat es im KBW und seiner örtlichen „Kommunistischen Hochschulgruppe" (KHG) zunehmend schärfere Auseinandersetzungen gegeben. Diese fanden ihren vorläufigen Abschluß mit dem Austritt einer Reihe von Genossen aus KHG und KBW. Letzter Anlaß war eine „Kommunistische Studentenzeitung" (KSZ) der KHD, in der zum RCDS Stellung genommen wird, der in Hannover nach bewährtem Muster gegen das politische Mandat des AStA klagt. In der „KSZ" heißt es u.a.:

„*Der Angriff ist kein Zeichen von Stärke. Er ist ein Zeichen von Furcht und Defensive... Die Bourgeoisie hat die Studenten längst nicht mehr im Griff. Laufend versetzen die Studenten ihr schwere Schläge*". Ein Beispiel: „*Über DM 200,– haben allein die Studenten der TU (Technische Universität) für den Kampf des Volkes von Zimbabwe gespendet*". Ischa Doll! Überhaupt herrscht an der Uni „große Empörung" etc.pp., wie man das ja kennt beim KBW.

An diesem Stuß übten die Ausgetretenen eine recht prinzipielle Kritik: Der KBW gehe nicht von einer konkreten Einschätzung der Lage aus, sondern von allgemeinen „Wahrheiten", wie z.B. dem „Programm", die dann nur über die Wirklichkeit übergestülpt werden. Das führe dann dazu, daß die Wirklichkeit ständig umgelogen werden müsse, um die Widersprüche nicht zu offensichtlich werden zu lassen.

Diese Kritik deckt sich mit dem, was wir schon seit Jahren am KBW kritisieren. Daß Austritte und stärkere innere Auseinandersetzungen gerade jetzt um sich greifen, hat seine Ursache sicher in der auch in Hannover rapide gefallenen Mobilisierungskraft des KBW. So brachte er zu seiner Demo zum Jahrestag des KPD-Verbots gerade 80 Mitglieder auf die Straße und zu seiner Wahlveranstaltung mit regionaler Mobilisierung ganze 200 Zuhörer. Daß diese spürbaren Niederlagen der Politik des KBW nie zu einer selbstkritischen Überprüfung der Politik, sondern immer nur zu Jubeleinschätzungen führten, hat die ausgetretenen Genossen in ihrer Haltung bestärkt. Z.B. wurde für den KBW mit der KPD-Demo „erwiesen", daß in Hannover „sich die Massen gegen das KPD-Verbot zusammengeschlossen haben".

Entsprechend blind ist auch die Reaktion der KBW-Führung auf die Austritte. Die Kritiker wurden als „Reformisten" beschimpft, natürlich ohne konkrete Auseinandersetzung, und nachträglich noch „ausgeschlossen".

Es wird von den Ausgetretenen begründet angenommen, daß sich die Auseinandersetzungen im KBW noch verschärfen werden. Nicht umsonst ist der bisherige Ortssekretär von KBW-Führer Fochler höchstpersönlich abgesetzt und fast aus dem KBW geschmissen worden – wegen „Reformismus"...! Für die Praxis des KBW kann das nur heißen: Noch dümmer, noch provokatorischer! (Konkretes Beispiel: Das Vorgehen des KBW bei unserer Frauenveranstaltung, s. Artikel in diesem AK).

In dieser Situation ist es allerdings bedauerlich, daß die Gruppe der Ausgetretenen in die weitere Auseinandersetzung anscheinend nicht mehr öffentlich eingreifen will, z.B. durch eine Austrittserklärung oder ähnliches. Vielmehr vollziehen sie derzeit den großen „Schwenk zur Basis", in dem sie in einigen Bürgerinitiativen mitarbeiten oder in Bereichsarbeit aufgehen.

Genossen! Der KBW hat Eure Kritik bitter nötig!

KB/Gruppe Hannover

Auch in Kiel tobt der „Kampf zweier Linien"

Über Auswirkungen des im KBW derzeit tobenden „K(r)ampf zweier Linien" auf die Ortsgruppe Kiel des KBW berichtet die Bezirksbeilage Schleswig-Holstein der „KVZ" vom 23. September. Hier der Wortlaut dieser „hocherfreulichen" Meldung: „*Erklärung der Bezirksleitung. Unmittelbar nach der Gründung des Bezirksverbands sind O. M. und B. S., ehemals Zellenleiter der Krankenhauszelle und der Anschützzelle, aus dem KBW ausgetreten. Seit langem und offen seit der letzten o. DK der ehemaligen Ortsgruppe Kiel haben sie Standpunkte vertreten, die die Linie der Organisation bekämpfen. Dies ist in den Dokumentationen der 1. o. und der 1. a. o. DK der ehemaligen Ortsgruppe Kiel dokumentiert worden. Dort sind ebenfalls ihre Gegenanträge zu den Dokumenten des ZK und der DK der Ortsgruppe Kiel abgedruckt.*

Zu ihrem Austritt hat die Bezirksleitung folgenden Beschluß gefaßt: 'Die Bezirksleitung begrüßt den Austritt von O.M. und B.S. Er zeigt, daß die offenen Vertreter einer Linie, die den Verband auf Reformismus und Revisionismus festlegen will, ihre Pläne für gescheitert ansehen.

Dies zeigt den Fortschritt im Zusammenschluß des Verbandes um die proletarische Linie und ist ausgezeichnet".

Die Redaktion des „ARBEITERKAMPF" schließt sich diesem Urteil an und wünscht dem KBW von Herzen noch größere Siege dieser Art!

KBW auch in Emden auf Provo-Kurs

Noch vor kurzer Zeit haben wir feststellen können, daß sich die Ortsgruppe Emden des KBW unserer Organisation gegenüber bisher recht friedlich verhalten hat. Doch das hat sich geändert!

Als wir bei einer KBW-Veranstaltung am 17.9. den ARBEITERKAMPF verkaufen wollten, wurden wir aufgefordert, den Verkauf sofort einzustellen bzw. draußen vor der Tür weiterzuverkaufen. Auf unsere Frage, warum wir nicht im Veranstaltungsraum weiterverkaufen dürfen, wurde uns von dem „Bundestagskan-

Tür weiterzuverkaufen. Auf unsere Frage, warum wir nicht im Veranstaltungsraum weiterverkaufen dürfen, wurde uns von dem „Bundestagskan-

didaten" H. Schmorte entgegnet: „Ihr vertretet sozialimperialistische Thesen und das können wir nicht dulden!"

Wir haben uns allerdings nicht einschüchtern lassen und haben weiterverkauft bzw. diese Diskussion mit KBW-Sympathisanten weitergeführt.

Man hat noch mehrmals versucht, uns am Verkauf zu hindern mit dem Erfolg, daß dieses Thema später in der Diskussion noch einmal breit aufgenommen worden ist.

Bei vielen KBW-Sympathisanten und Unorganisierten ist dieses Vorgehen auf einhellige Ablehnung gestoßen und die KBW-Ortsfürsten standen ziemlich alleine mit ihren Thesen da.

Wie weit die KBW-Ortsfürsten abgesackt sind, zeigt ein weiterer Wortbeitrag des Bundestagskandidaten Schmorte: „Da könnte ja jeder kommen und seinen Ramsch anbieten..." Und dann nannte er den KB in einem Atemzug mit der SPD, CDU und den Faschisten!!!

Das Vorgehen des KBW haben wir außerdem im Straßenverkauf mit anderen KBW-Sympathisanten diskutiert. Sie sind alle nicht bereit, diesen Kurs mitzumachen. Ein KBW-Sympathisant hat uns sogar seine aktive Unterstützung zugesagt!

KB/Gruppe Emden

Sowas Dummes' muß einem erstmal einfallen!

Zu was für Schnacks KBWler sich mittlerweile versteigen, um die Handelsbeziehungen der VR China mit der faschistischen Militärjunta Chiles zu rechtfertigen, durften wir erst kürzlich im Gespräch mit einem der in Duisburg „führenden" KBWler erfahren: „Es ist für einen sozialistischen Staat wie die VR China ein großer politischer Erfolg, wenn sie ein faschistisches Land wie Chile durch solche Handelsbeziehungen dazu bringt, China anzuerkennen".

Ein weiterer Kommentar ist hier wohl überflüssig!

Einige Genossen aus Duisburg

KBW – niedlich!

In Lübeck, wo die (Ein Mann-)„Zelle Lübeck" des KBW erst im Aufbau begriffen ist, macht er besondere (aber Gott sei dank, noch harmlose) Späße. In einem Schreiben an KB, „KPD/ML", SB-orientierte und Spontis schlägt der KBW-(Mann) eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung vor, denn: „*In der demokratischen und revolutionären Bewegung Lübecks hat es bislang keine öffentliche Auseinandersetzung zu den Bundestagswahlen gegeben*" (KBW-Schreiben).

Als Vorschlag bot der KBW einen Termin 3 Tage vor der Wahl an.

Nun, da wird's ja auch Zeit mit der Diskussion zu beginnen ....

KB/ Gruppe Lübeck

„KPD" als Provokateure im Dienst der Gewerkschaftsführung

Westberlin

„Der gefährlichste Feind, den der Arbeiter hat, ist der Feind in den eigenen Reihen" – unter diesem Motto verteilte die „KPD" - geführte „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter bei Schering" am 21. September ein Flugblatt vorm Betrieb. In diesem Flugblatt bezeichnen sie die SEW als gefährlichsten Feind in der GEW und bei Schering soll das der Kommunistische Bund sein. Diese „These" wird folgendermaßen untermauert: da hatte die „KPD" Wind bekommen von einem Kollegentreff, bei dem unter anderem auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften diskutiert werden sollten. Diese Leute hatten daraufhin nichts Besseres zu tun, als dieses Treffen flugs zu einem KB-Treffen hochzustilisieren und zu behaupten, es handle sich darum, daß der KB dort eine „regionale Veranstaltung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse plane". Die Schering-Kollegen wurden aufgefordert, zu dem Treffen zu gehen, um die „Politik der Feinde in den eigenen Reihen" zu bekämpfen.

„Folgerichtig" wurde auch Zeitpunkt und Ort des Treffens dieser „Feinde" bekanntgegeben. Eine herzliche Einladung an die Gewerkschaftsführung und die Spitzel des Verfassungsschutzes, dort „KB'ler" auszumachen.

Das käme der „KPD" gerade recht. Kämpft die Gewerkschaftsführung doch schon gegen die „ärgsten Feinde" nämlich die SEW zu lasch, so nun auch gegen die „ärgsten Feinde", den KB. Da will die „KPD" offensichtlich in Zukunft nachhelfen. Als Begründung für die Denunziation gibt die „KPD" erstens an, daß man sie nicht (zum Denunzieren) freiwillig eingeladen habe und zum zweiten, weil sie, diese „wirklichen Kommunisten" dort bislang nicht die „richtige Linie" hätten reinbringen können – den Kampf gegen die „aggressiven Weltherrschaftspläne des russischen Sozialimperialismus". Nun, wo die „KPD" eine Kollegen-Initiative wittert, von der bislang „*kein Wort bekannt (ist), daß sie auch gegen die politische Unterdrückung in der DDR kämpft*" (AO-Flugblatt), da muß sie versuchen sie als „KB"-Initiative zu denunzieren.

Wir machen die „KPD" voll für alle Folgen dieses Provokationskurses verantwortlich, denn wir werden uns nicht scheuen, solche Provokationen gebührend zu beantworten.

KB/Gruppe Westberlin

Ein teurer Spaß!

Von ihrer hanebüchenen „Grundsatzerklärung für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" (16 Seiten DIN A 4, Rotationsdruck) will die „KPD/ML" nach Angaben ihres Vorsitzenden Ernst Aust („Bester der deutschen Arbeiterklasse") zwei Millionen Exemplare „in einem konzentrischen Schlag" (Aust) unters Volk bringen. Vorzugsweise wird das geistlose Pamphlet derzeit in unermüdlichen Einsätzen der Aust-Anhänger in Briefkästen und Hausbriefkästen verteilt – oft gleich zwei pro Briefkasten (damit's schneller geht?).

Wir haben einmal ausrechnen lassen, was dieser grobe Unfug die „KPD/ML" (?) wohl kosten mag. Wir kamen auf das stolze Sümmchen von rund 150.000.– deutsche Mark (West-). Für ein Parteichen, das im gesamten Bundesgebiet zusammengenommen nur ein paar Hundert Anhänger hat, ist das ein ganz schöner Aufwand! Aber Aust's scheint's zu haben!...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Blick in die „gute Stube" des KBW

„Da muß mal der Fochler ran!", war der einhellige Kommentar in der AK-Redaktion, als uns kürzlich der „Rechenschaftsbericht" der Ortsleitung (OL) Hamburg des KBW vom März dieses Jahres auf den Tisch kam, zusammen mit einem Päckchen weiterer Schmunzel-Papiere aus verschiedenen Bereichen der Hamburger Ortsgruppe (OG) des KBW.

„Die Kräfte, die wir in verschiedenen Bewegungen gewonnen haben, werden zahlenmäßig kompensiert durch Mitglieder, die wir verloren haben. Der Zellenaufbau ist kaum vorangekommen. Die Notwendigkeit des Kampfes um den Parteiaufbau als Instrument zur Führung der Massen zur proletarischen Revolution ist schließlich der OL und der Ortsorganisation aus dem Blickfeld geraten", heißt es zu Beginn des Rechenschaftsberichts (RB).

Die OG Hamburg, die zahlenmäßig eine der stärksten Ortsgruppen des KBW ist, hatte laut RB im Berichtszeitraum (der letzten neun Monate) einen geringfügigen Anstieg der Mitgliederzahl von 105 auf 110 zu verzeichnen. Tatsächlich verbirgt sich hinter diesen Zahlen ein realer Rückgang, da laut Bericht 16 Mitglieder austraten oder ausgeschlossen wurden, während nur 13 neu aufgenommen wurden. Die Differenz ergibt sich daraus, daß Mitglieder der KBW-„Massenorganisationen" SSG (Studenten) und GUV (im wesentlichen Lehrer) zu KBW-Mitgliedern befördert wurden. Der OG Hamburg ist es also, nach ihren eigenen Angaben, nicht gelungen, im Berichtszeitraum insbesondere die „Volksentscheid"-Kampagne (§ 218) in eine organisatorische Stärkung umzusetzen, obwohl es der OG laut RB gelungen war, **„ein Komitee mit 120 Menschen aufzubauen"**!

Schwachen Trost bietet die Mitteilung im RB, daß die „soziale Zusammensetzung" der OG sich verbessert habe: Statt 52% Arbeiter und „einfache Angestellte" seien es 63% geworden! Die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der OG dürfte freilich in erster Linie daraus resultieren, daß zahlreiche Intellektuelle inzwischen ihr Studium abgebrochen oder beendet haben. So fungieren derzeit beispielsweise die in Hamburg „populären" Akademiker L.P. und Th.R. von der OL unter den Berufsbezeichnungen „Lagerist" und „Arbeiter" ...

Wie es in Wirklichkeit mit der sozialen Zusammensetzung und der „Verankerung im Proletariat" bei der OG Hamburg des KBW steht, zeigen anschaulich die weiteren Angaben.

Danach besteht die OG aus 19 Zellen. Davon sind zwei Zellen in den KBW-„Massenorganisationen" SSG und GUV. Von den übrigen sind: neun „Stadtteilzellen", drei „Zellen im Öffentlichen Dienst", fünf „Zellen in Industriebetrieben". Pech für den KBW: *„Die Postzelle ist ausgetreten"* (Gründe gibt der RB nicht an!) und eine Krankenhaus-„Zelle" mußte mangels Masse dichtgemacht werden.

Dienst", so erfährt man aus dem RB, sind immerhin „richtige Zellen", in denen jeweils (!) mindestens drei KBW-ler organisiert sind. – Anders verhält es sich mit den „Zellen in Industriebetrieben": **„Bei den Zellen in den Industriebetrieben kann noch nicht im eigentlichen Sinn von Zellen gesprochen werden. Es arbeitet nur jeweils ein Genosse in einem Betrieb"**. Immerhin, letzteres ist beim KBW (nicht bloß in Hamburg!) auch nicht selbstverständlich. So kennt man aus früheren Zeiten die zahlreichen „Zellen a m Betrieb", wo also überhaupt kein KBW-ler i m Betrieb war. So kann man auch im RB wieder lesen: *„Bei ... wurde eine Zelle eingerichtet aus zwei Genossen, die allerdings zur Zeit beide nicht bei ... arbeiten, die aber die Aufgabe haben, bei ... eine Zelle aufzubauen und die sich auch um einen Arbeitsplatz bei ... bemühen"* (Name des Betriebs ist der Redaktion bekannt).

Ähnlich kurios scheint es auch bei den Stadtteilzellen des KBW zuzugehen: *„Nur bei fünf Stadtteilzellen wohnen über die Hälfte der Genossen im Arbeitsbereich der Zellen, bei zwei Stadtteilzellen wohnt nur ein Genosse im Arbeitsbereich der Zelle ..., was die Bedingungen für die Führung der Bewegung im Stadtteil erschwert"*. – Das läßt sich denken!

Wie die OG Hamburg des KBW den „KB Nord" schlagen will

Der RB kommt zu der äußerst scharfsinnigen und realistischen Analyse: *„Unter den Revolutionären und in der spontanen Bewegung in dieser Stadt haben die Kommunisten (?) noch nicht die Führung, sondern die Führung hat zumeist der KB Nord, der alle diese Bewegungen prägt"*. – Das soll, nach dem Willen der Ortsleitung, demnächst anders werden: *„Der Parteiaufbau kann in dieser Stadt aber nicht am KB Nord vorbei erfolgen, sondern nur im entschiedenen Kampf gegen diesen, indem ihm die Führung der Massenbewegung streitig gemacht wird"* (RB). W i e das geschehen soll, dafür hat die OL auch schon heiße Tips parat: *„Hier in Hamburg ist aber gerade die Universität die entscheidende Basis der bürgerlichen Strömung des KB-Nord. ... Wenn diese Organisation normal geschlagen werden soll, dann muß sie an der Universität geschlagen werden. Zumal wir dort direkt mit dem KB-Nord zusammenstoßen und die Richtigkeit unserer Linie in der Praxis von den Massen vor allem in dieser Auseinandersetzung erkannt werden kann. Der Aufgabe, die Entscheidung in der Auseinandersetzung mit dem KB-Nord an der Universität zu suchen, ist die Ortsleitung ausgewichen"* (RB).

Die „Strategie", die sich die OL Hamburg des KBW hier sehr hoffnungsvoll zurechtgelegt hat, demonstriert wieder einmal anschaulich, wie das Sein das Bewußtsein (na ja ...) bestimmt. Fakt ist nämlich, daß gerade die Universität, die Arbeit unter den Studenten, traditionell das „schwächste Bein" des Kommunistischen Bundes in Hamburg ist. So trennte sich 1972 die überwiegende Mehrheit der bis dahin dem Anspruch nach mit dem KB sympathisierenden Studenten von unserer Organisation und gründete die SSG (Sozialistische Studentengruppe), praktisch die Vorläufergruppe der späteren OG Hamburg des KBW. Bei der heutigen Ortsleitung des KBW in Hamburg handelt es sich durchweg um Personen aus dem früheren studentischen Sympathisantenkreis unserer Organisation, die sich dann als SSG-Führer selbständig machten! Erst allmählich ist es uns später überhaupt wieder gelungen, an der Universität festen Fuß zu fassen, die SSG/KBW Zug um Zug zurückzudrängen und sie zuletzt auch an ihrer früheren „Hochburg" (dem Pädagogischen Institut) zu isolieren.

Was treibt also die OL Hamburg des KBW dazu, ihre „Strategie" auf dem Märchen aufzubauen, daß in Hamburg die Universität die „entscheidende Basis" des Kommunistischen Bundes sei, wo man „die Entscheidung suchen" (!) müsse? Das ist leicht zu erklären: **„Denn auf der Hand liegt, daß die Auseinandersetzung mit dem KB Nord nicht rasch entschieden werden kann zugunsten des Marxismus-Leninismus durch den Aufbau von Betriebszellen bei HDW etwa oder Hanomag, bekanntlich ist der Aufbau von Betriebszellen zumal in Großbetrieben eine Aufgabe, die langwierig und zäh von den Kommunisten betrieben werden muß"** (Bericht des Sekretärs der OL).

Oder, wie es eines der etwas kleineren Hamburger KBW-Lichter noch klarer formulierte: *„ ... Das können wir in dieser Konsequenz und Stärke weder im Betrieb noch in der Gewerkschaft zum jetzigen Zeitpunkt. Obwohl wir ihn natürlich auch dort jederzeit angreifen, wo er auch nur auftaucht, z.B. in Harburg. In anderen Bereichen sind unsere Kräfte allerdings zu zersplittert, um dem KB einen entscheidenden Schlag zu versetzen, darum (!) der taktische Umweg über die Uni. Wie anders als über die Gewinnung der Studenten für unsere Politik kann der KB dort geschlagen werden und kann dieser entscheidende Schritt im Parteiaufbau erfolgen? Gar nicht!"* (Auswertung der DK für die Stadtteilzelle Harburg).

Es ist typisch für die KBW-Ortsleiter a la L.P. und Th.R., daß sie sich noch kunstvolle Phantasien ausdenken, um die einfache Tatsache zu erklären, daß es in Hamburg heute praktisch nur noch an der Universität eine größere direkte Konfrontation zwischen Kommunistischem Bund und KBW gibt.

Der „ideologische Druck des KB-Nord"

Der RB registriert mißbilligend ein *„Nachgeben gegenüber dem ideologischen Druck des KB-Nord"* in der OG Hamburg. So erfährt man, daß auf einer „Bildungs(?)veranstaltung" der OG ein Genosse der Meinung gewesen sei, das *„Gerede von der besonderen Aggressivität des Sozialimperialismus"* müsse eben konsequent zur Vaterlandsverteidigung a la „KPD" führen. – Und allgemeiner: *„Spontan bestand die Auffassung, daß der KB Nord uns politisch näher steht als zum Beispiel der Rote Morgen. Mit dieser Auffassung ist man praktisch schon reingefallen auf die Hetze des KB Nord gegen die Strömung des Sozialchauvinismus"*. Um sich dem „ideologischen Druck des KB-Nord" entgegenzustemmen, erklärt die OL allen Zweifelnden, wie die Lage ihrer Ansicht nach ist: *„Tatsächlich sind die Widersprüche zwischen uns und dem Roten Morgen, der Roten Fahne und dem KABD, und zwischen uns und dem KB Nord verschiedener Art. Im einen Fall handelt es sich um Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten-Leninisten, die behandelt werden müssen im Rahmen des Parteiaufbaus und des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Im anderen Fall handelt es sich um die Widersprüche zwischen Marxisten-Leninisten und Trotzkisten und Reformisten, die als Organisation für den Parteiaufbau verloren sind"* (RB).

Also klar: Der „Sozial"chauvinismus ist eine Strömung innerhalb des Marxismus-Leninismus! Wat dat nich allens so gifft! – Klar wird dabei immerhin bestätigt, daß sich die KBW-Ortsleiter in Hamburg der „KPD" mit ihren teilweise offen pro-faschistischen Positionen (siehe vor allem zu Portugal!) näher fühlen als dem „KB Nord". Darum wollen wir gefälligst auch gebeten haben!

Zweifellos ist an den Wehklagen über den argen „ideologischen Druck des KB-Nord" ein wahrer Kern – in dem Sinn, daß unsere politische Argumente eben doch nicht an a l l e n KBW'lern spurlos vorübergehen. Aber es drängt sich doch der Verdacht auf, daß von der OL dieser „ideologische Druck" noch bewußt aufgebauscht wird, um jede Kritik in den eigenen Reihen als Produkt dieses „Druckes" zu diffamieren und damit die Kritiker zum Verstummen zu bringen.

Immerhin: *„Mehrere Zellen hatten beschlossen, den Rechenschaftsbericht abzulehnen"* (Bericht des Sekretärs der OL). Jedoch schließlich: *„Nach ausführlicher Diskussion wurde der Rechenschaftsbericht der Ortsleitung einstimmig angenommen"* (Protokoll).

Insgesamt betrachtet: ***„Mißt man die Tätigkeiten der Ortsgruppe und ihre Ergebnisse im Berichtszeitraum, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie den Anforderungen nicht gerecht geworden ist und eine rechte Abweichung herausgebildet hat"*** (RB).

Aber andererseits: *„Zusammenfassend können wir sagen, daß die objektiven Voraussetzungen unserer Politik ausgezeichnet sind und die subjektiven Voraussetzungen für Fortschritte gut sind"* (RB).

Na, dann kann ja nix mehr schiefgehn!

Komitee „Stoßt die Mumien vom Podest"
KB/Gruppe Hamburg

KBW – Koloß auf tönernen Füßen

Der KBW, der so stark ist, daß er Aktionseinheit und sachliche politische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen schon nicht mehr nötig zu haben glaubt, hat in einem Rechenschaftsbericht des ZK aufschlußreiche Zahlen über seine „betriebliche Verankerung" bekanntgegeben.

Der KBW kann auf die stolze Zahl von 120 ‚Betriebszellen' im Gebiet der BRD blicken – es sind hier nur Zellen im industriellen Bereich gemeint; dazu kommen noch 39 Zellen im Öffentlichen Dienst und vier im Bereich von Handel, Banken, Versicherungen.

Von den genannten 120 ‚Betriebszellen' bleiben 90, die überhaupt ‚Zellen' i m Betrieb sind. Die übrigen 30 sind offenbar, wie der KBW es nennt, ‚Zellen a m Betrieb' – also ‚Zellen', die keinen einzigen Genossen im Betrieb haben. Von den verbleibenden 90 ‚Zellen' sind 29 Ein-Mann-‚Zellen', die bei uns auch nicht als Zellen bezeichnet werden, da ein Genosse allein noch keine Zelle ist. Es bleiben 61 Betriebszellen. Etwa die Hälfte davon, nämlich 32, haben nur zwei Genossen im Betrieb, wofür u.E. die Bezeichnung ‚Zelle' gleichfalls Humbug ist. 13 haben drei, und 16 Zellen haben mehr als drei Genossen im Betrieb. Hieraus dürfte sich, um einmal eine Vergleichszahl zu nennen, ergeben, daß wir allein im Bereich der Hamburger Metallindustrie mehr Genossen in Betriebszellen mit – selbstverständlich! – mehr als drei Mitgliedern organisiert haben als der KBW in der gesamten Industrie der BRD. ●



Artikel aus AK 44 (22. Mai 1974)

KBW läuft Amok!

Der selbstinszenierte und für jeden Kommunisten höchst erfreuliche Abgang des KBW von der politischen Szene der Bundesrepublik vollzieht sich leider – wie vorauszusehen war – mit unschönen Begleiterscheinungen. Mit dem „Mut" der Verzweiflung und dem hirnlosen Fanatismus einer Sekte geht der verbliebene Rest des KBW zu Amoklauf und Kamikaze über, um sich selbst und der bösen Welt zu beweisen, mit welcher Schärfe er den Klassenkampf und den „K(r)ampf zweier Linien" zu verbinden weiß.

Während der letzten Wochen des Wahlkampfs fand fast täglich irgendwo ein Versuch des KBW statt, Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Parteien durch Sprechchöre und Geschrei zu stören. Fast überall bezog der KBW dabei Dresche.

Man fragt sich doch als Kommunist, welchen politischen Nutzen sich der KBW von solchen Kamikaze-Aktionen verspricht, wo aufgrund seines eigenen von Anfang an provozierenden Verhaltens nicht einmal damit zu rechnen ist, daß der KBW einem Teil der Veranstaltungsteilnehmer das undemokratische Verhalten der bürgerlichen Parteien deutlich machen kann. Solche Aktionen haben mit „Mutproben" bei den Pfadfindern weitaus mehr zu tun als mit kommunistischer Politik. Der KBW bestätigt damit zum einen bei vielen Menschen das antikommunistische Zerrbild („Die wollen gar nicht zuhören und diskutieren, sondern nur stören") und holt sich zu allem Überfluß auch noch blaue Augen, warme Ohren und Blutergüsse.

In der irrationalen „Logik" des KBW liegt es, seine Provokationsstrategie auch auf Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes zu tragen. Denn außerhalb seiner selbst kennt der KBW nur noch „bürgerliche Organisationen", und deren Veranstaltungen d a r f der KBW selbstverständlich nicht nur stören, sondern m u ß sie geradezu stören!

Am 24.9. fand eine Veranstaltung der Frauengruppe des KB/Hannover zum Thema „Frauen – Was steht zur Wahl?" statt. Erschienen war auch der KBW, der schon vor einiger Zeit auf einer vom KB mitgetragenen Frauenveranstaltung in Hannover, wo man dem KBW Rederecht eingeräumt hatte, unheimlich alt ausgesehen hatte. Sie entrollten jetzt zunächst ein Transparent zum „Volksentscheid" und – als das nichts nützte – stimmten einen hysterischen Krakeel an: Sprechchöre, unsinnige Zwischenrufe. Beispielsweise, der KB „Nord" sei für den § 218! Wir seien „Imperialisten" (!), seien gegen den Sozialismus und ähnliche Albereien.

Aufforderungen, endlich das Maul zu halten oder abzuhauen, nützten da gar nichts. Daraufhin gab es eine Abstimmung und der KBW wurde von der großen Mehrheit der Anwesenden ausgepunktet. Auch das nützte jedoch gar nichts – die KBWler randalierten einfach weiter. Schließlich gab es die vom KBW offenbar bewußt angestrebte Hauerei, wodurch die Veranstaltung endgültig chaotisiert wurde. In der anschließenden Diskussion protzte einer der KBWler ganz dummdreist, daß sie selbstverständlich hergekommen seien, um diese „bürgerliche" Veranstaltung zu stören! – Ein unorganisierter Genosse sprach danach den Verstaltungsteilnehmern aus der Seele: Er habe am Anfang geglaubt, der KB würde zu scharf auf den KBW eingehen. Er habe aber im Verlauf der Veranstaltung gesehen, daß das noch gar nicht scharf genug sei, denn der KBW habe es tatsächlich nur auf Provokation angelegt...

Die KB-Frauengruppe Hannover schreibt zum Verhalten des KBW in ihrem Bericht: „... *Unter diesen Umständen können wir nur hoffen, seinen Abstieg in den Sumpf beschleunigen zu können, um weiteren Schaden für die kommunistische Bewegung abzuwenden! – Außerdem können wir dem KBW versichern, daß er nicht ein zweites Mal in der Lage sein wird, eine Veranstaltung von uns zu stören!"*

Die KBW-Provokation von Hannover wiederholte sich, um einige Grade heftiger, am 30.9., während einer Frauenveranstaltung des KB in Bremen. Anwesend war dabei ein Trupp des KSB, der Studentenorganisation des KBW. Nach etwa zehn (!) Minuten pöbelten die KBWler los, jetzt sei „Schluß mit dem bürgerlichen Geschwätz" und jetzt müßte „endlich" (!) „diskutiert" werden.

Von jetzt ab sind einige KSB-Führer nicht mehr zu halten: Im besten Stile von Wanderpredigern „entlarven" sie, wie reaktionär der KB-„Nord" sei usw. usf.

Zwei Abstimmungen darüber, ob man sich die sattsam bekannten Sprüche des KBW anhören will, enden mit klaren Mehrheiten dagegen – doch die „Stimme des Volkes" läßt sich nicht beirren und predigt weiter. Sie fordert schließlich einen Beitrag des KBW. Etwa zwanzigmalige Aufforderung über Mikrofon reichen ebensowenig wie die Abstimmungen, um die Wahlpredigt des KBW zu unterbinden. Es kommt anschließend zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Genossinnen und Genossen des KB und den KSBlern, die scheinheilig „empört" protestieren, man könne ihnen doch nicht ihr „demokratisches Recht auf Diskussion" nehmen.

Wie scheinheilig und „demokratisch" diese Leute sind, wird an ihrem Vorgehen deutlich:

– In „Unter dem Roten Banner" vom 30.9. lügen sie in einem Artikel, der KB unterstütze die Anwendung des § 218 und die Beratungsstellungen. Messerscharfe Schlußfolgerung des KSB: **„Diese Organisation ist Teil der Reaktion, die den § 218 wieder verschärft anwenden. Dies wollen sie auf ihrer Veranstaltung ‚Frauen gegen bürgerliche Parteien' verschleiern. Wir fordern Euch auf: Tretet mit uns gemeinsam diesem Betrugsmanöver auf der Veranstaltung des KB Nord entgegen!"**

Wir zweifeln nicht, daß es sich bei den antikommunistischen Provokationen des KBW in Hannover und Bremen nicht um die letzten Fälle dieser Art handeln wird. Der KBW wird zweifellos weiter diesen Weg gehen, und je mehr er in die Enge gerät, um so verrückter wird er um sich schlagen. **„Unruhe stiften, scheitern, wieder Unruhe stiften, wieder scheitern... bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik aller Reaktionäre"** (Mao Tse-tung). Die Gefährlichkeit des KBW liegt derzeit in seiner völligen Irrationalität, die ihn zu den politisch sinnlosesten, hirnrissigsten „Aktionen" treibt. Auf G e s u n d u n g des KBW sollte kein Revolutionär mehr Hoffnungen setzen, sondern da gibt es nur eins: Isolierung und Zerstörung dieser provokatorischen und für die kommunistische Bewegung höchst schädlichen Strömung! „Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" (Mao Tse-tung).

Stellungnahme der SAG zur „Kominformisten"-Verfolgung in Jugoslawien

In AK 88 haben wir mit einem „Offenen Brief" an die westdeutsche Linke dazu aufgefordert, Stellung zu beziehen zur Verfolgung der als „Kominformisten" bezeichneten Linksopposition in Jugoslawien. Derzeit sind – nach offiziellen Angaben – über 100 Menschen unter dem Vorwand verhaftet, einer „kominformistischen" illegalen KP anzugehören. Die Strafen sind in der Regel außerordentlich hoch, oft bei 10-15 Jahren. Obwohl diese Tatsachen seit längerem bekannt sind, hat sich um das Thema „Kominformisten"-Verfolgung in der westdeutschen Linken eine peinliche „Aktionseinheit des Schweigens" gebildet, die von den Vaterlandsverteidigern bis zu den Trotzkisten, vom SB bis zur DKP, reicht. Umso mehr begrüßen wir es, daß als erste Organisation die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) unseren Aufruf beantwortet hat. Im Folgenden veröffentlichen wir ihre als Brief (21.9.) an uns gerichtete Stellungnahme im Wortlaut. Anschliessend ein redaktioneller Kommentar von uns.

„Liebe Genossen,
wir begrüßen Eure Initiative, die Linke in der BRD auf die jüngste politische Verhaftungswelle in Jugoslawien aufmerksam zu machen und zur Solidarität mit den Verhafteten aufzurufen. Wir kommen gerne Eurer Aufforderung nach, unsere Haltung in dieser Frage öffentlich darzulegen und zu begründen. Die Tatsache, daß Angehörige der albanischen Minderheit unter dem Vorwand „stalinistischer Umtriebe" verhaftet und abgeurteilt werden, die Tatsache, daß mehr als hundert politische Gegner des Tito-Regimes mit dem Pauschalvorwurf des „Kominformismus" (d.h. des politischen Agententums für Rußland) zu teilweise hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden, sind für uns Beweise für den arbeiterfeindlichen Charakter des Tito-Regimes. Sie sind dies umso mehr, als diese Prozesse hinter verschlossenen Türen unter Ausschluß jeder Öffentlichkeit stattfanden.

Wir vermissen allerdings in Eurer Aufzählung der Fälle politischer Unterdrückung in Jugoslawien die Berufsverbote und anderweitige politische Verfolgung von zahlreichen Mitgliedern und Anhängern der Zeitschrift „Praxis", die nach unserer Kenntnis in den studentischen Streikbewegungen von 1968, 1970 und 1973 eine einflußreiche Rolle gespielt hat.

Wir sind weiterhin daran interessiert zu erfahren, auf Grund welcher Unterlagen Ihr zu der Einsicht kommt, daß die von dem Tito-Regime als „Kominformisten diffamierten Regime-Gegner" (überhaupt) die wichtigste Opposition in den „sozialistischen Ländern" darstelle. Besitzt Ihr schriftliche Unterlagen oder authentische Dokumente dieser Opposition oder könnt Ihr Euch lediglich auf die in vergangenen Nummern des Arbeiterkampf wiedergegebenen Zitate der bürgerlichen Presse stützen? Denn für die Solidaritätsarbeit ist es natürlich von großer Wichtigkeit, zu erfahren, welche politischen Ziele die sogenannten „Kominformisten" verfolgen, ob sie beispielsweise für eine revolutionäre Umgestaltung des Tito-Staates und für den Aufbau einer wirklich sozialistischen Gesellschaft, d.h. einer Arbeiterräterepublik eintreten, oder ob sie eine reformistische Opposition darstellen, oder gar nur eine andere außenpolitische Orientierung Jugoslawiens suchen.

Zumindest der Fall Dabcevic läßt uns vermuten, daß sich unter den Verhafteten auch Anhänger einer orthodox-stalinistischen Tendenz befinden könnten, die wir keineswegs als „linke Opposition" zum Tito-Regime ansehen. Wir kennen zwar keine politischen Stellungnahmen Dabcevics aus jüngster Zeit. Aber Dabcevic war ein Sprecher der prorussischen, prostalinistischen Tendenz in der jugoslawischen KP, als diese im Juni 1948 aus der Kominform ausgeschlossen wurde. Damals hatte Stalin den Versuch unternommen, durch militärischen Druck von außen (russische, rumänische, bulgarische und albanische Truppen wurden 1948 an Jugoslawiens Grenzen konzentriert, Großmanöver veranstaltet und von Juli 1948 bis Dezember 1949 nicht weniger als 1397 Zwischenfälle an Jugoslawiens Grenzen inszeniert), und durch Organisierung einer prostalinistischen Opposition im Innern Jugoslawiens das Tito-Regime zu stürzen und unter direkte Kontrolle des russischen Imperialismus zu bringen – eine Taktik, wie sie später ähnlich von Breschnew gegen Maos China angewandt wurde.

Unabhängig davon, ob der „Kominformismus"-Vorwurf gegen Dabcevic und seine Freunde zutrifft, treten wir in jedem Fall für seine Freilassung ein. Denn wir sind uns sicher, daß die jugoslawische Bürokratie heute mit den „Kominformismus"-Prozessen einen inneren und äußeren Feind aufbauen will, um so j e d e ernsthafte Kritik des bürokratisch-staatskapitalistischen Regimes zu unterdrücken – ähnlich wie das bei uns die Staatsanwaltschaft mit den Genossen der RAF und anderer revolutionärer Gruppen versucht. Deshalb treten wir unabhängig von der politischen Position der Verhafteten und Verurteilten für die sofortige Freilassung der sogenannten „Kominformisten" und der Angehörigen der albanischen Minderheit in Jugoslawien ein. Wir fordern Euch auf, Eurerseits zu den politischen Verfolgungen der Praxis-Gruppe Stellung zu beziehen.

Mit revolutionärem Gruß
SAG

Anmerkungen der AK-Redaktion

1. Es ist richtig, daß wir die „Praxis"-Gruppe (und eine Reihe weiterer jugoslawischer „Regimekritiker", wie z.B. den im März 1975 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilten Schriftsteller Mihajlov) b e w u ß t nicht in unserem Aufruf berücksichtigt hatten. Und zwar vor allem aus der Überlegung heraus, daß diese Kräfte, insbesondere die „Praxis"-Gruppe, im Westen bereits eine ausgezeichnete „Lobby" haben, die von den Jusos bis zur Springer-Presse reicht, und daß sie zum anderen (soweit es die „Praxis"-Gruppe betrifft) eine außerordentlich privilegierte Stellung haben, verglichen mit den verfolgten „Kominformisten". – Unser Anliegen war es gerade, auf die in der Linken weitgehend t o t g e s c h w i e g e n e Verfolgung der „Kominformisten" aufmerksam zu machen, die – unabhängig, wie man zu den einzelnen politischen Strömungen der jugoslawischen Opposition stehen mag (in den Begriff der Oppostion beziehen wir hier nicht die faschistischen Gruppen und Terror-Banden ein) – zweifellos die am schärfsten unterdrückte Gruppe sind.

Was die „Praxis"-Gruppe angeht, so handelt es sich in erster Linie um Professoren und Dozenten der Universitäten Belgrad und Zagreb, die die seit Februar 1975 verbotene Zeitschrift „Praxis" herausgegeben hatten. Acht von ihnen, die an der Universität Belgrad arbeiteten, wurden entlassen. Hingegen haben die Mitglieder der Gruppe in Zagreb anscheinend ihre Arbeitsplätze behalten, sind aber in ihren politischen Äußerungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Insgesamt sind, nach Angaben des als „Kopf" der Gruppe geltenden Zagreber Professors Rudi Supek bis April 20 Professoren und Dozenten entlassen worden („SZ", 5.4.76). Immerhin wird in diesen Fällen das Berufsverbot erheblich humaner gehandhabt als in der BRD: Die entlassenen Akademiker erhalten weiterhin ihr Gehalt, bis sie eine neue Stelle gefunden haben.

Hieraus geht unserer Meinung nach sehr deutlich hervor, wie sehr die von der bewußten Lobby stark hochgespielte „Praxis"-Gruppe privilegiert ist gegenüber angeblichen „Kominformisten", die für ihre politische Überzeugung zu 10 oder 15 Jahren Haft verurteilt werden.

Zum politischen Standort der „Praxis"-Gruppe: Dieser wird bisweilen mit „neo-marxistisch" angegegen, ist aber eindeutig bürgerlich-antimarxistisch. Am ehesten kann man die Gruppe wahrscheinlich mit westlichen Ideologen wie Marcuse oder auch Bloch vergleichen. Dies erklärt auch, warum die Gruppe sich im Westen, bis zur Springer-Presse hin, eines so regen Interesses erfreut.

Wir würden es für falsch halten, dem revisionistischen jugoslawischen Staat mit der Forderung nach „Freiheit der Lehre" für Gegner des Sozialismus entgegenzutreten. Wieweit das im Einzelnen bei Mitgliedern der „Praxis"-Gruppe der Fall ist, wagen wir nicht zu beurteilen. Die „FAZ" z.B. zitierte den „Praxis"-Ideologen Supek ausdrücklich als Kronzeugen gegen die „Kominformisten" – mit der Äußerung, diese würden toleranter (!) behandelt als die „reformerischen Marxisten" („FAZ", 2.4.76). Wenn Supek wirklich etwas ähnliches gesagt haben sollte, wäre das ausgesprochen zynisch und direkt provokatorisch.

Sicher ist jedoch, daß im Schatten der seit 1968 währenden Auseinandersetzungen um die „Praxis"-Gruppe (im engeren Sinn), die im Westen gehätschelt und vom jugoslawischen Staat vergleichsweise „privilegiert" behandelt wird (verglichen mit anderen Oppositionellen), zahlreiche Studenten und andere Intellektuelle vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, beispielsweise wegen „Rädelsführerei" bei Demonstrationen und Studentenstreiks oder wegen „Trotzkismus". Diese Verurteilten dürften in der Regel unsere Solidarität verdienen, und es ist sicher ein nicht zu unterschätzendes Indiz, daß sich die „Praxis"-Lobby im Westen um diese Menschen kaum kümmert.

2. Wir haben in der Tat – abgesehen von den höchst dürftigen schon im AK zitierten Aussagen – n i c h t s, was es uns erlauben würde, über die politisch-theoretischen Anschauungen der als „Kominformisten" Verurteilten sichere Angaben zu machen. Zum einen verlaufen die betreffenden Prozesse meist ziemlich „abgeschlossen", und zum anderen hat die bürgerliche Presse auch gar kein Interesse, politische Äußerungen d i e s e r Gegner des Tito-Regimes zu zitieren. Das Regime selbst hat es bisher nicht fertiggebracht, seinen Vorwurf, die Angeklagten wollten einen Staat nach sowjetrevisionistischen Muster errichten, zu beweisen, beispielsweise mit programmatischen Dokumenten, Flugblättern oder sonstigen Äußerungen der Betreffenden.

Ein weiterer Punkt ist eben, wie schon gesagt, daß die als „Kominformisten" Verurteilten über keinerlei Lobby, weder im Westen noch in den Staaten des RgW, verfügen. Während die „Praxis"-Leute rege Auslandskontakte unterhalten und sogar der bürgerlichen Presse Interviews etc. geben dürfen, ist das den „Kominformisten" vollständig verwehrt. Andererseits fehlt den jugoslawischen „Kominformisten" auch der Kontakt zu Albanien und zur internationalen „ML"-scene, die sonst skurrilen Gebilden wie der sogenannten „KP Polens" (offensichtlich ein reger Ein-Mann-Betrieb in Tirana/Albanien) eine aufgeplusterte Publizität sichern.

3. Über die Auseinandersetzungen in Jugoslawien Ende der vierziger Jahre und über die Einschätzung der damaligen „Kominform"-Opposition sind wir uns mit den Genossen von der SAG nicht einig. Wir wollen nicht auf ihre Angaben (1397 Grenzzwischenfälle etc.) und auf die Frage der Verantwortung für die damalige Situation eingehen, da dies unserer Meinung nach ein zweitrangiger Aspekt ist. Fakt ist jedenfalls, daß Dapcevic bereits im August 1948 der politischen Verfolgung der „Kominformisten" in Jugoslawien durch Flucht zu entgehen versuchte (wobei er dann festgenommen wurde und zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde). Dies zeigt, meinen wir, daß die „Kominformisten"-Verfolgung in Jugoslawien nicht – wie es sich im Brief der SAG andeutet – einfach als eine (gerechtfertigte?) Reaktion der Tito-Gruppe auf die s p ä t e r e n Manöver, Grenzzwischenfälle usw. darzustellen ist.

Über die damaligen Auseinandersetzungen schrieben die chinesischen Genossen 1963: **„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens besitzt eine ruhmreiche revolutionäre Kampftradition. Der Verrat der Tito-Clique stieß vor allem innerhalb der Partei auf heftigen Widerstand. Um diesen Widerstand zu unterdrücken, benutzte die Tito-Clique die Macht in ihren Händen, um eine große Zahl von Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu blieben, aus der Partei auszuschließen. Allein von 1948 bis 1952 wurden über 200.000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen. Mit der Beschuldigung, ‚Kominform-Elemente' zu sein, wurde in Jugoslawien eine große Zahl von Marxisten-Leninisten, von Revolutionären unter den Kadern und unter der Bevölkerung in den Kerker geworfen und ermordet. Die Zahl der verhafteten und eingekerkerten Kommunisten und aktiven Revolutionäre allein belief sich auf mehr als 30.000"** (aus: „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?", 26.9.63, in „Polemik über die Generallinie", Peking 1965, S. 194).

Dies hindert freilich heute die chinesische Führung nicht, der gegenwärtigen „Kominformisten"-Verfolgung in Jugoslawien zu applaudieren.

Wir erwarten, daß die Genossen von der SAG ihre Stellungnahme zu den „Kominformisten"-Prozessen in Jugoslawien nun auch in ihrer Presse öffentlich machen werden, und rufen alle anderen Organisationen nochmals auf, gleichfalls ihren Standpunkt öffentlich zu erklären.



Die von CDU/CSU verabschiedete Wahlkampfpaole „Freiheit statt Sozialismus" bedeutet ein Einschwenken der gesamten CDU auf die Linie von Strauß, Dregger, Nazi - Filbinger u.a. , knüpft an die Propaganda der reaktionären deutschnationalen Parteien der Weimarer Republik, wie der Kalten - Kriegspolitik der Adenauer - Ära an.

Anhand vieler Orginal - Wahl - Dokumente zeigt die Anti - CDU - Broschüre diese Entwicklung auf.

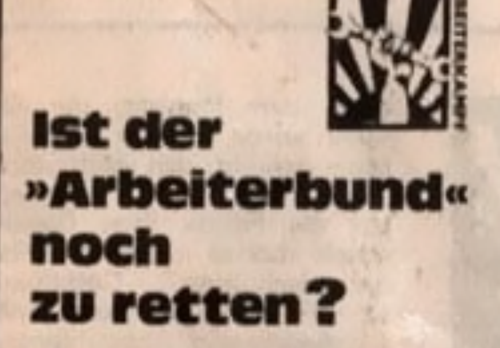
40 Seiten, Format A4, DM 3,– ○



Die Frauenaktionseinheit hat die Wahldiskussion aufgegriffen: Offensichtlich haben die Parteien großes Interesse an den Frauen. CDU, CSU, SPD, FDP, NPD überbieten sich gegenseitig in Frauenfeindlichkeiten.

Hierauf gehen die Beiträge der einzelnen Frauengruppen ein.

76 Seiten, Format A5, DM 2,– ○



Der Ab (bzw. ABG) einer der ältesten kommunistischen Zirkel geht seit einigen Monaten immer rasanter einen Kurs der Fixierung und der Anbiederung an die DKP, bei gleichzeitiger Abkehr von der kommunistischen Bewegung. Im wesentlichen beschäftigt sich die Broschüre mit zwei Themen: Dem Vorschlag des AB zu einer gemeinsamen Erklärung gegen die „Vaterlandsverteidigung" und mit der Politik des AB gegenüber der DKP.

64 Seiten DIN A5 3,– DM ○



Am 17.8.76 jährt sich zum 20. Male der Tag des KPD-Verbotes. Berichtet wird über den Hintergrund des KPD-Verbots-Gesinnungsurteiles, die verschiedenen Versuche der Bourgeoisie, kommunistische Bündnispolitik im Keime zu ersticken.

Im Schatten der militärischen Aufrüstung des Unterdrückungsapparates können sich die neonazistischen Kräfte dagegen ungestört entwickeln.

54 Seiten, Format A5, DM 2,50 ○



Konzert-Mitschnitt vom audi-max Hamburg (Sept. 75), zur Unterstützung des lateinamerikanischen Widerstands. ○
DM 15,–



Die Broschüre gibt ein Bild des libanesischen Klassenkrieges. Es folgt ein Interview mit einem Sprecher der Volksfront (PFLP), Beirut, welches eine klare Darstellung des revolutionären Prozesses im gesamten arabischen Raum gibt.

54 Seiten, Format A4, DM 2,– ○

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes erscheint 14tägig

für 12 Ausgaben	DM 16,80	O
für 24 Ausgaben	DM 33,60	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 24 Ausgaben	DM 40,–	O
Bitte schickt mir ein kostenloses Freiexemplar		O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	DM 4,80	O
für 12 Ausgaben	DM 9,60	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 6,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 12,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des KB für den proletarischen Internationalismus erscheint monatlich

für 6 Ausgaben	DM 14,40	O
für 12 Ausgaben	DM 28,80	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 35,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zu Thema ....

Anschrift ....

....

....

....
Datum Unterschrift

„Informationsstelle Freies Sahara" nimmt Arbeit auf

Auf Einladung der „Informationsstelle Freie Sahara" trafen sich am 25. September erstmals einige Gruppen, Organisationen und fortschrittliche Journalisten, um eine Intensivierung und bessere Koordinierung der Solidaritätsarbeit mit der Frente Polisario und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) zu vereinbaren.

Die „Informationsstelle Freie Sahara" war Ende August vom Informationsminister der DARS, Mohammed Salem Ould Salek, eröffnet worden, hier arbeitet ständig ein Vertreter der F.Polisario. Von den eingeladenen Organisationen waren leider nur die Evangelische Studentengemeinde (ESG), der „Arbeitskreis Dritte Welt", der politische Zirkel „Rheinische Zeitung", ein Vertreter des ASK (Bundesorganisation von DKP, SDAJ, Falken, Naturfreunde etc.) sowie unsere Organisation erschienen. Eingeladene Gruppen wie das SB, die Jusos, das AIB (DKP Intern. Sprachrohr), Falken und die großen humanitären Organisationen (Terre des Hommes, Medico) waren nicht erschienen, außerdem waren einige bedeutende antiimperialistische Gruppen (z.B. AKAFRIK, und IZ3W) versehentlich nicht eingeladen worden. Die vom Initiator bewußt vorgenommene Nicht-Einladung des KBW (und der sonstigen Vaterländler) wegen derer berüchtigter „Sozialimperialismus"-Thesen und ihre Anwendung auf Afrika (Angola etc.) wurde von uns problematisiert, da augenscheinlich bei einigen anderen Gruppen (Revis, Jusos) eine entsprechende Fragestellung bezüglich d e r e n Afrika-Solidaritätsarbeit (Ausklammerung Eritreas etc.) nicht aufgeworfen wurde.

Zur Verbesserung der Solidaritätsarbeit mit dem Volk der Sahauris plant die „Informationsstelle" in nächster Zeit eine ganze Reihe von Aktivitäten, u.a.:

- Demnächst wird – wie von der F.Polisario vorgeschlagen – eine erste Ausgabe eines 14-tägigen Informationsdienstes erscheinen. Dieser Info-Dienst soll vorwiegend authentisches Material der Frente-Zeitung „Sahara-Libre" und der algerischen Presse der interessierten westdeutschen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.
- Einige authentische Filme der sahaurischen Revolution werden bald über die „Informationsstelle" zur Verfügung stehen.
- Die „Informationsstelle" wird sich bemühen, mit anerkannten Persönlichkeiten ein „West-Sahara-Tribunal" durchzuführen.
- Außerdem werden in unregelmäßigen Abständen Kader der F.Polisario und Regierungsvertreter der DARS die „Informationsstelle" besuchen, um über neuere Entwicklungen zu informieren, ggf. auch um Solidaritätsveranstaltungen zu organisieren.

Da einige der anwesenden Organisationen bereits bisher unbekanntes, wichtiges Material aufgearbeitet hatten und eigene Publikationen planten, schlug der Vertreter des KB die gemeinsame Erarbeitung einer umfangreicheren „Sahara-Broschüre" vor. Damit wäre sowohl die größtmögliche Qualität als auch kostengünstige Erstellung und effektiver Vertrieb gewährleistet. Allgemein wurde dieser Vorschlag positiv aufgenommen und auch eine konkrete Zusammenarbeit vereinbart.

Lediglich der Vertreter des ASK (DKP, SDAJ, Naturfreunde etc.) kramte so allerlei „Bedenken" hervor, die insgesamt doch recht nach „Unvereinbarkeitsbeschluß" stanken.

Anschrift der „Informationsstelle":
53 Bonn
Buschstraße 20

Afrika-Kommission

Chile-Solidarität – Ergänzung

Wir berichteten im letzten AK (S.45) von den Solidaritätsaktionen mit dem Chilenischen Widerstand in der BRD anläßlich des 3. Jahrestages des blutigen Putsches. Insbesondere haben wir aufgezeigt, daß die Veranstaltungen und Demonstrationen sowohl an Breite verloren, als auch z.T. in der Klarheit der politischen Stoßrichtung gelitten haben (z.B. Westberlin).

Inzwischen haben wir Berichte von einigen weiteren Chile-Veranstaltungen erhalten, von denen die in Freiburg die größten waren: Hier rief das (vom KBW dominierte) Chile-Komitee am 3.9. zu einer Veranstaltung auf, die von etwa 500 Besuchern gut besucht wurde und auf der die MIR-Musikgruppe KARAXU spielte. Am 10.9. riefen Chile-Komitee und „Gewerkschaftliches Chilekomitee" (beide Freiburg) zu einer weiteren Veranstaltung auf, wobei der Schwerpunkt auf der gewerkschaftlichen Mobilisierung lag. Diese Veranstaltung wurde von etwa 80 - 100 Kollegen besucht.

In AK 89 berichteten wir über die Chile-Demo in Westberlin am 11. September mit etwa 4.000 Beteiligten. Wir schrieben, daß der *„offizielle Veranstalter die ‚chilenische Linke' (Bündnis von MIR, MAPU, PS und IC) war"*. Tatsächlich beteiligten sich an diesem Bündnis in Westberlin auch die rechte Fraktion der alten UP, nämlich die revisionistische PC und die Radikale Partei (PR), Schwesternorganisation der SPD. Allerdings beteiligten sich diese beiden Parteien offenbar nur in Westberlin am Bündnis der „chilenischen Linken".

Eine weitere kleinere Korrektur zu unserem Artikel in AK 89: Das Frauenfest am 11.9. in Bremerhaven war nicht – wie wir mitteilten – ein Fest *„zugunsten des chilenischen Widerstandes"*, sondern hatte das Thema ‚Chile' nur als ein Thema unter anderen behandelt; es wurden dabei 250 Mark für den MIR gesammelt.

Jahreskongreß der „Weltweiten Föderation Äthiopischer Studenten" in Mainz

Vom 25. bis 30.9. hat der vierte Jahreskongreß der „Weltweiten Föderation Äthiopischer Studenten"(WWFES) in Mainz stattgefunden. Die äthiopische Studentenbewegung war vor dem Sturz des Diktators Haile Selassie eine einheitliche Organisation. Mit der Machtübernahme des DERG (äthiopische Militärjunta) hat es eine Spaltung in einen DERG-freundlichen und einen revolutionären Flügel gegeben, der sich an der revolutionären äthiopischen Organisation EPRP orientiert und der in Mainz seinen Kongreß abhielt. Die augenblickliche revolutionäre Situation in Äthiopien wurde als zentrales Thema für den Kongreß gewählt, wobei vor allem die Ergebnisse der Februarrevolution, die den DERG an die Macht brachte, analysiert werden sollten. Neben Fragen der Bündnispolitik zur Herstellung einer „Einheitsfront gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus" sollte die Rolle der Massenbewegungen der Frauen, Studenten etc. im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Die Nationalitätenfrage sollte besonders in Bezug auf den nationalen Befreiungskampf in Eritrea diskutiert werden, der die solidarische Unterstützung der revolutionären äthiopischen Studenten findet.

Auf dem Jahreskongreß in Mainz nahmen Delegierte aus Nordamerika, West- und Osteuropa und Nordafrika teil. Ein Vertreter des KB verlas eine ausführliche, mit viel Beifall bedachte Grußadresse, in der es unter anderem hieß:

„Unsere Solidarität gehört den Befreiungskämpfern in der ganzen Welt, besonders jedoch den Kämpfen in den Ländern, an deren Ausbeutung und Unterdrückung der BRD-Imperialismus in besonderem Maß beteiligt ist. Ihr wißt, daß der BRD-Imperialismus das feudale Terrorregime Haile Selassies durch einen sogenannten „Militärhilfevertrag" voll unterstützt hat, das den Regimen in Äthiopien seit 1965 38 Millionen DM an Ausrüstung und Ausbildung der Repressionskräfte eingebracht hat. Diese BRD-Hilfe wird heute auch für die reaktionäre DERG-Clique fortgesetzt. Wir verurteilen diese erhebliche materielle Unterstützung der totalen Repression und des Terrors in Äthiopien durch die BRD-Regierung auf das entschiedenste".

Eine Resolution gegen den Terror in Äthiopien, der sich gegenwärtig vor allem gegen die EPRP wendet, lag in ihrem Wortlaut bis Redaktionsschluß leider noch nicht vor. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe der INTERNATIONALE abdrucken.

Afrika-Kommission

Veranstaltung gegen die Repression in Griechenland

Am 27. September führten die trotzkistischen Organisationen „OKDE" und „KEM" und die revolutionären Gruppen „OPA" und „K.O. Machitis" eine gemeinsame Veranstaltung gegen die bevorstehenden Prozesse gegen Revolutionäre verschiedener Organisationen im Zusammenhang mit den Straßenkämpfen vom 25. Mai in Athen durch. Die Veranstaltung war mit fast 2.000 Teilnehmern gut besucht. Nach einem gemeinsamen Eingangsreferat zur verschärften Repression der Karamanlis-Regierung gegen die erstarkende fortschrittliche und linke Bewegung fand der breite und sehr gute kulturelle Teil der Veranstaltung großen Anklang.

Zwischen einzelnen Darbietungen wurden Grußtelegramme von „Lotta Continua" (Italien) , „Für den Kommunismus" (Italien), J.P. Satre (Frankreich) , zwei französischen Rechtsanwälten, der GIM (BRD) und einer schwedischen trotzkistischen Organisation verlesen. Außerdem ließen die griechischen revolutionären Gruppen „ELEK" und „OSE" die Teilnehmer grüßen.

Auf der Veranstaltung selber hielten Genossen von „Avantguardia Operaia" (Italien) und ein Vertreter des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) Beiträge.

Der Genosse des KB ging in seinem Referat vor allem auf die Aggressivität des BRD-Imperialismus nach innen und außen ein. Anhand der Erfahrungen mit dem Pohle-Prozeß und den jüngsten Veröffentlichungen über Strauß-CSU-Aktivitäten (siehe dazu in diesem AK) in Griechenland fand dieser Beitrag sehr großes Gehör und Gefallen.

Griechenland/ Türkei- Kommission

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Ansender, damit wir den Spendeneingang quitieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

KB Gruppe Pforzheim	110,00
KB Gruppe Landshut	50,00
KB Gruppe Wedel	58,04
KB Gruppe Lübeck	111,69
H.J.B., Berlin	100,00
unbekannt	23,32
Verkaufserlös Wahlaufkleber von Kieler Genossin	9,00
Reisegruppe Stuttgart	51,70
Einweihungsfeier von Genossen in Hamburg-St. Georg, Sammlung	220,00
KB Gruppe Bremerhaven	140,00
BO Barmbek, KB Gruppe Hamburg	108,00
BO Wandsbek/Billstedt, KB Gruppe Hamburg	11,00
Druckbereich KB Gruppe Hamburg und Druckerkollegen	756, 65
KB Gruppe Kassel	113,00
Wohngemeinschaft in Nürnberg, Sammlung	70,00
Betriebszelle Valvo, Hamburg	220,00
Metall-Bereich Hamburg, Schulungssitzung der Anleitung	230,00
KB Gruppe Bremen	107,00
KB Gruppe Cuxhaven	50,00
Flohmarkt-Verkauf, BO Hamburg St. Pauli	343,10
Betriebszelle Beiersdorf, FZ	530,00
Italien-Feier, Hamburg	150,00
Sammeldose HDW-Genossen, Hamburg	30,00
Sportgruppe, HDW/Hamburg	40,00
Betriebszelle HDW 2, Hamburg	170,00
Metallbereich aus Plaketten-Erlös, Hamburg	700,00
AK-Lesekreis Metall/Hamburg St. Georg	15,00
Metall-Komitee, Hamburg	200,00
Sammeldose Arbeiterbuch, Hamburg	305,00
Betriebszelle Post, Hamburg	220,00
Bezirksgruppe Winterhude	43,00
KB Gruppe Stade	300,00
BO Hamburg St. Pauli	125,00
Veranstaltung von Frauengruppen aus dem ÖTV-Bereich, Hamburg	1.220,65
Summe	6.931,15

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf DM 67.477,35

Für MIR, Chile

Sammlung bei Lehrern in Lübeck	63,00
Bayern-Veranstaltungen Mai/Juni 76	980,00
Br. M., Hamburg Eimsbüttel	180,00
Sammlung Frauenfest, Bremerhaven	250,00
G.Z., München	30,00
Wohngemeinschaft Hamburg-Eppendorf	22,00
Sammeltopf Verlag Arbeiterkampf	83,88
Fahrpreisfest, Lübeck	264,75
BO Hamburg Eimsbüttel-Süd	20,00
Skatabend Metallbereich Hamburg	90,00
Veranstaltung Dortmund	65,00
Summe	2.048,63

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf DM 276.792,67

Für SWAPO, Namibia

A.S. Essen	112,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf DM 4.213,49

Polen nach den Arbeiterkämpfen

Warschau. Sieben Arbeiter der Ursus-Werke, die im Juni wegen ihrer Beteiligung am Volksprotest gegen die Anhebung der Lebensmittel-Preise verurteilt worden waren, wurden am Montag freigelassen. Der Oberste Gerichtshof Polens hat ihr Strafmaß auf ein Jahr mit Bewährung reduziert und hat anerkannt, daß „die sieben immer vorbildliche Arbeiter waren". Während des Prozesses hingegen waren sie als „asoziale Elemente und Rowdies" bezeichnet worden.

Im Gefängnis bleiben jedoch die Verurteilten von Radom, wo der Protest besonders stark und massenhaft war. Und es bleiben auch die zahlreichen politischen Entlassungen, die nach den Demonstrationen vorgenommen worden waren (übersetzt aus „il manifesto", 29.9.).

Ein Offener Brief „an die polnische Nation und Regierung" wird in Polen verbreitet, um die Bildung eines Komitees zur Verteidigung der nach den Aktionen des 25. Juni gegen die von der Regierung beschlossenen Preiserhöhungen verfolgten polnischen Arbeiter bekannt zu geben.

In dem Brief ist die Rede von „brutaler Repression" gegen die Arbeiter, und es wird hervorgehoben, daß die Bildung des Komitees notwendig geworden sei, weil die polnischen Gewerkschaften sich nicht um die Verteidigung der Rechte der Werktätigen kümmern.

Unter diesen Rechten stellt der Brief das der Meinungsfreiheit, das Streikrecht und schließlich das Recht auf Arbeit heraus. Die Erwähnung des Rechts auf Arbeit enthält einen deutlichen Bezug auf die Massenentlassungen, die es in den letzten Monaten in den Industriebetrieben gab, deren Belegschaften an den Streiks vom 25. Juni teilgenommen hatten.

Die Gründer des Komitees wenden sich an alle Polen und bekräftigen, daß es notwendig ist, örtliche Komitees in allen Betrieben aufzubauen und alle Formen der Repression bekannt zu machen.

Das Komitee berichtet außerdem, daß die Gefangenen und ihre Familienangehörigen juristische Hilfe und finanzielle Unterstützung brauchen. Es teilt mit, daß es bereits eine Summe von 160.000 Zloty (knapp 25.000 Mark) gesammelt und an die Familienangehörigen der inhaftierten Arbeiter verteilt hat (übersetzt aus „Quotidiano dei Lavoratori", 30.9.).

DKP-Schläger in Aktion

Oldenburg. Am Samstag, den 25.9.76, fand um 20 Uhr in der Oldenburger Weser-Ems-Halle ein „Wahlfinale" der DKP mit deren Vorsitzenden Mies statt. DKP-Ratskandidat Klaus Döpke: „Herzlich willkommen in der Halle. Von unserem Wahlkampf soll jeder was haben ... Viel Vergnügen wünscht ...". Versprochen war: „Dampf, Musik und gute Argumente"!

Die Argumente waren mies, der „Dampf" war vor allem in den Fäusten der DKP-Schläger. Mit 60 Mann stürzten sie sich vor Beginn des Rummels auf ca. 30 Mitglieder und Anhänger des KBW, der vor der Halle Agitation betrieb (davon etwa die Hälfte Mädchen und Frauen).

Ohne Vorwarnung sprühten die DKP-Schläger zuerst Tränengas in die Menge und prügelten dann mit Vierkanthölzern (fast einen Meter lang), mit Fahrradketten (um die Hände gewickelt) und mit fast armdicken Telefonkabeln los. Außerdem holten sie Feuerlöscher aus ihren Autos und sprühten den Inhalt aus einem bis zwei Metern Entfernung direkt in die Augen. Die leeren Behälter warfen sie unter die Menschen. So wurden die KBW-ler ca. 150 Meter über den gesamten Parkplatz vor der Halle getrieben, ohne daß sie Gegenwehr leisteten, was ohne Besitz von Schlagwaffen hier auch gar nicht möglich war. Am Rande wurden auf einzelne Genossen Treibjagden veranstaltet, z.B. wurde ein Zeitungsverkäufer, der zu seinem Wagen gehen wollte, von vier bis sechs DKP-lern eingeholt, auf die Erde geschleudert, an den Haaren gezogen, getreten und verprügelt; der Genosse blieb blutend liegen. Mehrere Genossen mußten ins Krankenhaus geschafft werden; bei einem besteht der Verdacht auf ein Blutgerinnsel am Hirn – das ist lebensgefährlich!

Unter den Schlägern befanden sich u.a. die Oldenburger Kommunalwahlkandidaten Bernd Gerlich und Reimund Belling. Beide üben Funktionen in der DKP aus. Ein Teil dieser Fausthelden war aus Bremen angereist. Alle Umstände belegen eindeutig, daß diese Prügelorgie vorher geplant und vorbereitet worden ist. (Informationen laut GIM, KBW, Augenzeugen.)

Antikommunistische Provokationsstrategie

Wie fast überall in Niedersachsen ging die DKP auch in Oldenburg mit den fragwürdigen „Enthüllungen" über den KBW-Ortssekretär aus Hannover hausieren, der angeblich ein Agent des Verfassungsschutzes sei, wofür die DKP aber bislang keine stichhaltigen Beweise vorlegen konnte. Die Oldenburger Prügelorgie ist ganz offensichtlich auch vor dem Hintergrund dieser Hetz- und Diffamierungskampagne der DKP gegen den KBW zu verstehen. Daß ein Verteiler dieses Schweinkrams in der Oldenburger Innenstadt von einem KBW-ler eine gelangt bekommen haben soll, wurde von den DKP-Funktionären ebenso eilfertig zur weiteren militanten Aufhetzung der Mitglieder aufgegriffen. Ähnlich war es zuvor z.B. in Göttingen, wo sich die DKP darüber beklagte, der KBW wolle ihr das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen, weil Verteiler der Schweins-„Dokumentation" eins auf die Pfoten bekommen hatten. Ganz offensichtlich legt die DKP es – z.Zt. besonders in Niedersachsen – auf eine offene Provokation mit dem KBW an, die sich schnell auf andere linke Gruppen ausdehnen läßt – der faule ideologische Boden ist dafür längst bereitet.

Besonders erschreckend ist an dem Oldenburger Geschehen, wie weit die Enthemmung und Brutalität bis zur Grenze lebensgefährlicher Verletzungen bei der DKP bereits gediehen ist. Natürlich sind Schlägereien der DKP auch in Oldenburg nicht neu: Bei den „Oldenburger Zelttagen", einer Wahlkampfveranstaltung der DKP, wurden schon KBW-Genossen durchs Gelände gehetzt und verprügelt; die Prügelorgie vom 25.9. stellt demgegenüber aber eine krasse Eskalation dar.

Trotz der vielen Augenzeugen (nicht nur des KBW) behauptete der Oldenburger DKP-Vorsitzende Müller in der „Nordwest-Zeitung" vom 27.9., ihm sei „von einer Schlägerei nichts bekannt". Wir setzen uns dafür ein, gegen die DKP-Schläger a u c h mit Strafanzeigen vorzugehen!

„Antifaschismus" der DKP: Immer feste druff – auf die „Chaoten"!

Die DKP schein ihren „antifaschistischen" Kampf ganz auf die sogenannten „Chaoten" konzentrieren zu wollen – gemäß der These, daß es sich bei denen unterschiedslos um „Reaktionäre" handelt, die für Strauß arbeiten. Gegen die Faschisten der NPD z.B. lassen sich irgendwelche Aktivitäten der DKP in Oldenburg schon lange nicht mehr ausmachen. Bei öffentlichen Kundgebungen der NPD ist weit und breit niemand von diesen „Antifaschisten" zu sehen, geschweige denn, daß sie antifaschistische Proteste unterstützen würde. Allenthalben beschwört die DKP die demokratischen Grundrechte – welch Geschwätz angesichts ihres Terrors gegen links und ihrer Zurückhaltung gegenüber rechts! Dasselbe in Sachen Berufsverbote, wo ebenfalls eher eine Verschärfung anstatt einer Lockerung der Unvereinbarkeits- und Spalterpolitik der DKP zu verzeichnen ist. Als ein KB-Genosse in Oldenburg am 15.9. vor einer Veranstaltung ein Flugblatt verteilte, in dem auch solidarisch gegen Berufsverbote für DKP-Mitglieder Stellung genommen wurde, kriegte er unbesehen eins auf die Nase!

KB/Gruppe Oldenburg

DKP: Omis und Opis an die Front!

Die DKP, von übermäßigen politischen und moralischen Skrupeln schon in stilleren Zeiten kaum geplagt, gebährdete sich in der Endphase des Wahlkampfs wieder einmal total hemmungslos. Hauptfeind: die „maoistischen" Stimmzettel-Konkurrenten der DKP!

Erst „entlarvte" die DKP einen KBW-Funktionär als angeblichen Agenten des „Verfassungsschutz" – wofür die DKP freilich die Beweise bis heute schuldig blieb (siehe AK 89). Wenig später „entlarvte" dann zur Abwechslung der DKP-freundliche „Extra-Dienst" (Westberlin) einen „KPD"ler als „Agenten" („ED", 28.9.). Der Betreffende war bis 1974 Mitglied der DKP und war seit seinem Bruch mit der DKP von den Revisionisten als „Agent" diffamiert worden. Eine übliche Methode der DKP, um solche Leute von ihren Freunden und Bekannten in der DKP zu isolieren! – Beweise lieferte der „ED" für seine „Enthüllung" natürlich gleichfalls nicht.

Ein besonders schäbiges Wahl-Manöver der DKP sind örtliche Aufrufe „langjähriger Kommunisten", in denen wüst gegen die „Maoisten" vom Leder gezogen wird. Diese Flugblätter haben – abgesehen von notwendigen Details – alle exakt den gleichen Wortlaut. Den betreffenden Omis und Opis hat die DKP-Führung nur noch das Unterschreiben der Schmierblätter überlassen!

Die Aufrufe entsprechen ganz dem in der DKP-Führung herrschenden Ungeist der aufgeblähten Selbstherrlichkeit und kleinbürgerlichen Prahlsucht. In den Aufrufen preisen sich die Unterzeichner an als *„Kampfgefährten des unvergessenen Arbeiterführers Ernst Thälmann"*. – *„Wir älteren Kommunisten halten mit unserer Meinung nicht hinter dem Berg"*, wird großkotzig verkündet, und dann folgt nichts als leere, dumme Phrasen gegen „die Maoisten". Obwohl die Verfasser des Aufrufs den Omis und Opis in den Mund gelegt haben, sie würden *„im Monopolkapital und seinen Parteien den Hauptfeind unseres Volkes"* sehen, findet sich ansonsten kein einziges Wort gegen die Bourgeoisie in dem Aufruf. Stattdessen wird in der üblichen Fälscher-Manier mit der alten Geschichte gearbeitet, Genscher habe „in einer vertraulichen (logisch! also kann man nichts beweisen!) Sitzung" gesagt: „**Wir möchten die Maoisten in der politischen Landschaft der Bundesrepublik nicht missen**". – Auf einen solchen Niveau bewegt sich der gesamte Aufruf! ...

Nun kann man gegen „KPD" und KBW vom k o m m u n i s t i s c h e n Standpunkt aus sicher viel Kritisches sagen. Aber die DKP, die den Kommunismus preisgegeben hat, hat damit auch die Fähigkeit zur kommunistischen Kritik bürgerlicher Politik (wie sie zweifellos von „KPD" und KBW produziert wird) eingebüßt.

Das Feld der DKP ist die dümmliche Phrasendrescherei, das inhaltlose Gekeife, das Fälschen, Lügen und Diffamieren – und wenn gar nichts mehr hilft, wird einfach drauflos geprügelt.

Zu diesem Thema hat die DKP-Zeitung „UZ" (17.9.76), gleichfalls als Produkt der „heißen Phase" des Wahlkampfs, eine Karikatur abgedruckt (siehe nebenstehend), die eine schlichte Aufforderung darstellt, „maoistische" Flugblattverteiler zusammenzuschlagen! Das Ding wird auch dadurch nicht besser, daß der Zusammengedroschene als Mitglied der „KPD/ML" karikiert ist. Was hier zum Ausdruck kommt, ist vielmehr die offen faschistoide Gesinnung in den Reihen der DKP, die sich zudem feige hinter dem Antikommunismus der „Massen" versteckt.

Am selben Tag mit der Karikatur erschien in der „UZ" auch ein Artikel, der sich speziell mit der „KPD" befaßte. Es hieß da beispielsweise: *„In vielen Fragen nehmen sie Anleihen aus Verfassungsschutzberichten* (!), *die sie mit einigen radikalen Phrasen garnieren"*. *„Ganz offensichtlich* (!) *beziehen diese Fälscher ihre Direktiven* (!) *und ihre politische Ideologie direkt* (!!) *aus dem NATO-Hauptquartier* (!) *und von der Bundeswehrgeneralität"*. – Da glaubt man sich doch wahrlich in die Hirngespinste der ELC (Rockefellers große Verschwörung etc.) versetzt! Und mit einem solchen Mist will die DKP Politik machen? Was für eine Politik?! ...

Zur „heißen Phase" des DKP-Wahlkampfs gehörte schließlich offensichtlich auch der Artikel „Maoisten-Bekenntnis zu Strauß und Dregger" in der DKP-nahen „tat" vom 24.9. Da wurde der Wahlaufruf der Frankfurter Sekte MLD („Marxisten-Leninisten Deutschland") zugunsten von Strauß (siehe AK 88, S. 46) zum Anlaß genommen, um wieder einmal pauschal gegen „d i e maoistischen Grüppchen" loszuholzen. Wie gesagt, mit Kommunismus haben „KPD" und KBW nicht mehr viel zu tun (das haben sie mit der DKP immerhin gemeinsam!). Aber für Strauß sind sie sicher nicht. Die Sekte MLD und ihre paar örtlichen Ablegerchen bringen es in der gesamten BRD höchstens auf 30 Leute, was wahrscheinlich noch nicht einmal einem Prozent der in KBW, „KPD" und „KPD/ML" organisierten Mitglieder entspricht. Diese Sektchen pauschal mit „d e n Maoisten" gleichzusetzen, verrät also demagogische Absichten. Klar ist im Übrigen auch, daß die DKP a l s e i n z i g e aus der Existenz dieser Sektchen Vorteil zieht, um mit ihrer Hilfe „die Maoisten" insgesamt (wozu im Bedarfsfall dann mühelos auch der Kommunistische Bund gerechnet wird!) abzukanzeln.

Daß die DKP-Führung mit derartigen Methoden Menschen, ü b e r z e u g e n, g e w i n n e n kann, wird sie wohl selbst nicht annehmen. Was sie bewirkt, ist nur die verstärkte Verhetzung und Aufputschung ihrer eigenen Reihen. Und mehr bezweckt sie womöglich auch gar nicht?

?!

Wenn einer, der mit Wut und Schwung,



gelesen hat Mao-Tse-Tung,



glaubt, er sei Revolutionär,



so irrt sich der!

„UZ", 17.9.76. So propagiert die DKP ihre Schlägermethoden. Gegen „Maoisten" – natürlich n i c h t gegen CDU oder NPD!

Die DKP und ihre „Agenten"

Nachdem die DKP-Führung Anfang September einen KBW-Funktionär in Hannover als angeblichen Agenten des Verfassungsschutz „entlarvte" (siehe AK 89), kam zwei Wochen später in genau gleicher Aufmachung eine weitere „Dokumentation" der DKP Niedersachsen heraus – diesmal gegen ein früheres Mitglied der DKP, Herbert Beyer, der seit 1974 bei der „KPD" ist.

Beweise bringt die DKP in der zweiten „Dokumentation" ebenso wenig wie in der ersten. Diesmal wird behauptet, Beyer habe u.a. am 6. August 1976 *„Besuch von einem bekannten V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes"* bekommen.

Wir haben schon anläßlich der letzten „Enthüllung" der DKP geschrieben, daß die DKP derartige Geschichten – sollten sie wahr sein – selbstverständlich nur berichten könnte, wenn sie selbst tief in geheimdienstliche Manipulationen verstrickt ist. Wir glauben aber nicht einmal das, sondern halten diese Geschichten für dreiste Erfindungen. Bezeichnenderweise hat die DKP auch noch kein einziges Foto vorgelegt, das einen der Beschuldigten zusammen mit einem „Agenten-Führer" zeigt, obwohl die DKP angeblich deren Treffs belauscht haben will ...

Noch etwas anderes fällt dabei auf: Angeblich weiß die DKP schon seit dem September 1975 (!!), daß der KBW-Funktionär aus Hannover Kontakt zum VS gehabt haben soll. Erst ein Jahr später, ausgerechnet in der Schlußphase des Wahlkampfes, brachte die DKP dann ihre „Enthüllung" heraus! **Die DKP-Führung hätte es also – falls ihre Geschichte stimmt – ein Jahr lang stillschweigend geduldet, daß der KBW-Funktionär weiter für den VS wirkte und damit nicht nur einfache KBW-Mitglieder, sondern auch Sympathisanten und verschiedenste Menschen, die irgendwann mit dem KBW zu tun hatten, gefährdete. Die DKP-Führung hätte also, falls (!) ihre Geschichte stimmt, ein ganzes Jahr lang die Rolle eines schweigenden Mitwissers und Komplizen des Amtes für Verfassungsschutz gespielt!** Höchst aufschlußreich, falls es stimmen sollte!!

Nicht anders verhält es sich mit dem früheren DKP-Mitglied Beyer. Schon als er im September 1974 (!) die DKP verließ, wurde er in der bekannten Manier gleich als „Agent" diffamiert. Ausgerechnet zwei Wochen vor der Bundestagswahl jedoch hielt es die DKP für richtig, diese Sache als große „Enthüllung" aufzutischen und von einem „Agenten-Treff" zu berichten, der angeblich am 6. August – immerhin rund fünf bis sechs Wochen vor dem Erscheinen der neuen „Enthüllung" (!!!) – stattgefunden haben soll.

Wir meinen: Diese Geschichten stinken von hinten und von vorn! In der Manier bürgerlicher Parteien wollte die DKP mit Skandal-Geschichten Wahlkampf machen. Wir sind sicher, daß dieses schmierige Unterfangen in erster Linie der DKP s e l b s t geschadet hat!

PSU-Initiative für Russel-Komitee

Zusammenarbeit mit Hindernissen

Im AK wurde bereits mehrfach über eine vom KB unterstützte Initiative der französischen PSU berichtet, nach Vorbild der früheren Russel-Tribunale ein internationales Komitee gegen die Repression in der BRD zu schaffen. Nach dem ursprünglichen Zeitplan sollte dieses Komitee bereits im September mit der Arbeit beginnen. Nach der ersten spontanen Begeisterung für diese Idee machen sich jedoch auch die Widersprüche und unterschiedlichen Vorstellungen darüber bemerkbar. So erhebt nach letzten Informationen die englische Russel-Foundation (die die bisherigen Tribunale offiziell veranstaltet hat und gewissermaßen das „copy-right" dazu besitzt) Bedenken gegen eine Beteiligung der linken Organisationen an dem geplanten Komitee. Alternativ dazu steht der Vorschlag, den Schwerpunkt mehr auf wissenschaftliche Untersuchungsarbeit bekannter demokratischer Intellektueller über die Situation in Westdeutschland zu legen. Wir halten es für notwendig, diese Widersprüche möglichst klar herauszuarbeiten und innerhalb der Linken zu diskutieren. Deshalb geben wir hiermit einen Bericht des Diskussionsstands unter den bisher beteiligten westdeutschen Gruppierungen. Gleichzeitig hoffen wir, damit die zahlreichen Leserbriefe und Anfragen, die an uns in dieser Sache bereits gerichtet wurden, soweit als möglich zu beantworten.

Bereits seit einigen Wochen fanden Treffen von Vertretern des SB, KB, ID („Informationsdienst") und der GIM statt, um – auf Grundlage eines ersten PSU-Aufrufs (siehe AK 84) und in Absprache mit der PSU – ein regelmäßiges Informations-Bulletin über die Repression in der BRD für das geplante Russel-Komitee zu erstellen. Dieses Bulletin sollte dann von den beteiligten ausländischen Gruppen jeweils übersetzt und in ihrem eigenen Land vertreiben werden.

Nachdem die GIM anfangs die Tendenz vertreten hatte, sich auf die Frage der Berufsverbote zu beschränken, konnten als Themenkomplexe

Frage der Berufsverbote zu beschränken, konnten als Themenkomplexe

des Bulletins verabredet werden: Berufsverbote, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Aufrüstung und reaktionäre Ausrichtung des Staatsapparates, Klassenjustiz und die Unterdrückung innerparteilicher Kritik in der SPD. Sogar die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den DGB-Gewerkschaften als eine der wichtigsten Folgen des „Radikalenbeschlusses" wurde von der GIM zunächst abgelehnt mit dem Argument, man wende sich mit dem Russell-Komitee ja auch an bürgerliche Teile des ausländischen Protests. Diese dürften jedoch nicht das Recht erhalten, sich in die Belange des DGB als einer Arbeiterorganisation „einzumischen".

Keine Einigung konnte über den Vorschlag des KB erzielt werden, daß auch der Komplex Neofaschismus in das Bulletin aufgenommen werden müsse.

GIM und SB befürchten dabei, der KB könne seine Einschätzung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in das Bulletin hineintragen. Tatsächlich denken wir jedoch gar nicht daran, den untauglichen Versuch zu unternehmen, eine unter den beteiligten Organisationen offensichtlich umstrittene Sache irgendwie doch noch „einzumogeln". Vielmehr geht es darum, dem Ausland die nüchternen T a t s a c h e n (Polizeischutz für die NPD gegenüber Antifaschisten, Nazis in hohen Staatsämtern etc.) nicht vorzuenthalten. Wir gehen davon aus, daß die ausländischen Genossen gerade hierin eine hohe „Sensibilität" entwickelt haben und ohne weiteres s e l b s t in der Lage sind, diese Fakten richtig einzuordnen.

Bis auf dieses letzte Problem, mit dessen (Nicht-)Behandlung wir nicht einverstanden sein können, muß aber gesagt werden, daß die Arbeit an der ersten Ausgabe des Bulletins im großen und ganzen zügig und in einer sachlichen Atmosphähre vonstatten ging.

An einer Reihe scheinbar „nur formaler" Fragen wurden jedoch bald die unterschiedlichen Intentionen deutlich. Dabei ergab sich meist eine Übereinstimmung zwischen SB und GIM einerseits sowie KB und ID andererseits:

– SB und GIM haben Bedenken dagegen, bei der Herausgabe des Bulletins die an der Erstellung beteiligten Organisationen auch zu nennen. Dies könne etwa Juso-Gruppen von einer Teilnahme an der Initiative abhalten.

– Bedenken bestehen auch gegen einen Vertrieb des Bulletins in der BRD selbst.

– Offenbar sind GIM und SB auch nicht damit einverstanden, daß Informationen über den Aufbau dieser internationalen Initiative im ARBEITERKAMPF und im „Informationsdienst" relativ rasch an die Öffentlichkeit kamen (tatsächlich berichtete jedoch auch die GIM in „Was Tun?" darüber – und zwar ebenfalls unter Nennung der beteiligten Organisationen). Eingewandt wird, daß eine *„zu starke voreilige Mobilisierung das Russel-Komitee infrage stellen"* würde (so ein SB-Vertreter).

Müssen ausgerechnet wir als „Dogmatiker" (?) das SB auf seine eigene Forderung nach *„basisnaher Politik"* hinweisen? Denn als wesentlichen Aspekt dieses ganzen Unternehmens sehen wir die Möglichkeit, damit breite Teile der „unabhängigen Linken" gegen die Repression in der BRD zu a k t i v i e r e n. Gerade deshalb würden wir eine „Informationssperre, bis alles perfekt ist", für falsch halten. Ein solches Vorgehen („Warten auf Sartre...") würde eher eine passive „Konsumentenhaltung" als die Eigeninitiative der Basis fördern. (Übrigens glauben wir auch nicht, daß ein solches Vorgehen im Sinne fortschrittlicher Persönlichkeiten wie z.B. Sartre wäre).

„Organisationen oder Persönlichkeiten"?

„Organisationen oder Persönlichkeiten"?

Die „Bedenken" des SB kreisen immer wieder um den Punkt der Einbeziehung der linken Organisationen in die Kampagne. Tatsächlich erklärten die SB-Vertreter auf einer Sitzung des Redaktions-Kollektivs klipp und klar, sie seien keineswegs bereit, mit den anwesenden Organisationen etwa ein westdeutsches Berufsverbote-Komitee zu bilden. Bei der Zusammenarbeit zwischen GIM, ID, KB und SB ginge es nicht darum, einen *„Kommandostab"* für die Organisierung einer nationalen Kampagne aufzubauen, sondern ausschließlich um das Sammeln von Informationen für das geplante Russel-Komitee. Die GIM unterstützte diese Position: Ein solches Informations-Bulletin sei nur für's Ausland interessant, eine Aktionseinheit der westdeutschen Linken stünde hier gar nicht zur Debatte.

Noch deutlicher wurde ein SB-Vertreter, als er ausführte, es wären „zwei Modelle" für diese Kampagne denkbar:

– das *„Modell PSU"*

– und das *„Modell Russel-Foundation"*.

Wir können dies nur so verstehen, daß das SB ein Komitee im Auge hat, das sich aus demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzt, und wo vor allem jeder äußere Anschein einer Beteiligung revolutionärer und überhaupt linker Organisationen vermieden wird, „um die Breite nicht einzuschränken". Dieses Komitee würde nach Art der früheren Tribunale aus bekannten Intellektuellen bestehen, Untersuchungen anstellen, eine „Jury" bilden, ein „Urteil" über die Repression in der BRD fällen usw. Wir sind weit davon entfernt, die Funktion einer solchen Tätigkeit zu unterschätzen (breite öffentliche Aufmerksamkeit etc.).

Andererseits ist auch klar, wo die Beschränktheit einer solchen Intellektuellen-Kommission liegt: Durch das strikte Heraushalten nicht nur der linken Organisationen, sondern auch aller demokratischen Initiativen, Komitees etc.fehlt natürlich eine tragfähige Grundlage für eine Durchführung der Kampagne auf Massenebene (Veranstaltungen, Demonstrationen etc.). Das heißt konkret: Was diesen (wichtigsten!) Aspekt der Kampagne angeht, wird "alles beim Alten bleiben". Verschiedene Gruppen oder Organisationen werden die Arbeit des „Tribunals" zum Anlaß für Aktivitäten gegen die Repression nehmen (oder auch nicht).

Was die Zersplitterung der westdeutschen und die fehlende internationale Zusammenarbeit der Linken überhaupt angeht, ist jedenfalls nicht mit qualitativen Fortschritten zu rechnen. Ebensowenig besteht eine längerfristige Perspektive.

Tatsächlich müßten sich die Genossen vom SB, wenn dies der Mehrheitsposition entspricht, unserer Meinung nach sogar den Vorwurf der Massenfeindlichkeit gefallen lassen. Denn die Erfahrungen der bisherigen Russel-Tribunale wie auch verschiedene Versuche der DKP in ähnlicher Richtung zeigen, daß die „prominenten Persönlichkeiten" zwar leichter in die bürgerlichen Massenmedien kommen, andererseits damit durchaus noch keine Aktivierung der Basis verbunden ist. Sollen wir den zahlreichen Gruppen, die jetzt schon ihr Interesse an einer Mitarbeit an diesem Projekt angemeldet haben und nur darauf warten, „loslegen" zu können, tatsächlich sagen, sie sollten bitte warten, bis die „prominenten Persönlichkeiten" zusammengetreten sind – und dann könnten sie interessante Informationen als „Beweismaterial" in das Tribunal mit einbringen...? Diese Politik ist wirklich nicht sehr „basisnah"! Im Gegenteil würde eine solche Politik in der Konsequenz dazu führen, Basisaktivitäten der Rüchsichtnahme auf „linke" Sozialdemokraten, denen es nicht „zu radikal" werden darf, zu opfern.

Um nicht mißverstanden zu werden:

nicht „zu radikal" werden darf, zu opfern.
Um nicht mißverstanden zu werden:

Wir sind durchaus nicht g e g e n die „prominenten Persönlichkeiten". Wir meinen bloß, daß nicht die Massenmobilisierung sich den Intellektuellen und ihrem Ansehen in Presse, Fernsehen, bei Abgeordneten und sonstigen Institutionen unterordnen müßte, sondern umgekehrt: Das Auftreten der Intellektuellen muß sich nach den Bedürfnissen der Massenmobilisierung richten. Dies war die Intention des PSU-Aufrufs, der von uns u.a. gerade deshalb so positiv eingeschätzt worden ist. Deshalb halten wir an dem Vorschlag fest, ein internationales Komitee zu bilden, in dem ein möglichst breites Spektrum der westeuropäischen Linken vertreten sein sollte. Ein solches Komitee müßte gegebenenfalls n e b e n dem „offiziellen" Russel-Tribunal aufgebaut werden, wenn die Bedenken der Russel-Foundation gegenüber dieser Konzeption nicht beseitigt werden können. Ebenso setzen wir uns dafür ein, in der BRD ein nationales Treffen aller an dieser Kampagne Interessierten durchzuführen (linke Organisationen, Berufsverbote-Komitees, Gruppen fortschrittlicher Anwälte, gewerkschaftliche Kreise, Alternativ-Zeitungen etc.), um auf nationaler wie auch lokaler Ebene Aktionseinheiten (und sei es zunächst nur in Ansätzen) zu schaffen.

Last not least noch ein weiterer entscheidender Aspekt: Vor lauter bornierten Vorbehalten, diese Kampagne endlich gemeinsam anzupacken und dem dabei entstehenden unerfreulichen Hickhack gerät die notwendige i d e o l o g i s c h e Auseinandersetzung um die Einschätzung der Repression völlig in den Hintergrund. Ein guter Teil der für zwischenorganisatorische „Diplomatie" aufgewandten Energie wäre in grundsätzlichen Artikeln über die zwischen den Beteiligten ungeklärten Fragen erheblich besser investiert.

Politische Musik heute

Konzert- und Diskussionsreihe vom 20. – 22.10.

Anfang August wandte sich die Hamburger Rockgruppe ‚Oktober' mit folgenden Vorschlägen an verschiedene fortschrittliche Organisationen und Initiativen: In den Städten Frankfurt, Hamburg und Westberlin sollen vom 20. bis 22. Oktober '76 gemeinsame Konzerte mit der Gruppe „Schmetterlinge" (aus Wien) stattfinden. – Mit dem Ziel, eine „Initiative fortschrittlicher Musiker" aufzubauen, sollen in der darauffolgenden Woche in den genannten Städten Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Politische Musik heute" durchgeführt werden.

An den Vorbereitungsgesprächen zu den Konzertveranstaltungen nahmen in Hamburg Vertreter der ESG, des SB und des KB – in Frankfurt und Westberlin jeweils Vertreter des SB und KB teil. Die genannten Institutionen und Organisationen haben ihr Interesse bekundet, die Bildung einer „Initiative fortschrittlicher Musiker" zu fördern und die geplanten Konzerte zu unterstützen.

Wir vom KB halten die von der Gruppe ‚Oktober' ergriffene Initiative deshalb für so wichtig, weil sich damit erstmals die Möglichkeit ergibt, gemeinsam die vorhandenen Ansätze einer fortschrittlichen Kulturarbeit zu diskutieren, Erfahrungen in der Erarbeitung von Texten und Musik etc. auszutauschen und so einen Zustand zu überwinden, wo die kulturelle Arbeit immer noch als „Freizeitbeschäftigung" Einzelner neben der politischen Arbeit herläuft. Darüberhinaus halten wir es für wichtig, die Zusammenarbeit und den Zusammenschluß fortschrittlicher Musiker in der geplanten „Initiative" zu fördern, weil nur so dem zunehmenden Druck und den schärfer werdenden Angriffen auf die Kulturschaffenden begegnet werden kann.

Wir rufen alle Mitglieder und Sympathisanten des KB sowie die Leser dieser Zeitung auf, an den angekündigten Konzerten teilzunehmen (Kollegen, Kommilitonen, Mitschüler, Freunde und Verwandte mitzubringen). Die in der Kulturarbeit engagierten Genossinnen und Genossen fordern wir auf, die geplante „Initiative" mit aufzubauen und nach Kräften zu fördern.

Schmetterlinge

Die „Schmetterlinge" gibt es seit ungefähr sechs Jahren. Am Anfang machte die Gruppe hauptsächlich Volksmusik und englischsprachigen Folk-Rock und konzentrierte alle Bemühungen darauf, gute Musik zu machen. Einige Jahre später schreiben sie selbst: „Mehr und mehr erschien es uns aber seltsam, angesichts z.B. des grausamen Militärputsches in Chile, der Diskussion um die Abtreibung oder der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise, nur über Liebesschmerz, die Einsamkeit des Pop-Musikers oder irgendwelche Skurrilitäten zu singen." Von da an stellten sich die „Schmetterlinge", wie sie in einem Lied sagen, auf die Seite der „gemeinen Leute".

Nach einem Programm, mit dem die reaktionäre Ideologie der herrschenden Unterhaltungsmusik satirisch auseinandergenommen wurde („Beschwichtigungs-Show"), ist das letzte Werk der Gruppe die „Proletenpassion", ein „szenisches Oratorium" von mehr als zwei Stunden Dauer, das die Geschichte nicht als Abfolge von großen Taten großer Männer, sondern als Geschichte von Klassenkämpfen, von den Bauernkriegen bis zum Faschismus, schildert und mit einem Ausblick im „Epilog" endet.

In Wien selbst waren die „Schmetterlinge" maßgeblich beteiligt an der Besetzung der „Arena", des stillgelegten Schlachthofes St. Marx, und seiner Umwandlung in ein Kulturzentrum in Selbstverwaltung, eine Aktion, die zu einer breiten Massenbewegung in Wien führte.

Musikalisch benutzen die „Schmetterlinge" Elemente aus Folkmusik, Rock und Klassik, die sie hauptsächlich in fünfstimmige Gesangsätze umsetzen. Damit kommen sie zu einem Stil, den sie – in Anlehnung an barocke Liedformen – „Madrigal-Rock" nennen. Die „Schmetterlinge" machen seit zwei Jahren hauptberuflich Musik.

Oktober

„Oktober" existiert seit Mai '74 in der gleichen Besetzung. Zu Beginn war es den meisten Mitgliedern der Gruppe noch gleichgültig, welche Inhalte vermittelt wurden – die Musik war die Hauptsache. Das änderte sich nach Diskussionen über den faschistischen Putsch in Chile und den Sieg des vietnamesischen Volkes über die US-Imperialisten. Die Konsequenz waren zwei Stücke zu diesen Themen und die Initiative zum bisher größten Vietnam-Fest in Hamburg (Juni 75).

Auf der anderen Seite folgten erste Zensurmaßnahmen von Veranstaltern (z.B. der Rektor einer Wentorfer Schule: „Wenn ihr hier politische Sachen machen wollt, zieh' ich euch den Stecker raus!").

In der Auseinandersetzung innerhalb der Gruppe um solche Angriffe und die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, entwickelte sich auch die Einsicht in die Notwendigkeit, sich mit der Musik auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in der BRD zu beziehen und die herrschenden Verhältnisse anzugreifen. Damit einher geht das Bemühen, das Verhältnis von Inhalt und Form noch besser in den Griff zu bekommen. Bisher letztes Ergebnis dieser Entwicklung ist ein Zyklus über Ausbildungsprobleme namens „Uhrsprung". Musikalisch hat „Oktober" von Rockgruppen wie „Genesis", „Yes" oder „Gentle Giant" gelernt. Die Gruppe nennt ihren musikalischen Stil „Konzert-Rock".

Eintritt: 4 DM

20.10. Frankfurt
19 Uhr, Bürgerhaus Nordweststadt

21.10. Westberlin
19 Uhr, Neue Welt, Großer Saal, Hasenheide

22.10. Hamburg
18 Uhr, Audi Max